

Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14

Herausgegeben von Wolfgang Benz
für das Zentrum für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin

Redaktion:

Werner Bergmann, Mona Körte, Peter Widmann
Geschäftsführende Redakteurin: Juliane Wetzel

Metropol Verlag

Redaktionsanschrift: Zentrum für Antisemitismusforschung
Technische Universität Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7
D-10587 Berlin
Tel.: 0 30-3 14-2 31 54
Fax: 0 30-3 14-2 11 36

Jahrbuch für Antisemitismusforschung / hrsg. für das Zentrum für
Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 14
1 (1992). – Berlin : Metropol (2005)
Erscheint jährlich. – Früher Campus Verlag,
Frankfurt/Main, New York
1 (1992)

ISBN 3-938690-20-8
ISSN 0941-8563

© 2005 Metropol Verlag
Kurfürstenstr. 135
D-10785 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: TriggerAgent GmbH Berlin

INHALT

Vorwort 9

WERNER BERGMANN · CHRISTHARD HOFFMANN

Herbert A. Strauss – eine wissenschaftliche Biografie 17

PROVOKATION UND IDEOLOGIE: DIE NPD UND DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT NACH DEN WAHLEN IN SACHSEN

RICHARD STÖSS

Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei 41

WOLFGANG BENZ

Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum 61

REINER BURGER

Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen 73

THOMAS GRUMKE

Der „hysterische NPD-Tsunami“
Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich 89

PETER WIDMANN

Entscheidungsschlachten am Bildschirm
Extremistische Provokateure und journalistische Routinen 99

RAINER ERB · ANDREAS KLÄRNER

Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung
Horst Mahler vor Gericht 111

**ANTIJÜDISCHE VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN:
SEIT EINHUNDERT JAHREN SIND
„DIE PROTOKOLLE DER WEISEN VON ZION“ ÖFFENTLICH**

WOLFGANG BENZ

- Zur Überzeugungskraft des Absurden
Die „Protokolle der Weisen von Zion“ und ihre Wirkung 137

JOHANNES HEIL

- Jude und Papst – Antichrist und Teufel:
Zur Vorstellung von „jüdischer Verschwörung“ im Mittelalter 147

BEATE KOSMALA

- Łódź 1968: Die „Protokolle“
und die antizionistische Kampagne in Polen 161

JULIANE WETZEL

- Die „Protokolle der Weisen von Zion“ im World Wide Web
Die Vernetzung radikaler politischer Gruppen
über antisemitische Verschwörungstheorien 179

ANTISEMITISMUS

SASCHA GEBAUER

- Philip von Allendorf – Der Juden Badstüb 1535/1611
Inhalt und Funktion eines antijüdischen Pamphlets 197

INGO LOOSE

- Verfemt und vergessen
Abraham Hellers Dissertation „Die Lage der Juden in Rußland
von der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart“
an der Berliner Universität 1934–1992 219

ANDRÉ W. M. GERRITS

- Jüdischer Kommunismus:
Der Mythos, die Juden, die Partei 243

JULIA SCHULZE WESSEL

- Hannah Arendts „Eichmann in Jerusalem“
und der Antisemitismus 265

MICHEL WIEVIORKA

- Antisemitismus in Frankreich 285

THOMAS RAUTENBERG · JOANNA DIDUSZKO-KUŚMIRSKA

- Radio Maryja –
eine unheilige Allianz zwischen Kirche und Medien 293

BENJAMIN ZIEMANN

- „Linguistische Wende“ und „kultureller Code“
in der Geschichtsschreibung zum modernen Antisemitismus 301

ULRIKE SCHRADER

- Immer wieder Friedrich?
Anmerkungen zu dem Schulbuchklassiker
von Hans Peter Richter 323

DOKUMENTE

FELIPE QUISPE HUANCA

- Wir leben inmitten eines kruden Rassismus
Zum Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in Bolivien 347

- DIE AUTORINNEN UND AUTOREN 355

Vorwort

Der Erfolg der rechtsextremen NPD in den Landtagswahlen 2004 in Sachsen (9,2 % der Wähler statteten die Partei mit zwölf Mandaten aus) hatte die entsprechende mediale und öffentliche Resonanz. Das Comeback der Partei, die 1968 zum letzten Mal Sitze in einem Landesparlament errungen hatte und die trotz eines blamablen Verbotsversuchs längst in Bedeutungslosigkeit gefallen war, löste im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der eher virtuellen rechtsradikalen Partei „Deutsche Volksunion“ in Brandenburg Spekulationen aus über einen Vormarsch der Rechten auf breiter Front, auch im Hinblick auf den Bundestag.

Die Skandale, mit denen die NPD von ihrem neuen Gravitationszentrum in Sachsen aus Aufmerksamkeit erregt – unter dem Agitationsritual einer „Wortergreifung“ wird insbesondere die Erinnerungskultur mit plumpen Gesten attackiert und die Selbststilisierung der Rechten zu Opfern des „Systems“ vorgenommen, während das den Wählern versprochene sozialpolitische Engagement auf sich warten lässt –, halten die Partei auch in der öffentlichen Aufmerksamkeit. Der Eklat im Sächsischen Landtag, als die Abgeordneten der NPD demonstrativ das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verweigerten, war ein Appell an die Mehrheit. Der Marsch der 5000 Neonazis durch Dresden am 13. Februar 2005 war ein Signal: Mit dem Kampf um Bilder und Symbole provoziert die NPD nicht erst seit ihrem Einzug in das sächsische Parlament die Mehrheit der Bürger. Der Fraktionsgeschäftsführer verkündet triumphierend, man sei eine Partei, die aus der Mitte der Gesellschaft komme, während sich im Hinterzimmer eines Dresdner Gasthofes die Rechten durch martialische Reden – vom „einzigartigen Holocaust am Deutschen Volk“ – aufrüsten und in Stimmung bringen. Analysen ihres Potenzials und ihrer Möglichkeiten, vorgenommen auf regionaler Ebene, sowie im Vergleich zwischen Sachsen und Nordrhein-Westfalen und strukturell im Rahmen der deutschen Parteienlandschaft zeigen jedoch die Grenzen, die dem Rechtsextremismus gezogen sind. Die Erklärung der punktuellen Erfolge, wie zuletzt in Sachsen, macht freilich nicht nur die Grenzen deutlich, sondern demonstriert auch Defizite der demokratischen Parteien und der Medien, die Wähler den Rechts-extremen überlassen bzw. unangemessen auf Wahlerfolge reagieren. Wesentliche Bedeutung für Erfolg oder Misserfolg der Rechten haben, wie der Beitrag von Peter Widmann zeigt, journalistische Routinen.

Den sechs Aufsätzen dieses Schwerpunktes liegen Referate zugrunde, die bei einer Konferenz des Zentrums für Antisemitismusforschung gehalten wurden. Sie fand am 30. März 2005 in der Technischen Universität Berlin statt. Die NPD hatte als Beobachter und Berichterstatter zwei Herren delegiert, die sich nicht zu erkennen gaben, aber leicht identifiziert werden konnten, weil sie dumpfe Mienen zur Schau trugen, wenn es etwas zu lachen gab (etwa beim Vortrag von Rainer Erb über Absurditäten im Prozess gegen Horst Mahler), und lachten, wenn Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum durch Zitate belegt wurde.

*

Vor hundert Jahren erschien zum ersten Mal ein Text im Druck, der als Inkunabel der jüdischen Weltverschwörungslgende in aller Welt verbreitet, in alle gängigen Sprachen übersetzt wurde und im Internet vielfach präsent ist: Die „Protokolle der Weisen von Zion“. Das Traktat, um 1898 in Russland entstanden, ist das am weitesten verbreitete Pamphlet des Judenhasses, dessen Wirkung weder dadurch beeinträchtigt ist, dass die Argumentation in höchstem Maße irrational ist, noch dadurch, dass die Konstruktion des infamen Textes aus diversen literarischen Vorlagen bis ins Detail aufgeklärt ist. Dass der als „jüdisches Geheimdokument“ gehandelte Text, der die Verschwörungsabsichten und Machtgelüste der Juden mit vielen Einzelheiten „authentisch“ belegt, gerichtsnotorisch als Fälschung, als Mystifikation seit Jahrzehnten entlarvt ist, wird als unerheblich abgetan oder gar als Beweis für besondere Echtheit angeführt.

Nicht nur wegen ihrer Verbreitung, auch weil die „Protokolle“ seit einiger Zeit in der islamistischen Propaganda gegen Israel und die Juden eine erhebliche Rolle spielen, ist dem Weltverschwörungskonstrukt ein zweiter Schwerpunkt in diesem Jahrbuch gewidmet. Die vier Beiträge zu historischen und aktuellen Aspekten des Themas gingen aus Referaten hervor, die im Dezember 2004 auf einer Konferenz in Tel Aviv gehalten wurden. Die Tagung wurde gemeinsam vom Stephen Roth Institute for the Study of Antisemitism an der Universität Tel Aviv und dem Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin veranstaltet, die Veröffentlichung der Beiträge des Berliner Instituts erfolgt im Vorgriff auf einen englischsprachigen Sammelband, der vom Stephen Roth Institute vorbereitet wird.

*

Der Rezeption und Funktion eines anderen judenfeindlichen Pamphlets aus der Frühen Neuzeit, Philip von Allendorfs „Der Juden Badstüb“, ist Sascha Gebauers Untersuchung gewidmet, die den Weg spätmittelalterlicher religiös

begründeter Ressentiments in einer ursprünglich gereimten allegorischen Darstellung zum Bilderbogen in die Neuzeit verfolgt und auf Nahtstellen zwischen christlichem Antijudaismus und säkularem Proto-Antisemitismus verweist (der etwa die Wucher-Stereotype schon nicht mehr religiös begründet). Die Wirkung solcher judenfeindlicher Publizistik war im Frankfurter Fettmilch-Pogrom 1614 manifest.

Ein eklatantes Beispiel für die Instrumentalisierung der Wissenschaft im Nationalsozialismus bietet die Promotion des aus Litauen stammenden Zionisten Abraham Heller, der im Februar 1934 seine Dissertation „Die Lage der Juden in Rußland von der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart“ an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin einreichte. Ingo Loose hat den Fall nach den Akten recherchiert. Die Gutachter, Otto Hoetzsch und Max Vasmer, erkannten der Arbeit das Prädikat *laudabile* zu, aber die Promotionsurkunde wurde trotz des bestandenen Rigorosums dem nach Palästina ausgewanderten Abraham Heller verweigert, nachdem sich nationalsozialistischer Eifer in Gestalt des Wissenschaftsfunktionärs Hermann Greife der Angelegenheit bemächtigt und sie zum politischen Problem gemacht hatte, mit dem sich dann Ministerien und NSDAP-Dienststellen beschäftigten. Der Skandal dauerte über den Zusammenbruch des Nationalsozialismus hinaus an. Erst nach dem Ende auch der DDR konnte der inzwischen 81-jährige Abraham Heller seine Urkunde in Empfang nehmen.

Julia Schulze Wessel setzt sich mit Hannah Arendts Argumentation in und nach ihrem Bericht über „Eichmann in Jerusalem“ auseinander und löst scheinbare Widersprüche, die in der Kontroverse über die „Banalität des Bösen“ erscheinen, auf: Der Aufsatz beschreibt Entwicklungslinien im Denken der Philosophin, in die sich die Analyse des Täters Adolf Eichmann ebenso einfügt wie die Erkenntnis der Pathologien der modernen Gesellschaft, wie sie der Antisemitismus besonders exemplarisch und radikal darstellt.

Benjamin Ziemann zeigt, wie Fragestellungen einer modernen Zeichen- und Sprachtheorie auch für die historische Antisemitismusforschung nutzbar gemacht werden können, und exemplifiziert dies an Arbeiten, die diskurs- und kommunikationstheoretische Ansätze einbeziehen. Eine soziologische Feldstudie, vorgestellt von Michel Wieviorka, kommt zum Ergebnis, dass der seit 2000 ins öffentliche Blickfeld geratene „neue“ Antisemitismus in Frankreich ein vielschichtiges Phänomen und keineswegs auf muslimische Trägerschichten beschränkt ist. Islamistische und linksradikale, globalisierungskritische Kräfte können zwar Allianzen bilden, in denen Judenfeindschaft eine Rolle als Bindeglied spielt, diese Bündnisse sind aber nicht zwangsläufig. Dagegen spielt im

ländlichen Milieu des Elsass Antisemitismus eine traditionelle Rolle, und Vorbehalte gegen „die Juden“ finden in ganz Frankreich auf dem Nährboden von Rechtsextremismus und katholischem Fundamentalismus politischen Ausdruck.

Nicht weniger aktuell ist der Beitrag, der sich mit der reaktionär-nationalistischen und antisemitischen Propaganda der Rundfunkstation „Radio Maryja“ in Polen auseinandersetzt. Der Sender ist mit einem 24-Stunden-Programm in ganz Polen zu hören. Die Lizenz hält der Redemptoristenorden, Intendant ist Pater Tadeusz Rydzyk, der gegen das Böse kämpft, wie es sich in ultra-konservativer und fundamentalistischer Perspektive darstellt: als Überfremdung der polnischen Nation, als Herrschaft der Juden, als unerwünschte Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Radio Maryja bietet einfachen Menschen schlichte Welterklärungen und dient als Sprachrohr und Verstärker für Vorurteile und Emotionen. Antisemitismus gehört daher zur Grundausrüstung der populistischen katholischen Rundfunkstation. Die Wirkung, nicht nur im katholischen Milieu, ist beträchtlich.

Ulrike Schrader beschreibt am Beispiel einer klassischen Schullektüre, wie resistent Unterrichtsgewohnheiten gegenüber Erkenntnissen der Wissenschaft sind. „Damals war es Friedrich“, 1961 erstmals erschienen, ist inzwischen mit vielen Neuauflagen eines der meistgelesenen Bücher, in dem jugendgemäß Nationalsozialismus veranschaulicht werden soll. Ähnlich wie „Jenö war mein Freund“ von Wolf Dietrich Schnurre, ein Buch, das Empathie für Sinti und Roma bewirken will, transportiert und festigt freilich auch Hans Peter Richters Geschichte einer Freundschaft zwischen dem jungen Juden Friedrich und einem nichtjüdischen Jungen in der NS-Zeit unkritisch stereotype Vorstellungen und fördert damit keineswegs Aufklärung und Erkenntnis.

*

Das von sozialen und politischen Krisen geschüttelte Bolivien war 1825 als egalitäres und emanzipatorisches Staatswesen ins Leben getreten. Die Segregation der kreolischen Oberschicht, die sich als weiß verstand und europäisch kleidete, von der Mehrheit der Indigenas sollte sich als konstitutiv bis zur Gegenwart auswirken: Die Mehrheit der Bevölkerung wurde als Minderheit behandelt, den emanzipatorischen Deklamationen der Gründerzeit folgte die Ausbeutung im Gewand des Paternalismus, die – quasi zwangsläufig – in die Phase mündete, in der Indigenas vor allem als Bedrohung und Gefahr wahrgenommen wurden. Die rassistisch-demagogische Vision des Staatspräsidenten Moreno aus dem Jahr 1885 wurde von der kreolischen Oberschicht weithin geteilt: Nach einer tödlichen Schlacht zwischen Minderwertigen und Höherwertigen würden „die

Farbigen untergehen und die Weißen triumphieren“. Sie hatten freilich schon von allem Anfang an triumphiert, durch den Ausschluss von Bildung und politischen Rechten, durch Ausbeutung. Der Kampf der Völker der Aimara und Ketschua um Partizipation und Gleichberechtigung war nie Auflehnung gegen einen gerechten Staat gewesen, sondern immer Widerstand gegen Unterdrückung und Diskriminierung.

Im ärmsten Staat Südamerikas wird die Tagespolitik vom historischen Erbe determiniert. Das macht Bolivien zum Paradigma für Minderheitenprobleme. In diesem Jahrbuch erscheint ein Text, der diese Problematik auf ebenso aktuelle wie authentische Weise spiegelt. Das Dokument ist im Jahr 2005 entstanden, es ist die Rede eines prominenten Führers der Indigena-Bewegung, Felipe Quispe, die als Programm zu verstehen ist. Die exemplarische Bedeutung des Textes rechtfertigt die manchen vielleicht ungewöhnlich erscheinende Entscheidung, ein so aktuelles politisches Dokument zu veröffentlichen und nicht abzuwarten, bis es historisch geworden ist, um es dann wissenschaftlich distanziiert zu analysieren.

Felipe Quispe gilt im Gegensatz zu Victor Hugo Cardenas, der ebenfalls dem Volk der Aimara angehört und bis zum Vizepräsidenten Boliviens aufgestiegen war, als äußerst radikaler Verfechter der Interessen jener Bevölkerungsgruppe Boliviens, die den Status einer diskriminierten Minderheit hat, obwohl sie über die zahlenmäßige Mehrheit verfügt. Felipe Quispe sagte im Februar 2005, er und diejenigen, deren Interessen er vertrete, fühlten sich nicht als Angehörige der Nation, die nach Simon Bolivar benannt wurde, und er illustrierte seinen düsteren Befund mit zahlreichen Beispielen der Diskriminierung, die er auch als Abgeordneter persönlich erfahren hatte (zum Beispiel ein willkürliches Ausreiseverbot und Verletzungen der parlamentarischen Immunität, die ihm als „Indio“ galten).

Die Klage des Aimara-Politikers von 2005 schließt unmittelbar an die Feststellung der Zeitung „La Epoca“ aus dem Jahr 1845 an: „Im Herzen von Bolivien lebt ein Volk, das integraler Teil des bolivianischen Volkes ist und das unbewegt und ohne ein Lebenszeichen ein Hohn dieser Epoche ist, ein undankbares Spektakel für die Republik. Profitieren diese Indigenas, die fast die Hälfte des Nationalschatzes bezahlen, in irgendeiner Form von der Unabhängigkeit, von der Freiheit, von den Vorzügen des bolivianischen Verfassungssystems?“

Zu den Gründungsmythen der südamerikanischen Befreiungsbewegungen und zur Legitimierung des Staates Bolivien gehört die Befreiung der „Indios“ vom Joch spanischer Kolonialherrschaft. In der Präambel der Unabhängigkeitserklärung 1825 hieß es im Befreiungspathos der Zeit: „Wenn Ihr an unsere

Brüder, die Indigenas, denkt ..., füllen sich Eure Augen nicht mit einer Flut von Tränen, in diesen höchst unglückliche Menschen zu sehen, zu Sklaven herabgewürdigt, die Opfer einer solchen Zahl von Misshandlungen, Diffamierungen und Angriffen sind, würdet Ihr nicht sagen, dass verglichen mit ihnen uns die Heloten als Bürger Spartas und die Unberührbaren Hindustans als glückliche Menschen erschienen, dies beendet durch uns, weil nichts so gerecht ist, wie die perversen Bande zu zerreißen, mit denen wir an das fürchterliche Spanien gebunden waren.“

Ein Vierteljahrhundert später, 1851, diskutierten die Abgeordneten im Parlament mit großer Anteilnahme über die Geschicke der letzten Sklaven, die kaum angenehmere Lebenswelt hunderttausender Indigenas nahmen sie aber längst als soziale und ökonomische Tatsache hin, die keiner realen Veränderung bedürftig schien. Die sinnstiftenden Werte des Unabhängigkeitskrieges, die von der französischen Revolution übernommenen Thesen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, hatten bei der Verfassunggebung noch rhetorische Bedeutung, und einige Gesetze schafften koloniale Zwangsdienste wie die Tributzahlungen ab. Das war freilich nur von kurzer Dauer, rasch setzte sich der Konsens zur Exklusion der Mehrheitsbevölkerung durch. Die Partizipation an politischer Macht und Administration war an die volle Staatsbürgerschaft geknüpft, die durch das aktive und passive Wahlrecht definiert war. In der Verfassungswirklichkeit des ganzen 19. Jahrhunderts blieben, trotz einiger kosmetischer Änderungen im Verfassungstext, die Indigenas durch zwei Imperative ausgeschlossen: Das Wahlrecht war an den Nachweis der Alphabetisierung und von Besitz und Einkommen gebunden. Im Jahr 1884 waren damit von 1,6 Millionen Einwohnern des Staates Bolivien nur 30 000 Männer wahlberechtigt (dass Frauen kein Stimmrecht hatten, unterschied Südamerika bis ins 20. Jahrhundert nicht von Europa). Auch die Wiedereinführung des Tributs und die nur nominelle Ächtung der Sklaverei bestimmten die Verfassungswirklichkeit Boliviens zugunsten der Kreolen und zu Lasten (in geringerem Maß) der Mestizen und massiv der Indigenas, die mit steigender demografischer Tendenz mehr als die Hälfte der Bevölkerung bildeten.

Die Aufrechterhaltung bzw. Wiederbelebung der Zwangsdienste und Zwangsabgaben der Kolonialzeit unmittelbar nach der Revolution bildete das Rückgrat des postkolonialen Diskriminierungs- und Ausbeutungssystems, das den Indigenas bis zum Ende des 19. Jahrhunderts und strukturell bis zur Revolution von 1952 auferlegt blieb. Frondienste als öffentliche Arbeiten für Militär, Verwaltung und Kirche sowie der Postdienst waren ausschließlich, verfassungsmäßig legalisiert, von Indigenas zu verrichten. Daneben wurden von lokalen

Instanzen, Pfarrern und Großgrundbesitzern zahlreiche weitere Dienste erpresst, die zwar in Parlamentsdebatten als illegal verurteilt, aber nicht wirksam unterbunden wurden.

Mit dem Dokument zur Situation der „Minderheit“ in Bolivien soll ein ganz pragmatischer Beitrag zur Vorurteilsforschung und zum Verhältnis von Mehrheit und Minderheit geboten werden, der zudem, wie die Berichterstattung über den politischen und sozialen Zustand des Andenstaats lehrt, von dramatischer Aktualität ist.

*

Eingeleitet wird die 14. Ausgabe des Jahrbuchs mit der Würdigung des Lebenswerkes von Herbert A. Strauss, der in den Jahren 1982 bis 1990 das Zentrum für Antisemitismusforschung aufgebaut und geleitet hat. Er starb im März 2005 in New York. Mit dem Beitrag nehmen wir in Trauer und Dankbarkeit Abschied von dem Historiker, der der Antisemitismusforschung wesentliche Impulse gab.

Wolfgang Benz

Herbert A. Strauss – eine wissenschaftliche Biografie

Herbert A. Strauss, der das 1982 gegründete Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin aufgebaut und bis 1990 geleitet hat, ist am 11. März 2005 in New York gestorben. Wie u. a. George Mosse, Arnold Paucker oder Werner Angress gehörte er zur jüngeren Generation deutsch-jüdischer Historiker, die in der Emigration ihr eigenes Lebensschicksal und das der deutschen und europäischen Juden zum Ausgangspunkt für ihre wissenschaftliche Arbeit genommen haben.¹

1918 in Würzburg als Sohn einer gutbürgerlichen jüdischen Familie geboren, ging er, als ihm der jüdische „Jugendverband“ eine Stelle in seinem nationalen Büro anbot, 1936 nach Berlin, wo er bis 1942 Judaistik und Geisteswissenschaften an der Hochschule (Lehranstalt) für die Wissenschaft des Judentums studierte und 1941/42 sein Examen als Rabbiner und Religionslehrer ablegte. Dort hatte er noch Gelegenheit, führende Vertreter des deutschen Judentums wie Leo Baeck, Franz Oppenheimer und Eugen Täubler als wissenschaftliche Lehrer kennen zu lernen. Er selbst konnte sich der Deportation in die Vernichtungslager zusammen mit seiner späteren Frau, Lotte Schloß, nur durch ein Abtauchen in den Untergrund und eine abenteuerliche Flucht in die Schweiz im Juni 1943 entziehen, wo er Geschichte studierte und 1946 bei Werner Näf in Bern mit einer Arbeit über „Staat, Bürger, Mensch. Die Grundrechtsdebatte der Deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt 1848/49“ promoviert wurde. Der Flucht folgte 1946 die Emigration in die USA, wo er Ende der vierziger Jahre als Graduate Student an der New School of Social Research bzw. ihrer Graduate Faculty in New York an einem Interview-Projekt² über das Verhalten

- 1 Seinen Lebensweg hat Herbert Strauss in der Autobiografie „Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943“, Frankfurt a. M. 1997, eindrücklich und zugleich historisch reflektiert beschrieben, um mit seinem Lebenszeugnis auch ein Bild der Geschichte und der Selbstbehauptung der deutschen Juden in der Phase ihrer äußersten Bedrohung und Zerstörung zu überliefern.
- 2 Diese Studie, die vom US Public Health Service als Analyse von Verhalten in Extremsituationen konzipiert war, blieb zunächst unveröffentlicht, wurde aber später von Strauss in einer deutschen Übersetzung herausgebracht: J. Goldstein/I. Lukoff/H. A. Strauss, Eine

in Konzentrationslagern mitarbeiten konnte, das auf Berichten ungarisch-jüdischer Überlebender, nämlich der 14- bis 20-jährigen so genannten Buchenwaldkinder basierte und das ihn als Historiker früh mit psychoanalytischen, tiefenpsychologischen und sozialwissenschaftlichen Perspektiven vertraut machte. Diese Erfahrungen inspirierten seine Arbeit theoretisch und schlugen sich in einer ausgesprochen interdisziplinären Orientierung nieder. 1954 bekam er zunächst eine Professur am Akademischen Department der Juilliard School (Musikkonservatorium) in New York, bevor er 1960 schließlich Professor für Geschichte am City College der City University in New York wurde. Die Erfahrung aus der jahrzehntelangen Lehrtätigkeit an diesem College, in dem nicht nur ganz unterschiedliche Disziplinen zusammenarbeiteten und ein intensives von Soziologie und Psychologie geprägtes geistiges Milieu existierte, sondern dessen Studentenschaft sich aus Angehörigen der vielen ethnischen Minderheiten New Yorks zusammensetzte, hat sein Verständnis für interdisziplinäres Arbeiten ebenso weiter befördert, wie es seinen Blick für Akkulturationsprozesse und die verschiedenen Formen von Mehrheits-Minderheitskonflikten geschärft hat. Die Erfahrungen am City College der 1960er-Jahre und sein aktives Engagement in Civil Rights Organisationen haben nach Strauss' eigener Aussage sein in Europa geprägtes wissenschaftliches Selbstverständnis „bleibend modifiziert“.³

Wie sehr sein Lebensschicksal seine akademischen Interessen bestimmte, spiegelt sich in seinen primären Forschungsinteressen wider: der jüdischen Emigrations- und Wissenschaftsgeschichte, der Emanzipationsgeschichte der Juden und der Judenverfolgung im Nationalsozialismus. In Berlin kamen dann noch Fragen der Entwicklung des Antisemitismus nach 1945 hinzu. Diese Schwerpunkte bildeten auch den Ausgangspunkt für die großen Forschungsprojekte, die Strauss am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) initiiert

Analyse autobiographischer Aufzeichnungen zur KZ-Erfahrung ungarisch-jüdischer Überlebender, Frankfurt a. M./New York 1991. Die Arbeit nimmt bereits Ergebnisse der später unter dem Namen „Spätfolgen des Lagertraumas“ laufenden Forschung vorweg. Auch hier sind die Kontinuitätslinien in den wissenschaftlichen Interessen von Strauss erkennbar, denn in einer Ringvorlesung des Zentrums zum Thema „Der Holocaust im Lichte der Wissenschaften“ befasste sich im Sommersemester 1985 ein Vortrag auch mit den Forschungen zu psychischen Spätfolgen von Holocaustüberlebenden (Traumaforschung).

- 3 Herbert A. Strauss, Probleme der Antisemitismusforschung, unveröffentlichtes Manuskript eines Tübinger Vortrags, 7. Juni 1985, S. 4. Strauss fährt dann in einer gestrichenen Textpassage fort: „Ich weiß nicht, ob mein verstorbener Berner Lehrer Werner Näf seinen Doktoranden von 1946 in dem wissenschaftlichen und Lebenswerk wieder erkennen würde, das weit von seinem mir immer beachtlich bleibenden Denken weggeführt hat.“

hat: zum Antisemitismus in der deutschen Volkskultur des Vormärz; zur gegenwartsbezogenen soziologischen und psychologischen Antisemitismusforschung, für die mit einer großen empirischen Untersuchung über die Einstellung der Deutschen zu den Juden 1987 eine wichtige Grundlage geschaffen wurde; und zur Wissenschaftsemigration nach 1933, für die er selbst zusammen mit der 1972 von ihm begründeten „Research Foundation for Jewish Immigration“, in Kooperation mit dem Institut für Zeitgeschichte in München, in seinem „Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933“ eine wichtige Quellengrundlage geschaffen hatte.

Emigrations- und Akkulturationsforschung

Strauss' wissenschaftliches Interesse an der Migrationsgeschichte war größtenteils durch seine eigene Lebenserfahrung geprägt. Als Emigrant im New York der Nachkriegszeit, der sich zunächst mit kurzfristigen Engagements durchschlagen musste, um seine Familie zu ernähren, lernte er „the American way of life“ aus der typischen Perspektive des mittellosen Einwanderers kennen. Der Weg in die amerikanische Gesellschaft führte auch für ihn zunächst über Einwandererorganisationen, die die eigene Gruppe im Aufnahmeland geschaffen hatte. Er engagierte sich kurzzeitig in der deutsch-jüdischen Gemeinde Habonim des Rabbiners Hugo Hahn und entwickelte früh Kontakte zum Dachverband der deutschsprachigen Juden in den USA, der „American Federation of Jews from Central Europe“, in dem er später selbst eine führende Rolle spielen sollte. Bereits 1947 regte Strauss an, dass die aus Deutschland vertriebenen Juden die Tradition der deutschsprachigen Wissenschaft des Judentums in der Emigration fortführen und ein Kulturinstitut gründen sollten, das die eigene Geschichte und Kultur bewahren würde, so wie es die osteuropäischen Juden mit dem jiddischen wissenschaftlichen Institut (YIVO) getan hatten.⁴ Auch wenn dieser Vorschlag keine unmittelbare Wirkung zeitigte, nahm er bereits eine Entwicklung vorweg, die dann im Mai 1955 zur Gründung des Leo Baeck Instituts führte.⁵

4 Herbert Strauss, *Wissenschaft des Judentums*, in: *Mitteilungen der Congregation Habonim* 7/7, Mai 1947, S. 4 f.; vgl. auch ders., *Was ist aus unseren Büchern geworden?*, in: ebenda 8/3, Januar 1948, S. 4 ff.

5 Zur Gründungsgeschichte des Leo Baeck Instituts (LBI) vgl. Ruth Nattermann, *Deutsch-jüdische Geschichtsschreibung nach der Shoah. Die Gründungs- und Frühgeschichte des Leo Baeck Institute*, Essen 2004; Christhard Hoffmann, *The Founding of the Leo Baeck Institute 1945–1955*, in: ders. (Hrsg.), *Preserving the Legacy of German Jewry: A History of the Leo Baeck Institute, 1955–2005*, Tübingen 2005, S. 15–57.

Strauss engagierte sich jedoch nicht nur im deutsch-jüdischen Organisationsleben New Yorks, er suchte die selbst erfahrene Einwanderungssituation auch theoretisch zu erfassen. Dabei wurde er von der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Diskussion beeinflusst. Als besonders wirkungsmächtig sollte sich für ihn der konzeptuelle Paradigmenwechsel innerhalb der amerikanischen Ethnic Studies Anfang der 1960er-Jahre erweisen, der zu einem neuen Verständnis der in Einwanderungssituationen ablaufenden Anpassungs- und Eingliederungsprozesse führte. Waren die normativen Zielvorstellungen der „Anglo-conformity“ und des „melting pot“ von einer vollständigen Auflösung der Herkunftskulturen im Assimilierungsprozess ausgegangen, so zeigten genauere Untersuchungen eingewanderter Gruppen, dass ethnische Identitäten auch nach mehreren Generationen noch erhalten blieben und sich z. T. sogar wieder verstärkten („ethnic revival“).⁶ Das Konzept des „cultural pluralism“, das die Bewahrung der verschiedenen Einwandererkulturen und Ethnizitäten bei gleichzeitiger politischer und ökonomischer Integration befürwortete, war Ausdruck dieses neuen Selbstverständnisses.⁷ Verbunden damit war häufig eine prinzipielle Kritik am Assimilationsbegriff, der wegen seines normativen Gehalts und seines Determinismus verworfen und zunehmend durch den ideologisch unbelasteteren Begriff der Akkulturation ersetzt wurde.⁸ Dieser war 1935 vom amerikanischen Social Science Research Council ganz allgemein als jene Form kulturellen Wandels definiert worden, die durch langfristige Kontakte von Individuen und Gruppen aus unterschiedlichen Kulturen entsteht: „Akkulturation umfasst solche Phänomene, die aus einem dauerhaften direkten Kontakt zwischen Personengruppen der verschiedenen Kulturen entstehen, der zu Veränderungen der ursprünglichen kulturellen Muster in einer von beiden oder in beiden Gruppen führt.“⁹ Anders als das traditionelle Konzept der

6 Siehe die heute klassischen Studien von Nathan Glazer und Daniel P. Moynihan, *Beyond the Melting Pot*, Cambridge/MA 1963; dies. (Hrsg.), *Ethnicity: Theory and Experience*, Cambridge/MA 1975.

7 Milton M. Gordon, *Assimilation in American Life: The Role of Race, Religion and National Origins*, New York 1964, S. 85 and 132 ff.

8 Zum Assimilationskonzept siehe Russel A. Kazal, *Revisiting Assimilation: The Rise, Fall, and Reappraisal of a Concept in American Ethnic History*, in: *American Historical Review* 100 (1995), S. 437–471; Christhard Hoffmann, *Zum Begriff der Akkulturation*, in: Claus-Dieter Krohn u. a. (Hrsg.), *Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945*, Darmstadt 1998, S. 117–126; Till van Rahden, *Treason, Fate or Blessing? Narratives of Assimilation in the Historiography of German-speaking Jewry since the 1950's*, in: Hoffmann (Hrsg.), *Preserving the Legacy*, S. 349–373.

9 Robert Redfield/Ralph Linton/Melville J. Herskovits (Hrsg.), *A Memorandum for the Study of Acculturation*, in: *American Anthropologist* 38 (1936), S. 149.

Assimilation, das eindimensional von der Unterordnung, Anpassung und letztlich vollständigen Auflösung von Einwanderer- und Minderheitenkulturen ausging, ließen sich mit dem Akkulturationsparadigma auch die Wechselseitigkeit der kulturellen Beeinflussung, die spezifischen Formen kultureller Adaptation (additiv und/oder substitutiv) und das weite Spektrum möglicher aus dem Kulturkontakt resultierender Identitäts- und Lebensformen – von der ethnisch-kulturellen Abschottung bis zur vollständigen Übernahme der Mehrheitskultur – differenziert erfassen.

Das Konzept der Akkulturation wurde zu einem Schlüsselbegriff in Strauss' Denken, das er auf verschiedenen Arbeitsgebieten fruchtbar zu machen verstand. Die erste und unmittelbare Anwendung war dabei auf die Gruppe der aus Deutschland emigrierten Juden bezogen, denen Strauss helfen wollte, den selbst erfahrenen Prozess der Eingliederung in die amerikanische Gesellschaft theoretisch zu reflektieren und dadurch neue Handlungsmöglichkeiten zu gewinnen. Dabei interessierte ihn vor allem die schwierige Balance im Leben des Einwanderers, kulturellen Wandel mit der Bewahrung einer eigenen Identität zu verbinden. Bereits 1965 organisierte er einen Lerntag in New York, der ganz dem Akkulturationskonzept gewidmet war.¹⁰ Anfang der 1970er-Jahre trat Strauss dann mit einer Pionierstudie zur Einwanderung und Akkulturation der deutschsprachigen Juden in den USA hervor.¹¹ Darin rekonstruierte er nicht nur die amerikanische Einwanderungspolitik gegenüber den jüdischen Flüchtlingen aus Mitteleuropa nach 1933 und die genaue Zahl der Einwanderer, sondern wandte das Akkulturationskonzept erstmals auf diese Gruppe an, indem er ihre ökonomische, soziale und psychologische Integration detailliert darstellte. Danach waren die jüdischen Einwanderer aus dem nationalsozialistischen Deutschland überwiegend zu einem Teil des amerikanischen Judentums geworden, sie bildeten „eine temporäre ethnische Gruppe innerhalb einer ethnischen Gruppe“.¹² In der sozialhistorischen Perspektive von Strauss wurde die Eingliederung wesentlich durch die parallele soziale und kulturelle Situation zwischen deutschem und amerikanischem Judentum erklärt: „In den großen urbanen Zentren, wo die meisten Immigranten sich wiederfanden, ähnelte die

10 Herbert A. Strauss (Hrsg.), *Conference on Acculturation*, New York 1965.

11 Vgl. Herbert A. Strauss, *The Immigration and Acculturation of the German Jew in the United States of America*, in: *LBI Year Book 16* (1971), S. 63–95; wiederabgedruckt in: Herbert A. Strauss, *Essays on the History, Persecution, and Emigration of German Jews*, München 1986 (= *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA*, hrsg. von Herbert A. Strauss, Bd. 6), S. 279–316 (Zitate aus dieser Ausgabe).

12 Strauss, *Essays*, S. 310.

sozio-kulturelle Geschichte der Einwanderer der des amerikanischen Juden in wichtigen Punkten. Auch ihm gelang in der zweiten Generation der soziale Aufstieg. Auch er hatte ebenso ein Netz von sozialen Kontakten wie von religiösen Organisationen und Abwehrvereinen geschaffen. Auch er hatte ein großes Interesse an der Erziehung seiner Kinder und wie die besten amerikanischen Juden hat auch er nach einem modernen Judentum gesucht, das es ihm erlauben würde, ohne jeglichen Bruch sowohl als Jude als auch als Amerikaner zu leben.“¹³ Strauss verstand diese Entwicklung nicht einseitig als Erfolgsgeschichte, sondern beleuchtete auch ihre Defizite: wie die arrivierte amerikanisch-jüdische Mittelschicht, in die sie sich integriert hatten, waren auch die aus Deutschland stammenden Juden Ende der 1960er-Jahre mit dem sozialen Protest einer jüngeren Generation konfrontiert, die alles das aufdeckte, „was nicht authentisch, scheinheilig oder allzu schablonenhaft [war] im großen vorstädtischen Ödland des amerikanischen Überflusses“.¹⁴ In dieser Situation sah Strauss für die aus Deutschland stammenden Juden eine vielleicht letzte Gelegenheit, aufgrund ihrer besonderen historischen Erfahrung einen nachhaltigen Beitrag zum amerikanisch-jüdischen Leben zu leisten, indem sie ihr jüdisches Erbe – insbesondere die intellektuell und emotional geprägte deutsch-jüdische Kultur der Weimarer Republik – in eine neue Sprache und in eine neue Umgebung übersetzten. Die Verwirklichungschancen eines solchen Beitrags schätzte Strauss allerdings eher skeptisch ein: für viele Vertreter der früheren deutschen Juden, so Strauss, war das deutsche Judentum nur ein Relikt der Vergangenheit, das man nostalgisch verklären oder historisch erforschen konnte, nicht aber ein lebendiges Erbe, dessen Werte man selbstbewusst in die Zukunft transferierte.¹⁵

Die hier zum Ausdruck kommende Skepsis gegenüber dem deutsch-jüdischen Establishment, das im Council of Jews from Germany und im Leo Baeck Institute (LBI) damals den Ton angab, beruhte nicht zuletzt auf Strauss' eigenen Erfahrungen: Als er dem Council 1969/1970 vorschlug, die Geschichte der deutschsprachigen Emigration nach 1933 zu einem Forschungsschwerpunkt des LBI zu machen und in Zusammenarbeit mit dem Münchner Institut für Zeitgeschichte ein Handbuch der deutschsprachigen Emigration herauszugeben, stieß sein Plan glattweg auf Ablehnung. Für Siegfried Moses, den internationalen Präsidenten des Council und des LBI, war es undenkbar, das Projekt eines Handbuches zu unterstützen, das nicht nur die wichtigsten Vertreter der

13 Ebenda, S. 309.

14 Ebenda, S. 310.

15 Ebenda, S. 310 f.

deutsch-jüdischen Emigration, sondern auch die des intellektuellen und politischen Exils (einschließlich der Kommunisten und selbst einiger weniger Nationalsozialisten, die dem Dritten Reich den Rücken gekehrt hatten) umfassen sollte.¹⁶ Strauss gründete daraufhin im Jahre 1972 ein eigenes Forschungsinstitut, die Research Foundation for Jewish Immigration, das unter seiner Leitung Grundlagenforschung zur Emigrationsgeschichte betrieb¹⁷ und im Laufe eines Jahrzehnts das Projekt des Internationalen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration in Zusammenarbeit mit dem Münchner Institut für Zeitgeschichte verwirklichte.¹⁸

Die Veröffentlichung des „Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration“ Anfang der 1980er-Jahre stellte die Emigrations- und Exilforschung auf eine neue, systematische Grundlage und war Ausgangspunkt und Inspiration für zahlreiche weitere Projekte in diesem Bereich. Zusammen mit seinem Mitherausgeber Werner Roeder wurde Strauss 1986 für die Veröffentlichung mit der Walter-Meckauer-Plakette geehrt. Das Handbuch enthält die Kurzbiografien von ca. 9000 deutsch sprechenden Personen des öffentlichen Lebens (Politiker, Verbandsfunktionäre, Schriftsteller, Künstler, Musiker, Wissenschaftler, Rabbiner etc.), die aus Mitteleuropa (Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei etc.) im Zeitraum von 1933 bis 1945 emigriert sind. Es enthält detaillierte Angaben zum biografischen Hintergrund der jeweiligen Person im Ursprungsland (vor der Emigration), zur Verfolgungs- und Wanderungsgeschichte und zur Karriere im Niederlassungsland. Es bezieht auch die jüngere Generation, die erst im Niederlassungsland eine öffentliche Wirkung entfaltete, und die Rückwanderung nach 1945 mit ein.

Strauss war sich immer bewusst, dass die 9000 in das Handbuch aufgenommenen Personen nur eine kleine Auswahl der ca. 500 000 Flüchtlinge darstellten, die vor der nationalsozialistischen Verfolgung geflohen waren, und dass diese Auswahl für die Gesamtgruppe nicht repräsentativ war. Ihm ging es bei dieser Auswahl nicht in erster Linie um Eliteforschung oder um die „großen Persönlichkeiten“. Anders als in Teilen der deutschen Exilforschung, die sich auf ihre jeweiligen „Helden“ konzentrierte, war Strauss' Ansatz nicht personenorientiert. Sein Ziel war es, am Beispiel einer Gruppe von Emigranten, deren

16 Herbert A. Strauss, Interview mit dem Autor (C. H.), New York, 19. Oktober 2003.

17 Vgl. die sechsbändige, von Strauss herausgegebene Reihe: *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA*, New York/München 1978–1992.

18 Werner Roeder/Herbert A. Strauss (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 / International Biographical Dictionary of Central European Émigrés 1933–1945*, 3 Bde., München 1980–1983.

biografische Daten aufgrund ihrer öffentlichen Stellung und Bedeutung leicht zu erfassen waren, allgemeine Strukturen der Migrationsgeschichte zu erforschen. Ihm ging es um demografische und berufliche Charakteristika der Emigranten, um Wanderungsnetzwerke und Aufnahmebedingungen, um Akkulturations- und Wirkungsgeschichte. Strauss analysierte die im Biographischen Handbuch versammelten Daten nach sozialwissenschaftlichen und migrations-theoretischen Gesichtspunkten und wertete sie mit quantitativen Methoden aus.¹⁹

Das Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration kann als Beispiel für eine gelungene und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der deutschen, der amerikanischen und jüdischen Forschung zur Emigration nach 1933 angesehen werden. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es weiterhin deutliche Unterschiede in den Erkenntnisinteressen und Methoden gab. In der deutschen Forschung zum Exil der nationalsozialistischen Zeit war der Gesichtspunkt der Akkulturation zum Beispiel lange Zeit vernachlässigt worden. Dies hatte verschiedene Ursachen: Die identifikatorische Wahrnehmung und Präsentation des Exils als das „andere Deutschland“ akzentuierte gerade das (gegenüber NS-Deutschland alternative) „Deutschsein“ und die auf Deutschland bezogenen Aktivitäten der Emigranten. Dass sich die Flüchtlinge unter den kulturellen Bedingungen der Aufnahmeländer auch selbst verändert hatten, dass sie eine neue, interkulturelle Identität entwickelt hatten, blieb dabei in vielen Fällen ausgeblendet. Hinzu kam, dass die frühe Exilforschung sich meist auf solche Gruppen (insbesondere regimekritische Politiker und Schriftsteller) konzentriert hatte, deren Deutschland- und Rückkehrorientierung aus verschiedenen Gründen besonders stark und deren subjektive Akkulturation (Identifikation mit dem Aufnahmeland) entsprechend eher gering ausgeprägt waren. Schließlich fehlten in den die deutsche Exilforschung dominierenden Disziplinen Literaturwissenschaft, Politikwissenschaft und Zeitgeschichte sowie in der deutschen akademischen Öffentlichkeit generell häufig einfach die grundlegenden Kenntnisse der Migrations- und Akkulturations-theorie. Hier hat Herbert A. Strauss als ein wichtiger Vermittler und Anreger gewirkt. Als er Ende der 1970er-Jahre die sozialwissenschaftlichen Konzepte von Ethnizität und Akkulturation in die deutsche Diskussion einführte, wurde dies von vielen Exilforschern anfangs mit Unverständnis und Skepsis auf-

19 Herbert A. Strauss, *The intellectual émigrés: demographic and occupational characteristics*, in: ders., *Essays on the History, Persecution and Emigration of German Jews*, S. 366–384.

genommen.²⁰ Im Laufe der 1980er-Jahre sollte sich das Akkulturationskonzept dann jedoch als Innovation durchsetzen.²¹ Dies hatte zur Folge, dass die bisher in Deutschland weithin vorherrschende nationalgeschichtliche Perspektive in der Exilforschung aufgebrochen und die künstliche Trennung zwischen „politisch-literarischem Exil“ einerseits und „jüdischer Emigration“ andererseits überwunden wurde. Die Wirkungen dieses konzeptuellen Wandels hat Strauss folgendermaßen skizziert: „Die nicht immer nur implizit formulierten Werturteile wie Sprachbewahrung, Nationaltreue, Heimatliebe, Parteidisziplin, ideologische Kontinuität wurden transzendiert und aufgelöst in einem wertfreien Akkulturationsbegriff. Er erlaubte, die geschichtlichen Tatsachen vom ausschließlich deutschen Kontext zu lösen und zur Geschichte der Einwanderungsländer, zur jüdischen Geschichte und ihren kulturellen Spannungen, zur Bildung internationaler Netze und wissenschaftlicher Gemeinschaften, zum *brain drain* und der Wanderungsgeschichte im Großen in Beziehung zu setzen.“²²

Als Strauss 1982 als Gründungsdirektor des Zentrums für Antisemitismusforschung nach Berlin kam, konnte er die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Emigrationsforschung noch intensivieren. Dabei rückte die Wissenschaftsemigration nun immer mehr in den Mittelpunkt seines Interesses. Im Anschluss an eine Tagung der Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte im Mai 1983 in Wolfenbüttel zum Thema „Vor fünfzig Jahren: Emigration und Immigration von Wissenschaft“ war Strauss aktiv daran beteiligt, das Thema der Wissenschaftsemigration zu einem Forschungsschwerpunkt auszubauen. In enger Zusammenarbeit mit der Volkswagen-Stiftung (Dr. Axel Horstmann), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Dr. Manfred Briegel) und anderen Wissenschaftlern ist ihm dies auch gelungen. Die zweite Hälfte der 1980er-Jahre bildete einen Höhepunkt in der Erforschung der Wissenschaftsemigration. Strauss selbst übernahm die wissenschaftliche Leitung von drei großen Projekten auf diesem Gebiet, die am Zentrum für Antisemitismusforschung angesiedelt

20 Vgl. Herbert A. Strauss, Zur sozialen und organisatorischen Akkulturation deutsch-jüdischer Einwanderer der NS-Zeit in den USA, in: Wolfgang Frühwald/Wolfgang Schieder (Hrsg.), *Leben im Exil. Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945*, Hamburg 1981, S. 235–259, und die Diskussion des Strauss'schen Beitrags, ebenda, S. 270 ff.

21 Vgl. Ernst Loewy, Zum Paradigmenwechsel in der Exilliteraturforschung, in: *Exilforschung* 9 (1991), S. 212 f.

22 Herbert A. Strauss, Wissenschaftsemigration als Forschungsproblem, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Die Emigration der Wissenschaften nach 1933. Disziplinengeschichtliche Studien*, München 1991, S. 9–23, hier S. 18.

wurden: zur Emigration der Naturwissenschaften (Bearbeiter: Dr. Klaus Fischer), der politischen Wissenschaften (Bearbeiter: Dr. Alfons Söllner) und der Wissenschaft des Judentums (Bearbeiter: Dr. Christhard Hoffmann und Prof. Robert Jütte).²³ Das Zentrum für Antisemitismusforschung wurde damit auch zu einem Mittelpunkt der Wissenschaftsemigrationsforschung, wie es u. a. an der Organisation zahlreicher Tagungen, workshops und einer Ringvorlesung zu diesem Thema im Sommersemester 1989 an der TU Berlin ablesbar ist.²⁴ Dabei zeigte sich, dass die von Strauss angeregten methodischen Konzepte der quantitativen Analyse, der Gruppenbiografie und nicht zuletzt der Akkulturationstheorie zu innovativen Ergebnissen führen konnten. Die von Klaus Fischer angewandten scientometrischen Verfahren (Zitations- und Kozytationsanalysen) erlaubten erstmals präzise Aufschlüsse über die wissenschaftlichen Netzwerke und die Wirkungen der emigrierten Wissenschaftler. Die Anwendung des Akkulturationskonzeptes auf die Wissenschaftsemigration hat besonders dort, wo sie Wissenschaftswandel mit Akkulturationserfahrungen in Verbindung bringen konnte, zu neuen Erkenntnissen geführt. „Akkulturation“ bei emigrierten Wissenschaftlern meint dabei nicht in erster Linie die persönliche Anpassung an die neuen Lebensumstände, sondern die Veränderungen im

23 Zu den Ergebnissen dieser Forschungsprojekte vgl. u. a. die folgenden Publikationen: Klaus Fischer, Die Emigration deutschsprachiger Physiker nach 1933: Strukturen und Wirkungen, in: Strauss u. a. (Hrsg.), Die Emigration der Wissenschaften nach 1933, S. 27–72; ders., Wissenschaftsemigration und Molekulargenetik: soziale und kognitive Interferenzen im Entstehungsprozess einer neuen Disziplin, in: ebenda, S. 105–135; ders., Changing Landscapes of Nuclear Physics: a scientometric study on the social and cognitive position of German-speaking emigrants within the nuclear physics community, 1921–1947, Berlin 1993; Alfons Söllner, Vom Staatsrecht zur „political science“ – die Emigration deutscher Wissenschaftler nach 1933, ihr Einfluss auf die Transformation einer Disziplin, in: Strauss u. a. (Hrsg.), Die Emigration der Wissenschaften S. 137 ff.; ders., Deutsche Politikwissenschaftler in der Emigration: Studien zu ihrer Akkulturation und Wirkungsgeschichte, Opladen 1996; Robert Jütte, Die Emigration der deutschsprachigen „Wissenschaft des Judentums“: Die Auswanderung jüdischer Historiker nach Palästina, Stuttgart 1991; Christhard Hoffmann/Daniel R. Schwartz, Early but Opposed – Supported but Late: Two Berlin Seminars which Attempted to Move Abroad, in: LBI Year Book 36 (1991), S. 267–304; Christhard Hoffmann, Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft in der Emigration: Das Leo-Baeck-Institut, in: Strauss u. a. (Hrsg.), Die Emigration der Wissenschaften, S. 257–279; ders., Zerstörte Geschichte: zum Werk der jüdischen Historikerin Selma Stern, in: Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch 11 (1993), S. 203–215.

24 Die Beiträge dieser Ringvorlesung wurden um einige Aufsätze erweitert und 1991 publiziert: Strauss u. a., Die Emigration der Wissenschaften nach 1933.

akademisch-disziplinären Selbstverständnis, die aus dem unmittelbaren Kontakt zu anderen Wissenschaftskulturen entstehen. So hat z. B. Söllner den Einfluss emigrierter Politikwissenschaftler auf die Transformation der Disziplin vom Staatsrecht zur „political science“ dargelegt, und Regina Weber konnte am Beispiel des remigrierten Germanisten Richard Alewyn die Spätwirkungen der – in den USA äußerlich gescheiterten – Akkulturation zeigen, die sich u. a. in einem neuen Verständnis des Faches und in der Einführung von amerikanischen Elementen im deutschen Lehrbetrieb manifestierten.²⁵

Herbert Strauss hat die am amerikanischen Beispiel gewonnenen Modelle von Migration und Akkulturation auch auf andere Gebiete übertragen und fruchtbar gemacht. Er selbst hat diesen Zusammenhang in seinem Denken immer wieder klar herausgestrichen: „Die Überzeugung des Autors, dass die amerikanische Erfahrung mögliche Einblicke in Akkulturations- und Mehrheit-Minderheit-Beziehungen liefert – mit allen Vor- und Nachteilen! – reflektiert eine nicht ungewöhnliche Entwicklung unter den intellektuellen Emigranten der NS-Zeit: zur wissenschaftlichen Analyse zeitgenössischer Sachverhalte beizutragen, indem man seine Verwurzelung in zwei oder drei Kulturen als Leitfaden nutzt.“²⁶

In diesem Sinne hat Strauss die aktuelle Situation von Einwanderern in Europa vor dem Hintergrund seiner amerikanischen Erfahrungen beleuchtet.²⁷ Noch folgenreicher war vielleicht, dass er das Akkulturationskonzept bereits früh auch auf die deutsch-jüdische Geschichte des 19. Jahrhunderts angewandt und damit einen methodologischen Ausweg aus einer ideologisierten Debatte zur jüdischen Assimilation in Deutschland gewiesen hatte.²⁸

25 Söllner, Vom Staatsrecht zur „political science“; Regina Weber, Zur Remigration des Germanisten Richard Alewyn, in: Strauss u. a. (Hrsg.), Die Emigration der Wissenschaften, S. 235 ff.

26 Strauss, Essays on the History, Persecution and Emigration of German Jews, S. 15.

27 Herbert A. Strauss, Europa – ein neuer Einwanderungskontinent?, in: FHSS-Info 34, 8. Jg., Juli 1987 (= Informationen zur Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Inhaltlicher Schwerpunkt: Wir und die Flüchtlinge, Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Berlin).

28 Herbert A. Strauss, Akkulturation als Schicksal. Einleitende Bemerkungen zum Verhältnis von Juden und Umwelt, in: ders./Christhard Hoffmann (Hrsg.), Juden und Judentum in der Literatur, München 1985, S. 9–26. Zum Hintergrund vgl. Christhard Hoffmann, An International Forum of German-Jewish Studies: The Year Book of the Leo Baeck Institute, in: ders. (Hrsg.), Preserving the Legacy, S. 281–314, hier S. 306 ff.; Till van Rahden, Treason, Fate, or Blessing?, S. 365 ff.

Antisemitismusforschung

Gegenüber Strauss' vorrangigem Interesse an Fragen der Migration und Akkulturation blieben seine Publikationen zur jüdischen Geschichte und vor allem zum Antisemitismus bis zur Übernahme der Leitung des Zentrums für Antisemitismusforschung eher vereinzelt. Sie zeigen jedoch, dass er bestimmte Grundpositionen, die dann ab 1982 forschungsleitend werden sollten, schon früh entwickelt hatte – etwa die Verankerung der Antisemitismusforschung in einer übergreifenden interdisziplinären Vorurteilsforschung. In der Vielfalt der wissenschaftlichen Ansätze sah er zwei Hauptrichtungen der Forschung: „*Erstens*: Die sozialwissenschaftliche Analyse des Antisemitismus unter Verwendung individual- und sozialpsychologischer, psychoanalytischer und anthropologischer Methoden, auch der Demoskopie und Techniken der empirischen Sozialforschung. *Zweitens*: Die historische Forschung mit den Methoden der kritischen Quelleninterpretation im Bereich der Ideen-, Politik- und Sozialgeschichte“. ²⁹ Weiterhin hat Strauss, obwohl er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit vorrangig mit der negativen Seite der deutsch-jüdischen Beziehungen befasst hat, also mit Ausgrenzung, Verfolgung, Emigration und Antisemitismus, als Gegenstand der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung die „Begegnung des deutschen und des jüdischen Volkes, im Guten wie im Bösen“ betrachtet, und diese Begegnung sogar als „eine Sternstunde jüdischer Geschichte“ bezeichnet. ³⁰ Dabei war es ihm ein zentrales Anliegen, die Antisemitismusforschung nicht von ihrem übergreifenden Gegenstand zu trennen, denn er betrachtete die deutsch-jüdische, ja europäisch-jüdische Geschichte als eine „Geschichte von Symbiose *und* Antisemitismus – Antagonismus *und* Kooperation“. ³¹ Gerade die Erforschung dieser „systemischen Einheit“, das Ineinander einer „antagonistic cooperation“, sah er als grundlegenden Ansatz für das damals noch in

29 Herbert A. Strauss/Norbert Kampe, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Bonn 1984, S. 9–28, hier S. 13; vgl. auch die Unterscheidung in verschiedene Erscheinungsebenen des Antisemitismus mit ihren jeweils korrespondierenden wissenschaftlichen Zugängen, etwa über Kulturanthropologie und Ethnologie, die Psychologie, die Soziologie und Sozialgeschichte, in: Herbert A. Strauss, Formen des modernen Antisemitismus und Probleme seiner Abwehr, in: International Review of Social History 30 (1985) 3, S. 431–443.

30 Herbert A. Strauss, Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft und Antisemitismusforschung heute, Historische Kommission zu Berlin, Beilage zu Informationen, NF, Heft 5, Berlin 1981, S.6

31 Ebenda, S. 34.

Planung begriffene Zentrum für Antisemitismusforschung. Strauss, der also durchaus von einer Symbiose sprach, plädierte allerdings schon 1980, wie bereits zuvor in New York, für einen Abschied von der bis dahin vorherrschenden ideengeschichtlichen und stark auf die jüdische Elite zentrierten Forschung, die in apologetischer Absicht den besonderen „Beitrag der Juden zu ...“ herausstellte, hin zu einem stärker sozialwissenschaftlichen und vergleichenden Ansatz, der die jüdische Gemeinschaft als eine ethnische Gruppe oder nationale Minderheit betrachtet und dabei sowohl Fragen der inneren Geschichte der Juden in Deutschland – etwa die Sozialstruktur, die politische Kultur, die Modernisierung des „jüdischen Volkslebens“, die Bedeutung einer demografischen „frontier“ zum Ostjudentum usw. – als auch die Beziehungen zur umgebenden Mehrheitsgesellschaft einbezieht. Man kann hier erkennen, wie viel Strauss aus der amerikanischen Diskussion innerhalb der Bürgerrechtsbewegung gelernt hat, in der in den USA das Konzept der Ethnizität die alte Vorstellung des „melting pot“ abzulösen begann. Hinzu kommt die oben bereits angesprochene, für einen Historiker ausgeprägte sozialwissenschaftliche und interdisziplinäre Orientierung. Schon früh hat Strauss deshalb soziologische, sozialgeschichtliche und bereits auch kulturwissenschaftliche Perspektiven in der historischen Antisemitismusforschung zu verbinden gesucht.

Dies wird an einem Projekt sichtbar, mit dem er bereits in den 1960er-Jahren begann, das seinen editorischen Abschluss dann aber erst 1998 finden sollte.³² Seine grundlegenden Überlegungen dazu hat er 1966 in seinem Aufsatz „Pre-Emancipation Prussian Policies toward the Jews 1815–1847“ niedergelegt.³³ Es ging ihm mit der Edition der Enquêtes der preußischen Verwaltung nicht einfach um eine Quellensammlung, sondern methodisch sollte das Schlüsselkonzept des „Image“ eine Zusammenfassung und Auswahl des Archivmaterials steuern. Dieses Konzept des „Judenbildes“ sollte dazu dienen, „demographische, wirtschaftliche, politische, gesellschaftliche oder kulturelle Tatbestände in ihrer Wirkung auf die Sicht der preußischen Verwaltung zu isolieren“.³⁴ Dieser Ansatz wendet seinen Blick also nicht direkt auf die historischen Tatsachen, sondern verfolgt ihre Rezeption in der Machtstruktur, um so zu zeigen, wie sehr diese Images sich von den wirklichen Verhältnissen der Juden

32 Die Juden und die jüdischen Gemeinden Preußens in amtlichen Enquêtes des Vormärz, bearbeitet und herausgegeben von Manfred Jehle, mit einem Beitrag von Herbert A. Strauss, München 1998.

33 Erschienen in: Leo Baeck Institute Year Book 11 (1966), S. 107–136, wiederabgedruckt in der Edition von Jehle (Hrsg.), Die Juden und die jüdischen Gemeinden, S. XXIX–LVIII.

34 Ebenda. S. XXIX.

entfernten und zu ihnen in Gegensatz gerieten und damit eine reformerische Gesetzgebung blockierten. Mit diesem, wenn man so will, „cultural turn“ hin zu wissenssoziologischen Fragen der gesellschaftlichen Konstruktion des „Judenbildes“, bei der die realen Strukturen der deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte als Basis einer wenn auch selektiven Wahrnehmung im Blick behalten werden sollten, hat Strauss eine wichtige Perspektive für die Antisemitismusforschung jenseits der rein geistes- und ideengeschichtlichen Untersuchung der antisemitischen Ideologie eröffnet. Deren Ergebnisse, insbesondere zur Geschichte der religiösen Judenfeindschaft, schätzte Strauss zwar als für das Studium des modernen Antisemitismus unabdingbar ein, doch merkt man ihm eine gewisse Distanz gegenüber dieser „erschöpfenden Detailarbeit“³⁵ an. Dies liegt sicherlich auch darin begründet, dass sich diese Ideengeschichte weniger als Beziehungsgeschichte, wie sie in seinem „Image-Konzept“ angelegt ist, sondern als Studium von Quellen gestaltete, die „den Grund für den Judenhaß in der *condition juive* annehmen“.³⁶ Umgekehrt sieht er auch in der politischen Geschichte und der stark auf Organisationen abhebenden frühen Sozialgeschichte des Antisemitismus einen einseitigen Blick auf die Parteien, Organisationen und Milieus sowie die Sozialstrukturen und politischen Ereignisse der Mehrheitsgesellschaft, die diese anfällig für antisemitische Deutungsmuster gemacht haben, wobei die reale Rolle der Juden in diesem Beziehungsgeflecht wenig berücksichtigt worden sei. Seine eigene Intention sah er 1980 vor allem in den sozialwissenschaftlichen Modellen verwirklicht, die sich mit Gruppenspannungen, Mehrheits-Minderheitsbeziehungen und Vorurteilsbildung im Sinne von „selective perceptions“ befassen: „Der Antisemitismus wird in dieser Sicht in ‚subjektiven‘ oder ‚objektiven‘ Spannungen zwischen Juden und ihrer Umwelt in einer Weise gesucht, die beide Seiten in die Analyse mit einbezieht.“ Seiner Meinung nach könnte dieser methodische Ansatz, der das Bild der Juden aus den „selective perceptions“ der vorurteilenden Gruppe versteht, die sich auf Teilerscheinungen der jüdischen Gruppe in zu Unrecht verallgemeinernder Weise bezieht, mehr zum Verständnis des Antisemitismus leisten als Modelle, die entweder angebliche „jüdische Fehlentwicklungen oder ideologische oder tatsächliche Ursachenkette isolieren“.³⁷ Dieser Ansatz sollte, so Strauss, „der empirischen Forschung, dem theoretischen Verständnis und der vergleichenden Methode diejenige Komplexität und Subtilität [...] vermitteln, die zu einem erweiterten und vertieften Verständnis des Problems erwünscht ist. Das könnte dazu beitragen, die

35 Strauss, *Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft*, S. 29.

36 Ebenda, S. 30.

37 Ebenda, S. 32 f.

Symbiosisforschung und die Analyse des Antisemitismus auf eine Weise in systematische Verbindung zu bringen, die dazu führt, daß verschiedene Forschungsrichtungen [...] der historischen Wirklichkeit gerecht werden.“³⁸ In seinem Artikel zur Geschichte der Leo Baeck Institute führt Strauss diese methodischen Umorientierungen von geistes- und organisationsgeschichtlichen Studien hin zu einer stärker sozialgeschichtlich quantitativ und demografisch vorgehenden Analyse der Geschichte von Gruppen (er nennt als Anwendungsfelder u. a. Emanzipationsgeschichte, Auswanderer, Frauen, Sozialstrukturen, Landjudentum, Ostjuden, jüdischer Widerstand der NS-Zeit, Antisemitismus und Trivalliteratur) auf einen Generationenwechsel zurück, ordnet sich selbst also in die jüngere Generation deutsch-jüdischer Wissenschaftler ein.³⁹ Er selbst hat von sich gesagt, er habe bei dem „Neo-Rankeaner“ Werner Näf eine Ausbildung in Neuerer Geschichte vor allem auf den Gebieten der Institutionen- und Ideengeschichte erhalten und dann später durch die persönlichen Erfahrungen in den USA, vor allem durch seine Arbeit am City College mit Kindern von Einwanderern und Minderheiten, aber auch durch sein Außenseiterbewusstsein in den ersten Jahren der Emigration eine Wendung zur Sozialgeschichte vollzogen.⁴⁰

Als sich seine Berufung zum Gründungsdirektor des Zentrums für Antisemitismusforschung abzeichnete, nahm Herbert Strauss, nachdem er sich in den Jahrzehnten zuvor vorrangig mit Fragen der Emigrationsgeschichte befasst hatte, den beschriebenen Ansatz wieder auf und startete nicht nur die Herausgabe der Quellen zum preußischen Vormärz als Gemeinschaftsprojekt des Leo Baeck Instituts in New York und der Historischen Kommission zu Berlin (ab 1980), sondern initiierte am neu gegründeten Zentrum für Antisemitismusforschung das große von der Volkswagen-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Forschungsprojekt „Bilder von Juden und Judentum in der Volkskultur der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts“.⁴¹ Dieses Projekt betrat in mehrfacher Hinsicht Neuland: Es wandte sich der Alltags-

38 Ebenda, S. 33 f.

39 Herbert A. Strauss, Die Leo Baeck Institute und die Erforschung der deutsch-jüdischen Geschichte, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983) 3, S. 471–478, hier S. 475 f.

40 Probleme der Antisemitismusforschung, S. 3.

41 In einem Vortrag sprach er einmal davon, dass er die Annahme der Berufung als eine Möglichkeit sah, „die verschiedenen wissenschaftlichen Erfahrungen meines akademischen Lebens beim Aufbau des Zentrums zum Tragen zu bringen“. In einer gestrichenen Passage direkt davor erwähnte er allerdings, dass er beschloss, „auch unter einem gewissen moralischen Imperativ, die mir angetragene Berufung anzunehmen. Sie paßte eigentlich nicht in die Vorstellung, die ich mir von den letzten Jahren meiner Tätigkeit als Forscher und Lehrer“ gemacht hatte. (Probleme der Antisemitismusforschung, S. 2).

geschichte zu, in dem es sich auf Quellen wie Predigten, populäre Romane, Kalender, populäre Grafik und Karikatur stützte, um auf diese Weise das Image der Juden und seine mediale Weitervermittlung jenseits bzw. in Korrespondenz mit den Höhen der Ideen- und Elitengeschichte zu rekonstruieren. „Dem Antisemitismus, der – in Theologie, Literatur, politischer Ideologie, den Wissenschaften – einen Teil der bildungsbürgerlichen Kultur ausmachte, korrespondierten gewisse – konstante oder sich wandelnde – Bilder von Juden und Judentum in der *popular culture*. Diese volkstümlichen Vorstellungen begünstigen – so lautet die Vermutung – die massenhafte Rezeption bzw. Duldung des modernen Antisemitismus.“⁴² Das Projekt war aus forschungspraktischen Gründen auf den deutschen Sprachraum begrenzt, doch betonte Strauss, dass es sich um „eine Problematik von gesamteuropäischem Ausmaß“ handle. Das Projekt war interdisziplinär angelegt und führte eine kunsthistorische, eine literaturwissenschaftliche, eine religionswissenschaftliche und eine sozialgeschichtliche Herangehensweise zusammen.⁴³ Um dieses Projekt herum nahmen Dissertationen und andere Publikationen am Zentrum für Antisemitismusforschung die Thematik auf. Es entstanden Arbeiten über kollektive antijüdische Gewalt,⁴⁴ zur Geschichte der Juden in Waldeck,⁴⁵ über die Darstellung von Juden in der Literatur,⁴⁶ auf der Theaterbühne⁴⁷ und über „Judenbilder“.⁴⁸ Eine wesentliche

42 So Herbert A. Strauss in seiner Darstellung des Projekts: Vorurteilsforschung und Sozialstruktur. Zu einem Forschungsprojekt des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, in: *International Review of Social History* 30 (1985) 3, S. 307–311, hier S. 308.

43 Peter Dittmar, *Die Darstellung der Juden in der populären Kunst zur Zeit der Emanzipation*, München 1992; Rainer Erb/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989; dazu zahlreiche Aufsatzpublikationen, davon einige in dem Herbert Strauss gewidmeten Band: *Antisemitismus und Jüdische Geschichte. Studien zu Ehren von Herbert A. Strauss*, hrsg. von Rainer Erb/Michael Schmidt, Berlin 1987. Der Band enthält im Übrigen auch eine bis 1986 reichende „Bibliographie Herbert A. Strauss“, S. 545–552.

44 Stefan Rohrbacher, *Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1814–1848/49)*, Frankfurt a. M. 1993.

45 Volker Berbüsse, *Geschichte der Juden in Waldeck. Emanzipation und Antisemitismus vor 1900*, Wiesbaden 1990.

46 Herbert A. Strauss/Christhard Hoffmann (Hrsg.), *Juden und Judentum in der Literatur*, München 1985; Christhard Hoffmann/Bernd Passier (Hrsg.), *Die Juden. Vorurteil und Verfolgung im Spiegel literarischer Texte*, Stuttgart 1986.

47 Hans-Joachim Neubauer, *Judenfiguren. Drama und Theater im frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 1994.

48 Stefan Rohrbacher/Michael Schmidt, *Judenbilder. Kulturgeschichte antijüdischer Mythen und antisemitischer Vorurteile*, Reinbek 1991.

weitere Neuerung lag in der Betonung der beziehungsgeschichtlichen Perspektive in der Erforschung der antisemitischen Vorurteile: „Der jeweilige Inhalt des Vorurteils und seine Träger, wirtschaftliche und soziale Krisen wie *displacements* sind für die Erklärung der konkreten Erscheinungsformen des Antisemitismus ebenso relevant wie politische Ereignisse und Ideen.“⁴⁹ Zudem müssten diese Erscheinungsformen jeweils „auf die Ereignis- und Strukturgeschichte der jüdischen Gruppe“ bezogen werden, denn nach Ansicht von Strauss ist der moderne Antisemitismus als „Begleiterscheinung der Integration („Akkulturation“) der jüdischen Gruppe“ zu erklären, wobei dieser Integrationsprozess negative und positive Bilder und Traditionen stiftete.

Neben diesem Neuansatz der historisch-kulturwissenschaftlichen Vorurteilsforschung ging es Herbert Strauss in seiner Arbeit in Berlin auch darum, die sozialwissenschaftliche, theoretische wie empirische Grundlagenforschung weiterzutreiben bzw. die bereits erarbeiteten Grundlagen neu in den Blick zu nehmen.⁵⁰ Ihm schwebte die Entwicklung einer *general field theory of antisemitism* als Ziel vor. Auf diesem Arbeitsfeld sah er für die Bundesrepublik einen großen Nachholbedarf. Er verabredete deshalb bereits 1983 mit dem Verlag Walter de Gruyter die Herausgabe einer mehrbändigen Reihe, in der die zentralen internationalen Forschungsarbeiten aus Soziologie, Psychologie und Geschichtswissenschaft für die deutsche *scientific community* zugänglich gemacht werden sollten. Dieses Projekt wurde in der dreibändigen Reihe „Current Research on Antisemitism“ in wenigen Jahren auch realisiert, allerdings erschienen die Bände nur in englischer Sprache, sodass sie ironischerweise vor allem in den USA eine positive Resonanz und weite Rezeption erfuhren.⁵¹ Strauss tat jedoch in seinen Vorträgen viel für die Verbreitung dieser sozialwissenschaftlichen Ansätze in Deutsch-

49 Strauss, Vorurteilsforschung und Sozialstruktur, S. 308. Dieser Fragestellung geht sein Aufsatz nach: „Die preußische Bürokratie und die anti-jüdischen Unruhen im Jahre 1834, in: Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn, hrsg. von Herbert A. Strauss/Kurt R. Grossmann, Heidelberg/Berlin 1970, S. 27–55.

50 Herbert A. Strauss, Antisemitismusforschung als Wissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 30/83, 30. Juli 1983, S. 3–10, hier S. 4.

51 Helen Fein (Hrsg.), *The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism*, Vol. I, Berlin/New York 1986; Werner Bergmann (Hrsg.), *Error without Trial. Psychological Research on Antisemitism*, Vol. II, Berlin/New York 1988; Herbert A. Strauss (Hrsg.), *Hostages of Modernization. Studies on Modern Antisemitism 1870–1933/39*. Vol. 3/1: Germany – Great Britain – France; Vol. 3/2: Austria – Hungary – Poland – Russia, Berlin/New York 1993; Reihenherausgeber waren Herbert A. Strauss und Werner Bergmann.

land, und 1987 widmete er einen der Lerntage am Zentrum für Antisemitismusforschung ganz der Vorurteilsforschung.⁵² Auch die Besetzung einer Assistentenstelle des Zentrums mit einem Soziologen sollte diese Forschungsrichtung stärken. Die Möglichkeit, die theoretischen Überlegungen auch empirisch umzusetzen, ergab sich dann 1987, als die Anti-Defamation League (New York) angesichts einer Reihe von antisemitischen Vorkommnissen Mitte der achtziger Jahre in der Bundesrepublik nach einem Partner in der Wissenschaft suchte, um eine größere Umfragestudie zu realisieren. Diese Antisemitismus-Studie, die erste umfangreiche wissenschaftliche Studie nach dem von Alphons Silbermann erarbeiteten Projekt aus dem Jahre 1976,⁵³ die einerseits die amerikanische Forschungstradition rezipierte, zugleich aber auf theoretischen Überlegungen zum besonderen Charakter des deutschen Antisemitismus beruhte und erstmals auch die Fragen des Antizionismus und der Verbindung von Judenfeindschaft und Xenophobie einbezog, sollte durch ihre Konzeption und die Entwicklung von neuen Skalen und Fragen, die in Kooperation mit dem Institut für Demoskopie Allensbach erarbeitet wurden, Schule machen.⁵⁴

Diese sozialwissenschaftliche Ausrichtung auf die Erforschung des heutigen Antisemitismus, aber auch eine ganze Reihe öffentlicher Konflikte über Antisemitismus und Vergangenheitsbewältigung der 1980er-Jahre in der Bundesrepublik (Bitburg-Affäre, Fassbinder-Streit, Historiker-Streit, der Fall Jenninger) waren für Strauss Anlass, sich über die NS-Zeit hinaus mit Fragen des gegenwärtigen Antisemitismus zu befassen, wobei er insbesondere den Holocaust und die Gründung des Staates Israel als „Epochenscheide“ zum Ansatzpunkt für die Reflexion der Veränderungen seiner Erscheinungsformen machte.⁵⁵ Dabei hat er sich allerdings weniger der Analyse der gegenwärtigen Formen gewidmet als vielmehr „die Tatsache, dass der Antisemitismus in der Nachkriegszeit noch

52 Lerntag über Vorurteilsforschung heute, Lerntage des Zentrums für Antisemitismusforschung, Bd. IV, hrsg. von Herbert A. Strauss/Werner Bergmann, Berlin 1987.

53 Alphons Silbermann, Sind wir alle Antisemiten?, Köln 1982; es gab zwar in gewissen Abständen Erhebungen zum Thema Antisemitismus, doch wurden diese zumeist sehr kurzfristig von Umfrageinstituten im Auftrag von Zeitungen (Stern, Spiegel) erstellt.

54 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, Der Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1945–1989. Ergebnisse der empirischen Forschung, Opladen 1991; aktualisierte und erweiterte amerikanische Ausgabe: Anti-Semitism in Germany. The Post-Nazi Epoch since 1945, New Brunswick, NJ 1997.

55 Herbert A. Strauss, Antisemitismus und Holocaust als Epochenproblem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/87, 14. März 1987, S. 15–23; ders., Einleitung – Vom modernen zum neuen Antisemitismus, in: Herbert A. Strauss/Werner Bergmann/Christhard Hoffmann (Hrsg.) Antisemitismus der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1990, S. 7–25.

fortlebt“, als Herausforderung für die Wissenschaft begriffen, „zu kategorisieren und zu vergleichen“. ⁵⁶ Er versprach sich von der komparativen Analyse eine Klärung der methodischen und begrifflichen Ansätze, wobei er das Vergleichen sowohl als ein diachrones wie synchrones Vorgehen verstand. Indem er versuchte, im Durchgang durch die wesentlichen historischen Erscheinungsformen des Antisemitismus diesen theoretisch als „Reflex der Konflikte um Modernisierung“ zu begreifen und die Modernisierungsdefizite in den europäischen Gesellschaften vor 1945 näher zu bestimmen, wollte er ein Konzept entwickeln, das es erlaubt, „Licht auf den Stellenwert des Problems auch in der Gegenwart zu werfen“. ⁵⁷ Im Ergebnis dieses Vergleichs sah Strauss einerseits Kontinuitäten in den negativen Elementen des Judenbildes auch im „neuen Antisemitismus“, andererseits jedoch auch gravierende Differenzen: aufgrund des Strukturwandels der europäischen Gesellschaften nach 1945 beschränkt sich der Antisemitismus auf identifizierbare Subkulturen am rechten und linken Rand – also die Modernisierungsverlierer bzw. -kritiker –, während die Kirchen und staatliche Einrichtungen hier einen klaren Positionswandel vollzogen haben und der Antisemitismus seine Funktion in Politik und öffentlichem Leben, etwa als Erklärungsmodell für wirtschaftliche Strukturkrisen, weitgehend eingebüßt hat. ⁵⁸ Strauss sah den Antizionismus als ein neues, innen- wie außenpolitisches Element und hat deshalb bereits 1989 eine Ausweitung der Antisemitismusforschung auf die arabisch-islamische Tradition empfohlen. ⁵⁹

56 Strauss, Einleitung, S. 8.

57 Strauss, Epochenproblem, S. 23. Bereits 1983 widmete Strauss sich mit der Tagung „Antisemitismus heute“ in Kooperation mit dem Aspen-Institut Berlin diesem Thema.

58 In seinem Aufsatz „Der Holocaust als Epochenscheide der Antisemitismusgeschichte: historische Diskontinuitäten“ nennt Strauss sechs Punkte, die für ihn die Diskontinuität begründen: Auschwitz und die Gründung des Staates Israel haben zu einem Bewusstseinswandel geführt; die Zahl der Juden ist in den europäischen Ländern so abgesunken, dass Vorurteile nicht mehr auf „environmental support“ rechnen können; die Modernisierungsdefizite von Kaiserreich und Weimarer Republik sind überwunden worden; soziale Spannungen werden nicht mehr antisemitisch codiert; mit der Entstehung der Dienstleistungsgesellschaft weicht die Sozialstruktur der Juden nicht länger von der der Mehrheitsgesellschaft ab; die Kirchen haben große Anstrengungen zur Beseitigung des Antijudaismus unternommen, in: Werner Bergmann/Rainer Erb (Hrsg.), Antisemitismus in der politischen Kultur nach 1945, Opladen 1990, S. 39–56, hier S. 52 f.

59 Strauss, Einleitung, S. 15. Der Band, der aus einer Ringvorlesung des ZfA im WS 1988/89 hervorging, enthält erstmals für den deutschen Sprachraum auch zwei Beiträge zu diesem Thema: „Islamischer Fundamentalismus und Antisemitismus“ von Emmanuel Sivan, und „Antisemitismus in der arabischen Welt: Der Fall Ägypten“ von Rivka Yadlin.

Seine Forderung nach einer komparativ verfahrenen Antisemitismusforschung, die zudem den Antisemitismus immer in den Kontext der europäischen Gesamtgeschichte einbettet, hat Strauss dann in seinem letzten größeren Arbeitsvorhaben am Zentrum selbst einzulösen versucht.⁶⁰ Der von ihm edierte und kommentierte, in zwei Teilbänden erschienene dritte Band der Reihe „Current Research on Antisemitism“, der einen Überblick über die geschichtswissenschaftlichen Forschungen zum modernen Antisemitismus von 1870 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs geben sollte,⁶¹ war als Ländervergleich angelegt und umfasste die für den Antisemitismus zentralen Länder.⁶² Zugleich weist der Titel der Bände „Hostages of Modernization“, der Eva G. Reichmanns „Hostages of Civilization“ variiert,⁶³ auch darauf hin, dass Strauss hier sein bereits erwähntes theoretisches Konzept von Antisemitismus als Moder-

60 Über Probleme einer vergleichenden Forschung hat Strauss sich bereits einige Jahre vorher geäußert: *Problems of Comparative Research on Antisemitism in Central and Western Europe*, in: *Remembering for the Future. Working Papers and Addenda, Proceedings of an International Conference, Oxford 1988*, 3 Bde., Oxford/New York 1989, S. 3032–3041. Vgl. erste Ideen in dieser Richtung schon in: Herbert A. Strauss, Zentrum für Antisemitismusforschung, in: *Tribüne* 22 (1983) 86, S. 43–50, hier S. 46 f.

61 Die Phase des Holocaust hat Strauss bewusst nicht mehr einbezogen, sei es, dass er sie für eine neue Phase des Antisemitismus ansah, sei es, dass für dieses Thema ein eigener fünfter Band der Reihe CRA in Aussicht genommen worden war (Herausgeber sollte Wolfgang Scheffler sein, damals Professor am ZfA). Ein vierter Band sollte sich der Ideengeschichte seit der Antike widmen (vgl. Strauss, *Hostages of Modernization* 3/1, S. VIII). Beide Bände wurden nach dem Weggang von Herbert Strauss nicht mehr realisiert. Strauss hat sich der Holocaustforschung am Zentrum nur zögernd zugewandt, und dann vor allem in Form einer indirekten Thematisierung etwa auf den beiden Lerntagen „Der Holocaust in der politischen Kultur seit 1945“ (1984, publiziert als „Lerntag über den Holocaust in der politischen Kultur seit 1945, Bd. II, hrsg. von Herbert A. Strauss/Norbert Kampe, Berlin 1985) und „Der Holocaust als Thema im Geschichtsunterricht und in der Politischen Bildung“ (1987, publiziert als *Lerntag über den Holocaust als Thema im Geschichtsunterricht und in der politischen Bildung, Bd. V*, hrsg. von Wolfgang Scheffler/Werner Bergmann, Berlin 1988) sowie in der bereits erwähnten Ringvorlesung „Der Holocaust im Lichte der Wissenschaften“ (1985). Dies mag einmal im „fast unerträglichen Horror dieses Traumas“ begründet sein, aber auch durch die Befürchtung, das Thema könne sich zu einer Aufgabe auswachsen, die der Antisemitismusforschung als solcher keinen Raum lassen würde (*Probleme der Antisemitismusforschung*, S. 10).

62 Strauss, *Hostages of Modernization*.

63 Eva G. Reichmann, *Hostages of Civilization*, London 1950 (dt.: *Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt a. M. 1956).

nisierungsdefizit als Leitfaden für die Auswahl der Texte gewählt hat.⁶⁴ Mit der Modernisierungstheorie hat er eine vor allem in der Sozialgeschichte prominente Sichtweise konsequent zur Erklärung der Differenzen im Auftreten von Antisemitismus in den verschiedenen europäischen Ländern genutzt.⁶⁵ Dabei stehen für ihn als Leithypothesen sozial- und politikwissenschaftliche Theorien über Mechanismen von Gruppenkonflikten, Stereotypisierung, Diskriminierung, politische Mobilisierung, über ökonomische Krisen und sozialen Wandel usw. im Hintergrund, d. h., auch hier weist er der sozialwissenschaftlicher Theoriebildung eine heuristische Funktion für die historische Forschung zu. In seiner „Introduction: Possibilities and Limits of Comparison“ reflektiert Strauss auf diesen methodischen und inhaltlichen Wandel der Geschichtswissenschaft, indem er sich von der politischen Institutionen- und Ideologiegeschichte hin auf „social, group, and regional histories“ in der Auswahl der edierten Texte orientiert.⁶⁶ Es geht ihm um Fragen sozialer Spannungen, ökonomischer Verwerfungen, politischer Mobilisierungen und um Interessenkonflikte. Explizit nimmt er auch Arbeiten zur Judenfeindschaft in der „popular culture“ und deshalb auch den Aspekt der kirchlichen und religiösen Traditionen der Judenfeindschaft mit auf. Die spezifische Konfliktgeschichte der jüdischen Minderheiten mit der Mehrheitsgesellschaft sieht er eingebettet in die allgemeine Geschichte der sieben ausgewählten europäischen Staaten, d. h. er begreift die antisemitischen sozialen und politischen Bewegungen als „reflections of critical developments

- 64 Mit dem Begriff „Hostages“, also Geiseln, ist ein weiterer Schlüsselbegriff im Denken von Herbert Strauss angesprochen. Im Umkreis der Weltkriegsdiskussion gab es in den 20er-Jahre zahlreiche Publikationen zu völkerrechtlichen Fragen der Geiselnahme und Geiselnhaft der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten. In diesem Kontext ist auf der politischen Rechten darüber nachgedacht worden, Juden als Geiseln für das „internationale Judentum“ zur Erreichung deutscher Ziele zu missbrauchen. Strauss selbst ist im Bayerischen Hauptstaatsarchiv auf eine Quelle gestoßen, in der der Münchner Freikorpskämpfer Hans Knodn dem Bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr Vorschläge für ein Programm unterbreitete, in dem die Juden als Geiseln für das Wohlverhalten der Entente Repressalien ausgesetzt werden sollten, die über ihre Einweisung in Lager bis hin zu Hungertod und Niedermetzelung reichten (Strauss, *Epochenproblem*, S. 19 f., vgl. dazu seinen Aufsatz: *Hostages of ‚World Jewry‘. On the Origins of the Idea of Genocide in German History*, in: *Holocaust and Genocide Studies* 3 [1988], S. 125–136). Strauss sah eine Epochenwende durch Krieg und Revolution gegeben, wo sich im völkischen Radikalismus der zwanziger Jahre solche Mordmotive entwickeln konnten.
- 65 Zur Modernisierung als grundlegendem Modell vgl. Strauss, *Antisemitismusforschung als Wissenschaft*, S. 7.
- 66 Strauss, *Hostages*, Vol. 3/1, S. 2.

in European societies“, Konflikte, die von den Eliten nicht gelöst werden konnten oder die sie nicht lösen wollten.⁶⁷ In seinen einleitenden, interpretierenden Texten zu den ausgewählten Ländern werden „Vergleiche zwischen den nationalen Mustern dokumentiert“ und „auf einer vorläufigen Grundlage“ entwickelt, „um zu verstehen, dass strukturelle Vergleiche Unterschiede zwischen den miteinander zu vergleichenden Objekten erkennbar machen sollen, sie aber gleichzeitig auch in ein gemeinsames Bezugssystem zu setzen sind“.⁶⁸ Auch wenn die Phase des Holocaust selbst ausgeblendet bleibt, nimmt Strauss in die beiden Bände doch Texte auf, in denen die Frage der Kontinuität von antisemitischen Bewegungen und dem Holocaust im Sinne einer „Verursachung“ untersucht wird.

Die von Strauss hier eingenommene komparative und europäische Perspektive bildet in der Antisemitismusforschung nach wie vor die Ausnahme. Obwohl sich Ansätze in dieser Richtung erkennen lassen, liegen komparatistische Studien im engeren Sinne bisher kaum vor.⁶⁹ Doch weisen sowohl aktuelle politische Bemühungen, den Antisemitismus europaweit zu erfassen und zu bekämpfen, wie auch neuere Publikationen und Forschungsprojekte darauf hin, dass sich zunehmend ein Verständnis dieses Phänomens als Teil einer gesamteuropäischen Geschichte durchzusetzen scheint.⁷⁰ Mit seinen komparatistischen und interdisziplinären Ansätzen und seinem das Historische mit sozialwissenschaftlichen Konzepten verknüpfenden Vorgehen ist Herbert Strauss ein wichtiger Anreger der Forschung gewesen und bis heute geblieben.

67 Ebenda.

68 Ebenda, S. 7.

69 Vgl. zur Bilanz der Forschung Reinhard Rürup, *Der moderne Antisemitismus und die Entwicklung der historischen Antisemitismusforschung*, in: Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), *Antisemitismusforschung in den Wissenschaften*, Berlin 2004, S. 117–136, hier S. 132.

70 Vgl. etwa die Arbeiten von Victor Karady, *Gewalterfahrung und Utopie. Juden in der europäischen Moderne*, Frankfurt a. M. 1999; Olaf Blaschke/Aram Mattioli (Hrsg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich*, Zürich 2000; William I. Brustein, *Roots of Hate. Anti-Semitism in Europe before the Holocaust*, Cambridge 2003; am Zentrum für Antisemitismusforschung etwa die Bände *Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen in Europa*, hrsg. von Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel, Berlin 2001, und *Werner Bergmann, Geschichte des Antisemitismus*, München 2002, sowie das Forschungsprojekt von Ulrich Wyrwa: *Antisemitismus in Deutschland und Italien im Vergleich 1870–1914*. Unter der Leitung von Werner Bergmann und Ulrich Wyrwa hat ein fünf europäische Länder zwischen 1870 und 1914 vergleichendes Forschungsprojekt gerade begonnen (finanziert von der Volkswagen-Stiftung).

PROVOKATION UND IDEOLOGIE:
DIE NPD UND DIE DEUTSCHE GESELLSCHAFT
NACH DEN WAHLEN IN SACHSEN

Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremen Partei

Wenn wir uns heute rückschauend mit der Entwicklung der NPD befassen, die am 28. November 2004 ihren 40. Geburtstag feiern konnte, dann geschieht das in erster Linie nicht aus zeithistorischen Gründen. Die Geschichte des deutschen Rechtsextremismus nach dem Zweiten Weltkrieg ist zwar stark durch die NPD und durch ihre Vorläuferorganisation, die 1950 gegründete Deutsche Reichspartei (DRP), geprägt. Und daher ist es auch kaum möglich, über die NPD zu sprechen, ohne immer wieder auf die Gesamtentwicklung einzugehen. Aber die wesentlichen Fakten sind bekannt und in der Literatur ausführlich dargestellt worden.¹

- 1 Allgemein: Peter Dudek/Hans-Gerd Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechts-
extremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, 2 Bde., Opladen 1984; zur NPD: Hans Maier/Hermann Bott, Die NPD – Struktur
und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“, München ²1968; Reinhard Kühnl/Rai-
ner Rilling/Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofas-
chistischen Partei, Frankfurt a. M. 1969; Lutz Niethammer, Angepasster Faschismus.
Politische Praxis der NPD, Frankfurt a. M. 1969; Horst W. Schmollinger, Die Natio-
naldemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch.
Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 2, Opladen 1984,
S. 1922 ff.; Andreas P. Zaleshoff, Der zweite Frühling der NPD. Anmerkungen zum
Wiedererstarken einer fast totgeglaubten Partei und zu den Möglichkeiten antifaschis-
tischer Strategien in der Bundesrepublik der achtziger Jahre, Hannover 1989; Siegfried
Jäger, Die neue Qualität der NPD. Umfeld, Geschichte, Ideologie und Organisation
einer rechtsradikalen Partei und ihre Bedeutung in der Bundesrepublik der Gegenwart,
Duisburg ²1989; Armin Pfahl-Traughber, Der „zweite Frühling“ der NPD zwischen
Aktion und Politik, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 11 (1999), S. 146 ff.;
Uwe Hoffmann, Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt a. M. u. a.
1999; Armin Pfahl-Traughber, Die NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Ide-
ologie, Strategie und Organisation, in: Claus Leggewie/Horst Meier (Hrsg.), Verbot der
NPD oder mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt a. M. 2002, S. 30 ff. Zur Selbstdarstel-
lung der NPD: Gerd Knabe (Hrsg.), 20 Jahre NPD. Porträt einer jungen Partei, Knüll-
wald-Nausis 1984; Wolfgang R. Frenz, 30 Jahre NPD. Die Geschichte einer deutschen
Partei. Reden – Fakten – Daten. Bilder aus dreißig Jahren Nationaldemokraten. Eine
Dokumentation, Bochum 1994; Holger Apfel (Hrsg.), Alles Große steht im Sturm. Tra-
dition und Zukunft einer nationalen Partei. 35 Jahre NPD – 30 Jahre JN, Stuttgart 1999.

Ertragreicher scheinen parteiensoziologische Betrachtungen zu sein, die im Kern auf die Existenz- und Erfolgsbedingungen des organisierten Rechtsextremismus zielen. Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann prägten 1967 den mittlerweile geflügelten Satz, dass es sich beim Rechtsextremismus um eine normale Pathologie moderner Industriegesellschaften handle.² Unabhängig davon, ob man dieser allgemeinen Begründung für die Existenz des Rechtsextremismus zustimmt: sie trägt kaum zur Erklärung der Tatsache bei, dass der Rechtsextremismus politischen Konjunkturen folgt, wobei die Perioden des Aufschwungs und die des Abschwungs zumeist wesentlich kürzer ausfielen als die Zeiten der Flaute. Insgesamt haben wir es mit vier Entwicklungsphasen³ zu tun:

- Die erste Phase reichte von 1945 bis 1961 und hatte ihren Höhepunkt zwischen 1948 und 1952. Damals erzielten rechtsextreme Parteien – die Deutsche Gemeinschaft (DG), die Deutsche Rechtspartei (DRP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Sozialistische Reichspartei (SRP)⁴ – in Bremen, Niedersachsen, Bayern und Württemberg-Baden Landtagsmandate, und bei der Bundestagswahl 1949 wurden insgesamt 5,7 Prozent der Stimmen bzw. 1,4 Millionen Wähler erreicht. Ein Bundestagsmandat fiel übrigens dem späteren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden zu, der auf der Landesliste der niedersächsischen Deutschen Rechtspartei (DRP) kandidiert hatte.⁵
- Die zweite Phase reichte von 1962 bis 1982. Ihren Zenit erlebte sie zwischen 1966 und 1969, wo die NPD in sieben Landesparlamente einzog und bei der Bundestagswahl 1969 die Fünf-Prozent-Hürde nur um Haarsbreite (4,3 %) verfehlte, aber immerhin 1,4 Millionen Wähler mobilisieren konnte.

2 Erwin K. Scheuch/Hans-Dieter Klingemann, Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12 (1967), S. 13.

3 Richard Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 75 ff.; ursprünglich: ders., Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Opladen 1989; S. 96 ff.

4 Richard Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/ Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1980; Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei, in: Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. 1, Opladen 1983, S. 982 ff.; ders., Die Deutsche Reichspartei, in: ebenda, S. 1112 ff.; ders., Die Sozialistische Reichspartei, in: ebenda, Bd. 2, Opladen 1984, S. 2274 ff.

5 Vgl. Eckhard Jesse, Biographisches Porträt: Adolf von Thadden, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2 (1990), S. 228 ff.

- Die dritte Phase begann 1983, in einer Zeit also, in der europaweit rechts-extreme, insbesondere fremdenfeindliche Tendenzen zunahmen. Von dieser Entwicklung profitierte aber nicht die alt eingesessene NPD, sondern zunächst – 1987 in Bremen – die Deutsche Volksunion (DVU),⁶ die gerade erst als Partei aus der 1971 entstandenen überparteilichen Vereinigung gleichen Namens heraus gegründet worden war. Erstmals seit 1968, seit 20 Jahren also, hatte damit wieder eine rechtsextreme Partei einen, wenn auch bescheidenen, parlamentarischen Erfolg erzielt. 1989 gelang dann den 1983 gegründeten Republikanern⁷ der Durchbruch. In Berlin brachten sie es auf 7,5 Prozent und elf Mandate, und bei der Europawahl erreichten sie 7,1 Prozent und sechs Mandate. Die ebenfalls kandidierende DVU erzielte zwar nur 1,6 Prozent. Beide Parteien zusammen mobilisierten aber 2,5 Millionen Wähler – das bisherige Rekordergebnis in der Wahlgeschichte des deutschen Rechtsextremismus.
 - Die dritte Entwicklungsphase des Rechtsextremismus ging 1990 nahtlos in die vierte, gesamtdeutsche Phase über, deren Dynamik noch nicht abschließend beurteilt werden kann. Wahlerfolge gab es zunächst nur im Westen
- 6 Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Agitation, Ziele, Wahlen, Köln 1999; Jürgen Elsässer, Braunbuch DVU. Eine deutsche Arbeiterpartei und ihre Freunde, Hamburg 1998; Gerhard Hertel, Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen, München 1998; Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen 2001; Annette Linke, Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen 1994; Stefan Mayer, Zehn Jahre Deutsche Volksunion als Partei, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 10 (1998), S. 184 ff.; Britta Obszerninks/Matthias Schmidt, DVU im Aufwärtstrend – Gefahr für die Demokratie?, Münster 1998; Lothar Probst, Politische Mythen und symbolische Verständigung. Eine Lokalstudie über die rechtspopulistische DVU in Bremen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26 (1995), S. 5 ff.
- 7 Hajo Funke, „Republikaner“. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn. Zu den Potenzialen der Rechtsextremen am Beispiel der „Republikaner“, Berlin 1989; Eike Hennig/Manfred Kieserling/Rolf Kirchner, Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Zur Organisation der mentalen Provinz, Frankfurt a. M. 1991; Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn ²1992; Claus Leggewie, Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an. Mit neuen Reportagen aus Bayern, Berlin und Köln, Berlin 1990; Gerhard Paul, Die „Republikaner“: Profile einer neuen Partei, Köln 1989; Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln ²1990; Hans-Joachim Veen/Norbert Lepszy/Peter Mnich, The Republikaner Party in Germany. Right-Wing Menace or Protest Catchall?, Westport 1993.

der Republik: Die DVU brachte es 1991 in Bremen und 1992 in Schleswig-Holstein auf jeweils sechs Mandate, 1996 scheiterte sie im Nordstaat mit 4,3 Prozent knapp an der Sperrklausel, und 1999 und 2003 erlangte sie wiederum in Bremen jeweils ein Mandat. Und die Republikaner konnten in Baden-Württemberg 1992 15 und 1996 14 Abgeordnete in das Landesparlament entsenden. In Hamburg brachten es die rechtsextremen Parteien gemeinsam 1993 auf 7,6 Prozent und 1997 auf 6,8 Prozent, aber keine der Parteien vermochte es alleine, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. In den neuen Bundesländern gab es erst seit 1998 rechtsextreme Parlamentarier: 1998 in Sachsen-Anhalt 16 Mandate für die DVU, 1999 und 2004 in Brandenburg ebenfalls für die DVU sechs bzw. fünf Mandate und 2004 in Sachsen für die NPD zwölf Mandate.

Diese vier Phasen spiegeln sich auch in der Entwicklung des rechtsextremen Personenpotenzials wider. Denn der Rechtsextremismus ist hierzulande besonders stark durch politische Parteien geprägt. Der Anteil der „parteilosen“ Rechtsextremisten ist zwar in den vergangenen Jahren gewachsen, macht aber auch heute nur ein Viertel des Gesamtpotenzials aus. Die Mitgliederentwicklung folgt mit einer zeitlichen Verzögerung der Wählerentwicklung: Wahlerfolge bewirken Mitgliederzulauf, Misserfolge führen über kurz oder lang zur Abwanderung von Mitgliedern.

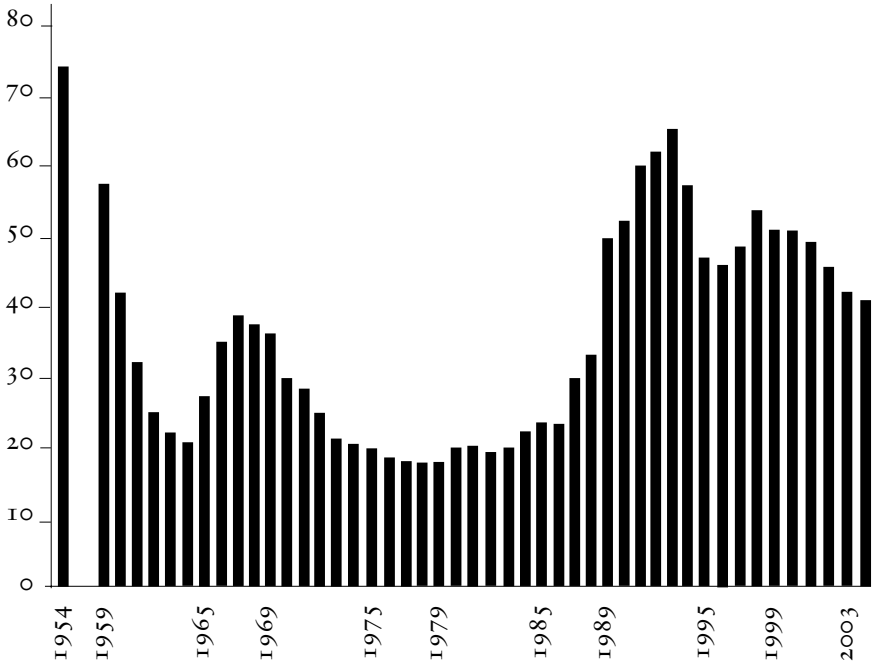
Für die erste Entwicklungsphase beträgt der bekannte Höchstwert 76 000 Personen im Jahr 1954. 1952 dürfte die Anzahl der Rechtsextremisten allerdings noch größer gewesen sein. In der zweiten Phase wurden von den Verfassungsschutzämtern maximal knapp 39 000 Personen (1967) gezählt, davon allein 28 000 NPD-Mitglieder. Am Ende der dritten Phase, also 1989, betrug das Personenpotenzial rund 50 000, darunter 25 000 DVU-, 14 000 REP- und 7000 NPD-Mitglieder. Den bisherigen Zenit der vierten Phase bildet das Jahr 1993, für das die Verfassungsschutzbehörden 64 500 Rechtsextremisten meldeten (REP: 23 000; DVU: 26 000; NPD: 5000). Seither ist das Potenzial stark rückläufig (2004: 40 700).

Nun stellt sich die Frage nach den Ursachen für die konjunkturellen Schwankungen in der Entwicklung des Rechtsextremismus im Allgemeinen und der NPD im Besonderen. Aus der Perspektive der Wahlforschung hängt der Erfolg einer Partei⁸ von zwei Faktoren ab, vom Angebot und von der Nachfrage. Im Optimal-

8 Zu den Erfolgsbedingungen vgl. Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*, S. 48 ff., 75 ff. Siehe auch: Paul Lucardie, *Prophets, Purifiers and Prolocutors. Towards a Theory on the Emergence of New Parties*, in: *Party Politics* 6 (2000) S. 175 ff.; Eike Hennig/Manfred Kieserling, *Aktuelle Wahlerfolge kleiner Rechtsparteien in der Bundesrepublik*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 40 (1989) S. 524 ff.

Mitgliederentwicklung des (organisierten) Rechtsextremismus in Deutschland 1954–2004

Tausende



Datenquelle: BMI, jedoch vor 1992 einschl. REP-Mitglieder. Bis 1990 nur alte BRD.

fall ist die Nachfrage in der Bevölkerung nach rechtsextremen Problemlösungsstrategien groß, und der Rechtsextremismus erfüllt diese Bedürfnisse mit seinem programmatischen und personellen Angebot besser als die übrigen politischen Kräfte.

Wir können daher auch zwischen externen und internen Erfolgsfaktoren unterscheiden. Mit externen Faktoren sind die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen gemeint, die wiederum in langfristig wirksame und in situative Faktoren aufgeschlüsselt werden müssen. Beachtung finden zumeist nur

die Langfristfaktoren, also sozio-ökonomische und/oder politische Umbruchsituationen oder gar Krisen, die massive Unzufriedenheit in der Bevölkerung erzeugen. Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale oder politische Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest, Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen. Unzufriedenheit und pessimistische Zukunftserwartungen bewirken das Gefühl der Benachteiligung, Abkoppelung und Ausgrenzung, sie stimulieren Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen und erzeugen den Wunsch nach autoritären Konzepten: Gemeinschaft, Geborgenheit, Sicherheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung.

Übersehen wird allerdings oft die Bedeutung von situativen Rahmenbedingungen. In Zeiten von tief greifendem sozioökonomischen und/oder politischen Wandel sind die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus im Prinzip zwar besonders gut. Allerdings wird das Wahlverhalten der Bürger auch durch momentane Stimmungen und aktuelle Ereignisse bzw. Zustände geprägt. So kann es vorkommen, dass rechtsextreme Parteien trotz optimaler Rahmenbedingungen schlecht abschneiden, weil der Wahlkampf durch starke politische Polarisierung zwischen eher linken und eher konservativen Kräften gekennzeichnet ist. Dann entscheiden sich viele potenzielle Rechtsaußen-Wähler für die konservative Partei, um einen Sieg der Linken zu verhindern. Aus demselben Grund wandern dann auch mit ihrer eigenen Partei unzufriedene konservative Wähler nicht ins extremistische Lager ab, sondern entscheiden sich im Sinne des „kleineren Übels“ für ihre bisherige Partei. Rechtsextrem gesinnte Wähler können sich aber auch für die SPD entscheiden, wenn sie sich davon eine Verbesserung ihrer sozialen Situation versprechen.

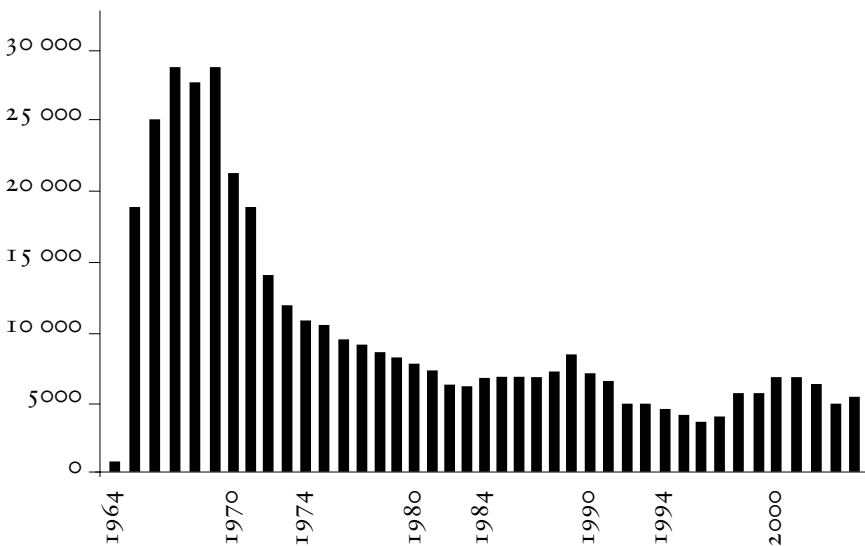
Wenn aber in Krisen- bzw. Umbruchsituationen auch noch große Harmonie zwischen den etablierten Parteien besteht, Alternativen nicht erkennbar werden und ein langweiliger Wahlkampf stattfindet und wenn dann auch noch die Meinung weit verbreitet ist, dass der Ausgang der Wahl so gut wie feststeht und sich dadurch nichts an den bestehenden Machtverhältnissen ändern wird, dann steigen die Erfolgchancen rechtsextremer Parteien.

Erfolg und Misserfolg hängen aber auch von internen Faktoren ab, vom Erscheinungsbild des Rechtsextremismus insgesamt, von seinem inneren Zustand, von seinem Personal- und Programmangebot und nicht zuletzt von seiner Wahlkampfführung. Rechtsextreme Organisationen können – selbst bei optimalen Rahmenbedingungen – Erfolge (z. B. große Nachfrage nach ihren Publikationen, gut besuchte Versammlungen, wachsende Mitgliederzahlen, hohe Wahlergebnisse) dauerhaft nur verbuchen, wenn sie

- politische Kompetenz und Glaubwürdigkeit ausstrahlen,
- attraktive programmatische Alternativen und identifikationsfähige Ziele präsentieren,
- innere Geschlossenheit zeigen und organisatorische Zersplitterung vermeiden,
- populäre und respektable Personen in die Führungsgremien entsenden und
- hinreichende Publizität in den Medien erlangen.

In der Geschichte der Bundesrepublik fielen die externen Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus zumeist günstiger aus als die internen. Der deutsche Rechtsextremismus stand sich bei der Realisierung vorhandener Erfolgchancen oft selbst im Weg. Entweder trat er in Gestalt mehrerer miteinander um dasselbe Wählerpotenzial konkurrierender Parteien in Erscheinung, oder seine Kampagnen liefen ins Leere. Meistens traf beides zu.

Mitgliederentwicklung der NPD in Deutschland 1964–2004



Datenquelle: BMI.

Betrachten wir nun die Geschichte der NPD unter den genannten Erfolgsbedingungen. Zunächst zur Entstehung und zum kometenhaften Aufstieg der Partei in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Zum besseren Verständnis dieser, aber auch späterer Entwicklungen ist vorab ein Blick auf die erste Entwicklungsphase des Rechtsextremismus notwendig.⁹ Ursprünglich durchaus begründete Befürchtungen hinsichtlich eines starken organisierten Nachkriegsrechtsextremismus haben sich trotz der scheinbar optimalen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nach 1945 nicht bewahrheitet. Der Rechtsextremismus profitierte zunächst zwar in gewissem Umfang von den massiven ökonomischen, sozialen und politischen Nachkriegsproblemen. Allerdings ist es ihm nicht gelungen, das zwischen 1948 und 1952 sichtbar gewordene Potenzial dauerhaft an sich zu binden, geschweige denn zu vergrößern.

Die Integrationskraft des politischen Systems wuchs in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs überraschend schnell, und es bildete sich bis Ende der fünfziger Jahre ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die wesentlichen innen- und außenpolitischen Grundlagen der Bundespolitik heraus. Die Bundesbürger bewältigten die NS-Vergangenheit durch Verdrängung und konzentrierten ihre Energie auf den Wiederaufbau, auf Wachstum, Wohlstand und Konsum. Bis zur Bundestagswahl 1961 war die rechtsextreme Wählerschaft schließlich auf 0,9 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung zusammengeschmolzen.

Der Niedergang des Rechtsextremismus war jedoch nicht nur durch externe Faktoren bedingt. Er hatte auch keine attraktive und realistische Alternative zur Politik Adenauers vorzuweisen. Glaubwürdigkeit und Kompetenz wurden überdies durch starke organisatorische Zersplitterung (insgesamt seit 1946 allein rund 30 Parteien) und andauernde Kämpfe zwischen den Kleinparteiführern beeinträchtigt.

Der Nachkriegsrechtsextremismus stellte sich in seiner überwiegenden Mehrheit bewusst in die historische Tradition des deutschen Rechtsextremismus, zumeist in die Tradition der Deutschnationalen, teilweise aber auch in die Tradition der Nationalsozialisten.¹⁰ Er rechtfertigte den Nationalsozialismus als notwendige Reaktion auf die Gefahr des Stalinismus, bagatellierte

- 9 Ausführlich: Richard Stöss, Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – eine Theorie, in: ders. (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 209 ff., 239 ff.; Dudek/Jaschke, Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus, S. 34 ff.
- 10 Ausführlich: Richard Stöss, Ideologie und Strategie des Rechtsextremismus, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn/Opladen 2000, S. 101 ff.

seine Verbrechen, leugnete den Holocaust und geißelte die Zerstörung des Reichs als grobes Unrecht der Siegermächte, die es schon nach dem Ersten Weltkrieg darauf abgesehen hätten, das Deutsche Reich zu zerstören.

Rechtsextremismus bedeutete nach 1945, alle Politik dem Imperativ der Überwindung der Dreiteilung Deutschlands, der Wiederherstellung des Deutschen Reiches unterzuordnen. Die „nationale Frage“ dominierte die Programme aller rechtsextremen Parteien und Organisationen, die sich selbst stets als die „nationale Opposition“ verstanden. Der Nachkriegsrechtsextremismus betrachtete die Teilung Deutschlands als völkerrechtswidrig, als einen willkürlichen Akt der Besatzungsmächte, und kämpfte verbissen gegen die „Lizenzparteien“ als angebliche Helfershelfer der deutschfeindlichen Besatzer, ohne jedoch über eine Alternative zu ihrer Politik zu verfügen. Er blieb vor allem die Antwort auf die Frage schuldig, wie unter den Bedingungen der Ost-West-Konfrontation und angesichts des starken Antikommunismus im Westen die Wiederherstellung des Deutschen Reichs bewerkstelligt werden könnte. Im Grunde genommen ging es ihm auch gar nicht um programmatische Alternativen, um Befriedigung der Nachfrage seiner potenziellen Wählerschaft, sondern um die Rechtfertigung seiner eigenen Existenz im postfaschistischen Deutschland.

Dies zeigt sich auch daran, dass der Rechtsextremismus nicht wirklich über wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft verfügte. Während für die Bevölkerung die „bread and butter“-Fragen an erster Stelle des Problemhaushalts standen, pochten die rechtsextremen Parteien realitätsfremd unentwegt auf die politische Wiederherstellung des rechtlich angeblich fortbestehenden Deutschen Reichs und waren dabei der festen Überzeugung, dass sie damit einem massenhaften Bedürfnis nachkommen. Anfang der fünfziger Jahre verbreitete beispielsweise der Jugendbund Adler, die Jugendorganisation des Deutschen Blocks (DBI),¹¹ folgende vierte Strophe des Deutschlandlieds, die diese Illusion besonders deutlich zum Ausdruck brachte:

„Über Länder, Grenzen, Zonen
hallt ein Ruf, ein Wille nur; / überall wo Deutsche wohnen,
zu den Sternen dringt der Schwur: / Niemals werden wir uns beugen! /
Nie Gewalt als Recht anseh'n! /
Deutschland, Deutschland über alles, / und das Reich wird neu ersteh'n!“¹²

11 Horst W. Schmollinger, Der Deutsche Block, in: Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 807 ff.

12 Deutscher Block/Reichsverband, Warum mussten wir kommen? Warum werden wir siegen?, München 1952, S. 45.

Die erste Entwicklungsphase des Rechtsextremismus, in der die NPD noch gar nicht existierte, wurde hier so ausführlich dargestellt, um die bis heute gültige Erfolgsregel darzulegen: Der Rechtsextremismus im Allgemeinen und die NPD im Besonderen waren trotz günstiger Rahmenbedingungen immer dann erfolglos, wenn sie primär Vergangenheitspolitik betrieben (das war meistens der Fall), und sie waren – *ceteris paribus* – dann erfolgreich, wenn sie sich an den vorhandenen rechts gerichteten, vorurteilsbehafteten Stimmungen in der Bevölkerung orientierten und die Vergangenheitsbewältigung hintanstellten.

In die zweite Entwicklungsphase des Rechtsextremismus¹³ fällt die Gründung der NPD Ende 1964. Mit ihr war kein grundlegender ideologisch-programmatischer Wandel verbunden. Das Gründungsmotiv war vielmehr rein institutioneller Art. Das magere Ergebnis der Bundestagswahl 1961 wurde nämlich in erster Linie auf die Zersplitterung des Rechtsextremismus zurückgeführt, und daher mehrten sich nun die Stimmen, die eine Überwindung der Konkurrenz im rechtsextremen Lager forderten. Es gelang dem damaligen Vorsitzenden der Deutschen Reichspartei (DRP), Adolf von Thadden, die meisten Führer der Kleinparteien von der Notwendigkeit der Gründung einer gemeinsamen Organisation zu überzeugen. Die NPD war mithin die erste Einheitspartei des Rechtsextremismus, und sie umfasste neben neonazistischen und deutschnationalen auch nationalkonservative Kräfte, wobei die DRP allerdings den organisationsstärksten Gründungspartner bildete. Damit die neue Partei nicht in den Verdacht geriet, dass es sich bei ihr nur um eine erweiterte DRP handle, wurde der Bremer Betonfabrikant Fritz Thielen zum Parteivorsitzenden bestimmt. Thielen, ehemals CDU, gehörte der in Norddeutschland aktiven Deutschen Partei (DP) an und verkörperte die nationalkonservative Richtung innerhalb der NPD. Er wurde aber schon bald von den Rechtsextremisten gemobbt und 1967 durch Adolf von Thadden ersetzt, der den Deutschnationalen zuzurechnen war, aus strategischen Gründen allerdings eine Zusammenarbeit mit den Neonazis befürwortete. In guter alter deutschnationaler Tradition glaubte er, sie durch Umarmung integrieren zu können.

Mit der Gründung der Einheitspartei war eine notwendige, aber keineswegs die hinreichende Erfolgsbedingung erfüllt. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die NPD ganze 2,0 Prozent der Stimmen. Das war zwar mehr als doppelt so viel wie 1961, bedeutete aber nicht den Durchbruch. Der stellte sich erst ein, als die externen Erfolgsbedingungen herangereift waren, nämlich das Ende des „CDU-Staats“ und damit – wie damals gesagt wurde – das Ende der Nachkriegszeit.

13 Ich folge hier Schmollinger, NPD, S. 1922 ff.

1966/67 trafen ein deutlicher konjunktureller Abschwung und tief greifende Strukturschwächen einzelner Branchen (Kohle, Eisen, Stahl, Textil) mit einem erheblichen staatlichen Finanzdefizit zusammen. Über der Finanzkrise zerbrach die seit 1963 von Ludwig Erhard geführte Bundesregierung, eine Koalition aus den Unionsparteien und der FDP, und im Dezember 1966 wurde eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD gebildet. Der Mangel an Opposition im Dreiparteiensystem – die kleine FDP hatte allein den Part der Opposition im Bundestag zu spielen – führte dazu, dass an den Randbereichen systemkritische Kräfte freigesetzt wurden: ein neuer Rechtsextremismus einerseits, eine außerparlamentarische, radikaldemokratische und weitgehend sozialistische Bewegung andererseits. Der Aufschwung des Rechtsextremismus wurde weniger durch die ökonomische Krise, sondern vor allem durch die Zusammenarbeit der CDU/CSU mit den früher als „Moskau-hörig“ verteufelten Sozialdemokraten sowie durch den Linksschwenk der FDP während ihrer Oppositionszeit verursacht. Wie die Integrationskraft der FDP für das nationalliberale Bürgertum sank, so verminderte sich auch die Attraktivität der Unionsparteien für rechte bzw. rechts-extreme Wähler, die in der Reformpolitik der SPD nicht nur eine Hinwendung zum Sozialismus, sondern auch die Anerkennung der DDR, also Verrat an der nationalen Einheit und Nachgiebigkeit gegenüber dem Kommunismus witterten. Insbesondere die entspannungsorientierte Ostpolitik des Außenministers und späteren Bundeskanzlers Willy Brandt stieß auf abgrundtiefes Misstrauen und bald auch auf heftigen Widerstand bei der bundesdeutschen Rechten, die darin vor allem die Verharmlosung des Sowjetimperialismus und die Schwächung des militärischen Verteidigungswillens sah.

Die Pragmatiker in der NPD-Führung um von Thadden erkannten die Chance, das im rechten Bereich des politischen Spektrums entstandene ideologisch-programmatische Vakuum auszufüllen. Die NPD präsentierte sich nun als alleinige Sachwalterin der entspannungsfeindlichen Adenauerschen Außen- und Sicherheitspolitik, indem sie auf das zuletzt auch von Adenauer favorisierte, antikommunistische, tendenziell aber auch antiamerikanische Europakonzept de Gaulles („Europa der Vaterländer“) setzte. Innenpolitisch gab sich die NPD betont legalistisch und forderte eine strenge „Law and Order“-Politik, was ihr angesichts der Demokratisierungs- und Liberalisierungsabsichten der Mitte-Links-Parteien und angesichts der oft gewalttätigen Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition weitere Sympathien im konservativen Lager einbrachte.¹⁴

14 Zu den Wahlerfolgen der NPD: Klaus Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift 8 (1967), S. 237 ff.; Willibald Fink, Die NPD bei der Bayerischen Landtagswahl 1966.

Dass die NPD bei der Bundestagswahl 1969 nicht die ihr von Meinungsforschungsinstituten prognostizierten riesigen Stimmengewinne (bis zu 15 Prozent) erreichte, sondern wider Erwarten sogar an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, hatte interne und externe Gründe: Erstens: Die mittleren und höheren Parteikader der NPD waren stark mit alten und neuen Nazis durchsetzt, die Thaddens Politik als opportunistisch, parlamentsfixiert und besitzbürgerlich kritisierten und einen fundamentaloppositionellen Kurs einforderten. Mit den rasch ansteigenden Mitgliederzahlen in Folge der guten Landtagswahlergebnisse gelangten auch Kreise in die Partei, die auf Krawall mit den Gegnern der NPD aus waren. Besonders berüchtigt war der Ordnerdienst der Partei, eine rabiate Schlägertruppe, die immer wieder für Schlagzeilen sorgte, wodurch die NPD bei konservativen, auf Ruhe und Ordnung bedachten Wählern zunehmend in Misskredit gelangte. Der Bundesbeauftragte des Ordnerdiensts, Klaus Kolley, schoss sogar in einem Fall gezielt mit einer Pistole auf politische Gegner. Thadden verfügte angesichts des explosionsartigen Anwachsens der Mitgliederschaft nicht über hinreichende Machtmittel, um derartigen Tendenzen Einhalt zu gebieten.

Zweitens wurde die NPD vor allem von der SPD und der FDP, von den Gewerkschaften, den Kirchen, außerparlamentarischen Oppositionsgruppen und von den liberalen Medien heftig bekämpft. Dabei wurden besonders die neonazistischen Seiten und Aspekte der Partei an den Pranger gestellt. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre setzte, damit zusammenhängend, eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und mit dem Fortwirken des Nationalsozialismus in der Demokratie ein, und damals schlug auch die Geburtsstunde der empirischen Rechtsextremismusforschung in der Bundesrepublik.

Nach der Bundestagswahl 1969 zerfiel die NPD in aller kürzester Zeit. Auch dies hatte externe und interne Ursachen: Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition im Jahr 1969 vollzog die CDU/CSU einen deutlichen Rechtsschwenk und machte beinharte konservative Opposition, indem sie mehr oder weniger

Eine ökologische Wahlstudie, München/Wien 1969; Hans D. Klingemann, Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD. Fallstudie Baden-Württemberg, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München/Wien 1971, S. 563 ff.; Thomas A. Herz, Soziale Bedingungen für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten. Eine vergleichende Analyse der Anhänger der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands und der Anhänger von George C. Wallace, Meisenheim am Glan 1975; Peter M. Wagner, NPD-Hochburgen in Baden-Württemberg. Erklärungsfaktoren für die Wahlerfolge einer rechtsextremistischen Partei in ländlichen Regionen 1972-1994, Berlin 1997.

vehement gegen die neue Ostpolitik der Bundesregierung und gegen deren innenpolitische Reformen kämpfte. Durch diesen Rechtsruck nahmen die Unionsparteien ihren alten Platz im Parteiensystem wieder ein und füllten damit jenes Vakuum aus, das durch ihren Eintritt in die Große Koalition entstanden war und den Auftrieb der NPD ermöglicht hatte. In der Folgezeit fielen der CDU/CSU etwa vier Fünftel der Wähler der NPD zu, der sie buchstäblich das Wasser abgrub.

In der NPD brachen unmittelbar nach der Bundestagswahl die internen Gegensätze mit voller Wucht auf. Der Erfolgskurs der Führungsgruppe um von Thadden war damit jäh gestoppt, und der Senior des westdeutschen Rechtsextremismus trat schließlich 1971 vom Parteivorsitz zurück. Daraufhin spalteten sich nationalrevolutionäre, neonazistische und deutschnationale Kräfte ab und bildeten jeweils eigene Organisationen. In diesem Zusammenhang gründete Dr. Gerhard Frey¹⁵ die Deutsche Volkunion (DVU) als überparteiliches Bündnis gegen die „verfassungswidrigen Ostverträge“ und als Auffangbecken für die zerfallende NPD.

Die organisatorisch ausgezehrte Rest-NPD fristete unter Vorsitz des Rechtsanwalts Martin Mußnug bis Mitte der achtziger Jahre ein desolates und inaktives Dasein. Sie pflegte ihre nationalistische Ideologie und beschäftigte sich mit internen Personal- und Sachkonflikten. Daher war sie nicht einmal imstande, von der 1974/75 einsetzenden Wirtschaftskrise zu profitieren, die wesentlich tiefer ging als die von 1966/67.

Die dritte Entwicklungsphase des Rechtsextremismus setzte Anfang/Mitte der achtziger Jahre ein,¹⁶ und wieder waren es Momente eines gesellschaftlich-politischen Umbruchs, die seinen Auftrieb beförderten. Anders als früher handelte es sich nun aber um Faktoren, die mehr oder weniger in allen westeuropäischen Staaten wirksam sind, womit dieser vermeintlich „neue“ Rechtsextremismus zu einem europäischen Phänomen wurde.¹⁷ Sozialer Wandel, technologische Modernisierung, geringes Wirtschaftswachstum, hohe Massenarbeitslosigkeit, Beschneidung der Sozialausgaben, Wertewandel, wachsendes Umweltbewusstsein, massive Partizipationsansprüche, politische und soziale Umwälzungen in Osteuropa, Abschmelzen des Ost-West-Gegensatzes, Migrationsbewegungen und Asylproblematik sind nur einige Stichworte, die den Problemhaushalt aller

15 Stefan Mayer, Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 14 (2002), S. 169 ff.

16 Stöss, Rechtsextremismus im Wandel, S. 81 ff.

17 Piero Ignazi, Extreme Right Parties in Western Europe, Oxford 2003, S. 22 ff.

EG-Staaten prägen. Hinzu kommt der Bedeutungsverlust der Nationalstaaten angesichts der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung.

Von diesen Entwicklungen profitierten zunächst vor allem die Republikaner, weil sie einen modernisierten Rechtsextremismus verkörperten, der sich populistisch auf die wachsende Fremdenfeindlichkeit bezog und die Ergebnisse wissenschaftlicher Wahlanalysen für die eigenen Zwecke fruchtbar machte. Der erfahrene und begabte Rhetoriker Franz Schönhuber präsentierte sich als Schutzpatron der Modernisierungsverlierer und machte sich dadurch den verbreiteten Wohlstandschauvinismus zunutze. Die Republikaner argumentierten zwar auch nationalistisch und revisionistisch, aber ihr Nationalismus war primär ethnozentrisch und gegen die Europäische Union gerichtet und zielte nur nachrangig auf die Lösung der „nationalen Frage“. Eine Zusammenarbeit mit der NPD oder der DVU lehnte der Parteivorsitzende Schönhuber damals noch vehement ab. Daher galt die Partei vielen zunächst auch gar nicht als rechtsextrem. Der kometenhafte Aufstieg der Republikaner Ende der achtziger Jahre trug jedoch – wie zuvor der der NPD – alle Elemente des baldigen Scheiterns in sich. Schönhuber wurde der innerparteilichen Fraktionskämpfe und personellen Querelen nicht Herr und schließlich 1994 aus dem Amt des Vorsitzenden gedrängt.

Die NPD betrachtete die Entwicklung der Republikaner, die sie nicht als Bestandteil der „nationalen Opposition“ akzeptierte, skeptisch und reagierte mit bündnispolitischen Anstrengungen. 1986 verabredete sie mit der DVU eine Zusammenarbeit bei Wahlen. Dieser Pakt war insbesondere in der NPD sehr umstritten, wurde aber in periodischen Abständen immer wieder erneuert, letztmalig 2004. Frey galt weithin als Geschäftemacher, dem ernsthafte nationalistische Absichten rundweg abgesprochen wurden.

Bei der Bundestagswahl 1987 konnte die NPD – mit Unterstützung der Frey-Presse – über 225 000 Wähler (0,6 %) mobilisieren und kam damit nach langer Abstinenz wieder in den Genuss von Wahlkampfkostenerstattung, womit sie sich finanziell konsolidierte. Kurz nach der Umwandlung der DVU in eine politische Partei, an der sich auch führende NPD-Funktionäre beteiligt hatten, vereinbarten die Führungsgremien von NPD und DVU, sich bei Wahlen unter Wahrung der Eigenständigkeit der beiden Organisationen gegenseitig zu unterstützen. Die NPD sollte 1987 in Rheinland-Pfalz und 1988 in Baden-Württemberg kandidieren, die DVU dafür 1987 in Bremen. Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft war der Testlauf für die Frey-Partei, die eine aus der Münchener Zentrale gesteuerte extrem aufwändige Propagandaschlacht ohne eine einzige öffentliche Veranstaltung führte. Mit zwei Millionen DM standen ihr mehr finanzielle Mittel zur Verfügung, als CDU und SPD zusammen ausgeben

konnten. Schließlich gelangten der DVU-Kandidat Hans Altermann in die Bürgerschaft und zwei weitere DVU-Bewerber in die Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven.

Nach diesem Erfolg wurde die Wahlabsprache zwischen beiden Parteien ergänzt: Die Schleswig-Holstein-Wahl (1988) und die Bundestagswahl 1990 sollten der NPD vorbehalten bleiben, während die DVU für sich die Europawahl 1989 reklamierte. Diese Übereinkunft führte erneut zu heftigem Krach innerhalb der NPD. Der Parteivorsitzende Mußgnug scheint dabei einige Formfehler begangen, jedenfalls aber einen erheblichen Teil der Funktionäre vor den Kopf gestoßen zu haben. Im Mittelpunkt der Kritik an Frey stand wiederum der Vorwurf finanzieller Begehrlichkeit, einer ausschließlich auf Profit gerichteten Geschäftstüchtigkeit, bei der nicht die nationale Sache und auch nicht die Parteipolitik im Vordergrund stünden. Bei der Europawahl 1989 musste sich die von der NPD unterstützte DVU allerdings mit 1,6 Prozent begnügen. Nicht die Frey-Partei profitierte von den erheblichen Desintegrationstendenzen am rechten Rand des Parteiensystems, sondern die Republikaner.

Die revolutionären Ereignisse von 1989, die schließlich den Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems der DDR bewirkten, boten dem westdeutschen Rechtsextremismus die Aussicht auf ein neues Betätigungsfeld. Mit dem Fall der Mauer bemühten sich DVU, NPD und Republikaner um den Aufbau von Landesverbänden in der DDR bzw. in Ostdeutschland. Wahlerfolge waren zunächst aber nicht zu verbuchen. Denn der Rechtsextremismus verfehlte mit seiner Programmatik die Gefühle, Bedürfnisse und Interessen der Ostdeutschen völlig. Er traktierte sie mit seinen nationalistischen, revisionistischen und fremdenfeindlichen Westparolen, offenbar in der Hoffnung, dass die Ostdeutschen der angeblich immer noch offenen „nationalen Frage“ aufgeschlossener gegenüberstehen als die diesbezüglich scheinbar abgestumpften Westdeutschen. Die „Wiederherstellung des Deutschen Reichs“, die „Klärung der Frage der Ostgrenzen Deutschlands“, der „Verzicht auf Pommern und Schlesien“ stellten aber auch in den neuen Bundesländern kein ernsthaftes Problem dar. Dort hatte man andere Sorgen, aber dafür fehlte den Funktionären der West-Parteien vorerst noch die Sensibilität.

Vorreiter der dann einsetzenden programmatisch-strategischen Umorientierung des Rechtsextremismus in Ostdeutschland war die NPD. Nachdem die Revisionismuskampagne ihres Vorsitzenden Günter Deckert,¹⁸ der 1991 die

18 Gerhard Hertel, Biographisches Porträt: Günter Deckert, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 9 (1997), S. 202 ff.

Nachfolge von Mußgnug angetreten hatte, erfolglos geblieben war, begann innerhalb der Partei wieder einmal eine Debatte um die „richtige“ Bündnispolitik. Mitte der neunziger Jahre setzten Bestrebungen der NPD, vor allem ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), ein, Neonazis an sich zu binden und eine Avantgarderolle im Bereich der ostdeutschen Subkulturen zu übernehmen.

Mit der Wahl von Udo Voigt zum Parteivorsitzenden 1996 entwickelte sich die NPD von einer mehrheitlich deutschnationalen zu einer überwiegend neonazistischen, national- und sozialrevolutionären Partei, die ihre Mitgliederschaft in Ostdeutschland innerhalb von zwei Jahren verfünffachen konnte. Ursächlich dafür war die Zurückstellung der Revisionismus- zugunsten einer massiven Überfremdungskampagne, die sich Schritt für Schritt zu einer Antiglobalisierungskampagne ausweitete.¹⁹ Mehr noch in ihrer Propaganda als in ihrem neuen Parteiprogramm konzentrierte sich die NPD auf nationalistische und neorassistische Konzepte zur Lösung der sozialen Frage, die sie in zunehmend aggressiver und systemfeindlicher Weise vertrat. Die strategische und programmatische „Wesensverwandtschaft“ der NPD mit dem Nationalsozialismus bildete dann auch ein gewichtiges Argument in dem 2001 eingeleiteten (dann aber gescheiterten) Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Anders als die organisatorisch aktive und öffentlich präsenste NPD ist die DVU auch in Ostdeutschland eine aus ihrer Münchner Zentrale gesteuerte „Phantompartei“. Und auch Frey musste lernen, dass sich die Ostdeutschen bei Wahlen nicht mit typischer Westprogrammatis mobilisieren lassen, und propagierte folglich in seinen Wahlkampagnen seit 1998 ebenfalls rassistische Konzepte zur Lösung der sozialen Probleme. Mit ihrer programmatischen Umorientierung hatten NPD und DVU wichtige interne Voraussetzungen geschaffen, um von den günstigen externen Bedingungen in Ostdeutschland zu profitieren.

Die Wahlkämpfe in Sachsen und Brandenburg 2004 wurden von beiden Parteien mit hasserfüllten und besonders populistischen Parolen gegen die Arbeitsmarktreforemen der Bundesregierung und im Weiteren dann auch gegen die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik insgesamt geführt und schürten dadurch die weit verbreitete Wut der Ostdeutschen über die angeblich

19 Ralf Ptak, Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU – NPD – REP. Geschichte und Zukunft, Berlin 1999, S. 97 ff.

ungerechten Hartz-Gesetze. Überdies lernten NPD und DVU in diesen Wahlkämpfen, dass der Wählerzuspruch in dem Maß zunimmt, wie sie in ihrer Propaganda auf ideologische Floskeln verzichten und primär auf populistische Parolen setzen.

Die Wahlerfolge in Brandenburg und Sachsen ermunterten beide Parteien, ihre Zusammenarbeit bei den bevorstehenden Wahlen zu intensivieren. Bei der Strategie einer „Volksfront von rechts“, die die NPD im Sommer 2004 einleitete, handelt es sich um eine Doppelstrategie: Kooperation mit den anderen rechtsextremen Parteien und gleichzeitig verstärkte Einbindung von „freien“ Nationalisten, autonomen Kameradschaften und Mitgliedern aus den rechtsextremen Subkulturen. Wichtige Schritte auf diesem Weg waren:

- das Nationale Bündnis Dresden (NB) aus DVU, NPD und örtlichen Republikanern zur sächsischen Kommunalwahl 2004;
- die Wahlabsprache zwischen NPD und DVU zu den Landtagswahlen 2004 in Sachsen und Brandenburg;
- der Eintritt von weiteren prominenten Kameradschaftsmitgliedern in die NPD, deren Vorstand derzeit zu einem Drittel aus Personen besteht, die als Mitglieder oder Funktionäre verbotener Neonazi-Gruppierungen hervorgetreten sind;
- die Unterzeichnung des „Deutschlandpakts“ am 15. Januar 2005 durch Voigt und Frey: Beide Parteien unterstützen sich gegenseitig bei Wahlen und kandidieren nicht gegeneinander. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen werde die NPD antreten, die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Bremen und Hamburg seien der DVU vorbehalten. Bei der bevorstehenden Bundestagswahl sei die NPD am Zuge, die DVU dann bei der Europawahl 2009.

Dass die geplante „Volksfront“ tatsächlich wie geplant zustande kommt, muss allerdings bezweifelt werden. Die Doppelstrategie setzt nämlich die dauerhafte Kooperation von Deutschnationalen und Neonazis voraus, von zwei Strömungen innerhalb des Rechtsextremismus, zwischen denen traditionell mehr Dissens als Konsens besteht und die sich in der Vergangenheit heftig bekämpft haben. Mehr noch: Die „Volksfront“ beabsichtigt, zwei grundverschiedene Vergemeinschaftungsformen miteinander zu verbinden: Parteien und Subkulturen. Überdies dürften sich die Republikaner kaum an der „Volksfront“ beteiligen. Selbst wenn sich einige REP-Kreisverbände dem Bündnis anschließen und die Schlierer-Partei dadurch weiter schwächen, kostet eine Wahlbeteiligung der Republikaner die „Volksfront“-Liste wichtige Stimmen. Aber selbst

wenn ein breites Bündnis bei Bundestagswahlen Realität werden sollte, sind seine Aussichten, die notwendigen 2,5 Millionen Stimmen zur Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde zu mobilisieren, gering. Einige Rahmenbedingungen wirken zwar zugunsten des Rechtsextremismus: Deutschland befindet sich nach wie vor in einer Phase des tief greifenden sozioökonomischen Umbruchs. Auf Ostdeutschland lasten zusätzlich zum sozialen und technologischen Wandel und zur Globalisierung immer noch die Folgen des Systemwechsels. Unzufriedenheit, Zukunftspessimismus, Politik- und Systemverdrossenheit sind nicht nur in den neuen Bundesländern weit verbreitet. Außerdem existiert in der Bundesrepublik ein beträchtliches rechtsextremes Einstellungspotenzial, das im Osten noch größer ist als im Westen. Die Umfragen signalisieren eine hohe Wahlbereitschaft zugunsten von rechtsextremen Parteien (in West und Ost bis zu knapp 10 Prozent).

Trotz der nach wie vor günstigen Langfristfaktoren sprechen die zu erwartenden situativen Wettbewerbsbedingungen allerdings eher gegen einen Wahlerfolg der „Volksfront“: Die notwendigen 2,5 Millionen Stimmen können nur gewonnen werden, wenn es gelingt, in erheblichem Umfang Wähler aus dem rechtskonservativen Lager zu mobilisieren. Dies erscheint wegen der neonazistischen Prägung der listenführenden NPD eher unwahrscheinlich.

Auch die internen Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus sind selbst bei politischer Geschlossenheit nach wie vor defizitär: Es ist dem deutschen Rechtsextremismus immer noch nicht gelungen, respektable und populäre Politiker hervorzubringen. Eine Zeit lang schien es so, als könnte Schönhuber diese Rolle einnehmen. Aber dann erwies er sich doch als zu schwach und zu untalentierte. Frey gilt bestenfalls als Stammtischrhetoriker für Ewiggestrige im Seniorenalter, und Voigt taugt wohl nur für Hasstiraden im neonazistischen Milieu. Beide sind kaum in der Lage, rechtskonservative Wählerschichten anzusprechen. Allein mit aggressiven und populistischen Parolen dürfte es kaum möglich sein, in hinreichendem Umfang rechtskonservative Wähler zu gewinnen. Die „Volksfront“ müsste dafür auch in programmatischer und personeller Hinsicht Kompetenz und Glaubwürdigkeit verkörpern. Dass dies bundesweit gelingt, ist unwahrscheinlich. Anders als bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen werden NPD und DVU bei einer Bundestagswahl einer kritischen (Medien-) Öffentlichkeit ausgesetzt sein, die Kandidaten und Inhalte sehr genau unter die Lupe nehmen und die systemfeindlichen Absichten des Bündnisses herausstellen wird. Dies deutete sich bereits bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 2005 an, wo die NPD nur 1,9 Prozent bzw. 0,9 Prozent erreichte.

Maßgeblich für die Beurteilung des gegenwärtigen Rechtsextremismus sollten allerdings nicht nur seine (vermutlich geringen) Erfolgsaussichten bei Wahlen, sondern auch seine Bedeutung für das politische System und für die politische Kultur in der Bundesrepublik sein. Der parteiförmig organisierte Rechtsextremismus – auch die NPD – ist in der Gesamttendenz der vergangenen Jahre wesentlich aggressiver und systemfeindlicher, zugleich aber auch wesentlich realistischer bzw. nachfrageorientierter geworden, was die Mobilisierung von Sympathisanten angeht. Darin liegt das eigentliche Gefährdungspotenzial. Dass die situativen Wettbewerbsbedingungen seine Wahlchancen derzeit begrenzen, darf uns daher nicht beruhigen.

Antisemitismus im rechtsextremen Spektrum

Im rechtsextremen Spektrum, das von professionellen Beobachtern wie dem Verfassungsschutz in eine diskursorientierte, eine aktionsorientierte und eine parlamentsorientierte Szene differenziert wird,¹ spielt Antisemitismus eine zentrale Rolle. Die diskursorientierte Spezies artikuliert sich in zahlreichen Publikationsorganen, in Internetauftritten neonazistischer und revisionistischer Tendenz, nicht zuletzt in der Publizistik der Holocaustleugner. Aktionsorientierte antisemitische Propaganda wird durch Graffiti-Parolen, durch Provokation von „Kameradschaften“ und wesentlich durch rechtsextreme Musiknetze – von hier aus weit über die eigentliche Szene ausstrahlend – verbreitet. Der organisierte Rechtsextremismus in seiner parlamentsorientierten Spielart, also NPD, DVU und Republikaner, agitiert in seinen Publikationsorganen mit judenfeindlichen Ressentiments, die in unterschiedlichen Nuancen geboten werden. Während die NPD-Publizistik mit Chiffren („Ostküste“), Marginalisierungen des Holocaust und positiven Konnotationen revisionistischer Literatur operiert, arbeitet die „National-Zeitung“ als Hauptorgan der DVU mit Verschwörungstheorien, „Enthüllungen“ über Juden und juristisch geschickt getarnten Zweifeln am Holocaust. Das Organ der „Republikaner“ stimuliert unter Vermeidung allzu plumper antisemitischer Konstruktionen patriotische Gefühle. Auf suggestive Weise wird – unter demonstrativer Parteinahme für den ehemaligen CDU-Abgeordneten Hohmann – konservativen Kreisen Abhängigkeit von „den Juden“ unterstellt.

Das Aktionsfeld antisemitischer Agitation in der rechtsextremen Szene soll mit drei Beispielen illustriert werden. Für den diskursorientierten Rechtsextremismus sind Instrumentarien und Methoden, wie sie Horst Mahler benutzt, typisch. Die NPD hat er 2003 als zu wenig radikal wieder verlassen. Er vertritt einen rabiaten Antisemitismus, der ihm ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingebracht hat, das im Januar 2005 mit dem Urteil von neun Monaten Haft endete. Ausgelöst wurde das Strafverfahren, in dem der Richter die endlosen

1 Vgl. z. B. Senatsverwaltung für Inneres, Abt. Verfassungsschutz, Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlin, Berlin 2004.

Tiraden des Angeklagten die „pseudophilosophische Rechtfertigung eines dumpfen Antisemitismus“ nannte,² durch ein Zitat aus der Rechtfertigungsschrift, die Mahler als Anwalt der NPD im gescheiterten Verbotsverfahren vorgelegt hatte. Der inkriminierte Satz lautet: „Der Hass auf Juden ist geradezu das untrügliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems.“³ Die NPD ist in den vergangenen Jahren in dieser Hinsicht wesentlich von ihm beeinflusst worden. Mithilfe seiner Propagandaplattform „Deutsches Kolleg“ agitiert Mahler im Internet, wobei er gängige antisemitische Ressentiments (wie das von der jüdischen Weltverschwörung oder die Vermutung, „die Juden“ hätten zu viel Einfluss) zum Appell verknüpft, der über das neonazistische Spektrum hinaus Wirkung hat, weil er in den Traditionen der Judenfeindschaft steht: „Die Judenfrage ist mit der Katastrophe des Deutschen Reiches nicht verschwunden. Sie harrt – mehr denn je – der Lösung. Die Rolle jüdischer Bankiers im globalen Finanzsystem, die engen Bindungen zwischen den USA und Israel, der jüdische Zugriff auf die Medien und die penetrante Kommerzialisierung des Verfolgungsleids durch gewisse von Juden bestimmte Institutionen setzt mit unwiderstehlicher Gewalt die Befassung mit ‚den Juden‘ auf die Tagesordnung der politischen Diskussionen.“ Die unter Einsatz der „Auschwitzkeule“ erzwungene Tabuisierung der Judenfrage in der „westlichen Verwertungsgemeinschaft“ habe verhindert, im Denken zum Kern der „Judenfrage“ vorzudringen.⁴

Der aktionsorientierte Antisemitismus arbeitet mit Appellen und Aufforderungen: So hat das Lied der rechtsextremistischen Band „D. S. T.“ – die Abkürzung steht für „Deutsch Stolz Treue“ – den Charakter der Handlungsanweisung:

„Deutsche wehrt Euch!
 Kämpft gegen das Judenpack!
 Deutsche wehrt Euch!
 Stellt den Juden an die Wand!
 Deutsche wehrt Euch!
 Kauft nicht mehr bei Juden ein,
 Dann wird Deutschland wieder ganz den Deutschen sein.“⁵

2 Die Tageszeitung vom 13. 1. 2005 („Horst Mahler muss ins Gefängnis“).

3 Die Tageszeitung vom 11. 1. 2005 („Horst Mahler soll hinter Gitter“).

4 Horst Mahler, Judenfrage (22. 5. 2002). Web-Seite des „Deutschen Kollegs“ (aufgerufen 9. 3. 2004).

5 D. S. T.: „Wehrt Euch“, auf der CD „Deutsches Volk erwache“. Die Band war 2002/03 aktiv.

In der Publizistik des parlamentsorientierten organisierten Rechtsextremismus finden sich reichlich Belege zu judenfeindlichen Einstellungen, die sich aus dem Arsenal nationalsozialistischer Propaganda speisen. In einer Broschüre „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“, die seit Herbst 2000 verbreitet wird, verbinden sich alte Stereotypen des Rassenantisemitismus mit Konnotationen der Opfer-Täter-Umkehr und der Marginalisierung des Holocaust: „Wir haben mit großen Anstrengungen in Erfahrung gebracht, daß die beiden Weltkriege gegen das Deutsche Reich unter maßgeblicher Beteiligung jüdischer Bankiers und jüdischer Medien organisiert wurden in der Absicht, das Deutsche Reich für immer zu zerstören, weil es Anfang des Jahrhunderts durch friedlichen Handel das von jüdischen Bankiers beherrschte Britische Empire herausgefordert hatte und ungeachtet der militärischen Niederlage im I. Weltkrieg dem erwachten Weltmachtsstreben der US-Ostküste im Wege stand. [...] Wir erkennen in der massiven Überfremdung unseres Volkes und der anderen europäischen Völker die Strategie zur Auslöschung der Gojim-Völker. Die auf diesem Wege entstehende rassisch, völkisch und kulturell durchmischte Weltbevölkerung ist der jüdischen Weltwirtschaft wehrunfähig preisgegeben. [...] Wir zollen dem jüdischen Gelehrten Norman Finkelstein Respekt dafür, daß er der Welt den Betrug und die Erpressung aufgezeigt hat, mit denen von jüdischen Organisationen aus dem Deutschen Volk durch Einsatz der Auschwitzkeule Milliarden und Abermilliarden herausgepreßt werden.“⁶

Ein anderer Autor im Umfeld der NPD argumentiert noch eindeutiger: „Hitler mit seinem Antisemitismus war genau gesehen ein Glücksfall für die Juden. Aus diesem hitlerschen Antisemitismus entstand die euphorisch stimmende semitische Massenhysterie, die zur Gründung des Staates Israel führte. [...] So war nach Verständnis vieler Juden der letzte Weltkrieg ein Religions- und Rassenkrieg. Es ging darum, die arisch-nordische Rasse zu vernichten, die noch über die Kraft verfügte, sich gegen eine Weltherrschaft durch Juden zu wehren. Andere Völker ließ man weiterleben, wenn sie sich der jüdischen Heilswelt beugten.“⁷

Aufschlussreich ist bereits der Umgang mit dem Begriff „Antisemitismus“, wie dem Organ der NPD, der „Deutschen Stimme“, zu entnehmen ist: „Angesichts einer europaweiten Umfrage, nach der eine überwältigende Mehrheit

6 Deutsches Kolleg, Ausrufung des Aufstandes der Anständigen, 15. 10. 2000. Verfasser: Horst Mahler, Reinhold Oberlercher, Uwe Meenen.

7 Wolfgang R. Frenz, Der Verlust der Väterlichkeit oder: Das Jahrhundert der Juden, Solingen 1999², S. 5, 15, 17 f.

der Befragten Israel (noch vor den USA) als größte Gefahr für den Weltfrieden betrachtet, haben jüdische Organisationen und Berufs-Eurokraten wieder einmal Alarm geschlagen und das Gespenst des Antisemitismus an die Wand gemalt. Dazu wurde von der EU-Kommission [...] eiligst eine eintägige ‚Antisemitismus-Konferenz‘ in Brüssel einberufen, die mit Hysterie- und Drohgebärden nicht geizte und einzig und allein den Zweck verfolgte, legitime Kritik an Israel in antisemitische Hetzpropaganda umzudeuten. Dabei gaben sich sowohl die anwesenden jüdischen Vertreter des Israel-Lobbyismus als auch die diesen nach dem Mund redenden europäischen Polit-Größen jede nur erdenkliche Mühe, den Popanz ‚Antisemitismus‘ so stark wie möglich aufzublähen.“⁸

Antisemitismus, verstanden als Gesamtheit der Formen und Ausdrucksweisen von Judenfeindschaft in den vier Hauptströmen religiöser Antijudaismus, rassistisch argumentierender Antisemitismus im engeren Sinne, sekundärer Antisemitismus als postgenozidaler Ausdruck der Abwehr von Schuld- und Schamgefühlen, Antizionismus als eliminatorische Israelfeindschaft, erscheint als sinnstiftendes Element in der Ideologie und Agitation der Rechten vor allem in folgenden Varianten:

- Marginalisierung und Relativierung des Völkermords (durch Anzweiflung der Opferzahlen, Aufrechnung mit Kriegführung der Alliierten, Verweis auf angebliche jüdische Vernichtungspläne gegen Deutschland)
- Diffamierung einzelner jüdischer Personen (mit der Konnotation der Verallgemeinerung, weil sie Juden sind)
- Israelfeindschaft
- Attacken auf die Erinnerungskultur der demokratischen Gesellschaft (Unterstellung jüdischen Drucks „zur Niederhaltung der Deutschen“ durch Schuldgefühle, Erpressung exorbitanter Restitutionsleistungen)
- Stimulierung patriotischer Emotionen durch Schuldabwehr und Schuldumkehr (Behauptung eines „eliminatorischen Antigermanismus“).

In ihrer Studie „Zum Antisemitismus der NPD“ haben Juliane Wetzel und Christina Herkommer Periodika dreier NPD-Landesverbände im Zeitraum 1998 bis 2001 analysiert. Sie sehen als wichtigste Methode die „indirekte Präsentation“ judenfeindlicher Botschaften durch vier Verfahren, nämlich

1. falsche Analogien mit dem Ziel, die nationalsozialistische Politik gegenüber den Juden zu relativieren und zu marginalisieren
2. Fundamentalopposition gegen die Erinnerung an jüdische Opfer des Nationalsozialismus

8 Deutsche Stimme, April 2004 („Kampfansage an Israel-Kritiker“).

3. Gebrauch von Schlüsselbegriffen zur (verdeckten) Artikulation rassistischer Judenfeindschaft
4. Kontextualisierung antisemitischer Einstellungen durch Heroisierung von Protagonisten der Leugnung des Holocaust.⁹

Die Methode, mit codierten Anspielungen Konnotationen auszulösen, durch Andeutungen und Wortspiele vorhandene Einstellungen im Leserkreis zu stimulieren, ohne durch präzise Formulierungen juristische Konsequenzen zu riskieren, hat in der rechtsextremen Publizistik lange Tradition und wird insbesondere von der „National-Zeitung“, die als Organ der DVU fungiert, gehandhabt. Festzustellen ist aber in jüngster Zeit eine Radikalisierung, die sich auch publizistisch in eindeutigeren Formulierungen ausdrückt.

Ein Beispiel ist der von der NPD inszenierte Protest gegen den Bau einer Synagoge in Bochum, bei der im Juni 2004 der stellvertretende Landesvorsitzende der Partei in Nordrhein-Westfalen vor 210 Demonstranten eine Rede hielt, in der er unter Berufung auf den „babylonischen Talmud“ den Anschein erweckte, zu den Religionsinhalten der Juden gehöre das Schänden von Kindern. Wörtlich sagte er, nach dem Zitat, „wenn so etwas in einer Synagoge gelehrt werden sollte, dann möchte ich keine Synagoge in Bochum noch anderswo haben“. Cremer wurde wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Gefängnis (auf Bewährung) verurteilt. Die NPD kommentierte das Urteil als politische Justiz und fügte eine diffamierende Bemerkung nach der indirekten Methode an: „Kritik noch an Claus Cremer. Er hätte nicht aus einer der vielen Talmud-Übersetzungen zitieren sollen. Da ist jede einzelne aus verschiedenen Richtungen anfechtbar. Ein Blick in das Alte Testament, das ja als Geschichte des jüdischen Volkes angesehen werden kann, ist viel interessanter und es gibt noch viel mehr zu zitieren.“¹⁰ Die Warnung, aus Talmud-Übersetzungen zu zitieren, bedient ein klassisches antisemitisches Klischee, nämlich die Vorstellung, es handle sich beim Talmud um eine rätselhafte Kryptowissenschaft, deren

- 9 Juliane Wetzel/Christina Herkommer (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin), Zum Antisemitismus der NPD. Eine Analyse der Zeitungen von drei NPD-Landesverbänden 1998–2001, Juni 2002 (www.gruene-fraktion.de/rsvgn/rs-datei/0,,501,00.pdf). Untersucht wurden: „Zündstoff, Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“, „Sachsen Stimme“ und „Deutsche Zukunft“ (Nordrhein-Westfalen).
- 10 Frank Schwerdt, Politische Justiz in Bochum, in: http://www.npd.de/npd_info/meldungen/2005/, eingesehen am 18. 2. 2005. Vgl. Philosemitismus. Volksinteressen statt Sonderwünsche von Minderheiten. Im März demonstrierten Nationalisten in Bochum unter der Losung „Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen fürs Volk!“, in: Deutsche Stimme, März 2004.

Aussagen nach Belieben dementierbar sind, die aber in der Tendenz gegen Nichtjuden gerichtet ist.

Das Verdener Manifest, unser nächstes Beispiel, kann man als schwülstigen Kitsch, als national-paranoiden Phrasendrusch abtun oder als abstruses Elaborat Horst Mahlers, der nicht mehr repräsentativ für die parteimäßig organisierte Rechte ist. Das Manifest war aber zur Zeit seiner Veröffentlichung im Februar 2003 ein Dokument aus dem intellektuellen Zentrum der NPD. In der Eingangspassage finden sich antiisraelische und revisionistische Gedankengänge, die wie das deutsche Märtyrersyndrom¹¹ auch in anderen Publikationen kultiviert werden: „Die Völker leiden unter der Meinungsdictatur Israels und seiner Hilfstruppen – am schlimmsten ergeht es dabei dem Palästinensischen und dem Deutschen Volk. Während das Palästinensische Volk den Tod durch israelische Bomben, israelische Panzer und israelische Mörderbanden erleidet, wird das Deutsche Volk Opfer eines von Jüdischen Institutionen organisierten Seelenmordes, wie es ihn in der Geschichte noch nie gegeben hat. Täglich beschwören die Priester der Holocaustreligion den Tod von 6 Millionen in den von Adolf Hitler zu verantwortenden Konzentrationslagern gestorbenen Juden. Allein in Auschwitz sollen im Gas 4,5 Millionen des Auserwählten Volkes umgekommen sein. Wer diesen Vorwurf bestreitet, wird ins Gefängnis geworfen. Mit dem Seelenmord am Deutschen Volk, mit dem Völkermörder Israel und mit der Verfolgung der Holocaustungläubigen muß es endlich ein Ende haben.“¹²

Das Wahnhafte der Proklamation von pathetischem Judenhasse im deutsch-national-patriotischen Gewand und seine Absurdität – niemand behauptet heute, dass es 4,5 Millionen Opfer der Gaskammer in Auschwitz gegeben hat – beeinträchtigen nicht ihre Wirkung, verstärken sie vielmehr durch die feierliche Berufung auf stereotype Mystifikationen: „Die Toten erheben jetzt durch uns ihre Stimme, um den Juden zuzurufen: ‚Es ist genug! Im 20. Jahrhundert haben viele Völker geblutet. Laßt die Welt endlich zur Ruhe kommen und Frieden einkehren! Begehrt nicht das Land eines unschuldigen Volkes, nur weil es ein

11 So heißt es bei Wolfgang R. Frenz: „Während der Genozid für den biologischen Volksmord steht, kann man den Ethnozid als den Seelenmord an einem Volk definieren. [...] Der versuchte Ethnozid an uns Deutschen ist der Versuch, unsere Geschichte und Kultur auszulöschen. Er begann schon sehr früh, eigentlich in grauer Vorzeit, als uns das aus dem Judentum entstandene Christentum übergestülpt wurde und unsere germanische Seele verletzte.“ Der Verlust der Väterlichkeit, S. 5.

12 Manifest von Bürgern des Deutschen Reiches, verabschiedet in Verden an der Aller am 5. Februar 2003.

blutrünstiger Gott Euch vor 3500 Jahren verheißen hat. Beendet den Weltkrieg, den Ihr in diesem Augenblick anzufachen versucht! Geht in Euch und entsagt Jahwe, denn er hat Lust am Völkermorden! Ergebt Euch den Völkern, die Euch als Brüder aufnehmen werden, wenn auch Ihr sie als Eure Brüder achten werdet. Erkennt, daß Eure Auserwähltheit ein Fluch ist und Ihr in den Flammen des Hasses umkommen werdet, der Euch von denen entgegenschlägt, die Ihr wie das Vieh verachtet.‘ Das Heilige Deutsche Reich lebt, um die Judenheit vor das Weltgericht zu fordern!’¹³ Die Juden, konkretisiert und symbolisiert durch das Land Israel, werden durch Schuldumkehr zu Aggressoren und Friedensbrechern stigmatisiert, denen ein scheinheilig-beschwörender Appell gilt, verbunden mit einer Rachedrohung vor dem Hintergrund der gängigen judenfeindlichen Stereotype der Auserwähltheit.

Parteioffiziös enthält ein mit der Post zugestelltes anonymes Flugblatt, datiert vom 25. 1. 2005, unter der Überschrift „Versuch einer Antwort auf Ihre hektische NPD-Kritik“ mehrere antisemitische Appelle. So wird Verwunderung darüber ausgedrückt, dass „die Juden noch nicht auf diese Idee gekommen sind, nämlich KZ für Aktivisten und NPD- oder DVU-Wähler einzurichten“, weiter ist vom „Diktat der USA und der Juden“ die Rede sowie von der „Erpressung Deutschlands durch die Juden (,Wiedergutmachung‘)“.¹⁴ Karl Richter, vom NPD-Abgeordneten Gansel als „eine der profiliertesten Federn der nationalen Opposition in Deutschland“ gepriesen, bedient sich in seinem „recherchestarken Buch“,¹⁵ einer Handreichung zur antiamerikanischen Propaganda, der traditionellen Methode der indirekten Mutmaßung etwa über die „jüdischen Stichwortgeber“ der US-Außenpolitik oder er montiert Zitate, aus denen hervorgehen soll, dass Israel ein aggressiver Machtstaat ist, der in alttestamentarischer und verschwörender Weise die Welt bedroht.¹⁶

Weltverschwörungsphantasien gehören wie die Unterstellung internationaler jüdischer Machtausübung zum Standardrepertoire antisemitischer Diffamierung. Antiamerikanische Ressentiments in Verbindung mit antiisraelischen Unterstellungen werden in einem Internet-Auftritt der NPD unter dem Titel „US-Ostküste und Israel arbeiten an der weltweiten Überwachung zum ‚Schutz‘ der Juden“ verbreitet. Der Begriff „Internationales Judentum“ wird vermieden,

13 Ebenda, S. 6.

14 Flugblatt u. a. Propagandamaterial, dem Verf. am 8. 2. 2005 zugegangen.

15 Karl Richter, Tödliche Bedrohung USA. Waffen und Szenarien der globalen Herrschaft, Tübingen 2004.

16 Jürgen W. Gansel, „Anti Amerikanismus? Dafür ist es höchste Zeit!“, in: Deutsche Stimme, März 2004.

gemeint ist aber der damit konnotierte Inhalt, nämlich die vermutete Macht „der Juden“ hinter den Kulissen der Weltpolitik: „Am 16. Oktober 2004 unterzeichnete US-Präsident Bush ein Sondergesetz zur weltweiten Überwachung von judenkritischen Tendenzen.“ Auch Israel habe ein solches „weltweit gültiges Gesetz verabschiedet“. Die hämische Schlussfolgerung des Artikels lautet: „Also heißt es nun auch für alle anderen Völker, die jüdische Minderheit in ihrem Land bloß nicht verärgern. Sie können ja nach Deutschland schauen und sich Beratung holen. Denn bei uns weiß man ‚politisch korrekt‘ mit den ‚jüdischen Mitbürgern‘ umzugehen. Also lieber weitere monumentale ‚Holocaustdenkmäler‘ in London, Paris, und Warschau als ‚Zwangsmaßnahmen‘ aus Washington und Tel Aviv. Der weltweite ‚jüdische Naturschutzpark‘ ist in vollem Aufbau.“¹⁷

Verunglimpfung, getarnt mit Enthüllungspathos und vorgetragen im Bekenntniseifer vorgeblicher Wahrheitsoffensiven, gehört zu den wesentlichen Ingredienzen der rechtsextremen Kampagnenpublizistik. Zur Diffamierung von Albert Einstein wird in der „National-Zeitung“ vorgebracht, er habe 1941 für Stalins Sowjetunion Unterstützung organisiert, er sei nach 1918 Sympathisant des Bolschewismus gewesen, habe nach 1945 deutsche Ehrungen verweigert. Und als besondere Verfehlung wird annotiert, dass er als bewusster Jude und aktiver Zionist 1952 das Angebot, Staatspräsident Israels zu werden, abgelehnt habe.¹⁸ Michel Friedman wird, am gleichen Ort, charakterisiert als „bis zu seiner Enttarnung als koksender Kunde krimineller Menschenhändler Vizechef des Zentralrats der Juden“.¹⁹

Provokation gegen den Konsens der Erinnerungskultur ist die Methode, die derzeit am erfolgversprechendsten zur Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit zu sein scheint. Stolz verweisen die Provokateure auf die Zustimmung, die sie für höhnische Attacken gegen das als „Reichsopferfeld“ oder „Bundeschamanlage“ apostrophierte Denkmal für die ermordeten Juden Europas angeblich „aus der Mitte der Gesellschaft“ erhalten, und auf Ergebnisse der Demoskopie, nach denen „nationale Einstellungen“ mit Ressentiments gegen Ausländer im Vormarsch sind. Unter dem Titel „Revisionismus für die politische Mitte“ wird im März 2005 im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“ der „Tabubruch Dresden“ bilanziert mit der Feststellung „Antideutsche Bußprediger unter Druck“. Absicht und Ziel werden in der vorausseilenden Erfolgsmeldung, die zur Methode der Provokation gehört, betont: „Im ‚Supergedenkjahr‘ 2005, das

17 http://www.npd.de/npd_info/weltgeschehen/2005/weo2005-1.html, eingesehen am 16. 2. 2005.

18 National-Zeitung vom 11. 2. 2005.

19 Ebenda.

die Umerziehungsmaschinerie sechzig Jahre nach Kriegsende noch einmal mit Schmieröl versorgen soll, schmerzt es die Sühnepolitiker besonders, dass die nationale Opposition geschichtsrevisionistische Positionen auch in der gesellschaftlichen Mitte zu setzen vermag. Mit ihrem beherzten Auftreten und dem tabuverletzenden, aber historisch völlig statthaften Wort vom ‚Bomben-Holocaust‘ hat die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag große Löcher in den Schuldurm geschossen, in dem die Deutschen seit genau sechzig Jahren gefangengehalten werden.“²⁰

Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel hatte die Metapher vom „Bomben-Holocaust“ im sächsischen Landtag benutzt, um den Untergang Dresdens in die Dimension des Genozids zu steigern und gleichzeitig den Völkermord an den Juden zu relativieren.²¹ In der März-Ausgabe der „Deutschen Stimme“ trumpfte er mit einem Artikel „Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war“ noch einmal auf. Ausführungen zur Semantik und Verwendung des Begriffs Holocaust, vermengt mit Zitaten unterschiedlichster Quellen, in denen (möglichst hohe) Zahlen der Opfer des Luftangriffs auf Dresden genannt sind, sollen die Gleichsetzung des Judenmords mit dem Luftkrieg über Deutschland untermauern. Die Argumentation, die ideologische Intentionen und historischen Kontext bewusst außer Acht lässt, folgt dem Muster der „Beweisführung“ der Revisionisten, die, um den Holocaust zu marginalisieren, Quellen ohne Relevanz anführen und ein Zitationskartell einschlägiger Autoren bemühen; die Absicht ist leicht zu erkennen, nämlich den Anschein seriöser und wissenschaftlicher Beweisführung zu erwecken, damit Verwirrung zu stiften und die eigene Lesart im Publikum zu verankern.²²

- 20 Revisionismus für die politische Mitte. Antideutsche Bußprediger unter Druck, in: Deutsche Stimme, März 2005.
- 21 In der Sitzung des Sächsischen Landtags am 21. Januar 2005 hatte zunächst der NPD-Abgeordnete Holger Apfel vom „kaltblütig geplanten industriellen Massenmord an der Zivilbevölkerung“ Dresdens geredet, die Forderung nach einer „Staatsstiftung als zentrale Gedenkstätte für die zivilen Opfer des Bombardements“ angekündigt, dann hatte Jürgen Gansel (NPD) erklärt: „Der Bomben-Holocaust von Dresden steht ursächlich weder im Zusammenhang mit dem 1. September 1939 noch mit dem 30. Januar 1933. Die Pläne zur Vernichtung des Deutschen Reiches existierten nämlich schon lange, bevor in Versailles der erste Nationalsozialist geboren wurde.“ Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 8. Sitzung, 4. Wahlperiode, 21. 1. 2005, S. 460 f..
- 22 „Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren. Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war“, in: Deutsche Stimme, März 2005. Dieser sowie ein weiterer Artikel unter dem Titel „Revisionismus für die politische Mitte. Antideutsche Bußprediger unter Druck“ stehen unter der Kopfzeile „Tabubruch Dresden“, mit der offensichtlich ein Symbol konstituiert werden soll.

Dass der Hinweis auf eine schwedische Zeitungsnachricht vom 27. Februar 1945, der lautet „Nach Angaben, die einige Tage nach der Zerstörung gemacht wurden, liegt die Zahl der Toten näher bei 200 000 als bei 100 000“, ebenso wenig Beweiskraft hat wie die ersten Medienberichte über die Opferzahl der Flutkatastrophe in Asien im Dezember 2004, ist evident, aber es macht die Absicht deutlich. Der Hinweis „laut Unterlagen des damaligen State Department starben in Dresden am 13./14. Februar 1945 250 000 Menschen“ ist, weil diese „Unterlagen“ nicht nachprüfbar sind, weil nicht einmal ihre Existenz bewiesen ist, ebenso unerheblich wie die Behauptung „Auch der ehemalige stellvertretende sowjetische Außenminister Wladimir Semjonow sprach von 250 000 Toten“.²³

Nach den gleichen Rezepten hatte der Abgeordnete Hohmann im Oktober 2003 seine patriotische Rede konstruiert, und diese Rezepte werden seit Jahrzehnten von den Auschwitzleugnern angewendet, um die Zahl der Opfer des Holocaust zu minimalisieren. Die Methode besteht darin, Verwirrung zu stiften, dabei vordergründig jedoch den Anschein der Wissenschaftlichkeit und der Seriosität zu erwecken, sich dazu auf Autoritäten und Institutionen zu berufen wie das State Department in Washington, das Außenministerium in Moskau, das Rote Kreuz, auf nebulöse Pressestimmen und ähnliche nicht nachprüfbare Quellen. Untersuchungen ernsthafter Fachleute werden zwanghaft ignoriert, dilettantische Bemühungen von Außenseitern wie die törichte Ausführung des Spiegel-Redakteurs Fritjof Meyer zu den Opferzahlen des Holocaust dagegen als idealtypische Zeugnisse solider Wissenschaft gepriesen.

Als Fazit des Dresdner Skandals erklärt Gansel im NPD-Blatt „Deutsche Stimme“: „Die NPD-Wortwahl im Parlament war nicht nur sachlich richtig, sondern auch geschichtspolitisch wichtig, um die Exzesse der Vergangenheitsbewältigung im 60. Jahr der Kriegsniederlage wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens einzudämmen.“ Gansel verweist unter selektiver Zitierung der „Süddeutschen Zeitung“ auf einen Vordenker, den er als „linksgewirkten Historiker“ apostrophiert, den Historiker Jörg Friedrich, der in seinen publikumswirksamen Büchern über den Luftkrieg die Konnotationen nahe gelegt hat mit Vergleichen, in denen die amerikanischen und britischen Bomberverbände „Einsatzgruppen“, die brennenden Luftschutzkeller „Krematorien“, die Toten „Ausgerottete“ genannt werden.²⁴ Inszeniert ist die Attacke der NPD

²³ Ebenda.

²⁴ Vgl. Heribert Prantl, Auschwitz, beiseite gebombt, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. 1. 2005, wo es heißt: „Die allgemeine Empörung über das freche Benehmen der Neonazi-

auf die Erinnerungs- und Geschichtskultur der Bundesrepublik als nationalpatriotische Aufwallung, die zielgerichtetes und planmäßiges Handeln nicht genannter finsterner Mächte gegen die Interessen des Vaterlandes unterstellt: „Durch eine systematische Schuldneurotisierung sollen die Deutschen von der Vertretung ihrer Lebensinteressen abgehalten werden. Durch injizierte Schuldgefühle sollen sie moralisch gedemütigt, politisch bevormundet und finanziell ausgepresst werden. Der nationalen Opposition muss es jetzt gelingen, diesem Volk seinen Selbstbehauptungswillen wiederzugeben. Die selbstbewusste Vertretung deutscher Gegenwartsinteressen ist nur durch einen Schlusstrich unter eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung möglich. Mit den eingeübten Selbsterniedrigungsritualen und dem neurotischen Schuld kult muss Schluss sein. 60 Jahre nach Kriegsende ist es hoch an der Zeit, dass die Deutschen wieder den aufrechten Gang erlernen. Nur so haben sie als Volk eine Zukunft.“²⁵

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass sich die rechtsextreme Szene und insbesondere die NPD in den letzten Jahren auch hinsichtlich des von ihr propagierten Antisemitismus radikalisiert haben. Amalgamiert mit Antiamerikanismus dient aggressive Israelfeindschaft als Ventil zur Artikulation atavistischer antisemitischer Emotionen: Parallel dazu wird der sekundäre Antisemitismus – also die Judenfeindschaft, die sich aus der Abwehr der Erinnerung an den Holocaust speist – in Verbindung mit der provokativen Verweigerung gegenüber der Erinnerungskultur instrumentalisiert. Von einem „neuen Antisemitismus“ kann man nicht sprechen, weil neue Inhalte ebenso wie neue Methoden nicht erkennbar sind, wohl aber von einer Judenfeindschaft, die sich traditioneller Stereotypen bedient, sie aber offener und offensiver propagiert, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Abgeordneten, die sich einer Gedenkminute für Auschwitz und für die Opfer des Holocaust lärmend verweigert haben, lenkt nämlich von der Tatsache ab, dass die Relativierung und Beschönigung der Nazi-Wirklichkeit nicht exklusive Spezialität der Schreier von Dresden ist. Das Wort ‚Bomben-Holocaust‘ beispielsweise, das ein NPD-Abgeordneter zur Bezeichnung der Bombardierung von Dresden kreierte, hat seine sprachliche Vorformung: In seinem Bestseller-Buch über den Bomben-Krieg der Alliierten („Der Brand“) benutzt Jörg Friedrich dafür Begriffe, die sofort an das Vernichtungslager in Auschwitz und auf die Mordverbände der Einsatzgruppen denken lassen. Der Historiker Hans Ulrich Wehler hat das scharfsinnig analysiert: „Wenn Friedrich schreibt, die Bomberflotten seien ‚Einsatzgruppen‘, brennende Luftschutzkeller ‚Krematorien‘ und die Toten ‚Ausgerettete‘, dann hat man sprachlich die völlige Gleichsetzung mit dem Holocaust.“

25 Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren, Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll, 21. I. 2005.

Die NPD und ihr Umfeld in Sachsen

Beinahe 191 000 Personen, 9,2 Prozent der Wähler, haben am 19. September 2004 in Sachsen NPD gewählt. Erstmals seit 1968 ist die rechtsextreme Partei damit wieder in einem Landesparlament vertreten. Mit Sachsen-Anhalt, wo die DVU 1998 12,9 Prozent der Stimmen erhalten hat, ist die Situation in Sachsen nicht zu vergleichen. Denn die NPD in Sachsen ist längst nicht mehr eine virtuelle Partei, die lediglich Proteststimmungen aufzugreifen und für sich in Stimmen umzuwandeln weiß. Seit vielen Jahren arbeitet die Partei in Sachsen besonders intensiv an ihrem Umfeld. Der Begriff Umfeld soll hier umfassend verstanden werden. Erörtert werden sollen politisch-organisatorische und soziologische Aspekte sowie das spezifische kommunikative Umfeld des Jahres 2004.

Das spezifische kommunikative Umfeld des Jahres 2004

Die NPD hat ihren sächsischen Erfolg in erheblichem Maß mit Protest erzielen können. Vertreter der Partei „geben sich kapitalismuskritisch, votieren gegen die Globalisierung, treten als ‚Rächer der Enterbten‘ auf, verstecken ihr antidemokratisches Antlitz weitgehend, wiewohl sie ausländerfeindliche Ressentiments erkennen lassen“, ¹ schreibt der Chemnitzer Politikwissenschaftler Eckhard Jesse. Im Umfeld der Proteste gegen die Arbeitsmarktreform Hartz IV konnte die NPD mit dem griffigen Schlagwort „Schnauze voll“ ungewohnte Wirkung erzielen. Beim Bemühen, ihr antidemokratisches Gesicht zu verschleiern, war es hilfreich, dass diese populistische Kurzformel Anfang des Jahres die „Bild“-Zeitung im Rahmen einer Aufkleberkampagne gegen die angebliche „Abzocke beim Autofahren“ durch die Bundesregierung in die politische Kommunikation eingeführt hatte. Noch heute sieht man die Sticker, auf denen die später ebenfalls von der NPD verwendete geballte Faust nicht fehlt, besonders häufig auf

1 Eckhard Jesse, Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1990 bis 2004, in: Deutschland Archiv 37 (2004) 6, S. 957.

LKW, Lieferwagen und Taxis.² Die NPD brauchte die breit gestreute und für unverdächtig befundene Formel nur für ihre Zwecke aufzugreifen und um „Wahltag ist Zahhtag“ zu erweitern. Im Sommer 2004 spielte die größte deutsche Boulevard-Zeitung schließlich zeitweise eine unrühmliche Rolle als Anführerin einer abstrus-rabiaten Anti-Hartz-Kampagne. Sehr spät erst lenkte die Zeitung ein auf eine differenzierte Berichterstattung.

Doch zu diesem Zeitpunkt herrschte vor allem in Teilen Ostdeutschlands eine regelrechte Hartz-Hysterie. Ihre Höhepunkte waren die Proteste bei einem Kanzlerbesuch in Wittenberge, wo Demonstranten Eier und Steine warfen, die massive Störung des Kanzlerauftritts beim Wahlkampfauftakt der sächsischen SPD in Leipzig am selben Tag³ und schließlich die große Leipziger Montagsdemonstration zum Thema mit Oskar Lafontaine am 30. August. Auf dieser Veranstaltung war auf erschreckende Weise zu beobachten, welch umstürzlerisch-irrationalen Impetus der Protest zwischenzeitlich angenommen hatte. „Schröder muss weg!“ und „Clement in die Produktion, aber nur zum Billiglohn!“ waren dabei die harmlosen der skandierten Spruchvarianten. Eindeutiger waren schon Transparente wie „Die größten Verbrecher sind Politiker“ oder „Das kann nicht sein, mein größter Feind ist die Regierung“; sehr interessant mit Blick auf die wenig später von der NPD ausgerufene „Volksfront von rechts“ ist auch der Slogan „Volksfront gegen Volksparteien“.⁴ Im Sommer 2004 war das kommunikative Umfeld so bestellt, dass selbst radikale Wort- und Begriffsprägungen nicht als extreme Außenseiterposition erschienen. Im Umkehrschluss hatte die NPD es leicht, weniger extremistisch und damit auch für jene wählbar zu erscheinen, die sich selbst nicht unbedingt als Opposition zum System begreifen wie die NPD, sondern den etablierten Parteien nur einen größtmöglichen Denkkzettel ausschreiben wollten. Legitimiert dazu konnten sich diese Leute nicht nur durch die teilweise skandalisierende Berichterstattung über die Reformen fühlen, sondern auch durch Persönlichkeiten wie den gut meinenden Leipziger Pfarrer Christan Führer, der bis zuletzt

- 2 Zum Start der Aufkleberaktion hieß es auf der Internetseite der „Bild“-Zeitung: „Stoppt die Auto-Abzocke! Damit die BILD-Leser den Preistreibern mal so richtig klar die Meinung sagen, gibt's ab sofort die Anti-Abzocke-Aufkleber von BILD: „Ich hab' die Schnauze voll!“ (www.bild.t-online.de/BTO/news/2004/05/24/benzinwut...; eingesehen am 29. 9. 2004).
- 3 Reiner Burger, Faule Eier, faule Eier kostenlos. Aggressive Stimmung beim Wahlkampf der SPD in Leipzig, in: FAZ vom 26. 8. 2004.
- 4 Reiner Burger, Wie es euch gefällt. Oskar Lafontaine und die Leipziger Demonstration gegen die Hartz IV-Reformen, in: FAZ vom 1. 9. 2004.

nicht merkte, dass da etwas aus dem Ruder lief. Anfang August mahnte die DDR-Bürgerrechtlerin und CDU-Politikerin Vera Lengsfeld: „Wir alle, die Politiker und die Medien müssen unserer Informationspflicht nachkommen und den Menschen mitteilen, was wirklich beschlossen worden ist.“ Viele Menschen gingen auf die Straße, weil sie dächten, dass es um ihren letzten Spargroschen gehe. Dabei stehe im Hartz-Gesetz für viele Betroffene das genaue Gegenteil. „Die ‚Bild‘-Zeitung etwa, die sonst immer mit Balkenüberschriften ‚Reformen jetzt‘ gefordert hat, suggerierte ihren Lesern am Freitag, es ginge nun sogar an die Teddys und Legosteine der Kinder.“⁵

Verstärkend wirkte auch das Verhalten der PDS, die das Thema ebenfalls für sich nutzte („Hartz IV ist Armut per Gesetz – weg damit“). So ergab sich eine unabgesprochene aber hoch effektive Aufteilung und Mobilisierung: Während Wähler der PDS eher „subjektive Vereinigungsverlierer“ waren, konnte die NPD stärker objektiv Benachteiligte an sich binden.⁶ „Die einen besitzen in der Gruppe der ältesten Wähler (ab 60 Jahre) ihre Hochburg, die anderen in der Gruppe der jüngsten (18 bis 24 Jahre).“⁷

Die NPD jedenfalls sah in der kommunikativen Situation eine geradezu historische Chance für sich. In ihren Wahlkampfpublikationen versuchte die Partei, sich mit Slogans wie „Sozialabbau, Rentenklau, Korruption – nicht mit uns!“ als Teil des allgemeinen Protestes zu verkaufen. Doch das war nur Teil der sehr geschickten Sozial-Mimikry für das Wahlvolk, dem man den wahren Charakter der NPD nicht glaubte zumuten zu können. Der unmittelbaren Anhängerschaft offenbarte Jürgen Gansel, der wenig später ins sächsische Parlament einziehen sollte, in der September-Ausgabe der „Deutschen Stimme“ die wahren Absichten. Zugleich steht der Text exemplarisch für die bis in die Wahl übersteigert historisch analogisierende, deterministische Geistesverfassung der NPD: „Viel zu lange hat es gedauert, doch nun ist es soweit: aus Wut gegen die staatlich organisierte Volksenteignung, die sich mit dem Namen ‚Hartz IV‘ verbindet, gehen Zehntausende Deutsche auf die Straße. In Berlin und anderswo beginnen die morschen Knochen der Volksbetrüger zu zittern. [...] Allem Anschein nach könnte die soziale Kahlschlagpolitik der Kartellparteien einmal als Anfang vom Ende des volksverachtenden BRD-Systems in die Geschichtsbücher eingehen. Die Montagsdemonstrationen der Mitteldeutschen 1989 führten

5 Zit. nach reb./ami./löw.: Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV, in: FAZ vom 10. 8. 2004.

6 Vgl. Jesse, Die Landtagswahlen, S. 957.

7 Ebenda.

bekanntermaßen zur Implosion der DDR, und die nun wiederaufgenommenen Demos können den Stein ins Rollen bringen, der auch die BRD auf die Müllhalde der Geschichte schleudert und damit der Wiederherstellung einer solidarischen Volksgemeinschaft den Weg ebnet. Stein des Anstoßes ist das ‚Reformprogramm‘ Hartz IV, das in jedem Fall genügend sozialen Sprengstoff für eine neue Wende nach dem Vorbild 1989 bietet. Denn ab dem 1. Januar 2005 findet der größte soziale Raubbau in der deutschen Nachkriegsgeschichte statt. [...] Die historische Aufgabe der nationalen Opposition besteht heute darin, die sich formierende Volksbewegung mit allen Kräften zu unterstützen und diese in nationalistische Gesinnungsbahnen zu lenken. Dann stürzt nicht nur die SPD-Regierung, sondern die ganze BRD.“⁸

Bemerkenswerterweise wandte sich die NPD nach ihrem Einzug in den Sächsischen Landtag dem Thema Hartz IV monatelang nicht zu,⁹ sondern verwandte einen Gutteil ihrer Kraft auf geschichtsrevisionistische Vorhaben – der „Bombenholocaust“-Eklat in der Plenarsitzung am 21. Januar 2005 war dabei der seither nicht wieder erreichte Höhepunkt.

Das kommunalpolitische Umfeld

Zwar hatte der Aufstieg der NPD in den Umfragen erst wenige Wochen vor der sächsischen Landtagswahl begonnen. Überraschend kam der Erfolg jedoch nicht nur wegen der weit verbreiteten sozialen Verunsicherung. Denn schon vor 2004 war die NPD in Sachsen auf kommunaler Ebene punktuell erfolgreich. Von den Ergebnissen, die die rechtsextremen Parteien bei den Gemeinderatswahlen im Juni 2004 im sächsischen Landesdurchschnitt erreichten, darf man sich dabei nicht in die Irre führen lassen: Die NPD kam dabei nur auf 0,5 Prozent, die Republikaner erreichten 0,7 Prozent. Wichtiger ist der Blick auf einzelne Kreise und Kommunen. So kam die NPD in den Landkreisen Meißen und Muldentalkreis auf 5,1 und 5,8 Prozent, im Landkreis Sächsische Schweiz auf 9,1 Prozent. Dass dieser Landkreis zu einer Art Hochburg für die Partei wurde, zeigte sich auch bei der Gemeinderatswahl am selben Tag. In Pirna

8 Jürgen Gansel, Was lange gärt, wird endlich Wut. In Mitteldeutschland kommt es zur Neuaufgabe der Montagsdemonstrationen, in: Deutsche Stimme, September 2004. (www.deutsche-stimme.de).

9 Am 30. Mai 2005 brachte die NPD-Fraktion einen Antrag in den Landtag ein, mit dem Umzüge im Rahmen der Hartz-IV-Regelung verhindert werden sollen. Vgl. Pressemitteilung der NPD-Fraktion vom 30. 5. 2005.

erreichte die Partei 6,6 Prozent, in Struppen 7,2 Prozent, in Sebnitz 13,2 Prozent, in Königstein 21,1 Prozent und in der kleinen Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna 25,2 Prozent. Auch bei der Landtagswahl drei Monate später erwies sich die Sächsische Schweiz abermals als Hochburg für die NPD, auf 15,1 Prozent kam die Partei am 19. September in diesem Wahlkreis.¹⁰ Dass es der Partei in der wunderschönen Freizeitregion, die nicht einmal zu den überdurchschnittlich benachteiligten Gegenden gehört, weil sie für den Tourismus höchst attraktiv ist, so erfolgreich ist, hängt mit drei Personen zusammen. Sie sind dafür verantwortlich, dass die NPD in der Sächsischen Schweiz zu Recht etwas von sich behaupten kann, was für sie nirgendwo sonst in Deutschland zutrifft: In einigen Gemeinden des Landkreises ist sie tatsächlich in der Mitte der Gesellschaft verankert. Der selbstständige Heizungs- und Sanitärinstallateur Michael Jacobi, der bis 2000 für die am Ort dominierende Wählervereinigung im Gemeinderat von Reinhardtsdorf-Schöna saß, als sein Name erstmals mit der Organisation „Skinheads Sächsische Schweiz“ (SSS) in Verbindung gebracht wurde, trat nun 2004 für die NPD in der kleinen Gemeinde an; der Arzt Johannes Müller, Spross einer alteingesessenen Medizinerfamilie, die sich lange Jahre in der CDU engagierte, war für die NPD in Sebnitz erfolgreich und sitzt mittlerweile auch im Landtag; schließlich Uwe Leichsenring, der in Königstein dem Gemeinderat und nun auch dem Kreistag in Pirna angehört und seit September im Landtag sitzt. Ein harmloser Bürger ist der Studienabbrecher und Fahrlehrer Leichsenring allerdings nicht. Denn bei ihm lernen junge Leute nach Einschätzung von Ortskundigen nicht nur das Autofahren, sondern er eröffnete auch neue Weltsichten. Und schließlich hatte Leichsenring stets enge Kontakte zur „SSS“, dem wie sich durch aktuelle staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zu bestätigen scheint, illegal weiter geführten militanten Umfeld der NPD in der Region. Zugleich bemüht sich Leichsenring in seinem unmittelbaren bürgerlichen Umfeld, ein Netz von Loyalität und Zustimmung zu knüpfen – seine Fahrschule ist der Hauptsponsor eines Tischtennisvereins.

Wenn bei weitem auch nicht so erfolgreich wie in der benachbarten Sächsischen Schweiz, so ist das Abschneiden der Rechtsextremisten in der sächsischen Landeshauptstadt bei der Kommunalwahl im Juni 2004 doch von erheblicher überregionaler Bedeutung. Als „Nationales Bündnis“ traten NPD, DVU und Republikaner (gegen den ausdrücklichen Willen der Bundesführung der Republikaner) in Dresden an und erreichten vier Prozent. Erstmals gelang es dabei auch Holger Apfel, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD, ein Mandat zu erringen.

10 Für ausführliche Analysen der erwähnten Wahlen siehe www.statistik.sachsen.de.

In der rechtsextremen Szene wurde das Dresdner Ereignis euphorisch als Durchbruch gefeiert. Und tatsächlich war es ein erster Schritt, um die gegenseitige Blockade am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums zu lösen. Wenig später wurde dann bekannt, dass die DVU nicht bei der Landtagswahl in Sachsen antreten und die NPD im Gegenzug in Brandenburg auf eine Wahl-liste verzichten würde. Abermals gegen den ausdrücklichen Willen der Bundes-führung der Republikaner zog die damalige sächsische Landesvorsitzende der Partei, Kerstin Lorenz, einen Tag vor Fristende am 14. Juli die Landtagswahl-liste zurück.¹¹ Damit war der Weg für die NPD frei. Wie sich nur Tage später zeigte, hatte die sächsische NPD die Republikaner gezielt unterwandert: Denn bald kehrte Frau Lorenz den Republikanern den Rücken und trat in die NPD ein, wofür sie nach der Wahl mit einem Posten in der Fraktion belohnt wurde, ihr damaliger Stellvertreter darf nun NPD-Fraktionschef Apfel als persönlicher Referent zuarbeiten. Der Verzicht der Republikaner wurde von der Szene selbst als zentraler Schritt auf dem Weg zur später ausgerufenen „Volksfront von rechts“ begriffen, doch er war eben nicht auf dem in der NPD gerne beschworenen kraftvollen Willen zur Einheit gegründet, vielmehr auf einem Winkelzug, der die Republikaner tief empört hat.

Das organisatorische und personelle Umfeld

Die NPD arbeitete – bis zum 19. September 2004 weitgehend erfolglos – schon unmittelbar seit der Wende daran, in Sachsen organisatorisch Fuß zu fassen. Der Fraktionsgeschäftsführer der NPD im Landtag, Peter Marx, der zugleich NPD-Landesvorsitzender im Saarland und in Rheinland-Pfalz und stellvertre-tender Bundesvorsitzender ist und am 10. April 2005 in Leipzig als NPD-Kan-didat für die Oberbürgermeisterwahl antrat,¹² wurde seinerzeit sogar noch Bürger der untergehenden DDR. Interessant schien der NPD der Osten auch wegen der Skinhead-Gruppierungen, die es dort schon zu DDR-Zeiten gab,¹³ zudem wird in NPD-Kreisen – auch dies sehr typisch für das verbreitete

11 In einem Telefonat am 22. September 2004 erläuterte die stellvertretende sächsische Wahlleiterin Frau Schreck dem Autor den Vorgang.

12 Er erreichte allerdings trotz geringer Wahlbeteiligung (ein Faktor, der häufig die NPD begünstigt) lediglich 2,4 Prozent der Stimmen.

13 Vgl. dazu auch Eva Prase, *Die DDR – ein brauner Schoß?* Der Publizist Konrad Weiß sieht die Wurzeln des heutigen Rechtsradikalismus vor allem in der ostdeutschen Vergangenheit, in: *Freie Presse* vom 3. 2. 2005.

Analogiedenken – daran erinnert, dass das einst rote Königreich Sachsen, sich in den zwanziger und dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu einer Hochburg der Nationalsozialisten wandelte.¹⁴

In den neunziger Jahren verlegte die NPD ihren Schwerpunkt nach Sachsen. Die „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft“, eines der größten Versandunternehmen der rechtsextremen Szene in Deutschland, zog von Bayern nach Riesa um. Ohne diesen Verlag hätten Holger Apfel, der sowohl einer der Geschäftsführer als auch Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ ist, sowie seine Fraktionskollegen Jürgen Gansel und Matthias Paul auch persönlich nicht den langen Atem in ihrem Bemühen gehabt, die Politik zum Beruf zu machen. Sonderlich machtvoll konnte die NPD in Sachsen über die Jahre jedoch nicht auftreten. Bis vor der Landtagswahl verlor sie kontinuierlich Mitglieder. In der Szene verübelte man es der Partei, dass sie mit Rücksicht auf das Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht versuchte, sich zumindest äußerlich von militanten Neonazis abzugrenzen.

In Wirklichkeit gab es aber stets Verbindungen, besonders deutlich ist das in der Sächsischen Schweiz zu belegen. Klempner Jacobis Söhne waren bei der SSS, Uwe Leichsenring hielt stets engen Kontakt zu der 1996 gegründeten und 2001 verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung. Ihr Ziel war es, die Sächsische Schweiz von Ausländern, Rauschgiftsüchtigen und Linken zu befreien, also im Szenejargon eine „national befreite“ Zone zu schaffen. Zwischen 2003 und 2004 wurden mehrere der insgesamt etwa 120 SSS-Mitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, schwerer Körperverletzung, Volksverhetzung und Landfriedensbruch zu Bewährungsstrafen verurteilt. Unter ihnen sind zwei Rädelführer, die nun wieder im Zentrum staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen stehen. Denn am 1. Dezember 2004 hatte die Polizei in Sachsen und Bayern 29 Wohnungen und Geschäftsräume durchsucht, weil Hinweise darauf vorlagen, dass insgesamt 25 Personen die SSS in einer Nachfolgeorganisation weitergeführt haben. Uwe Leichsenring, nun Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, reagierte unmittelbar nach Bekanntwerden der Durchsuchungen mit einer schäumenden Presseerklärung, so als handle es sich bei der durchsuchten Gruppe um eine Untergliederung der Partei oder der Fraktion: Die Polizeiaktion sei eine „dreiste Unverschämtheit“, schrieb Leichsenring, die Fraktion sei nicht bereit, „diese gezielte Provokation

14 Diese Darstellung trifft tatsächlich zu. Vgl. dazu Clemens Vollnhals, *Der gesplante Freistaat: Der Aufstieg der NSDAP in Sachsen*, in: ders. (Hrsg.), *Sachsen in der NS-Zeit*, Leipzig 2002, S. 9–40.

so einfach hinzunehmen“, die Sache werde ein „Nachspiel“ haben.¹⁵ Wie eng und vital Leichsenrings Kontakte zur militanten Szene nach wie vor sind, wurde im Februar deutlich, als neue Details in der Angelegenheit öffentlich wurden. Es handelt sich dabei um Wortprotokolle aus einschlägigen Chaträumen, die die engen Verbindungen zwischen NPD und SSS-Anhängern weiter verdeutlichen. Unter anderem heißt es darin: „Man wirft uns vor, daß wir uns weiter getroffen haben.“ Einige Tage später teilt einer der Gesprächspartner mit, dass er bemüht sei, eine Netzseite der NPD von jener der mutmaßlichen SSS-Nachfolgeseite mit dem Namen „Heimatschutznetzwerk“ zu trennen. Wieder ein paar Tage später wird verkündet, dass ein durch die Razzia verursachter Verlust ausgeglichen sei: „Habe wieder 'nen Rechner, diesmal von 'nem MdL.“ (MdL steht für „Mitglied des Landtags“). Weiter heißt es in dem Protokoll: „Alle Daten, Providerverträge, die ich habe, ruhen nun sicher bei jemandem, der Immunität hat.“¹⁶ Diese Aussage deutet direkt auf Leichsenring, der die SSS schon einmal mit Computern versorgt hat, als ihre eigenen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden waren. Die Staatsanwaltschaft ermittelte dann 2003 gegen den Fahrlehrer wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Ein Verfahren gegen ihn war im Frühjahr 2004 eingestellt worden, als Leichsenring eine Geldstrafe zahlte.

Der Fall Leichsenring zeigt exemplarisch, dass Umfeld, Partei sowie Fraktion fließend ineinander übergehen. Wegen der extrem dünnen Personaldecke der NPD musste die Partei für den Aufbau ihrer Fraktionsarbeit bewährte Rechtsextremisten aus ganz Deutschland nach Dresden holen. Leiter des „Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD“ ist Karl Richter. Er war schon Referent eines Europaabgeordneten der Republikaner, dann Sprecher des bayerischen Landesverbandes der Partei. 1991 übernahm er die Chefredaktion der Zeitschrift „Nation und Europa“ und wurde 1995 als presserechtlich Verantwortlicher nach dem Abdruck eines „Asylbetrügergedichts“ wegen Volksverhetzung verurteilt. Ein rechtes Bubenstück gelang Richter, als er sich erfolgreich für eine Komparsenrolle in dem Spielfilm „Der Untergang“ bewarb.¹⁷ Auch andere bekannte Namen aus der (westdeutschen) Szene kann man mittlerweile an Türschildern im Sächsischen Landtag lesen: Sascha Roßmüller und

15 Pressemitteilung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag vom 1. 12. 2004, 14.55 Uhr.

16 Zit. nach Reiner Burger, *Ausgeplaudert. Die NPD und ihre Kontakte zum militanten Rechtsextremismus*, in: FAZ vom 19. 2. 2005.

17 Vgl. Thomas Holl, „Als Hitler mir die Hand schüttelte“. Ein Rechtsextremist als Komparsen im Führerbunker des „Untergangs“, in: FAZ vom 2. 10. 2004.

Stefan Rochow sind zwei langjährige Führungskader der NPD-Jugendorganisation JN und heute wiederum Redakteure der Parteizeitschrift „Deutsche Stimme“. Der gebürtige Schwede Peer Lennart Aae gilt als Wirtschaftsfachmann. In der Zeit des Verbotsverfahrens gegen die NPD war er in Ungnade gefallen, weil man ihn verdächtigte, ein Spitzel zu sein. Der frühere hessische Waldorflehrer Andreas Molau ist nun der „Schulfachmann“ der Fraktion. Ihren bisherigen Höhepunkt fand die Ämterpatronage des NPD-Fraktionsvorsitzenden Apfel mit der Anstellung des ehemaligen Rechtsterroristen Peter Naumann im Büro des Landtagsabgeordneten Klaus-Jürgen Menzel. Der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende der JN Peter Naumann war 1988 vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen eines Sprengstoffanschlags zu einer Haftstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt worden. Der Anschlag richtete sich gegen eine Gedenkstätte für die Opfer einer Geiselerchießung durch Nationalsozialisten im Jahr 1944. 1995 übergab Naumann mehrere Erddepots in Hessen und Niedersachsen mit Sprengstoff, Waffen und Munition an das Bundeskriminalamt. Auch der Abgeordnete Menzel selbst ist eine schillernde Figur, wegen Untreue im Zusammenhang mit von ihm organisierten Jagdreisen wurde er zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Im März 2005 ist er zudem wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug in die Schlagzeilen geraten.¹⁸ Während einer Demonstration am 27. November sagte Menzel in einer Rede zu Kameraden: „Und wie hat der Führer gesagt: ‚Ein Karat härter als der Feind, das bringt den Sieg‘.“ Über seine Vorstellungen für Deutschland sagte Menzel: „Unser Land geht von den blauen Bergen der Vogesen bis zu der Mühle von Tauroggen, von der Königsau in Nordschleswig bis nach Brixen in Südtirol – und keinen Quadratmeter weniger.“¹⁹

Das bundesweite Szene-Umfeld

Die NPD im sächsischen Landtag begreift sich als rechtsextreme Denkfabrik und Brückenkopf für die „Volksfront von rechts“ auf ihrem Weg zu weiteren Wahlsiegen.²⁰ Im bundesweiten rechtsextremen Szene-Umfeld der NPD hat

18 Vgl. Jürgen Kochinke, NPD-Hinterbänkler droht der Kuckuck. Ex-Landesvize Menzel erschlich sich 15 900 Euro als Stilllegungsprämie. Jahrelang abgetaucht. Land Niedersachsen droht mit Pfändungsklage, in: Leipziger Volkszeitung vom 17. 3. 2005.

19 Dem Autor liegt ein Mitschnitt der Rede vor.

20 Vgl. Reiner Burger, Der Brückenkopf der NPD, in: FAZ vom 7. 2. 2004.

dieser Anspruch jedoch schon früh Kritik und Häme hervorgerufen. Jürgen Schwab, seit Jahren unablässig in einschlägigen Organen publizierender Vordenker der Partei, beklagte schon im Herbst, die „Volksfront von rechts“ sei eine „Bürgerkriegs-Position“ und führe dazu, „die NPD vom Volk zu isolieren“. Das Bündnis mit der DVU sei nichts als eine „aufgeblasene Anti-Antifa“ und habe schon während des NPD-Bundesparteitags Ende Oktober, auf dem auch Neonazi Thorsten Heise in den Bundesvorstand der NPD gewählt wurde, „deutliche Risse“ gezeigt. Offenbar direkt auf die Person Karl Richters und anderer neuer Fraktionsmitarbeiter gerichtet, schreibt Schwab, für einen „gewissen Personenkreis“ besitze die „Volksfront“ und die „vorübergehend erfolgreiche nationale Partei durchaus Attraktivität“: „Manche begabten Paladine haben plötzlich ihre Zuneigung zur NPD entdeckt, die sie vor noch nicht allzu langer Zeit als durchweg poplig und dumm empfunden hatten. Die Schalmeien- gesänge und Lobreden an die Adresse der NPD sind nun so dick aufgetragen, daß es schon peinlich wirkt. Doch Erfolg macht bekanntlich erotisch, und der jüngste Sachsen-Wahlerfolg verspricht Posten und Geld.“²¹ Im selben Artikel wirft NPD-Chefideologe Schwab dem NPD-Bundesvorsitzenden Voigt noch „intellektuelles Unvermögen“ vor.

Dank Richters Beratungsdienst kann die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag mittlerweile die Mittel des Parlamentarismus schon recht virtuos nutzen. Allerdings ist gerade der legalistische Parlamentarismuskurs der sächsischen NPD Anlass für einen Dauerkonflikt. Denn in der rechtsextremen Szene wird der Parlamentarismus als zu überwindendes Grundübel angesehen. Schon hält man Leichsenring seinen Ausspruch aus außerparlamentarischen Zeiten vor: „Das System hat keinen Fehler. Das System ist der Fehler.“ Schon argwöhnen einige „Kameraden“, die NPD sei auf dem besten Weg, im „System“ anzukommen. Als Beleg dienen ihnen die beiden Mercedes-Limousinen, die die Fraktion kürzlich mit öffentlichen Geldern geleast hat. Auch dass die Partei seit ihrem Einzug ins Parlament das Thema Hartz IV monatelang nicht aufgegriffen hat, wird in einschlägigen Internet-Chatrooms von namhaften Aktivisten kritisch kommentiert.²²

Wegen der schnellen „Erfolge“ der NPD (etwa die zusätzlichen Voten aus anderen Fraktionen für ihre Kandidaten bei geheimen Abstimmungen oder der

21 Jürgen Schwab, Die NPD und ihr „Staat“, in: www.die-kommenden.net, eingesehen am 23. 11. 2004.

22 Vgl. „Die NPD verrät ihre Wähler“, in: www.freier-widerstand.net/forum, eingesehen am 14. 2. 2005.

Bombenholocaust-Eklat am 21. Januar und die oberflächliche Berichterstattung vor allem des Fernsehens darüber) spielte die Qualität der parlamentarischen Arbeit in der medialen Betrachtung der Partei bisher kaum eine Rolle. Dabei birgt manches auch erhebliches Konfliktpotenzial. Der geschichtspolitische Popanz und die Eklat-Dramaturgie, die kühl kalkuliert auf größtmögliche mediale Aufmerksamkeit zielt, stößt – wenn auch nur aus taktischen Erwägungen – mittlerweile selbst bei eingefleischten Neonationalsozialisten auf Ablehnung. Auf der Webseite des rechtsextremen Sammelbeckens „Die Kommenden“ heißt es in einem Beitrag unter dem Titel „Die zweifelhaften Erfolge der NPD im sächsischen Landtag“: „Wenn es die NPD immer noch nicht gelernt hat, daß eine Relativierung des Genozids am jüdischen Volk durch die inflationäre Verwendung des Begriffs ‚Holocaust‘ nicht funktioniert, ist das nur bezeichnend. Ein neues Nationalgefühl wird sich nicht über das ständige Herumleugnen an der Vergangenheit entwickeln, sondern über nationalrevolutionäre Gesellschaftskritik. Davon ist die NPD reichlich weit entfernt.“ Wenn die vom Abgeordneten Gansel im Sächsischen Landtag angekündigten „mächtigen Schneisen“, die „in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen“ zu schlagen seien, so ausfielen wie der Auftritt der NPD am 21. Januar, „dann wird das absolut nichts“. Denn die Partei liefere dann „mit dieser Billigpolemik nur den Herrschenden der BRD einen weiteren Anlaß gegen Nationalrevolutionäre vorzugehen. Dann werden *die* ‚mächtigen Schneisen‘ in unser Lager geschlagen.“²³

Bei der NPD reagierte man auf diese Kritik hoch nervös und schickte dem Autor des Textes einen Brandbrief. Auch bei Parteichef Voigt zeigt die Kritik bereits Wirkung. In der Ausgabe der „Deutschen Stimme“ vom März 2005 beklagt er, dass der erhoffte „Mitnahmeeffekt“ im Zuge des Sachsen-Erfolges bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein leider ausgeblieben sei. Ein Grund dafür sei auch der Bombenholocaust-Eklat. Die „einzigartige Medienberichterstattung“, die die NPD dadurch erfahren habe, sei „kontraproduktiv“ gewesen. Obwohl Voigt den revisionistischen Kurs seiner sächsischen Parteifreunde stets gedeckt und befördert hat, kritisiert er sie nun im eigenen Parteiblatt scharf: „Hartz IV, mehr als fünf Millionen Arbeitslose, mit steigender Tendenz, Billigarbeitskräfte aus Osteuropa, staatlich geförderter Menschenhandel aus Osteuropa und steigende Überfremdung“ seien die Probleme, mit denen man sich nun auseinander setzen müsse.²⁴

23 Robert Korda, Die zweifelhaften Erfolge der NPD im sächsischen Landtag, in: www.die-kommenden.net, eingesehen am 23. 2. 2005.

24 Udo Voigt, Im Westen nichts Neues. Nach außen wirken, in: Deutsche Stimme, März 2005 (www.deutsche-stimme.de).

Die Arbeit im vorpolitischen Umfeld

Die sächsische Landtagswahl hat gezeigt, wie viele junge Leute mittlerweile rechtsextremen Weltanschauungen zuneigen. 21 Prozent der 18 bis 24 Jahre alten Sachsen, die am 19. September zur Wahl gingen, machten ihr Kreuz bei der NPD. Am erfolgreichsten war die rechtsextreme Partei bei jungen, formal niedrig gebildeten und häufig arbeitslosen Personen: 26 Prozent aller unter 35 Jahre alten Sachsen mit Hauptschulabschluss, die zur Wahl gingen, entschieden sich für die NPD. Anhänger der NPD fühlen sich nach Erkenntnissen der Forschungsgruppe Wahlen weit überdurchschnittlich sozial im Hintertreffen und führen das zu 96 Prozent auf eine angebliche „Überfremdungsgefahr“ zurück.

Die Abstimmung am 19. September war deshalb nicht nur eine Protestwahl wegen eines kurzzeitig aufgetretenen Gefühls der Benachteiligung. „Hartz IV“ ist nur die Chiffre, unter der sich für die NPD alles scheinbar einfach erklären ließ und mit der sie mühelos Wähler gewinnen konnte. Nach Auffassung des Dresdner Politikwissenschaftlers Werner Patzelt handelt es sich vielmehr um langfristig gewachsene Minderwertigkeitsgefühle.²⁵ Auf keinen Fall unterschätzen dürfe man dabei das Phänomen Abwanderung. Der „Brain-Drain“ bereitet Sachsen schon seit frühesten DDR-Zeiten erhebliche Probleme. Und wie das Statistische Landesamt in seiner umfangreichen Wanderungsanalyse herausgefunden hat, verlassen bis heute vor allem junge, gut ausgebildete Leute (und vor allem junge Frauen) die strukturschwachen Gegenden des Freistaats in großen Zahlen.²⁶ Mittlerweile fehlen überall jene, die für das langfristige Erstarken des Bürgertums als Träger einer funktionierenden Zivilgesellschaft dringend gebraucht würden. „Es bleiben jene, die nicht so viel Ich-Stärke haben, die antizipatorischen Hospitalismus betreiben, also auf Hilfe von einer höheren Instanz warten“, so Patzelt.

Diese jungen Leute sind nach Auffassung des Politikwissenschaftlers offen für einfache Deutungsmuster und besonders leicht erreichbar für die straff organisierte Jugendarbeit rechtsextremistischer Gruppierungen. Und diese blieben nach Erkenntnissen des sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz auch

25 Diese und alle folgenden Äußerungen PatzELTS zit. nach Reiner Burger, *Rechtsextreme Jugendkultur mit Zeltlagern und Konzerten*, in: FAZ vom 25. 9. 2004.

26 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaats Sachsen (Hrsg.), *Sächsische Wanderungsanalyse. Ergebnisse einer Befragung 2002 bei ehemaligen sächsischen Bürgerinnen und Bürgern, die in der Zeit von Januar 2000 und Juni 2001 in ein anderes Bundesland gezogen sind*, Kamenz 2002.

dann besonders aktiv, als das Profil rechtsextremer Parteien in der Zeit des NPD-Verbotsverfahrens zuletzt schwächer wurde. Praktisch überall in ländlichen Gebieten Sachsens gibt es so genannte Kameradschaften, während es an der aus Westdeutschland bekannten breitfächrigen bürgerlichen Vereinskultur mangelt. Mit ihren Angeboten orientieren sie sich an den Wünschen der Jugendlichen. Geboten werden Fußball, Zeltlager, Bootsfahrten, Skinhead-Konzerte und paramilitärische Spiele. „Kameradschaften formen das Freizeitverhalten der Mitglieder, wobei rechtsextremistische Grundpositionen eine ‚weltanschauliche Klammer‘ bilden, die die Gruppenidentität prägt“,²⁷ heißt es in einer Veröffentlichung des sächsischen Verfassungsschutzes. Für diese Gruppierungen sei charakteristisch, dass sie Jugendlichen vor allem einen Zusammenhalt als Clique böten und es ihnen gelinge, ein junges rechtsextremistisches Klientel an sich zu binden.

Während die NPD zuletzt einen Mitgliederrückgang hinnehmen musste, wiesen die rechtsextremistischen Kameradschaften ein rasches Wachstum auf. Schwerpunktregion der Kameradschaftsszene ist nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes weiterhin die Sächsische Schweiz. Allgemein wiesen die Kameradschaften „aktuell qualitative Entwicklungstendenzen“ auf, so habe in den vergangenen Jahren eine zunehmende Politisierung dieser Gruppen eingesetzt.

Zur „Vitalität“ der rechtsextremen Jugendszene in Sachsen trägt auch bei, dass es im Freistaat ausgeprägte rechtsextremistische Vertriebsstrukturen gibt. Mühelos können so CDs mit verbotener rechtsextremistischer Musik (die als „Einstiegsdroge“ in die Szene gilt) versandt werden. Wichtiger Bestandteil dieser Strukturen ist die bereits erwähnte „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft“ in Riesa.

Nach Einschätzung von Politikwissenschaftler Patzelt wird die Partei von ihrem Erfolg auch finanziell in erheblichem Maße profitieren. „Das wird ihre Organisationsstrukturen weiter stärken. Durch die staatliche Parteienfinanzierung ergibt sich für die NPD ein Zukunftspotenzial.“ Hier schließe sich der Kreis wieder zur Jugendarbeit und der wachsenden Zahl rechtsextremistisch sozialisierter Jugendlicher. „Diese Jugendlichen werden sich als Alterskohorte durch die gesamte Gesellschaft durchziehen. Es ist ein Elektorat entstanden, das auf Jahre zur Verfügung steht.“

Die NPD arbeitet derzeit intensiv an ihrem Umfeld in Sachsen. Am 14. November 2004 wurde in Dresden als Jugendorganisation des „Nationalen Bündnisses“ das „Nationale Jugendbündnis Dresden“ gegründet, um „intensive Nach-

27 Zit. nach Burger, Rechtsextreme Jugendkultur.

wuchsarbeit“ zu betreiben, denn Kameradschaften spielen in den sächsischen Städten generell eine randständige Rolle. Bei der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, die jährlich Demonstrationen am Jahrestag der Zerstörung Dresdens anmeldet, handelt es sich mittlerweile faktisch um eine Untergliederung der NPD. Die „Schirmherrschaft“ der Veranstaltung übernahm am 13. Februar 2005 Holger Apfel. Die NPD war darum bemüht, die Demonstration zum Event für ihr Umfeld zu machen und gemeinsam mit anderen Größen der Szene für die „Volksfront von rechts“ zu werben. Vor kurzem wurde ein weiterer so genannter Stützpunkt (zu vergleichen mit einem Kreisverband) der Jugendorganisation der NPD in Freiberg eröffnet, weitere JN-Untergliederungen bestehen in Meißen, Limbach-Oberfrohna und Pirna. Im Mai wurde ein Landesverband der JN gegründet. Großspurig kündigte die Partei eine Werbekampagne an Schulen an.²⁸ Mit Macht versucht sie in einem Bereich Fuß zu fassen, in dem sie bisher eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat – der Musik. Schon im Wahlkampf ließ sie eine speziell auf den jugendlichen Geschmack abgestimmte CD verteilen. Und in Mücka in der Oberlausitz, wo schon das so genannte Pressefest 2004 der „Deutschen Stimme“ mit szenetypischer Musikumrahmung stattfand und einige tausend Jugendliche anlockte, die die NPD sonst nicht erreichen könnte, fanden bis vor kurzem in der Diskothek „Wodan“ regelmäßig von der JN veranstaltete Konzerte statt, die nicht mehr wie sonst üblich unter konspirativen Bedingungen beworben wurden, sondern zu denen man ganz offen einlud. Es bestehe deshalb die Gefahr, dass an weiteren Veranstaltungen „nicht nur bisher unpolitische Jugendliche teilnehmen und dadurch in die rechts-extreme Szene integriert werden, sondern die Veranstalter und damit der Rechts-extremismus – zunehmend Akzeptanz in dieser Region finden“,²⁹ urteilt der sächsische Verfassungsschutz.

Wie weit jedoch die NPD selbst in ihrer so genannten Hochburg Pirna von der von Bundeskanzler Schröder kürzlich diagnostizierten Breitenwirkung entfernt ist – Schröder hatte behauptet, die Partei betreibe Jugendcafés und Nachbarschaftstreffe – zeigte sich im Februar. Als ein NPD-Stadtrat im Namen der JN zu einem Stammtisch lud, um am weiteren Aufbau des Pirnaer JN-Stützpunkts zu arbeiten, kamen außer ihm nur vier Kameraden.

28 Vgl. Jugendorganisation der NPD gründet sächsischen Landesverband, in: www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/aktuelles/, eingesehen am 26. 5. 2005.

29 „Jugend und Rechtsextremismus“ (erstellt am 26. 1. 2005), in: www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/aktuelles/, eingesehen am 30. 1. 2005.

Zum Abschluss: Überlegungen zum Phänomen Randständigkeit

Betrachtet man das Phänomen NPD in Sachsen noch einmal aus der Makro-Perspektive, fällt auf, dass unterschiedlichste Formen von Randständigkeit den Erfolg der rechtsextremen Partei im Freistaat begünstigt haben. Ihre besten Ergebnisse erzielte die NPD in randständigen Regionen wie der Sächsischen Schweiz oder dem Erzgebirge, die als Grenzregionen unmittelbar mit den Folgen der EU-Erweiterung zu tun haben. Dort haben viele Menschen ein diffuses Gefühl des Bedrohtseins. Sehr offensiv hat die NPD im Wahlkampf dort mit Slogans wie „Grenzen dicht für Lohndrücker“ geworben.³⁰ Auch fühlen sich viele Menschen in diesen Regionen von der sächsischen Landespolitik allein gelassen, da vermeintlich nur für die drei Zentren Dresden, Leipzig, Chemnitz-Zwickau etwas getan werde. Das Phänomen demografischer Wandel, das etwa so herbe Einschnitte wie Schulschließungen erzwingt, verstärkt das Gefühl des Niedergangs. Weit verbreitet ist die Auffassung, das „System“ habe sich als unfähig erwiesen. Aus der Erfahrung von 1989 wird der Schluss gezogen, wie damals gelte es, sich eines Systems zu entledigen. Zu einem Einverständnis mit der NPD-Formel, die BRD müsse wie einst die DDR abgewickelt werden, ist es nicht weit. Hinzu kommt, dass die Kenntnis über den wahren Charakter der NPD häufig gering ist. In der Sächsischen Schweiz kann man auf Personen treffen, die die Meinung vertreten, die NPD sei so etwas wie die sächsische CSU.

Randständig sind schließlich auch westdeutsche Führungskader der NPD wie Apfel, Gansel oder Richter. In ihrer Heimat hatten sie mit ihren Überzeugungen keine Chance. Verstärkt durch die Aufregung um Hartz IV kurz vor der Sachsen-Wahl, wurde die Randständigkeit im Freistaat ihre Karrierechance. Das führt mittlerweile zu erheblichen Spannungen zwischen den westdeutschen Kadern und ostdeutschen NPD-Leuten, die sich nun ausgegrenzt fühlen.³¹ Die

30 In einem Faltblatt hieß es damals außerdem: „Arbeiten, die heimatnah erfolgen, dürfen nicht ins Ausland verlagert werden. Die von den Etablierten erstrebte Globalisierung wird abgelehnt.“ Am 18. Mai 2005 beschäftigte sich der Sächsische Landtag auf Antrag der NPD in einer aktuellen Debatte mit dem Thema „Grenzen dicht für Lohndrücker“. Durch Veröffentlichungen der „Leipziger Volkszeitung“ und der FAZ war am selben Tag bekannt geworden, dass die NPD ihre Parteizeitschrift „Deutsche Stimme“ in Polen drucken lässt. Vgl. „Deutsche Stimme“ in Polen gedruckt, in: FAZ vom 18. 5. 2005.

31 Vgl. Reiner Burger, Knirschen in braunem Gebälk. In der NPD mehren sich Konflikte: Über die Geschichtspolitik gibt es nun eine parteiinterne Debatte, in: FAZ vom 12. 4. 2005.

steuerfinanzierte Konzentration führender Köpfe der Szene in Dresden birgt für die Partei jedoch auch die erhebliche Gefahr der Selbstbegrenzung. Statt der erhofften Breitenwirkung könnte am Ende forcierte Selbstbezüglichkeit stehen. Ein Beispiel dafür scheint die Gründung des „Bildungswerks für Heimat und nationale Identität“ in Dresden zu sein. Nach Angaben der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag soll die parteinahe Einrichtung Seminare und Exkursionen veranstalten sowie Publikationen herausgeben. Zugleich dient die Einrichtung jedoch auch als Versorgungswerk für altgediente Kameraden: Zum Vorsitzenden wählten die zehn Gründungsmitglieder den Herausgeber der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation und Europa“, Peter Dehoust. Die Zeitschrift gehört nach Einschätzung des bayerischen Verfassungsschutzes zu den wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorganen und „verbreitet sowohl revisionistische als auch rassistische Thesen“. Der 1936 geborene Dehoust hat eine lange Karriere in der NPD hinter sich. Zu seinem Stellvertreter wurde Karl Richter gewählt. Der um Richter gruppierte braune „Thinktank“ bezeichnet sich mittlerweile großspurig als „Dresdner Schule“.

Der „hysterische NPD-Tsunami“

Die NPD in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich

Der NPD ist im Laufe des Jahres 2004 ein unerwartetes politisches Comeback gelungen. Die Partei hat sich mit populistischen Parolen gegen Hartz IV und Globalisierung, gegen eine vermeintliche Überfremdung und den geplanten EU-Beitritt der Türkei geschickt den Unmut und unterschwellige Ängste in Teilen der Bevölkerung zunutze gemacht, ohne selbst geeignete Alternativen für die Lösung der Probleme, beispielsweise in den Sozialversicherungen, aufzuzeigen. In ihren politischen Programmen erweckt die Partei den Anschein, auf die Folgen der Globalisierung für den deutschen Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme könne mit einer ausschließlich national ausgerichteten Wirtschaftspolitik und mit Schutzzöllen geantwortet werden.

Vor allem vor dem Hintergrund des Wahlerfolges bei der Landtagswahl in Sachsen am 19. September 2004 (9,2 %, 12 Sitze) wird in der (medialen) Öffentlichkeit über die Gefährlichkeit der Partei und sogar einen möglichen Einzug der NPD in den Bundestag spekuliert. Eine atemberaubende Entwicklung, wenn man bedenkt, dass die NPD nach dem (gescheiterten) Verbotsverfahren 2003 schon fast für klinisch tot erklärt worden war. Obwohl Totgesagte bekanntlich länger leben, soll in diesem Beitrag ein nüchterner, an Fakten orientierter Blick auf die NPD geworfen werden. Dies soll anhand eines Vergleichs der NPD-Strukturen in den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen geschehen, da die unterschiedliche Stärke der Partei in diesen beiden Ländern Erkenntnisgewinn verspricht.

Ihre Ziele will die NPD im Rahmen eines „Vier-Säulen-Konzeptes“ erreichen: Drei Säulen sind bekanntlich der „Kampf um die Köpfe“, der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf um die Parlamente“. Der Schwerpunkt im Jahr 2004 lag dabei eindeutig im „Kampf um die Parlamente“. In seiner Rede auf dem Bundesparteitag in Leinefelde (Thüringen) am 30./31. Oktober 2004 ergänzte der Parteivorsitzende Udo Voigt dieses Konzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“. Es sei eine Konzentration aller

„nationalen Kräfte“ nötig. Deutliches Beispiel ist die proklamierte Zusammenarbeit mit der DVU und den Neonazis. Sie muss als politischer Erfolg des amtierenden Parteivorsitzenden angesehen werden. Ihm ist es gelungen, die durch das taktierende Verhalten der NPD im Rahmen des NPD-Verbotsverfahrens entstandene Kluft zu den „Freien Nationalisten“ im Wesentlichen wieder zu schließen. Der Gipfel dieser Entwicklung war der Eintritt führender Aktivisten der Neonazi-Szene in die Partei und – Ende Oktober 2004 – die Wahl eines dieser Neonazi-Kader in den NPD-Bundesvorstand.

Kampf um die Köpfe

Der „Kampf um die Köpfe“ ist prinzipiell ein bundesweites Anliegen der NPD. In der Realität hängt es allerdings davon ab, welche „Köpfe“ und welche Ressourcen die NPD vor Ort aufbieten kann, mit denen sie diesen Kampf führen will. Ein zentrales Instrument im Kampf um die Köpfe ist die vom NPD-Parteivorstand herausgegebene Zeitung „Deutsche Stimme“ mit Sitz im sächsischen Riesa. Geschäftsführer des Deutsche-Stimme-Verlags sind Erwin Kemna, Schatzmeister im Bundesvorstand der NPD, und Holger Apfel, stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, stellvertretender sächsischer NPD-Landesvorsitzender und Vorsitzender der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Apfel ist zugleich Chefredakteur der Zeitung. Zu den Redaktionsmitgliedern gehören außerdem Jürgen W. Gansel und Alexander Delle, beide Mitglieder der sächsischen NPD-Landtagsfraktion. Die beiden Redakteure der „Deutschen Stimme“, Andreas Molau und Stefan Rossmüller, sind als Berater für die sächsische NPD-Landtagsfraktion tätig.¹

Nach dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag ist Sachsen endgültig das unbestrittene Gravitationszentrum im NPD-Orbit geworden und ohne Beispiel im restlichen Bundesgebiet. Nahezu alle – sowieso dünn gesäten – intellektuell disponiblen Personen der NPD sind mittlerweile im Umfeld der Landtagsfraktion und/oder des Deutsche Stimme-Verlages tätig. Wie schon 2003 fand auch 2004 der ideologisch relevante „Freiheitliche Kongreß“ des Verlags in Wiedemar (Sachsen) statt.

Diese Konzentration der Kräfte in Sachsen machte sich bereits im Landtagswahlkampf bemerkbar. Parallel zum so genannten Schulhof-Projekt – damit sollten Jugendliche über eine Musik-CD für rechtsextremistische Propaganda

1 Vgl. <http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/aktuelles>.

gewonnen werden – entwickelte die NPD durch Personen aus dem Umfeld des Deutsche Stimme-Verlages und des NPD-Landesverbandes Sachsen ein eigenes CD-Projekt. Diese CD wurde in der Öffentlichkeit bekannt, als sie am „Tag der Sachsen“, am 2. September 2004 in Döbeln verteilt wurde.

Von solchen eigenständigen Aktivitäten im „Kampf um die Köpfe“ ist die NPD in Nordrhein-Westfalen weit entfernt. Abgesehen vom weitgehend aus der NPD-Bundeszentrale gesteuerten Landtagswahlkampf 2005 trat die NPD im bevölkerungsreichsten Bundesland kaum mit inhaltlich kohärenten Aktionen in Erscheinung. Auch die für den Kampf gerade um die jungen Köpfe wichtigen Jungen Nationaldemokraten (JN) sind mit nur ca. 20 Mitgliedern in NRW nahezu unsichtbar. Etliche vom Landesverband der Jungen Nationaldemokraten 2004 angekündigte Veranstaltungen wurden offensichtlich wegen zu geringer Nachfrage abgesagt. Durchgeführte Veranstaltungen (zumeist Infostände) fanden in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Am Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten am 2./3. Oktober 2004 in Mosbach (Thüringen) nahm der JN-Landesvorsitzende aus NRW nicht einmal teil.

Trotz der erheblich besseren Ressourcen, die der NPD in Sachsen im Vergleich zu NRW beim „Kampf um die Köpfe“ zur Verfügung stehen, sind diesem Kampf auch hier enge Grenzen gesetzt. Der frühere NPD-Theoretiker Jürgen Schwab, mittlerweile parteilos, beschreibt die Lage in einem Text vom Mai 2005 mit folgenden drastischen Worten: „Mit geschmacklosen Parolen und Plakaten, die auf dumpfen Protest abzielen („Laßt Euch nicht verarschen“! Plakate mit fetten Türkenweibern mit Kopftüchern und Plastiktüten, JN-Aufkleber ‚Spätzle statt Döner!‘, etc.) kann man dauerhaft nicht einmal die Rezipienten des ‚Unterschichtenfernsehens‘ an sich binden.“²

Kampf um die Straße

Auch der „Kampf um die Straße“ hat in Sachsen eine andere Dimension als in NRW. Am 7. August 2004 fand in Mücka (Sachsen) das Pressefest des Deutsche Stimme-Verlages statt. An der Veranstaltung nahmen nach Polizeiangaben etwa 4000 Personen teil. Eigene Angaben der „Deutschen Stimme“ gehen von über 6000 Teilnehmern aus. Das Musikprogramm wurde unter anderem von den bekannten Liedermachern Frank Rennicke und Michael Müller sowie den Skinhead-Bands „Kraftschlag“, „Radikahl“ und „Youngland“ (USA) gestaltet.

2 <http://www.stoertebeker.net/blog> vom 26. 5. 2005.

Die Mischung aus politisch unterlegtem Volksfest, Verkaufsveranstaltung und Skinheadkonzert erwies sich wiederum als Anziehungspunkt nicht nur für das gesamte Spektrum der rechtsextremistischen Szene, sondern auch für die Bürger aus der Umgebung. Schon im August 2003 fand das Pressefest in Sachsen statt (Meerane, Chemnitzer Land).

Im „Kampf um die Straße“ wie auch im Kommunal- und Landtagswahlkampf kam der NPD die gute Kooperation mit Skinheads und freien Kameradschaften in Sachsen sehr zugute. Vor allem in Ostsachsen und in Dresden sind Verflechtungen der NPD mit der lokalen rechtsextremistischen Szene ausgeprägt. Auf diese Weise ist die NPD in vielfältiger Art auch auf kommunaler Ebene verwurzelt und vernetzt.

In NRW ist die NPD kaum kommunal bzw. auf den Straßen präsent. Zwei für den 13. und 20. März 2004 geplante Demonstrationen unter dem Motto „Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen fürs Volk!“ waren vom Polizeipräsidenten in Bochum verboten worden. Das Verbot beruhte auf der Einschätzung, dass von den Demonstrationen eine unmittelbare und erhebliche Gefährdung der öffentlichen Ordnung ausgehe.

Das Bundesverfassungsgericht hielt das verwaltungsgerichtlich überprüfte Demonstrationsverbot aufrecht. Dabei hat das Gericht insbesondere auf die Formulierung im ursprünglichen Motto „[...] – fürs Volk!“ abgestellt, die nach seiner Auffassung den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle, weil sie suggeriere, Mitbürger jüdischen Glaubens gehörten nicht zum Volk.

Bereits eine Woche nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts meldete der Landesvorstand der NPD NRW für den 26. Juni 2004 erneut eine Demonstration gegen den geplanten Bau der Synagoge an. Die Formulierung des Demonstrationsmottos orientierte sich an der Verbotsbegründung des Verfassungsgerichts. Auch diese Demonstration wurde zunächst vom Bochumer Polizeipräsidenten als „Ersatzveranstaltung“ verboten. Nach erneutem Durchlaufen der Instanzen gab das Verfassungsgericht der NPD schließlich die Möglichkeit, ihre Demonstration durchzuführen. Mit 220 bis 250 Teilnehmern, davon etwa 30 bis 40 Prozent Anhängern der NPD/JN (der Rest waren „Freie Nationalisten“), war die Demonstration vergleichsweise schwach besucht. Gleichwohl war dies der größte Mobilisierungserfolg für die nordrhein-westfälische NPD im gesamten Jahr.

Kampf um die Parlamente

Die sächsische NPD konzentrierte sich im Jahr 2004 auf den Wahlkampf zur Kommunal-, Europa- und Landtagswahl. Sie reaktivierte brach liegende Strukturen und animierte zum Antritt bei den Kommunalwahlen, bei denen die Partei insgesamt 42 Mandate und Wahlergebnisse von über 20 Prozent in einzelnen Wahlbezirken erzielte. Zwei Mandate konnte sie mangels Kandidaten nicht einmal besetzen. Motiviert von diesem Wahlausgang setzte die Partei alle Kraft in den Wahlkampf zur Landtagswahl im September 2004. Personell unterstützt von anderen NPD-Strukturen sowie von den in Sachsen stark vertretenen Neonazis und Kameradschaften, führte die NPD einen überaus aufwändigen Wahlkampf. Dabei profitierte die Partei u. a. vom Wahlverzicht der DVU, vom Nichtantritt der Republikaner und von der aktuellen politischen Situation. Die NPD schrieb sich im Wahlkampf insbesondere das Thema „Hartz IV“ auf die Fahnen und versuchte mit einfachen Sprüchen verunsicherte Wähler zu erreichen. Mit einem Ergebnis von 9,2 Prozent gelang es, mit zwölf Sitzen in den Landtag einzuziehen.

Dazu beigetragen hat auch eine Reihe von seriösen, in ihren jeweiligen Kommunen verwurzelte Kandidaten wie z. B. ein Arzt und ein Fahrchullehrer. Außerdem konnte die NPD bei der Landtagswahl besonders hohe Ergebnisse bei Erstwählern im Allgemeinen und jungen Männern im Besonderen verbuchen. Darüber hinaus gelang es der Partei, in einer alle Ressourcen aufbietenden und semi-professionell gestalteten Wahlkampagne eine hohe Zahl von ehemaligen Nichtwählern für sich zu gewinnen. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt bestätigte dies in einem Interview, in dem er zu Protokoll gab: „Dieser Sieg im Zuge des Hartz IV-Protestes wurzelt tatsächlich in einer langjährigen und beharrlichen Basisarbeit in Sachsen, wo wir eine solide Stammwählerschaft aufgebaut haben.“³

Das Interesse an der Partei nahm nach der Wahl wieder zu. Dies schlug sich im Mitgliederbestand nieder, der Ende des Jahres 2004 rund 950 Personen betrug. Seither konzentrieren sich rechtsextremistische Kräfte um die NPD-Fraktion in Dresden, und es deutet sich an, dass sich der Schwerpunkt der NPD mehr und mehr dorthin verlagert, wobei der Einfluss der Bundeszentrale in Berlin schwindet. Die Gründung von neuen Kreisverbänden wie „Chemnitz“ und „Mittlerer Erzgebirgskreis“ zeigt, dass die NPD in der Lage ist, ihre bereits

3 Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt in einem Interview mit der Jungen Freiheit vom 24. 9. 2004.

gefestigten Strukturen in Sachsen zu erweitern. Der sächsische NPD-Landesverband verfügt gegenwärtig über 23 Kreisverbände (Stand vom April 2005), und die Jungen Nationaldemokraten reorganisieren sich zurzeit auf Landesebene.

Eine Übertragung der sächsischen Wahlergebnisse auf Nordrhein-Westfalen war, wie sich bestätigt hat, nicht möglich. Hier hatte es die NPD nicht einmal geschafft, bei den Kommunalwahlen am 26. September 2004 in allen 54 Kreisen und kreisfreien Städten anzutreten. Das Fehlen einer flächendeckenden Struktur macht sich aus Sicht der NPD vor allem negativ im Ruhrgebiet bemerkbar, wo aufgrund der sozioökonomischen Situation Wählerpotenziale vermutet werden könnten. So gelang es der NPD zwar, landesweit zwölf kommunale Sitze in neun Räten zu erringen (vorher drei), sie kam aber nirgendwo über 3,1 Prozent hinaus.

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag des NPD-Landesverbandes NRW am 5. und 21. Dezember 2004 wurden als Zeichen für die „Volksfront von rechts“ führende Neonazis auf die Plätze 8, 10 und 13 und ein Vertreter der DVU auf Platz 15 als Kandidaten für die Landesreserveliste zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 gewählt. Die Kandidatenaufstellung zeigt einerseits den Willen der NPD, die proklamierte „Volksfront von rechts“ in die Tat umzusetzen, andererseits zeigt die Kandidatenliste aber auch, dass die NPD den Einfluss parteifremder Kräfte begrenzen will.

Nur eine erhebliche Kraftanstrengung in letzter Minute ermöglichte es der NPD, immerhin in 109 von 128 Landtagswahlkreisen anzutreten und die dafür notwendigen Unterstützungsunterschriften einzuwerben. Was die NPD als Erfolg verbucht, wird von internen Parteikritikern als verheerender Mangel angesehen. So äußert sich der Redakteur der „Deutschen Stimme“ Jürgen Schwab kritisch: „Wer nicht einmal in der Lage ist, selbständig Unterschriften für den Wahlantritt zu sammeln, weil ihm vor Ort die kommunikationsfähigen Mitglieder fehlen, und man auf einen Versicherungsvertreter aus dem Saarland angewiesen ist, dessen Kreisverband besteht nur auf dem Papier.“⁴ In der Tat verfiel die noch in Sachsen erfolgreiche antikapitalistische Protestrhetorik in Nordrhein-Westfalen nicht.

Trotz enormer Medienpräsenz gelang der NPD bei der Landtagswahl am 22. Mai 2005 in NRW schließlich nur ein Ergebnis von 0,9 Prozent. Damit trat nach 1,9 Prozent bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 20. Februar 2005 bereits die zweite ernüchternde Wahlniederlage nach dem Sachsen-

4 <http://www.stoertebeker.net/blog> vom 26. 5. 2005.

Erfolg ein. Besonders schmerzlich wird das Verfehlen der ein Prozent-Marke gewesen sein, die die NPD in den Genuss einer Wahlkampfkostenerstattung gebracht hätte. Dementsprechend kleinlaut fiel die Kommentierung des Wahlausgangs auf Seiten der NPD aus; sie stand in deutlichem Kontrast zu den triumphierenden Verlautbarungen nach der Landtagswahl in Sachsen. Umso pointierter kommentierte Jürgen Schwab, dass „in Anbetracht des dürftigen personellen Angebots (quantitativ wie qualitativ) in einem großflächigen und dichtbesiedelten Land wie NRW nicht viel mehr zu erreichen gewesen war“.⁵ Der Berichterstatter der „tageszeitung“ brachte das Ergebnis folgendermaßen auf den Punkt: „Eine überforderte Abiturientin, ein Müllfahrer aus der Zone oder ein alter DVU-Stadtverordener, [...] Das ist die ‚Volksfront‘, mit der die NPD die Menschen im Ruhrgebiet gegen das ‚System‘ gewinnen will.“⁶ In der Tat konnte die NPD in NRW nicht wie in Sachsen mehrere Kandidaten präsentieren, die bereits in ihren Kommunen bekannt waren und eine breitere Wählerschaft angesprochen hätten. In NRW verfügt die NPD eben nicht über profilierte Kommunalpolitiker. Ausgewiesene Neonazis wie Christian Malcoci, Daniela Wegener oder Ralph Tegethoff auf die NPD-Landesliste zu setzen, mag eine Mobilisierung der entsprechenden Szene im Wahlkampf bewirken, lässt sich aber nicht in Wählerzuspruch ummünzen.

Das größte Problem für einen NPD-Wahlerfolg in weiten Teilen Deutschlands ist die Partei selbst. Neben der Tatsache, dass sie keine realistischen politischen Alternativen anbieten kann, verhinderte ihre mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz einen größeren Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen. Es fehlt der NPD an flächendeckenden Strukturen und an geeigneten Multiplikatoren aus „der Mitte der Gesellschaft“. Und es fehlt – wie die Beteiligung an der Kommunalwahl NRW 2004 wie auch an der Landtagswahl 2005 gezeigt hat – an einem charismatischen Landesvorsitzenden und einer breiteren Struktur an Mitgliedern bzw. Kreisverbänden. Hier steht der Landesverband bestenfalls am Beginn einer langen Aufbauarbeit. Angesichts einer Mitgliederzahl von etwa 550 bei einer Bevölkerung von etwa 18 Millionen erscheint es fraglich, ob es der Partei in Nordrhein-Westfalen – selbst bei einer Unterstützung durch DVU und „Freie Kameradschaften“ – in absehbarer Zeit gelingen kann, einen flächendeckenden Wahlkampf in einer Landtags- bzw. Bundestagswahl zu organisieren und zu führen.

5 Ebenda.

6 Robin Alexander, „Nicht ihr Revier“, in: taz vom 20. 5. 2005.

Fazit: Kampf um den organisierten Willen?

Auf dem NPD-Bundesparteitag am 30./31. Oktober 2004 hatte Voigt zur künftigen Strategie der NPD erklärt, das bisherige Drei-Säulen-Konzept um eine vierte Säule, den „Kampf um den organisierten Willen“ zu ergänzen. Dazu gehöre die Zusammenarbeit mit der DVU und den Neonazis, angestrebt sei die Einbindung weiterer rechtsextremistischer Gruppen und Einzelpersonen. Auf einer Welle der Euphorie wurde über einen Einzug in den nächsten Bundestag nachgedacht. Die NPD wollte anscheinend in Sachsen dafür eine Art „Präzedenzfall zur Machtübernahme“ schaffen. Aber wie u. a. der Chefredakteur der neurechten „Jungen Freiheit“, Dieter Stein, in einer österreichischen Szenezeitschrift zu bedenken gab: „Dieser hysterische NPD-Tsunami hat manchen den Verstand und die Sinne benebelt.“⁷

Dabei sind für die Bedeutung des von der NPD forcierten Bündnisses nicht die absoluten Mitgliederzahlen relevant, sondern mehr die teilweise medienwirksam zelebrierte Zusammenarbeit mit bekannten Rechtsextremisten und deren Mithilfe, zuletzt die Unterstützungserklärung des ehemaligen REP-Bundvorsitzenden Schönhuber. Ein solcher Beistand ist ein – kleiner – Baustein, mit dem die NPD versucht, ihr „Schmuddel-Image“ abzulegen. Dies gelingt ihr jedoch vor allem in Westdeutschland nur sehr mäßig.

Die NPD hat nahezu alle ihre personellen wie ökonomischen Ressourcen in Sachsen konzentriert. Ein Großteil der „Parteilite“ arbeitet für die NPD-Landtagsfraktion oder den Deutsche Stimme-Verlag. Im scharfen Kontrast dazu verharret der NPD-Landesverband NRW in der politischen Bedeutungslosigkeit, auch innerhalb der eigenen Partei.

Die günstige Situation der NPD in Sachsen ist für die Partei die Ausnahme, nicht die Regel. Nirgendwo ist die NPD ähnlich gut aufgestellt wie in Sachsen. Lediglich in Sachsen hat sie strukturell und inhaltlich einigermaßen Fuß gefasst. In NRW dagegen ist der Kampf um die Köpfe, die Straße und die Parlamente bislang kläglich gescheitert. Die mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ verknüpfte „Volksfront“ aus NPD, DVU und Neonazis hängt nach den dürftigen Wahlergebnissen von Schleswig-Holstein und NRW am seidenen Faden. Die NPD kann außerhalb Sachsens die von ihr beanspruchte organisatorische und personelle Vormachtstellung kaum ausfüllen.

Abschließend gilt es zu bedenken, was der frühere NPD-Theoretiker Jürgen Schwab treffend formulierte: „Welcher NPD-Politiker wäre schon in der

7 Dieter Stein, Die NPD als Symptom der Krise, in: Die Aula, März 2005, S. 24.

Lage, einem überdurchschnittlich gebildeten Bürger zu erklären, was überhaupt ‚Volksgemeinschaft‘ ist, worin der soziologische Unterschied von Gemeinschaft und Gesellschaft besteht, der von Staat und Gesellschaft, Volk und Nation, Demokratie und Parlamentarismus, und so weiter und so fort.“⁸

Die NPD mag in der Lage sein, für einige Menschen politische Sozialisationsangebote zu machen und Normalisierungseffekte für ihre Positionen in Teilen der Bevölkerung zu erzielen. Aber die „Abwicklung der BRD“, wie sie Udo Voigt in der Euphorie des Wahlerfolgs in Sachsen angekündigt hatte, ist nicht in Sicht.⁹

8 <http://www.stoertebeker.net/blog> vom 26. 5. 2005.

9 „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Udo Voigt in einem Interview mit der Jungen Freiheit vom 24. 9. 2004.

Entscheidungsschlachten am Bildschirm

Extremistische Provokateure und journalistische Routinen

Indem sie die Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg einen „Bomben-Holocaust“ nannten, gelang den NPD-Abgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel am 21. Januar 2005 eine effektvolle Inszenierung. Als Bühne nutzten sie den Sächsischen Landtag, dessen Plenum auf Antrag der NPD über Gedenkveranstaltungen zum sechzigsten Jahrestag des Ereignisses debattierte.¹ Die beiden Redner lösten bundesweite und Wochen anhaltende Diskussionen aus – darüber, ob man gegen sie juristisch vorgehen oder ihre Partei doch noch verbieten lassen könne, schließlich über die These des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, die von der Bundesregierung zu verantwortende Arbeitslosigkeit sei ein „Nährboden für extremistische Gruppen“.²

Die Welle der Medienberichte verebbte im Laufe des Februar 2005, und in den folgenden Monaten spielte die NPD kaum noch eine Rolle. Weder in Schleswig-Holstein noch in Nordrhein-Westfalen gelangte die Partei bei den Landtagswahlen auch nur in die Nähe der Fünf-Prozent-Marke. Ein Demonstrationszug anlässlich des sechzigsten Jahrestags des Kriegsendes durch die Berliner Mitte, monatelang Fixpunkt rechtsextremer Mobilisierungsbemühungen, verkam angesichts der Übermacht von Gegendemonstranten zur Kleinkundgebung in einem abgeriegelten Winkel des Alexanderplatzes, von den Massenmedien nur noch am Rand registriert.

Umso erklärungsbedürftiger ist die Frage, warum es den Strategen der Dresdner NPD-Landtagsfraktion gelang, ihre Propaganda bundesweit in die Schlagzeilen zu bringen und dabei mitunter den Eindruck zu erwecken, sie seien ein Machtfaktor auf Augenhöhe der großen Parteien. Einer der Gründe dafür findet sich in einem Bündel journalistischer Routinen, die sich im Lauf

1 Plenarprotokoll 4/8 des Sächsischen Landtages vom 21. 1. 2005, S. 463 f.

2 Zitiert nach Spiegel Online vom 8. 2. 2005 (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,340678,00.html>, eingesehen am 18.3. 2005).

der neunziger Jahre im Umgang mit Rechtsextremen eingeschliffen haben. Sie machen es Provokateuren leicht, ein Maß an Aufmerksamkeit zu erzeugen, das weder ihrem tatsächlichen Einfluss noch dem Neuigkeitswert ihrer Behauptungen entspricht.

Vor allem einschlägige Fernsehbeiträge folgen solchen Routinen. Das geschieht nur zum Teil explizit im gesprochenen Text, öfter dagegen durch die Gestaltung der Bilder, die Wahl der Motive, die Kameraperspektiven, durch Montage und durch Musik. Die Botschaften der Bilder und Töne unterscheiden sich dabei vielfach vom Inhalt des ausdrücklich Gesagten.

Haider: Ein Rückblick

„Was sind Sie?“ fragte der Talkmaster Erich Böhme seinen Gast. „Sind Sie ein Neonazi, sind Sie ein Neofaschist, sind Sie ein Nationalist, sind Sie ein Populist oder sind Sie einfach nur der nette Jörg, der den Leuten ein bisschen nach dem Mund redet?“ – „Ich bin ein ganz normaler freiheitlicher Reformpolitiker“, antwortete Jörg Haider, der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs, „das ist ganz was Einfaches. Ich versuche, dieses politische System zu reformieren.“

Der Dialog aus der Show „Talk in Berlin“ vom 6. Februar 2000 beim Sender n-tv markierte den Höhepunkt einer Medienkarriere, die der Eintritt der Freiheitlichen in die österreichische Bundesregierung zwei Wochen zuvor beflügelt hatte. In ganz Europa schalteten Politiker und Journalisten die Warnleuchten an. Innerhalb weniger Tage wuchs der Regierungschef des Bundeslandes Kärnten vom regionalen Politiker zur Persönlichkeit von internationaler Bedeutung. Vierzehn Regierungen der Europäischen Union froren ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich ein.

In Deutschland diskutierten Journalisten darüber, ob man mit Haider sprechen solle. Am 29. Januar 2000 meldeten die Agenturen, die Redaktion der ARD-Talk-Show „Sabine Christiansen“ habe Haider als Gast gewonnen. Am Morgen des Sendetages luden Christiansens Mitarbeiter den Politiker indes wieder aus. Ein anderer Gast, begründeten sie ihren Schritt, habe abgesagt – Michel Friedman, damals Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden. Ohne jüdischen Gegenpart, erklärte der ARD-Programmdirektor Günter Struve, dürfe man Haider keine Bühne bieten.³ Wenige Tage später teilte Erich Böhme mit,

3 Der Tagesspiegel vom 3. 2. 2000.

er werde mit Haider diskutieren. Er gab sich als erfahrener Altmeister und kündigte an, er wolle den „Mädels“, gemeint waren die Moderatorinnen Sabine Christiansen und Maybritt Illner, „überhaupt mal zeigen, wie man eine solche Talkshow macht“. Böhme sagte voraus, der FPÖ-Vorsitzende werde sich selbst demaskieren.⁴

Der Plan scheiterte. Haider wusste als Talk-Gast auf alle Fragen eine Antwort, wies seinem Gastgeber schlechte Vorbereitung nach und ließ sich von seinen Anhängern im Studiopublikum bejubeln. Der Publizist Ralph Giordano, eingeladen, um Haider Contra zu geben, verließ noch während der Sendung den Aufnahmesaal. Die Kritiker der Tagespresse schwankten zwischen Spott und Entsetzen, und die Beteiligten zeigten sich unglücklich. Jörg Haider betrachtete die Show als Erfolg, habe er doch alles sagen können, was er wollte.⁵

Haiders Medienauftritte zeigten, wie Provokation sich als Machtinstrument einsetzen lässt. Die Reden Apfels und Gansels im Sächsischen Landtag erscheinen plump gegen Haiders Virtuosität des Zweideutigen, und auch sonst unterscheiden sich die beiden NPD-Abgeordneten vom ehemaligen Vorsitzenden der FPÖ. Trotzdem finden sich Parallelen zwischen den Jahren 2000 und 2005.

Im medialen Umgang mit Jörg Haider und verdichtet in Erich Böhme „Talk in Berlin“ zeigten sich drei Merkmale, die seit den neunziger Jahren einen guten Teil einschlägiger Fernsehsendungen bestimmen. Das erste Merkmal besteht darin, dass Journalisten demonstrativ gegen echte oder vermeintliche Antidemokraten Partei ergreifen. Böhme etwa sagte einige Tage vor seiner Sendung in der Frankfurter Rundschau über seinen Gast: „Ich finde ihn abscheulich“.⁶

Ein zweites Merkmal zeigt sich im Versuch eines Teils der Journalisten, die Zuschauer aufzurütteln und den Provokateur zu entlarven. Vor seiner Show kündigte Böhme an, er werde „den Mythos Haider entzaubern“.⁷ Ein drittes Merkmal offenbart sich darin, dass Böhme sich auf das konzentrierte, was auf den Nationalsozialismus verwies und Fragen der Gegenwart ignorierte. Er hielt Haider dessen einschlägige Zitate vor, sein Lob nationalsozialistischer Beschäftigungspolitik, seine Sympathie für die Waffen-SS und den Begriff „Straflager“, mit dem er die KZ beschrieben hatte. Haider gestand Fehler ein, dementierte aber nur einen Teil der Äußerungen. Manche Anschuldigungen ignorierte er

4 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. 2. 2000; Der Tagesspiegel vom 3. 2. 2000.

5 Berliner Zeitung vom 7. 2. 2000.

6 Frankfurter Rundschau vom 4. 2. 2000.

7 Ebenda.

und griff dafür übergangslos politische Gegner an. Fragen, die jenseits von Haider's Sicht der nationalsozialistischen Diktatur lagen, kamen nicht zur Sprache, sieht man von der pauschalen Ankündigung des FPÖ-Chefs ab, er werde das in Österreich grassierende Parteibuchwesen abschaffen.

Kämpfer für die Demokratie

Viele Journalisten, die sich mit Rechtsextremismus und -populismus befassen, folgen den Routinen noch immer. Die Parteinahme gegen die Provokateure ist dabei am weitesten verbreitet, wohl weil die Produktionsbedingungen des tagesaktuellen Journalismus das begünstigen. Ergebnisse der Medienforschung legen nahe, dass Ereignisse eine größere Aussicht auf journalistische Aufmerksamkeit haben, wenn sie sich als Konflikt darstellen lassen.⁸ Journalisten interpretieren das Thema Rechtsextremismus vor allem als Auseinandersetzung zwischen Extremisten und Demokraten. Dazu quer liegende Konflikte, die der Extremisten untereinander oder die zwischen Jugendlichen und Erwachsenen, treten dabei in den Hintergrund. In den Konflikten engagieren sich viele Journalisten als Streiter gegen die Extremisten. Eine beträchtliche Zahl von Redaktionen erhebt das seit Jahren zum Programm und setzt sich damit ab vom professionellen Credo des Fernsehjournalisten Hanns Joachim Friedrichs, der forderte, ein Journalist solle „sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“.⁹

Im August des Jahres 2000 veröffentlichte der Berliner Tagesspiegel das Ergebnis einer Umfrage unter 29 Chefredakteuren. Die Befragten leiteten Zeitungs-, Radio- und Fernsehredaktionen und sollten die Berichterstattung zum Rechtsextremismus bewerten.¹⁰ Eine der Fragen lautete: „Ist die Berichterstattung wirkungsvoll?“ Nur ein einziger Befragter, Gerhard Weis, Generalintendant des Österreichischen Rundfunks, zog in Zweifel, dass Wirksamkeit ein angemessener Maßstab sei: „Eigentlich sollte sich öffentlich-rechtlicher Rundfunk diese Frage gar nicht stellen.“ Die anderen Teilnehmer akzeptierten die Wirksamkeit als legitime Kategorie. Die Moderatorin Sabine Christiansen meinte: „Die Medien müssen die momentanen Bemühungen von Politik und

8 Vgl. zur Nachrichtenselektion Winfried Schulz, *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*, Opladen 1997, S. 68–78.

9 Zitiert nach Berliner Zeitung vom 5. 4. 1995.

10 Der Tagesspiegel vom 13. 8. 2000.

Gesellschaft, eine möglichst große Zahl von Menschen gegen die Verfassungsfeinde zu vereinen, massiv unterstützen.“ Andreas Petzold, Chefredakteur des Stern, stimmte ihr zu: „Die Geschichten können gar nicht aufgeregt genug sein.“ Er forderte Reportagen, die „den Leser emotional erreichen und klarmachen, welche Folge der neue braune Wahnsinn hat“.

Wenige Tage vor der Befragung hatte der Intendant des Westdeutschen Rundfunks, Fritz Pleitgen, angekündigt, in seinem Sender werde sich eine eigene Redaktionsgruppe auf das Thema Rechtsextremismus konzentrieren, um eine größere Aufklärung der Bevölkerung zu erreichen.¹¹ Zur gleichen Zeit erklärte der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, Siegfried Weischenberg, in der Frankfurter Rundschau: „Man kann von den Medien nicht verlangen, das Problem zu lösen, aber sie können zum Entstehen einer breiten gesellschaftlichen Bewegung gegen rechts beitragen.“¹²

Die explizite Parteinahme ist noch immer Programm. ARD-Chefredakteur Hartmann von der Tann verkündete im September des Jahres 2004, nach den Wahlerfolgen der NPD und der DVU in Sachsen und Brandenburg müsse die Berichterstattung dazu beitragen, beide Parteien „möglichst schnell wieder zum Verschwinden zu bringen“.¹³ Peter Frey, Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios, sagte am 11. Februar 2005: „Die NPD kann nicht durch Schweigen besiegt werden, sondern nur an der Wahlurne. Die Medien müssen [...] ihren Teil dazu beitragen.“¹⁴

Der Kampf gegen den Extremismus erscheint in vielen Beiträgen als Auseinandersetzung zwischen „uns“ und „ihnen“. Ein guter Teil einschlägiger Sendungen setzt das mit einer Selbstverständlichkeit um, die weitere Fragen entbehrlich scheinen lässt – etwa die, warum die Extremisten auf dem falschen Weg und ihre Ziele verwerflich seien. Die Antidemokraten bleiben dabei auf so weiter Distanz, dass über Motive ihres Handelns jenseits der Posen und Parolen wenig herauszubekommen ist. Als jugendliche Aliens treten sie dem Zuschauer entgegen, als unbekannte Wesen, über die man nicht mehr wissen muss, als dass ihre Taten abscheulich sind. Dunkel bleibt, in welchem Verhältnis Rechtsextremisten zu der Gesellschaft stehen, deren Teil sie sind.

11 Frankfurter Rundschau vom 12. 8. 2000.

12 Ebenda.

13 Netzeitung vom 20. 9. 2004 (<http://www.netzeitung.de/medien/305811.html>, 18. 3. 2005).

14 Peter Frey, Die Auseinandersetzung suchen. Wie sollen Journalisten mit der NPD umgehen?, 11. 2. 2005 (<http://www.heute.de/ZDFheute/drucken/1,3733,2260230,00.html>, eingesehen am 5. 3. 2005).

Interviews mit Extremisten zielen oft nur auf Entlarvung. Dabei gehen wenige Journalisten auf die extremistischen Thesen ernsthaft ein und fördern damit den Eindruck, die Behauptungen seien rationaler Analyse unzugänglich. Ein Beispiel dafür lieferte die Sendung „Klipp und klar unterwegs“ des Rundfunks Berlin-Brandenburg am 1. März 2005. Die Talk-Show wurde aus der Technischen Universität Cottbus übertragen und stand unter dem Motto „Keine Chance den Schlägern – Brauchen wir mehr Zivilcourage gegen rechts?“ Im Verlauf der Sendung fragte die Moderatorin die Zuschauer, die im Halbkreis um die Stehpulte der Gesprächsgäste standen, ob sich jemand vorstellen könne, eine Partei des rechten Randes zu wählen. Ein junger Mann, Anfang zwanzig, mit kurzen Haaren und schwarzem Kapuzen-Shirt meldete sich und antwortete auf die Frage nach seinen Beweggründen mit einer schnell vorgetragenen Rede, die einstudiert wirkte:

„Na, die Oppositionellen der BRD bieten schon lange keine Perspektiven mehr, und eine Systemalternative kann auch nicht durch Wahlen, durch die DVU oder die NPD vollzogen werden, sondern ...“

Moderatorin: „Sondern?“

Mann: „Sondern das System muss wirklich tatsächlich scheitern, und da müssen die Menschen hier aufwachen und sehen, dass wir jetzt seit über sechzig Jahren, oder seit nahezu sechzig Jahren, eigentlich nur belogen werden. Ich meine, was haben denn die Demokraten ...“

Moderatorin: „Aber Sie sind, Entschuldigung, doch maximal zwanzig!“

Mann: „Ja, ein bisschen älter. Aber man kann doch die Entwicklung sehen. Wir sind ein sterbendes Volk. Die Demokraten haben doch die ganze Zeit nur das geschafft, was sie wollten, dass wir heute ein Volk sind von kinderlosen Greisen, oder ...“

Die linke Hand in einer Geste der Empörung gegen die Hüfte gestemmt, unterbrach die Moderatorin ihren Gesprächspartner: „Also Entschuldigung, ich bin eine Mutter von drei entzückenden Kindern, und ich bin noch keine Greisin und meine Kinder auch nicht.“ Im weiteren Verlauf signalisierte sie in ihrer Körpersprache, dass sie ihr Gegenüber nicht als Partner auf Augenhöhe anerkannte. Abwechselnd beugte sie sich einige Zentimeter vor und blickte den Mann von unten an und lehnte sich zurück, um ihn von leicht erhöhter Position zu betrachten. Überrumpelt von seiner Eloquenz, brach sie den Versuch des Mannes ab, zu erklären, warum er sich gegen „die Demokraten“ positioniere, um das Gespräch auf die Frage der Gewalt zu lenken:

„Ja aber Moment, ich würde jetzt gern trotzdem ganz konkret von Ihnen wissen wollen, warum für Sie dann Rechts, in welcher Form auch immer ... bis zur Gewalt übrigens?“

Mann: „Nein, natürlich nicht.“

Moderatorin: „Das nun wieder nicht. Aber Rechts wäre 'ne Alternative. Warum?“

Mann: Um noch mal auf diese Gewalt zurückzukommen [...], wer sich mal die Zahlen im Internet angeschaut hat, wird sehen, dass 2004 die Gewalttaten von rechts ungefähr 105 waren, laut Polizeistelle Potsdam, und die allgemeinen Gewalttaten in Brandenburg liegen bei 3 500, was genau ...“

Moderatorin: „Das macht's aber nicht besser“.

Mann: „Aber das sind drei Prozent. Jetzt überlegen Sie doch mal, wo die anderen Prozentsätze herkommen, und vor allem, warum geschieht diese Gewalt, diese Gewalt ist also nicht unbedingt nur ein Zeichen von Rechts, sondern ein Zeichen von einem korrupten und kaputten System. Die Leute haben keine Perspektive, trinken Alkohol. Wie viele Straftaten werden im Alkohol vollzogen?“

Weder auf die demografische Entwicklung noch auf die Gewaltstatistik ging die Moderatorin ein. Dafür unterstrich sie ihre Gesten des Befremdens mit einer ironischen, gespielt mütterlichen Frage: „Oh Gott, Sie werden ja regelrecht ein bisschen atemlos. Das ist jetzt eine ganze Menge.“ Damit übergab sie das Wort einem anderen Diskussionsteilnehmer, dem Journalisten Frank Jansen vom Berliner Tagesspiegel. Der hielt dem jungen Mann entgegen, wenn ihn die demografische Entwicklung Sorge, müsse er doch über jeden Ausländer froh sein, der nach Deutschland komme. Das Publikum applaudierte, und der junge Mann kam nicht mehr zu Wort.

So hatte die Moderatorin, die den Zuschauern lediglich ein Exemplar eines Extremisten vorführen wollte, eine inhaltliche Auseinandersetzung verhindert. Ihre Weigerung, den Mann als Gesprächspartner ernst zu nehmen, bekräftigte sie mit der nächsten Frage an eine andere Gesprächsteilnehmerin, die eine Jugendeinrichtung vertrat: „Sind das ähnliche Erfahrungen, die im Jugendrechtshaus zum Beispiel gemacht werden, dass junge Leute so und ähnlich argumentieren?“ Mit dieser Wendung degradierte die Moderatorin den Mann vollends zum nicht satisfaktionsfähigen Problemfall. Ihre Parteinahme hatte Argumente ersetzt.

Der Konflikt zwischen Demokraten und ihren Gegnern erscheint mitunter auch deshalb als so scharf, weil die beiden Konfliktparteien homogener wirken, als sie sind. Die Produktionsbedingungen des Fernsehens begünstigen den Eindruck. Er ist zu einem guten Teil dem Zwang zur Visualisierung geschuldet, unter dem Fernsehjournalisten stehen.

Eine Methode, Bilder zu schaffen, besteht in der Personalisierung. Weil sich etwa die NPD als komplexe Organisation nicht abbilden lässt, werden

Vertreter des Führungspersonals ins Bild gesetzt, der Parteivorsitzende Udo Voigt, Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt oder der Fraktionsvorsitzende Holger Apfel. Entsprechend personalisieren Journalisten die Gegenseite, etwa die Polizei. Im Jahr 2005 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit immer wieder auf den Leiter der Berliner Polizeidirektion 6, Michael Knappe, der wegen seines Einschreitens gegen Extremisten Drohungen ausgesetzt ist. Das Personalisieren ist eine der wichtigsten journalistischen Methoden, und so bestehen viele Fernsehdokumentationen aus aufeinander folgenden Sequenzen sprechender Köpfe. Das Vorgehen erweist sich als zweischneidig: Es macht Akteure sichtbar, birgt aber die Gefahr, dass die Kraft der Bilder den Rechtsextremismus auf seine Frontmänner reduziert – auch dann, wenn Erläuterungen aus dem Off differenzieren.

Eine weitere Methode, dem Visualisierungszwang Rechnung zu tragen, besteht darin, symbolische Bilder zu verwenden: Springerstiefel, weiße Schnürsenkel, kahl rasierte Schädel, auf liegende Menschen eintretende junge Männer haben vor allem in den neunziger Jahren das mediale Bild des Rechtsextremismus geformt. In einigen der neueren Dokumentationen scheint die Tendenz schwächer zu werden, wohl weil ein Teil der Extremisten die Kleidung gewechselt hat. Trotzdem sind solche Bilder noch immer zu sehen. Für die Aufnahmen greifen die Redaktionen in die Archive. Der Fernsehzuschauer erfährt nur selten, wer auf dem Bild zu sehen ist, wo und wann man es aufnahm. Der Zwang zur Visualisierung erzeugt so die Gefahr, Stereotype zu reproduzieren.

Ein ungenauer Sprachgebrauch verstärkt die Tendenz zum pauschalisierenden Blick. Regelmäßig ist von „den Rechten“ die Rede, als liege in einer solchen politischen Verortung per se eine Gefahr für die Demokratie. Das hat sich als gängiges Sprachmuster durchgesetzt und prägt mitunter bereits die Titel der Sendungen: „Brauchen wir mehr Zivilcourage gegen Rechts?“ lautete die Leitfrage der „Klipp und klar“-Sendung aus Cottbus, und in vielen Dokumentationen sind aus dem Off Sätze zu hören wie „Wir kriegen euch, drohen die Rechten“.¹⁵ Das mag abkürzender Sprachgebrauch sein, den man nicht überinterpretieren muss, gemeinsam mit den Visualisierungstechniken trägt er zum stereotypen und gleichzeitig vagen Feindbild des Antidemokraten bei.

Das auf den Konflikt fixierte Gegenüberstellen von Extremisten und Demokraten bestätigt stillschweigend die Kampflinie, die ideologische Führer der

15 „Klipp und klar unterwegs – Keine Chance den Schlägern. Brauchen wir mehr Zivilcourage gegen Rechts?“, RBB-Fernsehen, 1. 3. 2005; Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe – Neonazis in Berlin, Phoenix, 11. 3. 2005.

Rechtsextremisten ziehen und sich dabei auf Augenhöhe mit ihrem Gegner wähen. Dass Journalisten dabei Partei ergreifen und zusammen mit den etablierten politischen Kräften die Extremisten ausgrenzen, befördert deren verschwörungstheoretische Sicht des „Systems“ und die Selbstwahrnehmung als die wahre Opposition aufrechter Märtyrer.

Strategien der Dramatisierung

Auch der aufrüttelnde Ton, in dem Erich Böhme über und mit Jörg Haider sprach, prägt bis heute Talkshows und Reportagen. Die Produzenten von Fernsehdokumentationen greifen dabei immer wieder auf Stilmittel des Spielfilms zurück. Manche Sequenz einer Reportage gleicht einer Szene aus einem Thriller, mit dramatischen Kameraeinstellungen, Gesichtern in starker Untersicht und schnellen Schnitten. Musik unterstützt häufig die Inszenierung: Die Erkennungsmelodien des Rechtsextremismus bestehen seit Jahren aus monotonen Tonfolgen zu eindringlichen Rhythmen und Basslinien. Bilder und Musik erzeugen eine spannungsgeladene und unheilswangere Stimmung.

Der Einstieg in die Reportage „Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe“ über die Aktivitäten der NPD und ihrer Verbündeter in Berlin beim Sender Phoenix am 11. März des Jahres erinnerte an den Beginn einer „Tatort“-Folge. Einstellungen leiteten den Film ein, die dem Zuschauer den Blick aus dem Inneren eines Mannschaftswagens der Polizei durch eine vergitterte Scheibe gewährten. Draußen war eine nächtliche Straße zu erkennen, auf deren nassem Asphalt sich das Scheinwerferlicht spiegelte. Entlang der Straße sah man eine lange Reihe weiterer Mannschaftswagen mit blinkendem Blaulicht. Dazwischen war eine Nahaufnahme aus dem Wageninnern geschnitten, die von der Decke des Fahrzeuges baumelnde Polizeihelme zeigte. Die Eingangssequenz endet mit einer Nahaufnahme in Augenhöhe eines an der Leine zerrenden Schäferhundes, der die Kamera angriffslustig anbellte.

Synthesizer-Musik, ein pulsierender Basslauf und eine Melodie aus wenigen, gepresst klingenden Tönen begleiteten die Bilder. Nach einigen Sekunden setzte ein Kommentar aus dem Off ein: „Polizeieinsatz in Berlin. Massiver Druck auf Rechtsextremisten. Auf Neonazis, die einen Kampf proklamieren. Einen Kampf um die Straße und um die Köpfe.“ Der erfahrene Zuschauer von Kriminalfilmen wusste, nun würde etwa Entscheidendes geschehen.

Die auf das Warnen zielenden Inszenierungen korrespondieren unfreiwillig mit der These der Extremisten, man stehe in einem Entscheidungskampf.

Die Ideologen des rechten Randes kündigen ihn regelmäßig an. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt etwa erklärte im September 2004 den Redakteuren der „Jungen Freiheit“, den Deutschen bleibe nur noch die Wahl „zwischen dem Untergang Deutschlands in einer multikulturellen Gesellschaft oder einer Besinnung auf eine nationale Wende“. ¹⁶ Der Resonanzboden solcher Warnungen vor der Katastrophe, wie sie Voigt im Stil eines Sektenführers prophezeite, ist umso größer, je überzeugter die demokratische Umwelt ist, man stehe tatsächlich in einer ihr Schicksal entscheidenden Auseinandersetzung.

Der Nationalsozialismus als Maßstab der Gefahr

Wie Böhme in seiner Talkshow richten viele Journalisten ihre Aufmerksamkeit auf das, was an den Nationalsozialismus erinnert. Eine der aufwändigsten Dokumentationen über die Geschichte des deutschen Rechtsextremismus etwa lief im Jahr 2001 in der ARD unter dem programmatischen Titel „Nach Hitler. Radikale Rechte rüsten auf“. ¹⁷ Auch andere Bildmedien schafften den Bezug. Das Wochenmagazin „Der Spiegel“ warb im Jahr 2001 mit einer Fotomontage für die Serie „Hitlers langer Schatten“. Die Anzeigen für die Serie in Tageszeitungen bestanden im oberen Bildteil aus einem Porträt Hitlers, im unteren aus einem Foto von NPD-Anhängern, die vor dem Brandenburger Tor schwarz-weiß-rote Fahnen schwenken. ¹⁸

Die Welle medialer Berichterstattung nach den Reden der NPD-Abgeordneten Holger Apfel und Jürgen Gansel im Januar 2005 stand nicht zufällig im Kontext des Umgangs mit dem Nationalsozialismus. Nach wie vor scheint die Diktatur Hitlers der Maßstab aller Gefahr, und wer im Verdacht steht, sie zu verharmlosen, kann sicher sein, Empörung zu erwecken. So wurde in Sachsen eine Parlamentsrede, symbolische Politik mithin, zum Skandal, während etwa der Zustand der Jugendarbeit oder der politischen Bildung in den Schulen nicht annähernd so viel bundesweite Aufmerksamkeit erhielt.

¹⁶ Junge Freiheit vom 24. 9. 2004.

¹⁷ Die Serie wurde in den Programmen ARD und Phoenix am 14., 21. und 28. 6. 2001 ausgestrahlt. Zu ihrer Analyse vgl. Peter Widmann, Helden der Finsternis. Mediale Inszenierungen rechtsextremer Gewalt, in: Ute Benz/Wolfgang Benz (Hrsg.), Jugend in Deutschland. Opposition, Krisen und Radikalismus zwischen den Generationen, München 2003, S. 174–188.

¹⁸ Die Anzeige erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 7. 5. 2001.

Die Fixierung auf Bezüge zum Nationalsozialismus erleichtert es Extremisten, einer Auseinandersetzung dort aus dem Weg zu gehen, wo sie am schwächsten sind – in der Diskussion über realistische politische und ökonomische Konzepte. Die journalistische Konzentration auf die nationalsozialistische Zeit weist einen Weg, wo man ansetzen kann, um erfolgreich zu provozieren.

Die Ökonomie der Provokation

Die Kommunikationsstrategen des rechten Randes finden ihr Einfallstor dort, wo sich die Interessen der Provokateure und der Berichterstatter überschneiden. Beide suchen nach Aufmerksamkeit. Die journalistische Orientierung am Ereignis kommt der Tatsache entgegen, dass es weniger Programme sind und die Analyse der gesellschaftlichen Lage, auf die sich rechtsextreme Gruppierungen konzentrieren, sondern dass ihre Arbeit auf symbolische Aktionen zielt.

Für kleine Organisationen wie die NPD ist die Provokation attraktiv, weil sich mit geringem Aufwand große Wirkung erzeugen lässt. Es bedarf keiner neuen These. Was die Abgeordneten Apfel und Gansel im Sächsischen Landtag verkündeten, beruht auf einer seit den fünfziger Jahren am rechten Rand gängigen Sicht der Geschichte. Sie findet Leser in vielen Publikationen, in den Büchern des Tübinger Grabert-Verlages¹⁹ und in anderen Schriften. Neu ist allenfalls, dass das entsprechende Geschichtsbild vor einem Landtag ausgemalt wurde und die Redner es mit dem einprägsamen Stempel „Bomben-Holocaust“ versahen.

Ist einmal die kritische Masse beisammen, die Empörung auslöst, kommt eine Eigendynamik journalistischer und politischer Kommunikation in Gang. Sie bedarf keines weiteren Zutuns der Provokateure, sondern lebt zum guten Teil von der selbstbezüglichen Seite öffentlicher Debatten. Journalisten berichten über Journalisten, fragen nach dem angemessenen Umgang mit Rechtsextremen, Politiker sprechen über Politiker, reagieren aufeinander, weisen sich Schuld zu und werden dabei von Journalisten kommentiert.

Journalisten und ihr Publikum sind solchen Strategien nicht hilflos ausgeliefert: Die Provokateure brauchen Empörte, die sich darauf einlassen, den Kampf an den von den Extremisten bestimmten Fronten aufzunehmen. Dazu muss sich die demokratische Öffentlichkeit nicht zwingen lassen.

19 Siehe dazu Juliane Wetzel, *Der Geschichtsrevisionismus und der Grabert Verlag*, in: Martin Finkenberger/Horst Junginger (Hrsg.), *Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901–1978) und seine Verlage*, Aschaffenburg 2004, S. 142–154

Antisemitismus zur weltgeschichtlichen Sinnstiftung

Horst Mahler vor Gericht

Einleitung

Im Februar 2004 begann vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin in Moabit ein Prozess gegen Horst Mahler, Uwe Meenen und Dr. Reinhold Oberlercher. Die Anklage lautete auf „Volksverhetzung“ gemäß § 130 StGB. Grundlage der Anklage war ein am 15. Oktober 2000 auf den Internetseiten des „Deutschen Kollegs“ (DK) veröffentlichter Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“.¹ Dort wurde in einem „Hunderttageprogramm“ unter anderem das „Verbot der jüdischen Gemeinden“, die „Beendigung der Ausländerbeschäftigung“ und eine Reihe weiterer drakonischer Maßnahmen gefordert. Den Angeklagten wurde insbesondere vorgeworfen, dass in der Gesamtbetrachtung des „Hunderttageprogramms“ der „unmißverständliche Eindruck [entsteht], als sollten allen in Deutschland lebenden Ausländern jegliche Grundrechte entzogen werden“.²

Darüber hinaus wurde Horst Mahler vorgeworfen, im September 2002 als Prozessbevollmächtigter der NPD während einer Pressekonferenz in den Räumen der Parteizentrale in Berlin-Köpenick ein Schriftstück an Journalisten verteilt zu haben, in dem er behauptet hatte: „Der Haß auf die Juden stellt sich als etwas ‚ganz Normales‘ heraus. Ja, er ist geradezu das untrügliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems, also von geistiger Gesundheit – eine Gesundheit, die Juden – zu Recht – fürchten.“³

- 1 Die Zitate stammen, soweit nicht anders angegeben, von den www-Seiten des Deutschen Kollegs (<http://www.deutsches-kolleg.org>), von Horst Mahler (<http://www.deutsches-kolleg.org/hm>) bzw. den von ihm verantworteten Seiten „Aufstand für die Wahrheit“ (<http://www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net>) und „Reichsbürgerbrief.net“ (<http://www.reichsbuergerbrief.net>).
- 2 Staatsanwaltschaft Berlin, Anklageschrift, Dr. Oberlercher, Mahler, Meenen, 81 Js 3570/00.
- 3 Staatsanwaltschaft Berlin, Anklageschrift, Mahler, 81 Js 5200/02.

Die Angeklagten

Der Rechtsanwalt Horst Mahler (Jg. 1936) war Anfang der 1970er-Jahre Mitglied und Mitbegründer der „Roten Armee Fraktion“ (RAF). Er saß wegen „Beihilfe zum gemeinschaftlichen versuchten Mord und zur gemeinschaftlichen Gefangenenbefreiung“ fast zehn Jahre in Haft und trat seit Ende der 1990er-Jahre durch seine Wandlung vom Links- zum Rechtsextremisten erneut in das Licht der Öffentlichkeit.⁴ Im August 2000 wurde er „aus Solidarität“ Mitglied der NPD und übernahm die Verteidigung der Partei im NPD-Verbotsverfahren. Nachdem das Verfahren im März 2003 vom Bundesverfassungsgericht eingestellt wurde, verließ er die Partei wieder mit der Begründung, sie sei ihm nicht radikal genug. In seiner persönlichen Erklärung zum Austritt hieß es: „Die NPD ist eine am Parlamentarismus ausgerichtete Partei, deshalb unzeitgemäß und – wie das parlamentarische System selbst – zum Untergang verurteilt.“ Ein weiterer entscheidender Grund dürfte aber wohl gewesen sein, dass Horst Mahler nach Einstellung des Verbotsverfahrens einen „Feldzug gegen die Offenkundigkeit des Holocaust“ beginnen wollte und in einer Erklärung des Parteivorstandes der NPD (beschlossen auf der Sitzung am 8. und 9. März 2003 in Roßwein) dazu aufgefordert wurde, dies zu unterlassen, um der Partei nicht zu schaden.⁵

Weiter heißt es dazu in seiner Austrittserklärung, der Zeitpunkt nach dem 11. September 2001 sei günstig, um den „Kampf gegen das den Deutschen von den Siegern und ihren Kollaborateuren aufgezwungene Geschichtsbild und

4 Zu Mahler vgl. das ausführliche Porträt von Eckhard Jesse: Biographisches Porträt: Horst Mahler, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 13 (2001), S. 183–199. Jesse erkennt aber den fanatischen Antisemitismus Mahlers; vgl. auch Martin Jander, Horst Mahler. Kommentiertes Portrait des Rechtsanwalts, Linksterroristen und Antisemiten, Berlin 2005. Vgl. auch Friedrich Paul Heller/Anton Maegerle, Die Sprache des Hasses: Rechtsextremismus und völkische Esoterik: Jan van Helsing, Horst Mahler ..., Stuttgart 2001, S. 167–186; Wolfgang Kraushaar, Die neue Unbefangenheit. Zum Neonationalismus ehemaliger 68er, in: Mittelweg 36, 2 (1999), S. 61–72, und Peter Jochen Winters, Der Kampf geht weiter. Horst Mahler: Rechtsanwalt, Aufrührer, Ideologe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 3. 2003, S. 10.

5 Mahlers Erklärung zit. nach <http://www.heute.t-online.de/ZDFheute/artikel/26/0,1367,POL-0-2038170,00.html>; Brief des Parteivorstandes und Mahlers Erklärung unter http://www.adelaideinstitute.org/Middle_East/mahler.htm [26.02. 2004]. Vgl. dazu auch Jürgen Schwab in der NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme, Nr. 3/2004, S. 6.

damit gegen den am Deutschen Volk verübten Seelenmord“ aufzunehmen. „Die NPD ist gegen diesen Feldzug. Sie hat mich gebeten, von einer Teilnahme an demselben abzusehen, weil sie fürchtet, durch mich in diesen Kampf hineingezogen zu werden. Ich bin es ihr schuldig, ihr diese Pein zu ersparen. [...] Das Deutsche Reich lebt! Die Judäo-Amerikanische Despotie und ihre globalen Kapos werden zu Grunde gehen.“ Vermutlich wird die Auschwitz-Leugnung, die in der NPD ebenfalls Tradition hat – erinnert sei an das Treiben des ehemaligen Parteivorsitzenden Günter Deckert sowie anderer Parteifunktionäre und Wahlkandidaten – auf eine Unterorganisation ausgegliedert, damit sich die Partei um das unerlässliche Maß an Respektabilität bemühen kann.

Seitdem widmete Mahler sich im Rahmen seines „Feldzuges“ vor allem der Verbreitung von antisemitischen Pamphleten über seine Webseite und das „Deutsche Kolleg“. Außerdem übernahm er Anfang 2003 in einem Revisionsverfahren die Verteidigung des rechtsextremen Liedermachers Frank Rennicke, der wegen Volksverhetzung verurteilt worden war. Bereits in diesem Verfahren versuchte Mahler, die Offenkundigkeit des Holocaust zum Gegenstand einer gutachterlichen Auseinandersetzung zu machen.⁶

Mahler ist aufgrund seiner RAF-Vergangenheit mehrfach schwer vorbestraft und wurde im vergangenen Jahr vom Landgericht Mainz zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er öffentlich die Terroranschläge vom 11. September 2001 gebilligt hatte.⁷ Bei seinen verbalen Verleumdungen lässt er, trotz empfindlicher strafrechtlicher Sanktionen, keine Zurückhaltung erkennen.

Das mitangeklagte ehemalige Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) Dr. Reinhold Oberlercher (Jg. 1943) bezeichnet sich selbst als „nationalrevolutionären Theoretiker“. Er entwickelte sich in den achtziger Jahren vom Marxisten zum intellektuellen Vordenker der extremen Rechten. Viele seiner Schriften sind nur im Internet zugänglich. Neben Mahler zählt er zu den Chefideologen des „Deutschen Kollegs“. ⁸ Oberlercher ist noch nicht vorbestraft.

6 Vgl. Revisionsbegründung des Rechtsanwalts Horst Mahler, Berlin, vom 13. Januar 2003, in Sachen Frank Rennicke, Landgericht Stuttgart 38 Ns 6 Js 88181/98. Online verfügbar unter:

http://www.deutsches-kolleg.org/hm/aktuelles/Revisionsbegrueundung_Rennicke.htm (12. 2. 2004).

7 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 3. 2003.

8 Vgl. Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hrsg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002, S. 291 ff., und http://lexikon.idrg.de/o/o_b/oberlercher-reinhold/oberlercher-reinhold.php (25. 2. 2004).

Der Jüngste im Bunde, Uwe Meenen (Jg. 1965), Bezirksvorsitzender der NPD in Würzburg, gehört zu den Mitgründern des „Deutschen Kollegs“ und versucht sich vor allem am Aufbau von nationalistischen Schulungszirkeln.⁹ Meenen ist der proflöseste der Angeklagten und bisher auch noch nicht wegen politischer, sondern wegen zweier Verkehrsdelikte vorbestraft.

Das „Deutsche Kolleg“ wurde 1994 gegründet und „entstand aus dem Leserkreis Berlin der ‚Jungen Freiheit‘“.¹⁰ In der Selbstdarstellung bezeichnet sich das „Deutsche Kolleg“ als „Schwert und Schild des deutschen Geistes“ und als elitäres „Denkorgan des Deutschen Reiches“.¹¹ Es ist seinem Selbstverständnis nach Vertreter des momentan „handlungsunfähigen“ Deutschen Reiches und will einen „Beitrag zur Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Volkes als Deutsches Reich“ leisten. Dabei beschränkt es sich auf die „theoretische, pädagogische und programmatische Reichstätigkeit“, was heißt, dass das „Deutsche Kolleg“ sich vor allem damit aufspielt, angebliche „Reichsfeinde“ zu verurteilen, ohne allerdings die „Urteile körperlich zu vollstrecken“.

Vertreten wurden die Angeklagten, nachdem der von Mahler gewünschte Pflichtverteidiger, der NPD-Anwalt Hans Günter Eisenecker, verstorben war, u. a. von den einschlägig bekannten Szeneanwälten Wolfram Nahrath und Jürgen Rieger.¹²

Der Prozessverlauf

Der Prozess wurde zunächst auf drei Verhandlungstage angesetzt, zog sich aber über elf Monate und 36 Verhandlungstage hin. Grund dafür waren die stunden- und tagelangen Einlassungen zur Sache von Horst Mahler, die aus dem Verlesen von hunderte Seiten langen Manifesten, Abhandlungen zur „Judenfrage“, Beweisanträgen etc. bestanden. Auf Grund verschiedener Äußerungen Mahlers während des Verfahrens leitete der Staatsanwalt Krüger weitere Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Volksverhetzung und Verunglimpfung

9 Vgl. http://lexikon.idgr.de/m/m_e/meenen-uwe/meenen-uwe.php (25. 2. 2004).

10 http://lexikon.idgr.de/d/d_e/deutsches-kolleg/deutsches-kolleg.php (23. 2. 2004).

11 Im Gegensatz dazu bezeichnet das DK die „Holocaust-Lüge als Schwert und Schild des Staatsgebildes Israel“.

12 Zu Rieger vgl. Grumke/Wagner, Handbuch Rechtsradikalismus, S. 300 ff.; zum Vater von Wolfram Nahrath, Wolfgang Nahrath, vgl. ebenda, S. 287 f.

des Staates ein. So wird sich Mahler möglicherweise bald wieder auf der Anklagebank verantworten müssen.

Das Recht eines Angeklagten, zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft Stellung zu nehmen, ist – aus gutem Grund – zeitlich nicht begrenzt, solange die Ausführungen im Zusammenhang mit der Sache stehen. Deshalb ließ der Vorsitzende Richter Faust Mahler lange gewähren, selbst als beim besten Willen kein Zusammenhang zwischen den Einlassungen Mahlers und dem Anklagepunkt mehr erkennbar war und sich Argumente, Textpassagen und Zitate in Mahlers Redeschwall wiederholten. Erst Ende September 2004 intervenierte der Richter, Mahler habe bisher von 27 Verhandlungstagen 24 Tage gesprochen, insgesamt ca. 44 Stunden. Vom Ausmaß und vom Inhalt werde die Einlassung weitschweifig. Mahler entgegnete, sein Satz, der Antisemitismus sei ein „Zeichen geistiger Gesundheit“ erkläre sich aus der 2000-jährigen Geschichte des Judentums und seiner politischen Form des Zionismus, in dieser Zeit habe der „Feindstaat Juda“ eine Fremdherrschaft errichtet, die er ins Zentrum des Verfahrens stellen wolle. Wenn er dazu nicht mehr Stellung nehmen könne, dann habe die Fremdherrschaft auch das Recht in diesem Gericht gebeugt. Er wolle durch seine Einlassung zum Nachdenken anregen, da „wir alle“ psychologisch manipuliert und umerzogen seien. Richter Faust ging auf diese Argumente nicht ein und untersagte die Verlesung in der bisherigen Form, Mahler könne aber die Erklärung in schriftlicher Form überreichen oder sich über seinen Anwalt äußern.

Unmittelbar vor dieser Intervention des Vorsitzenden Richters hatte der Prozess bereits eine entscheidende Wende genommen. Nach einer Beratung hinter verschlossenen Türen verkündete das Gericht die Trennung der beiden Anklagekomplexe („Hunderttageprogramm“ und „geistige Gesundheit“), woraufhin der Staatsanwalt den Antrag stellte, die Anklage gegen Mahler wegen des „Hunderttageprogramms“ einzustellen und gegen ihn nur noch die Anklage bezüglich des Satzes der „geistigen Gesundheit“ weiterzuverfolgen. Gegen Meenen und Oberlercher sollte in einem getrennten Verfahren verhandelt werden. In dieser Situation spielte sich dann eine kleine Sensation ab. Oberlercher ergriff das Wort und unterstützte den Antrag des Staatsanwaltes mit der Begründung, Mahlers Verteidigungsstrategie sei seiner diametral entgegengesetzt. Es sei zu befürchten, seine Argumente würden bei Mahlers tagelangen Einlassungen völlig untergehen. Dieser offene Bruch Oberlerchers mit Mahler, noch dazu in aller Öffentlichkeit, stellte für Mahler und seine Anhänger einen schweren Schock dar. Mahlers Anhänger empfanden den Vorgang als „bestürzend“, so jedenfalls die bei dem Prozess anwesende Ursula Haverbeck,

Vorsitzende des rechtsextremen Intellektuellenzirkels „Collegium Humanum“,¹³ in ihrem Bericht.¹⁴ Von dem internen Treffen der Mitglieder des „Deutschen Kollegs“ und dessen Anhängern berichtete sie: „Die Gemüter waren in Aufruhr. Alle hatten die Erklärung Oberlerchers als Spaltung und Bruch innerhalb des DK [Deutschen Kollegs] verstanden. Diese Erklärung widersprach nach Darstellung von Horst Mahler auch dem gemeinsam gefassten Beschluss, sich unter keinen Umständen auseinander dividieren zu lassen. Der Prozess sollte eine gemeinsame ‚Wortergreifung‘ werden. Als Oberlercher und Meenen – in Begleitung ihrer Verteidiger – dann doch noch erschienen, wurde in einer offenen und heftigen Aussprache – vergeblich – eine Klärung der Standpunkte versucht. Die Gegensätze blieben bestehen. Oberlercher erklärte, dass er sich die überlangen Ausführungen Horst Mahlers aus zeitlichen und finanziellen Gründen nicht mehr anhören könne, er sei für eine ‚minimalistische‘ Strategie – also für einen ‚kurzen Prozess‘ sozusagen.“¹⁵

Mahlers Anhänger warfen Oberlercher vor, die auf Angriff ausgelegte Prozessstrategie mit seinem Verhalten zu unterlaufen. Als „Theoretiker“ tue er „sich schwer damit [...], Bodenhaftung zu suchen, wenn es um die Anwendung der Theorie auf Strategie und Taktik im Befreiungskrieg“ gehe.¹⁶ Der offene Bruch Oberlerchers mit Mahler führte auch zu dessen Trennung vom „Deutschen Kolleg“, seine Internetseiten wurden „aus technischen Gründen vorübergehend geschlossen“. Seitdem verfügt Mahler nicht mehr über die Möglichkeit zur Selbstdarstellung im Internet. Lediglich auf einer nur schwer auffindbaren E-Mail-Liste von Querulanten und Paranoikern werden seine Nachrichten veröffentlicht.

Nach der Trennung der Verfahren, der Spaltung des „Deutschen Kollegs“ und der Intervention von Richter Faust, Mahler möge seine Einlassung zur Sache beenden, wurden die beiden Verfahren zügig und ohne erwähnenswerte Wendungen abgeschlossen. Oberlercher und Meenen wurden in einem milden Urteil der Volksverhetzung für schuldig befunden und zu 90 bzw. 60 Tagessätzen

13 Zum Collegium Humanum vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2004 (Pressefassung), Online abrufbar unter: <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/aktuell.pdf>, S. 43 f.

14 Ursula Haverbeck, Die Wortergreifung durch das Deutsche Kolleg findet nicht statt, Bericht vom 27. Prozeßtag im DK-Prozeß gegen MOM, 20. September 2004, Online abrufbar unter: <http://www.nationalanarchismus.org/adk/Komitee/Prozess/27/27.html> (5. 5. 2005).

15 Haverbeck, Wortergreifung, o. P.

16 Ebenda.

à 10,- Euro verurteilt.¹⁷ Beiden Angeklagten wurde zugute gehalten, dass sie noch nicht einschlägig vorbestraft seien und der Text des „Hunderttageprogramms“ im Internet doch nur für Eingeweihte zugänglich war. Die Aussagen der Angeklagten in dem Text seien nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Das Grundgesetz ziehe zu Recht eine Grenze und verbiete, dass Teile der Bevölkerung als minderwertig und ohne Rechte, als Objekte dargestellt werden. Das Urteil vom 12. Januar 2005 gegen Mahler fiel nicht so glimpflich aus, es lautete auf neun Monate Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Volksverhetzung.¹⁸ Außerdem musste Mahler die Kosten des Verfahrens tragen. Es sei, so der Richter Faust in seiner Urteilsbegründung, nicht hinnehmbar, dass Leute wie Mahler Menschen in ihrer Würde beeinträchtigten. Ihnen sei abzufordern, dass sie dies unterließen – wenn nicht, dann würden sie bestraft. Eine Aussetzung auf Bewährung komme nicht in Frage, da Mahler einschlägig vorbestraft, verbohrt und uneinsichtig sei. Das Urteil wurde vom Publikum mit aggressiven Unmutsäußerungen bedacht. Mahler legte Revision ein, über die zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung noch nicht entschieden war.

Die Prozessatmosphäre und das Publikum

Der Prozess fand unter strengen Sicherheitsvorkehrungen (Leibesvisitation der Besucher etc.) statt. An den ersten Prozesstagen herrschte vor dem Eingang großer Andrang von Unterstützern der Angeklagten. Da aus Platzgründen jeweils nur 60 Zuhörer eingelassen wurden, mussten teilweise ein bis zwei Dutzend Interessierte draußen bleiben, was mehrmals dazu führte, dass die älteren Herrschaften vor der Tür randalierten und den Verschwörungsverdacht äußerten, die Öffentlichkeit solle von diesem Verfahren ausgeschlossen werden. Die Zuschauer setzten sich aus Rentnern und grauhaarigen Herren, teilweise in Begleitung ihrer Ehefrauen, sowie aus etlichen jüngeren Mitgliedern des „Deutschen Kollegs“, die an ihren Vereinsansteckern zu erkennen waren,¹⁹ jungen Männern aus der Burschenschaftsszene und einigen gefährlich wirkenden

- 17 Bemerkenswert ist, dass zwei von drei Führungskräften des Deutschen Kollegs keiner geregelten Arbeit nachgehen und deshalb mit relativ geringen Tagessätzen bestraft wurden.
- 18 An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass gegen Mahler während des Prozesses in einem anderen Verfahren ein vorläufiges Berufsverbot erwirkt wurde.
- 19 Ein Anstecker ist auf dem ersten „Reichsbürgerbrief“ abgebildet. Er zeigt einen Adler mit der Umschrift „Deutsches Reich 2005“.

Skinheads und ihren blonden Renee-Mädchen zusammen. Unter den Zuhörern befanden sich auffallend viele Ex-DDR-Bürger, die sich offenbar von Mahlers Thesen besonders angesprochen fühlten. Aus den Gesprächen der Wartenden war zu entnehmen, dass es sich überwiegend um Anhänger von Horst Mahler handelte, die mit seinen Thesen und seinem Aktionismus einverstanden sind. Besonders wird an ihm bewundert, mit welcher Klarheit es ihm gelingt, seine Gedanken schlüssig zu formulieren und mit staatsrechtlichen Überlegungen – „auch den Laien nachvollziehbar“ – die Legitimation der Bundesrepublik zu erschüttern. Ansehen genießt Mahler für die Konsequenz seiner Haltung, für die Bereitschaft, seine Ideen öffentlich vor Gericht zu vertreten, für den Mut, der auch das Risiko einer hohen Strafe im Dienste der „Wahrheit“ nicht scheut. Die Herrschenden fürchteten sein Wort. Bedauerlich sei nur, dass Mahlers intellektuelle Ausführungen für das gemeine Volk zu hoch seien. Er rede über die Köpfe des einfachen Bürgers hinweg.

Während des Prozesses wurden die Äußerungen der Angeklagten von den Zuhörern immer wieder mit zustimmenden Gesten und Lautäußerungen bedacht. Vor allem Mahlers manisch dargelegte „Beweise“ für die Schlechtigkeit der Juden wurden mit Aufstöhnen, Nicken und einmal auch mit Applaus begrüßt. Richter Faust reagierte darauf mit einer Ermahnung und drohte an, dass er Beifallsbekundungen, zustimmendes Lachen und sonstige Äußerungen des Publikums nicht mehr dulden würde. Nach dem vierten Verhandlungstag ließ das Publikumsinteresse deutlich nach, und der Zuhörerraum war nur noch zur Hälfte besetzt.

Der Prozess wurde vor allem von Horst Mahler zu einem Schauprozess bzw., in den Worten des „Deutschen Kollegs“, zu einer „Wortergreifung“ gemacht, die sich in erster Linie an das Publikum richtete. Mahler ist als guter Rhetoriker sowie als belesener und gebildeter Mann bekannt, dem es mit Eloquenz gelingt, große Worte zu machen. Auch in Moabit trägt er mit fester Stimme und viel Pathos seine vorbereiteten Schriftsätze vor. Er weiß Pointen zu setzen und damit seine Zuhörer zu unterhalten. Ganz offensichtlich genießt er es, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stehen, seine Ideen – unter dem prozessrechtlichen Signum: Einlassung zur Sache – dem Gericht vortragen zu können, das genötigt ist, ohne ihn zu unterbrechen oder ihm zu widersprechen, tagelang geduldig zuzuhören. Nach Bildung und Ausbildung, nach juristischem Status und Prominenz überragt Mahler seine Anhänger erheblich. Er vermittelt ihnen ein Bildungserlebnis und beeindruckt sie mit Ausführungen über den Deutschen Idealismus, mit langen Zitaten aus den Werken von Hegel, Marx, Nietzsche u. a. Im Gewande der Gelehrsamkeit trägt er seine philosophischen

Spinnereien vor. Der Überläufer aus dem linksextremistischen Lager ist an seinem marxistischen Akzent erkennbar. Dozierend verwechselt er den Gerichtssaal mit einer Demagogenbühne. Aber wie so viele selbst verliebte Redner kann er kein Ende finden, er ermüdet die Zuhörer und überzieht deren Aufnahme-fähigkeit.

Vom geringen Medienecho zeigte sich das Publikum enttäuscht, hatte es doch erwartet, dass die Ausführungen ihres Heroen von der Gerichtstribüne in die breite Öffentlichkeit gelangen würden. Da die Berliner Presse nur kurz vom Prozessauftakt berichtete, wurde – wie aus anderen Fällen bekannt – der Verdacht der Unterdrückung der Meinungsfreiheit geäußert und über einen verschwörerischen Medienboykott spekuliert. Dass es einen Unterschied zwischen Meinungsfreiheit und beleidigender Hetze gibt, scheint den Anhängern Mahlers entgangen zu sein. Meinungsfreiheit ist in diesem subkulturellen Kontext ein Codewort für hemmungslose Verunglimpfung und Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung, besonders der Juden. Einzelne Mahler-Fans reagierten auf das mediale Desinteresse, indem sie eine regelmäßige Prozessbericht-erstellung im Internet organisierten.

Die Atmosphäre war davon bestimmt, dass die Angeklagten das Gericht ablehnten und dies auch deutlich zum Ausdruck brachten. In einer Erklärung der Angeklagten am ersten Prozesstag hieß es: „Die souveränen Reichsdeutschen Mahler, Oberlercher und Meenen weichen, indem sie in Berlin vor einer großen Strafkammer des völkerrechtswidrigen Reichs- und Volksvernichtungsregimes BRD erscheinen, allein der Gewalt.“ Horst Mahler ging sogar so weit, die Richter, Schöffen und den Staatsanwalt drohend zu belehren, indem er diese aus „Fürsorgepflicht“ darauf „hinwies“, dass das Reichsstrafgesetz in der Fassung von 1944 [sic!] noch in Kraft sei und im Falle der Auferstehung des Deutschen Reiches auch wieder angewendet werden würde. Bürger wie sie, die das Reich, in diesem Fall also ihn selbst, im Kampf mit „der Feindmacht“ behinderten und damit den Feind begünstigten, würden dann mit Zuchthaus, in schweren Fällen auch mit dem Tod bestraft werden. Das Verhalten der Justiz und die Strafverfolgung gegen ihn komme einer „Feindbegünstigung“ gleich, denn der Holocaust sei eine „Propagandalüge der Feinde des Reiches“, welche „inzwischen zum Fundament der Jüdischen Weltherrschaft geworden [ist]“. Sie könnten sich nach dieser Belehrung nicht mehr darauf berufen, nichts gewusst zu haben.

Generös kündigte Mahler aber an, im Falle einer Einstellung des Verfahrens darauf zu „verzichten, bei der ‚Reichsermittlungsstelle‘ Anzeige wegen Rechtsbeugung zu erstatten“. Diese „Reichsermittlungsstelle“, die nur in den

Köpfen des „Deutschen Kollegs“ besteht, wurde von Oberlercher auch als „Salzgitter für die BRD“ bezeichnet – eine Bezugnahme auf die ehemalige zentrale Erfassungsstelle für DDR-Unrecht, die nur als absurd zu bezeichnen ist. Aufgrund dieser Einschüchterung der Schöffen leitete Richter Faust ein Verfahren wegen Nötigung ein, das zum Zeitpunkt der Veröffentlichung aber noch nicht eröffnet war.

Reichsphantasien

Horst Mahler und die anderen Vertreter des „Deutschen Kollegs“ sehen sich als legitime Vertreter des Deutschen Reiches, das ihrer Ansicht nach juristisch niemals aufgelöst wurde, daher formal weiter bestehe, zur Zeit aber nicht handlungsfähig sei. Die Bundesrepublik entbehre jeder Legitimation. Sie habe daher auch kein Recht, Steuern zu erheben oder Urteile zu sprechen. Vom „Deutschen Kolleg“ werden die Bundesrepublik als „Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft (OMF)“ und alle ihre Institutionen als „Organe der Besatzungsmächte“ bezeichnet. Diese Position wollte Mahler durch Anhörung eines Sachverständigen für Völker- und Staatsrecht vor Gericht untermauern.

Der „OMF-BRD“ spricht das „Deutsche Kolleg“ jegliche Legitimation ab, sich selbst hingegen sehen dessen Mitglieder in größenwahnsinniger Manier als Bündnis, das „alle Rechte des Deutschen Reiches einschließlich der Souveränität und des Rechts zum Kriege“ besitzt, und zwar „bis zu dem Tage, an dem das Deutsche Reich auch durch besondere Staatsorgane wieder handlungsfähig wird“.

Um diese Handlungsfähigkeit herzustellen, haben Mahler, Meenen und Oberlercher einen „Aufstandsplan“ erarbeitet, der in mehreren Fassungen auf den www-Seiten des „Deutschen Kollegs“ und von Horst Mahler selbst zu finden war.

Im Sinne dieses Plans forderte Mahler mit seinem ersten „Beweisantrag zur völkerrechtlichen Lage des Deutschen Reiches“ das Gericht auf, „einen Sachverständigen für Völker- und Staatsrecht zu hören“. Dieser sollte darlegen, dass für das im Zweiten Weltkrieg besiegte Deutsche Reich die Haager Landkriegsordnung gelte, die in erster Linie hervorhebe, dass ein erobertes Land seine Souveränität nicht verliere, sowie dass eine von der Besatzungsmacht eingesetzte Regierung als „Marionetten-Regierung“ und als „Organ der Besatzungsmacht“ anzusehen sei. Die Absetzung der NSDAP-Regierung durch die Alliierten, die Verurteilung der Kriegsverbrecher in den Nürnberger Prozessen

und die „angeordnete Diskriminierung der Nationalsozialisten (Entnazifizierung genannt)“ stellten nach Mahler einen Verstoß „gegen allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts“ dar. Weiter behauptete er, dass „das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland dem militärisch wehrlosen Deutschen Volk von den westlichen Siegermächten [...] aufgezwungen worden ist“, das Grundgesetz demzufolge „lediglich ein Besatzungsstatut“ sei. Die Bundesrepublik Deutschland sei somit „nur die ‚Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft‘ (OMF) über das Deutsche Volk, mithin ein Organ der Besatzungsmacht“. Das Kriegsziel der USA und der Sowjetunion sei die „Abschaffung der völkischen Geschlossenheit des Deutschen Volkes“ gewesen, was wiederum einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung darstelle. Der Zuzug von Ausländern nach Deutschland, oder nach Mahler „die Ermöglichung des Einsickerns und des Aufenthalts von Ausländern in das Reichsgebiet“ habe nur auf Grundlage dieses Kriegsziels der Alliierten stattfinden können und sei deshalb „als Folgenbeseitigungsmaßnahme“ – durch Ausweisung aller in Deutschland lebender Ausländer – rückgängig zu machen.

Mahlers Forderungen liefen darauf hinaus, dass das Gericht erstens seine Unzuständigkeit im verhandelten Fall hätte beschließen und damit gleichzeitig auch die Bundesrepublik Deutschland als völkerrechtlich illegitimes Gebilde ohne Rechtsgrundlage hätte bezeichnen müssen. Das Gericht schloss sich dieser Sichtweise verständlicherweise nicht an und wies diesen Beweisantrag ohne Begründung zurück.

Phantasien von einem Vierten Reich, wie sie Mahler und seine Anhänger ausspinnen, sind in der rechtsextremen Szene weit verbreitet, wenn auch nicht unumstritten. Viele dieser Ideen aus dem vopolitischen Raum bleiben purer Wunschtraum, anderes ist kurios, so gibt es beispielsweise eine „Kommissarische Reichsregierung“, „Kommissarische Regierungen“ von Sachsen und Preußen, einen „Reichspräsidenten“ und eine „Deutsche Nationalversammlung“.²⁰ Diese Reichsmetaphysik wird sceneintern auch verspottet. Der rechtskonservative Autor Hans-Dietrich Sander qualifizierte derartige Proklamationen, die das Deutsche Reich in einer Gastwirtschaft gründen wollen, als „absolut bizarr“ und als „politischen Infantilismus“, der sich einbilde, die „Wirklichkeit durch Beschwörungen und Verwünschungen, durch Wörter, Buchstaben, Zahlen und

20 Vgl. <http://www.kommissarische-reichsregierung.de/>; <http://dt-reich.de/>; <http://www.deutschnationalversammlung.de/>; <http://www.freistaatpreussen.de/>; <http://www.fs-sachsen.de/>;

Überblick bei: <http://www.geocities.com/frankschmidt3001/links.htm> (8. 3. 04).

Zeichen“ (und durch eine selbst entworfene Reichsverfassung inklusive Reichsfahne) umwälzen zu können.²¹

Kriegserklärung gegen die Juden, die USA und die liberale Gesellschaft

In seiner Einlassung zur Sache erklärte Mahler, der inkriminierte Satz vom „normalen Hass auf die Juden“ führe ins „Zentrum einer ganz wichtigen Frage“ und sei nur aus dem Kontext seiner Überlegungen zu verstehen. Deshalb trägt er in stundenlangen Vorträgen seine Allwissenheitsphantasien vor. Dazu macht er sich jeden Begriff und jede Idee gefügig, über alle methodische, rationale und moralische Verantwortung hinweg. In seinen Ausführungen strebt Mahler in Bezug auf antisemitische Klischees Vollständigkeit an. Er gibt seine antisemitische Agitation als analytische Leistung aus. In seinen Ausführungen behauptet er durchgängig einen grundlegenden, unverrückbaren Antagonismus zwischen „jüdischem“ und „deutschem“ Geist, zwischen „jüdischem“ und „deutschem“ Menschenbild, wobei die Präferenz auf der Eigengruppe liegt. Damit glaubt er den Universal-schlüssel in der Hand zu halten, um über den historischen Prozess verfügen und für die deutsche Misere den Schuldigen präsentieren zu können.

Aber bedeutungsvoll ist weder sein Streben nach Vollständigkeit noch die Originalität seiner Gedanken. Dazu ist er zu sehr Epigone, der kompiliert, was seine erbärmlichen Vordenker zusammengetragen haben. Er wählt aus den antisemitischen Beständen (von Luther über Fichte bis zu Henry Ford und den Auschwitz-Leugnern), was ihm bekannt wird und was er in das krude Gedankengebäude seiner verquerten Hegel-Rezeption einzubauen vermag. Es handelt sich um eine mäßig modernisierte Variante antisemitisch akzentuierter und pseudo-philosophisch aufgeblähter Überzeugungen, die Judenhass und aggressiven Nationalismus fusionieren. Er bringt nicht wirklich Neues, denn das würde auf seine Anhänger befremdlich wirken. Um anschlussfähig zu bleiben, schreibt er Altbekanntes aus der antisemitischen Tradition nur um einen kleinen Schritt fort. Motivgeschichtlich kann von einem „neuen“ Antisemitismus nicht die Rede sein.²²

21 <http://www.staatsbriefe.de/1994/1999/kabal.htm>; vgl. auch die Diskussion über die „Reichsbürgerschaft“ im Forum der Neonazi-Seite „Freier Widerstand“ <http://freier-widerstand.net/forum/thread.php?threadid=1017&boardid=35>.

22 Zu Mahlers Antisemitismus vgl. auch Lars Rensmann, *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2004, S. 250–255.

Bedeutungsvoll hingegen ist, dass Mahler mit seinen Ausführungen gegenwärtig eine der seltenen geschlossenen antisemitischen Positionen mit direkter Handlungsaufforderung vertritt. Die Mühe, die unwirklichen Gedanken und die eigenen Vernichtungsphantasien systematisch zu ordnen, nehmen die Demagogen nur selten auf sich, und wenn, dann überlassen sie es meistens ihren Lesern, die logischen Schlüsse zu ziehen und zur Tat zu schreiten. Mahler hingegen legt die Handlungsfolgerungen nicht nur nahe, sondern er spricht die Konsequenzen seiner Projektionen offen und aggressiv aus. „Ob wir siegen oder untergehen – diese Frage ist die Frage nach der Endlösung der Judenfrage.“ Wer sich an diesem Kampf um Sein oder Nichtsein beteiligt, der ist von Gott gerechtfertigt. „Der Aufstand gegen die Zustände, die das Leben des Deutschen Volkes bedrohen, ist göttliches Handeln.“ Suggestiv wird damit die Verfolgung, Unterdrückung und Beseitigung der Juden mit einer apokalyptischen Endkatastrophe begründet, denn wer möchte, dass sein eigenes Volk untergeht? Unbestreitbar steckt dieses Land in einer schweren Krise, aber die Rede vom Untergang ist keine realistische Beschreibung, sie dient anderen Zwecken. Wenn einst der Kampf der Geister zwischen Mahler und Israel entschieden sein wird, stellt sich das Problem: Wohin mit den jüdischen Menschen, die Juden bleiben wollen? Seine aus der jüngsten Geschichte leidvoll bekannte Antwort läuft auf völlige Verfügbarkeit hinaus: „Für die Ent-Sorgung der in den Poren der geschichtlichen Völker des Abendlandes hausenden Residualgestalt Judas ist zwischen Assimilation, Ausweisung, Isolierung in Ghettos oder Verbringung in Reservate vernünftig zu wählen – eventuell eine Kombination dieser Maßnahmen, wenn möglich im Einvernehmen mit den Betroffenen.“

Allerdings fehlen klare Anweisungen. Die Schwebelage zwischen Indoktrination und Ermächtigung erklärt sich daraus, dass die praktische Ausformung dem jeweiligen Kontext überlassen bleiben soll. Langfristig wird eine staatliche Lösung angestrebt (Aufstandsplan, Hunderttageprogramm), die kommende politische Führung will sich die Entscheidung nicht durch kontraproduktive Aktionen der Schläger aus der Hand nehmen lassen. Damit zeichnet sich auch hier die Arbeitsteilung zwischen zwei Kategorien von Antisemiten ab: Die einen sind die Hetzer und Propagandisten der „ethnischen Säuberung“, die anderen sind die Vollstrecker, die die Knochen ihrer Opfer brechen.

Mahler behauptet apodiktisch die Feindschaft der Juden gegen Nicht-Juden von biblischen Zeiten an. Mit seiner Unterstellung erreicht er unangefochten das räumliche und mengenmäßige Maximum: „Milliarden von Menschen wären bereit, Hitler und dem Deutschen Volk den Völkermord an den Juden zu verzeihen, wenn er ihn denn begangen hätte, nur weil sie sich keine andere

Lösung der Judenfrage vorstellen können, als die Ermordung der Juden.“ Historisch weiter zurück und Zustimmung heischend weiter hinaus kann ein Denker in der Dämonisierung der Juden nicht gehen.

Mahlers Konstruktion deutet Geschichte als Kampf des Judentums mit den Völkern. Er bringt somit einen „Sinn“ in die Geschichte. Damit ist die Grundfunktion des Antisemitismus angesprochen. Antisemitismus schafft Sinn, wo kein Sinn ist. Mahler gibt dem Judenhasse einen geschichtsphilosophischen Sinn – der „Geist“ arbeitet sich durch die Geschichte, bis er das Judentum als seine notwendige Vorstufe aufheben kann. Sinn ist das schlagende Erlebnis von Prägnanz. Man kann Sinn auch und gerade in der Negativfigur erfahren – als Katastrophe.

Der Konvertit Mahler hat für alles eine sinnhafte Antwort parat: „[...] wenn der Welt bewusst wird, dass der von den jüdischen Weltorganisationen schon im März 1933 dem Deutschen Reich erklärte Krieg mit den mehr als 60 Millionen Kriegstoten einzig und allein zur Verteidigung der Weltmacht des Geldes, also der Weltherrschaft der Juden, mit dem Ziel der totalen Vernichtung des Deutschen Reiches angezettelt worden ist.“ Mahler versteht es, wie andere Mythenbildner der Geschichte, das konfuse Zeitgeschehen mit dem angeblich jahrhundertealten Kampf des Germanentums mit dem Judentum zu einer sinnstiftenden, für seine Anhänger erfassbaren Einheit zu fügen. Wie zu beobachten war, beflügelt er mit derartigen Reden die Zuhörer und richtet deren angeschlagenes Selbstbewusstsein wieder auf.

Leugnung des Holocaust

„Der Weg zur Selbstherrlichkeit des Deutschen Reiches führt über den Sturz der Jüdischen Fremdherrschaft. Die Jüdische Fremdherrschaft stürzt mit der Entlarvung der Auschwitzlüge.“ Damit ist der strategische Stellenwert des „Amoklaufs gegen die Wirklichkeit“ (Martin Broszat) Mahlers und seiner Mitangeklagten ausgesprochen. Der ehemalige Linksterrorist führt das Lieblingsthema der Alten Rechten, den historischen Revisionismus, weiter. In stundenlangen Ausführungen in den ersten Verhandlungstagen versuchte Mahler, die historische Tatsache des Mordes an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg zu widerlegen.

In neun Abschnitten kompiliert Mahler, was die Auschwitz-Leugner in ihren Pamphleten bisher zusammengetragen haben. Böse Ahnungen, die sich die Zeitgenossen im Krieg nicht erklären konnten und wovon sie sich teils unzu-

treffende Vorstellungen machten, nennt er Gräuelpromaganda der Siegermächte. Die Gesamtzahl der Opfer will er mit Taschenspielertricks reduzieren und damit die NS-Vergangenheit entkriminalisieren. Konsequenterweise weigert er sich, zwischen Pressemeldungen (und ihren oft fehlerhaften Angaben) und der neueren historischen Forschung zu unterscheiden, die auf breiter Quellengrundlage und methodisch geleitetem Weg die Dimension des Holocaust analysiert hat.

Mahler benutzt wissenschaftliche Literatur gegen ihre Intention, ja stellt die Aussagen förmlich auf den Kopf. Das Dokument über die Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 ist für ihn nichts weiter als eine „plumpe Fälschung“. Für die Zahl der Toten im Lager Auschwitz will er als einzige Quelle die Sterbebücher anerkennen. Bekanntlich wurden die Opferzahlen durch die Geschichtsforschung immer weiter präzisiert. Diesen völlig unverdächtigen Vorgang glauben sich Mahler und die Auschwitz-Leugner für ihre Zwecke nutzbar machen zu können und genüsslich dahin zu kommentieren, Presse und Zeitgeschichtsforschung manipulierten ihre Aussagen schrittweise auf die Ergebnisse der „Revisionisten“ hin.

Nachdem die Opferzahlen des Holocaust „reduziert“ sind, geht Mahler die weitere Palette der revisionistischen Raisonnements von den Bildquellen über die Zeugenaussagen und die Geständnisse der Täter durch, um dann in der Frage zu gipfeln: „Wo ist die Tatwaffe?“ Es gäbe keine technisch-naturwissenschaftlichen Beweise für den Massenmord durch Giftgas in Auschwitz. Seine Gewährsleute sind die Auschwitzleugner Fred Leuchter und Germar Rudolf. Spätestens mit dem „Rudolf-Gutachten“ sei die These vom industriell angelegten Genozid in eigens dafür eingerichteten Gaskammern nicht länger haltbar.

Hier erneut die ohnehin unbestrittene Fehlerhaftigkeit der revisionistischen „Reports“ nachzuweisen, sehen die Verfasser dieses Beitrags nicht als ihre Aufgabe an. Wo dies notwendig war, ist es in den vergangenen Jahren in ausreichendem Maße geschehen.²³ Wer borniert den Auschwitz-Leugnern glaubt, lässt sich erfahrungsgemäß von seiner Fehlmeinung nicht abbringen.

23 Vgl. etwa Armin Pfahl-Traughber, Die Apologeten der „Auschwitz-Lüge“, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 8 (1996), S. 75–101; Jürgen Zarusky, Die Leugnung des Völkermords. „Revisionismus“ als ideologische Strategie, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Auf dem Weg zum Bürgerkrieg?, Frankfurt a. M. 2001, S. 63–86; Thomas Wandres, Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens, Berlin 2000; Robert Jan van Pelt, The Case of Auschwitz. Evidence from the Irving Trial, Indiana 2002; Richard J. Evans, Der Geschichtsfälscher. Holocaust und historische Wahrheit im David Irving Prozess, Frankfurt a. M. 2001.

Welche Absichten verfolgen Mahler und das „Deutsche Kolleg“? Das Mosaik aus einzelnen Schriften, Aktivitäten, Aufrufen und Vereinsgründungen fügt sich zu einem Gesamtbild. Der missionarische Zweck ist mit dem politischen und juristischen Kampf verbunden. Mahler ist kein gewöhnlicher Auschwitz-Leugner. Ihm geht es um mehr. Zunächst will er die „Auschwitzlüge“ zu Fall bringen. Aus „geistesgeschichtlicher Berufung“ sieht er sich dazu auserkoren, die so genannte Judenfrage endgültig zu lösen. Dabei handelt es sich nicht um Gedankenspiele, denen kein Nutzen in der praktischen Politik zukäme. Im Gegenteil: Mahler entfaltet eine Strategie und eine Praxis, um in intensiven Vortrags- und Propagandareisen im In- und Ausland seine Zuhörer zu überzeugen und die Überzeugten zum aktiven Mittun zu zwingen.

In einem „Manifest“ vom Februar 2003, verabschiedet von „Bürgern des Deutschen Reiches“ in Verden, wird das Vorgehen gegen die Offenkundigkeit des nationalsozialistischen Judenmords erstmals formuliert.²⁴ Das Kalkül dieser Aktionen ist es, durch permanente und massenhafte Wiederholung der Holocaustleugnung deren straffreie Behauptung durchzusetzen. Aus dieser Betrachtung wird deutlich, welchen strategischen Stellenwert der Berliner Prozess im Kampf Mahlers gegen das „Holocaust-Dogma“ als Teil der behaupteten jüdischen Herrschaft hat. Er will der Kampagne neuen Schwung verleihen und den ersten Stein aus der „Festung Auschwitz“ brechen.

Das revisionistische Adelaide Institute in Australien steht Mahler bei, der den „Kampf gegen die Holocaust-Lügen aufgenommen hat, weil er den Tod nicht fürchtet“, und fragt weltweit herum, wo die Mitstreiter sind, die, wie eine als „Blutzeugnis für Uneigennützigkeit“ genannte palästinensische Selbstmordattentäterin, bereit sind, sich zu opfern. Sind derartige Aufrufe nur Zeichen von Wortradikalität oder steckt eine reale Gefahr dahinter? Bei unseren bisherigen Recherchen in diesem Milieu stießen wir auf keine Kämpfernaturen, sehr wohl aber auf wilde Vernichtungswünsche gekränkter und frustrierter Außenseiter, die es beim Schimpfen belassen. Auszuschließen ist es nicht, dass Einzelne, erhitzt im Durchlauf durch diese Szene, sich weiter fanatisieren, den „zündenden Impuls“ wörtlich nehmen und die Gewaltphantasien ihres Herkunftsmilieus in die Tat umsetzen.

Die nächste Phase in Mahlers „Feldzug“ erfolgte im Sommer 2003 auf der Wartburg bei Eisenach. Ursprünglich war geplant, eine Manifestation im Vernichtungslager Auschwitz durchzuführen, „um diese Jüdische Kultstätte als Tatort des Seelenmordes am Deutschen Volk zu markieren“. Nachdem aber das

24 <http://www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net>

Brandenburger Innenministerium zur Verhinderung der geplanten „Provokation“ die Ausreise des „Wahrheitskünders“ Mahler nach Polen untersagt hatte,²⁵ verlegte eine Handvoll Personen die Ersatzveranstaltung auf die Wartburg. Sie zeigten Transparente, deren Aufschriften Mahler in seiner Rede, unter der Fahne des „Deutschen Kollegs“, wiederholte: „Die Lüge vernichtet sich selbst! Den Holocaust gab es nicht!“ Die Polizei beschlagnahmte Transparente und Materialien, und ein Verfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung wurde eingeleitet. Parallel dazu soll nach Mahlers Aussagen Medien und meinungsbildenden Persönlichkeiten eine CD „Aufstand für die Wahrheit – Auschwitz am 30. Juli 2003“ zugestellt worden sein.²⁶ Offensichtlich haben die Empfänger diesen unerbetenen Zusendungen keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt, denn die Absender beklagen sich ständig darüber, dass sie von den Medien ignoriert und totgeschwiegen würden. Wie es scheint, ist die „Wahrheits“-Kampagne, die nur mit Verstärkung der Medien funktionieren kann, kaum begonnen, schon wieder im Sande verlaufen. Die erhofften Einladungen zu Talk-Shows blieben aus, und die wenigen Interviews erschienen überwiegend in der rechtsextremen Presse.²⁷ So sind die „Aufständischen“ auf ihre eigenen geringen Verbreitungsmöglichkeiten zurückgeworfen. Vor allem das Internet (in diesen Kreisen aus sprachpuristischen Gründen „Weltnetz“ genannt) sowie die Verteilung von kopierten Flugblättern in Kleinstauflagen sind hier zu nennen.

Zur Koordination, zur Herstellung von Öffentlichkeit und zur Finanzierung des „Rechtskampfes“ dient die Gründung des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ (VRBHV) in Vlotho am 9. November 2003, dessen Mitgliedsliste sich wie ein „Who is Who“ der Auschwitz-Leugner liest.²⁸ Der Franzose Robert Faurisson (Jg. 1929), in den Kreisen der „Revisionisten“ als anerkannter Fachmann geschätzt, tritt dem Verein mit einem veröffentlichten Glückwunschbrief an Mahler bei. Aus Furcht

25 Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes hatte Mahler mit Gesinnungsfreunden beabsichtigt, bei einer „Tatortbesichtigung“ in Auschwitz öffentlich den Holocaust zu leugnen, Märkische Allgemeine vom 26. 7. 2003.

26 Horst Mahler, Die Opfer der Holocaustreligion wehren sich, E-Mail an das Adelaide Institute, <http://www.adelaideinstitute.org/Dissenters/mahler3.htm> (10. 4. 04).

27 National Journal 2004, National Zeitung 2004, Junge Freiheit 43/1998, Freiheit Wattenscheid 35/1999.

28 Vgl. <http://www.aufstand-fuer-die-wahrheit.net/pressemitteilung.html> und <http://abnd.davidduke.com/111103.html>

Auf dieser Seite können die Rede und das Protokoll zur Gründungsversammlung sowie die Satzung und ein Aufnahmeantrag eingesehen werden.

vor seiner Verhaftung durch die deutsche Polizei reist Faurisson nicht persönlich an, spricht aber den Zweck unzweideutig aus: „Die sogenannten hitlerischen Gaskammern und der sogenannte Genozid an den Juden bilden ein und dieselbe Geschichtslüge, die eine gigantische finanzpolitische Gaunerei erlaubt hat, deren Hauptbegünstigten der Staat Israel und der internationale Zionismus, und deren Hauptopfer das deutsche Volk – nicht aber seine führende Politiker – und das gesamte palästinische Volk sind.“

Anzumerken ist, dass sich nach dem vierten Verhandlungstag ein virtuelles „Komitee Freiheit für Horst Mahler“ gebildet hat, dem auf der Internet-Seite Unterstützer von der Ukraine bis in die USA angehören. Die anberaumte Gründungsversammlung versprach keine große Substanz, gekommen waren nur zwei Gründungswillige und ein Feldforscher.²⁹

Die genaueren Absichten des Vereins (VRBHV) enthüllt der offene Brief Mahlers im März 2004 an die Mitglieder. Die gegen ihn eingeleiteten Ermittlungsverfahren während der laufenden Verhandlungen werden bald zu einer Anklage gegen ihn führen. Geradezu euphorisch teilt Mahler mit, dass bald erreicht sei, was mit der Vereinsgründung angestrebt wurde: Es werde gegen „eine weltbekannte Person der Zeitgeschichte eine öffentliche Hauptverhandlung wegen Leugnung des Holocausts“ geben. Er sei glücklich, dass das Schicksal ihn ausersehen habe, „diesen Schlag gegen unsere Feinde zu führen“. Damit ergebe sich die Gelegenheit, einen zweiten „Auschwitzprozess“ zu führen und das offizielle Geschichtsbild gerichtsnotorisch zu widerlegen. Unter der Führung von Faurisson würden die revisionistischen Wissenschaftler mit ihrem Sachverstand „Gewehr bei Fuß“ stehen. Ahmed Rami (Radio Islam) habe bereits die Berichterstattung für die islamischen Länder zugesagt. Faurisson habe ihm geschrieben: „Mark my last words: Zusammen ins Gefängnis!“³⁰

Mahler und seine Anhänger

Mahler will ein Kollektivgut erzeugen: die „Auschwitzlüge“ zu Fall bringen und damit die „Judenherrschaft“ über Deutschland stürzen. So sagte er im

29 Vgl. die Internetseite des Komitees unter:

<http://www.nationalanarchismus.org/adk/Komitee/komitee.html> (5. 7. 2005).

30 Horst Mahler, Offener Brief an den Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten (VRBHV),

<http://www.adelaideinstitute.org/Dissenters/mahler12.htm> (10. 4. 04).

Februar 2004: „Wenn heute 100 000 in Deutschland aufstehen und laut sagen: ‚Den Holocaust hat es nicht gegeben‘, dann ist morgen die Judenherrschaft wie ein nächtlicher Spuk in der Morgensonne verfliegen.“ Damit hat Mahler ein Mobilisierungsproblem ausgesprochen. Er will Mitstreiter dazu bewegen, bei einer Aufgabe mitzuwirken, die nur in Zusammenarbeit mit einer großen Zahl von Personen realisiert werden kann.

Wer sind bisher seine Unterstützer? Haben sie die Kompetenz und die Ressourcen, eine Lawine auszulösen, um das anvisierte Ziel zu erreichen? Der sich über Monate hinziehende Prozess bot die Gelegenheit, Mahlers Anhänger zu sprechen und zu beobachten.

Bei seinen Unterstützern handelt es sich um etwa drei Dutzend Personen und ein größeres unbekanntes, weniger aktives Umfeld. Die engeren Mitstreiter lassen sich typologisieren und charakterisieren. Es handelt sich überwiegend um ältere Menschen im Rentenalter. Meist Männer, aber auch Frauen, von denen einige wenige regelmäßig als Besucherinnen beim Prozess waren. Bis auf eine alte Dame haben sie jedoch keine aktive Rolle gespielt. Eine brachte dem Angeklagten Kuchen für die Verhandlungspause mit, eine andere las in der Pause in christlichen Traktaten, wofür sie die anderen Besucher aber nicht wirklich interessieren konnte. Die Aktivisten im „Komitee Freiheit für Horst Mahler“ und bei den „Reichsbürgern“ waren Männer im Alter von 40 Jahren und darüber. Drei, vier von ihnen trugen ein bürgerliches Outfit mit Anzug und Krawatte. Führungsfiguren der NPD waren nicht unter dem Publikum.

Es handelte sich um Männer des Typs der ewig Gekränkten, der Beleidigten, der zu-kurz-Gekommenen, der Missgünstigen, der Dauerempörten, in ihrem Nationalstolz gekränkten, der ständigen Opponenten und Querulanten. Sie agieren aus dem Geist des ewigen Beleidigtseins, das alle sozialen Beziehungen, alle Zusammenarbeit zerstört, auch in diesem Komitee.

Alle diese Männer haben einen langen Weg durch den rechten Protestsumpf zurückgelegt: Einer rühmt sich als Mitbegründer der „Alternativen Liste“ (AL) Berlin, andere waren Mitglieder der CDU, der „Republikaner“ während deren kurzer Erfolgsphase in Berlin, der „Bürger für Deutschland“-Partei oder der Schill-Partei. Einige gehörten dem Leserkreis der „Jungen Freiheit“ an, andere der DVU oder der NPD, bis sie über zahlreiche Kleinstorganisationen in diesem Milieu zu Horst Mahler stießen. Teilweise sind sie als Glücksritter, Trittbrettfahrer oder Spinner aus diesen Organisationen ausgeschlossen worden, oder haben sich – was häufiger der Fall war – im Streit getrennt. Nach einer kurzen Phase der Inaktivität suchten sie sich dann eine neue Gruppe von Protestlern und Empörten. Sie sind ständig entrüstet, rufen Skandal und machen

Lärm im Internet und auf der Straße. Das Internet ist die oppositionelle Gegenöffentlichkeit der Randständigen.

Die jüngeren Anhänger kamen ebenfalls aus der rechtsextremen Szene oder von der NPD. Sporadisch waren einige Skinheads und Neonazis aus den Berliner Kameradschaften unter den Zuhörern. Diese Teenager kamen überwiegend nur einmal ins Gericht, um neugierig zu schauen. Sie haben zu Mahler nur ein indirektes Verhältnis. Seinen Gedanken können und wollen sie nicht folgen. Sie teilen dumpf seinen Antisemitismus und solidarisieren sich mit Mahler als Angeklagtem vor der „Systemjustiz“. So haben Kameradschaften, als die Antifa zu einer Protestdemonstration am Wohnsitz von Mahler in Klein-Machnow mobilisierte („Wir machen auch Hausbesuche“), den Schutz seines Anwesens übernommen und suchten die Auseinandersetzung mit dem linken Gegner. Aber dabei handelte es sich mehr um einen Kriegszug jugendlicher Straßengangs als um die Anfänge von Terrorismus, der zur Waffe greifen könnte.

Viele der Beteiligten sind vorbestraft – wegen Beleidigung, Verunglimpfung des Staates, Volksverhetzung, wegen Meinungs- und Propagandadelikten. Die Strafe – meist relativ geringe Geldstrafen – für ihre Hetzreden und für ihre aggressiven Briefe empfinden sie als Ritterschlag, als Beweis für Standhaftigkeit und Überzeugungstreue. Sie sind seit Jahren auffällig. Sie werden nicht nur selbst angezeigt, sie zeigen auch ständig irgendwelche Personen an, meist in staatlichen und öffentlichen Positionen. Sie erstatten Anzeigen, wenn sie den Eindruck haben, ein Politiker, ein Beamter oder eine Behörde würde nicht korrekt handeln. Sie schalten selbst die staatliche Autorität ein, an die sie letztlich fest glauben. Der Staat soll die Dinge in ihrem Auftrag lösen. Zur Gewalt neigen diese Personen eher nicht. Aber Gewalttäter können durchaus in diesem Sumpf entstehen, sich dort radikalisieren und in ihrer Handlungsbereitschaft über das hinausgehen, was in diesen Kreisen üblicherweise nur beredet wird.

Etlliche halten gerne Volksreden, sie leiden unter Sprechfluss. Es sind Besessene ohne eigene Ideen, autodidaktische Schwadronneure ohne Publikum, laute Angeber und Rechthaber. Der Redestil ist gedrängt, die behandelten Dinge gliedern sich nicht in logischer Ordnung. Jeder Redner folgt seinem eigenen Gedankengang, wohin er ihn auch führen mag. Viele nehmen das, was der Vorredner gesagt hat, nicht inhaltlich auf, sondern nur zum Anlass, jetzt selbst das Wort zu ergreifen. Jeder hat sein weltanschauliches Spezialanliegen, das ihn bewegt. Diese Spezialthemen reichen von „Rentenbetrug“ und Empörung über die Hartz IV-Gesetze, Verachtung des demokratischen Systems und seines Personals. Einige sind gegen den Euro und vertreten finanz- und börsenpolitische Verschwörungstheorien, andere lehnen das Grundgesetz und die repräsentative

Demokratie ab, sie fordern die Reichsverfassung und Volksentscheide, wieder andere setzen auf den Zusammenbruch des Systems und hoffen auf eine Volksgemeinschaft. Einige sind historische „Experten“, sie sehen sich als die Einzigen, die nicht von der Gehirnwäsche der Alliierten, den Medien und den „konformistischen“ Historikern manipuliert sind, sie fordern Meinungs- und Publikationsfreiheit für sich. Manche sind pausenlose Organisationsgründer, begabt zur Schriftlichkeit, aber unfähig, sich wirklich in Kleininitiativen fest zu binden. Sie entstammen überwiegend bildungsfernen Schichten, aus der mittleren bis unteren sozialen Schicht.

Die Besucher bringen auf ihre besondere Art eine kollektive Pathologie unserer Zeit zum Ausdruck – man fühlt sich nicht souverän über sein eigenes Leben, sein Land, man ist Objekt unbekannter und unsteuerbarer Kräfte. Viele der Anhänger haben ihr persönliches Leben und Erleben mit der Ideologie fest verbunden, deshalb ihr privater Verfolgungswahn. Sie beziehen private und gesellschaftliche Ereignisse, nähere wie fernere, unmittelbar auf die eigene Person. Man hat nicht nur einen Konflikt mit der Justiz, dahinter steckt immer viel mehr. Ihre Rolle ist die der verfolgten Unschuld, des unschuldigen Opfers missgünstiger Kräfte. Sie fühlen sich vielfach angegriffen, verfolgt, beobachtet, abgehört. Dadurch sind sie einbezogen in den Weltlauf – aber passiv als Leidende.

Sind diese politischen Wirrköpfe gefährlich? Abgesehen und bedingt durch ihr vorangeschrittenes Lebensalter, erstreckt sich ihr Handlungsrepertoire auf Leserbriefe, auf Zwischenrufe bei Vorträgen, auf das Verteilen von Schriften und die Teilnahme an Internet-Foren. Sie wähnen sich zwar im Besitz einer Weltkritikformel, mit der sie kompakt alles ablehnen, aber sie belassen es weitgehend beim Kritisieren und beim Schimpfen.

Verbunden sind sie durch politisch begründeten Antisemitismus, durch Verschwörungsdenken und durch die Verehrung ihres Meisters Horst Mahler. Zuschreibungen wie „politischer Messias“, „ein Heros“ oder „Großintellektueller“, ein Nachfolger von Martin Luther, Giordano Bruno oder Thomas Münzer bringen dies zum Ausdruck. Die Anhänger nehmen gegenüber Mahler eine charismatische Zuschreibung vor.

Mahlers widersinniges Handeln und seine dunklen Motive erscheinen dem unbefangenen Beobachter sinnlos, unreal und schamlos verbohrt. Hingegen wird von seiner Anhängerschaft der Auftritt vor Gericht als Akt der Befreiung von den Zwängen der Vernunft erlebt, als ein Faszinosum, das Erneuerung durch Umsturz bestehender Werte suggeriert, für zahlreiche Versagungen entschädigt und lang gehegte Rache- und Vernichtungsphantasien befriedigt.

Die Gefolgschaft erlebte Mahlers Auftritt als Revolution, als Umsturz und schöpferischen Akt, der die alte, verhasste Ordnung wegfegt, für einen Augenblick von den Systemzwängen, von Schuld und nationaler Scham befreit, den alten Werten neue entgegensetzt, die alte Macht entlarvt und sie mit seiner überlegenen Einsicht und Urteilsfähigkeit konfrontiert. Sie empfinden als Zeugen eine revolutionäre Tat, deshalb durften sie keinen Verhandlungstag versäumen; sie glauben, alte, tradierte Werte im Auftrag einer „höheren“ Moral zerstören zu müssen – einer Moral, die sich später schon irgendwie legitimieren wird.

Die Eruption der wilden Gedanken Mahlers erschreckt und fasziniert zugleich. Erneut griff Mahler in seinem Schlusswort die historischen Tatsachen des Holocaust an und bedrohte die Macht des Gerichts. Er zeigte keine Furcht vor dem Gericht und keine Angst vor Strafe. Schlagartig blitzte darin ein Moment der Freiheit auf, jenseits des psychologisch Erwartbaren und jenseits der prozessrechtlichen Routine. An sich erwartet man von einem Angeklagten, dass er sich vor Gericht taktisch und zurückhaltend verhält, um ein möglichst mildes Urteil zu bekommen. Anders Mahler: In seiner Rede im Augenblick der Entscheidung kulminierten jene Elemente – Entschlossenheit, Mut und auch Skrupellosigkeit –, in denen sich seine Außergewöhnlichkeit beweisen muss: die Bewährung des Individuums. „Die Bewährung im Augenblick der Entscheidung strahlt offensichtlich einen Glanz aus, dem die anhaltende Zähigkeit einer in vielen Einzelhandlungen sich bewährenden Institution kaum etwas entgegenzusetzen hat – selbst dann, wenn man ahnt, dass die charismatisch-freie Tat neue Konsequenzen und Zwänge schaffen wird.“³¹

Einige der Zuhörer waren vom Augenblick so ergriffen, dass sie sich spontan zu Beifallskundgebungen hinreißen ließen. Anschließend unterbreiteten sie den Vorschlag, diesen außeralltäglichen Augenblick festzuhalten, indem sie zu Versammlungen einluden, um die Texte ihres „politischen Messias“ in Arbeitsgruppen [sic!] gemeinsam zu studieren.

Versuche, einen derartigen Augenblick zu verzeitlichen, werden scheitern. Bei der Lektüre vervielfältigter Texte setzt ein, was Luhmann die „Mitthematisierung der Negation“ bezeichnet.³² Der Leser ist darin frei, einen Text anzunehmen oder abzulehnen, zu negieren, seine Erwartungen werden enttäuscht usw.

31 Vgl. Hans-Georg Soeffner, *Gewalt als Faszinosum*, in: Wilhelm Heitmeyer/Hans-Georg Soeffner (Hrsg.), *Gewalt*, Frankfurt a. M. 2004, S. 74.

32 Vgl. Niklas Luhmann, *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*, Band 1, Frankfurt a. M. 1980, S. 221.

Außerdem lässt sich die Aura der Person in dieser vergänglichen Situation vor Gericht nicht im Hinterzimmer einer Gastwirtschaft durch die schwatzende und alsbald streitende Gefolgschaft simulieren. Charisma ist eine fragile soziale Zuschreibung. Damit sie funktioniert, müssen die Anhänger der charismatischen Autorität dieser in der Überzeugung, dass er sich in Krisen- oder Ausnahmesituationen bewährt hat, zu folgen bereit sein. Diejenigen, die ihm vorbildliche Eigenschaften attestieren und deshalb annehmen, dass er „mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem andern zugänglichen Kräften oder Eigenschaften“ ausgestattet sei,³³ geben dem Charisma seine Wirkungskraft. Die persönliche Loyalität gegenüber einem solchen Führer gründet also letztlich in der Entscheidung des Einzelnen, ob die „Beweise“ für die „Berufung“ des Führers ausreichen. Misserfolge unterminieren deshalb die charismatische Führung. Mahler wollte seinen Prozess zu einem Fanal machen. Die geringe Resonanz, die seine Ausführungen und seine Verurteilung fanden, spricht eher dafür, dass die Suggestivkraft einer gegen alle Vernunft gleichgültigen Tat, die Skrupellosigkeit und daher scheinbare Freiheit des Täters nicht viel weiter als über den engen Kreis der getreuen Anwesenden hinausreicht.

In seiner Urteilsbegründung sprach der Vorsitzende Richter auch diese Einflussnahme Mahlers auf das Publikum und dessen Reaktion im Saal an und demaskierte den „Helden der deutschen Freiheitsbewegung“ mit nüchternen Worten. Es sei nicht zu übersehen, dass ein Teil seiner Darstellung vom Genuss an der Provokation geprägt sei. Er schwadroniere aus intellektueller Selbstgefälligkeit und Geltungssucht. Er sei mit seinen Ideen nicht originell, er wolle nur seinem Antisemitismus einen geistigen Überbau vermitteln. Er gebe seinen Aussagen und Verhaltenslehren durch die philosophisch-religiöse Sprache die Aura der Unanfechtbarkeit. Das sei nicht ungefährlich, weil sie für dumpfe Gemüter – (mit Blick ins Publikum) keine seltene Erscheinung im rechtsextremen Umfeld – eine intellektuelle Rechtfertigung darstellen könnte. Mahler und seine Mitstreiter vom „Deutschen Kolleg“ verstünden sich als geistige Speerspitze, die bei kritischen Zeitgenossen aber eher belustigte Reaktionen auslösten. Mahler rechtfertige seine Aussagen, er sei verbohrt und uneinsichtig. Die Rechtsordnung kapitulierte nicht vor Mahlers Antisemitismus, sondern begriff seine Ausführungen als eine Herausforderung, gegenüber der sich die soziale Ordnung, ihre Regeln und Gesetze zu bewähren haben.

33 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft, Charismatische Herrschaft*, Tübingen 1980 (Orig. 1921), S. 140.

Fazit

Wie ist also Mahlers Mobilisierungsfähigkeit einzuschätzen? Wird er „die 100 000 Deutschen, die noch Deutsche sein wollen“, finden? Definitiv nicht. Es wird bei einer gescheiterten Kampagne bleiben, die über ein rudimentäres Stadium mit diesem prekären Anhang nicht hinauskommt. Zu einer erfolgreichen Mobilisierung fehlt es einfach an allem: an einem verallgemeinerbaren Protestziel, an einer realistischen Strategie, an geeignetem Personal, an Führungs- und Prestigefiguren, an Ressourcen, an finanziellen Mitteln, an betuchten Spendern und an öffentlich-medialer Unterstützung. Fällt die charismatische Führungsfigur Mahler aus – und er hat sich mittlerweile mit dem „Deutschen Kolleg“ zerstritten, mit der NPD liegt er im Hader und auch sein Freiheitskomitee hat sich bereits gespalten –, dann bleibt ein unbedeutender Rest, scharf antisemitisch, aber politisch unfähig.

ANTIJÜDISCHE VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN:
SEIT EINHUNDERT JAHREN SIND
„DIE PROTOKOLLE DER WEISEN VON ZION“ ÖFFENTLICH

Zur Überzeugungskraft des Absurden

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ und ihre Wirkung

Es ist leicht, die „Protokolle“ als Konstrukt des Antisemitismus zu entlarven. Das ist im Laufe des Jahrhunderts ihrer Existenz gründlich und oft geschehen: Mit den Methoden der Wissenschaft sind die Wurzeln und Ingredienzien des Konstrukts erforscht worden, Juristen haben sich in den Berner Prozessen der 30er-Jahre mit dem Problem des Falsifikats im historisch-politischen Kontext auseinander gesetzt, die moderne Antisemitismusforschung beschäftigt sich mit der Rezeption und Verbreitung der „Protokolle“ in der Gegenwart. Sie erfolgt jetzt vor allem mit den Mitteln der neuen Medien, insbesondere dem Internet. Beobachtet wird auch eine neue Instrumentalisierung der „Protokolle“ im islamistischen Kampf gegen den Staat Israel.

Schwierig ist es jedoch, Antworten zu finden auf die Frage nach der Wirkung der „Protokolle“ als einem zentralen Referenzdokument des Antisemitismus, das durch seine internationale Verbreitung in allen großen und vielen kleinen Sprachen und in so unterschiedlichen Kulturkreisen wie Europa oder Japan, Amerika oder der arabisch-islamischen Welt als ein wesentliches Verständigungsmittel für Judenfeindschaft aus ganz unterschiedlicher Intention dient. Zu untersuchen ist also, welche Bedürfnisse nach Welterklärung die Protokolle bei einem so heterogenen Publikum von Gläubigen erfüllen, wie Legendenbildung funktioniert, welchen Sinn Mythen stiften. Mythos soll dabei als Sprachform verstanden werden, mit der Menschen sich und ihre Welt sowie das Geschehen generell symbolisch – das heißt emotional und magisch, nicht rational und logisch – verständlich zu machen versuchen.

Deutsch-völkische Rezeption

In Deutschland fanden die „Protokolle“ in der „Völkischen Bewegung“ einen Nährboden, auf dem die Botschaft gedieh. Die Völkische Bewegung, im 19. Jahr-

hundert aus sozialdarwinistischen, germanozentrischen und antisemitischen Gedankengängen entstanden, entwickelte sich in Deutschland unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zur nationalistischen und rassistischen Ideologie, die das vermeintliche Recht des Stärkeren propagierte, Dominanz im Osten Europas auf Kosten diskriminierter Nationen erstrebte. Strukturell handelte es sich um die Ideologie, die dem Nationalsozialismus den Weg bereitete, tatsächlich radikalisierte sich die Völkische Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg. Hypernationalistisches Streben verband sich mit rassistischem Überlegenheitsdenken und antisemitischen Wahnvorstellungen zu einer politischen Haltung, die trotzig und unbelehrbar – da irrational nur auf Konstrukten aufgebaut – keinen Realitätsbezug kannte.¹ Nach dem Ersten Weltkrieg, der zum nationalen Trauma der Deutschen wurde, ist die Lehre vom „jüdischen Griff zur Weltmacht“ gierig aufgenommen worden von den Enttäuschten und Verbitterten, die durch die Niederlage aus Illusionen und Ambitionen gerissen wurden und nach Erklärungen für das deutsche Unglück außerhalb der Rationalität suchen mussten, weil jede rationale Erklärung für den militärischen und politischen Untergang des wilhelminischen Reiches sie selbst, ihr machtpolitisches Streben und ihr Selbstverständnis als überlegene Nation und „Rasse“ in Frage gestellt hätte. Die Völkische Bewegung, wurzelnd im Sozialdarwinismus des 19. Jahrhunderts, durchdrungen vom Glauben, den „Lebensraum“ für die germanisch-deutsche Art vergrößern zu müssen und tief überzeugt von den Lehren des modernen rassistisch argumentierenden Antisemitismus, der die Juden als minderwertig stigmatisierte und sie für alle Übel der Welt haftbar machte, war der ideale Resonanzkörper, um die Schwingungen des jüdenfeindlichen Pamphlets aufzunehmen und zu verstärken.

Die Völkische Bewegung bestand aus Gruppen und Organisationen wie dem „Alldeutschen Verband“, dem antisemitischen „Reichshammerbund“, dem geheimbündlerischen „Germanenorden“ und schließlich, nach dem Ersten Weltkrieg, dem „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund“, einem der Vorläufer und Parallelverbände der NSDAP. Aber auch Lebensreformer und Agrarromantiker, Anhänger sozialreaktionärer Utopien gehörten zur Völkischen Bewegung. Bedrohungsängste, nationale Egozentrik, Verfolgungswahn, Fundamentalismus und das Unvermögen, sich mit realen politischen sozialen und ökonomischen Gegebenheiten auf vernünftige Art und Weise auseinander

1 George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. ²1991, in: Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918, hrsg. von Uwe Puschner u. a., München u. a. 1996.

zu setzen, charakterisierten die „Völkischen“, die in diffuser Heilserwartung der Wirklichkeit durch psychotische Ausgrenzung und Schuldzuweisung von Minderheiten zu entkommen und ihr Selbstgefühl zu stabilisieren suchten.

In den völkischen und nationalistischen Kreisen begann die Rezeption der „Protokolle“ in Deutschland. Im deutschen Sprachraum sind sie im Juli 1919 aufgetaucht, publiziert im völkischen Verlag „Auf Vorposten“, herausgegeben (im Auftrag des „Verbands gegen Überhebung des Judentums e. V.“) von Gottfried zur Beek, der mit richtigem Namen Ludwig Müller von Hausen hieß und gleichzeitig der Verleger war. Das Buch erreichte bis 1923 acht Auflagen, die neunte erschien 1929 im Parteiverlag der NSDAP, der die Rechte erworben hatte. Im Vorwort von 1929 hieß es: „das kommende nationalsozialistische Großdeutschland wird dem Judentum die Rechnung präsentieren, die dann nicht mehr mit Gold zu bezahlen ist.“²

Parallel zu dieser Ausgabe erschien 1924 im antisemitischen Hammer-Verlag eine von Theodor Fritsch besorgte Ausgabe, in deren Vorrede der Herausgeber voll Biedersinn zur Frage der Echtheit erklärte, „der arglose, naive und vertrauenselige Deutsche wird es bezweifeln. In der Geradheit seiner Seele kann er sich nicht vorstellen, dass soviel List, Tücke und Bosheit in Menschenhirnen wohnen könnte“.³ Als abschließenden Echtheitsbeweis führte Fritsch schließlich an, er könne sich nicht vorstellen, dass ein „arischer Kopf“ ein solches „System spitzbübischer Niedertracht“ überhaupt ersinnen könne. Fritsch beschloss mit der politischen Nutzenanwendung des antisemitischen Pamphlets die Edition: „Das Endergebnis aus den zionistischen Protokollen aber ist dies: Wenn es eine Tatsache ist, dass – wie die Protokolle rühmend verkünden – die jüdische Internationale heute die Völker beherrscht – seit Jahrzehnten beherrscht, – wenn sie mit allen Mitteln der List, des Truges, der Massenbetörung und der Finanz-Machenschaften die Schicksale der Völker lenkt – wenn die Fürsten und Staatsmänner nur Drahtpuppen in ihren Händen waren: so ist es auch unabweisbare Tatsache, dass alle großen politischen Geschehnisse der letzten Jahrzehnte ein Werk der Juden sind und nur mit deren Willen und Einverständnis sich vollzogen haben – auch das furchtbare Verbrechen des Weltkrieges! – Sie allein sind die Verantwortlichen für die furchtbare Notlage der Völker! Und für alles aus der heute geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Lage

- 2 Die Geheimnisse der Weisen von Zion, hrsg. von Gottfried zur Beek, Charlottenburg 1919.
- 3 Die Zionistischen Protokolle. Das Programm der internationalen Geheim-Regierung. Aus dem Englischen übersetzt nach dem im Britischen Museum befindlichen Original. Mit einem Vor- und Nachwort von Theodor Fritsch, Leipzig 1924, S. 3.

entspringende weitere Elend müssen wir die wirklichen Machthaber als die allein Schuldigen zur Verantwortung ziehen: den geschworenen Feind der ehrenhaften Menschheit – das verbrecherische, international verbündete Judentum.“⁴

Im Deutschen Volksverlag Dr. Ernst Boepple (das war eine antisemitisch-völkische Filiale des Münchener J. F. Lehmanns Verlags) veröffentlichte Alfred Rosenberg 1923 einen Traktat über die Protokolle, deren „Original“ er mit Basel 1897 datierte. Auch Rosenbergs Schrift erfuhr rasch viele Auflagen, im Herbst 1933 war das 25 000. Exemplar erreicht.⁵ Damit war die Schrift in den Kanon nationalsozialistischer Glaubenssätze integriert.

Adolf Hitler benutzt die „Protokolle“ in seinem Pamphlet „Mein Kampf“ als Baustein seines antisemitischen Programms. Er weist dem Text, der 1924 in Deutschland schon weit verbreitet war und der längst als Code zur Verständigung über „die Juden“ diente, eine doppelte Funktion zu: als Beweis der existenziellen Lügenhaftigkeit „der Juden“ und als Waffe gegen sie, nämlich als unausrottbare Stereotype mit dem Charakter der unumstößlichen Erkenntnis, begründet durch die bloße Existenz des Textes. Man musste den Text nicht gelesen haben, um sich auf ihn berufen zu können, ebenso wenig wie man „Mein Kampf“ gelesen haben musste, um Nationalsozialist zu sein und sich in blindem Fanatismus zur Hitlerbewegung bekennen zu können und alle Bestrebungen der NSDAP zu fördern.

Die „Protokolle“ sind weltweit das Referenzdokument des Antisemitismus schlechthin. Kein anderer Text hatte größere Wirkung als das Machwerk über die jüdische Weltverschwörung, weil das Publikum an die griffige Welterklärung glauben wollte. Die Mörder des deutschen Außenministers Walter Rathenau kannten die Geschichte und glaubten, ihr Opfer sei einer „der 300 Weisen von Zion“; das war 1922. Als die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren, wurden die „Protokolle“ offizieller Lehrstoff in den deutschen Schulen, ein Erlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 13. Oktober 1934 ordnete dies an.⁶ Ob echt oder falsch, kümmerte die Antisemiten nicht, diese Frage war ihnen angesichts der propagandistischen Wirkung zweitrangig. Die Argumente und Beweise gegen das Pamphlet

4 Ebenda, S. 79.

5 Alfred Rosenberg, Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, München 1923 (10. Aufl. 1933).

6 Vgl. Hans Sarkowicz, Die Protokolle der Weisen von Zion, in: Karl Corino (Hrsg.), Gefälscht! Betrug in Politik, Literatur, Wissenschaft, Kunst und Musik, Frankfurt a. M. 1990. S. 67.

waren ja längst Bestandteil seiner Verbreitung geworden. Mit den Methoden, die später auch die Leugner von Auschwitz anwenden sollten – paranoide Phantasie und Realitätsverweigerung –, wurde die Verschwörungstheorie der Protokolle mit immer neuen Verschwörungsphantasien bekräftigt.

Arnold Zweig hat die *Protokolle der Weisen von Zion* das „Kernstück der völkischen Verfolgungspsychose“ genannt.⁷ Die Rezeption auf der Rechten mit den sich selbst bestätigenden Vermutungen und der jeden Fälschungsvorwurf einbeziehenden Gewissheit einer quasi höheren Echtheit des Textes erhärtet den Befund paranoider und psychotischer antisemitischer Demagogie und Selbsteinschätzung. „Was viele Juden unbewußt tun mögen, ist hier bewußt klar gelegt“, schreibt der Verfasser von „Mein Kampf“ und preist die Protokolle als das Beweisstück schlechthin für die konstitutionelle Schlechtigkeit der Juden und ihr Streben nach Weltherrschaft: Mit „geradezu grauenerregender Sicherheit“ seien das Wesen und die Tätigkeit des Judentums aufgedeckt, meint Hitler, der in demagogischer Umkehr der Realität den immer wieder erbrachten Nachweis der Fälschung als Beweis für die tatsächliche Authentizität des Dokuments konstatiert: „Wie sehr das ganze Dasein dieses Volkes auf einer fortlaufenden Lüge beruht, wird in unvergleichlicher Art in den von den Juden so unendlich gehaßten ‚Protokollen der Weisen von Zion‘ gezeigt. Sie sollen auf einer Fälschung beruhen, stöhnt immer wieder die ‚Frankfurter Zeitung‘ in die Welt hinaus: der beste Beweis dafür, daß sie echt sind. Was viele Juden unbewußt tun mögen, ist hier bewußt klargelegt. Darauf aber kommt es an. Es ist ganz gleich, aus wessen Judentum diese Enthüllungen stammen, maßgebend aber ist, daß sie mit geradezu grauenerregender Sicherheit das Wesen und die Tätigkeit des Judentums aufdecken und in ihren inneren Zusammenhängen sowie den letzten Schlußzielen darlegen. Die beste Kritik an ihnen jedoch bildet die Wirklichkeit. Wer die geschichtliche Entwicklung der letzten hundert Jahre von den Gesichtspunkten dieses Buches aus überprüft, dem wird auch das Geschrei der jüdischen Presse sofort verständlich werden. Denn wenn dieses Buch erst einmal Gemeingut eines Volkes geworden sein wird, darf die jüdische Gefahr auch schon als gebrochen gelten.“⁸

7 Arnold Zweig, Bilanz der deutschen Judenheit. Ein Versuch, Amsterdam 1934, Neudruck Leipzig 1991, S. 83 f.

8 Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1925, zit. Ausgabe 1937 (248.–251. Auflage), S. 337.

Henry Ford

Widerlegungen nutzten von Anfang an nichts, ja sie trugen zum öffentlichen Erfolg der Fälschung bei, durch Publizität und die Bekräftigung der Vermutung, „irgend etwas müsse an der Geschichte ja wohl dran sein“. Das zeigte sich erstmals anlässlich der Verbreitung der „Protokolle“ in Großbritannien. Im Juli 1920 waren sie von der konservativen Zeitung *Morning Post* publiziert worden, eine Buchausgabe folgte noch im gleichen Jahr.⁹ Nachdem auch die seriöse *Times* sich des Falles angenommen und eine Untersuchung der Herkunft der „Protokolle“ verlangt hatte, fiel ihrem Istanbuler Korrespondenten Gravis ein Exemplar des Buches von Maurice Joly aus dem Jahr 1864 in die Hand, das (unter ganz anderen Vorzeichen) eine der Textgrundlagen bildete, und Gravis schrieb im August 1921 eine Artikelserie, in der die „Protokolle“ als Fälschung entlarvt wurden.¹⁰

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits Hunderttausende Exemplare auf dem Markt. In den USA stellte der Automobilfabrikant Henry Ford nicht nur seine Überzeugungen, sondern auch seine finanziellen und publizistischen Möglichkeiten in den Dienst antisemitischer Propaganda und half, die Protokolle zu verbreiten. Als er sich 1927 – unter öffentlichem Druck – davon distanzierte, waren sie längst weltweit in vielen Sprachen publiziert.¹¹

Henry Ford inszeniert die Wahrnehmung des Textes als Faszinosum von archaischer Bedeutung. Die Lektüre der Protokolle erschließt ihm den Plan der Welt: „Schon als bloße literarische Merkwürdigkeit würden diese sogenannten ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ vermöge der unheimlichen Vollkommenheit des Weltplanes, den sie enthalten, eine magische Anziehungskraft ausüben. Aber sie widerlegen in jeder Hinsicht die Meinung, daß sie ein bloßes schriftstellerisches Erzeugnis sind; sie beanspruchen, als wirkliche Staatskunst zu gelten, und es zieht sich durch sie ein Faden, durch den ihr Charakter bestimmt werden kann. Außer Zukunfts-Plänen vermerken sie, was schon getan worden ist und was im Gange ist. Wenn man bei einem Überblick über die Welt sowohl die tatsächliche Lage wie die allgemeine Richtung wahrnimmt, welche die Protokolle weisen, so ist es nicht zu verwundern, wenn das Interesse an

9 The Jewish Peril. Protocols of the Learned Elders of Zion, London 1920.

10 Colin Holmes, New light on the „Protocols of Zion“, in: Patterns of Prejudice 11 (1977), Nr. 6, S. 13–22.

11 Robert Singerman, The American Career of the Protocols of the Elders of Zion, in: American Jewish History 71 (1981), S. 48–78.

ihnen als einer bloßen literarischen Merkwürdigkeit einem Gefühle angespannter Aufmerksamkeit weicht, das leicht in Bestürzung übergehen kann.“¹²

Die „Beweise“, die Ford dazu anführt, was von den Ankündigungen und Bestrebungen des jüdischen Weltplanes angeblich schon eingetroffen ist, sind so vage und nebelhaft wie alle Argumentation über die Echtheit, die von weiteren antisemitischen Autoren geführt wird nach dem Motto, es sei ja erstens evident, dass die „Protokolle“ aufgrund ihres Inhaltes echt sein müssten, und zweitens sei es im Grunde auch unerheblich, ob sie gefälscht oder echt seien, da sie ja eine höhere Wahrheit, den jüdischen Weltplan eben, verkörperten.

Vergleichbar, um ein adäquates Bild zu gebrauchen, ist diese Textexegese der Suche der Alchemisten nach dem Stein der Weisen, dem *lapis philosophorum*, jener geheimnisvollen festen oder flüssigen Substanz, von deren Existenz sie jahrhundertlang überzeugt waren, die unedle Metalle in Gold und Silber verwandeln und gehörig verdünnt als lebensverlängerndes und verjüngendes Elixier (*aurum potabile*) dienen sollte.

Der Vergleich zwischen den Antisemiten, die die „Protokolle“ als Schlüsseldokument propagieren, und der Alchemie, die sich seit der Spätantike bis ins 17. Jahrhundert als Pseudowissenschaft mit den Elementen und Substanzen des Lebens beschäftigt, liegt nahe. Beide geheimen Künste und Bestrebungen, die Alchemie wie die Ideologie der Judenfeindschaft, agieren auf der Basis religiöser, naturphilosophischer, esoterischer, magischer Weltanschauung mit Heilserwartungen.

Mythen

Die Unterscheidung von positiven Mythen – etwa des jüdischen Widerstands gegen den Holocaust in der Strategie der nationalen Identifikation Israels – und negativen Mythen – etwa der Furcht vor kommunistischer Bedrohung bei der Gründung der Bundesrepublik – führt uns nicht weiter. Wir gehen vielmehr davon aus, dass Mythen generell eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung und Wirkung haben, weil es offensichtlich Bedarf gibt an irrationalen „Erklärungen“ für komplexe Zusammenhänge wie die Macht des Kapitalismus, die Entstehung des Kommunismus, den Nahost-Konflikt, die Globalisierung, die Armut in der Welt usw.

12 Henry Ford, *The International Jew. The World's Foremost Problem*, Dearborn, Mich. 1920, p. 129; (dt. Ausgabe: *Der internationale Jude*, Leipzig o. J. [25. Aufl., 88.–89. Tsd.], S. 111.

Auf der Suche nach Antworten, warum die „Protokolle“ so lange und so nachhaltig Wirkung haben, ist die Erkenntnis, dass es sich um ein absurdes und hassgeborenes Konstrukt handelt, nicht hilfreich. Die Absurdität des Verschwörungsmythos ist ja kein Einwand gegen, sondern ein Ingredienz für die Wirkung. Carl Schmitt hat festgestellt, dass „keine noch so klare Gedankenführung [...] gegen die Kraft echter mythischer Bilder“ aufkomme.¹³

Ideologen und Demagogen haben allezeit diese Erkenntnis angewendet, die zaristische Geheimpolizei nicht anders als die Nationalsozialisten oder die islamistischen Agitatoren, denen die Legende von der jüdischen Weltverschwörung willkommenes Munition im Kampf gegen Israel ist, oder christliche Fundamentalisten in Osteuropa, die mit dem Kommunismus abrechnen, oder Amerikafeinde in Japan, die den Kapitalismus erklären wollen – sie alle benutzen das mythische Bild vom Juden, der nach Weltherrschaft strebt.

Hilfreich sind daher Einsichten in die Funktion von Mythen. Sie haben die Aufgabe der symbolischen Zeichensetzung im politischen und kommunikativen Prozess; damit soll Orientierung geschaffen werden, und Codes werden bereitgestellt, die zur Erklärung von Problemen abgerufen werden können.¹⁴

Die Realität wird im Mythos durch das Symbol ersetzt. Damit ist er der Rationalität entrückt; praktikabel sind Mythen als Elemente von Ideologie, das heißt Realität wird durch Glauben substituiert, Fakten werden zu Fiktionen transformiert. Roland Barthes hat Entstehung und Wirkung der „Mythen des Alltags“ analysiert und Grundeinsichten vermittelt, die auch für unseren Fall, die „Protokolle“, gelten: „Der Mythos leugnet nicht die Dinge, seine Funktion besteht im Gegenteil darin, von ihnen zu sprechen.“ Aber er redet nicht von Dingen, wie sie sind, sondern er kehrt sie um und gibt ihnen eigene neue Bedeutung. „Er gibt ihnen eine Klarheit, die nicht die der Erklärung ist, sondern die der Feststellung.“¹⁵

Normalerweise haben Mythen ein historisches Ereignis wie die Französische Revolution mit der Idee von Freiheit und Gleichheit oder den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zum Ausgangspunkt. Wie die „Protokolle“ zeigen, kann aber auch eine Fiktion als Kern des Mythos dienen. Durch unablässiges Zitieren, durch Assoziation und Konnotation gewinnt er scheinbar Realität. Die Imagination wird schließlich als wirkliches Geschehen wahrgenommen und

13 Carl Schmitt, *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes. Sinn und Fehlschlag eines politischen Symbols*, Hamburg 1938, Reprint Köln 1982, S. 123.

14 Vgl. Andreas Dörner, *Die Inszenierung politischer Mythen. Ein Beitrag zur Funktion der symbolischen Formen in der Politik am Beispiel des Hermannsmythos in Deutschland*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 34 (1993), S. 199–218.

15 Roland Barthes, *Mythen des Alltags*, Frankfurt a. M. 1964, S. 131.

anerkannt, die „Protokolle“, ein durch und durch antiaufklärerisches Dokument, haben als Mythos Überzeugungskraft erlangt und werden zum „Beweis“ der jüdischen Weltverschwörung.

Alfred Rosenberg hat als nationalsozialistischer Ideologe Glaubenssätze fixiert, die jeder rationalen Erörterung entzogen als gültige „Wahrheiten“ dargestellt sind. Er wollte eine neuheidnische, auf Rassismus gegründete Religion stiften und gab seiner Programmschrift den Titel „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“. Er machte damit den Anspruch auf ultimative Welterklärung deutlich. Dass sein Buch¹⁶ – ebenso wie Hitlers „Mein Kampf“ – mehr zitiert als gelesen wurde, hat keine einschränkende Bedeutung, entscheidend ist die Setzung des Mythos als einer Erzählung, die Emotionen anspricht, Symbolwert hat, Erklärung der (scheinbaren) Zusammenhänge der Welt anbietet und – jenseits rationaler Beweisbarkeit, aber mit dem Anschein von Logik – leicht verstanden werden kann. Dies geschieht im Falle der „Protokolle“ auf besonders perfide Art durch die Simulation eines Dokumentes, das zunächst als Textsorte („Protokoll“), dann durch Tradition und Verbreitung, vor allem aber durch seine mythische Qualität („Geheimdokument“ des Judentums) Referenzcharakter erhielt. „Enthüllung“ und Schuldzuweisung als Methoden zur Stigmatisierung der jüdischen Minderheit sind im Kontext vieler Kulturen leicht nachvollziehbar. Das hat die „Protokolle der Weisen von Zion“ zur Chiffre der Judenfeindschaft gemacht, die beliebig einsetzbar ist.

Zu aufklärerisch hatte Benjamin Segel seiner Studie über die „Protokolle“ den Untertitel *Eine Erledigung* gegeben. Das gründlich recherchierte Buch erschien 1924 in Berlin, es hatte freilich schon deshalb wenig Wirkung, weil es in einem jüdischen Verlag publiziert wurde und von den Antisemiten als eine Art Schadensbegrenzung im jüdischen Interesse diffamiert wurde. Der Verfasser hatte allerdings ahnungsvoll im Vorwort geschrieben: „Wir sagten uns, es ist überflüssig, gegen dieses dumme Zeug anzukämpfen, das wird über kurz oder lang unter dem Hohnlachen der ganzen Welt zusammenbrechen. Wir haben uns getäuscht. Wir haben die Dummheit und Leichtgläubigkeit der Welt sehr erheblich unterschätzt. Mit diesen Protokollen hat gleichsam die Geschichte das Experiment gemacht, was man alles in einem aufgeklärten Zeitalter den Massen zumuten darf, die sich rühmen, die Vertreter von ‚Bildung und Besitz‘ zu sein.“¹⁷

16 Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, München 1930, zahlreiche Folgeauflagen mit fast 2 Millionen Exemplaren.

17 Benjamin Segel, *Die Protokolle der Weisen von Zion kritisch beleuchtet. Eine Erledigung*, Berlin 1924, S. XII; vgl. auch das mit ähnlichem aufklärerischen Anspruch für die USA geschriebene Buch: Herman Bernstein, *The Truth about „The Protocols of Zion“*. A complete Exposure, New York 1935.

Jude und Papst – Antichrist und Teufel: Zur Vorstellung von „jüdischer Verschwörung“ im Mittelalter

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ gelten als der antisemitische Paratext des 20. Jahrhunderts. Das ist richtig und falsch zugleich. Richtig ist es, was Motive und Verbreitung der „Protokolle“ angeht, falsch, was die Herkunft und Eigenheit dieser Motive angeht. Der folgende Beitrag will hier ein differenzierteres Bild entwerfen. Dabei kann es nicht nur um das Aufzeichnen von Kontinuitäten gehen. Es wird auch zu zeigen sein, was sich an der Gestalt und Funktion von Verschwörungsvorstellungen im Laufe der Zeit geändert hat.¹

Als im Jahr 1348 allenthalben die Kunde umging, die Juden hätten Brunnen und Quellen vergiftet und die von Süden über Europa heraufziehende Pestwelle absichtlich herbeigeführt, reagierten die Frankfurter Juden umgehend. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte waren sie in hohem Maße alarmiert. 1298 („König Rintfleisch“) und 1337 („Armleder“) hatten Hostienerschändungsvorwürfe genügt, antijüdische Bewegungen und Verfolgungen im ganzen Süden Deutschlands, von Franken bis Österreich und bis ins Elsass hinein auszulösen. Die Frankfurter Juden waren damals immerhin nahe genug am Geschehen, um bei dem neuerlichen Gerücht alarmiert zu sein, zumal zur gleichen Zeit der Thronkampf zwischen Günther von Schwarzburg und Karl aus dem Luxemburger Haus tobte und das Königtum als der sonst berufene Garant der Rechte und der Unversehrtheit der Juden somit paralysiert war.²

- 1 Im Aufbau folgt dieser Text mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber meinem Beitrag: Die Zeichnung eines Frankfurter Ratsschreibers (~1450) und die Vorstellung von ‚jüdischer Verschwörung‘ im Mittelalter, in: Heribert Müller (Hrsg.), „... Ihrer Bürger Freiheit“. Frankfurt am Main im Mittelalter, Frankfurt a. M. 2004. Eine umfassende Darstellung bietet demnächst Johannes Heil, Gottesfeinde – Menschenfeinde. Die Vorstellung von jüdischer Weltverschwörung, 13. bis 16. Jahrhundert, Essen 2005.
- 2 Zu Karl IV. und den Pogromen der Pestjahre 1348/49 vgl. František Graus, Pest – Geissler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit, Göttingen 1987; zu Frankfurt im Jahr 1349: Johannes Heil, Vorgeschichte und Hintergründe des Frankfurter Pogroms von 1349, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 41 (1991), S. 105–151.

Die Frankfurter Juden also schickten nach dem Papst, und von Clemens VI. erhielten sie, was sie erhofft hatten: eine Schutzbulle, die sie vor falschen Vorwürfen in Schutz nahm und von der sie auch hofften, dass sie ihnen tatsächlich Schutz gewähren würde.³ Bekanntermaßen war diese Bulle am Ende nicht das Pergament wert, auf das sie geschrieben war. Denn der Versuch des Ausstellers, Logik gegen Verdacht zu rücken, d. h. der Hinweis, dass der Pest, wo sie ausbrach, auch Juden zum Opfer fielen, fruchtete nichts gegenüber der panischen Angst vor der Pest und dem Kalkül jener, die als Profiteure der Angst antraten. Die Frankfurter Juden wurden im Sommer 1349, wenige Wochen nach der Rückkehr ihrer Gesandten aus Avignon, gleich den Juden in anderen mitteleuropäischen Städten vor und nach ihnen, umgebracht.⁴

Von diesen Vorgängen soll hier nicht weiter gehandelt werden, sondern von einem Moment ihrer Nachgeschichte, das für die Formierung der Vorstellung von „jüdischer Weltverschwörung“ besonders aufschlussreich ist: Etwa hundert Jahre nach den Ereignissen, um das Jahr 1450,⁵ übertrug ein Frankfurter Schreiber den Text der Bulle von 1348 in das städtische Kopialbuch, und dabei fertigte er am Rand der Seite eine Zeichnung an, die sie, wo sonst gerade einmal schön gezeichnete Initialen begegnen, über alle anderen Einträge heraus hob. Die Zeichnung kann auch heute noch etwas mitteilen, freilich nicht im Sinn des aufgeregten Einspruchs gegen die Zeitläufte, wie der Schreiber sie sah, sondern als punktuell verdichteter Spiegel damaliger Vorstellungsräume, die die Zeitgenossen – vielleicht nicht alle – mit dem Frankfurter Schreiber teilten.

Dabei hatte die Zeichnung in einem Kopialbuch kein natürliches Publikum, auf das hin sie gestaltet gewesen sein könnte. Das macht diese Marginalie so interessant: Sie war nicht auf Außenwirkung hin gezeichnet; sie war keine um

3 Vgl. Shlomo Simonsohn, *The Apostolic See and the Jews*, Documents, 6 Bde., Bd. 1, Toronto 19912, Nr. 372 f., S. 396 ff.; ferner Isidor Kracauer, *Geschichte der Juden in Frankfurt am Main (1150–1824)*, hrsg. v. Vorstand der Israelitischen Gemeinde Frankfurt am Main, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1925, S. 31 f.

4 Vgl. Alfred Haverkamp, *Die Judenverfolgungen zur Zeit des Schwarzen Todes im Gesellschaftsgefüge deutscher Städte*, in: ders. (Hrsg.), *Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, Stuttgart 1981, S. 27–93; ferner Graus, *Pest – Geissler – Judenmorde*.

5 Dietrich Andernacht, *Regesten zur Geschichte der Juden in der Reichsstadt Frankfurt am Main von 1401–1519*, 3 Bde., Hannover 1996, Bd. 1, Nr. 938, zu Kopialbuch 3, fol. 261r.; die Fol.-Angabe des Regests ist zu korrigieren. Ich danke Tobias Picard vom Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, für diese Überprüfung und weitere Recherchen vor Ort.

des Effekts willen und vielleicht wider besseres eigenes Wissen polemisch aufgeladene Karikatur (wie im Fall des bösen Motivs von der „Judensau“ am Frankfurter Brückenturm und anderswo). Die Szene sollte ganz dem internen Geschäftsgang vorbehalten bleiben, als persönliche Zeitgeschichtsdeutung. Die Zeichnung wird im Folgenden als Text gelesen, als knappe, präzise Information, die auf Voraussetzungen aufbaut und in gleich mehrere Zusammenhänge hinein reicht. Deshalb werden zur Deutung weitere, geschriebene Texte hinzugezogen, die helfen sollen, die verschiedenen Ebenen dieser Zeichnung zu illustrieren.

Die Lesung des gezeichneten Inhalts

Die Figur zeigt einen Papst und zwei Juden sowie eine zwischen ihnen verlaufende Handlungskommunikation. Auf den zweiten Blick wird allerdings deutlich, dass wir uns nur des einen Juden am unteren Bildrand sicher sein dürfen, die beiden anderen Figuren aber nach zusätzlicher Interpretationen verlangen.

Die Figur am unteren Rand ist durch Kopfbedeckung, Schläfenlocken, Bart, gelben Ring und anderes als Jude ausgewiesen. Mit der rechten Hand reicht er dem Figurenpaar in der oberen Bildhälfte Münzen („Kreuzer“) entgegen. Jenes Paar zeigt, an der Tiara erkennbar, einen Papst und auf seinen Schultern einen Juden, wieder mit Judenhut, Schläfenlocken, etc. Das Paar zeigt einen Papst und einen Juden – fraglich ist, ob sie auch Papst und Jude sind. Denn dem Juden wird eine schweinsartige Nase ins Gesicht gezeichnet, der Figur eignet demnach – soviel können wir festhalten – ein doppeltes Wesen, sie ist eine hypernatürliche, aus zwei Wesenheiten komponierte Gestalt. Für die Klärung der ihr untergebenen Figur kann dieser Befund nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wieder stellt sich die Frage, ob die Figur ist, was man sieht: Wird ein Papst von



fol. 261r

einer judenartigen Figur dominiert oder ist jener, den wir da sehen, am Ende gar kein Papst? Zunächst sei nur festgestellt, dass es sich hier um eine Kommentarszene handelt; es wird ein Geschehen dargestellt – ein Jude reicht dem Papst Geld –, und zugleich wird der Vorgang mit der Negativzeichnung des Empfängers kommentiert. Die so gewonnene vorläufige Lesart lautet: Wenn die Juden einen päpstlichen Schutzbrief erlangen, so muss der Papst bestochen sein.

Die mentalen und politischen Implikationen der Zeichnung

Dass die Juden den Schutzbrief 1348 nicht ohne Gegenleistung erhalten hätten, war wahrscheinlich eine realistische Annahme: Pergament und Schreiber wollten bezahlt sein, wo Juden um eine Bestätigung nachsuchten, erschien eine Erstattung der Auslagen nicht unbillig. Auch für die Bestätigung ihres Schutzbriefes von 1414 durch Kaiser Friedrich III. beim Frankfurter Fürstentag 1442, also in den Jahren der Entstehung unserer Zeichnung, hatten die Frankfurter Juden die Summe von 1000 Gulden aufbringen müssen.⁶

Des Zeichners Aussage reicht freilich weiter. Nicht der Vorgang der Privilegierung als solcher, sondern ihr Inhalt und überhaupt ihr Zustandekommen sollten das Ergebnis von jüdischen Zuwendungen gewesen sein: Nur der Macht des Geldes verdankten die Juden demnach ihren Schutz. Damit korrespondiert auch der aus Vergil, Aeneis III.56 (Dante, Inferno XXII) bezogene Vers, der der Zeichnung beigegeben ist: „Auri sacra fames, quid non mortalia pectora cogis“ („Wozu treibst du nicht die Herzen der Menschen, verfluchter Hunger nach Gold!“). Das herrschaftskritische Wucher- und Bestechungsmotiv freilich musste nicht erst erfunden werden, es war bereits in Umlauf, und der Frankfurter Zeichner griff es nur auf. Zur Verdeutlichung lohnt der Blick auf andere Quellen, die erst die Dimension dessen deutlich machen, was mit dieser Zeichnung gesagt wurde:

Schon in der Vita des angeblich von Juden 1144 in Norwich ermordeten Knaben Wilhelm, die der Mönch Thomas von Monmouth um 1150 verfasste und die als früheste schriftliche Ausgestaltung der Legende vom jüdischen Ritualmord gilt, war es der aufmerksame Norwicher Bürger Ælward Ded, der den entscheidenden Hinweis zur Aufdeckung von Tat und (angeblichem) Täter

6 Andernacht, Regesten, Bd. 1, Nr. 695, S. 190 f.; Kracauer, Bd. 1, S. 188 f.

gab, während der königliche Sheriff, vom Glanz des gebotenen Geldes verleitet, die Juden zu schützen suchte.⁷ Von den Beschützern der Juden ging solchen Darstellungen zufolge dieselbe Gefahr für die Christenheit aus wie von den Juden selbst – es sei denn, jene Christen kämen noch zur Besinnung und verstünden den Misserfolg ihrer Anstrengungen als Fingerzeig Gottes.⁸

Die gezielte Anfechtung des traditionellen, von Augustinus und Gregor dem Großen festgeschriebenen eschatologischen Vorbehalts zugunsten der Juden ist ein Thema, das wenigstens seit dem 11. Jahrhundert die Theologiegeschichte durchzieht⁹ und auch in Frankfurt seinen Niederschlag fand – nicht nur in der Stube des Ratsschreibers. Ein am Neujahrstag des Jahres 1439 anonym angebrachter und bis heute im Archiv bewahrter (also seinerzeit konfiszierter!) Zettel drohte allen, die Macht haben, den Juden das Geschäftemachen am Sonntag zu verbieten und die dies unterlassen, mit Gottes Strafgericht.¹⁰ Es ist stets dasselbe Muster: Konnten die Juden sich der „Rechenschaft“ entziehen, dann musste Geld im Spiel gewesen sein: „Das [der Mord an Juden in Weißensee und anderswo 1303] wäre auch in Erfurt geschehen, wenn nicht ihr vieles Geld ihnen beim Rat und den vornehmen Bürgern Verteidigung gesichert hätte“, heißt es in einer Erfurter Chronik des 14. Jahrhunderts.¹¹ Dass auch die Regenten von solchen Verdächtigungen nicht ausgenommen blieben, überrascht keineswegs: Bereits im Zusammenhang des vermutlich ersten Ritualmordvorwurfs im deutschsprachigen Raum, zu Fulda 1235, referieren die Marbacher Annalen die Version, dass Kaiser Friedrich II. die Anschuldigungen gegen die Juden nur um eine große Summe Geldes niedergeschlagen

7 Thomas von Monmouth, *The Life and Miracles of St. William of Norwich*, hrsg. v. Augustus Jessopp, Cambridge 1896, I.7–8, S. 27, 29 f.; vgl. auch ebenda, II.10, 15, S. 91 ff., 111 f.

8 Chronik der bayerischen Herzöge, in: Georg Leidinger (Hrsg.), *Bayerische Chroniken des 14. Jahrhunderts*, Hannover/Leipzig 1918, S. 167, Z. 16–24; vgl. auch Karl Hegel (Hrsg.), *Chronicon Moguntinum*, Hannover 1885, S. 18, zu 1367.

9 Aus der umfangreichen Literatur die Übersicht bei Jeremy Cohen, *Living Letters of the Law. Ideas of the Jew in Medieval Christianity*, Berkeley u. a. 1999.

10 Andernacht, *Regesten*, Bd. 1, Nr. 530, S. 149 (1439).

11 *Cronica S. Petri Erfordensis mod.*, in: Oswald Holder-Egger (Hrsg.), *Monumenta Erphesfurtensia saec. XII., XIII., XIV.*, Hannover 1899, S. 323, Z. 17–20; Siegfried von Balnhausen, *Compendium historiarum*, c. 251., in: MGH *Scriptores* (künftig: SS) 25 (1880), S. 715 f.; *Germania Judaica II. Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jh.*, hrsg. v. Zvi Avneri, 2 Teilbde., Tübingen 1968, S. 875; ferner zu 1263 *Gesta Henrici archiepiscopi Treverensis*, in: MGH SS 24 (1879), S. 455 Z. 38 ff.

habe.¹² Der Franziskaner und Chronist Johannes von Winterthur (gest. 1348) beschuldigte Ludwig den Bayern, den Kult um den wundertätigen Leichnam des angeblich von Juden in München 1346 ermordeten Knaben Heinrich unterbunden und die Juden geschützt zu haben. Auch das bald folgende Ende des Kaisers wollte er dieser „Verfehlung“ zuschreiben.¹³ Die Reihe ließe sich (beinahe) endlos fortsetzen.¹⁴ Sie alle machen deutlich, dass der Frankfurter Schreiber und Zeichner des 15. Jahrhunderts nicht bildete, sondern abbildete, was in seiner Umgebung gedacht werden konnte. Er führte ein „Wissen“ zusammen, das den Platz der Juden in der christlichen Gesellschaft auf textlich-ideologischer Ebene und mit ausgesucht gewaltsamem Ausdruck bestritt.

Das war keineswegs neu: In stupender Direktheit hatte um die Wende zum 13. Jahrhundert Richard von Devizes, ein im englischen Winchester wirkender Mönch, über die Vorgänge während der Krönung Richards I. („Löwenherz“) im Jahr 1189 geschrieben: „Am Krönungstag, etwa zu der Stunde, da der [Gottes-] Sohn [in der Feier der Messe] geopfert wurde, hat man in London begonnen, die Juden ihrem Vater, dem Teufel, zu opfern. Dabei begab sich die Feier dieses Mysteriums auf eine Weise, dass man das Brandopfer („holocaustum“, sic!) erst am anderen Tag zu Ende bringen konnte. Ebenso haben andere Städte der Gegend und Orte das Bekenntnis der Londoner begangen, und mit gleicher Hingabe ihre Blutsauger blutig der Unterwelt übergeben. Ähnlich [...] erging es den dem Verderben Geweihten im ganzen Reich, allein Winchester, jene stets zivil han-

12 Marbacher Annalen, hrsg. v. Roger Wilmans, in: MGH SS 17 (1861), S. 178; vgl. Bernhard Diestelkamp, Der Vorwurf des Ritualmords gegen Juden vor dem Hofgericht Kaiser Friedrichs II. im Jahr 1236, in: Dieter Simon (Hrsg.), Religiöse Devianz. Untersuchungen zur sozialen, rechtlichen und theologischen Reaktion auf religiöse Abweichung im westlichen und östlichen Mittelalter, Frankfurt a. M. 1990, S. 19–39. Ähnliche Vorwürfe zu 1288 (Unterbindung des Kults um Werner von Bacharach) gegen Kg. Rudolf: Chronicon Colmariense, MGH SS 17 (1861), S. 255; vgl. Wolfgang Treue, Schlechte und gute Christen. Zur Rolle von Christen in antijüdischen Ritualmord- und Hostienschändungslegenden, in: Aschkenas 2 (1992), S. 95–116; Johannes Grabmayer, Zwischen Diesseits und Jenseits. Oberrheinische Chroniken als Quellen zur Kulturgeschichte des späten Mittelalters, Köln u. a. 1999, S. 28 f., 242 f., 275.

13 Johannes von Winterthur, Chronik, Berlin 1924, S. 107 f., 260 f. (dazu GJ II., S. 557, 839). Vgl. auch Friedrich Lotter, Hostienfrevlvorwurf und Blutwunderfälschung bei den Judenverfolgungen von 1298 („Rintfleisch“) und 1336–1338 („Armleder“), in: Fälschungen im Mittelalter. Internationaler Kongreß der Monumenta Germaniae Historica, München, 16.–19. Sep. 1986, Teil V: Fingierte Briefe, Frömmigkeit und Fälschung, Realienfälschungen, Hannover 1988, S. 533–583, 549 f., 557.

14 Vgl. nur Treue, Schlechte und gute Christen; Heil, Gottesfeinde, Teile 3 und 5.

delnde Stadt mit seinem klugen, vorausschauenden Volk, behielt sein Gewürm bei sich.“¹⁵ Ein Erfurter Chronist rief den jüdischen Opfern der Pestpogrome von 1349 nur ein erbarmungsloses „Requiescant in inferno!“ hinterher.¹⁶

Dabei wäre es zu wenig, die im 13./14. Jahrhundert rapide voranschreitende Abwertung der Stellung der Juden in sozialer Praxis und Vorstellungswelt der christlichen Gesellschaft allein dem Impuls ignoranter Unterschichten und ungestümer Bettelordenchronisten vom Schlage eines Johannes von Winterthur oder Rudolf von Schlettstadt zuschreiben zu wollen. Und es haben sich auch nicht alle (mehr oder weniger) „kleinen Leute“ solch vorbehaltlos radikale Abwertungen zu Eigen gemacht. Wieder ist es eine dieser beiläufig geschriebenen Frankfurter Quellen, die auch dafür ein ganz bezeichnendes Beispiel bieten: 1474 fasste ein anderer Frankfurter in einer Sammlung lokaler Rechtstraditionen über die Juden die wesentlichen Gründe zusammen, weshalb den Juden kein Schaden geschehen solle, sondern sie zu erhalten seien: Einmal sei Christi Blut, wie sie selbst verlangt hätten, in ihnen; ferner seien sie wohl Feinde, aber dennoch auch Zeugen „unseres“ Glaubens; dann würden sie sich am Ende der Zeiten zu Christus bekehren; und schließlich nehme eine Vielzahl von ihnen schon jetzt die Taufe an.¹⁷ Dieser Autor war – daran lässt das Wort von der Feindschaft keinen Zweifel – den Juden gewiss nicht freundlich gesinnt, aber er wusste genau um den heilsgeschichtlichen Ort der Juden in Gegenwart und Zukunft, ganz so, wie es die (meisten) Kirchenväter vorgegeben hatten. Er war, wenn man so will, in der Lage, die Widersprüchlichkeit jüdischer Existenz inmitten der christlichen Stadt, wie er sie sah, einzuhegen und schließlich auch im eigenen Interesse zu deuten.

Das 15. Jahrhundert, in dem die Frankfurter Zeichnung entstand, hat nicht mehr die großen, brutalen Verfolgungswellen nach Art der „Armleder“-

- 15 Es handelt sich dabei um den ersten und für die kommenden Jahrhunderte auch einzigen Beleg für die Verwendung des biblischen (Septuaginta-)Begriffs für Judenmord: Richard von Devizes [Divisiensis], *De rebus gestis Ricardi primi*, in: Richard Howlett (Hrsg.), *Chronicles of the Reigns of Stephan, Henry II., and Richard I.*, Bd. 3, London 1886 (ND 1964), S. 383; zu Winchester ferner ebenda, S. 435 ff.; vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Lexikon des Holocaust*, München 2002, S. 100 f.
- 16 *Cronica S. Petri Erfordensis cont III.*, in: Holder-Egger, *Monumenta Erphesfurtensia* (1899), S. 380, Z. 6–14; ähnlicher Tenor bei Radulph von Coggeshale, *Chronicon anglicanum*, hrsg. v. Joseph Stevenson, London 1875 (Ndr. 1965), S. 27 f. (13. Jh.); Rudolf von Schlettstadt, *Historiae memorabiles*, insb. cc. 1, 14 (1974), S. 41 f., 61 f. (zu 1298); vgl. Grabmayer, *Zwischen Diesseits und Jenseits*, S. 265 f.
- 17 *Andernacht, Regesten*, Bd. 1, Nr. 1808, S. 467.

„Rintfleisch“- und Pestverfolgungen gesehen. Eines der letzten vergleichbaren Ereignisse war die „Wiener Geserah“, die Verfolgung der österreichischen Juden im Gefolge eines Hostienfrevolverwurfs von 1421, die mit der Ermordung einer großen Zahl und der Vertreibung des Restes der Juden im Herzogtum Österreich endete.¹⁸ Zu nennen sind auch die Verfolgungen im Bodenseeraum 1429/30, nachdem eine Ravensburger jüdische Hochzeitsgesellschaft der Ermordung eines Jungen bezichtigt worden war.¹⁹ Andere Beispiele blieben auf den lokalen Zusammenhang begrenzt. Das gilt auch für das bekannte Beispiel von Trient 1475, gleichwohl hier „Nachahmungsdelikte“ im Donauraum und in Oberitalien auszumachen sind. Dass man heute beim Stichwort „Ritualmord“ zunächst an Vorgänge wie jene in Trient denkt, liegt vornehmlich an der nunmehr möglichen breiten medialen Streuung von Text- und Bildmaterial und dem darauf folgenden modernen Interesse.²⁰

Ansonsten ging es im 15. Jahrhundert, wenn man so sagen kann, „geordneter“ zu; nicht tumultuarische Verfolgung, sondern das Bemühen um geordnete und rechtsförmlich abgesicherte Vertreibung bestimmten die Agenda. Als der Frankfurter Schreiber malte, waren große Städte wie Würzburg (1387), Köln (1424) und Mainz (1438, 1445 zurückgeholt) damit schon vorangegangen, Nürnberg (1498), die elsässischen Städte und schließlich Regensburg (1519) sollten folgen; territoriale Vertreibungen hatten neben Österreich in Stadt und Erzstift Trier (1418–30) stattgefunden, das Mainzer Erzstift folgte 1470.²¹ Auch die Frankfurter dachten in diesen Jahrzehnten an die Austreibung ihrer Juden, d. h. an eine Nichtverlängerung der befristeten „Juden-Stättigkeit“. Erstmals 1431 findet sich im Bürgermeisterbuch ein Hinweis auf Beratungen „ob man der juden quit mochte werden“. Im Unterschied zu dem Schrecken erregenden Bild, das die päpstliche Bestätigung der Umwandlung der Mainzer Synagoge in

18 Übersicht bei Klaus Lohrmann, *Judenrecht und Judenpolitik im mittelalterlichen Österreich*, Wien/Köln 1990, S. 298–309.

19 Ruppert, *Chroniken der Stadt Konstanz*, Bd. 1, S. 156 f.; vgl. Treue, *Schlechte und gute Christen*, S. 109, 111; Karl-Heinz Burmeister, *medinat bodase*, Bd. 2: *Zur Geschichte der Juden am Bodensee 1350–1448*, Konstanz 1996, S. 179–189.

20 Vgl. Wolfgang Treue, *Der Trienter Judenprozeß. Voraussetzungen – Abläufe – Auswirkungen (1475–1588)*, Hannover 1996.

21 Vgl. Markus Wenninger, „Man bedarf keiner Juden mehr“. Ursachen und Hintergründe ihrer Vertreibung aus den deutschen Reichsstädten im 15. Jahrhundert, Köln u. a. 1981; Friedhelm Burgard/Alfred Haverkamp/Gerd Mentgen (Hrsg.), *Judenvertreibungen in Mittelalter und früher Neuzeit*, Hannover 1999; sowie die entsprechenden Einträge in GJ II und GJ III.

eine Marienkirche nach der Vertreibung von 1438 gezeichnet hatte („Schaden für Seelen und Besitz der Christen“),²² scheinen böse Ahnungen vom Handeln der Juden beim Frankfurter Rat aber kaum eine Rolle gespielt zu haben; es waren wohl ganz pragmatische Erwägungen, die das Vertreibungsprojekt reifen ließen: die spärlichen Einkünfte von den fiskalisch ausgeplünderten Juden schienen einfach in keinem Verhältnis mehr zum Aufwand der ständigen Rechtsstreitigkeiten mit den Juden und wegen der Juden mit Kaiser, Fürsten und Bischöfen zu stehen.²³ Die Frankfurter Zeichnung, die noch vor der Einrichtung der Judengasse 1462 entstanden sein muss, spricht da allerdings eine andere, feindseligere Sprache. So dürfte in jenen Jahren beides, das pure Nutzendenken und die feindselige Wahrnehmung von den Juden, zum Hintergrund der Diskussion um das Was und Wo des Verbleibs der Frankfurter Juden gehört haben.

Die Papstgestalt in der Frankfurter Karikatur trägt keinen Namen und lässt sich keinem einzelnen Inhaber der Cathedra Petri zuordnen. So müssen wir uns damit begnügen, die unübersehbare Kritik an der kirchlichen Hierarchie zunächst in den allgemeinen Zusammenhang von Kirchenreform und Kirchenkritik einzuordnen. Womöglich entspringt die Genauigkeit, die die moderne Betrachtung verlangt, aber überhaupt der falschen Perspektive. Der Zeichner kommentierte einen zurückliegenden Zusammenhang, in dem ein Papst mit Namen Clemens die Hauptrolle gespielt hatte. Auf die Papstfigur wird weiter unten noch einmal eingegangen, hier soll zunächst der Hinweis genügen, dass bei einem anderen textlichen Zusammenhang der Jude ebenso gut auf den Schultern von Kaiser, König oder städtischen Ratsleuten hätte zu sitzen kommen können. Was der Zeichner ausdrückte, war eine fundamentale Unzufriedenheit mit den Verhältnissen der Welt in Frankfurt und anderswo und vor allem mit jedem Akt, der den Juden Sicherheiten und Freiheiten einräumte.

Die Bedeutung der dargestellten physiognomischen Verzerrungen

Was dem modernen Betrachter bei der Frankfurter Zeichnung sofort auffällt, ist die beabsichtigte Überzeichnung der Gesichtszüge des „handelnden“ Juden am unteren Bildrand. Solche Bilder erscheinen aus modernen antisemitischen

22 Simonsohn, *Apostolic See and the Jews*, Bd. 2, Nr. 735, S. 860 f. Zu Mainz auch GJ III/2 (1995), S. 805 f.

23 Andernacht, *Regesten*, Bd. 1, Nr. 379, S. 107; Kracauer, *Juden in Frankfurt*, S. 167, Anm. 2, 170; vgl. Fritz Backhaus, *Die Einrichtung eines Ghettos für die Frankfurter Juden im Jahre 1462*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 39 (1989), S. 59–86.

Karikaturen vertraut und legen den Schluss nahe, dass es derselbe Geist sei, der schon um die Mitte des 15. Jahrhunderts die Feder führte. Yosef H. Yerushalmi, um nur einen Namen zu nennen, wäre beglückt, einen so deutlichen Beleg für seine These von den deutschen und spanischen Vorläufern des modernen Rassismus im 15. und 16. Jahrhundert zu finden. Die Frage nach den Ursprüngen des Rassismus und dem Anbeginn von Abwertungsstrategien unter Einsatz von Zuschreibungen wesensmäßiger Eigenheiten des Anderen war deshalb in den vergangenen Jahrzehnten eine der zentralen Fragestellungen der historischen Vorurteilsforschung.²⁴ Freilich belegen analoge Phänotypen noch keineswegs, dass dahinter auch dieselbe Ideologie gestanden habe. So werden mit Recht Bedenken gegen Langzeitdeutungen von einer Art geltend gemacht, die eine so nicht gegebene Ursache-Wirkung-Relation suggerieren. Wo es keine Vorstellung von Rassen gab, war auch keine rassistische Darstellung im modernen Sinn möglich. Selbst die vorsichtigeren Lesart, wonach hier Hierarchisierungen und Abwertungen entlang einem weiter zu fassenden Naturbegriff gemacht wurden, bereitet Probleme, denn der damalige Naturbegriff war nicht nur ein vorwissenschaftlicher, sondern in seiner ganzen Anlage auch verschieden.²⁵

Deshalb soll hier bei der Deutung der Frankfurter Figur von einer ganz vordergründigen Ebene ausgegangen und zunächst nur auf die Absicht hingewiesen werden, angenommene und tatsächliche (religiös-soziale) Differenzen auch äußerlich kenntlich zu machen. Die physiognomischen Verzerrungen sind nur eines der Signale, das die Zeichnung zur Bekräftigung ihrer Aussage einsetzte. Auch der gelbe Fleck und der Judenhut wurden ja, was die ungefähr zeitgleiche Kritik des päpstlichen Legaten Nikolaus Cusanus (1452) hervorrief, in Frankfurt nicht getragen, aber durch den Ratsschreiber zur Ausstattung der Judenfigur selbstverständlich eingesetzt.²⁶ Bemerkenswerterweise begegnet diese

24 Yosef Hayim Yerushalmi, *Assimilierung und rassistischer Antisemitismus. Die iberischen und die deutschen Modelle* (Engl. 1982), in: ders., *Ein Feld in Anatot. Versuche über jüdische Geschichte*, Berlin 1993, S. 53–80; vgl. auch Winfried Frey, *Vom Antijudaismus zum Antisemitismus. Ein antijüdisches Pasquill von 1606 und seine Quellen*, in: *Daphnis* 18 (1989), S. 251–279.

25 Rainer Walz, *Der vormoderne Antisemitismus: Religiöser Fanatismus oder Rassenwahn?*, in: *Historische Zeitschrift* 260 (1995), S. 719–748; jetzt wichtig David Nirenberg, *Mass Conversion and Genealogical Mentalities: Jews and Christians in Fifteenth-Century Spain*, in: *Past & Present* 174 (2002), S. 3–41.

26 Zur Legationsreise des Nikolaus Cusanus 1452 und zu seinem Frankfurter Aufenthalt vgl. Johannes Helmuth, *Das Basler Konzil 1431–1449. Forschungsstand und Probleme*, Köln/Wien 1987, S. 349; Backhaus, *Einrichtung eines Ghettos*, S. 73, jeweils mit weiterer Literatur.

Form körperbezogener Differenzmarkierung zunächst in England, und hier schon wesentlich früher, in den Jahrzehnten vor der Austreibung der englischen Juden (1290). Aus dem Zeitraum von der Mitte des 13. Jahrhunderts bis zum Vertreibungsedikt Edwards I. lässt sich eine ganze Reihe von Belegen nennen, die nicht nur in ihrer Darstellung dem Frankfurter Beispiel ähneln und in der Wahl ihrer Mittel teilweise noch extremer ausfielen; sie gleichen der Zeichnung des Ratschreibers auch in ihrem „privaten“ Charakter und finden sich wiederum als persönliche Notizen am Rand von Steuerlisten und anderen Dokumenten mit jüdischem Bezug.²⁷

Die wahrnehmungsgeschichtliche Einordnung

Es ist bereits darauf verwiesen worden, dass die Gestalt, die die Papstfigur schultern muss, wohl in jüdischem Gewand erscheint, aber in ihrem Gesicht keine menschliche, auch nicht einfach eine entstellte, sondern eine tierische Nase prangt. Auch was das gebotene Geld in mehrfacher Hinsicht negativ konnotiert: die Übergänge von der Klage über den wirtschaftlichen zum seelischen, vom akuten zum ewigen Schaden waren fließend und gehörten, wie am Beispiel der spätmittelalterlichen Predigtliteratur gezeigt werden kann, argumentativ ganz unmittelbar zusammen.²⁸ Was man hier sieht, ist also weit mehr als nur eine boshafte Verzerrung, und mit Absicht spreche ich bei dem Figurenpaar lediglich von einer Papst- und Judengestalt. Denn wirklich dargestellt ist hier womöglich ein ganz anderes Paar; es tritt nur im Habitus von Papst und Jude an. Die Judenfigur lässt mit ihrer „Schweinenase“ eine unübersehbare körperliche Abweichung erkennen und dürfte am Ende niemand anderes als der Teufel höchst selbst sein. Die sie schulternde Papstfigur wird dann in logischer Folge der „inmitten des Tempels“, auf der *Cathedra Petri*, sitzende Antichrist sein. Das Schwein auf dem Banner also ist mehr als nur eine böse Parodie, nämlich das *Signum* der von unten heraufgestiegenen, unreinen Gegenkirche. Nicht auf Verspottung und auch nicht einfach auf politische Kritik zielte diese Zeich-

27 Vgl. die Abbildungen bei Heinz Schreckenberg, *Die Juden in der Kunst Europas*, Freiburg/Göttingen 1996, S. 216 f.

28 Hans-Martin Kirn, Antijudaismus und spätmittelalterliche Bußfrömmigkeit: Die Predigten des Franziskaners Bernhardin von Busti (um 1450–1513), in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 108 (1997), S. 147–175.

nung, sondern auf Entlarvung der inmitten der christlichen Gemeinde sitzenden vermeintlichen Vorhut des letzten Gegners, des Antichristen.²⁹

Den Juden kommt dabei eine doppelte Rolle zu: die des Signums, denn in jüdischer Figur erscheint der Teufel; und die des Kronzeugen, denn durch ihr Handeln wird der Antichrist offenbar. Dass die Juden den Aussteller des Schutzbriefes von 1348 bestochen haben sollen, ist also nur die eine, nämlich vordergründige Seite.

Nichts weniger als das war es, was der Zeichner da für sich und die Blicke einiger weniger anderer zeichnete. Er bietet ein eindringliches Bild, eine beunruhigend-böse Ahnung, wobei wir nicht wissen, ob er diesen Zustand als bereits eingetretene Realität oder als drohendes Szenarium verstand. Der böse Ernst der Zeichnung bringt das Gefühl einer von außen und in ihrem Innern bedrängten Christenheit zum Ausdruck. 1453 fiel mit der ruhmreichen Kaiserstadt Konstantinopel ihre östliche Bastion, zum – wie man heute weiß – keineswegs ungeteilten Schrecken der Christenheit, aber Letzteres dürfte der Frankfurter Schreiber nicht gewusst haben.³⁰ Die angenommene Feindschaft der Juden war in seinem Szenarium nur ein einzelnes Moment, ein Teilaspekt. Freilich waren es die Juden, ihr Handeln und ihre Erfolge, die dem Zeichner „die Augen öffneten“ für alles, was er sonst unter der päpstlichen Tiara nicht erkannt hätte. Die Juden in der Nachbarschaft, die alles Wesen vom realen Überbringer des Geldes am unteren Bildrand bis zum teuflisch verzerrten Weltenherrscher einschließen sollten, erschienen danach als die Schnittstelle, die der widerchristlichen Opposition Eingang in die Welt verschaffte.

29 Zur Orientierung noch immer nützlich: Joshua Trachtenberg, *The Devil and the Jews. The Medieval Conception of the Jew and Its Relation to Modern Antisemitism*, Yale 1943 (Ndr. Cleveland 1961). Zur Verbindung der Motive „Antichrist“ und „Juden“ grundlegend ist Andrew C. Gow, *The Red Jews. Antisemitism in an Apocalyptic Age 1200–1600*, Leiden/New York/Köln 1995.

30 Vgl. Erich Meuthen, *Der Fall von Konstantinopel und der lateinische Westen*, in: *Historische Zeitschrift* 237 (1983), S. 1–35; Ulrich Andermann, *Geschichtsdeutung und Prophetie. Krisenerfahrung und -bewältigung am Beispiel der osmanischen Expansion im Spätmittelalter und in der Reformationszeit*, in: Bodo Guthmüller u. a. (Hrsg.), *Europa und die Türken in der Renaissance*, Tübingen 2000, S. 29–54.

Die Frankfurter Zeichnung und die Genese des Motivs von der „Jüdischen Weltverschwörung“

Es sind diese zutiefst feindseligen und zugleich so selbstverständlich geäußerten Artikulationen dieser Zeichnung, die etwas über das Herkommen von Judenfeindschaft und besonders der Vorstellung von der „jüdischen Weltverschwörung“ erzählen, Letztere freilich nicht nach der Art, wie sie moderne Versionen und besonders die „Protokolle der Weisen von Zion“ bieten. Die Zeichnung repräsentiert die ältere, apokalyptisch gebundene Version, in der die Juden nur eine signifikante Funktion in einem Geschehen sind, das letztlich gottgewollt gewesen sein sollte und auf das die Juden am Ende (einmal mehr) keinen Einfluss hatten. Man wird diese Zeichnung also nicht einfach im Sinne einer eingeleisigen Motivgeschichte lesen, die dann nur noch graduelle Veränderungen bis hin zu den Lesarten der Gegenwart markieren sollen. Für das Verständnis der modernen Verschwörungsvorstellungen sind die Frankfurter Zeichnung wie auch die sonst zu behandelnden Quellen gerade ob ihrer Kontrasthaftigkeit von Bedeutung, und sie sind der motivische Nährboden, aber nicht die Ursache für die Attraktivität, die die „Protokolle der Weisen von Zion“ im 20. wie auch im 21. Jahrhundert ausüben.³¹

So betrachtet, eignet sich eine Quelle wie die Frankfurter Zeichnung nicht nur zum Beleg für Kontinuitäten der Gegnerschaftswahrnehmung, sondern im Gegenteil auch zur Konturierung von Differenzen zwischen ihren älteren und neueren Erscheinungen. Denn im Weltverständnis der modernen Judenfeinde spielen die Juden nicht mehr die für das mittelalterliche Verständnis so typische Rolle eines heilsgeschichtlich notwendigen und am Ende doch noch zu bekehrenden Widerparts. Stattdessen treten sie als unbedingte Feinde in Erscheinung. In der Moderne sind sie nicht mehr Statisten, sondern gleichermaßen Ursache, Hauptakteure und Regisseure des Weltendramas. Mit ihren mittelalterlichen Vorläufern verbindet die moderne Vorstellung von der „jüdischen Weltverschwörung“ einige zentrale Motive: die supralokale Kommunikation der Juden, die Existenz einer im kriminellen Handeln geeinten jüdischen Elite oder das planmäßige Zusammentreten dieser Elite (sei es zu Synoden, Hochzeit, Messe oder Börse).

31 Die maßgebliche Studie ist noch immer Norman Cohn, *Die „Protokolle der Weisen von Zion“*. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung, zuletzt Baden-Baden 1998; vgl. ferner Armin Pfahl-Traughber, *Der antisemitisch-antifreimaurerische Verschwörungsmithos in der Weimarer Republik und im NS-Staat*, Wien 1993.

Dem säkularisierten Verschwörungdenken der Neuzeit fehlt aber jede tröstende Hoffnung auf die Remedur des Himmels, und es spielt sich dann ganz in dieser Welt ab. Das moderne Denken deshalb auch seiner Struktur nach als un-apokalyptisch zu verstehen, wäre allerdings kurzschlüssig, denn gerade nachdem der Antichrist ausgefallen, vergessen und seine Rolle im Weltenddrama gestrichen ist, verlangt das Verschwörungswissen der Moderne um so dringender nach der Figur des Salvators: Der Anbruch der himmel- und höllenlosen Endzeit, der nun dauerhafte Zustand der Verknechtung (dem Wesen nach eine säkularisierte Hölle), lässt sich in der Vorstellung jener, die die Verschwörung entdeckt haben, nur mehr aufhalten, wenn der oder die Erlöser unmittelbar und nachhaltig in die Entwicklung eingreifen. Geschieht dies nicht, ist die „Niederlage“ zwangsläufig und vor allem wesentlich irreversibel.³²

Insofern ist der Weg von der spätmittelalterlichen Frankfurter Zeichnung zu den Vorstellungen der Moderne und ihrem bildlichem Niederschlag auch weiter, als es auf den ersten Blick scheinen will. Zwischen beiden hat ein lang gezogener Prozess der Säkularisierung stattgefunden, in dessen Verlauf alle unmittelbaren metaphysischen Anbindungen des Verschwörungsszenariums verloren gegangen sind und der Antichrist einen langsamen Tod gestorben ist. Irgendwann um die Mitte des 17. Jahrhunderts hat er sich still und leise im Grab der Ideengeschichte beisetzen lassen. Die himmel- und höllenlose Variante der modernen Vorstellung von jüdischer Weltverschwörung hat sich dabei in einem langen Prozess herausgebildet. Mittlerweile ist sie bald so alt wie die alte Mär von der jüdischen Anhänglichkeit an den Antichristen.

32 Bei den säkularen Propheten der modernen Apokalyptik drückt sich das meist schon im Titel aus: vgl. Wilhelm Marr, *Der Sieg des Judenthums über das Germanentum vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet*, Bern 1879.

Łódź 1968: Die „Protokolle“ und die antizionistische Kampagne in Polen

Der israelisch-arabische Krieg im Juni 1967 führte in der Volksrepublik Polen zunächst zu einem Wendepunkt in der Politik gegenüber Israel und wurde im folgenden Jahr zum Katalysator eines antisemitischen Propagandafeldzuges, der sich gegen Polen jüdischer Herkunft im eigenen Land richtete. Etwa 13 000 Personen sahen sich nach dem März 1968 unter demütigenden Umständen gezwungen, ihre sozialistische Heimat zu verlassen. Zu diesen „Märzereignissen“, wie die Studentenunruhen von 1968 und die sich anschließende „antizionistische“ Kampagne in der polnischen Diskussion meist bezeichnet werden, liegen seit den 90er-Jahren Veröffentlichungen vor, die die Geschehnisse aufrollen und im Zusammenhang mit der Krise des politischen Systems der Volksrepublik Polen analysieren.¹ Überwiegend bezieht sich diese Literatur auf das Geschehen in der polnischen Hauptstadt. In diesem Beitrag steht Łódź, die zweitgrößte Stadt Polens, im Mittelpunkt. Dort ging das Komitee der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) im Zuge der so genannten antizionistischen Kampagne in besonders rigider Weise vor.² Mit der seit dem Zweiten Weltkrieg wahrscheinlich ersten polnischen Neuauflage des antijüdischen Pamphlets „Die Protokolle der Weisen von Zion“ beging das Parteikomitee in Łódź einen Tabubruch.³

- 1 Hier nur eine Auswahl: Jerzy Eisler, *Marzec 1968. Geneza, przebieg, konsekwencje* [März 1968. Entstehung, Verlauf und Folgen], Warszawa 1991; M. Fik, *Marcowa kultura. Wokół „Dziadów”, literaci i władza, kampania marcowa*, Warszawa 1995; *Marzec 1968. Trzydzieści lat później*, Bd. 1: M. Kula/P. Osęka/M. Zaremba (Hrsg.), Referate, Bd. 2: M. Zaremba (Hrsg.), *Aneks źródłowy. Dzień po dniu w raportach SB oraz Wydziału Organizacyjnego KC PZPR*, Warszawa 1998; Dariusz Stola, *Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967–1968*, Warszawa 2000; Beate Kosmala (Hrsg.), *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül*, Berlin 2000; Ingo Loose, 1968. Antisemitische Feindbilder und Krisenbewusstsein in Polen, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 481–502.
- 2 Stola, *Kampania*, S. 188.
- 3 Janusz Tazbir, *Protokoły mędrców syjonu. Autentyk czy falszyfikat* [Die Protokolle der Weisen von Zion. Authentische Schrift oder Fälschung], Warszawa 2004, darin der Abschnitt „Im Nachkriegspolen“, S. 146–151.

Israelfeindschaft war 1967 nicht auf Polen beschränkt. Nach der antiisraelischen Weichenstellung auf der Kreml-Konferenz am 9. Juni 1967 brachen die kommunistischen Staaten (mit Ausnahme Rumäniens) die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.⁴ Auch Länder der Dritten Welt sowie die radikale Linke im Westen reagierten auf den Sechstagekrieg mit einer scharfen Wendung zum Antizionismus.⁵ In den Medien der Sowjetunion, die als Führungsmacht des Ostblocks die arabische Seite massiv unterstützte, wurde der Topos von der jüdischen Weltverschwörung im Gewand des „Zionismus“ als angeblich besonders gefährliche Spielart des Imperialismus propagiert. Jedoch anders als in Polen wurde in der Sowjetunion nach Ausbruch des Sechstagekrieges die Auswanderung von Juden verboten.⁶

Die polnischen Medien veröffentlichten am 7. Juni 1967 eine Regierungserklärung, die „im Namen des ganzen Volkes“ Israel als Aggressor verurteilte und dem „gerechten Kampf der arabischen Länder“ die volle Unterstützung zusicherte.⁷ Die gelenkte antiisraelische Kampagne verbreitete sich innerhalb weniger Tage, richtete sich zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht gegen die Juden im Lande.⁸ Am 19. Juni 1967 jedoch äußerte der Erste Parteisekretär Władysław Gomułka in seiner Rede auf dem Gewerkschaftskongress: „Wir wollen nicht, dass sich in unserem Land eine fünfte Kolonne bildet.“⁹ Dieser Satz richtete sich gegen alle, die Sympathien für Israel hegten, in erster Linie aber gegen Polen jüdischer Herkunft. Neu war die Beschwörung der „fünften Kolonne“ in Volkspolen nicht. Im Februar 1953, kurz vor Stalins Tod, wurde

4 Stola, *Kampania*, S. 32.

5 Werner Bergmann, *Geschichte des Antisemitismus*, München 2002, S. 127 ff.; Thomas Haury, *Der neue Antisemitismus der deutschen Linken*, in: Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznajder (Hrsg.), *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*, S. 143–167, hier S. 144. Die Neue Linke in Westdeutschland verurteilte nach dem Sechstagekrieg im Zuge ihrer „antiimperialistischen“ Orientierung Israel als „Brückenkopf zur Niederhaltung der Freiheitsbestrebungen der arabischen Völker“.

6 Antje Kuchenbecker, *Die Antizionismuskampagne in der Sowjetunion 1967–1971*, in: Kosmala, *Vertreibung*, S. 13–25, hier S. 20.

7 Zit. nach Stola, *Kampania*, S. 29.

8 Ebenda, S. 30

9 Auszüge aus der Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PZPR) auf dem VI. Gewerkschaftskongress am 19. Juni 1967, in: Alina Cała/Helena Datner-Śpiewak (Hrsg.), *Dzieje Żydów w Polsce 1944–1968. Teksty źródłowe [Geschichte der Juden in Polen. Quellentexte]*, Warszawa 1997, S. 154. Auf Intervention des Staatsratsvorsitzenden Edward Ochab wurde dieser Satz im Abdruck der Rede gestrichen.

in „Nowe Drogi“ [Neue Wege], der theoretischen Monatsschrift der Partei, ein verschwörungstheoretisches Verständnis der Welt entwickelt, wonach der „Zionismus“ als Werkzeug des amerikanischen Imperialismus bestrebt sei, sowohl in der Sowjetunion als auch in den anderen volksdemokratischen Ländern durch Einschleusen von Agenten eine „fünfte Kolonne“ zu schaffen.¹⁰

Als im März 1968, im Jahr des Prager Frühlings und der Unruhen an westeuropäischen Universitäten, auch Studenten in Warschau und anderen polnischen Städten auf die Straße gingen, um demokratische Reformen des Systems zu fordern, waren für die Parteiführung die Verursacher schnell ausgemacht.¹¹ Die Theorie einer antipolnischen Verschwörung der „Zionisten“ wurde zum Kern eines konsistenten dichotomischen Deutungsmusters.¹²

Die Propaganda konzentrierte sich auf diejenigen, die angeblich aus dem Verborgenen perfide zum Aufruhr anstifteten – die „Inspiratoren“, ein Schlüsselbegriff, der den Verschwörungsdiskurs dominierte. Alle Handlungen wurden nunmehr als angestiftet, „inspiriert“, gedeutet. Gefordert wurde die Bestrafung der „Inspiratoren“, jener Personen, die bei der Verwirklichung der nationalen Ziele im Wege stehen.¹³ Die Vision eines verhängnisvollen Komplotts der Zionisten gegen alles, „was gut und was unser“ ist, d. h. sozialistisch und national,¹⁴ wurde entwickelt. Der „Zionismus“, als „Ideologie der jüdischen Bourgeoisie“ dämonisiert, wurde zum Inbegriff all dessen, was bekämpft werden sollte. Es ging um die Erzählung von der Existenz einer geheimen Welt, die nur von denen durchschaut werden könne, die über zusätzliche Informationen verfügten.¹⁵ Jerzy Eisler vergleicht die März-Publizistik mit der des Stalinismus, versetzt mit Ele-

10 Michał Mirski, Syjonizm – narzędzie amerykańskiego imperializmu [Zionismus – Werkzeug des amerikanischen Imperialismus], *Nowe Drogi*, Februar 1953. Zit. n. Cała/Datner-Spiewak, *Dzieje Żydów*, S. 139. Mirski, der der jüdischen Fraktion der PZPR angehörte, wurde 1968 selbst Opfer der antizionistischen Kampagne.

11 Zur Vorgeschichte der Studentenunruhen siehe auch Kosmala, *Die „jüdische Frage“ als politisches Instrument in der Volksrepublik Polen*, in: dies., *Vertreibung*, S. 49–64.

12 Dieter Groh, *Die verschwörungstheoretische Versuchung oder: Why do bad things happen to good people?*, in: ders., *Anthropologische Dimensionen der Geschichte*, Frankfurt a. M. 1992, S. 267–304, hier S. 285.

13 Michał Głowiński, „Inspiratoren“. Die antisemitische Kampagne 1968 in Polen und die verschwörungstheoretische Kategorisierung der Welt, in: Ute Caumanns/Mathias Niendorf, *Verschwörungstheorien. Anthropologische Konstanten – historische Varianten*, Osnabrück 2001, S. 137–149, hier S. 147.

14 Ebenda, S. 148 f.

15 Głowiński, *Inspiratoren*, S. 149.

menten des Nationalsozialismus.¹⁶ Dass die Märzpropaganda meist schlichte Adaptionen von Verschwörungstheorien der letzten hundert Jahre aufgriff, zeigt die Literatur. Traditionelle antijüdische Stereotype und Vorwürfe konnten direkt aus der antisemitischen Vorkriegsliteratur entnommen werden; sie wurden nun mit dem Zionismus verbrämt.¹⁷ So entstand die Behauptung, die Zionisten hätten die polnische Presse beherrscht, sich mit den Feinden „unseres Volksvaterlandes“ verbündet, und es wurde suggeriert, dass Jude-Sein die Zugehörigkeit zu einer geheimen Organisation bedeute.¹⁸

Sowohl für die antiisraelische Propaganda 1967 als auch die antizionistische Kampagne 1968 war es charakteristisch, dass sich Sprach- und Deutungsmuster landesweit glichen.¹⁹ Der Literaturwissenschaftler Michał Głowiński spricht von der stilistischen Einheit des totalitären Diskurses, der nicht mehr zwischen Texten unterscheidet, die für einen exklusiven Kreis bestimmt sind, und solchen, die sich propagandistisch an die breite Öffentlichkeit richten. Die gleichen stilistischen Merkmale finden sich in Presstexten, Geheimberichten und in gewöhnlichen Denunziationen.²⁰ Sie nivellieren aber auch regionale Unterschiede. 1967 wurde Israel in allen polnischen Städten und Fabriken mit immer den gleichen Worten als Vorposten des Imperialismus im Nahen Osten verurteilt. So heißt es etwa in Warschau: „Wir verurteilen die verbrecherische Aggression Israels gegen die arabischen Nationen. Wir verurteilen die barbarischen Methoden der israelischen Armee gegen die Zivilbevölkerung. [...] Der israelische Staat wurde von den anglo-amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zum Werkzeug der Unterjochung anderer Nationen gemacht.“²¹ Ähnlich brachten Arbeiter einer Transformatorenfabrik in Łódź ihre Unterstützung für die arabischen Nationen zum Ausdruck, austauschbar mit den Erklärungen aus Warschau, Krakau oder Wrocław.

Die im März 1968 vom Zaun gebrochene Kampagne richtete sich gegen die angeblichen Akteure der Studentenunruhen hinter den Kulissen. Die Jagd auf die „Drahtzieher und Rädelsführer der Studentenkrawalle“, die als „Agenten des internationalen Zionismus und der BRD“ entlarvt werden sollten, überdeckte sowohl die Forderungen der Studenten als auch tief greifende gesellschaftliche Konflikte und Krisen. Die komplexe Funktion der antizionistischen Kampagne

16 Eisler, Marzec, S. 351.

17 Stola, Kampania, S. 153.

18 Ebenda, S. 161. Stola gibt zahlreiche Beispiele aus der Presse an.

19 Ebenda, S. 139.

20 Ebenda, S. 137.

21 Trybuna Ludu vom 17. Juni 1967; ähnlich auch am 14., 15., und 16. Juni.

innerhalb des maroden Systems – die Ablenkung vom außenpolitischen Prestigeverlust und der ökonomischen Krise, die Instrumentalisierung antijüdischer Ressentiments im innerparteilichen Machtkampf der Volksrepublik – wurden eingehend analysiert.²²

Łódź 1945–1968

Zwar war die Rhetorik landesweit stereotyp, was aber die Rigidität der Hetzkampagne betraf, gab es durchaus lokale Unterschiede.²³ Die Textilmetropole Łódź, in der Volksrepublik proletarisches Aushängeschild, gehört zu den Städten, in denen das Vorgehen des Parteikomitees 1968 als besonders aggressiv gilt. Stola weist darauf hin, dass „die Funktionäre in Łódź so viel Energie und Engagement bei der Abrechnung mit den ‚Zionisten‘ an den Tag legten, dass die Parteiführung ihren Eifer dämpfen musste“.²⁴ Eine Augenzeugin berichtet, dass in Łódź eine Atmosphäre allgemeiner Billigung geherrscht habe, was die von der Partei angewandten Methoden betraf.²⁵ Dies wirft die Frage nach der spezifischen Situation dieser Stadt auf.

Łódź, heute mit mehr als 800 000 Einwohnern europäische Großstadt, war bis zum Zweiten Weltkrieg von seiner ostmitteleuropäischen Multiethnizität bestimmt. Von den etwa 600 000 Einwohnern 1939 waren mehr als 30 Prozent Juden und bis zu zehn Prozent Protestanten deutscher Herkunft. Bis in die 30er-Jahre hatte Łódź in Polen das Negativeimage als kulturlose Stadt und „Industriemoloch“. Für die Arbeiterbewegung jedoch verband sich mit Łódź, Schauplatz großer Streiks im Zarenreich und in der Zwischenkriegszeit, der Mythos einer Stadt mit proletarischer Tradition. Im Zuge der politischen und sozialen Spannungen der 30er-Jahre kam es aber auch dort zu einer nationalistischen Aufladung der Öffentlichkeit.²⁶

22 Loose, *Feindbilder*, S. 490 f.

23 Vgl. den Konferenzband des Instituts für Nationales Gedenken (IPN): Konrad Rokicki/ Sławomir Stępnia (Hrsg.), *Oblicza Marca 1968 [Die Gesichter des März 1968]*, Warszawa 2004, der im zweiten Teil Regionalstudien enthält.

24 Stola, *Kampania*, S. 188.

25 Alina Grabowska, *Marzec w Łodzi [Der März in Łódź]*, in: Midrasz. Pismo żydowskie 11 (1998) 3, S. 10 f., hier S. 11.

26 Andreas R. Hofmann, *Imageprobleme einer Antimetropole: Łódź 1900/1930*, in: ders./ Anna Veronika Wendland (Hrsg.), *Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900–1939. Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallinn und Triest*, Stuttgart 2002, S. 235–257.

Der Einmarsch der Deutschen im September 1939 bereitete dem komplexen multiethnischen Gefüge ein brutales Ende. Łódź wurde mit dem „Warthegau“ dem Dritten Reich einverleibt und in Litzmannstadt umbenannt.²⁷ Schon im Februar 1940 wurden die jüdischen Einwohner ins Ghetto gepfercht und die meisten in den folgenden Jahren in den Vernichtungslagern Chelmno und Auschwitz-Birkenau ermordet.

Mit der Ende 1944 beginnenden Evakuierung und Flucht endete auch die etwa 130-jährige Geschichte der Łódźer Deutschen. Nach schweren Schikanen und Verfolgungen wurden die meisten noch in Łódź Verbliebenen ab 1946 nach Deutschland ausgesiedelt.²⁸

Dass dieser immense Verlust an Menschen, die die Stadt mitgeprägt hatten, und der Verlust ihrer Kultur Lücken hinterließen, ist offensichtlich. Es stellt sich die Frage, an welche Tradition die Nachkriegsbevölkerung anknüpfen konnte und welche Rolle Łódź im neuen Polen spielen sollte.

Juden in Łódź

Nachdem der letzte Deportationstransport nach Auschwitz am 29. August 1944 die Stadt verlassen hatte, wurde das Ghetto Łódź, das noch im Juli 1944 72 000 Insassen zählte, niedergerissen. Die 830 Juden, die für Räumungsarbeiten zurückgehalten wurden, sollten vor dem deutschen Rückzug von der Gestapo erschossen werden. Sie konnten sich aber bis zum Einzug der Roten Armee am 19. Januar 1945 auf dem Ghetto Gelände versteckt halten.²⁹ Kurz nach der Befreiung trafen dann Juden in Łódź ein, die Vernichtungs- und Arbeitslager überlebt oder sich auf der „arischen“ Seite versteckt hatten. Ende 1945 und 1946 kamen im Zuge des Repatriierungsabkommens (*repatriacja*) mit der Sowjetunion auch Tausende Juden hinzu, die auf sowjetischem Gebiet überlebt hatten. Im Oktober 1945 waren zwischen 24 000 und 27 000 registriert,³⁰ und im

27 Nach General Karl Litzmann, der im Ersten Weltkrieg in der Nähe von Łódź eine entscheidende Schlacht geschlagen hatte.

28 Marek Budziarek, *Lodz, Lods, Litzmannstadt. Wycinki z życia mieszkańców okupowanego miasta, Łódź 2003*, S. 151 f.

29 Julian Baranowski, *Zur Vorgeschichte und Geschichte des Ghetto Łódź*, in: Sascha Feuchert u. a. (Hrsg.), *Oskar Singer. „Im Eilschritt durch den Ghetto tag ...“*, Berlin 2002, S. 245–265, hier S. 265.

30 Leszek Olejnik, *Spoleczność żydowska w Łodzi w latach 1945–1950. Zarys Problemu*

Sommer 1946 sollen sich gar bis zu 30 000 Juden vorübergehend in Łódź aufgehalten haben. Am 1. Juli 1947 waren 13 269 jüdische Überlebende gemeldet (bei inzwischen wieder 510 259 Einwohnern).³¹

Sogleich nach der Befreiung entstanden jüdische Organisationen. Das gewählte „Vorläufige Jüdische Komitee“ nahm im Februar 1945 sofortige Hilfsmaßnahmen in Angriff. Anders als die Juden in den Displaced Persons Camps in Deutschland, die von der amerikanischen Besatzungsbehörde oder UN-Hilfsorganisationen unterstützt wurden, waren die Rückkehrer nach Osteuropa auf staatliche Zuwendungen angewiesen, die ihnen die neuen Regierungen in nur geringem Umfang bieten konnten.³² Ein Großteil der Hilfe kam deshalb vom American Jewish Joint Distribution Committee („Joint“). Dies führte zu ersten Spannungen mit der ebenfalls notleidenden nichtjüdischen Bevölkerung. Schon die frühe Nachkriegszeit, vor Beginn der stalinistischen Jahre, war weichenstellend für die künftige Haltung der Arbeiterschaft gegenüber den Juden.

Im März 1945 konstituierte sich in Łódź der Vorstand der jüdischen Gemeinde mit einem Rabbiner. Ende der 40er-Jahre wurde die Gemeinde vor allem durch Abwanderungen stark geschwächt. Unter dem Druck der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen 1948 und der Emigration gerade der religiös orientierten Juden setzte ein Prozess der Verweltlichung ein. Łódź wurde Sitz der wichtigsten jüdischen Kulturinstitutionen in Polen wie des Verbandes der Künstler, Journalisten und Schriftsteller, der Zentralen Jüdischen Historischen Kommission, später auch des Jüdischen Wohlfahrts- und Kulturvereins, und es entstand (neben Wrocław) ein Jüdisches Theater, das unter der Direktorin Ida Kamińska zu Ruhm gelangte.³³ Die Jüdische Presseagentur nahm ihre Arbeit auf. In Łódź wurde die erste jüdische Zeitung in Polen nach dem Krieg (*Dos naye leben*) gedruckt. In den Jahren 1945 bis 1949 erschienen mehr als 20 jüdische Presseorgane, meist auf Jiddisch, aber auch auf Polnisch und Hebräisch.

Das säkulare Jüdische Komitee, das zwei Stadtverordnete in Łódź stellte, wurde immer mehr zum Repräsentanten der jüdischen Bevölkerungsgruppe. Zu seinen wichtigsten Aufgaben gehörten die Betreuung der seit Ende 1945 bis

[Die jüdische Gesellschaft in Łódź in den Jahren 1945–1950], in: Acta Universitatis Łódziensis, Folia Historica 60 (1997), S. 125–147.

31 Ebenda, S. 127.

32 Michael M. Marrus, *The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century*, New York 1985, S. 301.

33 Wurde nach Warschau verlegt.

zum Sommer 1946 eintreffenden Rückkehrer aus der Sowjetunion³⁴ sowie die Eingliederung der Überlebenden, vor allem der jungen Leute ohne Berufsausbildung, in das Erwerbs- und Arbeitsleben.³⁵ Angesichts der ruinösen Situation der polnischen Ökonomie nach sechs Jahren Krieg und Besatzung war dies wohl die größte Herausforderung. Während zionistische Gruppierungen Kibbuzim eröffneten, die berufliche Qualifizierungen für die Zukunft in Erez Israel boten, gründete das Jüdische Komitee zahlreiche Genossenschaften in der Stadt, die eine langfristige Perspektive für eine Existenz in Polen schaffen sollten. Das kommunistische Regime präsentierte sich nach dem Holocaust zunächst als die Kraft im Lande, die antisemitischen Gruppen aus dem nationalistischen Lager eine klare Absage erteilte. Bei vielen Überlebenden nährte dies die trügerische Hoffnung, dass ein jüdisches Leben im neuen Polen möglich wäre. In der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten sah das Jüdische Komitee auch ein probates Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus, der von Anfang an ein Thema war, mit dem sich die jüdischen Repräsentanten beschäftigen mussten.³⁶

Als der polnische Staat am 13. September 1949 die legale Ausreise nach Israel erlaubte, kam es ähnlich wie in anderen Städten zu „panikartiger Emigration“. Die Gründe dafür lagen im Übergang zum Stalinismus in Polen und in der Zuspitzung der internationalen Situation. Damals versuchten die Behörden, der Massenabwanderung entgegenzuwirken, zumindest aber die Emigration der „produktiven Elemente“ (Arbeiter in Genossenschaften, arbeitende *Inteligencja*, vor allem Ärzte) zu bremsen. Dennoch emigrierten etwa 5000 Juden aus Łódź. Um 1950 befanden sich noch 10 000 bis 15 000 Einwohner jüdischer Herkunft in der Stadt, von denen sich immer weniger mit dem Judentum identifizierten.³⁷

34 Olejnik, *Spoleczność*, S. 130.

35 Eine „Bank zur Produktivierung der jüdischen Bevölkerung“ – eine der fünf Niederlassungen in Polen – befand sich in Łódź. Sie gab die notwendigen Kredite. Hauptanteileseigner war der „Joint“.

36 AŻIH (Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau), C. K. Z. P. (Zentralkomitee der Juden in Polen), *Wydział produktywizacji*, Sign. 13, Dezember 1945–März 1946.

37 Olejnik, *Spoleczność*, S. 132.

Antisemitismus in den 40er- und 50er-Jahren

In Łódź war die polnische Identität unter der deutschen Besatzung mehr als fünf Jahre in einem weit größeren Ausmaß als in anderen polnischen Großstädten unterdrückt worden. In der Nachkriegszeit sollte Łódź wegen seiner proletarischen und sozialistischen Traditionen und der Nähe zu Warschau zu einer Metropole aufsteigen, zumal die Sowjets, anders als in der nach dem Warschauer Aufstand 1944 völlig zerstörten Hauptstadt, bei ihrem Einmarsch am 19. Januar 1945 mit aufrichtiger Begeisterung empfangen worden waren.³⁸ Als Warschau noch in Trümmern lag, wurden hier Regierungsbehörden und überregionale Zeitungen angesiedelt.

Nachdem durch den Krieg und seine Folgen die wirtschaftliche Elite der Stadt ausgelöscht worden war, erschien die staatliche Lenkung beim wirtschaftlichen Wiederaufbau plausibel. Die Erfahrungen der Vorkriegszeit – Landflucht, Arbeitskämpfe, Arbeitslosigkeit und Armut – und die tief im kollektiven Gedächtnis verankerten Leiden unter der deutschen Besatzung bewirkten, dass die Arbeiter die Nationalisierung der Industriebetriebe durch die Kommunisten zunächst akzeptieren. Die Erinnerung an die 30er-Jahre hatte das Bild vom herzlosen Kapitalisten geprägt, „Deutscher“ und „Jude“ waren die Kürzel für Industriebosse, die Verursacher des Elends der polnischen Arbeiter.³⁹

Bald kam es aber zu tief greifenden Konflikten mit den Vertretern des entstehenden kommunistischen Systems, die sich an Fragen der Lebensmittelversorgung, der Bestrafung von Diebstählen in den Betrieben, des Arbeitsmarkts und des Lohnsystems entzündeten. Mit den großen Streiks 1946/1947 widersetzte sich die Arbeiterschaft den ökonomischen, später auch den politischen Vorgaben des Regimes. Für Versorgungsschwierigkeiten machten sie unmittelbar die Regierung verantwortlich oder beschuldigten Spekulanten.⁴⁰ In dieser Situation wollte die Polnische Arbeiterpartei (PPR) davon ablenken, dass ihre Parteifunktionäre die Position der kapitalistischen Vorkriegseliten eingenommen hatten. In den kommenden lokalen und landesweiten Konflikten war Łódź – so Padraic Kenney – eines der stärksten Zentren des polnischen Antisemitismus. Ältere Arbeiter, aber auch Aktivisten der Arbeiterpartei, prangerten 1946 die angeblich privilegierte Position von Juden in der Stadt an. Sie distanzieren sich

38 Budziarek, Łódź, S.133.

39 Dazu Padraic Kenney, *Rebuilding Poland. Workers and Communists, 1945–1950*, Ithaca/London 1998. In dieser Studie werden die beiden Städte Łódź und Wrocław verglichen.

davon, „reaktionäre Antisemiten“ zu sein, behaupteten aber, dass von den vermutlich 20 000 Juden in der Stadt keiner in einer Fabrik arbeite, es sei denn als Angestellter. Jüngere Juden lebten lieber von der Wohlfahrt als zu arbeiten, andere wiederum würden den Polen Läden oder Arbeitsplätze wegnehmen.⁴¹

Nach dem Referendum am 30. Juni 1946⁴² und in der angespannten Situation vor den Parlamentswahlen spitzten sich antijüdische Ressentiments zu, als nach dem Pogrom in Kielce vom 4. Juli, dem 42 Holocaustüberlebende zum Opfer fielen,⁴³ die Polnische Arbeiterpartei in Łódź Arbeiterdemonstrationen und Fabrik-Versammlungen anordnete, die in vorbereiteten Resolutionen die Gewalt gegen Juden als „Werk reaktionärer Kräfte“ verurteilten. Obwohl sich in Wirklichkeit nur wenige Beschäftigte wirklich kooperativ verhielten, war am folgenden Tag in der Parteipresse das von oben erwünschte Ergebnis zu lesen: Die Arbeiter hätten die Todesstrafe für die Schuldigen gefordert. Nach dieser offenkundigen Manipulation brachen in mehr als zehn Betrieben Streiks aus, die mit den Ereignissen in Kielce in Verbindung standen. Streikende Arbeiterinnen, die unter der katastrophalen Versorgungslage nach dem Krieg zu leiden hatten, brachten ihre antijüdischen Ressentiments, gepaart mit materiellem Neid, unverhohlen zum Ausdruck: „Eine schwangere Jüdin bekommt 60 000 Złoty, und was habe ich?“ oder „Warum arbeiten Juden nicht in Fabriken? Polen wird von Juden regiert.“ Juden in Łódź sprachen von einer „Pogromatmosphäre“ in der Stadt, und es kursierten Ritualmordgerüchte.⁴⁴

Zusammen mit dem manipulierten Ergebnis des Referendums und einer veränderten Lohnpolitik wurde der Pogrom von Kielce zum Wendepunkt in der Haltung der Łódźer Arbeiter zur Regierung und der Arbeiterpartei. Die Arbeiter stellten einen Zusammenhang her zwischen dem Pogrom und der Lohnreduzierung in der Textilindustrie vom 15. September 1946. Die Partei, die Juden und die niedrigen Löhne wurden miteinander als Erklärung verknüpft.

Antisemitische Ressentiments und Untertöne gab es 1946 keineswegs nur in jenen Kreisen der Arbeiterschaft, die nicht in der kommunistischen Partei organisierten waren, sondern auch in den lokalen Parteigruppen und unteren Rängen der kommunistischen Partei, in denen Juden als Rivalen im Kampf um Positionen und Funktionen in der Bürokratie galten.

40 Ebenda, S. 90.

41 Ebenda, S. 110.

42 Es ging um die Zustimmung zur Auflösung des Senats, zu den ökonomischen Reformen und zur Oder-Neiße-Grenze.

43 Bożena Szaynok, Pogrom Żydów w Kielcach 4 lipca 1946, Wrocław 1992.

44 Kenney, *Rebuilding Poland*, S. 115.

Die Auseinandersetzungen zehn Jahre später zeigen noch deutlicher, dass Antisemitismus nicht nur in der Bevölkerung verbreitet, sondern auch im Parteiapparat salonfähig war. Traditionelle antisemitische Vorurteile wurden an die volkspolnische Wirklichkeit angepasst, Verschwörungstheorien waren im Umlauf, und das Stereotyp von der „żydokomuna“ (dem jüdischen Kommunismus) war fest verankert im Bewusstsein der Bevölkerung.⁴⁵ Mit der 1956 einsetzenden neuen Emigrationswelle verließen 50 000 polnische Bürger jüdischer Herkunft das Land; noch etwa 30 000 blieben in Polen.

Die Brisanz der Lage von 1956 in Łódź zeigen zwei Anträge auf einer Sitzung des Łódzker Komitees des Jüdischen Wohlfahrts- und Kulturvereins (TSKŻP) im Dezember: Der Vorstand solle wegen der verschärften antisemitischen Situation mit Unterstützung der Łódzker Intellektuellen eine Versammlung einberufen und auf einer Pressekonferenz die Fakten bekannt geben. Eine Delegation der Gemeinde solle sich mit der Bitte an den Bischof von Łódź wenden, eine Predigt gegen den Antisemitismus zu halten.⁴⁶

Lange vor dem März 1968 war die Atmosphäre an Łódzker Hochschulen so angespannt, dass einzelne Akademiker jüdischer Herkunft schon 1967 das Land verließen.⁴⁷ Noch ehe die Studenten in Łódź im März 1968 den Entschluss fassten, sich zu versammeln oder wie ihre Kommilitonen in der Hauptstadt auf die Straße zu gehen, drohte Hieronim Rejnik, Sekretär des Propagandazentrums des Łódzker Parteikomitees: „Bei mir wird es kein Warschau geben!“⁴⁸ Die

45 Józef Niewiadomski, Judenfeindschaft ohne Juden. Antisemitismus in Polen, in: Günter B. Ginzler (Hrsg.), Antisemitismus. Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute, Bielefeld 1991, S. 220–233, hier S. 223. Zur Situation des Jahres 1956 in Polen siehe auch Paweł Machcewicz, Antisemitism in Poland in 1956, in: Polin 9 (1996), S. 171–183; Beate Kosmala, Das Bild der Juden nach der Shoa: „Bewegliche Vorurteile“ im polnischen Diskurs, in: Christina von Braun/Eva-Maria Ziege (Hrsg.), „Das ‚bewegliche‘ Vorurteil“. Aspekte des internationalen Antisemitismus, Würzburg 2004, S. 153–174, hier S. 158 ff.

46 AŻIH, TSKŻ/Wydz. Org/102 [Jüdischer Kulturverein/Abteilung Organisation], Bl. 75–79. Interessant wäre es herauszufinden, ob tatsächlich an den Bischof appelliert wurde und wie er reagierte.

47 Jakób und Olga Goldberg (Jerusalem) im Gespräch auf einer Berliner Konferenz im Juni 1998.

48 Jerzy Eisler, Młodzież akademicka w Łodzi w 1968 roku [Die akademische Jugend in Łódź im Jahr 1968], in: Krzysztof Lesiakowski (Hrsg.), Opozycja i opór społeczny w Łodzi 1956–1981. Konferencja IPN [Opposition und Widerstand in Łódź 1956–1981. Konferenz des IPN], Warszawa 2003, S. 64–72.

Woiwodschaftsbehörden mobilisierten präventiv alle vorhandenen Kräfte.⁴⁹ Als am 11. März erstmals Studenten auch in Łódź demonstrierten, lautete die Schlagzeile in der Tageszeitung „Głos Robotniczy“ (Arbeiterstimme): „Keine Chance für politische Bankrotteure“. Die Diktion des Artikels war, der Studentenprotest sei von einer „Gruppe zionistischer Jugendlicher“ in Łódź angestiftet worden, Söhne und Töchter „politischer Bankrotteure“, die mit ihren „Warschauer Blutsverwandten“ in ideologischer Verbindung stünden. Ihre Absicht sei es, „die Macht Volkspolens zu besudeln und die Autorität Gomulkas zu untergraben“. Die „internationale zionistische Bewegung“ könne dem Ersten Parteisekretär seine richtige Einschätzung der israelischen Aggression nicht verzeihen. Die Parolen der Anstifter („Inspiratoren“) seien abgestimmt mit der Kampagne des Internationalen Zionismus, deren Ziel es sei, „die polnische Nation zu schmähen“ und „Hitlers Henkersknechte“, diejenigen, die die polnische Nation hingerichtet hätten, reinzuwaschen.⁵⁰

Bei den nichtjüdischen Einwohnern der Stadt wurden Missgunst und Neid wegen der tatsächlich oder vermeintlich besseren ökonomischen Situation von Juden geschürt. Im Herbst 1967 hatte das Gesundheitsministerium beschlossen, zum 1. Januar 1968 die Arbeit des Joint, der nach mehrjährigem Verbot seit 1957/58 wieder in Polen tätig war, erneut zu untersagen. Im April 1968 wurde das Betätigungsverbot im „Głos Robotniczy“ verschwörungstheoretisch mit der Erklärung begründet, der Joint habe unter dem Deckmantel der Hilfe für Juden politische Spionage betrieben.⁵¹ Der Leser erfährt, dass 1966 fast zwei Millionen Złoty in die Stadt geflossen seien, nicht nur vom Joint, sondern auch von der israelischen Botschaft in Warschau. Der Hauptteil der Hilfe sei in Form von riesigen materiellen Mitteln, Rohstoffen und Maschinen aus Westeuropa, den USA, Kanada und Israel nach Łódź gekommen, und zwar zu Gunsten der beiden noch existierenden jüdischen Genossenschaften. Der Staat habe die zollfreie Einfuhr im guten Glauben an die uneigennützigte Hilfe für bedürftige Bürger jüdischer Herkunft gewährt. Das Stereotyp, dass Juden bzw. Zionisten reich und einflussreich seien, sich mit Feinden Polens verbänden und straffrei ausgingen, wird mit dem Hinweis suggeriert, jüdische Kreise in Łódź hätten lebhafte Kontakte mit der israelischen Botschaft in Warschau unterhalten.

49 3000 Funktionäre der Bürgermiliz und der Staatssicherheit, 210 Soldaten der Łódźer Heeresinheit Innere Sicherheit, 900 OMRO-Männer (Freiwillige Reserve der Bürgermiliz) und weitere 3000 Aktivisten einzelner Stadtteilkomitees der Partei standen bereit. Vgl. Eisler, *Młodzi*, S. 65.

50 *Głos Robotniczy* vom 13. 3. 1968.

51 *Głos Robotniczy* vom 18. 4. 1968.

Angebliche Arbeiterresolutionen, ebenfalls in der Parteizeitung veröffentlicht, enthalten eine Mixtur der gängigen Ressentiments und werden als Volkstimme verbreitet: „Wenn man den Polen Antisemitismus vorwirft, dann verlangen sie eine Erklärung, wie viele Juden in Polen in Berufen arbeiten wie Stahlarbeiter, Bergmann, Weber, und wie viele Juden leitende Positionen im Partei- und Staatsapparat einnehmen.“⁵²

Mit der Frage nach der Hilfe für Juden unter der deutschen Besatzung wird ein für das polnisch-jüdische Verhältnis höchst sensibler Bereich aufgegriffen und propagandistisch genutzt. „Weshalb stellen sich polnische Bürger jüdischer Herkunft, Kommunisten in hohen Positionen, nicht der feindlichen antipolnischen Propaganda entgegen, die von zionistischen Gruppen ausgestreut wird. Weshalb beziehen sie nicht in der Presse Stellung und zeigen, wie polnische Familien unter Lebensgefahr manchen von ihnen versteckt haben, wie man den Juden in den Ghettos und Lagern geholfen hat, beim Aufstand, um sich den verlogenen Verleumdungen der Zionisten zu widersetzen.“⁵³ Dem liegt das schlichte und oft wiederholte Schema zu Grunde, fast alle Polen hätten geholfen, die Juden aber seien undankbar. Der im März 1968 bevorstehende 25. Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstands wurde Gegenstand der Agitation: Polen hätten ihr Blut am Ghetto für die kämpfenden Juden vergossen. Als Gewährsmann wurde ein Offizier der Heimatarmee (AK) zitiert, der seit 1942 spezielle Kurse für Ghetto-Kämpfer durchgeführt habe.⁵⁴

Die Kampagne beschränkte sich bekanntermaßen nicht auf öffentliche Stimmungsmache durch die Verleumdung, sondern zielte auf die Stigmatisierung, Ausgrenzung und Vertreibung von Personen jüdischer Herkunft, ein Vorgehen, für das es weder im Nachkriegspolen noch im Nachkriegseuropa einen Präzedenzfall gab: Es wurde ein rassistischer Antisemitismus praktiziert, gerichtet gegen alle, die jüdische Vorfahren hatten. 1968 lebten nur noch 4000 Juden oder Personen mit jüdischer Abstammung in Łódź.⁵⁵ 1968 zeigte sich das von Józef Spsychalski geführte Łódźer Parteikomitee entschlossen, die Stadt „judenrein“ zu machen. Dies wurde innerhalb von zwei Monaten realisiert. Opfer der Kampagne wurden auch zahlreiche Professoren und Akademiker der Łódźer Hochschulen sowie Vertreter von Publizistik, Film und Technik,

52 APŁ (Staatsarchiv Łódź) KL PZPR (Łódźer Komitee der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei), Sign. 1377, Bl. 111. Informacja Nr. 23/68, 20. 3. 1968.

53 Głos Robotniczy vom 4. 4. 1968.

54 Ebenda.

55 Olejnik, Społeczność, S. 147.

die aus ihren Positionen gedrängt wurden, was ihnen Arbeits- und Existenzgrundlage raubte. Dies betraf auch den Dekan der Philosophischen Fakultät, Stefan Amsterdamski, der am 10. Mai aus der Partei ausgeschlossen wurde. Der Sekretär des Propagandazentrums des Łódźer Parteikomitees, Hieronim Rejnik, warf Amsterdamski u. a. vor, die Hauptanführer der Unruhen in Łódź hätten sich aus Studenten der Philosophie rekrutiert; auch sei die Auswahl der Studierenden dieses Faches „unter Umgehung jeglicher ideologisch-politischer oder klassenspezifischer Kriterien“ erfolgt. In den 50er-Jahren sei die Zusammensetzung des Lehrstuhls für Marxismus-Leninismus nach der „nationalen Herkunft“ der Mitarbeiter vorgenommen worden.⁵⁶

Zwei Beispiele zeigen die menschliche Tragik des abstrusen verschwörungstheoretischen Konstrukts. Das Parteiausschlussverfahren gegen Paweł Korzec, Überlebender des Holocaust, Historiker, Dozent an der Historisch-Philosophischen Fakultät und Mitglied der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, macht deutlich, wie seine engsten Mitarbeiter, die dem 30-köpfigen Gremium der Partezelle der Fakultät angehörten, darin verstrickt waren. Im April 1968 wurde Korzec vorgeworfen, er habe seit 1956 offen zionistische Ansichten verbreitet, die israelische Aggression gegen die arabischen Länder gutgeheißen, Partei und Regierung der Volksrepublik Polen für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel verurteilt und gegenüber den Arabern seine Verachtung zum Ausdruck gebracht. Korzec habe die Israelis als „Kulturträger“ (*kulturtreger*) im Nahen Osten bezeichnet. Mit diesem Ausdruck, der die deutsche Hybris gegenüber den östlichen Nachbarn bezeichnet und gerade in Łódź einen fatalen Klang hatte, wurde suggeriert, dass Israel im Nahen Osten eine ähnliche Rolle spiele wie das chauvinistische Deutschland in Polen und Osteuropa. Willfährige Kollegen fügten spezielle Zitate hinzu, um Korzec noch mehr zu belasten. Die Abstimmung über den Parteiausschluss ergab 30 Ja-Stimmen und eine Enthaltung. Der Historiker sah sich zur Emigration gezwungen und ließ sich später in Paris nieder.⁵⁷

Wie das Beispiel eines technischen Angestellten zeigt, wurden nicht nur Personen in exponierten Stellungen unter absurden Anschuldigungen aus ihren Positionen vertrieben. Im Juli 1968 wandte sich Ryszard Hercberg, der kein Parteimitglied war, wegen seiner plötzlichen Entlassung aus einem staatlichen Filmbetrieb an Józef Spsychalski, den Ersten Parteisekretär in Łódź. Hercberg, dessen jüdischer Vater Gefangener des Łódźer Ghettos war und in

56 Eisler, *Młodość*, S. 70.

57 Siehe Paweł Korzec, *Juifs en Pologne*, Paris 1973.

Auschwitz ermordet wurde, hatte mit seiner nichtjüdischen Mutter unter deren Namen auf der „arischen Seite“ den Krieg überlebt. Nach dem März 1968 galt Hercberg, der keinerlei jüdische Bindungen hatte, plötzlich als „Staatsbürger jüdischer Herkunft“. Verzweifelt teilte er Spychalski mit, das Łódźer Parteikomitee habe konstruiert, dass sein Vater mit einem namensgleichen jüdischen „Banditen“ im Ghetto identisch sei, was offenkundig gar nicht zutreffen konnte.⁵⁸ Sein Schreiben schließt er mit der höflichen Bitte, ihm als loyalem Bürger der Volksrepublik Polen die Arbeiterlaubnis wieder zu erteilen. Seinem Gesuch wurde nicht stattgegeben.

Für viele, vor allem junge Leute, für die es bis 1968 auch ein jüdisches Łódź gegeben hatte, war die Wucht der 68er-Kampagne ein traumatisches Erlebnis. Die Schauspielerinnen Golda Tencer, nach dem Krieg in Łódź geboren, steckt 30 Jahre später ihr damaliges Terrain ab: „Mein Judentum machte sich fest an der Prochnik-Straße zwischen der Wschodnia-, Zachodnia- und Więkowski-Straße. Ich hatte ein fantastisches Leben. Mein Elternhaus war ein typisch jüdischer Haushalt. Mein Vater war Täschner, meine Mutter kümmerte sich um die Kinder. Wir hielten die jüdischen Feiertage [...]. Ich ging in die jüdische Perez-Schule, besuchte den Jugendklub des Jüdischen Wohlfahrts- und Kulturvereins, fuhr in die jüdische Sommerkolonie. Ich lebte wie unter einer Glocke.“⁵⁹

Indessen gab das Łódźer Propagandazentrum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) die bekannte Schrift „Die Politik von Partei und Regierung und ihre Gegner“ heraus. Darin wird die Hauptschuld für den stalinistischen Terror auf die „polnischen Staatsbürger jüdischer Herkunft“ abgewälzt, die verantwortliche Funktionen in der Staatssicherheit, Armee und im Parteiapparat ausgeübt hätten.⁶⁰ Außerdem verbreitete das Łódźer Propagandazentrum 1968 auch eine Broschüre von Władysław Kmitowski mit dem Titel „Der Zionismus, seine Genese, sein politischer Charakter und seine antipolnischen Gesichter“, die detailliert das angebliche jüdische Streben nach der Weltmacht beschreibt. Der Autor beruft sich auf die „Protokolle der Weisen von Zion“, die er als glaubwürdige Quelle bezeichnet. Die „Zionisten“, ist zu lesen, strebten nicht nur nach der Herrschaft in Polen, wo sie bereits viele Schlüsselstellungen einnahmen, sondern nach der kapitalistischen Weltherrschaft.⁶¹

58 APŁ, KL PZPR, Sign. 3526, Bl. 1–6.

59 Golda Tencer, „Kinder jurn“ – marzec 98, in: Midrasz. Pismo żydowskie, März 1998, S. 15.

60 Tazbir, *Protokoły*, S. 146.

61 Ebenda.

Die Parteizentrale reagierte darauf, indem sie den Mitarbeitern und dem Autor der antisemitischen Broschüre für zwei Jahre Lektoratsfunktionen entzog.⁶² Bezeichnend für die besondere Skrupellosigkeit des Łódźer Parteikomitees war, dass es im Zuge der antizionistischen Kampagne von 1968 schließlich nicht davor zurückschreckte, auch eine Neuauflage der „Protokolle“ zu veröffentlichen, die allerdings nur inoffiziell im Parteiaktiv kursieren sollte.⁶³ Stola weist darauf hin, dass dies zwanzig Jahre früher die Todesstrafe nach sich gezogen hätte.⁶⁴

Folgen

Wie Rudolf Jaworski zu Recht betont, sollten Verschwörungstheoretiker bzw. -propagandisten nicht pauschal zu Psychopathen deklariert werden, weil dabei ihr rationaler, taktisch-strategischer Umgang mit Verschwörungstheorien außer Acht bleibt.⁶⁵

Die antizionistische Kampagne 1968 in Polen richtete sich gegen ein imaginiertes antipolnisches Komplott des „Zionismus“ als weltweit vernetzte dämonische Organisation. Als Drahtzieher galten die modernen „Weisen von Zion“ und ihre „fünfte Kolonne“ in Polen. Dass die Kampagne in Łódź besonders aggressiv und skrupellos umgesetzt wurde, hing nicht zuletzt mit der Angst des Parteikomitees zusammen, die Fiktion der proletarischen Musterstadt aufgeben zu müssen und die Kontrolle zu verlieren. Die ehrgeizigen Funktionäre des Łódźer Parteikomitees wollten der Zentrale beweisen, dass sie das „rote Arbeiter-Łódź“ in strenger Zucht hielten. Hinzu kam, dass sich antijüdische Aggressionen entluden, die sich seit den ersten Nachkriegsjahren aufgebaut hatten und lange vor 1967/68 immer wieder instrumentalisiert worden waren.⁶⁶

Nach der vermutlich ersten Neuauflage der „Protokolle“ nach dem Zweiten Weltkrieg, veranlasst von Łódźer Parteiaktivisten, folgten weitere Auflagen in Polen in unterschiedlicher Ausführung. Mal war es lediglich ein Nachdruck

62 APŁ, KL PZPR, Ocena przebiegu orzecznictwa, Bl. 6. Zit. nach Lesiakowski, Łódź, S. 184.

63 Ebenda, S. 147; Eisler, Marzec, S. 402 f.

64 Stola, Kampania, S. 161.

65 Rudolf Jaworski, Verschwörungstheorien aus psychologischer und historischer Sicht, in: Caumanns/Niendorf, Verschwörungstheorien, S. 11–29, hier S. 20.

66 Eisler, Młodzież, S. 72.

wie die Krakauer Edition von 1983, die eine Ausgabe aus dem Jahr 1934 adaptierte, ein andermal wurden Texte hinzugefügt. 1984 erschien ein Nachdruck der „Protokolle“ von 1938 mit einem Auszug aus Feliks Konecznys Buch „Jüdische Zivilisation“ (*Cywilizacja żydowska*), das 1974 postum in London veröffentlicht worden war. Das Buch wurde später auch in Polen gedruckt; der Verweis auf die politische Autorität der Exilpolen diente dazu, die angebliche Echtheit der „Protokolle“ zu untermauern.⁶⁷ Im Textauszug, der als Anhang zu den „Protokollen“ erschien, behauptet Koneczny, die Juden strebten einerseits danach, Polen ihrer Herrschaft zu unterwerfen und die Einwohner zu denationalisieren, d. h. eine „Judeopolonia“ zu schaffen, andererseits zielten sie darauf ab, sich einen Teil des polnischen Territoriums als Staat im Staate mit rein jüdischem Charakter herauszuschneiden.⁶⁸ Die Phantasie von der „Verjudung Polens“ war sowohl zentrales Element der Ideologie der nationalen Rechten der Zwischenkriegszeit als auch eine Chimäre der katholischen Kirche, die der „Polska Chrystusowa“ (dem Christus-Polen) die „Judeo-Polska“ als Bedrohung gegenüberstellte.⁶⁹ Konecznys besonders judenfeindliches Kapitel „Judeopolonia“ wurde 1981 erneut in Warschau gedruckt, sein gesamtes Buch 1997 wieder aufgelegt.⁷⁰

In rechts gerichteten polnischen Zeitungen, die nicht unbedingt zum politischen Rand gehören, wird die Märzverfolgung von 1968 heute so dargestellt, als sei sie eine von den Juden begierig genutzte Fluchtmöglichkeit ins Ausland gewesen, um nicht für die stalinistischen Verbrechen zur Verantwortung gezogen zu werden. Die verschwörungstheoretische Wendung in diesen Kreisen läuft heute darauf hinaus, dass Juden unter anderen Namen zurückkehrten, um Polen in den Bankrott zu führen.⁷¹

67 Die Veröffentlichung dieses Buches rief wegen seines eindeutig antisemitischen Charakters den Protest der polnischen Exilpresse hervor. Tazbir, *Protokoły*, S. 148.

68 Ebenda.

69 Viktoria Pollmann, *Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die jüdische Frage in Polen anhand der Bistumspressen der Metropole Krakau 1926–1939*, Wiesbaden 2001, besonders S. 159–169.

70 Tazbir, *Protokoły*, S. 148.

71 Sergiusz Kowalski/Magdalena Tulli, *Zamiast Procesu. Raport o mowie nienawisci*, Warszawa 2003, S. 494.

JULIANE WETZEL

Die „Protokolle der Weisen von Zion“ im World Wide Web

Die Vernetzung radikaler politischer Gruppen über antisemitische Verschwörungstheorien

Das Internet ist heute das wichtigste Kommunikations- und Informationsmedium vor allem der jüngeren Generation. Jugendliche, aber auch Kinder nutzen das World Wide Web ebenso als Spielwiese wie als Hilfsmittel für schulische Belange oder als Plattform, über die sie in Chaträumen kommunizieren können. Die jugendlichen Nutzer, die einen kritischen Umgang mit der Datenflut nicht gelernt haben, sind dabei allerdings auch der Gefahr ausgesetzt, unvorbereitet auf unseriöse und propagandistische Seiten zu gelangen, deren Inhalte sie nicht hinterfragen. Deshalb gilt es, diesem Medium eine größere Aufmerksamkeit im Bildungsbereich beizumessen. Schüler und Lehrer müssen gemeinsam Strategien erarbeiten, wie sie das Internet als Informationsquelle nutzen können und dabei gleichzeitig lernen, die transportierten Daten zu filtern. Bei der Vermittlung einer solchen Medienkompetenz muss auch thematisiert werden, dass Präsenz und Umfang einer Internetplattform nichts über Größe oder Einfluss der jeweiligen politischen Gruppierung aussagen. So kann eine kleine unbedeutende Splittergruppe mit Hilfe einer visuell und technisch hervorragend gestalteten Homepage den Eindruck erwecken, sie sei von beträchtlicher politischer Bedeutung.

Der weltweite ungehinderte Datenaustausch kennt keine Filtermechanismen und eröffnet ein Agitations- und Propagandafeld, auf dem Rechtsverstöße nur in den seltensten Fällen Folgen haben, weil die Anbieter es verstehen, geschickt Provider in jenen Ländern zu nutzen, die keine strafrechtliche Verfolgung von volksverhetzenden, rassistischen Inhalten kennen. Diese Freiräume kommen radikalen Gruppierungen international zugute, um ihre antisemitischen, fanatisch religiösen und nationalistischen Inhalte über entsprechende Homepages zu verbreiten bzw. sich in Chats und Diskussionsforen zu äußern. Die Möglichkeit, sich an einem solchen Austausch von Hasspropaganda anonym zu beteiligen, macht das Medium noch attraktiver.

Seit Beginn der Zweiten Intifada im Herbst 2000 lässt sich eine neue Entwicklung beobachten, die sich vor allem auf dem World Wide Web spiegelt: eine vorerst noch virtuelle Vernetzung bestimmter rechtsextremer und radikal islamistischer Gruppierungen. Im Mittelpunkt stehen nicht mehr nur die in Europa lebenden Juden, sondern auch und ganz besonders der Staat Israel. Die Kritik am jüdischen Staat bietet ein willkommenes Podium für eine relativ unbehelligte, offene antisemitische Agitation. Via Links vernetzen sich auf dem World Wide Web Teile der rechtsextremen Szene mit solchen des radikal islamistischen Spektrums, aber auch mit Gruppierungen aus dem Umfeld der Globalisierungsgegner oder der extremen politischen Linken, bei denen antizionistische und antiamerikanische Elemente nicht selten traditionelle antisemitische Stereotype bedienen. Verbindungen bestehen auch mit sektiererischen christlichen Gruppierungen.

Da rassistische und religiöse Formen des Antisemitismus heute kaum noch Bedeutung haben und allenfalls in marginalisierten Gruppierungen eine Rolle spielen, haben antisemitische Verschwörungstheorien umso mehr Konjunktur, zumal sie im World Wide Web ein ideales Verbreitungsmedium gefunden haben. Mark Weitzman vom Simon Wiesenthal Center, der seit Jahren die Entwicklungen von „Hate Crimes“ im Cyberspace beobachtet, sieht darin die größte Gefahr: „So bleibt lediglich der Antisemitismus der Verschwörungstheoretiker, der vor allem in Europa und der moslemischen Welt vor sich hinschwelte und nach den Anschlägen des 11. September wieder ausbrach. Das hat auch das Internet sehr vorangetrieben, das ja nicht nur eine revolutionäre Kommunikationsform ist, sondern auch eine Müllhalde, in der längst verworfene Ideen wieder aufleben können. Die Protokolle der Weisen von Zion funktionieren in diesem Umfeld deswegen so gut, weil man in sie hineinlesen kann, was man will. Man kann mit ihnen die Juden wahlweise für den Kapitalismus oder für den Kommunismus verantwortlich machen.“¹ Der imaginierte Jude, der in solchen antisemitischen Weltverschwörungstheorien erscheint, wird durch den Nahost-Konflikt zum konkreten Bezugspunkt.

Seit nunmehr hundert Jahren ist ein probates Mittel, solche Verschwörungsmuster mit vermeintlichen Tatsachen zu unterfüttern, der Hinweis auf das antisemitische Machwerk „Die Protokolle der Weisen von Zion“ und deren Instrumentalisierung für jegliches Unheil in der Welt, seien es negative wirt-

1 Zit. nach: Andrian Kreye, Die Fälschung. 100 Jahre nach der russischen Erstausgabe erleben die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ ein weltweites Comeback, in: SZ vom 25./26. 5. 2005; siehe auch <http://www.andriankreye.com/ProtokolleDerWeisenvonZion.html>

schaftliche oder politische Ereignisse oder gar Naturkatastrophen. Die „Protokolle“ bedienen die klassischen Theorien einer „jüdischen Weltverschwörung“ und lassen sich nicht von ungefähr in allen weltanschaulichen und politischen Zusammenhängen auf dem Internet finden. Derartige Legenden werden heute u. a. dazu benutzt, zu unterstellen, die amerikanische Politik, aber auch die europäischen Staaten würden auf Druck einer vermeintlich jüdischen Weltmacht im Nahost-Konflikt auf Seiten Israels stehen. Deshalb werden die „Protokolle“ in einer Vielzahl von Sprachen von den meisten rechtsextremen, aber auch von einer ganzen Reihe von pro-palästinensischen arabischen oder radikal islamistischen Seiten sowie von esoterischen Internetauftritten oder gar von Homepages der UFO-Gläubigen zum Herunterladen bereitgestellt. Selbst einige Internetpräsentationen von Globalisierungsgegnern nutzen das antisemitische Pamphlet, um damit ihren Widerstand gegen weltweit vernetzte Finanzmärkte und den „Mondialismus“ – die Globalisierung – zu begründen.

Bereits der italienische Rassentheoretiker Julius Evola,² der inzwischen zum Ideologielieferanten nahezu der gesamten internationalen rechtsextremen Szene avanciert ist, hatte scharfe Kritik an der „modernen Welt“ geübt und dem Islam gegenüber anderen monotheistischen Religionen eine wichtige Funktion im Kampf gegen den „Mondialismus“ bescheinigt.³ Der Erinnerung an diesen antisemitischen Theoretiker aus der Zeit des Faschismus verschrieben hat sich die „inoffizielle“ italienische Internetseite „Julius Evola“. In der Rubrik „Dokumente“ finden sich neben der Korrespondenz zwischen Evola und dem rechtsextremen Terroristen Franco Freda auch die „*Protocolli dei Savi anziani di Zion*“ als Datei zum Herunterladen.⁴ Zu den Autoren der Webseite gehören die Theoretiker der „Neuen Rechten“ Alain de Benoist und Aleksandr Dugin, denen in ihrem Kampf gegen die Globalisierung Verbündete aus allen Lagern willkommen sind.⁵

Hier bestehen durchaus Anknüpfungspunkte zu radikal islamistischen Auffassungen. Die Vertreter dieser Ideen schreiben dem Islam eine entscheidende Funktion im Anti-„Mondialismus“ zu, der schließlich zur Vernichtung Israels

- 2 Vgl. zu Evolas Theorien, seinen Blut-, Rassen- sowie frauenfeindlichen Mythen und seinem Einfluss auf die italienischen Rechtsextremen Franco Ferraresi, *Da Evola a Freda. Le dottrine della Destra radicale fino al 1977*, in: ders., *La Destra radicale*, Mailand 1984, S. 19–30.
- 3 blick nach rechts vom 8. 10. 1990.
- 4 Internetseite, eingesehen am 16. 8. 2005.
- 5 Vgl. Juliane Wetzel, *Die internationale Rechte und der arabische Antizionismus im World Wide Web*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 12 (2003), S. 121–144.

führen werde.⁶ Im Zuge des ideologischen Kampfes gegen den „Mondialismus“ übernimmt der Antisemitismus mehr und mehr eine gegen den Staat Israel gerichtete Funktion.⁷

Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 zeigte sich immer deutlicher, dass sich nicht nur antisemitische Stereotype fanatischer Islamisten und Rechtsextremer ähneln, sondern dass sie noch weitere thematische Gemeinsamkeiten haben: Sie lehnen die Moderne ab und wenden sich gegen eine mit „jüdischer Fremdherrschaft“ gleichgesetzte Globalisierung, für die nach ihrer Vorstellung als Symbol das New Yorker World Trade Center stand.⁸ Dass unmittelbar nach dem Anschlag auf dieses Symbol einer imaginierten jüdischen Macht antisemitische Verschwörungstheorien vor allem via Internet die Runde machten, kann also nicht verwundern.

Der Zugriff über Suchmaschinen

Finden lassen sich solche Verschwörungstheorien über Suchmaschinen wie „Google“. In der deutschen Version taucht auf der Suche nach den „Protokollen der Weisen von Zion“ erst an 14. Stelle ein Eintrag mit eindeutig rechtsextremem Hintergrund auf. Die ersten 13 gelisteten Ergebnisse bieten Zugang zu seriösen Seiten, die Geschichte und Hintergrund der Fälschung erklären. Dies ist vor allem auch Initiativen wie „Hagalil.com“ zu verdanken, die etwa versuchen, einer rechtsextremen neonazistischen Homepage einhundert seriöse Seiten entgegenzustellen und damit diesen Einträgen einen vorderen Platz in der

6 Francesco Germinario, *La destra, tra leghismo et antileghismos*, in: *Il calendario del popolo*, Januar 1994, S. 48.

7 Italy (von Adriana Goldstaub), in: *Antisemitism World Report 1994*, passim; Bericht zur Lage des Antisemitismus in Italien von Adriana Goldstaub (Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea, Mailand), gehalten auf dem Kongress der Unione delle Comunità Ebraiche Italiane, 20.–23. Juni 2002 (Manuskriptfassung).

8 Die vom inzwischen verstorbenen Führer der amerikanischen Neonazi-Organisation „National Alliance“ William Pierce unter dem Pseudonym Andrew Macdonald verfassten „Turner Diaries“, die auch über die Webseite der „National Alliance“ verfügbar sind, scheinen nicht nur den Bombenleger von Oklahoma City zu seiner Tat inspiriert zu haben, sondern weisen auch Parallelen zu den Ereignissen vom 11. September 2001 auf. Die Hauptfigur des Romans von Pierce stirbt bei einem Selbstmordattentat im Sturzflug auf das Pentagon. Zu den „Turner Diaries“ und der „National Alliance“ siehe Thomas Grumke, *Rechtsextremismus in den USA*, Opladen 2001, S. 60 f., 112–119.

„Google“-Liste sichern. Google selbst streicht nicht nur in Deutschland, sondern auch in der französischen Version einzelne Sites mit Inhalten, die gegen nationale Gesetze verstoßen, aus der Trefferliste. Bei „Google.fr“ finden sich ähnlich wie in der deutschen Version erst auf der zweiten Eintragsseite entsprechende Zugänge zu den „Protokollen“. Ein niederländischer Benutzer hingegen erreicht bereits mit dem dritten Eintrag das Angebot der radikal rechtsextremen amerikanischen Organisation „Stormfront“. Die italienische Version der Suchmaschine bedient den interessierten Laien auf der Suche nach den „Protocolli“ gleich mit dem zweiten Eintrag.⁹ Die Homepage „Comedonchisciotte“, die ein Konglomerat an aktuellen Themen mit Verschwörungshintergrund in italienischer und englischer Version bereithält, stellt den Text der „Protokolle“ zur Verfügung. Übernommen hat der Betreiber die Seite von der Internetplattform „Radio Islam“ des in Schweden ansässigen marokkanischen Holocaust-Leugners Ahmed Rami. In einem anderen Beitrag wird die Frage gestellt, ob hinter den Anschlägen in London vom Juli 2005 nicht etwa der MI5, der CIA oder gar der israelische Geheimdienst Mossad steckten.¹⁰

Religiöse Fundamentalisten

An siebter Stelle führt die Suche nach dem antisemitischen Machwerk bei der italienischen Suchmaske „Google.it“ auf die Seite einer fundamentalistisch christlichen Organisation. Die „Protokolle“ der 24 Sitzungen, auf denen die „Weisen von Zion“ vermeintlich ihr Weltmachtszenario austüftelten, können über die Seite „Holywar/La Tradizione Cattolica“ der 1970 gegründeten radikal katholischen „Fraternitas Sacerdotalis Sancti Pii X“ (Priesterbruderschaft des heiligen Pius X.) heruntergeladen werden. Die in mehreren Sprachen angebotenen, allerdings im Wesentlichen in Englisch und Italienisch gehaltenen Seiten eines Mitglieds der Bruderschaft (Alfred Olsen), der sich der „christlichen Alternative“ des „Volkswiderstands“ verschrieben hat, transportieren propagandistische Inhalte, die den „Jüdischen Terrorismus“, insbesondere die „Jüdische Mafia, die Amerika regiert“, und den „einzigsten Nazi-Staat, das satanische Israel“ bekämpfen sollen.¹¹ Die von Erzbischof Marcel Lefebvre¹² gegründete

9 Diverse „Google“-Zugänge, eingesehen am 18. 8. 2005.

10 Internetseite, eingesehen am 16. 8. 2005.

11 Internetseite „Holywar“, eingesehen am 5. 5. 2003 und am 18. 8. 2005.

12 Papst Paul VI. entzog Lefebvre, der für die Bewahrung der „geheiligten“ traditionellen Messordnung eintrat und dessen Bruderschaft sich zu einer fundamentalistischen ka-

fundamentalistische Organisation mit Sitz im schweizerischen Metzingen und etwa 150 000 bis 200 000 Anhängern wird vom italienischen Verfassungsschutz als Sekte eingestuft.¹³

Links zu einseitigen Darstellungen der Geschichte der Palästinenser, zu „Radio Islam“, „ZOG“ (Zionist Occupied Government) und zu „revisionistischen“ Anbietern wie dem Committee of Open Debate on the Holocaust (CODOH), dem Adelaide Institute sowie zu David Irving werden angeboten. Die bösartigen Karikaturen im Stürmerstil, die auf der englischen Version präsentiert werden, sind in den letzten Jahren immer weiter ergänzt worden. Bekannte Karikaturen aus dem antisemitischen Fundus der 20er- und 30er-Jahre sind hinzugekommen, wie jenes des dickleibigen Mannes, der mit „jüdisch“ konnotierter Physiognomie gezeichnet auf einem großen Geldsack vor einem Schild „Stock Exchange“ sitzt. In der Originalvorlage aus der antisemitischen Kinderheftschrift „Der Giftpilz“ des Stürmer-Verlages von 1938 thront die bösartig karikierte Figur vor der „Börse“.¹⁴ Die deutsche Version von Holywar/Tradizione Cattolica beschränkt sich nahezu ausschließlich auf die Präsentation der „Protokolle“.¹⁵

Während sich „Biblebelievers.com“, eine Seite der Baptisten aus den USA, deutlich gegen Antisemitismus ausspricht, sind auf der australischen Variante des „Biblebelievers“-Portals die „Protokolle“ zu finden. Ein ebenso verfügbares, 175 Seiten starkes Buch von Elisabeth Dilling unter dem Titel „The Jewish Religion. Its influence today“ aus dem Jahr 1983 verbreitet die gängigen Stereotypen über den „Judeo-Bolschewismus“.¹⁶

Auch seriös klingende Nachrichtenanbieter wie die „World Internet News Distributary Source – The Winds“, verbreiten die „Protokolle“. „Winds“, das sich einer „biblischen Perspektive“ verschrieben hat, bietet den Text über das Verzeichnis „Library“ in ganzer Länge an. Der „Editor“ kommentiert Anfragen,

tholischen Sekte entwickelte, 1976 die Vollmachten seines Bischofs- und Priesteramtes, Er versammelt jedoch auch weiterhin Gläubige zu Messen und zeigte in den 80er-Jahren deutliche Sympathien für Jean-Marie Le Pens „Front Nationale“, Eintrag Lefebvre Munzinger-Archiv.

13 Angaben des International Policy Institute for Counter Terrorism im Internet, eingesehen am 2. 9. 2000; vgl. auch den Beitrag von Alexander Kissler „Ungesunde Lehre. Der Papst trifft heute den exkommunizierten Erben Lefebvres“, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 8. 2005.

14 Internetseite, eingesehen am 20. 3. 2003.

15 Internetseite, eingesehen am 11. 8. 2005.

16 Internetseite Biblebelievers.org.au, eingesehen am 16. 6. 2005.

warum die Homepage die „Protokolle“ zur Verfügung stelle, wie folgt: „Mitarbeiter von ‚the WINDS‘ zitieren manchmal aus diesem Dokument – nicht weil sie es als Beweis für eine jüdische Intrige oder eine nationale Verschwörung begreifen. Wir zitieren daraus, weil es heutzutage keine schriftlichen Aussagen gibt, die aktuelle Ereignisse klarer erklären. [...] Wir vertreten hier in diesem Büro den Standpunkt, dass die Frage danach, wer es verfasst hat, nicht wirklich wichtig ist. Was hingegen wichtig ist, dass es durchgesickert ist. [...] Das Dokument an sich ist in seiner theoretischen Konstruktion verblüffend. Sollte es nur einfach aus Spaß entworfen worden sein, hat dies ein Genie vollbracht, weil es ein tiefes Verständnis dafür offenbart, wie Menschen manipuliert werden. [...] Meiner Meinung nach enthüllen die *Protokolle* ganz eindeutig satanische Absichten. Für mich hat der Satan dieses Dokument verfasst.“¹⁷

Tsunami, Illuminaten und Geheimpolitik

Makabre Blüten treiben diese irrwitzigen Verschwörungphantasien, wenn sie gar den Tsunami als Folge eines jüdischen Komplotts ausmachen. Ursache der Naturkatastrophe seien, so die Vertreter dieser Theorien aus dem rechtsextremen Lager, die Zündung einer amerikanisch-jüdischen Atombombe im Sumatra-Graben oder Erdölbohrungen gewesen. Der „Bund für echte Demokratie e. V. – Arbeitsloseninitiative Deutschland“, der auf seiner Homepage Hetze gegen Juden betreibt und sonst eher einen ziemlich wirren obsessiven Eindruck hinterlässt, nimmt sich des Themas Tsunami und der angeblich von Juden gezündeten Atombombe ebenso an wie jene Vertreter derartiger Hirngespinnste, die sich in Berlin im Januar 2005 trafen. Die ARD-Sendung Panorama berichtete darüber: „Berlin am vergangenen Wochenende, ein Treffen rechtsradikaler Verschwörungstheoretiker. Äußerlich fallen sie nicht auf: Jung und alt, Mann und Frau, dumm und schlau. Aber eines eint die meisten: der Antisemitismus. Auch wenn sie versuchen, das Wort ‚Juden‘ zu vermeiden – es wissen eh alle Bescheid. Ihre These: Kurz vor der Flutwelle hätten 40 000 israelische Touristen Asien verlassen, ebenso wie ein bekannter Schlagersänger. O-Ton Peter Schmidt (Verschwörungstheoretiker): ‚Ja, Sie kennen das ja wahrscheinlich schon in der Mehrheit: Es gibt Hinweise, dass nicht nur er informiert worden ist, sondern vor allen Dingen 40 000 von einer gewissen Minderheit‘.“¹⁸

17 Internetseite, eingesehen am 16. 6. 2005.

18 Sendung Panorama, 27. 1. 2005 (http://www.ndrtv.de/panorama/archiv/2005/0127/tsunami_verschwoerung.html).

Der Berliner Peter Schmidt verbindet heutige Ereignisse mit solchen der NS-Zeit und erklärt etwa die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 mit astrologischen Konstellationen, die mit jenen 1942/43 in Stalingrad bzw. „der Eroberung Stalingrads“ im September 1942 korrelierten. Peter Schmidts abstruse Ideen werden über die Internetseite „Unglaublichkeiten“ eines gewissen Bernhard Becker verbreitet, der antisemitische Stereotypen bedient, Artikel mit revisionistischem Inhalt anbietet, Links u. a. zum Holocaustleugner Ernst Zündel, zu „Radio Islam“ sowie zu „Pilt.de“ bereitstellt, sich über die Sperrung seiner Domain durch die „Diktatur namens ‚BRD‘“ beschwert und abstruse Texte über die Anschläge am 11. September 2001 sowie über Lady Dianas Tod und die „Illuminaten“ verbreitet.¹⁹ Auf Beckers Seite finden sich auch Texte des Briten David Icke, der eine Mischung aus New Age-Philosophie und apokalyptischen Verschwörungstheorien mit stark antisemitischen Zügen vertritt. Seiner Meinung nach wird die Welt von Geheimbünden regiert, die er als „Reptilien-Connection“ bezeichnet, an deren Spitze die Rothschilds und die Rockefeller stünden. Die von ihnen gebildete geheime Weltregierung sei verantwortlich für den Holocaust, den Bombenanschlag in Oklahoma City, die Anschläge auf das WTC und schließlich für die Anschläge in London 2005.²⁰ Icke bezieht sich immer wieder auf die „Protokolle“, die er als „Illuminaten-Protokolle“ bezeichnet und auf seiner Internetseite verbreitet, allerdings mit dem Hinweis darauf, der Beweis sei erbracht, dass die „Protokolle“ nicht von Juden geschrieben worden, sondern allenfalls jüdisch beeinflusst seien und er sich von jeglicher rassistischer Komponente deutlich distanzieren.²¹

Für Thyl Steinemann, den Betreiber der esoterischen Internetpräsentation „Heptagon-Forum“, die rechtsextremistische und esoterische Gruppierungen vernetzt, ist Icke ein „Autor sehr lesenswerter Bücher“. Steinemann, über dessen Seite sich die „Protokolle“ problemlos herunterladen lassen, rühmt sich: „Ich habe seit den unmenschlichen Geschehnissen des 11. Septembers 2001 [...] Aufklärungsarbeit geleistet, offen, klar, unerschrocken. [...] Mit der Auswahl an solchen Meldungen habe ich dazu beigetragen, dass sich bis zum Jahresbeginn 2005 etwa 1 Million Menschen im Heptagon-Forum orientieren konnten, um sich eine eigene Meinung zu bilden gegenüber den Lügen, die von den Illuminaten – den Worldwarplayers – über die von ihnen weltweit beherrschten Medien zu

19 Internetseite <http://members.internettrash.com/medwiss2/geheimkapitulationunoschmidt.htm>, eingesehen am 18. 8. 2005.

20 Internetseite, eingesehen am 18. 8. 2005.

21 Internetseite, eingesehen am 18. 8. 2005 (<http://www.davidicke.net/tellthetruth/history/protocols.html>).

verbreiten versucht wird.“²² Steinemanns Forum bietet u. a. einen Link zum Schweizer revisionistischen Journal „Recht und Freiheit“ des Holocaust Leugners Jürgen Graf, das etwa die bekannte Legende der „jüdischen Kriegserklärung“ an NS-Deutschland, aus der falsch interpretierten Meldung des Daily Express vom März 1933 entstanden, kolportiert.²³ Graf ist befreundet mit dem Holocaust-Leugner und Verbindungsmann zur radikal-islamistischen Szene Ahmed Huber, veröffentlicht bei Ahmed Ramis „Radio Islam“ und hat zusammen mit dem italienischen Revisionisten Carlo Mattogno in einem rechtsradikalen Verlag mit Sitz in Hastings ein Buch über Treblinka veröffentlicht (Treblinka: Vernichtungs- oder Durchgangslager?), das die Lüge kolportiert, in Treblinka seien keine Menschen ermordet worden.²⁴

Via Link kommt der Nutzer von Steinemanns Seite zur „privaten Homepage“ von Klaus Krusche mit dem Namen „Die Oppositionelle“, wo man wieder einmal „Neues“ zum 11. September erfährt und Dieter Rüggebergs „Geheimpolitik. Der Fahrplan zur Weltmacht“ und dessen Folgebände über „Logen und Politik“ empfohlen wird.²⁵ Ein Link führt zu einem Beitrag über NESARA, in dem Michael George am 19. Oktober 2003 kommentiert: „Die Brisanz des Gesetzes [NESARA, National Economic Security And Reformation Act] ergibt sich aus seiner klaren und unzweideutigen Frontstellung gegen die geheime Macht der Illuminaten, auch wenn diese nirgendwo in diesem Gesetz erwähnt werden. Die Illuminaten [...] bilden vielmehr eine straff organisierte finstere Geheimorganisation, in deren ‚Welt-Rat‘ die reichsten und mächtigsten Familien dieser Erde vertreten sind. Dieser ‚Welt-Rat‘ (‚world council‘) bildet die eigentliche ‚schwarze Geheimregierung‘, deren Einfluss ausnahmslos in allen Ländern der Erde wirksam ist.“ Solche Argumentationsketten lassen sich direkt auf die Protokolle zurückführen, die das Heptagon-Forum auch in Gänze unter der Rubrik „Die Macher und ihre Pläne“ zum Herunterladen mit folgendem Kommentar versehen anbietet: „Der unglaubliche, seit dem 19. Jahrhundert in Ausführung befindliche und schon sehr weit gehend realisierte Plan der Oligarchen zur Unterjochung der gesamten Menschheit: Der satanische Plan dunkler Macht: Die Protokolle der Weisen von Zion“. Aber Steinemann gibt zu bedenken: „Ich möchte dich als Leserin oder Leser in Deutschland und Österreich warnen, diese ‚Protokolle‘ zu verbreiten, weil – wie oben erwähnt – bei hoher Strafe verboten. Es ist in diesen Ländern jedoch gestattet, ein Exemplar

22 Heptagon-Forum, Internetseite eingesehen am 16. 6. 2005.

23 Recht und Freiheit 2 (2005), Internetseite, eingesehen am 16. 6. 2005.

24 Informationsdienst gegen Rechtsextremismus, Lexikon Jürgen Graf: www.idgr.de.

25 Heptagon-Forum, Link zur Seite von Klaus Krusche, eingesehen am 16. 6. 2005.

für sich selbst auszudrücken und aufzubewahren, mehr nicht. [...] Und vergesst nicht: Die (Un-)Menschen und Energien der dunkeln Seite befinden sich in einer Sackgasse. Auch wenn sie schon sehr nahe an der totalen Weltherrschaft sind – wir auf der Seite des Lichtes haben alle guten Geistwesen auf unserer Seite, die Vandalen aber nicht!“²⁶

Steinemann empfiehlt den Schweizer Autor Armin Risi und dessen Webseite. Esoterische Wahnideen und UFO-Theorien sind Risis Themen. Verschwörungsszenarien werden verbunden mit einer imaginierten Welt des Bösen. Vorträge und Artikel drehen sich immer wieder um die Zahl „666“ und sind damit eindeutig antisemitisch konnotiert.²⁷ Diese Zahl steht für den Antichrist, den Satan, verstanden wird die Symbolik von der Anhängergruppe als Synonym für „die Juden“. Risis Publikationen werden ebenso wie die David Ickes und jene des Verschwörungstheoretikers Jan van Helsing auf der Internetseite „Pilt.de“ angepriesen. Pilt.de wendet sich vor allem an UFO-Anhänger und veröffentlicht die Übersetzung eines Beitrages des australischen Journalisten und Verschwörungstheoretikers mit eigener Internetpräsenz, Joe Vialls, vom 5. Januar 2005. Übersetzer ist der Autor einschlägiger Bücher und mehrfache Referent der NPD Gerhoch Reisegger, einer derjenigen, der die Anschläge des 11. September 2001 einem jüdischen Komplott zuschreibt und Interviews über seine abstrusen Theorien zum 11. September in Postillen wie etwa der „National-Zeitung“ gibt.²⁸ Auch der australische Ableger der „Biblebelievers“ bietet einen Link zur Webseite von Vialls an, die eine gespiegelte Version auch über einen britischen Provider zur Verfügung stellt.²⁹ Vialls debattiert nicht nur die Tsunami-Legende, sondern auch andere klassische Themen der verschwörungstheoretischen Gemeinde wie den Tod von Lady Diana und die Legenden, die sich um die Anschläge des 11. September gesponnen haben.

Die „Reports“ von Vialls waren auch über die Seite der „New World Order“ – the Seventh Fire – verlinkt. Allerdings lässt sich der Link nicht mehr öffnen. Neben den „Protokollen“ bietet „the Seventh Fire“, die Homepage eines Mitglieds des indianischen Stammes der Anishinabek, aktuelle Verschwörungstheorien wie „911 and the Illuminati“, aber auch revisionistische Einträge zum „Holocaust Hoax“.

26 Heptagon-Forum, Internetseite eingesehen am 16. 6. 2005 (www.heptagon-forum/protokolle.htm).

27 Internetseite Risis, eingesehen am 18. 8. 2005.

28 National-Zeitung, 19. 11. 2004 (http://www.dsz-verlag.de/Artikel_04/NZ48_4.html).

29 Internetseite, eingesehen am 16. 8. 2005.

Radikal islamistische Links und ihre Verbindung zum Rechtsextremismus

Die Protokolle ließen sich lange Zeit auf der arabischen Version der Webseite „Nakba“ (der palästinensische Begriff für die Staatsgründung Israels 1948, die als „Katastrophe“/Nakba bezeichnet wird) des Informationsdienstes der Palästinensischen Autonomiebehörde aus einem Angebot zu „historischen Quellen des Zionismus“ öffnen, die moderatere englische Ausgabe stellte diese nicht zur Verfügung. Nach Interventionen der amerikanisch-jüdischen Organisation Anti-Defamation League im Mai 2005 hat die palästinensische Vertretung die Seite offensichtlich vom Netz genommen; der Link lässt sich nicht mehr öffnen.³⁰

Die Seite Marokko.nl, eine niederländische Internetpräsenz, stellt Ausschnitte der „Protokolle“ unter dem Titel „Werkelijkheid Achter Het Joods Zionisme“ – Die Wirklichkeit hinter dem jüdischen Zionismus – ins Netz und behauptet, der Text basiere auf der „jüdischen heiligen Schrift, dem Talmud“. Für weitere Informationen über den Talmud empfehlen die Betreiber der Seite den Link zu Ahmed Ramis „Radio Islam“. Auch der vollständige Text der „Protokolle“ und „der Beweis ihrer Echtheit“ seien hier abrufbar.³¹

Ahmed Rami, der davon ausgeht, dass „Antisemitismus und Antijudaismus [...] auch weiterhin das stärkste Mittel der Regierungen in der muslimischen Welt sein“ werden,³² ist marokkanischer Abstammung und die zentrale Figur der Vernetzung zwischen radikalen Islamisten und den internationalen Rechts-extremen. Rami verbreitet über seine gleichnamige Internet-Page antisemitische Hetze vom traditionellen Antisemitismus über die „Auschwitzlüge“ bis zum Antizionismus radikaler Islamgruppen. Als einer der Ersten speiste der nach Schweden geflohene ehemalige marokkanische Armeeangehörige über seine Webseite Artikel (postings) der militanten, 1991 gegründeten algerischen „Armed Islamic Group“ (Groupe Islamique Armée/GIA) ins Internet.³³ Rami wurde in Schweden mehrmals wegen Volksverhetzung verurteilt und mit Entzug

30 Internetseite, eingesehen am 11. 8. 2005.

31 Internetseite, eingesehen am 23. 8. 2005.

32 Internetseite Radio Islam, eingesehen am 21. 6. 2000; Rami reproduziert diese und ähnliche Statements in vermeintlich intellektuell anmutenden, langatmigen Texten bis heute auf seiner Homepage, Internetseite Radio Islam, eingesehen am 21. 3. 2003 und am 18. 8. 2005.

33 Michael Whine, Cyberspace. A New Medium for Communication, Command and Control by Extremists, April 1999, S. 8 (www.ict.org.il/articles/cyberspace.htm), S. 8; über MSANEWS/AIG's Algeria News, GIA's Letter to the French, 2. 7. 1997.

der Radiolizenz bestraft.³⁴ Über seine Homepage findet man Links zu den einschlägigen Vertretern des Revisionismus und zu einer mehrere hundert Titel umfassenden Bibliografie der Leugner-Literatur, die vor allem über schwedische Verlagsadressen zu beziehen ist.³⁵

Ahmed Rami wiederum ist mit einem Beitrag „Israels Politik bestätigt die Echtheit der Protokolle der Weisen von Zion“ im Schweizer Internetportal „Wilhelm Tell Website“ vertreten, wo sich lange Zeit die Holocaust-Leugner um Jürgen Graf virtuell trafen. Linkangebote führen zum „Radio Islam“, zu Louis Farrakhans „Nation of Islam“, zum revisionistischen „National Journal“, zu Ernst Zündel und der belgischen „Vrij Historiek Onderzoek“ sowie weiteren einschlägigen revisionistischen Seiten und Publikationen. Über die Rubrik „Aktuelles/Politik“ wird der Nutzer zum Link „Protokolle der Weisen von Zion“ geleitet. Dort führt zunächst ein Traugott A. Zimmerli in die Thematik ein: „Für jene, die an ihre Echtheit glauben, sind die Protokolle der Weisen von Zion ein Plan für die schrittweise Versklavung der Welt durch das Judentum. Andere verfechten die Auffassung, es handle sich bei dieser Schrift um eine von der zaristischen Geheimpolizei Ochrana fabrizierte Fälschung, die darauf abziele, Hass auf die Juden zu schüren. Ich kann die Frage nach der formalen Echtheit dieser ominösen Protokolle nicht beantworten, doch wenn es sich tatsächlich um eine Fälschung handelt, müssen die Fälscher mit prophetischen Gaben gesegnet gewesen sein.“ Im Folgenden diskutiert Zimmerli weidlich die Frage der Echtheit, immer mit der Maßgabe, den Fälschungsvorwurf zu relativieren. Im Anschluss werden einige Passagen aus den „Protokollen“ zitiert und mit Kommentaren versehen.³⁶ Eine vollständige Fassung ist über „Wilhelm Tell“ allerdings nicht erhältlich, wird aber problemlos über die einschlägigen Links zu anderen Webseiten zugänglich gemacht. Das letzte Update allerdings stammt vom April 2001. Obgleich die Homepage wie viele andere, die der Leugner-Szene zuzurechnen sind, offensichtlich an Attraktivität eingebüßt hat, sind solche Internetseiten auch weiterhin im Cyberspace präsent und bleiben Teil des Informationsmülls, der jederzeit abrufbar ist.

Ramis Internetportal kann als Schnittstelle zwischen Rechtsextremen und Islamisten gelten. Inhaltlich erfüllen die „Protokolle der Weisen von Zion“ eine Scharnierfunktion; über Ramis Seite lassen die „Protokolle“ sich deshalb nicht von ungefähr in verschiedenen Sprachen auf dem Bildschirm öffnen.

34 blick nach rechts vom 18. 4. 1995.

35 Ebenda, vgl. auch Süddeutsche Zeitung vom 24. 4. 1997.

36 Internetseite, eingesehen am 23. 8. 2004.

Bis Oktober 2000 bot Rami über seine Seite auch Zugang zur Online-Präsentation der Hisbollah und Hamas, deren Charta von 1988 bereits einen Bezug zu den „Protokollen der Weisen von Zion“ enthielt. Im Januar 2000 waren auf der Hamas-Homepage erstmals auch Holocaust leugnende Inhalte aufgetaucht, die die ideologische Nähe zu Rami noch vertieften. Lesen konnten diese revisionistischen Ideen allerdings nur jene, die Arabisch beherrschten; auf der englischen Version standen die Inhalte nicht zur Verfügung. Noch im Sommer 2004 wurden über die englische Version der Homepage „Hamasonline“ die „Protokolle“ unter der Rubrik „Special Documents“ angeboten.³⁷ Inzwischen ist das antisemitische Machwerk dort nicht mehr zu finden.

Die Vernetzung von „Jew Watch“ mit Radio Islam einerseits und Moqawama andererseits zeigt, in welcher ideologischen Bandbreite sich auch dieses Internetportal bewegt. Dort finden sich klassische antisemitische Propaganda von den Juden als Kommunisten bis hin zu den Verschwörungen der „Zionist Occupied Governments“, Rubriken über „Jüdische Genozide heute“ sowie über „Jüdische Medienkontrolle“. Unter dem Titel „Jewish References & Documents“ sind schließlich auch die „Protokolle“ komplett wiedergegeben. Allerdings fügt der Betreiber noch ein „Kompendium von Argumenten“ bei, die die Echtheit der „Protokolle“ beweisen und aus dem Archiv „Willie Martin“ stammen sollen. Dieses Archiv wird von verschiedenen christlichen Internetportalen wie der „Christianparty“, der „Christians-biblestudy“ als Link angegeben und enthält eine unüberschaubare Liste von Artikeln mit antisemitischem Inhalt.³⁸

Über „Palestine-mail“ stehen die „Protokolle“ ebenso zur Verfügung wie über „Resistance – Palestine is free from the river to the sea“. Das Link-Angebot der libanesischen „Islamic Resistance“ eröffnet über die Seite „Moqawama“ den Zugang zu zahlreichen revisionistischen, islamististischen und pro-palästinensischen Seiten, von denen die überwiegende Mehrheit die „Protokolle“ im Angebot hat: von Ahmed Rami über das Committee for Open Debate on the Holocaust, Jew Watch, und Hoffman's radical Truth bis hin zu Islamic Association for Palestine und die schiitische Seite al-Shiah des 1998 gegründeten iranischen „Aalulbayt Global Information Center“.³⁹

Auch die inzwischen auf Druck der niederländischen Organisation gegen Diskriminierung im Internet, „Meldpunt Discriminatie Internet/Magenta“, abgeschaltete holländische Dschihad-Seite Sluitjeaan (Join us) verbreitete neben

37 Internetseite, eingesehen am 26. 8. 2004.

38 Internetseite, eingesehen am 18. 8. 2005.

39 http://www.al-shia.com/html/eng/quran/the-miracle/an-introduction-to-islam-for-non-muslims/the_protocols_of_zion.html.

Inhalten, die den Holocaust leugnen, auch die „Protokolle der Weisen von Zion“. ⁴⁰

Nicht nur arabische oder nordafrikanische radikal-islamistische Internetseiten instrumentalisieren die „Protokolle“ für ihre politischen Zwecke, auch nationalistische türkische Seiten bedienen sich inzwischen der antisemitischen Propaganda, mit der sie auch die Zuwanderergesellschaften in Europa indoktrinieren. So stellt etwa die Seite „Ötüken“ die „Protokolle“ in ihrer Rubrik „Sýonýzm“ unter „Protokolleri“ vollständig ins Netz. ⁴¹

UFO-Anhänger, Esoteriker und Okkultisten

Die italienische Homepage „X-Files“ (Phoenix/Fenice), auf der all jenes zu finden ist, „was die offiziellen Massenmedien zu verschweigen suchen“, bietet neben detaillierten Debatten zum Thema „Antichrist“ und der Zahl 666, die visuell von einer Karikatur eines Steinbocks (in der Astrologie traditionell assoziiert mit dem Judentum) versehen mit einem Magen David unterstützt werden, die gesamte Palette der Verschwörungstheorien zum 11. September 2001. Unter der Rubrik „Neue Weltordnung“ ist seit September 2002 der vollständige Text der „Protokolle“ verfügbar. ⁴² Globalisierungsgegner finden hier ebenso für sie interessante Themen wie UFO-Anhänger, Esoteriker oder Vegetarier. Mehrfach tauchen auch Texte von Maurizio Blondet auf, einem italienischen antisemitischen Verschwörungstheoretiker mit fundamentalistisch christlichen Tendenzen, der auch in islamistischen Postillen publiziert und bei „Radio Islam“ vertreten ist.

Die niederländische Ufologen-Seite „Niburu“ bedient die Verschwörungstheoretischen Muster unter dem Titel „Die Amerikaner sind die Bevollmächtigten der Rothschilds im Irak“, ⁴³ der mit folgendem „Update“ versehen ist: „Schmerz in Spanien. Der terroristische Anschlag auf den Zug in Madrid wurde

⁴⁰ Bericht von INACH (International Network against Cyber Hate) anlässlich der Antisemitismuskonferenz in Berlin am 28./29. April 2004, Amsterdam 22. 4. 2004 (<http://www.inach.net/content/INACH%20-%20Antisemitism%2001%20the%20Internet.pdf>).

⁴¹ Internetseite, eingesehen am 23. 8. 2005. Ich danke Claudia Dantschke vom Zentrum Demokratische Kulturen in Berlin für diesen Hinweis.

⁴² Internetseite, eingesehen am 26. 8. 2004 und am 23. 8. 2005.

⁴³ „Amerikanen zijn Rothschild gevlmachtigden in Irak *update*“, Internetseite, eingesehen am 26. 8. 2004 und 24. 8. 2005.

von den Rothschilds manipuliert, um Spanien dafür zu bestrafen, dass es auf der Seite der Windsors steht.“⁴⁴ Anschließend folgt ein Elaborat über die „Protokolle der Weisen von Zion“, die ein Beweis dafür seien, dass die jüdische Welt-diktatur Programm der Rothschilds sei. „Die teuflischen Banker und ihre Bewunderer wollen euch Glauben machen, dass die Protokolle eine Fälschung sind – sie sind es nicht!“ Der letzte Satz wiederum enthält einen Link zu „Savethemales“ und einen Artikel von Henry Markow, einem verschwörungstheoretischem Globalisierungsgegner und Betreiber der Seite, mit dem Titel „Protocols Forgery Argument is Flawed“. Den Text hat „Niburu“ in Übersetzung von „Rense.com“ übernommen. Dort wird klar, dass der Autor des Beitrages jener Henry Markow ist.⁴⁵ Jeff Rense seinerseits verbreitet Verschwörungstheorien über die Anschläge vom 11. September 2001, aber auch über die Attentate in London am 7. Juli 2005, und fordert Unterstützung für Ernst Zündel. Links verweisen auf „Jew Watch“, auf UFO-Anhänger und eine „Zionist Data Base“.⁴⁶ Auf der globalisierungskritischen Seite „Indymedia“-Niederlande findet sich eine Plakatvorlage von „Niburu“/„SOPN“ (Souveränes Unabhängiges Pressebüro Niederlande), die intendiert, die Menschen würden von den Mächten betrogen. Ein Nutzer der Indymedia-Seite weist auf den sektiererischen Hintergrund von „Niburu“ hin und fordert die Entfernung des Angebots, ein anderer bezeichnet sie als interessante Webseite mit vielen neuen Informationen.⁴⁷ Ein Angebotsportal für Muslime in den Niederlanden kennzeichnet den Link zu „Niburu“ als „Tip“.⁴⁸

Dieses Beispiel zeigt, wie sich verschiedene extreme gesellschaftliche Gruppierungen über bestimmte Internetseiten vernetzen und auf diese Weise schnell Zugang zu einem probaten Mittel wie den „Protokollen der Weisen von Zion“ erhalten, um ihre Verschwörungstheorien bestätigt zu sehen. Das antisemitische Traktat lässt sich gegen Globalisierung/New World Order instrumentalisieren, ein Thema, das Rechtsextreme und Linksextreme ebenso umtreibt wie radikale Islamisten, und simple Muster bereithält, um komplizierte welt-politische Strukturen oder Naturkatastrophen jenen zu erklären, die für solche Ideen empfänglich sind. Rechtsextreme benutzen die „Protokolle“ als Argumentationshilfe, um ihre These zu stützen, die Juden der Welt würden den Holocaust benutzen oder hätten ihn gar erfunden, um finanziellen oder politischen Druck

44 Ebenda.

45 Internetseite, eingesehen am 24. 8. 2005.

46 Internetseite, eingesehen am 24. 8. 2005.

47 Internetseite, eingesehen am 24. 8. 2005.

48 Internetseite cormael.eigenstart.nl, eingesehen am 24. 8. 2005.

auf Europa oder die USA auszuüben. Auch wenn Globalisierungskritiker und Linksextreme sich von solchen Inhalten distanzieren, sind doch einige Vertreter aus diesem Umfeld offen für Ideen, die Weltmacht, Kapitalismus und Globalisierung als jüdisch dominiert betrachten. Auch für sie sind die „Protokolle“ sichtbarer Beweis für ein angebliches jüdisches Streben nach Welt dominanz. Der Cyberspace bietet eine Plattform, auf der all diese obskuren Inhalte ungehindert platziert, ausgetauscht und debattiert werden können. Da Ufologen Verschwörungstheoretiker par excellence sind und auch manche Esoteriker und sektiererische Christen solchen Ideen offen gegenüberstehen, nutzen sie gleichermaßen das Internet als Propaganda- und Kommunikationsmittel.

Vor allem bei Jugendlichen aus den muslimischen Zuwanderergesellschaften in Europa stoßen die „Protokolle“ auf eine vorgeprägte Meinung, die sie sich etwa über die ägyptische TV-Serie „Reiter ohne Pferd“ angeeignet haben. Diese 41-teilige Seifenoper, die die „Protokolle der Weisen von Zion“ als echt verkaufte, wurde während des Ramadan 2002 zur besten Abendsendezeit via Satellit ausgestrahlt. Im folgenden Jahr griff die syrische Fernsehserie „Diaspora“ (Al-Shatat) das Thema noch einmal auf. Auch sie konnte wieder während des Ramadan über entsprechende arabische Sender in Europa empfangen werden.

Das Medium Fernsehen, das auf Jugendliche eine mindestens ebenso große Faszination ausübt wie der Cyberspace, transportiert auf diese Weise Inhalte, die mit jenen im Internet parallel gelesen werden können oder erst entsprechende Anreize bieten, sich auf der virtuellen Datenbahn auf die Suche nach Bestätigung zu machen. Da sich radikale Islamisten via Link mit Rechtsextremen vernetzen, aber diese auch Verbindungen zu islamistischen Homepages anbieten und in beiden weltanschaulichen Lagern die „Protokolle“ für die jeweiligen politischen Ziele instrumentalisiert werden, geraten Jugendliche unversehens in ein Umfeld, das ihnen ein geschlossenes Weltbild vermittelt. Pädagogen und Sozialarbeiter, die oft selbst nur ungenügend auf solche Inhalte vorbereitet sind, können diese Stereotypen nur schwer durchbrechen. Dies erweist sich oft auch deshalb als besonders schwierig, weil manche der antisemitischen Muster durchaus Anknüpfungspunkte zu radikalen linken oder globalisierungskritischen Positionen bieten, wie sich insbesondere im Internet zeigt.

ANTISEMITISMUS

Der Juden badstüb.

Ein anzeygung irer manigseltigen
shedlichen handel/zü warnung allen Chriſten/
iren trieglichen listigkeyten zü entweychen
vnd zü vermeyden.

Wer wissen wil was schand vnd schad
Entspringet auß dem Juden bad/
Der selb durchleß mich biß zum ende
Von in wir sehend sind verblende.

1 5 3 5.



Der Juden badstüb
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz,
Abt. Historische Drucke (Y h 981 R)

Philip von Allendorf – Der Juden Badstüb 1535/1611

Inhalt und Funktion eines antijüdischen Pamphlets

Am 22. August 1614 stürmte eine aufgebrachte Volksmenge unter der Führung des Vinzenz Fettmilch die Frankfurter Judengasse. Der Mob zog plündernd durch die Straßen und hinterließ Tote und Verletzte.¹ Die meisten Frankfurter Juden konnten sich auf den Friedhof retten, wurden aber schließlich aus der Stadt vertrieben. Dies markiert den Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Bürgern und patrizischem Rat der Stadt um Rechte und Privilegien, in die auch der Kaiser hineingezogen wurde. Die Juden der Stadt wurden in der angespannten Situation zum Spielball der verschiedenen Parteien. Längst galten sie bei einem Großteil der Bürger als Verantwortliche für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Zu dieser aufgehetzten Stimmung beigetragen hatte die antijüdische Publizistik in Frankfurt in den Jahren vor dem Pogrom.² Rege Verbreitung fand das Flugblatt *Der Juden Badstüb*, das nicht nur gegen die Juden als Wucherer polemisierte, sondern auch andere antijüdische Stereotype bediente. Der Bilderbogen bezieht sich auf die Allegorie *Juden Badstüb*, die Philip von Allendorf 1535 verfasste und die im Vorfeld des Fettmilch-Aufstandes zusammen mit anderen antijüdischen Traktaten neu aufgelegt worden war. Sowohl im Flugblatt als auch in der früheren Allegorie wird die Wucherproblematik in Form des Badehauses dargestellt.³

- 1 Vgl. Rivka Ulmer, Turmoil, Trauma and Triumph – The Fettmilch Uprising in Frankfurt am Main (1612–1616). According to Magilas Vintz, Frankfurt a. M. 2001; Matthias Meyn, Die Reichsstadt Frankfurt vor dem Bürgeraufstand von 1612 bis 1614 – Struktur und Krise, Frankfurt a. M. 1980.
- 2 Z. B. D. Martini *Luther Christlicher Unterricht von der Juden Lügen wider die Person unseres Herrn Jesu Christi usw.* (1596); vgl. Winfried Frey, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus. Ein Antijüdisches Pasquill von 1606 und seine Quellen, in: Daphnis 18 (1989), S. 251 f.
- 3 Winfried Frey, Es ist kein Glück wo Juden sein – Zu Philips' von Allendorf *Der Juden Badstüb*, in: Danielle Buschinger (Hrsg.), Sammlung – Deutung – Wertung. Ergebnisse, Probleme, Tendenzen und Perspektiven philologischer Arbeit, Amiens 1988, S. 146. Vgl. auch Frey, Antijudaismus, S. 278 f.

I.

1611/1614 erschien in Frankfurt am Main ein Bilderbogen mit der Überschrift *Der Juden Badstub*,⁴ der von zweimal zwei Versen gerahmt wird, die *all frommen* vor dem Besuch eines Badehauses warnen, weil der Besucher hier so zum Schwitzen gebracht werde, *das weder Gelt noch Seckel bleib*. Es folgen in einem Rahmen als Einleitung zwölf Knittelverse, in denen *der Jud* mit einem Bader gleichgesetzt wird, der Schweiß und Blut her austreibt, mit scharfer Lauge hantiert und dann so viel Lohn nimmt, dass der Besucher *kaal darvon* kommt. Sehr eindringlich wird vor einem solchen Bad gewarnt und schließlich die Warnung auf *all Wuchner* ausgedehnt. Es reiht sich eine Folge von 19 Bildern an, die in der ersten Reihe drei, in den folgenden vier Reihen jeweils vier Bilder zeigt. Jede Darstellung hat einen Untertitel mit zwei Versen. Abschließend findet sich eine Zusammenfassung der Erzählung, in der jedes Bild einzeln erklärt wird.

Die ersten drei Bilder vermitteln dem Betrachter die Vorgeschichte. Ein wohlhabender Kaufmann der Stadt, erkennbar an seiner vornehmen Kleidung, dem Schwert und der reichen Ausstattung des Innenraums, besieht sich im Spiegel, um den Entschluss zu fassen, eine Badestube aufzusuchen. An der Judengasse wird er von zwei Juden empfangen, die deutlich mit einem Ring gekennzeichnet sind, zudem tragen sie lange Gewänder, einen spitzen Bart und eine Mütze. Nachdem der Bürger sein Anliegen vorgebracht und seine Beschwerden (*gebrechen*) geschildert hat, beginnt er mit den beiden Juden zu verhandeln.

Die nächsten acht Bilder schildern nun die Ereignisse in der Badestube. Zunächst beginnen die Vorbereitungen. Das Wasser muss aus einem Brunnen geschöpft werden, wobei schon hier im *gespan* ein *teuffel* auftaucht, der den Juden bei ihrer Arbeit hilft. Das Wasser wird in einem großen Kessel erhitzt, wobei der Teufel den Blasebalg betätigt. Danach wird der Ofen angefeuert, und der Teufel schürt das Feuer. Den Abschluss der Vorbereitung bildet das Auskehren und Reinigen der Stube. Jetzt findet der eigentliche Badevorgang statt, bei dem der Kaufmann zunächst gerieben (*kraw*) wird. Danach werden ihm Schröpfköpfe aufgesetzt. Nachdem er mit Lauge behandelt wurde, folgt am Ende das Abspülen mit kaltem Wasser.

Die abschließenden fünf Bilder thematisieren die Folgen eines solchen Bades. Der Kaufmann hat dabei sein ganzes Geld verloren (*ver Badet*) und beklagt sich darüber, kann aber nichts dagegen unternehmen und verlässt deutlich ärmer

4 Abb.: Isaiah Shachar, *The Judensau, a medieval anti-Jewish motif and its history*, London 1974, Pl. 51; Heinz Schreckenber, *Juden in der Kunst Europas*, Göttingen 1996, S. 326.

und heruntergekommen die Judengasse. Im Haus des Kaufmannes sieht der Betrachter, dass dieser nun seine Reichtümer verloren hat, während die Juden versuchen, sich im Fluss von den *Sünden* rein zu waschen, jedoch der *Teuffel fischt sie* [die Sünden] *wider auff*. Die Strafe der Juden ist das Höllenfeuer, das ihnen nun als *Badstub* [...] *ihn Ewigkeit* zukommt. Der Teufel selbst treibt die Juden in das qualmende Maul eines Ungeheuers.

Merkwürdig angehängt erscheinen drei nicht nummerierte Bilder, die auch in der abschließenden Erläuterung nicht erklärt werden. Sie thematisieren zunächst den angeblichen jüdischen Ritualmord an Simon von Trient 1475 mit entsprechender Unterschrift. Danach folgt das typische „Judensau“-Motiv: Juden, vom Teufel angetrieben, ernähren sich von den Fäkalien und der Milch einer Sau. Auf der letzten Abbildung reitet eine jüdische Frau (*Sara*) auf einem Ziegenbock.

*Philip von Allendorf – Der Juden Badstub (1535)*⁵

Die Badstub-Allegorie ist Thema einer aus 1055 Versen bestehenden Reimpaardichtung von Philip von Allendorf, die sich gegen den jüdischen Geldverleih richtet. Das Titelblatt der 1535 zum ersten Mal aufgelegten Schrift zeigt einen Einblick in die mittelalterliche Badestube. Die Besucher werden gerieben, mit Lauge behandelt, geschröpft oder liegen zum Schwitzen. Ein Bader, der mit dem Judenring gekennzeichnet ist und einen Quast zur Förderung der Durchblutung in der Hand hält, verabschiedet die Kunden. Die Überschrift des Titelblatts macht das Ziel der Schrift als *warnung allen Christen* deutlich, denn *schand vnd schad Entspringet auß dem Juden bad*.

Die *vorrede* (S. 1–113) zeigt das Anliegen der Dichtung: Der Verfasser beklagt sich über die veränderte Ordnung, denn *Die Juden sind nun bader worden* (S. 6), wodurch andere Badehäuser in eine Konkurrenzsituation geraten sind und verdrängt werden. Besonders kritisiert von Allendorf, dass die Juden sich nur die *besten kunden* (S. 23) aussuchen und erhebt immer wieder den Vorwurf, sie würden sich über die Maßen bereichern. Der Autor versucht seine Sache als edel darzustellen, indem er darauf hinweist, die Christen vor den Juden schützen zu müssen, wobei er besonders den finanziellen Aspekt in den Vordergrund stellt. So wird schon von Beginn an deutlich, dass die Badehaus-Terminologie als Ausdruck für das Problem des jüdischen Geldverleihs genutzt wird und dazu dient, die Polemik gegen die Juden auszudrücken.

5 Exemplar der Staatsbibliothek Berlin.

Die einzelnen Stationen in der mittelalterlichen Badestube werden danach geschildert und auf das Geldverleihen bezogen. Zunächst erfolgt das *außziehen* (S. 114–157), das mit einem Gebet beginnt. Von Allendorf hebt hervor, dass die Badenden nackt vor dem Juden stehen, und überträgt dies, ohne auf die Bildebene zu achten, völlig abrupt auf die Situation der Geldleiher, die sich den Juden offenbaren müssen, um danach wieder in die Sprache der Badhaus-Allegorie zurückzukehren. Es folgt der Abschnitt über das *krawen* (S. 158–216). Hier erscheint das Motiv des Einschläferns durch den jüdische Bader und somit der Hinweis an den Kunden, sich vor Unvorsichtigkeit zu hüten. Dies wird schnell auf das Geldverleihen bezogen, mit der Warnung, dass sich die unvorsichtigen Christen von den jüdischen Gläubigern überlisten und ausplündern lassen. Daneben wird der Vorwurf laut, dass eine solche Schmeichelei von den Juden hauptsächlich bei *Den Obern* (S. 174) geschieht, denn einen armen Menschen, *Dem krawet layder niemandt nit* (S. 193). Dies zielt nach Meinung von Allendorfs vor allem darauf, sich Gunst und Vorteile zu verschaffen. Zusätzlich tritt ein weiterer Aspekt in Bezug auf das Geldverleihen auf, denn *Mit schlaffen er* [der Jude] *sein gelt gewindt* (S. 202), wohingegen derjenige, der Geld schuldet, nachts eben nicht zur Ruhe kommt. Deutlich spürt man hier den alten Vorwurf gegen das Zinsnehmen.

Das *Schwitzen* (S. 217–314) dient als Allegorie für die Christen, die sich bei den Juden Geld geliehen haben, nun heftig darunter schwitzen, wohingegen die Juden sich an deren *schweyß* (S. 239) bereichern. Gleichzeitig wird unterstellt, *Er* [der Jude] *bscheyst dich gwiß zu aller frist* (S. 237) und er nutze das Geld, um sich bei den Herrschern einzuschmeicheln (S. 240). Diese dulden die Juden auch *Von Karlo magno anfenckleich / Darnach von allen Keysern-reich / Biß yerz auff disen heutigen tag* (S. 275–277), und deshalb können sie öffentlich auftreten und erklären, sie seien *Umbs wüchers willen zû vns kumen* (S. 270).

Schließlich erfolgt das *schrepffen* (S. 315–534), wobei wieder der Vorgang im Bad völlig unvermittelt in die Klage der Wucherei übergeht.⁶ So wird berichtet, wie das Schröpfen in der Badestube beginnt, aber *Wenn es ein Jar steet oder zwey / So sammelt es das plüt herbey / Auß einer summe werden drey* (S. 325 ff.). Erkennbar findet hier die Übertragung des Schlagwortes *plüt* auf den Geldbegriff statt. Für den Autor steht insbesondere der Schröpfvorgang

6 Häufig wurden die Schröpfköpfe nach Anzahl berechnet, was zusätzliche Einnahmen versprach, aber auch Anlass zu Beschwerden gab; vgl. Birgit Tuchen, *Öffentliche Badhäuser in Deutschland und in der Schweiz im Mittelalter und der frühen Neuzeit*, Petersberg 2003, S. 34.

dann für die Willkür und die Hinterlist (*So ist er vmb das gelt beschissen*, S. 345) der jüdischen Geldverleiher, denen die Christen hilflos ausgeliefert sind. Dabei findet der arme Mann auch keine Hilfe bei der Obrigkeit (S. 420) oder vor Gericht, da auch hier schon die Juden ihren Einfluss geltend gemacht haben (S. 367–375), was dazu führt, dass die Umkehr der Verhältnisse beklagt wird: *Wir Christen sind der juden knecht* (S. 427) und *Sie lachens in jr feust hinein* (S. 449). Diese Feststellung widerspricht allerdings jeder gesellschaftlichen Realität. Begründet werden die Vorwürfe mit der absurden Feststellung: *Jr Thalmut lernt sie die leut bescheyssen* (S. 515), was sie angeblich an ihre Kinder weitergeben (S. 503, 515 f.). Nach dem Schröpfen folgt das *plüt abwaschen* (S. 535–637), das der Autor zum Anlass nimmt, umfassend zur Situation der Juden Stellung zu beziehen. Die Juden sind im Deutschen Reich *im globten land* (S. 535), weil sie alles haben, *was jr hertz begehrt* (S. 538). Den Christen wünschen sie aber alles Schlechte (S. 557), und deshalb *ist kein glück wo Juden sein* (S. 558). Wieder wird sehr stark gegen die *Oberkeyt* (S. 574) polemisiert und festgestellt, dass es keinen Frieden und keine Ruhe gibt, wenn Juden ihrem Handel nachgehen können. Jede *gemeynschafft* (S. 562) mit Juden ist deshalb seit Generationen verschrien und es wird davor gewarnt, dass Juden auch *Christennamen* (S. 536) annehmen, um die Unterschiede zu verwischen.

Der Autor stellt die teilweise schmerzhafteste Behandlung des *zwagen* (S. 638–815)⁷ mit der Ausbeutung der Christen durch die Juden gleich (S. 652 ff.). Wieder wird die angebliche Schmeichelei der Juden bei der Obrigkeit angegriffen, denn *Man zwecht sie mit kamillen plümen / Die weyl es die nit schmirzen thüt* (S. 752 f.). So spielt Philip dann auch das Schreckensszenario durch, *wenn sie [die Juden] hetten Keyers gwalt / Den zepter in der selben gestalt* (S. 805 f.), dann würden sie die Christen noch schlimmer *zwagen* (S. 814), und jenen würde es noch schlechter gehen als Knechten (S. 813). Die Lösung des Problems liegt deshalb in der radikalen Forderung, man *Muesten sie bitten auß dem land / Zû ziehen mit all jrem geschlecht* (S. 790 f.).

Das letzte Kapitel der Badstub ist dem *außgiessen* (S. 815–1085) gewidmet. Der Autor nimmt noch einmal ausführlich eine Abrechnung vor, denn *Der Jud der wil sein gelt da han* (S. 842), sodass man sogar *hoff und hauß* (S. 835) verkaufen muss, um die Schulden zu bezahlen. Es wird eine Reihe von Anklagen gegen die Juden erhoben; so seien sie *rotzig / lausig vnd vol grindt* (S. 888), sie führten die Christen an der Nase herum und würden sogar mit Dieben

7 Eine Kopfwäsche mit scharfer Lauge; vgl. Hartmut Kugler, Philipp von Allendorf, in: Hans-Gert Roloff (Hrsg.), *Die Deutsche Literatur – Reihe II*, Stuttgart 1991, S. 206.

gemeinsame Sachen machen, deren Diebesgut sie veräußerten (S. 915 ff.). Selbst durch den Übertritt zum Christentum könnten die Juden nach Meinung Philips ihren Charakter nicht verbergen, denn *Ob sich ein Jud schon tauffen lat / So ist er doch nit fisch on grad* (S. 944 f.). Aus diesem Grund wird nochmals eindrücklich vor *dem baderspil* (S. 955) gewarnt, also vor den Geldgeschäften mit Juden, von dem man sich vielleicht zuerst einen Gewinn verspricht (S. 961), dennoch *thüstu Got kein gefallens dran* (S. 967). Denn der zu erwartende Schaden an der *seelen* (S. 969) ist wesentlich schwerwiegender und mit keinem weltlichen Gewinn zu vergleichen. Die Warnung wird verknüpft mit der Klage über die zunehmende Ausbreitung der Juden im Land, wobei der Autor seinen vorherigen Vorschlag, die Juden zu vertreiben, wieder einschränkt und einer kleinen Zahl gestatten würde, im Land zu bleiben (S. 1044), sofern *sie nit so mechtig würden* (S. 1032). Seiner umfassenden Polemik und Hetze gegen die Juden tut dies allerdings keinen Abbruch, und so endet seine Allegorie auch mit der Bitte an Gott, *Das er vns bhuet vorm Juden gsüch* (S. 1072).

Der Schwerpunkt der Schilderung von Allendorfs liegt im Nachweis des Schadens der Juden für die Gemeinschaft.⁸ Sie zögen die christliche Bevölkerung in ihre Abhängigkeit und gingen betrügerisch und hinterlistig vor. Für den Autor ist besonders verwerflich, dass die Juden sich bei den Reichen und Mächtigen einschmeicheln und somit ihre Macht immer weiter ausbauen. So schreckt er nicht davor zurück, die Obrigkeit und den Kaiser anzugreifen, verbunden mit der Aufforderung, endlich gegen diese Ungerechtigkeit vorzugehen. Dabei entspricht seine Darstellung nicht der gesellschaftlichen und politischen Realität, sondern steht dieser geradezu diametral entgegen. Der Autor greift auf eine Reihe von antijüdischen Stereotypen zurück, um Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung zu verstärken. Angesichts der historischen Situation und der sozialen wie wirtschaftlichen Spannungen zu Beginn und Mitte des 16. Jahrhunderts trifft Philip von Allendorf damit den Nerv der Zeit.

Es fällt auf, dass sich der Autor nicht althergebrachter religiöser Vorurteile gegenüber Juden bedient.⁹ Allerdings ginge die Schlussfolgerung zu weit, damit sei eine Abkehr vom religiösen hin zu einem säkularen, rassistischen Antijudaismus, wie er in der Neuzeit Verwendung findet, vorprogrammiert gewesen.¹⁰ Die Möglichkeit einer Trennung von religiösem und säkularem Denken stellte sich in

8 Frey, Badstub, S. 138 f.

9 Z. B. Juden als Gottesmörder, Gegenüberstellung von Synagoge und Kirche, jüdische Ritualmorde.

10 Gegen Frey, Badstub, S. 143.

jener Zeit nicht.¹¹ So finden sich Anspielungen und Verweise auf einen religiös motivierten Hintergrund, wenn dieser auch nicht im Zentrum der Betrachtung steht. Die starke Konzentration auf das Blut ist schon aus alten antijüdischen Vorstellungen bekannt,¹² sie wird hier jedoch auf das Geld übertragen. Von Allendorf sieht seine Thesen als eine Weiterentwicklung jener des Johannes Chrysostomus¹³ (ca. 350–407), der als Musterbeispiel antijüdischer Polemik der Alten Kirche gilt, aber für von Allendorf die Juden noch zu sehr schöne.¹⁴

Von Allendorf fordert die Besucher der Badstüb auf, beim Betreten ein Gebet zu sprechen (S. 114 ff.). Er schließt das Kapitel vom Schröpfen mit *Amen* (S. 534) sowie das Kapitel vom Abwaschen mit *In secula seculorum Amen* (S. 637) und richtet sich grundsätzlich an die frommen Christen. Das Gegenbild stellen für ihn die Juden (S. 315 f.) dar, die meinen, im Auftrag Gottes die Christen betrügen zu können (S. 507 f.), weil dies angeblich im Talmud gefordert werde (S. 514). Er kritisiert jene Christen, die zum jüdischen Glauben übertreten (S. 903), sowie die Taufe von Juden, da diese trotzdem Juden blieben (S. 944 ff.). Um die Obrigkeit vor den Juden und ihren Geschäften zu warnen, zitiert von Allendorf aus *Mose in dem fünfften büch / Am sybenzehnten* (S. 991 f.), wo er vermutlich auf das Königsgesetz anspielt, das den König davor warnt, Silber und Gold anzuhäufen (Dtn 17,17).

Im letzten Abschnitt der Allegorie wird die Herkunft der Schrift *Von Philippen von Allendorff* (1058) angeführt. Biografische Daten zu diesem Autor sind nahezu unbekannt, Hartmut Kugler vermutet eine Herkunft dieses Philip von Allendorf aus einem Adelsgeschlecht, das seinen Stammsitz im hessischen Allendorf (Bad Soden-Allendorf) an der Werra hat.¹⁵ Einerseits lassen sich von dort aus Verbindungen in die Gegend des Mittelrheins nachweisen, andererseits weist das Pasquill eher auf einen städtischen Hintergrund.

In der Bürgerliste Frankfurts ist der Name nicht verzeichnet. Das Auftauchen der Schmähschrift in Frankfurt am Main 1535 lässt allerdings darauf schließen, dass der Verfasser bzw. Auftraggeber aus der Gegend stammte. Auch der Inhalt

11 Vgl. Jacques LeGoff, Einführung – Der Mensch des Mittelalters, in: ders. (Hrsg.), *Der Mensch im Mittelalter*, Frankfurt a. M. 1989, S. 10 ff.

12 Z. B. der Ritualmordvorwurf.

13 *Johannes mit dem gülden mundt* (S. 74); vgl. Rudolf Brändle, *Johannes Chrysostomus – 8 Reden gegen Juden*, Stuttgart 1995, S. 61, 77.

14 Vgl. Adolf-Martin Ritter, *Erwägungen zum Antisemitismus in der Alten Kirche – Johannes Chrysostomus*, in: Angelika Dörfler-Dierken u. a. (Hrsg.), *Charisma und Caritas: Aufsätze zur Geschichte der Alten Kirche*, Göttingen 1993.

15 Kugler, *Allendorf*, S. 205.

verrät nichts über die Herkunft, da sich der Autor aller lokalpolitischen Bezüge enthält, um eine Generalisierung zu erreichen, der sich jeder bedienen kann.¹⁶

Eine Neuauflage erfuhr die Badstub-Allegorie 1606 in Zusammenhang mit einer antijüdischen Abhandlung aus Rechtstexten und Aufsätzen eines „Vespasianus Rechtanus“, die in leicht veränderter Form nochmals 1611 gedruckt wurde und im historischen Umfeld des Frankfurter Fettmilchaufstandes steht.¹⁷ Die Fassung Philip von Allendorfs wurde abgeändert und verschärft: *In secula seculorum Amen* (S. 637) wird dabei zu *Der Teuffel holl sie alzusamen*. Zusätzlich findet sich eine Erweiterung, die für die Juden die Höllenstrafe verheißt.¹⁸ In diese Zeit fällt auch die Entstehung des Flugblattes, die eine deutliche Abhängigkeit zu Philip von Allendorfs Abhandlung aufweist und diese in kurzer Form als Bilderbogen zusammenfasst, aber auch um einige entscheidende Elemente ergänzt.

II.

Die allegorische Gestaltung ist eine in der Literatur des Mittelalters verbreitete Ausdrucksform, die allerdings von der neuzeitlichen Verwendung abweicht.¹⁹ Im mittelalterlichen Denken steht die Allegorie im Wesentlichen für die Sinn- und Weltdeutung, wobei ihr dabei eine pädagogische und paränetische Funktion zukommt.²⁰ Dies ist dann der Fall, wenn die eher geistliche Ding-Allegorie mit einer erzählenden Personifikations-Allegorie zusammengeht,²¹ wie dies bei jener der Badestube der Fall ist.²²

16 Ebenda, S. 206.

17 Hinter Rechtanus verbirgt sich Johannes Baptista Cäsar, der in Frankfurt das Amt des Rechtsbeistandes (Syndicus) innehatte; vgl. Frey, *Badstub*, S. 135.

18 Kugler, *Allendorf*, S. 207.

19 Zum Problem und Forschungsüberblick: Anja Sommer, *Die Minneburg – Beiträge zu einer Funktionsgeschichte der Allegorie im späten Mittelalter*, Frankfurt a. M. u. a. 1999, S. 15 ff.

20 Christel Meier, *Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der Allegorie-Forschung. Mit besonderer Berücksichtigung der Mischformen*, in: *Frühmittelalterliche Studien* 10 (1976), S. 66 ff.

21 Vgl. Dietrich Schmitke, *Studien zur dingallegorischen Erbauungsliteratur des Spätmittelalters*, Tübingen 1982, S. 306 f, Übersicht: S. 298.

22 Vgl. Frey, *Badstub*, S. 136.

Im Zentrum der Badstüb-Allegorie des Philip von Allendorf, wie auch in dem davon abgeleiteten Flugblatt, steht das Badewesen stellvertretend für die Geldgeschäfte der Juden. So lehnt sich die Sprache beider Vorlagen an die Fachausdrücke des Badewesens an. Darstellungen von Badestüben im Mittelalter und der Frühen Neuzeit finden sich in zahlreichen Zeichnungen und Holzschnitten.²³ Interessant ist die allegorische bzw. symbolische Verwendung des Badehauses, die immer wieder in verschiedenen Variationen auftaucht.

Ein andechtig geistlich Badenfahrt

1514 erschien *Ein andechtig geistlich Badenfahrt*, ein aus 24 Holzschnitten bestehendes Traktat von Thomas Murner, in dem Christus als Bader dargestellt wird, der den Menschen die Sünden abwäscht. Hier wird der Vorgang im Bad auf das Wirken Christi übertragen, der sich um die Seelen der Gläubigen kümmert und durchweg eine positive Bedeutung zugewiesen bekommt. Anstelle des Christus als Bader tritt beim *füs riben* (Kap. 18) der Teufel als Bader auf, der den Besucher durch seine Tätigkeit in Versuchung bringt (Z. 22). Murner hebt hier besonders die Sünde der *unküschheit* (Z. 37) hervor, der es zu widerstehen gelte, und rät: *halt stiff, vnd biß die zen zû sammen, Und denk an got und sinen nammen* (Z. 29 f.).

Als Überschrift über der gesamten Allegorie steht das Zitat Jes 1,16: *Lavami mundi estote auferte malum cogitationum vestrarum*. Gleichzeitig deutet der Autor aber an, der Dichtung liege eine tatsächliche Badefahrt zugrunde, und in einer anderen Schrift berichtet er von einem Badebesuch: *Nun hab ich gemacht eyn baden fart, / Dar ynn ich geistlichkeit nit spart*.²⁴ Es stellt sich die Frage, ob sich Murner in eine vorhandene Traditionskette von christlichen Reinigungsmetaphern stellt oder ob seine Beschreibung aus eigenen Erfahrungen und Erlebnissen in einer Badestube entspringt, die er zur Darstellung seiner christlichen Botschaft heranzieht.²⁵ Sicher wird man beides zusammen sehen müssen, da es durchaus wahrscheinlich ist, dass der Autor tatsächlich eine Badestube besucht hat.²⁶ Dann hat Murner aus vorhandenem christlichen Sprachgebrauch der Reinigung und seinen eigenen Erfahrungen seine *andechtig*

23 Überblick: Tuchen, Badehäuser, S. 298 ff.

24 Thomas Murner, *Die Geuchmat*, Basel 1519, V. 5325.

25 Vgl. André Schnyder, *Die geistliche Padstube – Eine spätmittelalterliche Andachtsübung*, in: *Zeitschrift für deutsches Altertum und deutsche Literatur* 113 (1984), S. 153.

26 Vgl. Victor Michels, *Thomas Murner – Badenfahrt*, Berlin 1927, S. XXIV.

geistliche Badstüb geschaffen. Dabei wird auch deutlich, dass die Allegorie ihr Augenmerk auf die zu vermittelnde Botschaft richtet und nicht auf eine möglichst reale Wiedergabe der Vorgänge in einer Badestube.²⁷

Die geistliche Badstube

Zwischen 1497 und 1518 wurde im Brigittenkloster Altomünster eine in Prosa gehaltene Andachtsübung verfasst, die für die Straßburger Ursulabruderschaft bestimmt war.²⁸ Darin wird nach und nach der Aufbau und die Arbeitsweise in einem Badehaus beschrieben und entweder durch direkte Gleichsetzung oder durch eine Genitivverbindung auf eine Andachtsübung übertragen. Dabei findet sowohl eine Übertragung auf die religiöse Zeichenebene statt als auch ein umgekehrter Bezug der religiösen Übung auf die Erbauung der Badestube, was für eine Ding-Allegorie eher selten ist.²⁹ Sinn des Traktates ist es deshalb auch, von der ausgeführten Gebetsübung zu berichten, weshalb der Prosa-Stil gewählt wurde. Damit liegt die Intention in der Darstellung der heilsvermittelnden Wirksamkeit der Bruderschaft, wobei nicht zuletzt der pekuniäre Aspekt eine Rolle spielt.³⁰ Angesprochen sind daher alle Christen, wobei zum direkten Adressatenkreis sicher nicht die einfachen Laien gehörten, denen bestimmte Gebete nicht bekannt waren, sondern vielmehr Kreise der Geistlichkeit, die aber als Multiplikatoren dienen sollten.³¹

Immer wieder wird im Zusammenhang mit der Badestube-Allegorie auf das jüdische Reinigungsbad bzw. auf biblische Reinigungsriten verwiesen. So z. B. verfuhr schon Thomas Murner in seiner *Badenfahrt* in dem Verweis auf Jes 1,16.³² Ähnlich erscheint in der poetischen Literatur der Bibel ein Zusammenhang zwischen Entsühnung und Reinigung: *Entsündige mich mit Ysop, dass ich rein werde; wasche mich, dass ich schneeweiß werde* (Ps 51,9). Auch die paränetische Unterweisung der neutestamentlichen Pastoralbriefe greift die Metapher des Bades auf, um die Wandlung der Christen nach der Verleihung des Heiligen Geistes deutlich zu machen. Die Taufe wird dabei einmal ganz gegenständlich als Vollzug des Übertritts zum Christentum verstanden, daneben – das

27 Vgl. ebenda, S. XV.

28 Vgl. Schnyder, *Badstüb*, S. 146 Anm. 3.

29 Vgl. ebenda, S. 151.

30 Vgl. ebenda, S. 154 f.

31 Vgl. ebenda, S. 155 f.

32 Vgl. sonst: Lev 14,9; 15,13.16; 16,4.24.26; 17,16; 22,6.

bildet den zentralen Gedanken dieser Tauftheologie – findet durch dieses „Bad“ eine ontologische Veränderung des Täuflings statt, sodass die Taufe auch als Wiedergeburt verstanden werden kann.³³ Darüber hinaus gibt es in den biblischen Zeugnissen die Vorstellung der Heilung von körperlichen Beschwerden durch das Abwaschen mit Wasser,³⁴ die über sehr miraculöse Züge verfügt und einen metaphorischen Sinn hat.

Dieser Hintergrund muss mitbedacht werden, wenn in den mittelalterlichen Texten und Bildern das Bad als Allegorie gebraucht wird. Daneben ist auch die Tendenz zu beachten, die Metaphern aus dem Badehaus zumindest in späterer Zeit in politischen Auseinandersetzungen zu verwenden. 1532 wurde ein von Francesco Petrarca verfasster Ratgeber ins Deutsche übertragen. Im *von der Artzney bayder Glück*³⁵ wird ähnlich wie bei Murners *Badenfabrt* die Sorge um das Seelenheil anhand der Behandlung von Krankheiten beschrieben. Begleitet wird der Text von mehreren Holzschnitten, in denen die Analogien nebeneinander gezeigt werden, um den Sachverhalt deutlicher zu machen. Im Abschnitt *Vonn der kretze oder schebigkeyt* gibt der Holzschnitt einen Einblick in die mittelalterliche Badestube, in der das Schröpfen als eine Behandlung gegen die Krätze dargestellt wird. Demgegenüber wird in der linken Bildhälfte der aussätzigige Hiob mit seinem speienden Weib gezeigt, dem ein Hund die Geschwüre leckt.³⁶ Der Begleittext der späteren Ausgabe (1572) führt dazu an: *Est mala res scabies, / mulier peßima res est. / Illa cutem mordens, / haec animum cruciat.*³⁷ Am Beispiel des demütig leidenden Hiob wird der Krätze weniger Bedeutung zugemessen wie dem Unheil, das durch eine „böse Frau“ hereinbricht.³⁸ Die moralisierende Deutung stellt diese *kretz der gemuet* einer tatsächlichen Krankheit gegenüber und soll zur Läuterung des Menschen führen. In dieser Darstellung des Bades, aber auch in den anderen Holzschnitten des Ratgebers, wird die

33 So Tit. 3,5 f. Vgl. Karl-Heinrich Ostmeier, *Taufe und Typos*, Tübingen 2000, S. 135 f.

34 II Reg 5,14 Die Reinigung des aussätzigigen Naaman; Joh 9,7 Heilung des Blindgeborenen.

35 Textfassung Manfred Lemmer, *Franciscus Petrarca – Von der Artzney bayder Glück*, Leipzig 1983.

36 Vgl. Hi 2,4 ff.; 17,6 *Er hat mich zum Sprichwort unter den Leuten gemacht, und ich muß mir ins Angesicht speien lassen.* 19,17 *Mein Odem ist zuwider meiner Frau, und den Söhnen meiner Mutter ekelt's vor mir.*

37 Vgl. Tuchen, *Badehäuser*, S. 308. *Die Krätze ist eine üble Sache, / eine bösertige Frau jedoch ist das Schlimmste. / Jene zerfrisst die haut, / diese peiniget die Seele.*

38 Vgl. Kitti Jurina, *Vom Quacksalber zum Doctor Medicinae – Die Heilkunde in der Deutschen Graphik des 16. Jahrhunderts*, Köln 1985, S. 227.

Verknüpfung mit der biblischen Tradition deutlich. Den leidenden Hiob mit Geschwüren, Pest, Syphilis und anderen Hautkrankheiten darzustellen war sonst auch ein beliebtes Motiv in der mittelalterlichen Dichtung,³⁹ zudem bekamen diese Krankheiten eine besonders moralisch-sexuelle Konnotation.

In diesen Zusammenhang gehört eine kolorierte Zeichnung, die in Verbindung mit der Handschrift *Antithesis Christi et Antichristi* um 1490 bis 1510 entstanden ist.⁴⁰ Diese Schrift beschäftigt sich mit dem Sittenverfall innerhalb der Kirche, der durch den Antichrist ausgelöst wurde. Als Beispiel wird dafür ein Badehaus gezeigt, in dem sich Mönche zusammen mit Badefrauen vergnügen. Hier zeigt sich, dass das Badehaus in der Wahrnehmung weiter Bevölkerungskreise einen schlechten Ruf genoss und Sinnbild für anstößiges Sexualverhalten sein konnte.⁴¹ Damit stand das Badehaus besonders in der protestantischen Moralauffassung gleichfalls synonym für den Sittenverfall, was verstärkt durch die Infektionskrankheiten wie Syphilis und Pest schließlich auch zum Niedergang der meisten Badehäuser beitrug.⁴² Zudem gehörten die Bader zu den weniger angesehenen Berufen, vor allem auch durch ihre Nebentätigkeit etwa als Leichenwäscher,⁴³ was den schlechten Ruf der Badehäuser noch verstärkte.⁴⁴ Die Badestube spielt daher auch in den religiösen Auseinandersetzungen der Reformation eine wichtige Rolle, wie sich in dem Gedicht *Des Bapsts unnd der Pfaffen Badstüb* von 1546 zeigt, in dem gegen die Altgläubigen polemisiert wird: *Drum haben wir auch das Badgelt geben/ Also mit d ain hand krawr man die schwein/ Mit der andern schlecht mans an kopff gar fein.*⁴⁵

39 Siehe dazu John F. Flood, Alte Heilige, neue Krankheiten – Wechselbeziehungen zwischen Heiligenverehrung und Heilkunde um 1500, in: Timothy R. Jackson u. a. (Hrsg.), Die Vermittlung geistlicher Inhalte im deutschen Mittelalter, Tübingen 1996, S. 207 ff.

40 Colorierte Abbildung: Vladimir Křížek, Kulturgeschichte des Heilbades, Leipzig 1990, Abb. 52.

41 Ähnlich zeigt auch der Kupferstich von Virgil Solis die Unkeuschheit im Badehaus, die dann auf die Erwachsenentaufe übertragen wurde, um die Wiedertäufer zu diskreditieren. Abbildung: Jurina, Quacksalber, S. 114 mit Abb. 146.

42 Vgl. Georg Zappert, Über das Badewesen in mittelalterlicher und späterer Zeit, in: Archiv für österreichische Geschichte 21 (1859), S. 136 ff.

43 Am Beispiel Ulm: Alfred Martin, Deutsches Badewesen in vergangenen Tagen, Jena 1906, S. 68 f.

44 In vielen Städten gehörten die Bader zu den „unehrlichen“ Gewerben; vgl. Werner Danckert, Unehrliche Leute. Die verfehmten Berufe, Bern/München 1979, S. 64 ff. Schon Hugo von Trimberg verband im *Renner* (1350) den Besuch der Badestube mit der *unkiusche* (Z. 11738).

45 *Des Bapsts unnd der Pfaffen Badstüb*, Augsburg 1956, A III.

In späterer Zeit wurde die Badstüb-Darstellung für die politische Auseinandersetzung benutzt. Ein Flugblatt von 1622 mit dem Titel *Das Mansfelderische Schweißbad*⁴⁶ gibt einen Einblick in ein Badehaus, wo der als Bader auftretende Graf Ernst von Mansfeld die ehemaligen Mitglieder der protestantischen „Union“ schröpft. Finanziell ausgebeutet werden unterschiedliche Stände, die an ihrer Kopfbedeckung erkennbar sind.⁴⁷ Betont wird dabei vor allem, dass die einzelnen Mitglieder sich freiwillig in die Behandlung begeben hätten. Die Prozeduren des Badehauses werden durchweg als negativ angesehen: *Reichten ihme selbst dar unsre Hand, / Jetzt baden wir samt Leut und Land.*⁴⁸ Ein religiöser Bezug findet sich hier nur gegen Ende in Form eines Vergeltungsgedankens: *Wann wir Menschen hie in der Welt / Gott und den Menschen mehr als Geld Liebten, würd er uns diesen Bader bald / Geben in unsren eignen Gewalt.* Die Strafe des Baders allerdings wird am Ende durch Gott vollzogen und das abschließende Gericht Gottes ebenfalls in der Badehausmetaphorik beschrieben, denn *Glaub doch, er wird noch büßen müssen, / Wann Gott einmal wird's Bad ausgießen.*

Ein Flugblatt von 1622 mit dem Titel *Die ‚Union‘ wird geschröpft*⁴⁹ zeigt den gleichen historischen Sachverhalt mit Ernst von Mansfeld als Bader. Die Schröpfköpfe erscheinen hier als kleine Schlösser, die den Zusammenschluss der Fürsten repräsentieren und die – anstatt Blut – Münzen aus dem Körper saugen.

Als Antwort darauf ist das Flugblatt *Der leiblichen drei Schwestern*⁵⁰ gestaltet, das ebenfalls aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts stammt. Der katholischen Liga werden die Schwestern Contribution und Exaction (Kriegsabgaben und Besteuerung) an die Seite gestellt. Diese werden in der Badestube geschröpft, zur Ader gelassen und geschoren, wobei sich Blut bzw. Haare in Münzen verwandeln. Daneben findet sich die allegorische Deutung des Welt-

46 Abbildung: Křížek, Kulturgeschichte, S. 69, Abb. 79.

47 Reichsstädte, Ritter und Edelleute, Bauern.

48 Weiter heißt es: *Jetzt seind wir auch in gleichen Hitzen, / Müssen viel tausend Gulden schwitzen [...] Jetzt thut man uns schröpfen und baden [...] Wir Burger und auch Edelleut, / [...] Jetzt thut man uns schröpfen und baden. [...] Ich meins, man thu uns putzen und zwagen / Mit einer scharfen räsen Laugen [...] Keiner wie wir badet so heiß, / Vielen geht aus der blutig Schweiß.* Text bei Tuchen, Badehäuser, S. 310.

49 Abbildung: Johann Scheible, Die Fliegenden Blätter des XVI. und XVII. Jahrhunderts, in so genannten Einblatt-Drucken mit Kupferstichen und Holzschnitten, Stuttgart 1850, S. 264.

50 Darstellung: ebenda, S. 172.

geschehens in der Badehausmetaphorik, wie sie im Stammbuch des Abel Prasch um 1580 Verwendung findet.⁵¹

Schließlich erscheint in der mittelalterlichen Literatur die Vorstellung des *Hell-Bad*, des Höllensbades. Zwei Holzschnitte zur Illustration eines Gedichtes des Hans Sachs von 1540 über das Höllensbad zeigen den Teufel als Bader, der einen Sünder in das Höllensfeuer führt, in dem bereits die anderen Menschen schwitzen.⁵² Dazu wird festgestellt: *Ich fragte wer der groß hauffen wer, Er sprach / Jüden vnd wucherer, Die auff erdt der gemein abzogen* (S. VII). Diese Art der Darstellung wird häufig zur Polemik gegen die katholische Geistlichkeit bzw. den Papst benutzt, denen von Teufeln in der Hölle eine Badestube hergerichtet wird, wo sie ewige Qualen erleiden müssen.⁵³ Eine vergleichbare Darstellung ist auch auf dem Flugblatt *Der Juden Badstüb* zu erkennen, wo die Juden schließlich in die Hölle geführt werden, direkt in ein Schwitzbad im Maul eines Ungeheuers.⁵⁴

Hier wird Bezug genommen auf die Angst vor dem Höllensfeuer in der mittelalterlichen Gesellschaft. Auch die Präsenz des Teufels wurde als allgegenwärtig empfunden, was sich in den zahllosen bildlichen Darstellungen äußert.⁵⁵ Insbesondere betraf das den unbußfertigen Wucherer, der, auf eine Stufe mit den Gauklern und Prostituierten gestellt, von Natur aus verdammt ist, wenn gleich er zu Lebzeiten ein ansehnliches Leben führen konnte.⁵⁶

Ein Schwerpunkt der Darstellung des Flugblatts *Der Juden Badstüb* liegt auf der Badestube-Allegorie, wobei es dem Verfasser auf eine detaillierte Wiedergabe des Badebetriebs ankommt. Allerdings steht der zu vermittelnde Inhalt im Vordergrund, sodass der Badebetrieb in seinen Einzelheiten nur so weit

51 Abbildung: Ingolf Bauer, Handbuch und Führer zum Keramikmuseum Oberzell, München 1983, S. 62 mit Abb. 21: *Die Welt ist ein Badhaus: die Jung gath ein – der Alt gath aus*. Dargestellt ist eine typische Badstube, in der die Kunden versorgt werden. Eine junge Frau betritt das Bad, während auf der gegenüberliegenden Seite ein alter Mann das Bad verlässt.

52 Hans Sachs, *Das Hellbad*, Nürnberg 1555.

53 Jurina, *Quacksalber*, S. 231.

54 Vgl. dazu: *Satire auf die katholische Geistlichkeit 16. Jh.* aus Nürnberg (ebenda, S. 248, Abb. 340).

55 Vgl. Peter Dinzelbacher, *Angst im Mittelalter – Teufels-, Todes und Gotteserfahrung: Mentalitätsgeschichte und Ikonographie*, Paderborn 1996, S. 81 ff.

56 Vgl. Jacques LeGoff, *Wucherzins und Höllensqualen – Ökonomie und Religion im Mittelalter*, Stuttgart 1988, S. 49 ff. Auch unter der Hölle stellte man sich eine Hierarchie vor, an deren unterster Stelle die Wucherer leiden mussten, wie dies Dantes *Göttliche Komödie* im 11. und 17. Gesang berichtet.

beschrieben wird, wie es für das Verständnis der Allegorie notwendig ist. Das Flugblatt basiert wohl auf der Schrift *Juden Badstub* von Philip von Allendorf, die in Auswahl im Bilderzyklus aufgenommen wurde. Ein direktes Zitat findet sich jedoch nicht. Offensichtlich ist auch, dass die Motive aus dem Badewesen in verschiedener Form in mittelalterlichen Flugblättern und Schriften immer wieder vorkommen und besonders zur allegorischen Deutung herangezogen werden. Dabei kann dem Bader sowohl positive (Christus) als auch negative (Teufel) Bedeutung beigemessen werden und die Behandlung im Badehaus einerseits eine heilende Wirkung haben, aber andererseits dem Besucher auch Schaden zufügen, wobei hier überwiegend der Vorwurf der finanziellen Ausbeutung im Vordergrund steht.

Zumindest im 16. Jahrhundert hat die Badehaus-Allegorie durchweg auch einen religiösen Aspekt, indem sowohl biblische Vorstellungen aufgenommen, aber auch eigene Erfahrungen für die Bildebene gebraucht werden.⁵⁷ Eine Vermischung dieser beiden Vorstellungen ist besonders im Hinblick auf die Badestube der Fall, wie dies Thomas Murners *Badenfahrt* zeigt. Ein direkter biblischer Bezug ist dagegen in Philip von Allendorfs *Juden Badstub* fast nicht zu finden. Dennoch lässt sich eine Reihe von religiösen Anspielungen erkennen, die zusammen mit dem Wuchervorwurf gegen die Juden verwendet werden. Hier ist die Badestube der Juden durchweg negativ konnotiert, zudem tritt als Unterstützung der Juden der Teufel als Bader auf. Am Schluss steht dementsprechend die Höllestrafe für die Juden, für die wiederum die Badestube als Allegorie gebraucht wird.

Der Zusammenhang zwischen Wucher und Badehaus hat sich im 17. Jahrhundert weiter verbreitet, indem sowohl das Schröpfen als auch das Aderlassen mit der finanziellen Ausbeutung gleichgesetzt wurden. Bemerkenswert ist, dass sich vor allem die Vorgänge des Badewesens, die mit Blut verknüpft sind, verbreitet und sogar im Sprachgebrauch ihre Spuren hinterlassen haben.

57 Ähnlich Dieter Richter, Die Allegorie der Pergamentbearbeitung – Beziehungen zwischen handwerklichen Vorgängen und der geistlichen Bildsprache des Mittelalters, in: Gundolf Keil (Hrsg.), *Fachliteratur des Mittelalters*, Stuttgart 1968. Allerdings wird hier der Schwerpunkt stärker auf die biblische Grundlage einer Allegorie durch Stichwortverbindung gelegt (S. 92).

III.

Neben der Badestube finden sich auf dem Flugblatt eine Ritualmord-Darstellung und das „Judensau“-Motiv.

Nachdem am Gründonnerstag⁵⁸ 1475 der zweijährige Simon von Trient verschwunden und seine Leiche am folgenden Ostermontag von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde gefunden worden war, verbreitete sich schnell die Legende eines Ritualmords. Der folgende Prozess gegen die Juden von Trient, der gut dokumentiert ist,⁵⁹ zeigt die gesamte Bandbreite der Stereotype eines Ritualmordvorwurfes.⁶⁰ Vorverurteilungen ebneten den Weg, durch Folter Geständnisse zu erpressen, und alle männlichen Juden wurden hingerichtet. In der Folgezeit entwickelte sich ein regelrechter Simon-Kult, begünstigt durch den Buchdruck, der zu einer enormen Verbreitung der Legende beitrug.⁶¹

Die angebliche Tat wurde schon früh als direkter Angriff auf das Christentum verstanden. Die konstruierte Verbindung zwischen Pessachfest und Ritualmord hatte dem gesamten Geschehen eine stark religiöse Deutung verliehen.⁶² In den Jahren 1475 bis 1507 entstand am Alten Brückenturm in Frankfurt am Main ein Fresko, das die Geschichte des Simon von Trient illustrieren sollte.⁶³ Im oberen Bildbereich war das angebliche Martyrium des Simon dargestellt, der auf einem Tisch gefesselt in kreuz-ähnlicher Pose lag. Die darunter abgebildete Komposition zeigte einen Juden mit Brille, gekennzeichnet durch einen Juden-

58 Zeitgleich fand das jüdische Pessachfest statt.

59 Vgl. Diego Quaglioni, Das Inquisitionsverfahren gegen die Juden von Trient (1475–1478), in: Susanna Buttaroni u. a. (Hrsg.), Ritualmord – Legenden in der europäischen Geschichte, Wien 2003.

60 Vgl. Rainer Erb, Der Ritualmord, in: Julius H. Schoeps u. a. (Hrsg.), Antisemitismus – Vorurteile und Mythen, München 1995, S. 74; ders. (Hrsg.), Die Legende vom Ritualmord. Zur Geschichte der Blutbeschuldigung gegen Juden, Berlin 1993. Die Bedeutung des Blutes wurde von kirchlicher Seite nach der Festlegung der Transsubstantiationslehre durch das IV. Laterankonzil 1215 noch gesteigert.

61 Vgl. Nicole Spengler, Legendenbildung um Simon von Trient – Ein Ritualmordkonstrukt, in: Ursula Schulze, Juden in der deutschen Literatur des Mittelalters, Tübingen 2002, S. 217 f. Trotz des päpstlichen Vorbehaltes kam es zu einer unglaublichen literarischen Verbreitung. „Abgesehen von der Eroberung Konstantinopels konnte kein Ereignis in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine solche Masse von Druckerzeugnissen auslösen“ (S. 218). 1965 wurde die Seligsprechung des Simon widerrufen.

62 Vgl. Spengler, Legendenbildung, S. 219 f. Es gab die Fiktion einer jährlichen Opferung christlicher Kinder zum Pessachfest, um damit eine zeitliche Nähe zum Osterfest zu erzeugen. Gleichzeitig wurde die Geschichte in Einzelheiten analog zur Passion Jesu erstellt.

63 Vgl. Schreckenberg, Juden, S. 348. Entfernt bzw. zerstört wurde das Gemälde 1801.

ring, der verkehrt herum auf einer Sau saß und deren Schwanz hielt, während dahinter ein Jude kniete und die Exkreme der Sau in den Mund gespritzt bekam. Zusätzlich tauchte eine gehörnte Teufelsgestalt auf, die dabei mitwirkte und ebenfalls einen Judenring trug. Unter der Sau saugte ein Jude an deren Zitzen, und im Hintergrund ritt eine jüdische Frau auf einem Bock. Das „Judensau“-Motiv bildete einen Blickfang für Besucher der Stadt und begünstigte die Verbreitung der antijüdischen Stereotype.⁶⁴ Es sind verschiedene Texte zu den einzelnen Darstellungen überliefert, wobei das Hauptaugenmerk auf dem Tod des Simon von Trient liegt.⁶⁵ Weitere Texte machen sich über die Darstellung der Juden in Form des „Judensau“-Motivs lustig,⁶⁶ wobei die Interpretation – *Hierdurch wirt vns klar angedeut / Der Juden wucher vnd boßheit, / Soll sich dan nicht schemen ein Christ, / Welcher auch selbst behafftet ist / Mit diesem laster, ob er schon / Kein küglein tragt als d'Juden thun* – zeigt, dass eine Verknüpfung dieser Motive mit dem Vorwurf des Wuchers bekannt und verbreitet war. Möglicherweise zeigt sich bereits der Einfluss der *Juden Badstub*-Allegorie.

Gleichzeitig gibt es immer wieder Flugblätter, die die Darstellung des Frankfurter Brückenturms aufnehmen und abwandeln, so ein Flugblatt von 1563,⁶⁷ auf dem eine Versammlung von Juden zu sehen ist, die in die Hölle geführt wird. Im Zentrum ist eine „Judensau“, auf der verkehrt herum ein Jude (Rabi Jekoff) sitzt, der den Schwanz hält, während ein anderer (Rabi Süsskind) von den Exkrementen isst und ein dritter (Rabi Sandersein) die Sau melkt. Dabei wird die Sau, wie schon bei Luthers *Shem hamphoras* Polemik,⁶⁸ mit dem Talmud⁶⁹

- 64 Noch J. W. von Goethe beschreibt in *Dichtung und Wahrheit* (I, S. 4) das Bild in Frankfurt. Die Darstellung eines Juden, der an den Zitzen einer Sau saugt oder deren Exkreme isst, gehört zu der Bandbreite typischer Verunglimpfung von Juden, die im deutschsprachigen Raum auch als „Judensau“ bekannt ist (Shachar, *Judensau*, S. 1 ff.). Die Herkunft des Motivs ist nicht sicher zu klären, aber die Darstellung kommt durchweg an religiösen Orten vor und hat eine allegorische Bedeutung.
- 65 Der Text: „Anno 1476 ward das Kindlein Simon von Trient, 2 1/2 Jahr alt von Juden umgebracht“ findet sich auf allen Darstellungen. Vermutlich ist dies die tatsächliche Inschrift am Brückenturm von Frankfurt.
- 66 Abdruck der Texte bei Shachar, *Judensau*, S. 52 f.
- 67 Abbildung: ebenda, Pl. 46; *Der Juden zukünftige Messias*.
- 68 Vgl. dazu Peter von der Osten-Sacken, *Martin Luther und die Juden*, Stuttgart 2002, S. 139 f.; WA 53, 600, Z. 26–34.
- 69 Rabi Jekoff: „Ich rey auff vnserm Talmuth auch, Vnd befind, das er will werden schwach, Darumb kommt her jr Raben all, Versucht wie euch der Talmuth gefall, Ich thu auch den fürhang die auffdecken, Rabi Süsskind soll jn zum ersten schmecken, Damit er könn anzeigen frey, Wie doch der Talmuth geschehen sey.“

identifiziert, der – wie auch bei Philip von Allendorf – als der Ursprung aller jüdischen Boshaftigkeit erscheint. Wichtig ist der Hinweis des Teufels, der ankündigt, die Juden in die Hölle zu führen: *Hernach/hernach/ jr lieben Gesellen/ All mit einander in die Hellen / [...] Ewer Messias soll der erste sein / Die Badstub will ich euch wermen ein.* Denn hier wird die Badstub-Allegorie nun explizit erwähnt.

Das Problem des Wuchers

Durch die Entstehung des Geldes trat zwischen den direkten Tauschhandel eine Zwischeninstanz, die durch ihre Macht zu sozialetisch höchst brisanten Problemen führte. Besonders durch die Entwicklung von geringwertigen Zahlungsmitteln, die durch die Obrigkeit garantiert werden mussten, entstand im Laufe der Zeit ein System von Banken-, Wechsel- und Kreditwesen sowie ein Handel mit Geld als Ware, wobei durch das Verleihen von Geld auch schnell die Frage des Zinsnehmens aufkam.⁷⁰

Unter anderem waren Juden von dem Verbot ausgenommen und traten deshalb als Verleiher in diese wirtschaftliche Lücke. In diesen Zusammenhängen spielt die Entstehung des Antisemitismus eine große Rolle. Die Schrift Martin Luthers „*Von den Juden und ihren Lügen*“⁷¹ (1543) zeigt beispielhaft, wie diese religiösen Elemente mit den scheinbar säkularen Argumenten zusammenfließen. Nachdem sich Luther über die Verstocktheit der Juden, die Christus nicht als den Messias anerkennen wollen, ausgelassen hat, erhebt er unter anderem auch den Vorwurf des Brunnenvergiftens und des Ritualmords.⁷² Ähnlich wie Philip von Allendorf sieht er eine Umkehr der Verhältnisse: Weil die Juden sich bei der Obrigkeit einschmeichelten, würde diese den Betrug nicht erkennen.⁷³ Deshalb könnten die Juden sich im Land ungehindert ausbreiten und die Christen wie ihre

70 Rolf Sprandel, Art. Zins, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 9, München 1999.

71 Zum Problem des Verhältnisses von Martin Luther und den Juden: Edith Wenzel, Martin Luther und der mittelalterliche Antisemitismus, in: Alfred Ebenbauer (Hrsg.), Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt, Wien 1991.

72 Vgl. WA 53, 482, Z. 12–14 „Daher gibt man jnen offt in den Historien schult, das sie die Brunnen vergifft, Kinder gestolen und zerpfrimet haben, wie zu Trent, Weissensee etc“. Dagegen hat er sich schon in seiner Schrift *Daß Jesus Christus ein geborener Jude sei* (1523) deutlich gegen den Ritualmordvorwurf gegenüber Juden geäußert (WA 11, 336, Z. 24–29).

73 WA 53, 482 f., Z. 33–1 „Sie [die Fürsten] lassen sich selbs und jr Unterthanen durch der Jüden Wucher schinden und aussaugen, und mit jrem eigen Geld sich zu Bettler machen“.

Knechte behandeln. Sie hätten diese durch den Wucher in Abhängigkeit getrieben, sodass nun aller Besitz den faulenzenden Juden zugute käme.⁷⁴ Eine Trennung von theologischen Argumenten und praktischen Ratschlägen ist schwer möglich, da Luther in der Linie der altkirchlichen Polemik⁷⁵ gegen die Juden steht und die gängigen Vorurteile in seine theologische Argumentation mit aufnimmt.⁷⁶

IV.

Die Schrift Philip von Allendorfs mit dem dazugehörigen Flugblatt von 1611/1614 muss vor dem politischen und wirtschaftlichen Hintergrund des Fettmilch-Aufstandes in Frankfurt am Main gesehen werden. Die starken wirtschaftlichen Spannungen in Frankfurt hatten dazu geführt, dass die jüdische Bevölkerung aufgrund ihrer Verwicklung in den Geldverleih als Sinnbild für die finanziellen Nöte der Stadtbevölkerung herhalten musste. Dabei konnte man auf bestehende antijüdische Klischees zurückgreifen. Im Flugblatt wird der Badevorgang in einer mittelalterlichen Badestube allegorisch auf den angeblichen Wucher der Juden übertragen. Dabei kann die Darstellung auf eine Reihe mittelalterlicher Badestube-Allegorien zurückgreifen, die in Bild und Schrift verbreitet waren. Diese sind größtenteils religiös motiviert, was sich in der Darstellung des Flugblattes durch die Gestalt des Teufels und des „Höllnbad“ widerspiegelt. Damit lässt sich das scheinbar zusammenhanglose Auftreten der Motive des Ritualmords, des „Judensau“-Motivs und der Jüdin mit dem Bock vom Frankfurter Brückenturm erklären. Diese Motive gehörten zum Repertoire der antijüdischen Darstellungen in Frankfurt und waren eng miteinander verknüpft. Vielleicht veranlasst durch die starke Betonung des Blutes im Zusammenhang mit der Wucher-Thematik, aber sicher aufgrund des religiösen Bezuges lag eine Verbindung zur Ritualmord-Darstellung nahe und auch im „Judensau“-Motiv taucht schließlich wieder eine Teufelsgestalt auf. Für den Künstler jedenfalls reihen sich diese Illustrationen problemlos in den Bilderzyklus der Badestube ein.

74 WA 53, 52, Z. 9–17 „Ja wol, sie halten uns Christen in unserm eigen Lande gefangen, Sie lassen uns erarbeiten im nasen schweis, [...] fluchen darnach unsern Herrn und uns zu lohn und zu dank“.

75 Vgl. Johannes Heil, *Das Geld und das Gold des Kalbes – Momente der Exodusdeutung zwischen Patristik und Neuzeit*, in: ders./Bernd Wacker (Hrsg.), *Shylock: Zinsverbot und Geldverleih in jüdischer und christlicher Tradition*, München 1997, S. 51.

76 Vgl. Wenzel, *Luther*, S. 311.

Die Gemeinsamkeit in den Darstellungen liegt in ihrem religiösen Hintergrund. Somit können der Wuchervorwurf, die Ritualmordlegende und das „Judensau“-Motiv nebeneinander gestellt und gleichzeitig kann die Bandbreite aller gängigen antijüdischen Darstellungen eingeordnet werden. Maßgeblich allerdings war das Problem des Geldverleihens und Zinsnehmens, was durch die Bürger vor und während des Fettmilch-Aufstandes immer wieder vorgebracht wurde. Dadurch konnte der Autor des Flugblattes die aktuelle Stimmung in der Bevölkerung aufnehmen und mit bekannten Elementen verbinden. Die Plünderung der Judengasse ist schließlich das Ergebnis der immer wieder gescheiterten Verhandlungen mit dem Rat der Stadt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung entlud sich gegen den schwächsten Teil der Stadtbewohner, die einerseits für die Misstände verantwortlich gemacht wurden, andererseits aber auch eine Stellvertreter-Funktion einnahmen, weil Handlungen gegen die Obrigkeit in der Stadt nur indirekt in Frage kamen.

Philip von Allendorfs *Juden Badstüb* ist so allgemein gehalten, dass sie problemlos übertragen werden konnte, und als Adressat kam jeder Bürger in Frage, der lesen konnte. Durch das Flugblatt konnte mit seiner Illustrierung und den einfachen Erklärungsmustern eine noch weitere Verbreitung erreicht werden. Einerseits bewegt sich sowohl die Schrift als besonders auch das Flugblatt innerhalb einer religiösen Interpretation, denn zentral ist schließlich, dass die Juden als Gefährten des Teufels dargestellt werden, zudem versuchen sie sich von Sünden zu reinigen und bekommen in der Folge ihre Strafe im Höllenbad. Andererseits wird zumindest in der Bilderfolge des Flugblattes der Badezyklus mit Motiven verknüpft, die zutiefst religiös motivierte, antijüdische Stereotype enthalten.

Jedoch lässt sich die Tatsache nicht leugnen, dass der Schwerpunkt der Darstellung auf der Wucherthematik liegt, und auch der Autor gibt als Intention für die Abfassung eine umfassende Warnung für Christen vor dem jüdischen Wucher an, was in gleichem Maße auch für das Flugblatt gilt. Diese darf allerdings nicht losgelöst von den schon erwähnten Ereignissen in Frankfurt gesehen werden, was die besondere Rezeption im Verlauf des Fettmilch-Aufstandes beweist. Keineswegs gibt der Autor einfach eine allgemeine Überlegung zum Thema Wucher, sondern verknüpft dabei eine Vielzahl von bereits bestehenden Stereotypen. Aber schon von Allendorf nutzte in seiner Schrift die Gelegenheit für eine umfassende Kritik an dem Verhalten der Obrigkeit, was besonders in Frankfurt von enormer Brisanz war.

Es zeigt sich also, dass Mitte des 17. Jahrhunderts bereits eine umfangreiche Sammlung von antijüdischen Stereotypen existierte, aus denen sich schließlich

der moderne Antisemitismus bedienen konnte.⁷⁷ Sowohl säkularer wie auch rassischer Antisemitismus kommt in Grundzügen bereits in den mittelalterlichen Quellen vor, muss allerdings in dem jeweiligen religiösen Kontext gesehen werden,⁷⁸ sodass kaum eine direkte Linie zum modernen Antisemitismus gezogen werden kann. Abgesehen davon ist es fraglich, ob im modernen Antisemitismus überhaupt eine strikte Trennung vom religiösen Antijudaismus, wie sie gerne postuliert wird, vollzogen werden kann.⁷⁹

77 Vgl. Winfried Frey, *Das Bild des Judentums in der deutschen Literatur des Mittelalters*, in: Karl E. Grözinger (Hrsg.), *Judentum im deutschen Sprachraum*, Frankfurt a. M. 1991, S. 55.

78 Sehr ausführlich am Beispiel des Bernhardin von Busti: Hans-Martin Kirn, *Antijudaismus und spätmittelalterliche Bußfrömmigkeit: Die Predigten des Franziskaners Bernhardin von Busti (um 1450–1513)*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 108 (1997), S. 147–175.

79 Ausführlich schon Eleonore Sterling, *Judenhaß – die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1859)*, Frankfurt a. M. 1969, S. 12 ff.

INGO LOOSE

Verfemt und vergessen

Abraham Hellers Dissertation „Die Lage der Juden in Rußland von der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart“
an der Berliner Universität 1934–1992

Einleitung

Die deutsche Universitätslandschaft und insbesondere die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität übten seit dem 19. Jahrhundert eine große Anziehungskraft auf Studierende aus Ost- und Ostmitteleuropa aus. Viele von ihnen waren Juden, die infolge der zahlreichen repressiven Maßnahmen – besonders nach der Ermordung Zar Alexanders II. 1881 – und des streng gehandhabten Numerus clausus im Zarenreich in der Regel keine Möglichkeit besaßen, eine höhere Schulbildung, geschweige denn ein Universitätsstudium zu absolvieren. Demgegenüber war die Aufnahme ausländischer Studierender in Preußen lange Zeit vergleichsweise liberal,¹ sodass bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg Juden die Mehrheit der in Preußen immatrikulierten Studierenden russischer Staatsangehörigkeit (bzw. nach 1918 der Nachfolgestaaten) bildeten. Die Oktoberrevolution und der sich anschließende Bürgerkrieg bis 1921, die Umwälzungen in Ostmitteleuropa insgesamt sowie die besonders nach der Balfour Declaration 1917 rasch anwachsende zionistische Bewegung schufen v. a. in der jüdischen Bevölkerung eine Mobilität, die sich zwischen den äußeren Polen von Flucht und Vertreibung einerseits und Aufbruch in eine bessere Zukunft andererseits bewegte.

Die Chancen, die sich viele Juden aus Osteuropa von einem Studium in Deutschland, besonders jedoch an der Berliner Universität, versprachen, wurden

1 Shalom Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, S. 11–18; vgl. Shmarya Levin, Jugend in Aufruhr, Berlin 1933, S. 253 f.

durch die in den 1920er-Jahren² aufkommende und von Antisemitismus zunehmend affizierte Diskussion über eine „Überfüllung“ der Universität durch Ausländer und über die Einführung eines Numerus clausus immer stärker in Frage gestellt. Der Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 bedeutete schließlich auch an der Berliner Universität für eine Vielzahl jüdischer Studierender, Wissenschaftler und Professoren das Ende ihrer Lebensentwürfe. Nicht wenige von ihnen, denen die Emigration in den folgenden Jahren nicht mehr gelang, wurden später von den Nationalsozialisten ermordet.

Die „Gleichschaltung“ der Berliner Universität im Nationalsozialismus ist erst seit kurzer Zeit verstärkt zum Gegenstand der Forschung gemacht worden.³ Dementsprechend ist der Kenntnisstand zur Nazifizierung der Berliner Universität, zur Vertreibung jüdischer Studierender und Dozenten sowie zur Aberkennung bzw. Nichtanerkennung akademischer Grade noch immer unbefriedigend. Im Folgenden soll der Fall des aus Litauen stammenden Zionisten Abraham Heller näher skizziert werden. Seine geschichtswissenschaftliche Dissertation führte 1935/36 zu einem Eklat in der Philosophischen Fakultät, der auch aufschlussreich für die Frage ist, wie der Prozess der Nazifizierung an der Berliner Universität verlief. Abraham Hellers Promotion hat in der Literatur zwar verschiedentlich Erwähnung, aber bislang keine ausführlichere Darstellung gefunden.⁴ Eine solche jedoch ist schon deshalb von Interesse, weil die Bemühungen Abraham Hellers um seinen Dokortitel nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus umfassen, sondern sich durch zwei weitere politische Systeme (DDR, Bundesrepublik) hindurchziehen, bis ihm 1992 die Humboldt-Uni-

2 Zum Antisemitismus im Kaiserreich vgl. Norbert Kampe, *Jews and Antisemites at Universities in Imperial Germany* (II). The Friedrich-Wilhelms-Universität of Berlin: A Case Study on the Students' „Jewish Question“, in: Leo Baeck Institute Year Book XXXII (1987), S. 43–101.

3 Vgl. Rüdiger vom Bruch/Christoph Jahr unter Mitarbeit von Rebecca Schaarschmidt (Hrsg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, 2 Bde., Stuttgart 2005.

4 Uwe Liskowski, *Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch*, Berlin 1988, Bd. 2, bes. S. 310 f.; Gabriele Camphausen, *Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933–1945*, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 26 ff.; Marie-Luise Bott, „Deutsche Slavistik“ in Berlin? Zum Slavischen Institut der Friedrich-Wilhelms-Universität 1933–1945, in: vom Bruch/Jahr (Hrsg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, Bd. 2, S. 277–298, hier S. 293 f.; Klaus Zernack, *Berliner Osteuropaforschung und die deutsche Ostforschung*, in: Wolfram Fischer u. a. (Hrsg.), *Exodus von Wissenschaftlern aus Berlin. Fragestellungen – Ergebnisse – Desiderate. Entwicklungen vor und nach 1933*, Berlin/New York 1994, S. 234–243, hier S. 239.

versität zu Berlin 57 Jahre nach Drucklegung seiner Dissertation die Promotionsurkunde aushändigte und ihn damit förmlich rehabilitierte.

Die Dissertation Abraham Hellers

Abraham Heller wurde 1911 als Sohn eines Uhrmachers in Wilna geboren, hatte dort nach dem Ersten Weltkrieg verschiedene hebräische Volksschulen besucht und 1928 das hebräische Gymnasium „Tarbut“ (Hebr.: Kultur, Bildung) mit der Maturität verlassen. Ab 1929 studierte er an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums zu Berlin sowie an der Friedrich-Wilhelms-Universität. Da die Hochschule selbst kein Promotionsrecht besaß, waren Studierende, die den Doktorgrad erwerben wollten, an die Universität verwiesen.⁵ Im Juli 1934 bestand er dort die mündliche Doktorprüfung in Geschichte, Philosophie und Hebräisch mit „magna cum laude“ und legte bis zum Ende des Jahres auch die Schlussprüfung für Lehrer an der Hochschule (nunmehr umbenannt in Lehranstalt) für die Wissenschaft des Judentums ab.⁶ Als Anhänger der zionistischen Bewegung hatte Abraham Heller wohl schon längere Zeit geplant, nach Abschluss seines Studiums nach Palästina zu emigrieren, um beim Aufbau eines jüdischen Staates mitzuwirken.

Seine Dissertationsschrift, zu deren Thema Heller aller Vermutung nach auf Anregung seines Lehrers Otto Hoetzsch (1876–1946) gekommen war, verfasste er über „Die Lage der Juden in Russland seit der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart“ und reichte sie im Februar 1934 bei der Philosophischen Fakultät ein. Heller betonte in seiner Untersuchung, wie sehr sich der Fortfall der die Juden diskriminierenden Beschränkungen infolge der Februar- bzw. (bei Heller) Märzrevolution als ein Pyrrhussieg erwies, als nämlich der nachfolgende Bürgerkrieg in blutige Pogrome ausartete, die an Zahl und Grausamkeit die Pogromwellen in Russland 1881 bis 1882 und 1903 bis 1906 noch in den Schatten stellten. Aufgrund umfangreichen statistischen Materials in russischer, ukrainischer, jiddischer und hebräischer Sprache widersprach Heller daneben der Auffassung, wonach die jüdische Bevölkerung von der weiteren

5 Für diesen Hinweis danke ich Prof. Dr. Werner Linek.

6 Universitätsarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin (im Folgenden: UAHUB), Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 9; Protokoll der Promotionsprüfung vom 5. Juli 1934; Abraham Heller, Die Lage der Juden in Rußland von der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart, Breslau 1935; ND Berlin 1992, S. 129.

politischen Entwicklung in der Sowjetunion besonders profitiert habe. Vielmehr gehörten Juden aufgrund ihrer überkommenen beruflichen und sozialen Struktur weit überdurchschnittlich häufig zur Gruppe der politisch Rechtlosen (so genannte *lišency*), auch sah sich jüdische Kultur, Religion sowie die hebräische Sprache bald massiven Repressionen seitens der sowjetischen Behörden ausgesetzt.

Die Gutachten von Otto Hoetzsch und Max Vasmer zeugen insgesamt von der Distanz, die beide Referenten dem Promovenden gegenüber empfanden. Der Kandidat sei, so Hoetzsch, „orthodox-litauischer Jude“ mit „hebräischer Muttersprache, der in den Unterrichtsdienst seines Volkstums treten“ wolle. Er sei „bewusst-jüdisch national“. Anerkennung zollten Hoetzsch und Vasmer allerdings der Dissertation selbst. Das komplexe Quellenmaterial habe Heller „sehr fleißig gesammelt“ und schon damit der Geschichtsschreibung Osteuropas „einen wertvollen Dienst“ geleistet. Die Arbeit sei mithin „eine bedeutende Monographie, [...] die doch recht interessante Ergebnisse“ liefere. Die Kritik hielt sich dagegen in Grenzen. Hellers Darstellung hätte nach Meinung von Hoetzsch die Einrichtung des Autonomen Jüdischen Gebietes Birobidžan sowie die sowjetische Haltung zum Zionismus stärker berücksichtigen sollen.⁷ Vasmer dagegen bemängelte, wie er dies in seinen Gutachten regelmäßig tat, den Stil der Arbeit sowie die Transkription russischer und ukrainischer Buchtitel. Allerdings strich er daneben heraus, Heller müsse eingehender die Frage behandeln, „warum so viele Juden in der Sovet-Union [sic!] Beamtenstellungen bekleiden. Dadurch würde auch das Kapitel über die Petljura-Kämpfe in der Ukraine gewinnen, denn es würde verständlicher werden, warum damals auf der Seite der Reaktion der Eindruck aufkam, dass die dortigen Juden mit dem Bolschewismus sympathisierten“.⁸

Einig waren sich beide Gutachter in ihrem Urteil; sie schlugen das Prädikat „laudabile“ vor. Den Gutachten selbst war nicht anzusehen, von welcher hochpolitischen Thematik die Arbeit handelte. Heller widersprach in seiner ausführlichen Darstellung der Pogrome des Bürgerkrieges und des sozialen, ökonomischen und religiösen Niedergangs der sowjetischen Juden in den 1920er-Jahren der nationalsozialistischen Lesart von der engen Verbindung bzw. Identität zwischen Bolschewismus und Judentum. Seit Hitler diese Ansicht in „Mein Kampf“ dargelegt hatte, galt dies als eines der zentralen Dogmen der NS-Weltanschauung.⁹ Die

7 UAHUB, Phil. Fak., 79 I, Bd. I, Bl. 1 f.: Gutachten Otto Hoetzschs vom 15. 2. 1934.

8 Ebenda, Bl. 2: Gutachten Max Vasmers vom 3.6. 1934.

9 Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik, Bd. 2, S. 311; Bott, „Deutsche Slavistik“

Zulassung Hellers zur Promotion bedeutete andererseits jedoch kein widerständiges Verhalten bei Hoetzsch und Vasmer. Formal gab es keinen Grund, die Arbeit abzulehnen, auch waren ein Jahr nach der Machtübernahme Spielräume für Wissenschaftler der „alten Schule“ stellenweise noch durchaus gegeben. In der Tat sollte sich rasch zeigen, wie ausgesprochen prekär diese Spielräume vor allem für Hoetzsch waren und eines welch geringen außeruniversitären Impulses es bedurfte, damit Hellers Promotion zum Spielball nationalsozialistischer Gralshüter wurde.

Die Eskalation im Promotionsverfahren 1935/1936

Nach bestandener mündlicher Prüfung Anfang Juli 1934 verließ Abraham Heller Anfang 1935 Deutschland und emigrierte über Wilna nach Palästina, wo er sich in Tel Aviv ansiedelte. Für den regulären Abschluss des Promotionsverfahrens und den Erhalt der Doktorurkunde musste er nur noch 40 (statt der üblichen 150) Pflichtexemplare drucken lassen und einreichen.¹⁰ Die Drucklegung zog sich bis zum Herbst des Jahres hin.

Heller betonte im Vorwort seiner Arbeit, dass diese eine kritisch-wissenschaftliche Aufgabe zu erfüllen habe. Vielleicht hoffte er, wenigstens an der Universität den nötigen Freiraum zu finden, sich gegen die nach 1933 publizierten propagandistischen Machwerke zur Geschichte der Juden in der Sowjetunion abzusetzen. Zumindest fand er hierfür bei Hoetzsch und Vasmer offene Ohren. In dem Moment jedoch, in dem die NS-Propaganda hiervon Notiz nahm, war es um die Spielräume der universitären Instanzen geschehen, wobei diese Spielräume nicht nur von außen, sondern auch durch eifrige und willfährige Selbstradikalisierung der Beteiligten eingeschränkt wurden.

Ungeachtet der hochbrisanten Thematik sah es nach einer solchen Entwicklung zunächst jedoch nicht aus. Maßgeblich für den weiteren Fortgang war die Entscheidung Hellers, neben den 40 Pflichtexemplaren auch eine Buchfassung drucken zu lassen, die im Breslauer Wissenschaftsverlag M. & H. Marcus als Band 39 der Reihe „Schriften der Gesellschaft zur Förderung der

in Berlin?, S. 293 f.; vgl. Adolf Hitler: *Mein Kampf*, München ⁸¹⁵⁻⁸²⁰1943, S. 742 f., 751; Bundesarchiv Berlin (BArchB), NS 43/18, Bl. 42-48, bes. Bl. 43: Propaganda-Anweisung vom 31. 3. 1937. Richtlinien für die antibolschewistische Propaganda.

¹⁰ UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 11: Abraham Heller an Dekan der Phil. Fak. vom 10. 11. 1934; ebenda, Bl. 12: Phil. Fak. an Abraham Heller vom 13. 11. 1934.

Wissenschaft des Judentums“ erschien und auf eine größere Aufmerksamkeit stieß, als es die Pflichtexemplare je getan hätten.¹¹

In der Zwischenzeit war an der Philosophischen Fakultät ein Wandel eingetreten. Otto Hoetzsch, der mit Leo Loewenson und Wolfgang Leppmann kurz nach der Machtübernahme seine beiden jüdischen Assistenten verloren hatte,¹² war kurz zuvor, in der ersten Jahreshälfte 1935, den ideologischen Wandlungen an der Hochschule zum Opfer gefallen und per Ministerialerlass vom 14. Mai 1935 zwangsweise pensioniert, nicht jedoch regulär emeritiert worden.¹³ Hoetzschs vorangegangene Versuche, sich nach dem 30. Januar 1933 mit dem neuen Regime zu arrangieren,¹⁴ hatten diese Entwicklung nicht zu verhindern vermocht, wohl vor allem deshalb, weil er seine prinzipiell auf eine Verständigungspolitik mit der UdSSR gerichtete Einstellung nicht aufgeben wollte und auf diese Weise unausweichlich mit den Protagonisten des nationalsozialistischen Antibolschewismus kollidierte. Die rassistischen oder antisemitischen Elemente der NS-Weltanschauung übernahmen weder Hoetzsch noch Vasmer.

Am 12. November 1935 bat Heller die Fakultät von Tel Aviv aus um die Zusendung der Promotionsurkunde, worauf ihm der Pedell mitteilen ließ, Heller müsse zuvor noch das hierfür anfallende Porto schicken.¹⁵ Zweifelloso wäre

- 11 Beide Fassungen unterscheiden sich nur in einer stilistischen Korrektur des Titels (Dissertation: „Die Lage der Juden in Rußland *seit* der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart“; Druckfassung: „Die Lage der Juden in Rußland *von* der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart“) sowie im Lebenslauf, der nur in der Dissertation enthalten ist; UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 81.
- 12 Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik, Bd. 2, S. 306; Leo Loewenson, Otto Hoetzsch. A Note, in: Slavonic and East European Review 30 (1951/52), S. 545–551. Zu Leppmann und Loewenson, von denen im Universitätsarchiv keine Personalakte überliefert ist, vgl. Gerd Voigt, Rußland in der deutschen Geschichtswissenschaft 1843–1945, Berlin 1994, S. 254; Zernack, Berliner Osteuropaforschung und die deutsche Ostforschung, S. 238 f.
- 13 Chronik der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, April 1935/März 1936, Berlin 1936, S. 32; UAHUB, Universitätskurator, H 363; PA Hoetzsch, Bd. 1, Bl. 18: Der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (gez. Theodor Vahlen) an Hoetzsch vom 14. Mai 1935; vgl. Gerd Voigt, Otto Hoetzsch 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, Berlin 1978, S. 253–271, bes. S. 262 ff.
- 14 Vgl. Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik, Bd. 2, S. 303–309.
- 15 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 27: Abraham Heller an Phil. Fak. vom 12. 11. 1935; ebenda, Bl. 28: Pedell der FWU an Dr. Abraham Heller vom 23. 11. 1935.

Heller das Diplom zugeschickt worden, wenn zwei Wochen mehr Zeit gewesen wären und wenn nicht in der Zwischenzeit der Leiter des Instituts zur wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion, Hermann Greife,¹⁶ auf Hellers Arbeit aufmerksam geworden wäre und dem Dekan der Philosophischen Fakultät Anfang Dezember 1935 einen entrüsteten Beschwerdebrief geschickt hätte. Bei der Durchsicht von Hellers Buch habe er festgestellt, „dass es sich um ein jüdisches propagandistisches Machwerk schlimmster Art handelt, welches mit Wissenschaft nicht das Geringste zu tun hat. Der Verfasser hat sich zum Ziel gesetzt, mit dieser ‚Untersuchung‘ die grundlegende Erkenntnis Adolf Hitlers über den Marxismus-Bolschewismus als ein getarntes politisches Instrument des Judentums zu ‚widerlegen‘. [...] Bezeichnenderweise wurde diese ‚Untersuchung‘ von dem berüchtigten Kulturbolschewisten Prof. Otto Hoetzsch (Mitglied der Loge B’ne Mosche) und von Prof. Vasmer angeregt [...]. Diese Tatsache, dass ein Jude mit einem solchen, gegen den Nationalsozialismus gerichteten Machwerk an der Berliner Universität im Jahre 1935 promovieren konnte, ist so ungeheuerlich, dass uns einfach die Worte fehlen, um unserer Empörung darüber Ausdruck zu geben. Wir hoffen, dass die Berliner Universität diesen Schandfleck beseitigen wird, indem sie die Promotion des Herrn Abraham Heller sofort rückgängig macht.“¹⁷

Greife ließ es nicht bei seinem Schreiben an die Fakultät bewenden, sondern schickte Kopien davon u. a. an das Propagandaministerium, Gauleiter Julius Streicher, das Reichserziehungsministerium sowie die „Antikomintern“. Greifes Invektiven wurden nur wenige Tage später sekundiert von einem ähnlich lautenden Schreiben des Instituts zum Studium der Judenfrage (selbst ein Teil der „Antikomintern“ und unter dem Einfluss des Propagandaministeriums).¹⁸

Es war dies eine Drohkulisse, über die der Dekan der Philosophischen Fakultät Ludwig Bieberbach (1886–1982), ein seit 1921 in Berlin lehrender Mathematiker, schwerlich hinweggehen konnte. Andererseits jedoch war es durchaus nicht nur Vermeidungsstrategie, sondern auch weltanschauliche Überzeugung, die Bieberbach in den folgenden Wochen und Monaten antrieb. Die

16 Hermann Greife war neben seiner Tätigkeit im genannten Institut Assistent des Antikomintern-Leiters Adolf Ehrhart, später Geschäftsführer des Wannsee-Instituts der SS 1936–1940; Dozent an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der FWU 1940–1943; UAHUB, Universitätskurator, G 191: PA Hermann Greife, 2 Bde.

17 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 29 f.: Institut zur wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion e. V., Berlin (gez. Greife), an Phil. Fak. vom 5. 12. 1935.

18 Ebenda, Bl. 31: Institut zum Studium der Judenfrage, Berlin, an Phil. Fak. vom 6. 12. 1935.

genauen Gründe dafür, warum sich Bieberbach, der dem Nationalsozialismus vor 1933 kritisch bzw. indifferent gegenübergestanden hatte, nach der Machtübernahme zu einem glühenden Anhänger der Bewegung entwickelte und intensiv an der Nazifizierung der Berliner Universität sowie des mathematischen Faches (durch Propagierung einer „deutschen Mathematik“) beteiligt war, sind unklar.¹⁹ Seine späte Mitgliedschaft in SA (November 1933) und NSDAP (Mai 1937) sprechen zunächst für einen „Konjunkturritter“, nicht aber seine antisemitischen Invektiven bzw. seine Dekanatszeit.²⁰ Seit Mai 1935 war Bieberbach Dekan der Philosophischen Fakultät, und als diese im März 1936 in eine Philosophische und eine Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät geteilt wurde, stand Bieberbach der Letzteren als neuer Dekan bis 1945 vor.²¹ Bieberbach wurde in dem vorliegenden Fall jedoch nicht selbstständig tätig. Er wäre als Dekan – obwohl formal zuständig – vermutlich gar nicht auf die Promotion Abraham Hellers aufmerksam geworden; hierzu bedurfte es erst der Einflussnahme von außen.

In Erklärungsnoten sah sich Bieberbach zuallererst gegenüber dem Reichserziehungsministerium. Er selbst sei – sicherlich eine reine Schutzbehauptung – noch rechtzeitig auf Hellers Arbeit aufmerksam geworden und habe „daraufhin die Aushändigung des Diploms an den inzwischen nach Palästina ausgewanderten Heller sistiert“, da er Anstoß daran genommen habe, „dass hier ein Jude mit einem derartigen Thema promovieren sollte“.²² Noch hoffte Bieberbach, dass die Angelegenheit damit geregelt sei. Greife schrieb er, dass er zum Dekan erst nach Hellers Examen berufen worden sei, dass das Diplom Heller nicht ausgehändigt werde und er im Übrigen darum bitte, „dass die weitere Verbreitung dieser Druckschrift unterbunden“ werde.²³

19 Vgl. zu seiner Person Herbert Mehrrens, Ludwig Bieberbach and „Deutsche Mathematik“, in: Esther R. Phillips (Hrsg.), *Studies in the History of Mathematics*, Washington/D. C. 1987, S. 195–241; Reinhard Siegmund-Schultze, *Zur Sozialgeschichte der Mathematik an der Berliner Universität im Faschismus*, in: NTM. Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin 26 (1989) 1, S. 49–68, bes. S. 55 ff.

20 UAHUB, Universitätskurator, B 220: PA Ludwig Bieberbach, Bd. 1, Bl. 64: Personalfragebogen.

21 Ebenda, Bd. 2, Bl. 43: REM an Ludwig Bieberbach vom 28. 3. 1936.

22 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 33 f.: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an REM vom 7. 12. 1935.

23 Ebenda, Bl. 47: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Institut zur Wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion vom 6. 12. 1935 (Abschrift).

Auch universitätsintern begann der „Fall Heller“ nun ein Eigenleben. Am 9. Dezember 1935 ruderte Max Vasmer als Zweitgutachter zurück und stellte schriftlich fest, dass Heller niemals sein Schüler gewesen sei und sicherlich auch keine von seinen Vorlesungen besucht habe. Er selbst, Vasmer, wiederum habe von der Arbeit erst zum Zeitpunkt der Begutachtung Kenntnis erlangt, könne also nicht als einer ihrer Initiatoren gelten.²⁴ Da der Erstgutachter Otto Hoetzsch in der Zwischenzeit zwangspensioniert worden war, bat Dekan Bieberbach den nationalsozialistisch orientierten Osteuropahistoriker Hans Uebersberger²⁵ um eine fachliche Stellungnahme. Uebersberger scheute sich nicht, Heller vorzuwerfen, so primitive antisemitische Machwerke wie die von Hermann Fehst „Judentum und Bolschewismus“²⁶ nicht berücksichtigt zu haben. Berechtigter schien allenfalls der Hinweis darauf, dass die Dissertation Paul Kretzers²⁷ von Heller ebenfalls nicht beachtet worden war, was allerdings aus Hellers stringentem Fokus auf russische bzw. jiddische Primärliteratur heraus verständlich ist. Uebersberger war schon deshalb bemüht, sich ostentativ von Hoetzsch abzusetzen, weil er diesen erst wenige Wochen zuvor in der Leitung des Seminars für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde beerbt hatte.²⁸ Da die Entrüstung Greifes sich jedoch gleichermaßen gegen Hoetzsch und Vasmer richtete, sprang Uebersberger Letzterem zur Seite und wies darauf hin, „dass es für den zweiten Referenten, in diesem Falle Prof. Vasmer, nicht immer sehr leicht ist, eine Arbeit, die bei einem anderen Fachprofessor gemacht und von diesem angenommen wurde, a limine abzuweisen. Meine Bemerkungen richten sich daher in keiner Weise gegen Prof. Vasmer“.²⁹

Vasmer selbst versuchte in einer geschickten Mischung von antisowjetischer Haltung, nationalsozialistischem Lippenbekenntnis und Rückzug auf eine fachwissenschaftliche Position, positive Züge von Hellers Dissertation herauszustreichen, ohne dabei jedoch dem Dilemma entgehen zu können, der natio-

24 Ebenda, Bl. 48 f.: Slavisches Institut der Universität Berlin (gez. Vasmer) an Dekan der Phil. Fak. vom 9. Dezember 1935.

25 Zu Uebersbergers Antisemitismus vgl. Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik, Bd. 2, S. 311.

26 Hermann Fehst, Bolschewismus und Judentum. Das jüdische Element in der Führerschaft des Bolschewismus, Berlin/Leipzig 1934.

27 Paul Kretzer, Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in der Sowjetunion, Charlottenburg 1931 [Berliner Handels-Hochschule, Diss. vom 10. 2. 1932].

28 Chronik der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, April 1935/März 1936, Berlin 1936, S. 123.

29 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 53: Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde (gez. Hans Uebersberger) an Dekan der Phil. Fak. vom 18. 12. 1935.

nalsozialistischen Machtelite stark entgegenzukommen: „Ich hatte aber bei Annahme der Arbeit besonders im Auge, dass das Buch auf solider wissenschaftlicher Grundlage eine vernichtende Kritik am Bolschewismus und am Sowjetstaat enthält und dass das dort entrollte Bild einer trostlosen Wirtschaftslage Russlands sowohl bei uns als im judenfreundlichen Auslande einen besonders starken Eindruck machen muss, weil es von einem zionistischen Juden geschrieben ist. Gegenüber dieser antibolschewistischen Einstellung erschienen die Stellen, an denen beim Verfasser eine Parteinahme für die Zionisten durchschimmert, unwesentlich. [...] Von den unter den Juden herrschenden Strömungen erschien mir die zionistische immer als die für uns annehmbarste, weil die vom Nationalsozialismus geforderte Beseitigung der Juden aus den europäischen Ländern durch diese am leichtesten erreicht werden kann. [...] Ich betone nochmals, dass ich die Arbeit von Heller zur Annahme als Doktordissertation mit empfohlen habe, weil ich darin in erster Linie eine Kritik am Bolschewismus sah, unter dem alle Bevölkerungsschichten schwer zu leiden haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen sogar die Juden. [...] Von einer Aberkennung des Dokortitels in diesem Falle würde ich dringend warnen, weil man dem Verfasser dadurch nicht schaden, sondern im Auslande zu einer viel grösseren Popularität verhelfen würde. Zugleich würde dadurch von einem Buche abgerückt werden, das bei richtiger wissenschaftlicher Benutzung im Kampf gegen den Bolschewismus ein nützliches Hilfsmittel abgeben kann.“³⁰

Es entsprach dabei der Absicht Vasmers, sich von solch hochpolitischen Auseinandersetzungen fern zu halten, weshalb er den Dekan bereits früher gebeten hatte, „mich bei der Begutachtung derartiger Arbeiten in Zukunft nach Möglichkeit auszuschalten“.³¹

In der Tat lässt sich Vasmer nicht als Nationalsozialist bezeichnen. Was ihn neben seiner unbestrittenen fachlichen Kompetenzen in den Augen nationalsozialistisch gesinnter Fachkollegen dennoch akzeptabel machte, war Vasmers dezidiert antisowjetische Haltung, die ihn namentlich von der versöhnlich-aufgeschlossenen Einstellung eines Otto Hoetzsch gegenüber der Sowjetunion deutlich unterschied. Schon deshalb konnte man ihm seine Beteiligung an der Promotion Hellers auch leichter nachsehen als Hoetzsch, auf den sich in der Folgezeit sämtliche Kritik konzentrierte.³²

30 Ebenda, Bl. 48 f.: Slavisches Institut der Universität Berlin (gez. Vasmer) an Dekan der Phil. Fak. vom 9. 12. 1935.

31 Ebenda, Bl. 48.

32 UAHUB, NS-Dozentenschaft, ZB II/1995, A. 2: Gutachten Hans Uebersbergers über Max Vasmer für NS-Dozentenschaft der FWU vom 31. 7. 1936.

In der Tat dürften sowohl Hoetzsch als auch Vasmer 1934 davon ausgegangen sein, dass ungeachtet der politischen Konstellation und aller Veränderungen an der Berliner Universität objektives wissenschaftliches Arbeiten nach wie vor möglich sei. So unpolitisch also Vasmer seine Forschung auch auffasste und sich damit einer eindeutigen weltanschaulichen Positionierung entzog,³³ so sehr fällt auf, dass auch er einige Jahre später seine Integrität dem Regime opferte, als er sich Ende 1941 zur Mitarbeit an einer vom Institut für Lautforschung initiierten „Expedition zur Aufnahme von Schallplatten an sowjetischen und jugoslawischen [sic!] Kriegsgefangenen in Neubrandenburg“ bereit fand.³⁴

In der Korrespondenz der nächsten Wochen kam es in dem Dreieck zwischen Philosophischer Fakultät (Bieberbach), dem Reichserziehungsministerium und externen NS-Dienststellen zu einer Spirale absurder Selbstradikalisierung. In einem weiteren Schreiben meinte Greife, es bestehe noch immer die Gefahr, dass „Heller mit seinem Buch in der Welt mit dem Argument hausieren gehen wird: Auf der einen Seite behauptet Adolf Hitler, dass der Marxismus-Bolschewismus ein weltanschauliches und machtpolitische Instrument des Judentums ist, während auf der anderen Seite eine *deutsche* Universität *im Jahre 1935* diese Behauptung Lügen gestraft hat, indem sie eine Arbeit anerkannt hat, in welcher das Gegenteil behauptet wird“.³⁵ Bieberbach war es sichtlich unangenehm, dass Greife die Korrespondenz mit der Universität in Kopie stets auch an eine Reihe von NS-Behörden sandte.³⁶

Während Bieberbach in einem ersten Schreiben an den Verlag vom 10. Januar 1936 noch forderte, die „falschen Angaben“ über die erfolgte Promotion Hellers „aus dem Vorwort der Schrift zu entfernen“,³⁷ und der Verlag einen Tag später kompromissbereit anfragen ließ, welche Teile des Vorworts überklebt

- 33 Ebenda, Gutachten Hans Uebersbergers über Max Vasmer für NS-Dozentenschaft der Friedrich-Wilhelms-Universität vom 6. 7. 1938: „So möchte ich denn die Frage offen lassen, ob es sich im Falle Vasmer nicht doch um etwas handelt, was man als psychologisches Rätsel bezeichnen könnte.“
- 34 UAHUB, Universitätskurator, V 7: PA Max Vasmer, Bd. 1, Bl. 126: Institut für Lautforschung (gez. Diedrich Westermann) an Universitätskurator vom 3. 11. 1941.
- 35 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 51 f.: Institut zur wissenschaftlichen Erforschung der Sowjetunion (gez. Greife) an Phil. Fak. vom 18. 12. 1935. Hervorhebung im Original.
- 36 Ebenda, Bl. 54 f.: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Dr. Greife vom 21. 12. 1935.
- 37 Ebenda, Bl. 67: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Verlagsdruckerei M. & H. Markus [sic!] vom 10. 1. 1936.

werden sollten,³⁸ ordnete das Reichserziehungsministerium zum selben Zeitpunkt bereits an, „unverzüglich alle von der Universitätsbibliothek versandten Druckstücke der Dissertation [...] einziehen zu lassen“.³⁹ Die niedrige Zahl der Pflichtexemplare erwies sich nun für die beteiligten Stellen als vorteilhaft, da es lediglich 40 Exemplare zu suchen galt. Der Universitätsbibliothek gelang es binnen kürzester Zeit, alle bereits an andere wissenschaftliche Bibliotheken versandten Exemplare zurückzubekommen; auch die Gutachter wurden zur Abgabe ihrer Exemplare verpflichtet.⁴⁰

Es hatte somit den Anschein, als befänden sich nunmehr wieder sämtliche Ausgaben der Dissertation im Besitz der Friedrich-Wilhelms-Universität. Die – zugegeben sehr wenigen – Exemplare der Originalausgabe, die sich in Bibliotheken recherchieren ließen (u. a. in Berlin, Leipzig, Mainz, Heidelberg, Wien, Poznań) widersprechen dem jedoch. Daher lässt sich mit Sicherheit annehmen, dass der Marcus-Verlag die Berliner Universitätsbehörden seinerzeit wissentlich im Unklaren darüber ließ, dass der Verlag neben den in der Korrespondenz genannten 40 Exemplaren der Promotionsausgabe noch eine weitere, in ihrer Höhe unbekannte Anzahl Bücher der Reihenausgabe hatte drucken lassen. Die Nachfrage von Dekan Bieberbach zeigt,⁴¹ dass man solche Vermutung auch in der Philosophischen Fakultät angestellt hatte. Doch obwohl der Verlag auf diese Nachfrage nicht konkret reagierte, sondern lediglich anmerkte, man wolle, „da das Werk zu den Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“ gehöre, vor einer Entscheidung „einen Vorstandsbeschluss dieser Gesellschaft abwarten“,⁴² wurde dieser Punkt nicht weiter thematisiert. Der mehrdeutige Hinweis des Verlages, dass „die Dissertation in Auflage von 40 Stück hergestellt wurde, sodass Sie [sc. Dekan Bieberbach] alle Exemplare der Dissertation erhielten“,⁴³ bezog sich offenkundig nicht auf die Buchausgabe. Dass es somit mehr Exemplare gegeben haben muss, dafür spricht auch schon die Frage, welche Ausgaben Hermann Greife und der „Referent für Judenfragen“ Wilhelm Grau für ihre Invektiven zur Hand gehabt haben könnten – der rasche Ablauf der Rückrufaktion legt die Vermutung nahe,

38 Ebenda, Bl. 75: Verlags-Buchhandlung M. & H. Marcus an Phil. Fak. vom 11. 1. 1936.

39 Ebenda, Bl. 68: REM an Phil. Fak. vom 11. 1. 1936 betr. Promotion Heller.

40 Ebenda, Bl. 69 f.; Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an REM vom 16. 1. 1936; Bl. 71, 101: Universitäts-Bibliothek an Dekan der Phil. Fak. vom 9. 1. bzw. 2. 4. 1936.

41 Ebenda, Bl. 77: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Verlagsbuchhandlung M. & H. Marcus vom 15. Januar 1936.

42 Ebenda, Bl. 76 a: Verlags-Buchhandlung M. & H. Marcus an Phil. Fak. vom 15. 1. 1936.

43 Ebenda, Bl. 79: Verlags-Buchhandlung M. & H. Marcus an Phil. Fak. vom 17. 1. 1936.

dass es sich hierbei nicht um Ausgaben der 40 Exemplare gehandelt haben kann. Es bleiben nur die Exemplare der Reihenausgabe, aber von diesen auch nur vereinzelte, da im März 1936 Hellers Dissertation auf die „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ gesetzt und der „Einzug der Arbeit für das Reichsgebiet“ angeordnet wurde.⁴⁴ Immerhin nannte der Verlag auch jetzt keine genaue Auflagenhöhe.⁴⁵

Das Programm der Verlags-Buchhandlung M. & H. Marcus in Breslau konzentrierte sich vor der nationalsozialistischen Machtübernahme vor allem auf die Herausgabe der „Germanistischen Abhandlungen“ (1882–1934) und der „Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“. Daneben publizierte der Verlag auch nach der Machtübernahme eine Reihe von Titeln zu jüdischen Themen, beispielsweise Untersuchungen zur Stellung der Frau im Judentum im Zeitalter der Tannaiten (1933), Beiträge zur Esra-Apokalypse (1934) sowie über Synagogenspuren in schlesischen Kirchen und die Liebe zu Gott bei Mose ben Maimon (beide 1937). Der Verlag geriet jedoch nur wenige Monate später selbst als „jüdischer“ Verlag ins Kreuzfeuer der NS-Propaganda, nachdem man an der Jahreswende 1936/37 mit der Ausschaltung jüdischer Verleger und Buchhändler begonnen hatte. Mitte November 1936 war der Verleger Theodor Marcus aus der Reichsschrifttumskammer gestrichen und die Schließung seiner Buchhandlung zum 30. April 1937 angeordnet worden.⁴⁶ Marcus überschrieb den Verlag auf einen seiner Drucker und ließ die jüdische Abteilung fortan von einem Bekannten als „Stefan Münz. Jüdischer Buchverlag und Buchvertrieb“ betreiben, der 1938 noch einige wenige Titel herausgab und nach dem Novemberpogrom vom 9./10. November 1938 endgültig geschlossen wurde.⁴⁷ Marcus selbst konnte sich ins Ausland retten.⁴⁸

44 BArchB, R 56 V/71, Bl. 101–115, hier Bl. 103: Gestapo Berlin: Nachtrag I zur Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums (Stand: 31. 3. 1936).

45 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 100: Verlags-Buchhandlung M. & H. Marcus an Phil. Fak. vom 24. 3. 1936.

46 BArchB, R 56 V/102, Bl. 67–92, hier Bl. 76: Judenliste der Reichsschrifttumskammer (Stand: 15. 3. 1937); ebenda, Bl. 107–136, hier Bl. 127: Aufstellung aller derzeit im Bericht des Buchhandels noch tätigen Voll-, Dreiviertel- und Halbjuden und mit Voll- und Dreivierteljuden Verheirateten.

47 Jüdischer Schülerkalender, hrsg. von Kurt Schwerin (1938); Maximilian Landau: Beiträge zum Chazarenproblem (1938) als letzter Band (43) der Schriften der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums.

48 Vgl. Theodor Marcus, Als jüdischer Verleger vor und nach 1933 in Deutschland, in: Bulletin des Leo-Baeck-Instituts 7 (1964), S. 138–153; Volker Dahm, Das jüdische Buch im Dritten Reich, München ²1993, bes. S. 79 ff., 519.

Die reiche jüdische Geschichtswissenschaft der Zeit der Weimarer Republik nach 1933 brach nicht abrupt ab, auch gab es noch eine Reihe wichtiger Publikationen, z. B. einen Band der *Germania Judaica* (1934), Jizchak Fritz Baers „Die Juden im christlichen Spanien“ (1936), Ismar Elbogens „Geschichte der Juden in Deutschland“ (1935), Elias Bickermanns „Der Gott der Makkabäer“ (1937) und andere. Bestimmte Topoi wurden unter dem Druck der Nationalsozialisten aktueller: Rechtsgeschichte und Gleichberechtigung, Minderheitsrechte und Emanzipation. Zu den wichtigen Beiträgen zur jüdischen Historiografie gehörte auch eine Reihe von Dissertationen, allen voran die von Max Wiener⁴⁹ (1933) und Jacob Katz⁵⁰ (1935) sowie die Studie „Zur Wirtschaftsgeschichte der Juden in Russland und Polen im 18./19. Jahrhundert“ von Bernhard Weinryb.⁵¹ Hellers Arbeit fügte sich somit in einen breiteren Kontext ein. Genau dies aber wurde ihr zum Verhängnis. Die jüdische Historiografie war in der Weimarer Republik von Nichtjuden bzw. der nichtjüdischen Wissenschaft nämlich praktisch ignoriert worden. Dies änderte sich erst nach der Machtübernahme, und zwar im Rahmen der „Gegnerforschung“, die den Arbeiten jüdischer Wissenschaftler nun höchste Aufmerksamkeit entgegenbrachte.

Nicht zur Sprache kam im Zusammenhang mit Hellers Dissertation, dass Otto Hoetzsch nur ein Jahr zuvor eine Dissertationsschrift begutachtet hatte, deren Thema von der Arbeit Abraham Hellers nicht allzu weit entfernt war. Am 27. Juli 1934 war Mina Goldberg, Jüdin und wie Heller litauische Staatsangehörige, mit einer Arbeit über „Die Jahre 1881–1882 in der Geschichte der russischen Juden“ von den Gutachtern Karl Stählin (1865–1939, emeritiert Ende März 1933) und Otto Hoetzsch promoviert worden. Goldberg wandte sich in ihrer Dissertation explizit gegen die These, dass die Pogrome nach der Ermordung von Zar Alexander II. vom russischen Regime „von oben“ initiiert bzw. gesteuert gewesen seien, sondern sie verortete sie in einem sozioökonomischen Kontext der besonders betroffenen Gebiete in Südrussland. Erst die neuere Forschung zu den Pogromen von 1881/1882 unterstützt Mina Goldbergs Ergebnisse, die jahrzehntelang entweder ignoriert oder negiert

49 Max Wiener, *Jüdische Religion im Zeitalter der Emanzipation*, Berlin 1933; vgl. Robert S. Schine, *Jewish thought adrift: Max Wiener (1882–1950)*, Atlanta/Ga. 1992.

50 Jacob Katz, *Die Entstehung der Judenassimilation in Deutschland und deren Ideologie*, Frankfurt a. M. 1935.

51 Bernard D. Weinryb, *Neueste Wirtschaftsgeschichte der Juden in Rußland und Polen. Von der 1. polnischen Teilung bis zum Tode Alexanders II. (1772–1881)*, Breslau 1934; ND Hildesheim/New York 21972.

wurden.⁵² Goldberg, die einige Jahre später aller Wahrscheinlichkeit nach dem nationalsozialistischen Judenmord zum Opfer fiel, druckte zwar nicht separat wie Heller, aber auch ihre Forschungsergebnisse entgingen den Argusaugen selbst ernannter NS-Sittenwächter keineswegs. Ganz offenkundig hatte sich Greife in der Zwischenzeit systematischer mit Promotionen jüdischer Studierender an der Berliner und anderen deutschen Universitäten beschäftigt.⁵³

Abraham Heller selbst dürfte die genauen Zusammenhänge der Entwicklung im Dezember 1935 und Frühjahr 1936 erst später erfahren haben. Lakonisch und ohne jede inhaltliche Erklärung schrieb Bieberbach am 10. Januar 1936 an Heller: „Sie treten mit der Behauptung auf, Sie seien am 16. Oktober 1935 von der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin zum Doktor promoviert worden. Ich ersuche Sie, diese unzutreffende Behauptung zu unterlassen. Die Verleihung der Doktorwürde an Sie wird auch weiterhin nicht erfolgen, da Sie unwürdig sind, einen deutschen akademischen Titel zu führen.“⁵⁴

In deutscher Beamtenmanier schickte man einige Tage später auch den Scheck zurück, den Heller zur Begleichung der Portokosten eingesandt hatte.⁵⁵ Zur gleichen Zeit scheute sich Dekan Bieberbach nicht einmal davor, bei der Auslands-Organisation der NSDAP anzufragen, ob sie „diese Angelegenheit im Auge behielte und mir nach Möglichkeit vielleicht auch Angaben über das jetzige Verhalten des Juden Heller verschaffen könnte“.⁵⁶ Abraham Heller selbst dachte Anfang März noch immer an eine Namensverwechslung und bat die Universität um Aufklärung.⁵⁷

Beinahe zur selben Zeit verkündete die Historische Zeitschrift „die Einrichtung eines wissenschaftlichen Referates zur Geschichte der Judenfrage“, das von Wilhelm Grau (1910–2000), dem „Referenten für Judenfragen“ in

52 Mina Goldberg, *Die Jahre 1881–1882 in der Geschichte der russischen Juden*, Berlin 1934; vgl. UAHUB, Phil. Fak., 759, Bl. 261–277: Promotionsakte Mina Goldberg. Zum Forschungsstand vgl. Stephen M. Berk, *Year of Crisis, Year of Hope. Russian Jewry and the Pogroms of 1881–1882*, Westport/Conn./London 1985, S. XV, 215; I. Michael Aronson, *Troubled Waters. The Origins of the 1881 Anti-Jewish Pogroms in Russia*, Pittsburgh 1990, S. 239, Anm. 7.

53 Hermann Greife, *Sowjetforschung. Versuch einer nationalsozialistischen Grundlegung der Erforschung des Marxismus und der Sowjetunion*, Berlin/Leipzig 1936, S. 49 ff.

54 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 59: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Abraham Heller vom 10. 1. 1936.

55 Ebenda, Bl. 72: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Abraham Heller vom 16. 1. 1936.

56 Ebenda, Bl. 64: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Auslands-Organisation der N. S. D. A. P., Berlin, vom 10. 1. 1936.

57 Ebenda, Bl. 87 f.: Abraham Heller an Dekan der Phil. Fak. vom 1. 3. 1936.

Walter Franks erst im Oktober 1935 eröffneten Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands,⁵⁸ betreut wurde. Grau machte es sich in der Folge zur Gewohnheit, wissenschaftliche Publikationen jüdischer Autoren im In- und Ausland in demagogisch-antisemitischer Manier herabzusetzen. Die erste dieser pamphletartigen „Sammelrezensionen“ widmete Grau einerseits der 1935 erschienenen „Geschichte der Juden in Deutschland“ von Ismar Elbogen⁵⁹ und andererseits der Arbeit Abraham Hellers.⁶⁰ Nachdem Bieberbach vielleicht schon gehofft hatte, die Angelegenheit durchgestanden zu haben, ließ Grau – vermutlich von Greife oder dem Institut zum Studium der Judenfrage über die Angelegenheit informiert – es sich nicht nehmen, sich ironisch darüber zu wundern, „wie Heller mit dieser [...] Arbeit im Oktober 1935 an der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin promovieren konnte“.⁶¹

Die Aufregung über den „Fall Heller“ zeitigte nun auch Folgen, die weit über die Philosophische Fakultät hinausgingen. Wie Walter Frank Bieberbach persönlich mitteilte, war das Reichsinstitut mit dem Reichserziehungsministerium in Verhandlungen eingetreten „wegen einer grundsätzlichen Entscheidung der Frage, ob Juden an deutschen Hochschulen über jüdische Themen promovieren sollen“.⁶² Der eigentliche Auslöser dafür, dass diese Frage nun auf die Tagesordnung der beteiligten NS-Dienststellen geriet, kann freilich nicht allein in Hellers Text gesucht werden, sondern muss vor dem Hintergrund der Ereignisse des Jahres 1935 gesehen werden, wo nicht nur die Nürnberger Rassegesetze, sondern auch der massive Personalwechsel an den Hochschulen zugunsten von NS-konformen Amtsinhabern auf allen Ebenen für eine allgemeine Radikalisierung in der nationalsozialistischen „Judenpolitik“ sorgten. So griff denn Bieberbach auch Franks Vorschlag begierig auf, „Judenpromotionen überhaupt zu verbieten“, und kündigte an, „ihn meinerseits durch einen entsprechenden Antrag [zu] unterstützen“.⁶³

58 Zu Grau vgl. Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966, S. 403 ff., 963 ff.; Patricia von Papen, Vom engagierten Katholiken zum Rassenantisemiten. Die Karriere des Historikers der „Judenfrage“ Wilhelm Grau 1935–1945, in: Theologische Wissenschaft im „Dritten Reich“, hrsg. von Georg Denzler/Leonore Siegele-Wenschkewitz, Frankfurt a. M. 2000, S. 68–113.

59 Ismar Elbogen, Geschichte der Juden in Deutschland, Berlin 1935.

60 Wilhelm Grau, Geschichte der Judenfrage, in: Historische Zeitschrift 153 (1936) 2, S. 336–349, zu Heller S. 336–343.

61 Ebenda, S. 343.

62 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 85: Präsident des Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschlands (gez. Walter Frank) an Prof. Bieberbach vom 20. 2. 1936.

63 Ebenda, Bl. 86: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Walter Frank vom 21. 2. 1936.

Auf diese Weise reagierten die mittlerweile nationalsozialistisch ausgerichteten Hochschulen auf die Tendenz, dass sich jüdische Studierende verstärkt Themen zuwandten, die in Zusammenhang mit dem Judentum und seiner Geschichte standen. Erst einmal auf die „Judenpromotionen“ aufmerksam geworden, war es wenig verwunderlich, dass Bieberbach nun zu vermeiden versuchte, sich erneut mit etwaigen Vorwürfen von NS-Dienststellen auseinandersetzen zu müssen. So unterband er nach Rücksprache mit Wilhelm Grau die Promotionszulassung für eine Arbeit des Studenten Hermann Dicker zum Thema „Die Geschichte der Juden in Ulm während des Mittelalters“.⁶⁴

Innerhalb der Universität fand der „Fall Heller“ mit einer Entscheidung des Universitätsrates formal seinen Abschluss. Am 10. März fasste dieser den folgenden Beschluss: „Die Schrift des Abraham Heller ‚Die Juden in Rußland seit der Märzrevolution 1917 bis zur Gegenwart‘ verletzt schwerwiegend die Interessen des nationalsozialistischen Deutschlands. Wäre dem Abraham Heller der Doktorgrad bereits verliehen worden, so müßte ihm dieser [...] wieder entzogen werden, weil Heller durch die Abfassung der genannten Arbeit gezeigt hat, daß er des Tragens einer deutschen akademischen Würde unwürdig ist.“⁶⁵

Nun endlich wurde auch Abraham Heller in einem letzten Schreiben unter Beifügung des Beschlusses über die Situation lapidar informiert.⁶⁶ Im Juli 1936 – das öffentliche Interesse richtete sich bereits auf die nahende Eröffnung der XI. Olympischen Spiele (1. August 1936) – sprach das Reichserziehungsministerium den zuständigen Dekanen Fritz Hartung (Dekan bei der Abgabe von Hellers Arbeit) und Wilhelm Horn (Dekan bei der Zulassung Hellers zur Promotion) sowie Max Vasmer eine förmliche Missbilligung aus. Alle Beteiligten hätten ihren Teil dazu beitragen müssen, die „eingetretene schwere Schädigung des Ansehens der Universität zu vermeiden“.⁶⁷

Zuvor hatte Vasmer in einer Anhörung vor dem Universitätsrat seine Auffassung aufrechterhalten, Hellers Arbeit sei „wissenschaftlich sehr gründlich“ gewesen. Auch habe Vasmer in seinem Gutachten eine Antwort auf die Frage

64 Ebenda: „Besten Dank für die durch Dr. Wilhelm Grau erfolgte Begutachtung der Dissertation Dicker. So bin ich also glücklich in der Lage, sie ablehnen zu können.“ Für Graus Haltung spielte sicherlich auch eine Rolle, dass er selbst 1933 mit einer Arbeit über die Juden in Regensburg im Spätmittelalter promoviert hatte; vgl. hierzu Von Papen, Vom engagierten Katholiken zum Rassenantisemiten, S. 73 ff., 85 f.

65 Ebenda, Bl. 97: Beschluß des Universitätsrates (gez. Rektor Krüger und Universitätsrat Leitmeyer) vom 10. 3. 1936

66 Ebenda, Bl. 98: Phil. Fak. (gez. Bieberbach) an Abraham Heller vom 21. 3. 1936.

67 Ebenda, Bl. 103: REM an Rektor vom 16. 7. 1936.

eingefordert, „wie es komme, dass so viele Juden in der Sowjet-Union Beamtenstellungen bekleiden“. Im Übrigen stellte er sich auf den Standpunkt, dass die „Entscheidung der Frage, ob es überhaupt im Interesse des nationalsozialistischen Staates liege, daß ausländische Juden derartige Themen als Doktor-dissertationen bearbeiten“, ihm nicht zugestanden habe.⁶⁸ Otto Hoetzsch, der die Kritik praktisch aller Beteiligten auf sich gezogen hatte, blieb dagegen seitens der Universitätsorgane unbehelligt, wurde vom Universitätsrat auch nicht verhört, sah sich aber kurz darauf den heftigen Invektiven Hermann Greifes ausgesetzt, die dieser in einer Kampfschrift gegen ihn richtete.⁶⁹

Abraham Hellers Lebensweg in Palästina/Israel und seine späte Rehabilitierung

Für einen überzeugten Zionisten wie Heller, der zudem nicht aus Deutschland stammte, mochte die Zäsur der Emigration vielleicht weniger unvorbereitet gekommen sein als für die vielen assimilierten Juden, die mit wachsendem Druck im nationalsozialistischen Deutschland rasch vor den Trümmern ihrer persönlichen und beruflichen Pläne und Hoffnungen standen. Gleichwohl war der Dokortitel für einen jungen Historiker in Palästina nicht minder wichtig als anderswo. Die Gründungen wissenschaftlicher akademischer Strukturen in Palästina – des Technions in Haifa (1925 eröffnet) und der Hebräischen Universität in Jerusalem im selben Jahr – unterstrichen weithin sichtbar, dass die zionistische Aufbauarbeit in Palästina auch akademischer Kräfte dringend bedurfte. Andererseits sorgten die dritte und vierte Alija nach dem Ersten Weltkrieg für eine Akademikerschwemme in Palästina. Es gab in Jerusalem und andernorts – wie Amos Oz es unlängst treffend formuliert hat – „seinerzeit weit mehr Dozenten und Gelehrte als Studenten“.⁷⁰

Abraham Heller ließ sich in Tel Aviv nieder und blieb dieser Stadt auch bis zu seinem Tode treu. Tel Aviv war als jüdische Vorstadt von Jaffa 1909 neu gegründet worden, seit 1921 selbstständig und stellte wie keine zweite Stadt in Palästina ein Symbol zionistischer Aufbauarbeit dar, das eine große Anzie-

68 Ebenda, Bl. 104: Gesprächsprotokoll Max Vasmer mit Universitätsrat Dr. Leitmeyer vom 27. 6. 1936.

69 Greife, Sowjetforschung, S. 14, 44, 58–62; Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik, Bd. 2, S. 309.

70 Amos Oz, Eine Geschichte von Liebe und Finsternis, Frankfurt a. M. 2004, S. 198; vgl. ebenda, S. 372.

hungskraft auf Zionisten aus aller Welt ausübte.⁷¹ Heller arbeitete in den folgenden Jahren bis 1973 als Gymnasiallehrer (Geschichte und Bibelkunde), obwohl ihm die fehlende Promotionsurkunde in der Anfangszeit Schwierigkeiten bereitete, bis er eine Ersatzbescheinigung erwirken konnte, die ihn zum Führen des Dokortitels berechtigte. Anfang der 1970er-Jahre trat er publizistisch noch einmal mit einer Schrift über den arabisch-israelischen Territorialkonflikt in Palästina/Israel hervor, in der er für ein Anrecht der Juden auf das historische Gebiet Palästinas eintrat.⁷²

Über fünfzehn Jahre nach Kriegsende hielt Heller im Jahre 1961 – ein Zusammenhang mit dem Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem ist denkbar – die Zeit für gekommen, den rechtmäßigen Anspruch auf seinen Dokortitel erneut bei der Berliner, nunmehr Humboldt-Universität einzufordern. Die politischen Voraussetzungen hierfür waren im Jahr des Mauerbaus alles andere als günstig; es ist jedoch fraglich, ob Heller unter anderen Voraussetzungen ein Erfolg beschieden gewesen wäre. In Hellers Auftrag wandte sich ein Münchner Rechtsanwalt an den Rektor der Humboldt-Universität mit der Bitte, Heller „als nachträgliche Genugtuung die Doktorwürde“ zu verleihen. Die Universität meinte nun diesem Ansinnen in keinem Falle entsprechen zu können; ein weiteres Mal erwiesen sich Hellers Forschungen als nicht kompatibel mit den ideologischen Vorgaben, die die Berliner Universität einrahmten: „Zum Sachverhalt ist folgendes zu vermerken: [...] Auf Grund des antibolschewistischen und hetzerischen Charakters der Dissertation ist es meiner Ansicht nach ausgeschlossen, daß die beantragte nachträgliche Bestätigung der Dissertation ausgesprochen werden kann. Es wäre zu entscheiden, in welcher Form das Schreiben beantwortet wird. Meines Erachtens besteht die Möglichkeit zu wählen zwischen 1. einer bloßen Bestätigung des Eingangs des Schreibens des Rechtsanwaltes und der Feststellung, daß die Tatsachen uns bekannt seien (Meinung des Rektors) und 2. Stellungnahme des Rats der Fakultät, der, gestützt auf ein Gutachten, die Ablehnung aussprechen und begründen könnte.“⁷³

Wie die Humboldt-Universität Heller schließlich beschied, konnte nicht ermittelt werden. Sicher ist allerdings, dass sie nicht eigenständig, sondern vielmehr auf Weisung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen (Staatssekretär Wilhelm Girnus) handelte. Fest steht auch, dass Hellers Arbeit

71 Vgl. Joachim Schlör, *Tel Aviv. Vom Traum zur Stadt. Reise durch Kultur und Geschichte*, Gerlingen 1996, S. 255–328.

72 Abraham Heller, *Whose land?* Tel Aviv ²1974, ³1975.

73 UAHUB, Rehabilitierungskommission, Nr. 201 (ohne Paginierung): Aktenvermerk des Rektorats der Humboldt-Universität zu Berlin (gez. Dr. [Werner] Richter) vom 7. 12. 1961.

in der DDR nicht erwähnt werden durfte. Als ein Beispiel hierfür sei Gerd Voigts Untersuchung über Otto Hoetzsch genannt, die Heller in der Druckfassung nicht namentlich erwähnt und in der Manuskriptfassung dessen Arbeit als eine „antibolschewistische“ kennzeichnet.⁷⁴ Voigts Auslassungen entsprachen nur der Sprachregelung, die man zuvor von offizieller Seite für den „Fall Heller“ gefunden hatte.

An dieser Situation sollte sich bis zum Zusammenbruch der DDR nichts ändern. Erst Anfang der 1990er-Jahre stieß Hellers Dissertation im Rahmen der Rehabilitierung von zu Unrecht aberkannten akademischen Graden wieder auf Interesse. Im Rahmen von Hellers Rehabilitierung und der nachträglichen Verleihung der Promotionsurkunde sowie einer Urkunde zum Goldenen Doktorjubiläum an ihn druckte die Humboldt-Universität zu Berlin 1992 im Eigenverlag 150 Exemplare der Dissertation als Faksimile nach. Einen in der Rückschau bitteren Sieg trugen die Nationalsozialisten dennoch davon: Bei der Herstellung der Faksimileausgabe lag nämlich das Dissertationsexemplar zugrunde,⁷⁵ und man vergaß ungeachtet der offensichtlich lückenhaften Paginierung, das 1936 sorgsam herausgeschnittene Vorwort aus der Buchfassung des Marcus-Verlages zu ergänzen. Ohne den genauen Wortlaut des Vorwortes jedoch ist die Farce, die die Berliner Universität 1935/36 um Hellers Arbeit ausführte, nicht vollständig zu verstehen, da es ja den eigentlichen Stein des Anstoßes abgab. Schon aus diesem Grunde sei Hellers außerordentlich mutiges Vorwort an dieser Stelle vollständig wiedergegeben:

„Die trostlose Lage der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Rußland ist bekannt, der grausige Wechsel von bürokratischen Beschränkungen und blutigen Pogromen wiederholt dargestellt worden. Über das Schicksal der Juden seit 1917 aber herrschen die unklarsten und seltsamsten Vorstellungen. Man weiß, daß alle einschränkenden Gesetze aufgehoben und die Juden anderen Bürgern gleichgestellt worden sind; es ist aber nicht bekannt, wie sich dieser Wandel ausgewirkt hat. Das liegt daran, daß die Quellen zur Geschichte Rußlands in den letzten 20 Jahren nur schwer zugänglich und wegen ihrer sprachlichen Schwierigkeiten dem westeuropäischen Leser so gut wie verschlossen sind. Die vorliegende Arbeit hat sich um die Beschaffung authentischen Materials bemüht und es nach historisch-kritischer Methode untersucht. Neben amtlichen

74 Voigt, Otto Hoetzsch, S. 264; vgl. die Promotionsfassung (in der Bibliothek des Instituts für Geschichtswissenschaften der HUB), Bd. 2, S. 431. In einer Liste der von Hoetzsch betreuten Promotionen (ebenda, Bd. 3, S. 681) taucht Heller bezeichnenderweise nicht auf, jedoch die Arbeit von Mina Goldberg.

75 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 81.

Urkunden und Berichten, insbesondere Statistiken, hat sie die zuverlässigsten erreichbaren Nachrichten über Vorgänge und Reden gesammelt und nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten gesichtet. Um eine klare, anschauliche Darstellung bemüht, gibt sie einige dreißig Tabellen, die eine ziffernmäßige Übersicht über die bestehenden Verhältnisse ermöglichen. In ihrer trockenen Nüchternheit künden die Zahlen nachdrücklich, wie der Vernichtungskampf gegen die Juden Rußlands seinen Fortgang nimmt. Mit den blutigen Pogromen der ersten Revolutionsjahre fing er an, und durch die Sovet-Herrschaft [sic!] wird er fortgesetzt; die Wirtschaftspolitik des Bolschewismus trifft die jüdische Bevölkerung nach ihrer gesamten Struktur und beruflichen Vergangenheit besonders hart, seine Kulturpolitik aber geht durch die Zerstörung aller nationalen, konservativen Elemente des Judentums direkt auf dessen Auflösung aus. All die viel erörterten Fragen über Zahl und Stellung der jüdischen Kommunisten, über die Berufsumschichtung der Juden und ihren Anteil an der kollektiven Wirtschaft, über die angebliche kulturelle Autonomie der Juden und die Verfolgung der jüdischen Religion werden in der Abhandlung eingehend erörtert. Die Herren Professor Dr. Hoetzsch und Professor Dr. Vasmer haben den Verfasser zu dieser rein wissenschaftlichen Arbeit, mit der er im Oktober 1935 bei der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin promovierte, veranlaßt.“⁷⁶

Aus gesundheitlichen Gründen wollte Abraham Heller seine Promotionsurkunde nicht in Berlin entgegennehmen. Sie wurde ihm daher im Dezember 1992 von Prof. Dr. Werner Linek, dem Vorsitzenden der Rehabilitationskommission des Akademischen Senats, in Israel übergeben. Die feierliche Rehabilitierung, mit der die Humboldt-Universität sich bei Heller für das durch die zweimalige Verweigerung der Promotionsurkunde erlittene Unrecht offiziell entschuldigte, fand in einer politisch für die Bundesrepublik hochbrisanten Zeit statt. Ende August 1992 war es in Rostock zu massiven, pogromartigen Ausschreitungen rechtsradikaler Jugendlicher gekommen, bei denen die zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Brand gesetzt wurde. Internationale Empörung und Ängste löste besonders der Umstand aus, dass die Randalierer von einer zahlreichen Zuschauermenge ermuntert und mit Applaus unterstützt wurden. Einige Wochen später, am 26. September, verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf die so genannte jüdische Baracke in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Am 23. November starben bei einem Brandanschlag zweier Neonazis auf ein Haus in Mölln zwei Frauen und ein Mädchen in den

76 Heller, Lage der Juden in Rußland, S. V–VI.

Flammen. Das ganze Jahr 1992 hindurch war es immer wieder zu rechtsradikal motivierten Profanationen jüdischer Friedhöfe gekommen. Das Ausland reagierte mit Bestürzung und Abscheu, in Israel kam es mehrere Wochen lang zu Demonstrationen vor der deutschen Botschaft in Tel Aviv. Vor diesem Hintergrund war die Rehabilitierung Abraham Hellers ein individuelles, aber doch ungemein wichtiges Zeichen, das auch von der israelischen Öffentlichkeit mit Anerkennung und Genugtuung aufgenommen wurde.

Mit dem Reprint von Hellers Dissertation wollte die Humboldt-Universität nicht nur die späte „Anerkennung einer wissenschaftlichen Leistung“ erreichen, sondern „vor allem auch einen Abschnitt der leidgeprüften Geschichte des jüdischen Volkes in Osteuropa offenlegen“.77 Immerhin hatte Otto Hoetzsch in seinem Gutachten – so zitierte es seinerzeit sogar Dekan Bieberbach – herausgestrichen, „Abraham Heller habe viel vergängliches Material vor dem Untergang bewahrt“.78 Schaut man sich in der Retrospektive das Literatur- und Quellenmaterial an, das Heller verwendete, so muss in der Tat und umso mehr nach der Schoah hervorgehoben werden, dass das jiddischsprachige Material, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nur mehr ausgesprochen aufwändig zu recherchieren ist und noch seltener in der Russlandhistoriografie Verwendung findet. Die Geschichtswissenschaft ist in der Zwischenzeit selbstverständlich nicht stehen geblieben und in zahlreichen Aspekten schon wegen der veränderten Quellenlage über den Kenntnisstand der 1930er-Jahre hinausgelangt.79

Dies bedeutet umgekehrt jedoch nicht, dass die Schlussfolgerungen, zu denen Heller in seiner Untersuchung gelangte und die von der neueren Forschung weitestgehend bestätigt worden sind, einen allgemeinen Konsens zumal außerhalb der Geschichtswissenschaft kennzeichnen. Dies lässt sich für Deutschland ebenso wie für die Russische Föderation leicht veranschaulichen, und zwar am Beispiel der immer wieder auflebenden Debatte über den Anteil, den Juden bzw. solche, die von Außenstehenden als Juden angesehen wurden, an der Entstehung und dem Aufstieg der sozialistischen Bewegung in Russland, später dann an der Oktoberrevolution und dem Aufstieg der Sowjetmacht besaßen.

77 UAHUB, Rehabilitierungskommission, Nr. 201: Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin (gez. Prof. Marlies Dürkop) an Dr. Abraham Heller vom 25. 9. 1992.

78 UAHUB, Phil. Fak., 791, Bd. 1, Bl. 56: Phil. Fak. (ungezeichneter Durchschlag) an Institut zur Erforschung der Judenfrage vom 23. 12. 1935.

79 Vgl. u. a. Salo W. Baron, *The Russian Jew under Tsars and Soviets*, New York/London 1964; Benjamin Pinkus, *The Jews of the Soviet Union. The History of a National Minority*, Cambridge/New York 1988; Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*, Berlin 1995.

Dass den Bol'seviki jüdischer Herkunft ihr Jüdischsein nichts bedeutete, hätte man bereits vor 70 Jahren bei Abraham Heller ausführlich lesen können.⁸⁰ Die Pseudodebatte hierüber ist jedoch bis heute nicht verstummt und figuriert immer wieder als Ausgangspunkt antisemitischer Invektiven. Die Rede des CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann am 3. Oktober 2003 oder auch der zweite Band von Aleksandr I. Solženicyns Darstellung über die Juden in der Sowjetunion lassen sich diesem Kontext leicht zuordnen. Hohmann hatte seinerzeit gefordert, die Entschädigungszahlungen für NS-Zwangsarbeiter und jüdische Opfer einzuschränken. Daneben stellte er die Frage, ob auch „beim jüdischen Volk [...] eine dunkle Seite in der neueren Geschichte“ existiere, und beantwortete sie selbst, indem er auf der Grundlage sattsam bekannter sowjetischer Personalstatistiken aus Politbüro, Tscheka etc. der 1920er- und 1930er-Jahre postulierte, dass man „die Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen“ könnte.⁸¹ Dagegen unternahm Solženicyn den Versuch, vor allem die Massenverbrechen in der sowjetischen Geschichte in einen engen Zusammenhang mit der Geschichte der russischen bzw. sowjetischen Juden zu bringen, die in den 1920er-Jahren in relativer Freiheit gelebt und sich schon von daher der Verbrechen des Stalinismus mitschuldig gemacht hätten.⁸²

Dies verweist auf zwei zentrale Aspekte geschichtswissenschaftlicher Forschung: nämlich das Problem der Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse vs. die Langlebigkeit von Stereotypen – auch von solchen, die nachweislich vom Nationalsozialismus entweder erdacht oder propagiert wurden – sowie den Umstand, unter welch widrigen Bedingungen mitunter wissenschaftliche Arbeiten entstehen, deren Wert und Erkenntnisgewinn sich auch nach Jahrzehnten noch als ausgesprochen stabil erweisen.

80 Heller, Lage der Juden in Rußland, S. 7, Anm. 2.

81 Rede Martin Hohmanns zum 3. Oktober 2003; Vgl. hierzu Jörg Baberowski, Sie wollten Sowjetmenschen sein. Die Juden und die bolschewistische Revolution: Den Tätern bedeutete ihre jüdische Herkunft nichts, den Opfern alles, in: Die Welt vom 17. 11. 2003.

82 Aleksandr I. Solženicyn, Dvesti let vmeste, čast' II, Moskva 2002, S. 198 ff.

Jüdischer Kommunismus: Der Mythos, die Juden, die Partei

Die Identifikation von Juden mit radikalen Ideen ist so alt wie die moderne Politik. Juden wurden stets als Revolutionäre wahrgenommen, die die Heilige Dreieinigkeit von Staat, Nation und Religion, insbesondere im unruhigeren mittleren und östlichen Teil des Kontinents, unterminieren wollten. Der Mythos vom jüdischen Kommunismus steht in einer langen Tradition antijüdischer Einstellungen. Er repräsentierte antijüdisches Denken in seiner politischsten und gewalttätigsten Form und erwies sich als treibende Kraft, die rasch von jenen Besitz ergriff, die sich durch die tief greifenden Veränderungen der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg bedroht fühlten.

Der Mythos vom jüdischen Kommunismus hielt sich lange und war weit verbreitet. Unzählige Bücher, Broschüren, Pamphlete und Artikel wurden insbesondere in den Zwischenkriegsjahren vor allem in Deutschland und Frankreich publiziert. Das Konzept vom jüdischen Kommunismus erwies sich als noch mächtiger als der Mythos, aus dem es sich entwickelt hatte, dem der jüdischen Weltverschwörung.

Nur in Ostmitteleuropa überdauerte der Mythos vom jüdischen Kommunismus den Zweiten Weltkrieg. Die sowjetische Besatzung, die kommunistische Machtübernahme und die deutlich sichtbare Präsenz von Personen jüdischer Herkunft in den höheren Ebenen der neuen Regimes lösten eine antisemitische Welle aus und verschafften der Gleichsetzung von Juden und Kommunismus eine neue Grundlage.

Angesichts der historischen Bedeutung des Konzeptes vom Jüdischen Kommunismus ist es erstaunlich, wie wenig bisher dazu geforscht wurde. Eine mögliche Erklärung liegt wohl darin, dass das Thema derart politisch und emotional aufgeladen ist, aber auch so viele ethische und empirische Probleme aufwirft, dass nur wenige Historiker es wagen, sich diesem Forschungsgebiet zu widmen. Dies liegt vor allem auch daran, dass bei allem vorurteilsbehafteten Hintergrund und bei aller Böswilligkeit dieser Mythos auch reale Ursachen hat.

Der Mythos

Jüdischer Kommunismus war stets ein äußerst umstrittenes Phänomen. Für Historiker war die Verbindung von Juden mit Revolution so etwas wie „ein Findelkind, ein Strandgut, ein ausgesetztes Kind“, wie der israelische Historiker Jacob L. Talmon schreibt. „Niemand mag sich seiner annehmen. [...] Es ist in der Tat ein aufgeladener, unendlich sensibler, um nicht zu sagen explosiver Gegenstand.“¹ Unter den tausenden Studien über die (moderne) Geschichte des osteuropäischen Judentums suchte man lange vergeblich nach Büchern über jüdischen Kommunismus. Es finden sich reichlich Bezüge zu der historischen Verbindung zwischen Kommunismus und Juden. Vieles ist mittlerweile publiziert worden,² aber Gesamtdarstellungen zum Thema sind nach wie vor rar. Die von Jaff Schatz verfasste umfassende Biografie der „Generation“ jüdischer Kommunisten in Polen³ verdient in diesem Zusammenhang Erwähnung, ebenso die vergleichbare Studie von Karin Hartewig über jüdische Kommunisten in der DDR.⁴

Erst kürzlich ist die erste allgemeine und vergleichende Studie über den jüdischen Kommunismus erschienen, die allerdings auf heftige Kritik stieß und ein zentrales Element der umstrittenen Rede des ehemaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann am 3. Oktober 2003 bildete. Die Publikation „Jüdischer Bolschewismus“ des Bielefelder Bibliothekars Johannes Rogalla von Bieberstein ist die erste Monografie, die den Mythos analysiert, allerdings nur auf Quellen in westlichen Sprachen basiert, sich hauptsächlich auf Russland konzentriert und das kommunistische Ostmitteleuropa der Nachkriegszeit fast vollständig ausklammert.⁵ Es gibt also eine auffallende Diskrepanz zwischen der historischen Relevanz, die viele Historiker dem politischen Stereotyp vom jüdischen Kommunismus zugestehen, und der Intensität, mit der sie das Thema erforscht haben.

1 Jacob L. Talmon, *Israel among the Nations*, London 1970, S. 1.

2 Insbesondere: Michael Checinski, *Poland. Communism, Nationalism, Anti-Semitism*, New York 1982; Krystyna Kersten, *Polacy Żydzi Komunizm. Anatomia półprawd 1939–68*, Warschau 1991; Robert Levy/Ana Pauker, *The Rise and Fall of a Jewish Communist*, Berkeley 2001; Edmund Silberner, *Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus*, Opladen 1983; Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*, Berlin 1995, und Robert S. Wistrich, *Revolutionary Jews from Marx to Trotsky*, London 1976.

3 Jaff Schatz, *The Generation. The Rise and Fall of the Jewish Communists of Poland*, Berkeley 1991.

4 Karin Hartewig, *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*, Köln 2000.

5 Johannes Rogalla von Bieberstein, „Jüdischer Bolschewismus“. *Mythos und Realität*, Dresden 2002.

Gab es überhaupt jemals so etwas wie einen *jüdischen* Kommunismus? Die kommunistische Bewegung ließ in der Regel ihren Anhängern wenig Möglichkeiten, ihr „Jüdischsein“ zu leben. Es mag nicht wenige Kommunisten jüdischer Abstammung gegeben haben, aber die Zahl der „jüdischen Kommunisten“, also der Juden, deren Kommunismus bewusst jüdisch war, ist deutlich geringer gewesen. Insgesamt scheint die Beziehung zwischen Juden und Kommunismus jedoch viel komplizierter gewesen zu sein, als Anhänger und Gegner des Mythos annehmen.

Die neuere Forschung zeigt, dass die Interpretation, Juden, die in der kommunistischen Bewegung prominent und aktiv waren, seien typischerweise „nicht-jüdische Juden“⁶ gewesen, also jüdische Aktivisten, die wenig gemein hatten mit ihrem (ehemaligen) jüdischen Umfeld oder gar mit ihrer jüdischen Vergangenheit gebrochen hatten, zu undifferenziert ist.

Auch das Argument, nur ein winziger Teil der jüdischen Gesamtpopulation sei in der kommunistischen Bewegung aktiv gewesen, wird den Tatsachen nicht gerecht. Menschen jüdischer Herkunft waren disproportional zu ihrem Gesamtanteil an der Bevölkerung in der kommunistischen Bewegung vertreten und hatten einen im Verhältnis größeren Anteil an prominenten Positionen inne. Das Thema jüdischer Kommunismus wurde zudem stets so kontrovers betrachtet, weil jeder Zweifel an der illusionären, trügerischen Natur dieses Mythos zumindest zum Teil als Bestätigung des antisemitischen Gehalts desselben gelesen werden könnte. Kein Historiker hat sich jemals ernsthaft in die Frage vertieft, ob Juden tatsächlich das Blut von Kindern benutzten, um ihre Matzen zu backen, oder ob sie tatsächlich Brunnen vergiftet oder gegen das christliche Abendland konspiriert haben. Also warum sollte ein anderes antijüdisches Stereotyp, das vom Jüdischen Kommunismus, ernster genommen werden? Das würde dem Stereotyp nur neue Nahrung geben.

Es geht nicht um die Frage, ob man sich solchen strittigen Themen widmen sollte, sondern darum, vernünftige und akzeptable Antworten und Interpretationen zu bieten. Abgesehen von den wohlbekanntesten Beispielen kommunistischer Führer jüdischer Herkunft fehlen uns die empirischen Daten, um zu bestimmen, wer in der Parteibasis und unter den Sympathisanten des Kommunismus in Ostmitteleuropa jüdisch war und wer nicht.⁷ Anders ausgedrückt:

6 Tamara Deutscher, Introduction. *The Education of a Jewish Child*, in: Isaac Deutscher, *The Non-Jewish Jew and Other Essays* (with an Introduction by Tamara Deutscher), London 1968, S. 1–25, hier S. 22.

7 Pieter Niedermüller, *Der Kommunist*, in: Julius Schoeps/Joachim Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus. Vorurteile und Mythen*, München 1995, S. 273–278, hier S. 273.

Jüdischer Kommunismus ist nicht nur ein strittiges, sondern auch ein überaus spekulatives Thema. Der Mangel an verlässlichen Daten führt fast zwangsläufig zu Spekulationen sowohl über die Sichtweisen und Motivationen einzelner Kommunisten als auch über die historische Substanz der jüdischen kommunistischen Idee als solcher. Es ist nicht nur ein „explosiver Gegenstand“ – um noch einmal Talmon zu zitieren. „Es ist zur gleichen Zeit unerträglich vage und schwer fassbar, ohne bestimmte Struktur. Die Gefahr beliebiger Spekulation und unbewiesener Verallgemeinerung ist geeignet, es noch mehr zu einem Ärgernis zu machen, als es ohnehin schon ist.“⁸

Der Historiker ist bei der Beschäftigung mit diesem Thema mit zwei zentralen Fragen konfrontiert, zum einen mit der, wer unter den Kommunisten als Jude zu identifizieren ist, und zum anderen mit der, wie die zugänglichen Daten interpretiert werden sollen. Für jene, die den Standpunkt vertraten, dass Kommunismus im Wesentlichen jüdisch sei, war es unwichtig, ob die Personen, die sie als „kommunistische Juden“ identifizierten, sich selbst auch als solche sahen. Da der Mythos vom „Judeo-Kommunismus“ Juden mit Kommunismus gleichsetzt, ist es von zweitrangiger Bedeutung, wie die Kommunisten jüdischer Herkunft, auf deren politischen Ideen und Aktivitäten der Mythos aufbaut, sich zu ihrem Judesein verhielten. Jene, die glauben wollten, dass die Revolution den verderblichen jüdischen Geist reflektierte, benötigten tatsächlich keine „realen“ Juden. Schließlich ist Jüdischer Kommunismus ein *Mythos*. Aber selbst wenn der Historiker aus analytischen Gründen diese politisch inspirierte Definition vom „Juden“ akzeptiert, so ist er immer noch mit einem Mangel an Daten konfrontiert. Die zugänglichen Informationen über die Teilhabe von Juden an kommunistischer Politik sind rar, lückenhaft, oft nicht objektiv und deshalb schwer zu interpretieren. So sind die vorliegenden Statistiken oft nur wenig hilfreich, weil sie den ethnischen Hintergrund der Führungskräfte und der Basis nicht berücksichtigen oder nicht nennen. Juden „nationalisierten“ ihre Namen und änderten oder verschwiegen ihre Biografien, entweder freiwillig oder unter Druck.

Anhand der verfügbaren Informationen lässt sich jedoch konstatieren, dass Menschen jüdischer Herkunft im Allgemeinen eine herausragende Rolle in der europäischen sozialistischen Bewegung spielten und zumindest in einer bestimmten Phase dies auch im Besonderen auf die kommunistischen Parteien Osteuropas zutraf. Dies bedarf allerdings einer Differenzierung. Erstens waren insbesondere in den Zwischenkriegsjahren nicht nur Juden, sondern ethnische

8 Talmon, Israel, S. 1 f.

Minderheiten im Allgemeinen in den meisten kommunistischen Parteien der Region überrepräsentiert. Zweitens war der jüdische Anteil nicht in allen Parteien, Ländern und Zeiträumen gleichermaßen stark. Drittens verringerte sich die Zahl der Juden in exponierter Stellung in den kommunistischen Parteien Osteuropas rapide, nachdem der Kommunismus fest etabliert war. Viertens ging es nicht so sehr um den zahlenmäßigen Anteil der Juden, sondern vielmehr um die Tatsache, dass sich Menschen jüdischer Herkunft oft in höheren Positionen und in bestimmten Bereichen der Partei sowie des Staatsapparates konzentrierten. Und fünftens mögen Juden zwar zahlreich unter den Kommunisten in Osteuropa gewesen sein, aber Kommunisten blieben eine kleine Minderheit innerhalb der jüdischen Gemeinden der Region. „Es mag unter den Juden wenige Radikale gegeben haben“, schreibt Jaff Schatz in „The Generation“, aber „unter den Radikalen gab es viele Juden“.⁹

Die Juden

Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung war mehr als nur eine moderne Variation eines alten Vorurteils. Tatsächlich war er ebenso modern, wie er archaisch war. Er kombinierte traditionelle, oft religiös inspirierte antijüdische Einstellungen (Stereotypen vom Juden als Hexenmeister und als Vertreter des Wuchers bis hin zur Ritualmordbeschuldigung und anderen populären Bildern) mit den radikalen und oft diametral entgegengesetzten antisemitischen Ideen des neunzehnten Jahrhunderts (entweder religiösen oder entschieden antichristlichen, pro- oder antikapitalistischen). In Ostmitteleuropa bot insbesondere die Exponiertheit von Juden in einer höchst instabilen und sich rapide verändernden Welt fruchtbaren Boden für existenzielle Ängste und mythische Verallgemeinerungen.

Auf traditionellen Ressentiments und Vorurteilen aufbauend, bezog die Vorstellung vom jüdischen Kommunismus ihre tödliche Dynamik aus realen und für viele Europäer überaus bedrohlichen historischen Veränderungen. Der Mythos der jüdischen Weltverschwörung wäre möglicherweise tatsächlich das Monopol von ein paar „rechten Russen und vereinzelt Spinnern in Westeuropa“¹⁰ geblieben, hätten nicht der Erste Weltkrieg, die Russische Revolution, der Zusammenbruch des Deutschen und des österreichisch-ungarischen Reiches, die Balfour-Erklärung, die ungarische Sowjetrepublik, die Unruhen in

⁹ Schatz, *The Generation*, S. 13.

¹⁰ Norman Cohn, *Warrant for Genocide. The Myth of the Jewish World Conspiracy and the Protocols of the Elders of Zion*, London 1967, S. 18.

Berlin und Bayern und andere Ereignisse radikale Umwälzungen zur Folge gehabt. Für jene, die daran glauben wollten, bekam die jüdische Weltverschwörung (und die „jüdische“ Macht) plötzlich eine makabre Glaubwürdigkeit.¹¹ Nichts bestätigte die „Protokolle der Weisen von Zion“ mehr als die tatsächlichen Veränderungen im Nachkriegseuropa, zumindest glaubten dies viele Leute. Die Ereignisse ängstigten die Zeitgenossen und gaben ihnen ein Gefühl existenzieller Bedrohung.

Von allen extremen Eigenschaften, die den Juden in Europa zugeschrieben wurden, waren die radikalpolitischen Neigungen ganz sicher die wichtigsten. Kein Thema war so zentral für den Mythos der jüdischen Weltverschwörung und keine antisemitische Idee war im Europa des Ersten Weltkrieges so verbreitet wie die der Identifikation von Juden mit revolutionären Unruhen. Die Revolution wurde als inhärent jüdisch betrachtet, basierte sie doch auf vermeintlich spezifisch jüdischen Merkmalen. Juden seien die „verborgene Hand“ hinter allen subversiven, revolutionären Versuchen.¹² Die Revolution sei der „Stern Juda“¹³ und die „ultimo ratio“ des jüdischen Volkes.¹⁴ Juden seien angeblich in alle größeren Aufstände involviert gewesen, und zwar in jene gegen die Tradition, gegen die Religion und gegen das Privateigentum.¹⁵

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen brachten für die Völker Osteuropas, insbesondere für viele Juden, einschneidende politische und gesellschaftliche Veränderungen. Juden hatten allen Grund, die neue Nachkriegsordnung zu begrüßen. Millionen jüdischer Männer und Frauen waren von den unterdrückenden Bedingungen des zaristischen Russland befreit worden, entweder weil ihnen nun durch die provisorische Regierung die volle Emanzipation zugestanden worden war oder weil sie Einwohner von Ländern wurden (der baltischen Staaten, Polens und Rumäniens), in denen sie formal als gleichberechtigte Bürger

11 James Parkes, *The Jewish Problem in the Modern World*, London 1939, S. 138. Siehe auch Ernest Jouin, *Le péril Judéo-Maconnique*, Paris (o. D.), S. 4; B. Segel, *Welt-Krieg, Welt-Revolution, Welt-Verschwörung, Welt-Regierung*, Berlin 1926, S. 7.

12 Georges Batault, *Le problème Juif*, Paris 1921, S. 104.

13 Theodor Fritsch, *Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammensetzung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes*, Hamburg 1928, S. 529.

14 Zbigniew Krasnowski, *Socjalizm, Komunizm, Anarchizm*, Warschau 1937, S. 68.

15 J. F. C. Fuller, *Der Krebschaden Europas*, in: Krebs (1938), S. 1, Léon de Poncins, *Les forces secrètes de la révolution. F. M. – Judaïsme*, Paris 1929, S. 153. Baumbösch gibt eine erschöpfende Aufzählung aller revolutionären Ereignisse der Zwischenkriegsjahre, in die Juden angeblich involviert waren: Karl Baumbösch, *Die Revolution, der Stern Judas*, in: Wulf Bley (Hrsg.), *Der Bolschewismus. Seine Entstehung und Auswirkung*. München 1938, S. 224–239.

akzeptiert wurden. Osteuropäische Juden hatten auch in den Vorkriegsstaaten am politischen und administrativen Leben teilgenommen, aber nur gelegentlich, wie etwa in den östlichen Gebieten des Habsburg-Reiches.¹⁶ Nach dem Krieg jedoch wurden Juden direkt und in größerem Umfang als jemals zuvor in den Strudel der Politik hineingezogen, und es bestand beträchtlicher Grund zu erwarten, dass diese politischen Veränderungen positive Auswirkungen auf das jüdische Leben und die Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden haben würden. „Weder vor noch nach dieser Nachkriegsära ist das Schicksal der nichtjüdischen europäischen Mehrheitsgesellschaft je mit dem der jüdischen Minderheit so eng, so leidenschaftlich, so strittig, so heftig miteinander verstrickt gewesen“, betont Howard Sachar zu Recht.¹⁷

Unzählige Juden mussten während des Krieges und danach viel Leid erfahren; andere hingegen profitierten von den Veränderungen und ergriffen jede Gelegenheit, ihre Lebensumstände zu verbessern – eifrig, ungeduldig und voller Hoffnungen und Erwartungen. Die Mauern zwischen der Welt der Juden und der Nichtjuden mochten noch nicht gefallen sein, aber sie wurden durchlässiger. Viele Zeitgenossen brachten die plötzliche politische Emanzipation der Juden in Ostmitteleuropa und die revolutionären Veränderungen miteinander in Verbindung. Vor dem Krieg war es Juden kaum gestattet gewesen, die politische Arena zu betreten, und plötzlich schienen sie überall zu sein. Dies ging einher mit einem Erstarken linker politischer Positionen, nie zuvor hatte ein Sozialist einer nationalen Regierung angehört. Um drohende kommunistische Aufstände zu verhindern, sahen sich die in die Enge getriebenen konservativen Regierenden nun gezwungen, sie an der Macht zu beteiligen.

Dies sollte sich nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal wiederholen. Unmittelbar nach der größten Katastrophe für die Juden Europas erlangten Juden, was sie im Allgemeinen in der Region nie zuvor erreicht hatten (mit der Ausnahme der Sowjetunion): politische Machtpositionen. In manchen ostmitteleuropäischen Ländern waren Juden bislang nicht einmal in den administrativen Apparat aufgenommen worden. Es gab weniger Juden als je zuvor, aber sie schienen unvergleichbar mächtig. Wie bereits während der revolutionären Ereignisse, die auf den Ersten Weltkrieg folgten, war der Zusammenbruch des alten Regimes eine Voraussetzung für die Teilhabe der Juden am politischen Leben ihrer Länder, und wieder wurden sie im selben Netz aus

16 Piotr S. Wandycz, *The Lands of Partitioned Poland 1795–1918*, Seattle/London 1993, S. 222.

17 Howard M. Sachar, *Dreamland. Europeans and Jews in the Aftermath of the Great War*, New York 2002, S. XI.

Frustration, Angst und Verrat gefangen. Diesmal jedoch schien der jüdische Kommunismus den Großteil der mythischen Dimensionen der Vorkriegszeit verloren zu haben. Nachdem in den meisten kommunistischen Regimes Menschen jüdischer Herkunft eine prominente Rolle eingenommen hatten, schien der Mythos Realität geworden zu sein.

Wie reagierten zeitgenössische jüdische Publizisten und Aktivisten auf die gefährliche Anziehungskraft des Mythos vom jüdischen Kommunismus? In Anbetracht der weiten Verbreitung und der politischen Macht dieses Mythos ist es bemerkenswert, wie relativ wenige jüdische Intellektuelle und Politiker sich überhaupt darum bemühten, den Behauptungen entgegenzutreten. Es scheint in jüdischen Kreisen große Zurückhaltung geherrscht zu haben, öffentlich mit dieser neuen Dimension des Antisemitismus umzugehen. Die Mehrheit der jüdischen Funktionäre und Publizisten war der Meinung, dass diese „jüdischen Kommunisten“, die jüdische Namen trugen und jüdischer Herkunft waren, nicht wirklich etwas mit dem jüdischen Volk zu tun hatten. Selbst unter jenen Juden, die die Relevanz und Sensibilität des Themas erkannten, scheint eine Art Konsens darüber bestanden zu haben, dass, je weniger Umstände man um die Identifikation von Juden mit dem Kommunismus machte, sie desto schneller verschwinden würde.

Andere wiederum mögen peinlich berührt und mit Sorge auf die relativ große Zahl von Glaubensgenossen unter den politisch Radikalen reagiert haben, aber sie versuchten, ihr Unbehagen zu verstecken, indem sie still blieben oder die Relevanz des Themas herunterspielten. Öffentliche Stellungnahmen würden ihrer Meinung nach nutzlos, wenn nicht sogar kontraproduktiv sein. Die Resignation, die aus ihren Worten sprach, ist auffallend. Viele prominente Juden reagierten also mehr oder weniger genauso wie die andere „Zielgruppe“ des Mythos vom jüdischen Kommunismus, die Kommunisten. Man hätte annehmen können, dass die kommunistischen Parteien den Mythos energisch widerlegt hätten. Aber das taten sie nicht, sie blieben eher stumm.

Nicht alle Juden akzeptierten diese unbehagliche Stille. Sie hielten sie für falsch und gefährlich und übten offen Kritik. Jüdische Organisationen bezogen öffentlich Stellung und wiesen auf die Gefahr des Antisemitismus hin, der für sie zu gegenwärtig war, um ihn zu ignorieren.

Die führenden jüdischen Organisationen in Europa und den Vereinigten Staaten hatten die Oktoberrevolution und den russischen Bürgerkrieg mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Die gefährliche Brisanz der Ereignisse wurde sofort erkannt. Völlige Ablehnung würde der Sache der antibolschewistischen (und antisemitischen) Kräfte dienen, was keine sehr attraktive Option war, während jegliche pro-bolschewistische Erklärung die mythische Identifi-

kation von Juden mit dem Kommunismus stärken würde, was ebenso wenig wünschenswert war.¹⁸ Es scheint zumindest ein Fünkchen (verborgener) Sympathie für die Bolschewiken unter den jüdischen Organisationen im Westen gegeben zu haben (etwa im Joint¹⁹), was verständlich angesichts der anti-jüdischen Gräueltaten war, die deren „weiße“ Gegner im Bürgerkrieg verübt hatten. Unter jenen Juden, die sich darum bemühten, den Mythos vom jüdischen Kommunismus offen zurückzuweisen, aber immer noch anerkannten, dass unter den Revolutionären tatsächlich relativ viele Juden waren, dominierten zwei Erklärungen: Die einen verwiesen auf die Virulenz des Antisemitismus in Ostmitteleuropa, die vermutlich die Juden in die radikale Politik getrieben hatte. Eine Minderheit hingegen sah gewisse Parallelen zwischen der jüdischen Weltsicht und der sozialistischen Doktrin. Die „Renegaten“-Metapher, die Annahme, dass die Trotzki und andere assimilierte Juden eigentlich „nichtjüdische Juden“ waren, war die am häufigsten verwendete „Entschuldigung“ zeitgenössischer jüdischer Publizisten zur Erklärung des Umstandes, dass viele Menschen jüdischer Herkunft an exponierter Stelle in der kommunistischen Bewegung aktiv waren. Dasselbe Bild sollte später die Geschichtswissenschaft dominieren, insbesondere vertreten durch jene Historiker, die eine Affinität zwischen jüdischen Traditionen und radikaler Politik zurückwiesen.

Warum fühlten sich Juden, „jüdische Juden“ oder „nichtjüdische Juden“ so überdurchschnittlich hingezogen zu radikalen politischen Ansichten? Das Thema ist als eines der „grundlegenden Probleme der Forschung zur jüdischen Geschichte“ bezeichnet worden.²⁰ Die meisten Erklärungen von Zeitgenossen und Historikern sind einseitig. Sie betonen entweder den jüdischen „Charakter“ als entscheidendes Element oder die Einschränkungen, denen sich Juden ausgesetzt sahen und die ihnen offensichtlich kaum eine andere Wahl ließen, als sich mit den Kräften einzulassen, die für einen radikalen Wandel standen.

Die existenzielle Interpretation geht von der Idee aus, dass spezifische Züge des Jüdischseins (religiöse, kulturelle, psychologische) mit den grundlegenden Merkmalen radikalpolitischer Ideologien korrespondierten und deshalb Juden

- 18 Siehe Zosa Szajkowski, *Jews, Wars, and Communism*, vol. II: *The Impact of the 1919–1920 Red Scare on American Jewish Life*, New York 1974, S. 171, bezüglich einiger der unmittelbaren Reaktionen britischer jüdischer Führer und der Diskussionen, die diese auslösten.
- 19 Siehe Jacob Billikopf/Maurice B. Hexter, *The Jewish Situation in Eastern Europe. Including Russia and the Work of the Joint Distribution Committee*, Chicago, 1926, über die wohltätigen Effekte jüdischer Siedlungen auf dem russischen Land. Billikopf schlug vor, das Budget des Joint für Russland von 1,5 auf 3 Millionen US-Dollar zu verdoppeln.

der revolutionären Bewegung eher zugeneigt waren. Die prophetische und messianische Tradition des Judentums wird oft erwähnt, ebenso jüdischer Rationalismus, Materialismus, Moralismus (die Vorrangstellung moralischer Ideen), der Gerechtigkeitsinn und die „Exklusivität“ des Judentums.²¹

Attraktiv war der Kommunismus offenbar wegen seiner Grundsätze der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, seines Säkularismus, Universalismus und Chiliasmus.

Zeitgenössische Beobachter und Wissenschaftler bedienten sich eher selten solcher innerjüdischen Erklärungsmuster des Radikalismus unter den Juden. „Umstandsbedingte“ Faktoren hingegen werden weit häufiger als entscheidend für die Erklärung der radikalen politischen Neigungen von Juden angesehen. Von großer Bedeutung scheint das Bedürfnis, wenn nicht gar die Notwendigkeit, gewesen zu sein, die viele (jüngere) Juden empfanden, ihrer sozialen oder kulturellen Misslage, ihrer Isolation und Marginalität zu entkommen. Ob ihre „Wurzellosigkeit“ oder „Halb-Assimiliertheit“ durch den Antisemitismus ihrer christlichen Umwelt oder durch Zwänge innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft (oder durch eine Kombination aus beidem) bestimmt war, ist in diesem Zusammenhang nicht besonders relevant.²²

Eine wichtige Rolle spielte die Idee vom nichtjüdischen Juden,²³ der die Verbindung zu seiner Gemeinschaft und zu seiner Vergangenheit abgebrochen

20 Ezra Mendelsohn, *The Jews of East Central Europe Between the World Wars*, Bloomington 1997, S. 15.

21 Robert J. Brym, *The Jewish Intelligentsia and Russian Marxism. A Sociological Study of Intellectual Radicalism and Ideological Divergence*, London/Basingstoke 1978, S. 54; Oscar Jászi, *Revolution and Counter-Revolution in Hungary*, London 1924, S. 123; Łukasz Kaminski, Lukasz, *Strajki robotnicze w Polsce w latach 1945–1948*, Wrocław 1999, S. 363 f.; Hans Ornstein, *Die Juden in der radikalen Sozialbewegung (Kommunismus)*. Separatdruck aus dem Zürcher „Aufbau“ vom 25. April, 2., 16. und 23. Mai 1952, o. O., o. D., S. 2.

22 Von den bereits zitierten Autoren abgesehen könnte man noch Deutscher, S. 33 ff.; Mendelsohn, S. 96; Dennis Prager/Joseph Telushkin, *Why the Jews? The Reason for Antisemitism*, New York 1985, S. 60 f.; Hugh Seton-Watson, *Nations and States. An Enquiry into the Origins of Nations and the Politics of Nationalism*, London 1977, S. 393; Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki*, S. 63; Hugo Valentin, *The Jews and Bolshevism*, New York o. D., S. 7; Wistrich, *Revolutionary Jews* S. 4 f. erwähnen.

23 Die traditionelle Interpretation des nichtjüdischen Juden kann in vielen Studien gefunden werden. Siehe zum Beispiel Salo W. Baron, *The Russian Jews Under Tsars and Soviets*, New York/London 1964, S. 204 f.; Celia S. Heller, *On the Edge of Destruction. Jews of Poland Between the Two World Wars*, New York 1977, S. 258 f.; Judd L.

hatte. Die meisten dieser Juden zeigten eine tiefe Gleichgültigkeit gegenüber allem Jüdischen. Sie waren „Renegaten“, „Abfalljuden“ in der starken, sarkastischen Sprache des Zionisten Robert Stricker.²⁴ Sie waren per definitionem nichtjüdische Juden. Die Attraktivität der Idee vom nichtjüdischen Juden, für zeitgenössische jüdische Publizisten ebenso wie für Historiker, erklärt sich von selbst: Es war die vollkommene Absage an den Mythos vom jüdischen Kommunismus. Wenn es gelang, die Kommunisten jüdischer Herkunft vollkommen von der tatsächlichen jüdischen Gemeinde abzukoppeln, dann konnte sich die Auffassung vom jüdischen Kommunismus als obsolet erweisen. Die Vorstellung vom nichtjüdischen Juden schien außerdem eine überzeugende Erklärung auf die drängende Frage zu bieten, warum diese „jüdischen“ Kommunisten sich für eine Politik einsetzten, die ganz objektiv den Interessen der jüdischen Gemeinden widersprach.

Der jüdische Religionswissenschaftler Jochanan Bloch findet die Antwort im jüdischen Selbsthass. Um in der kommunistischen Bewegung vollkommen akzeptiert zu werden, hätten Juden ihr Jüdischsein aufgeben und verleugnen müssen. Kommunismus beziehungsweise Sozialismus konnte anders nicht funktionieren.²⁵ Jüdischer Selbsthass als eine Erklärung für den politischen Radikalismus von Juden ist in der Tat eine extreme, umgekehrte Variante der existenziellen Interpretation. Diese jüdischen Radikalen waren, wie Teller meint, weniger durch ihre traditionelle Umgebung oder Tradition konditioniert, sondern vielmehr durch eine „perverse Identifikation“ mit antijüdischen Ideen der größeren, der nichtjüdischen Gemeinschaft.²⁶

Trotz aller Argumente, die dafür sprechen, bleibt die Idee vom nichtjüdischen Juden eine fragwürdige und strittige Kategorie. Sie ist zu allgemein und zu starr, um der Überprüfung durch die historische Forschung standzuhalten. Der einzelne Jude war in der Lage, mehr als eine „Identität“ zu entwickeln. Es gab viele Schattierungen vom „Jüdischsein“ bei jenen, die durch Zeitgenossen und Historiker eindimensional als „nichtjüdisch(e Juden)“ definiert wurden.

Teller, *Scapegoat of Revolution. The Fate of the Jews in the Political Upheavals of the Last Five Centuries*, New York 1954, S. 161; David Vital, *A People Apart: The Jews in Europe, 1789–1939*, Oxford 1999, S. 727.

- 24 Robert Stricker, *Wege der jüdischen Politik. Aufsätze und Reden*, Wien/Leipzig 1929, S. 248.
- 25 Jochanan Bloch, *Judentum in der Krise. Emanzipation, Sozialismus und Zionismus*, Göttingen 1966, S. 43.
- 26 Teller, *Scapegoat*, S. 161; Robert Wolfe, *Remember to Dream. A History of Jewish Radicalism*, New York 1994, S. 346. Wistrich, *Revolutionary Jews*, S. 8, spricht vom „jüdischen Antisemitismus des Selbsthasses“.

In der neueren Geschichtsschreibung über Juden und Kommunismus ist das Konzept wesentlich differenziert worden. Kommunisten jüdischer Herkunft werden als eine überaus heterogene Gruppe von Individuen betrachtet. Die Idee vom nichtjüdischen Juden wird vor allem auf die mehr kulturell und sozial „entfremdete“, eher ideologisch motivierte und politisch überzeugte (frühe) Generation jüdischer Kommunisten angewendet. Jedoch war selbst unter diesen kommunistischen Aktivisten ein Bewusstsein der jüdischen Wurzeln und eine Sensibilität für die spezifischen Lebensbedingungen und Interessen des jüdischen Volkes, wenn auch manchmal nur für die der eigenen Familienmitglieder, keine Ausnahme. Robert Levys Biografie des rumänischen kommunistischen Führers Ana Pauker²⁷ und Rudy Doorslaers²⁸ Geschichte der jüdischen Revolutionäre in Belgien in der Zwischenkriegszeit bieten zusätzliche Argumente gegen das Konzept vom nichtjüdischen Juden. Levy nuanciert Ana Paukers traditionelles Image als das des archetypischen stalinistischen und „selbsthassenden“ Juden, während Doorslaer auf überzeugende Weise die Elemente von Tradition und Kontinuität (in diesem Fall jüdisch und polnisch) unter den jüdischen Kommunisten seines Landes demonstriert.

Die Partei

Für die hier vorgelegte Studie über die historische Relevanz der antijüdischen Vorstellung vom jüdischen Kommunismus wäre es nicht erforderlich, genau zu wissen, ob Juden tatsächlich in der kommunistischen Bewegung überrepräsentiert waren oder nicht. Eher ist es von Interesse, wie Antisemiten die tatsächliche oder wahrgenommene Präsenz von Juden für ihre eigenen Zwecke nutzten. Trotzdem ist die Frage nach der tatsächlichen Teilhabe von Juden an den kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas wichtig. Die meisten Informationen über die ethnische Zusammensetzung der kommunistischen Mitglieder in Ostmitteleuropa kommen von den Parteien selbst. Manchmal waren die Informationen „offen“, vor allem in der Zwischenkriegszeit, meist waren sie „geheim“, insbesondere in den Nachkriegsjahrzehnten, als die kommunistischen Parteien an der Macht waren.

Wie müssen die Statistiken also interpretiert werden? Warum waren Mitglieder jüdischer Herkunft in manchen kommunistischen Parteien und in bestimmten

²⁷ Vgl. Anm. 2.

²⁸ Rudi van Doorslaer, *Kinderen van het getto. Joodse revolutionairen in België (1925–1940)*, Antwerpen 1995.

Organisationen innerhalb der Partei und der Staaten stärker repräsentiert als in anderen? Bestand ein Zusammenhang zwischen dem jüdischen Hintergrund dieser Aktivisten und ihren Einstellungen gegenüber spezifischen Fragen, insbesondere solchen, die sich mit jüdischen Themen beschäftigten? Warum waren es gerade die Bereiche Sicherheit, Kultur, Presse und Außenbeziehungen, in denen sie besonders stark vertreten waren?

Jüdische Kommunisten waren loyale Stalinisten. Die Partei brauchte sie. Angesichts ihrer Erfahrungen während des Krieges, ihres kompromisslosen Antifaschismus und der Tatsache, dass sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht besonders empfänglich für partikularistischen Nationalismus waren, hatten die kommunistischen Führungen wenig Grund, die politische Vertrauenswürdigkeit ihrer Kameraden jüdischer Herkunft anzuzweifeln.²⁹ Interessant ist auch der Erklärungsversuch, dass die unverhältnismäßig große Zahl von Juden in den höheren Rängen von Partei und Staat in Ostmitteleuropa in erster Linie das Ergebnis einer listigen Strategie der Sowjetführung war.³⁰ Gerade von diesen „Opfern des Faschismus“ (von denen viele die Kriegsjahre in der Sowjetunion verbracht hatten), diesen sozial „Ausgestoßenen“ konnte Stalin den Fanatismus, die Skrupellosigkeit und die bedingungslose Hingabe zur Durchführung seiner revolutionären Politik erwarten.³¹ Andere behaupten, dass Moskau mit Absicht Kommunisten mit jüdischem Hintergrund rekrutierte, um sie gegen ihre Kameraden von der „aufstrebenden nationalistischen Gruppe“³² auszuspielen, oder dass sie mit Absicht in deutlich sichtbare Positionen gesteckt wurden, damit man sie für die Fehler des Regimes verantwortlich machen und, wenn notwendig, Antikommunismus in Antisemitismus umleiten konnte.³³

Allerdings liegen keine überzeugenden Quellen vor, die derartige Behauptungen beweisen oder widerlegen könnten, nicht zuletzt, weil sie wohl auch jeglicher Grundlage entbehren. Stalin war geprägt von einem Verhalten, das wir heute einen Kontrollzwang nennen würden. Deshalb erscheint die Vorstellung,

29 Paul Lendvai, *Anti-Semitism without Jews. Communist Eastern Europe*, New York 1971, S. 77; Raymond Taras, „Gomulka's Rightist-Nationalist Deviation“, *the Post-War Jewish Communists and the Stalinist Reaction in Poland, 1945–50*, in: Henry Huttenbach/Gabriele Simoncini (Hrsg.), *Ethnopolitics in Poland. Special Issue of Nationalities Papers, Supplement, Vol. XXII, Nr. 1 (1994)*, S. 115.

30 Checinski, *Poland*, S. 84; Feliks Mantel, *Stosunki Polsko-żydowskie. Próba analizy*, Paris 1986, S. 11.

31 Stephen Fischer-Galati, *National Minorities in Romania, 1919–1980*, in: Peter F. Sugar/Ivo J. Lederer (Hrsg.), *Nationalism in Eastern Europe*, Seattle/London 1969, S. 193.

32 Taras, *Gomulka's Rightist-Nationalist*, S. 117 f.

33 Checinski, *Poland*, S. 62 f.

dass er Menschen mit politischer Macht ausstattete, denen er nicht vertraute, eher unwahrscheinlich. Bis zum Beweis des Gegenteils ist daher die pragmatische Erklärung am glaubhaftesten: Alle kommunistischen Regimes hatten mit einem ernsthaften Mangel an fähigem und verlässlichem Personal zu kämpfen. Alle Kommunisten wurden gebraucht, auch die meist zweisprachigen, städtischen und relativ gut gebildeten jüdischen.

Das kommunistische Regime Sowjetrusslands war das erste, das sich mit dem negativen politischen Einfluss des Mythos vom jüdischen Kommunismus auseinandersetzte. Die Kontinuität, und in gewisser Weise das Revival anti-jüdischer Einstellungen in der russischen Gesellschaft, aber auch in der kommunistischen Parteibasis und im Staatsapparat, waren die Gründe für eine Reihe von Propagandakampagnen in den 20er-Jahren. Der letzte und zugleich heftigste antisemitische Feldzug fand am Ende des Jahrzehnts statt.

Wenn die bolschewistischen Führer in der Sowjetunion sich der negativen Wirkung der Prominenz von Juden in ihren Rängen bewusst waren, so waren es die kommunistischen Eliten in Ostmitteleuropa umso mehr. Schließlich hatte die Idee vom jüdischen Kommunismus in ihren Ländern noch eine zusätzliche Dimension angenommen, nämlich die Assoziation von Juden und Kommunismus mit der Sowjetunion, der Besatzungsmacht. Allerdings ist es schwierig, allgemeine Aussagen über das Ausmaß zu treffen, in dem die antisemitische und antikommunistische Konzeption vom jüdischen Kommunismus innerparteiliches Leben, Parteipolitik und das Verhältnis zwischen Regime und Gesellschaft in Ostmitteleuropa beeinflusste. Wie in den Zwischenkriegsjahren spielte die Verbindung von Juden und Kommunismus nicht in jedem Land eine gleich wichtige Rolle, und ihre Auswirkungen auf die regierenden Parteien wechselten an Intensität. Aus offensichtlichen Gründen war der Mythos im ersten Nachkriegsjahrzehnt bedeutsamer als in der nachfolgenden Zeit. Schließlich wurden die meisten prominenten jüdischen Aktivisten in der ersten Hälfte der 50er-Jahre politisch eliminiert. Letztlich erwies es sich als schwierig, die Relevanz der Idee vom jüdischen Kommunismus als ein Motiv der Politik kommunistischer Behörden zu messen, da sie oft hinter anderen Argumenten verborgen blieb.

Insbesondere im ersten Nachkriegsjahrzehnt des Kommunismus, als Machtbasis und politische Legitimation der Partei noch schwach waren, müssen die kommunistischen Regierenden in Ostmitteleuropa sich der möglichen Nachteile der relativ großen Zahl von Juden in ihren Reihen bewusst gewesen sein. Die antijüdischen Säuberungsaktionen der späten vierziger Jahre sollten in diesem Kontext gesehen werden. Erst nachdem der Kommunismus ab 1948 etabliert war, folgten die meisten Satellitenstaaten in Ostmitteleuropa dem sowje-

tischen Beispiel und begannen politische Propaganda- und Säuberungskampagnen mit deutlich antisemitischen (oder antikosmopolitischen) Anklängen. Vom Ende der vierziger Jahre an führten alle kommunistischen Parteien massive „Säuberungs“-Kampagnen durch, um Opportunisten, Wankelmütige und andere unzuverlässige Elemente, die gegen Ende des Krieges aufgetreten waren, zu beseitigen. Juden waren in unterschiedlicher Intensität davon betroffen.

Die Motive, die den Säuberungen von jüdischen Kommunisten seit den späten 40er-Jahren zugrunde liegen, können nicht einfach durch die bloße Bezugnahme auf Antisemitismus erklärt werden. Kommunisten jüdischer Herkunft wurden Opfer stalinistischer und poststalinistischer Repression aus einer Reihe von Gründen. Die politische Eliminierung dieser jüdischen Kommunisten fand in einem Kontext statt, der weit über die antisemitischen Ideen der (post)-stalinistischen Führungen hinausging. Das Bedürfnis danach, Fehler und Versäumnisse zu vertuschen, nach Sündenböcken und Gegnern zu suchen, das Bedürfnis, politisch zu überleben, nach politischer Legitimität – all dies waren entscheidende Variablen, um parteiinterne Kämpfe und Säuberungen sowie parteiexterne Kampagnen und Propaganda zu erklären.

Außerdem gab es nach Stalins Tod allen Grund für politische, wirtschaftliche und damit verbunden auch personelle Veränderungen. Darin bestand auf jeden Fall Übereinstimmung in Moskau und in vielen Satellitenstaaten. Die regionalen und lokalen kommunistischen Regimes waren nach dem Ableben des sowjetischen Führers und durch die innerparteilichen Kämpfe im Kreml nicht nur mit einer nie dagewesenen politischen Ungewissheit konfrontiert, sondern sie mussten auch mit gewalttätigen Reaktionen als Ausdruck der öffentlichen Unzufriedenheit umgehen.

Angesichts der antijüdischen Traditionen in einigen Ländern, der mythischen Dimension des „jüdischen Internationalismus“ und der prominenten Rolle einer großen Zahl von Juden in den (frühen) kommunistischen Regimes schien Antisemitismus (als Teil der nationalistischen Matrix) den Zielen des kommunistischen Regimes besser zu dienen als die meisten anderen ideologischen Konzepte. Gezielte politische Planung ist jedoch nur Teil der Erklärung. Jüdische Kommunisten waren auch aus anderen Gründen Ziel dieser Politik. Ihre „Parteigeschichte“ machte sie besonders anfällig für stalinistische und poststalinistische Repressionen. Sie waren überdurchschnittlich präsent unter den „alten“ Kameraden, den „Spaniern“ (Angehörigen des republikanischen Lagers während des Spanischen Bürgerkrieges) und den „Westlern“, jenen Kommunisten, die sich zeitweise in Westeuropa aufgehalten hatten und oft den lokalen kommunistischen Parteien beigetreten waren.

In vielen Ländern gehörten Juden außerdem in überdurchschnittlichem Maße zu den Opfern der poststalinistischen Säuberungen. Da Kommunisten jüdischer Herkunft in den meisten exponierten und sensiblen Bereichen des stalinistischen Apparates überrepräsentiert waren, schlug sich dies auch bei der Zahl der Opfer nieder. Nur sehr wenige prominente Juden überlebten diese Säuberungsaktionen politisch. Und dies war nicht so sehr der Destalinisierung als solcher geschuldet, sondern dem noch weiter reichenden Ziel der „proportionalen nationalen Repräsentation“ – ein Euphemismus für die ethnische Säuberung der herrschenden Partei. Obwohl jüdische Kommunisten während der innerparteilichen Konflikte nach Stalins Tod auf beiden Seiten der Barrikaden standen, zog die Entstalinisierung schließlich die Niederlage der jüdischen Kommunisten als einer politischen „Generation“ nach sich. Der Großteil der alten Garde wurde entweder degradiert oder in den Ruhestand gedrängt. Viele verließen die Politik. Eine beträchtliche Minderheit wechselte zu reformistischen Positionen, aber auch dort hielten sich die meisten nur ein paar Jahre.

Die kommunistischen Regimes entwickelten nicht nur ihre eigene Lösung der „Judenfrage“, sondern auch ihre eigene Spielart des Antisemitismus. Der kommunistische Antisemitismus war einzigartig in seiner Verbindung von traditionellen christlichen antijüdischen Stimmungen und einer extremen Form von „rationalistischem“ Gedankengut (Antijudaismus, aber Befürwortung von Assimilation und Emanzipation) und spezifischen politischen Konzepten (Antizionismus und Antikosmopolitismus). Schlussendlich erfand der Kommunismus seine eigene Variante der jüdischen Weltverschwörung. Und ob der Feind nun ein „wurzelloser Kosmopolit“, ein „kapitalistischer Ausbeuter“, ein „zionistischer Verschwörer“ oder ein „jüdischer Stalinist“ war, in jedem Fall passte er in das Schema der traditionellen „Verschwörungstheorie in Geschichte, Gesellschaft und Politik“.³⁴

Es ist nicht notwendig, sich tiefer mit dem marxistischen Denken zu beschäftigen, um die ideologischen Wurzeln von Antijudaismus und Antisemitismus in der kommunistischen Ideologie zu erklären. Mit wenigen Ausnahmen gab es kaum einen Grund für jene, die der radikalen Variante des Sozialismus anhängen (bzw. dem Sozialismus als solchem), Marx' recht undifferenzierte (und für manche antisemitische³⁵) Idee in Frage zu stellen, dass das moderne Judentum als ein typisches Produkt der bürgerlichen Gesellschaft anzusehen sei und dass die soziale Emanzipation der Juden tatsächlich die Emanzipation der Gesellschaft von den Juden (oder dem Judentum) erforderlich machte. Die

34 Wistrich, *Revolutionary Jew*, S. XXIV.

35 Silberman, *Kommunisten zur Judenfrage*, S. 41; Teller, *Scapegoat*, S. 50, 137 f.

„jüdische Frage“ wurde im Wesentlichen als ephemeres Problem betrachtet (und ebenso der Antisemitismus), das innerhalb des generellen Kontextes des sozialistischen Aufbaus gelöst werden konnte.

So ambivalent Marx' selbsternannte Anhänger bezüglich der jüdischen Frage gewesen sein mochten – wenige von ihnen haben je irgendeine Form von spezifisch antijüdischen Ideen oder politischem Vorgehen geduldet oder ermutigt. Sie vernachlässigten das Thema eher. Natürlich waren antisemitische Ansichten in allen Teilen der modernen Arbeiterbewegung vorhanden – meistens „individuell“ sowohl in der Führungsebene als auch an der Basis, sporadisch auch „politisch“, in offiziellen Verlautbarungen.

Antisemitismus der Massen wurde manchmal toleriert, um nicht Teile der Basis abzuschrecken. Gelegentlich mag er stillschweigend als eine potenziell und objektiv revolutionäre Kraft akzeptiert worden sein, aber meist wurde er vernachlässigt und, mit wenigen Ausnahmen, nie in die ideologischen oder politischen Strategien der Partei integriert. Antisemitismus gehörte zur vor- und nichtmarxistischen radikalen Bewegung und, wie man hinzufügen sollte, zum Regierungskommunismus.

Eine der unbequemsten und bittersten Fragen in Bezug auf den Antisemitismus in den herrschenden kommunistischen Parteien Osteuropas war die Rolle der Kommunisten jüdischer Herkunft in der antijüdischen oder antisemitischen Politik der Regimes. Es scheint wenig Grund zu der Annahme zu geben, dass die feindselige Politik gegenüber den jüdischen Gemeinden in direktem Zusammenhang mit dem jüdischen Hintergrund einiger prominenter Kommunisten stand. Schließlich waren die meisten dieser Kommunisten wohl nur am Rande an jüdischen Fragen interessiert. Ihre Politik war prinzipiell definiert durch die generellen Prämissen des Kommunismus, die auf die Eliminierung aller Spuren traditionellen kulturellen, religiösen, politischen und wirtschaftlichen Lebens abzielten, egal ob jüdisch oder nichtjüdisch. Trotzdem ist lange ein Kausalzusammenhang zwischen der jüdischen Herkunft prominenter Kommunisten und der antijüdischen Dimension ihrer Politik als gegeben dargestellt worden. Die isolierte Position, aus der heraus diese jüdischen Kommunisten arbeiten mussten, nötigte sie fast dazu, antijüdisch zu agieren. Als „Renegaten“ waren sie von der jüdischen Gesellschaft geächtet. Eine volle Integration in eine nichtjüdische Umgebung als Kommunisten war ebenfalls unwahrscheinlich. Für die jüdischen Kommunisten verstand sich die vollständige Akzeptanz durch die anderen Parteimitglieder nicht von selbst, wie viele später erfahren mussten. Die soziale und politische Zwickmühle, in der sie sich befanden, führte nicht nur dazu, dass sie Aversionen dagegen hatten, mit Juden in Verbindung

gebracht zu werden (ihre bewusste oder unbewusste jüdische Selbstverleugnung), sie zwang sie auch, radikaler zu reagieren als notwendig.³⁶

Wenn das Konzept vom jüdischen Kommunismus überhaupt für etwas steht, dann für jene Revolutionäre jüdischer Herkunft, die in den jüdischen Abteilungen der kommunistischen Parteien und Regierungen arbeiteten. Ihre Aktivitäten waren speziell auf die jüdischen Gemeinden zugeschnitten. Sie waren tatsächlich jüdische Kommunisten – bewusst jüdisch und wahrhaft kommunistisch. Ihr Interesse an der jüdischen Frage resultierte in erster Linie aus ihrem jüdischen Hintergrund, während ihre Lösung der „Judenfrage“ auf ihrer kommunistischen Weltsicht basierte. Die (frühen) jüdischen Organisationen im kommunistischen Staat sollten nicht nur die traditionellen Institutionen und Bindungen der jüdischen Gemeinschaft schwächen, um die Juden in die neue Gesellschaft zu integrieren, sie waren auch in allerlei soziale und kulturelle Arbeit involviert (die Rekonstruktion oder Rehabilitation jüdischen Lebens). Die jüdischen Sektionen der kommunistischen Partei auf der anderen Seite hatten radikalere politische Ambitionen und zeigten entschieden mehr ideologischen Enthusiasmus. Sie bemühten sich, die Modernisierung und „Kommunisierung“ der jüdischen Gesellschaft gänzlich durchzusetzen. Im Allgemeinen jedoch hatten die beiden Organisationsarten mit überwiegend identischen Schwierigkeiten und Herausforderungen zu kämpfen, und sie würden schließlich das gleiche Schicksal haben: Verdächtigungen, Marginalität und schließlich Niederlage und Liquidierung.

Die Positionen der kommunistischen jüdischen Vertretungen und Abteilungen waren in sich ambivalent. Einerseits engagierten sie sich in Aktivitäten, die spezifisch auf die Gruppeninteressen der jüdischen Bevölkerung abzielten, aber andererseits fungierten sie auch als Instrumente der Integration der jüdischen

36 Diese Behauptung kann in vielen Studien zur Geschichte der Juden in der kommunistischen Welt gefunden werden: Baron, *The Russian Jews*, S. 204, 208; Bloch, *Judentum in der Krise*, S. 4; Brym, *The Jewish Intelligentsia*, S. 122, Anm. 13; Eugene Duschinsky, *Hungary*, in: Peter Meyer u. a., *The Jews in the Soviet Satellites*, Syracuse 1953, S. 84; *Institute of Jewish Affairs of the World Jewish Congress (Hrsg.), European Jewry Ten Years After the War. An Account of the Development and Present Status of the Decimated Jewish Communities of Europe*, New York 1956, S. 39; András Hegedüs, *Im Schatten einer Idee. Eine Befragung von Zoltán Zsille zur Vergangenheitsbewältigung eines Stalinisten*, Zürich 1986, S. 144; Aleksander Hertz, *The Jews in Polish Culture*, Evanston/Ill. 1988, S. 128 f.; J. F. Roditschew/Alfred Nossig, *Bolschewismus und Juden*, Berlin u. a. 1921 (Reprint Bremen 2005), S. 29; Prager/Telushkin, *Why the Jews?*, S. 61; Jean Paul Sartre, *Anti-Semite and Jew*, London 1976, S. 92, 94 f.; Wistrich, *Revolutionary Jew*, S. 9; Wolfe, *Remember to Dream*, S. 346.

Gemeinden im kommunistischen Parteienstaat. Offensichtlich stimmten in den Augen der kommunistischen Autoritäten beide Ziele überein. Vollständige Integration wurde als im Interesse der jüdischen Bevölkerung liegend angesehen; sie würde letztlich vollständige Kontrolle bedeuten. Deshalb waren die jüdischen Organisationen der kommunistischen Partei und des Staates per definitionem temporäre Einrichtungen. In der Tat würden sie, je erfolgreicher sie waren, desto weniger benötigt. Viele der jüdischen Kommunisten, die in den jüdischen Abteilungen von Partei und Staat arbeiteten, hatten allerdings weniger eindimensionale Ansichten über das Verhältnis zwischen dem Aufbau des Kommunismus und der Integration der jüdischen Gemeinden. Sie glaubten an die Schaffung einer neuen Gesellschaft und an die „Modernisierung“ ihrer jüdischen Kameraden unter Beibehaltung einer jüdischen Identität. Durch diese Option zogen sie den stetig steigenden Argwohn ihrer nichtjüdischen Genossen auf sich.

„Erbauer“ und „Opfer“

Die ambivalenten, wenn nicht gar widersprüchlichen Absichten der kommunistischen jüdischen Organisationen während der ersten Jahre kommunistischer Herrschaft schufen erhebliche Risiken für die involvierten jüdischen Aktivisten. Viele von ihnen würden schließlich mit politischem Versagen und persönlicher Tragödie konfrontiert sein. *Nasza Wladza*, unsere Macht: So sahen viele Kommunisten jüdischer Herkunft das neue Nachkriegsregime in Polen. Dasselbe kommunistische Regime, das ihnen zumindest so etwas Ähnliches wie Emanzipation und Assimilation möglich gemacht hatte, in das sie ihre Hoffnungen gesetzt hatten, stieß sie kalt beiseite, als es die Notwendigkeit sah und die Möglichkeit hatte – weniger als ein Jahrzehnt nach seiner Etablierung.

Und tatsächlich stand das Schlimmste noch bevor: Das Jahr 1968 wurde zu ihrer „totalen“, ihrer „existenziellen Niederlage“, wie Schatz über die jüdischen Kommunisten in Polen schreibt: „Das plötzliche Abrutschen auf der sozialen Leiter, der Bankrott ihrer moralischen, ideologischen und politischen Lebensinvestitionen und schließlich ihre erzwungene Emigration.“³⁷

Der Werdegang ihrer jüdischen Genossen in anderen Ländern mag etwas weniger dramatisch gewesen sein, aber er war nicht grundsätzlich anders. Sie alle teilten dieselbe traumatische Erfahrung. Gegen die Denunziationen und

37 Schatz, *The Generation*, S. 308.

die Stigmatisierung durch ihre ehemaligen Genossen war keine Verteidigung möglich. Sie waren nicht nur „die triumphalen Erbauer“ des Kommunismus, sondern auch letztlich die „Opfer seines Zorns“.³⁸

Die auffällige und manchmal überproportionale Rolle, die Juden in vielen kommunistischen Regimes Ostmitteleuropas spielten, blieb beschränkt auf eine relativ kurze, wenn auch entscheidende Ära: die Anfangsjahre des Kommunismus, das stalinistische Jahrzehnt. Es gibt eine bemerkenswerte Verbindung zwischen jüdischem Kommunismus und stalinistischer Macht. Nicht in dem Sinne, dass Kommunisten jüdischer Herkunft in erster Linie verantwortlich für die stalinistische Macht waren, und noch weniger in dem Sinne, dass Stalinismus als jüdische Macht identifiziert werden kann, sondern eher in Bezug auf die einfache, empirische Tatsache, dass Kommunisten jüdischer Herkunft zu keiner anderen Zeit eine exponiertere Rolle in den kommunistischen Regimes Ostmitteleuropas spielten als während der Stalinära.

Die jüdischen Gemeinden in Ostmitteleuropa sind auf einen absoluten historischen Tiefstand zusammengeschrumpft. So sehr die Bürde der Geschichte auf den verbliebenen Juden der Region lastet – der Zusammenbruch des Kommunismus hatte auf sie wahrscheinlich weniger Auswirkungen als auf andere nationale oder ethnische Minderheitengruppen.³⁹ Schon vor dem Zusammenbruch der kommunistischen Regimes hatten Juden oft einen legalen Fluchtweg bzw. ein „Sicherheitsventil“: die Emigration nach Israel. In den meisten Ländern hatte die „jüdische Frage“ bereits vor dem kommunistischen Zusammenbruch den Großteil ihrer Signifikanz verloren. Jüdische Gemeinden gewannen zunehmend Handlungsspielräume, auch weil sich die bestehenden Tabus allmählich aufzulösen begannen.

Die postkommunistische Zeit hielt neue Gefahren bereit, und Juden bekamen all ihre ungünstigen und ambivalenten Auswirkungen zu spüren. Die politische Demokratisierung schuf die nötigen Voraussetzungen für das Wiedererstehen jüdischen Lebens. Das war die Grunderfordernis für den Erhalt einer kollektiven Identität, die über das Bewusstsein einer bloßen Schicksalsgemeinschaft hinausging. Allerdings verliehen der Zerfall des autoritären Parteienstaates und der Aufschwung des politischen Pluralismus dem Antisemitismus eine radikal neue Dimension. Die Demokratie beendete staatliche Diskriminierung, bot aber auch reichlich Raum für offen geäußerte antijüdische Einstellungen.

38 Ebenda, S.1.

39 Siehe die frühe Analyse von Zvi Gitelman, *Soviet Jewry in Transition*, in: *Soviet Jewish Affairs* 19 (1989) 2, S. 3–13.

Die antisemitischen Vorfälle in Ostmitteleuropa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus mögen in den dortigen, teilweise noch fragilen Demokratien anderes widerspiegeln als in etablierten demokratischen Ländern, aber die Unterschiede sind nicht überzubewerten. Die Vorfälle unterscheiden sich nicht wirklich von denen in Westeuropa: Schändung von Grabsteinen und Gebetsorten, Vandalismus an jüdischem Eigentum und Gedenkorten, Störung von Versammlungen, Verbreitung antisemitischer Flugblätter und Literatur und antisemitische Äußerungen von Politikern und Intellektuellen. Angesichts des enormen Wandels, den die ostmitteleuropäischen Länder erlebten, und der dramatischen Auswirkungen, die dieser auf das tägliche Leben der meisten Menschen hatte, mag der Fakt, dass einige von ihnen auf antijüdischer Paranoia beharren, unerfreulich sein, doch ist er weder überraschend noch besonders gefährlich. Ein polnischer Witz, den man sich kurz nach der Etablierung der ersten nichtkommunistischen Regierung erzählte, beschreibt es so: „Es gibt kaum noch Juden in Polen, aber warum müssen sie alle in der Regierung sein?“ Die Obsession, mit der auf jüdische Omnipräsenz und Omnipotenz (der Mythos vom „verborgenen“ Juden) Bezug genommen wird, zeigt ein klassisches antijüdisches Vorurteil: Die Art und Weise, in der Juden Macht erlangen oder ausüben, sei ausschließlich auf ihr Judentum zurückzuführen, unabhängig von ihrer jeweiligen Nationalität. Dieses Vorurteil war auch Grundlage des Mythos vom jüdischen Kommunismus. „Was wir derzeit in Polen erleben“, beobachtete der Journalist Konstanty Gebert kurz nach den Präsidentschaftswahlen in Polen 1990, „ist kein Massenantisemitismus, sondern Massentolerierung von Antisemitismus“.⁴⁰

Dies scheint eine nützliche Differenzierung zu sein, nicht um die Signifikanz des Antisemitismus in Polen herunterzuspielen, sondern um die Diskrepanz zwischen dem bemerkenswerten Ausmaß antijüdischer Vorurteile in der Gesellschaft und der marginalen Rolle, die sie in der Politik spielen, zu erklären. Extreme nationalistische Kräfte zeigten ebenso wie gemäßigte Politiker antijüdische Ideen oder Einstellungen. Unter den Ersteren waren sie Teil ihrer politischen Weltanschauung, für die Letzteren waren sie in erster Linie ein taktisches politisches Instrument. Offenbar begriffen Extremisten und andere Politiker, dass der gängige Antisemitismus nach wie vor politisch ausgenutzt werden konnte, wenn auch vorsichtig und indirekt. Die Begriffe Juden und Jüdischsein waren regelmäßig verwendete Attribute, die gegen Politiker und politische

40 Konstanty Gebert, *Anti-Semitism in the 1990 Polish Presidential Election*, in: *Social Research* 58 (1991) 4, S. 723–758, hier S. 727.

Parteien gerichtet wurden, die wenig mit dem Judentum gemein hatten, aber damit identifiziert wurden, um Widerspruch und Missbilligung auszudrücken. Sie waren „politische Juden“ – eine unverzichtbare Kategorie in einer Region, in der wenige „echte“ Juden übrig geblieben sind.

Antisemitische Argumentationen wurden außerdem meist implizit gebraucht. Politiker erklärten sich zu „wahren Polen“ oder „wahren Ungarn“. Die Tatsache, dass sie nicht in einer expliziten Form gebraucht wurden, bestätigt den Fakt, dass öffentlich zum Ausdruck gebrachter Antisemitismus in der gemäßigten ostmitteleuropäischen Politik praktisch delegitimiert worden war. Offen antisemitische Gruppen sind marginal und politisch weitgehend irrelevant geblieben. Für die meisten dieser Organisationen ist der Antisemitismus lediglich Teil ihres ideologischen Gepäcks, und in der Regel nicht der wichtigste. Schließlich mögen prominente Politiker nicht immer den Mut oder Willen gehabt haben, sich unmissverständlich vom politischen Gebrauch des Antisemitismus zu distanzieren, aber es hat im postkommunistischen Ostmitteleuropa bislang keine staatliche antijüdische Politik gegeben. Die „jüdische Frage“ hat ihre politische Brisanz verloren. Wenn sie überhaupt überlebt hat, ist sie nun in erster Linie eine historische Frage, ein historisches Thema mit starken moralischen Konnotationen.

Der Kommunismus ist vergangen, ebenso die meisten der politischen Emotionen, Kontroversen und Polemiken, die er hervorrief. Jüdischer Kommunismus ist Geschichte – in seiner mythischen und seiner realen Dimension. Er ist endlich dort, wo er hingehört: im Bereich professioneller Geschichtsschreibung. Er mag nach wie vor Kontroversen und Dispute auslösen, aber es sind wenig Gründe übriggeblieben, ihn als das „Strandgut“, das „Findelkind“ zu meiden, als die ihn einst Jacob L. Talmon betrachtet hat.

Übersetzung aus dem Englischen von Claudia Curio.

Hannah Arendts „Eichmann in Jerusalem“ und der Antisemitismus

Adolf Eichmanns Verhaftung in Argentinien am 11. Mai 1960 durch den israelischen Geheimdienst erregte weltweites Aufsehen. Der im folgenden Jahr gegen den ehemaligen „Deportationsspezialisten“ eröffnete Prozess wurde international aufmerksam verfolgt. Dieses Interesse an der Person Eichmann ist bis heute nicht abgerissen. Wer war Eichmann und was hatte ihn veranlasst, die Vernichtung der europäischen Juden mit zu organisieren? Bei den Versuchen, diese Fragen zu beantworten, stehen sich zwei diametral entgegengesetzte Erklärungen gegenüber. Den einen – und dieser Blick war insbesondere durch den israelischen Anklagevertreter Gideon Hausner repräsentiert – gilt Eichmann als skrupelloser, fanatischer Antisemit, der sich aus hasserfülltem Eifer den Deportationen widmete. Den anderen erscheint Eichmann als der gewissenlose, sich durch sklavischen Befehlsgehorsam auszeichnende Bürokrat, der nicht aus originär antisemitischen Motiven heraus handelte. Für letztere Sicht steht auch – meines Erachtens zu Unrecht – Hannah Arendts Prozessbericht *Eichmann in Jerusalem*.¹

Arendts Bericht löste damals eine große Kontroverse aus, die sich bis in die heutige Zeit auswirkt. Vorgeworfen wurde und wird ihr, sie habe das Bild eines einfachen Bürokraten gezeichnet, der nichts weiter tat, als auf Befehle seiner Vorgesetzten zu warten, um sie dann geflissentlich auszuführen.² Interessanterweise bestimmt ihr Porträt Eichmanns, trotz der massiven Kritik an

- 1 Der Bericht über den Eichmann-Prozess erschien zunächst 1963 als Artikelserie in der Zeitschrift *The New Yorker*, dann in veränderter Fassung unter dem Titel: Eichmann in Jerusalem. A Report on the Banality of Evil, ebenfalls 1963 in dem amerikanischen Verlag Viking. Ein Jahr darauf wurde die deutsche Übersetzung von Arendts „Hausverlag“ Piper gedruckt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964. Dieser Beitrag basiert auf der 8. Auflage, erschienen München 1992.
- 2 Yaacov Lozowick, Hitlers Bürokraten. Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen, Zürich 2000. Hans Mommsen, Zur Einführung, in: Irmtud Wojak, Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay, Frankfurt a. M./New York 2001.

ihrer Interpretation, das heutige Denken über ihn bzw. über die Schreibtischtäter im Nationalsozialismus – auch wenn dieses Bild mit Arendts Entwurf nicht mehr viel gemein hat. Sie hat eine sehr viel differenziertere, radikalere und kritischere Interpretation des „neuen Verbrechertypus“ entwickelt, als allgemein behauptet wird.

Ob nun Befehlsempfänger oder Initiativtäter, gehorchender Bürokrat oder aktiv Handelnder – eindeutig bei Arendt ist, dass sie antisemitischen Fanatismus als Erklärung für die Motivation Eichmanns kategorisch ausschloss. Grundlage von Eichmanns Handeln war, so ihre Überzeugung, weder anti-jüdisches Ressentiment noch judenfeindliche Ideologie. An diesem Punkt zeigt sich eine Diskrepanz zu ihrem früheren Werk. Hatte sie in ihrer Studie über die totale Herrschaft aus den fünfziger Jahren noch die ungeheure Dynamik und Kraft antisemitischer Ideologie betont, die erst die ganze Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt habe,³ so scheint sie sich in ihrem Prozessbericht von ihrer früheren Überzeugung gelöst zu haben. In *Eichmann in Jerusalem* wird nun vielmehr die völlige Funktionslosigkeit antisemitischen Denkens hervorgehoben. Auf den ersten Blick widerspricht diese Einschätzung grundlegend ihren früheren Betrachtungen über die ungeheure Kraft des Antisemitismus.

Dieser Widerspruch besteht nicht. Denn in dem Bericht *Eichmann in Jerusalem* werden die Überlegungen aus *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* weiterentwickelt, ja Arendt radikalisiert jene Aspekte geradezu, von denen kaum jemand eine Radikalisierung vermuten würde: ihre theoretischen und durch Empirie gesättigten Reflexionen über den modernen Antisemitismus und dessen ideologische Aufladung Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts.

Denken des Bruchs

Das große erste Kapitel von Hannah Arendts Werk *Elemente und Ursprünge*, das Kapitel über den modernen europäischen Antisemitismus, ist dem Leser nur schwer zugänglich. Es ist voller Brüche, eine chronologische Abfolge zusammenhängender historischer Ereignisse ist nicht erkennbar. Arendt führt den Leser auf Nebenpfade der großen Geschichte, sodass man sich des Öfteren verwundert nach der Bedeutung dieser angesichts des Holocaust so nebensächlich

3 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus. Imperialismus. Totale Herrschaft*, München 1991, S. 25.

erscheinenden Geschichten fragt. Aber Arendt hat ihre Geschichte des Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz so scheinbar unsystematisch verfasst.⁴ Ausgangspunkt ihres Denkens ist das Wissen um die Vernichtung der europäischen Juden. Als sie 1942 in ihrem New Yorker Exil von Auschwitz erfuhr, war es ihr, „als ob der Abgrund sich öffnet“.⁵ Ihr spontanes Gefühl, dass die Vernichtungslager „anders gewesen“⁶ seien, sucht sie später theoretisch zu fassen. Der Abgrund steht als Bild für das vollkommen Unerwartete und Neue, für das, was sie geschichtsphilosophisch als den Bruch in der Geschichte der Menschheit bezeichnen wird, der alles, Vergangenes wie Zukünftiges berührt. Die Todesfabriken brechen mit allen europäischen Traditionen, „den guten wie den schlechten“.⁷ Mit dem Verwaltungsmassenmord ist für Arendt etwas vollkommen Unerwartetes, etwas absolut Neues in die Welt getreten. Er hat die Kontinuität der Geschichte zerstört.

Diese Überzeugung setzt sie methodisch in ein „Denken in Brüchen“ um. Ihr Zugriff auf den modernen Antisemitismus bleibt so ein fragmentarischer, einer, der ein einzelnes Phänomen genauer in Augenschein nimmt, um dann zum nächsten überzuwechseln. Damit wird der Bruch sowohl zum Ausgangspunkt der Arendtschen Überlegungen als auch zur eigenen Methode. Gleichwohl lässt sich in dieser scheinbar zerstückelten Geschichte *eine* Geschichte herauslesen: Es ist die Geschichte einer sukzessiven inhaltlichen Entleerung des modernen Antisemitismus bei gleichzeitiger Radikalisierung seiner allgemeinen Elemente.

Der Beginn des modernen Antisemitismus gründet in realen gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten des ausgehenden achtzehnten und beginnenden neunzehnten Jahrhunderts. Er ist noch an Erfahrungen zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft gebunden. Die zweite Phase setzt Arendt zeitlich in das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts, als der Antisemitismus zu einer politischen Bewegung wird. Er wird zum politischen Kampfmittel und abstrahiert insofern von konkreten Erfahrungen zwischen Juden und Mehrheitsgesellschaft. Die darauf folgende Phase setzt mit der rassenbiologischen Ideologisierung des Antisemitismus ein. Als Rassismus ist er endgültig und widersteht

4 Siehe z. B. Seyla Benhabib, Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne, Berlin 1998, S. 113.

5 Fernsehgespräch mit Günter Gaus, in: Hannah Arendt, Ich will verstehen, Selbstauskünfte zu Leben und Werken, hrsg. von Ursula Ludz, München 21997, S. 59.

6 Ebenda.

7 Hannah Arendt, Das deutsche Problem, in: dies., Zur Zeit. Politische Essays, München 1989, S. 27.

jeder Argumentation, er lässt Juden kein Entkommen mehr. Der Antisemitismus ist von der Erfahrung entkoppelt. Diese Phase ist der entscheidende Übergang zu einem Antisemitismus, der zur totalitären Ideologie wird. Die vierte Phase beginnt mit dem Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Etablierung. Der Antisemitismus drückt hier die ganze Krise der modernen Gesellschaft und ihrer Mitglieder aus. Jetzt reagiert er auf die Erfahrungen einer modernen Massengesellschaft – aber nicht mehr auf die Erfahrung mit seinen prospektiven Opfern; von denen ist er vollkommen abstrahiert. Willkür und letztlich Austauschbarkeit der ideologischen Inhalte herrschen hier vor. Mit dem Beginn der Massenvernichtung hat der Antisemitismus in der Interpretation Arendts jegliche Verbindung zur realen Situation der jüdischen Bevölkerung, zu ihrem Denken, Handeln oder zu ihrer gesellschaftlichen Stellung vollends verloren. An dieser Phase lässt sich eine komplette Umkehrung des Verhältnisses von Ideologie und Realität ablesen: Die Ideologie des Antisemitismus ist nun selbst zur Realität geworden.

An Erfahrungen gebundener Antisemitismus

Die scharfe Trennung zwischen einer politischen und gesellschaftlichen Sphäre, die Arendts gesamte politische Theorie durchzieht, prägt ihren Begriff des modernen Antisemitismus. Auch hier unterscheidet sie streng zwischen einer politisch und einer gesellschaftlich bedingten vorurteilbeladenen Meinung gegenüber Juden. Beides sind Erscheinungsformen des modernen Antisemitismus, den Arendt unmittelbar mit den Diskussionen um die politische und rechtliche Emanzipation der Juden verknüpft.

Innerhalb der Auseinandersetzungen um die allgemeine politische und rechtliche Gleichstellung aller Bürger erhalten Juden von vornherein eine Sonderstellung – und hier verortet Arendt den Ursprung des politischen Antisemitismus. In der Phase der widersprüchlichen politischen Emanzipation seien es nicht so sehr die antijüdischen Vorurteile, welche die Emanzipation von Juden verzögern, sondern die „Vorrechte und Privilegien, die einzelne Juden lange vor der Emanzipation genossen“⁸ – damit spielt Arendt auf die Rolle des Hofjudentums des 17. und 18. Jahrhunderts an. Der Ausnahmeposition von Juden und ihrem besonderen Verhältnis zum Staat steht nach Arendt die durch den Nationalstaat vollzogene Trennung zwischen Staat und Gesellschaft entgegen. Solange

8 Arendt, *Elemente*, S. 38.

Juden eine „Nation in der Nation“⁹ bildeten, erstarke Arendts Schriften zufolge der politische Antisemitismus. Er richtet sich gegen die politische Emanzipation einer außerhalb der Gesellschaft stehenden Gruppe, ist also ganz konkret gegen die Gleichberechtigung von Juden als Juden, von Juden als Besondere gewendet.

Der gesellschaftliche Antisemitismus hat seinen Ursprung in dem Phänomen, das Arendt als den „Aufstieg des Gesellschaftlichen“¹⁰ kennzeichnen sollte. Während sie die politische Sphäre immer als die Sphäre der Differenz, der Pluralität und der Kontingenz versteht, kennzeichnet sie die Gesellschaft als den Ort des Gleichmachens, an dem sich niemand in seiner Individualität und Einzigartigkeit zeigen kann. „Das Gesellschaftliche“ steht also bei Arendt für Angleichung, Entdifferenzierung und Normierungszwang und findet dann in den Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts seinen adäquaten Ausdruck. Der gesellschaftliche Antisemitismus drückt eine Atmosphäre aus, in der nichts Fremdes ertragen und geduldet werden kann; er setzt Juden unter einen Assimilierungszwang.¹¹ Denn die Diskussionen um die politische Emanzipation lassen Forderungen nach einer gesellschaftlichen Assimilation entstehen. Das politische Ziel, die politische Gleichberechtigung aller im Staat lebenden Menschen, trägt damit nicht mehr seinen Sinn in sich, sondern scheint nur dann erstrebenswert zu sein, wenn sich die Minderheit den Sitten, Lebensstilen, Gewohnheiten und Denkweisen der Mehrheit anpasst. Dass Juden in der Mehrheitsgesellschaft aufgehen werden, gilt als Ziel der politischen und rechtlichen Gleichstellung.¹²

Gesellschaftlicher wie politischer Antisemitismus gründen bei Arendt damit in realen gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und individuellen Unterschieden zwischen Juden und Nicht-Juden und der damit in Konflikt geratenen Entwicklung im 19. Jahrhundert, alle Unterschiede zu nivellieren und anzugleichen oder, wie sich im weiteren geschichtlichen Verlauf zeigen sollte, als krankhaft zu brandmarken und dann auszurotten. Arendt bindet also den Ursprung des modernen Antisemitismus an konkrete erfahrbare Konflikte zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft.

9 Ebenda.

10 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 91997, S. 50, 70.

11 Vgl. dazu auch: Detlev Claussen, *Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus*, überarb. Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1994, S. 45 f.

12 Arendt, *Elemente*, S. 109 ff.

Beginnende Abstraktion

Aus dem gesellschaftlichen Antisemitismus erwächst Arendt zufolge die starre Vorstellung über einen bestimmten, unveränderlichen, allgemeinen „jüdischen Typus“. Sie zeigt anhand der französischen Adelsgesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts, wie die adligen Kreise die Juden begeistert in ihre Gesellschaft aufnehmen – jedoch nur als Ausnahmen, als Besondere. Das Fatale an dieser ambivalenten Aufnahme in die Kreise des Adels sieht Arendt darin begründet, dass nun die Vorstellung eines bestimmten „jüdischen Typus“, eine Vorstellung einer besonderen „Jüdischkeit“ entsteht. Die Entwicklung vom „Judentum zur Jüdischkeit“,¹³ einer immer abstrakter werdenden Vorstellung vom „Juden an sich“, zeigt die außerordentliche Relevanz des gesellschaftlichen Antisemitismus: Hier können die ersten entscheidenden Elemente eines identifizierenden, Juden zurichtenden Denkens ausgemacht werden, das bereits totalitäre Elemente enthält, weil ein von Erfahrungen immer unabhängigeres Bild „vom Juden überhaupt, vom Juden überall und nirgends“¹⁴ entsteht.

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wird der Antisemitismus als politisches Kampfmittel entdeckt. Und hier kann die Radikalisierung des politischen Antisemitismus festgemacht werden. Arendt zeigt anhand des Programms der Antisemitenparteien, dass nun der politische Antisemitismus sich davon entfernt, nur noch die politische Emanzipation der Juden anzugreifen. Die Antisemitenparteien verstehen sich Arendt zufolge von Anbeginn an nicht als eine Partei unter den Parteien, sondern als Partei, die über den anderen Parteien steht. In dieser Supranationalität seien sie gegen den Nationalstaat als Ganzen gerichtet und hätten insofern eine der konkreten Judenfeindschaft übergeordnete Zielsetzung. Der Antisemitismus wird nun Mittel zum Zweck, der mehr einschließt als eine konkrete Feindschaft gegen Juden. Bei diesem Abstraktionsgrad hebt Arendt die Trennung zwischen gesellschaftlichem und politischem Antisemitismus auf, und das erweist sich als erneute Radikalisierung, als weitere Verallgemeinerung der Konflikte, die über die antijüdischen Meinungen ausgetragen werden bei der gleichzeitigen sukzessiven Auflösung des Besonderen im Antisemitismus.

An Arendts Deutung des französischen Justizskandals um den jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus lässt sich dieser neue Abstraktionsgrad zeigen. Der

13 Ebenda, S. 128.

14 Ebenda, S. 122.

Prozess gegen Dreyfus im Frankreich der Jahrhundertwende war begleitet von einer groß angelegten antisemitischen Hetzkampagne und zahllosen antisemitischen Ausschreitungen. Dabei kann die Organisation der Ausschreitungen, die instrumentelle Dimension des Antisemitismus als Weiterführung der Charakterisierung des politischen Antisemitismus angesehen werden, die konkreten Ausschreitungen des „Mobs“ – ein Begriff, den Arendt hier neu einführt – als die Fortführung ihrer Gedanken zum gesellschaftlichen Antisemitismus. Über den Antisemitismus soll die Republik im Ganzen bekämpft werden. Die starren Vorurteile und Denkschemata über Juden sind hier eindeutig Mittel zum Zweck geworden und abstrahieren damit von der konkreten Gruppe der Juden. Die Ungerechtigkeit des Prozesses gegen Dreyfus stellt universale Prinzipien von Gerechtigkeit in Frage, in ihr drückte sich der Hass auf die gesamte politische und gesellschaftliche Verfasstheit einer Nation aus. Der politische Antisemitismus wird gegen die Republik als Instrument eingesetzt; er erweist sich als fähig und kraftvoll genug, den Mob auf die Straße zu bringen. Die durch die diversen Finanzskandale der französischen Republik deklassierten Menschen lassen sich zu Ausschreitungen gegen Juden leicht aufhetzen, weil sie an diesen ihr eigenes Schicksal entdecken und verachten: Sie stehen am Rande der Gesellschaft. Beide Formen des Antisemitismus unterstützen sich nun wechselseitig: Der politisch geprägte liefert den instrumentellen Zugriff und die Verachtung gegenüber der Republik, der gesellschaftliche Antisemitismus drückt sich im Fanatismus des Mobs aus und stellt die ideologischen Grundlagen zur Verfügung. Beide gehen nun eine Symbiose ein.

Der französische Antisemitismus zeigt die umfassende Krise der politischen und gesellschaftlichen Ordnung; er verweist auf die grundlegenden Probleme, welche die gesamte Gesellschaft betreffen: Seine Bedeutung liege, so Arendt, darin, „daß hier zum ersten Male die Judenfrage sich als ein Kristallisationspunkt für alle anderen politischen Fragen der Zeit erweist“.¹⁵ Der Antisemitismus drückt die umfassende Krise aus und treibt diese gleichzeitig weiter voran, er ist Symptom und Ursache des Niedergangs des Nationalstaats und seiner jeweiligen Gesellschaft. Darin zeigt sich seine Radikalisierung: Er wird immer umfassender, d. h. er geht nun eindeutig darüber hinaus, Ausdruck eines Konflikts zwischen Juden und Nicht-Juden zu sein. Er schließt immer mehr ein und erweist sich als durchaus fähig, den konkreten Bedürfnissen der Menschen in einer krisengeschüttelten Zeit entgegenzukommen – und auch das heißt mehr, als ihre Ressentiments gegen eine konkrete Gruppe widerzuspiegeln.

15 Ebenda S. 95.

Ideologisierung des Antisemitismus: Entkoppelung von Erfahrung

Arendts Studie über die Ursachen und Folgen des Imperialismus¹⁶ enthält eine nochmalige Abstraktion und Radikalisierung der Elemente des Antisemitismus. Entscheidend für die antijüdischen Überzeugungen ist deren rassenbiologische Aufladung im Imperialismus. Der überseeische Imperialismus bringt den Rassismus, die Überzeugung, die Welt lasse sich in „Unter- und Herrenrassen“ aufteilen, nach Europa. Er dient als Mittel der Herrschaftslegitimation, um die grenzenlosen Aneignungen fremden Gebietes der Europäer zu rechtfertigen. Maßgebend für den innereuropäischen Antisemitismus wird der Rassismus insofern, als er ihn biologistisch auflädt. Arendt geht dieser Entwicklung in der Auseinandersetzung um die völkischen Panbewegungen nach. In diesen Bewegungen werden auf der Grundlage biologistischen Denkens ein Volk und ein Gegenvolk konstruiert. Qua Geburt soll man nun einem bestimmten, in seinen Charaktereigenschaften determinierten Volk angehören. Dieses Denken lässt Juden kein Entkommen mehr, es ist unabhängig von Erfahrung, es richtet Menschen zu, indem es sie in ein festes Schema presst. Dieser biologistisch begründete Antisemitismus wird für Juden immer ausschließlicher, er versperrt die Möglichkeit der Taufe oder der sozial-kulturellen Assimilation, weil die Geburt bereits den Menschen festlegen soll. Der rassistische Antisemitismus ist ebenso wie der (biologisch begründete) Rassismus vopolitisch und vorgesellschaftlich. Die Biologisierung von Unterschieden, die vormals religiös begründet waren, schließt nun endgültig jegliche Verknüpfung von individuellen oder kollektiven Einstellungen mit Erfahrungen, jeden Rückgriff auf gesellschaftliche Wirklichkeit kategorisch aus. Denn jetzt sind Handeln, Verhalten sowie die gesellschaftliche und politische Stellung von Juden irrelevant für die vorverurteilenden Ansichten über sie geworden.

Auf diesen Wirklichkeitsverlust der antisemitischen Wahnnidee weist auch der Begriff der „Ideologie“ hin, den Arendt zum ersten Mal im Zusammenhang mit der rassistischen Transformation des Antisemitismus verwendet. Der Begriff der Ideologie zeigt eine weitere Stufe der Radikalisierung. Denn Ideologie meint bei Arendt mehr als den einfachen Ausdruck von Vorurteilen. Ideologisches „Denken“ meint vielmehr ein in sich konsistentes Ganzes, das nichts neben sich dulden kann; es schließt jeden irritierenden Gedanken aus, erträgt nichts Fremdes. Diese neue Form des (Nicht-)Denkens erhebt den Anspruch, die unsichtbaren Gesetze menschlichen Lebens erkannt zu haben, sie tritt mit

16 Ebenda S. 207–470.

der Gewissheit auf, jedes Ereignis der Geschichte aus ihren Annahmen erklären zu können. In diesem Sinne notiert Arendt über den Begriff der „Ideologie“ in einem Vorlesungsmanuskript: „The fundamental experience behind ideol.: that what we see and the world we live in is ruled by secret forces; the ideologies always have the key to History i. e. to the secret behind official history.“¹⁷ Die rassistischen und völkischen Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts treten als Weltanschauungsideologien auf. Sie geben vor, den Schlüssel zur Welterklärung in den Händen zu halten, und ordnen ihr jedes Ereignis, jeden Konflikt und jede gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung unter.¹⁸ Ideologie ersetzt das Denken, schafft es ab und subsumiert alles unter die vorgefertigten Erklärungsmuster. Den Beginn dieses schematischen Denkens macht Arendt bei den völkischen Bewegungen aus. Voll ausgebildet ist das ideologische Denksystem als eine bestimmte Denkform in der totalen Herrschaft.

Das politisch Neue am Imperialismus, und hier lassen sich wieder Elemente des politischen Antisemitismus entdecken, ist für Arendt die Vorstellung einer Gesellschaft, deren ordnungsleitende Strukturprinzipien auf einer rassistischen Hierarchisierung der Menschen basieren. Arendts Analyse zufolge impliziert der völkische Antisemitismus, wenn auch noch in sehr abgeschwächter Form, eine Vorstellung von Bevölkerungspolitik, in der Menschen zum Planungsmaterial werden. Dieser Irrglaube an eine Möglichkeit, Gesellschaften auf rassistischer Grundlage herstellen zu können, wird nach Arendt zum Politik und Mentalität strukturierenden Prinzip und verändert den Antisemitismus grundlegend.

Antisemitismus in der totalen Herrschaft

Auch wenn es zunächst einmal zu Arendts eigenen Aussagen über die zentrale Funktion¹⁹ des Antisemitismus für die Etablierung der nationalsozialistischen

17 Hannah Arendt Archiv Oldenburg, Courses. University of California, Ideologies, seminar, 1955, 46.6.

18 Arendt, Elemente, S. 267.

19 Siehe Hannah Arendt, Antisemitismus und faschistische Internationale, in: dies., Nach Auschwitz. Essays und Kommentare, hrsg. v. Eike Geisel/Klaus Bittermann, Berlin 1989, S. 31. Siehe auch die Beurteilung einer undatierten Skizze, die Arendt wahrscheinlich für *Elemente und Ursprünge* angelegt hat. Dort schreibt sie: „Antisemitism has turned out to be the most efficient non-military weapon of National-Socialism.“ Hannah Arendt Archiv Oldenburg. Outlines and research memoranda, 76.5.

Bewegung widersprüchlich erscheint, kann hier von einem Sich-Auflösen der antisemitischen Ideologie in einem universellen ideologischen Konzept gesprochen werden, in dem der Antisemitismus umfassender und ausschließlicher wird. Arendt wendet sich, für die Zeit der totalen Herrschaft, primär den Trägern antisemitischer Ideologie zu. Bereits an der Verschiebung des Gegenstandes ihrer Auseinandersetzung lässt sich somit die These weiterverfolgen, dass der Antisemitismus sich nach und nach von realen innergesellschaftlichen Konflikten löst und auf allgemeinere Konflikte der Gesellschaften und ihrer Individuen verweist. Denn nun hat er eine Abstraktionsebene erreicht, die den desaströsen Verfall der Gesellschaft bezeugt und Rückschlüsse auf die vorurteil-beladenen bzw. nur noch in ideologischen Denkformen verhafteten Menschen zulässt. Arendt entfaltet an dieser Stelle systematisch den Begriff der *Masse*, unter dem sowohl die Führerschaft als auch die Gefolgsleute vereinigt werden.²⁰

Arendts Analyse der modernen Masse erweist sich als zentral, um die These der zunehmenden Radikalisierung des Antisemitismus weiterzuerfolgen. Im Gegensatz zum Mob zeichnet sich die Masse durch ihre absolute Interessenlosigkeit aus, die nach Arendt auch ein Desinteresse an sich selbst mit einschließt. Die Masse ist an nichts, weder an irgendwelche Überzeugung noch an Menschen, gebunden; die einzelnen in ihr aufgehenden Menschen sind voneinander ebenso getrennt wie von sich selbst. Der Massenmensch ist atomisiert, verlassen, vereinzelt. Die Vermassung der Individuen wird Arendt zufolge hervorgerufen durch die aus den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen hervorgerufene Weltlosigkeit der Menschen. Diese seien nicht mehr im Stande, einen Platz in dieser Welt zu finden.²¹ Der Begriff der „Welt“ schließt bei Hannah Arendt das den Menschen Gemeinsame ein, das, was im freien politischen Handeln zwischen den Menschen entsteht, einschließlich der Sphäre des menschlichen Sprechens und Handelns. Der Begriff ist demnach unabdingbar mit der Pluralität der Perspektiven verbunden, ohne die auch die „Welt“ verschwinden würde. Genau diese Pluralität der Perspektiven hat jedoch im ideologischen Schlussfolgern keinen Platz. Der Verlust von „Welt“ ist bei Arendt gleichbedeutend mit dem einsamen Auf-sich-Zurückgeworfensein des Individuums.²²

20 Arendt, *Elemente*, S. 499 ff.

21 Zum Begriff der Weltlosigkeit vgl. Frank Hermeu, *Urteilkraft als politisches Vermögen. Zu Hannah Arendts Theorie der Urteilkraft*, Lüneburg 1999, S. 81 ff.

22 Arendt, *Vita activa*, S. 65 f., 73, 134.

In dieser Situation suchen die Menschen nach einem Ersatz für die zerstörten gemeinschaftlichen Bezüge. Diesen Ersatz schafft die antisemitische Ideologie; sie gibt den Menschen die Illusion einer Zugehörigkeit – der Zugehörigkeit zu einer biologisch gewachsenen „Volksgemeinschaft“, in die man hineingeboren wird. Arendt schreibt der Masse die Funktion zu, den atomisierten Menschen als hohler Ersatz für die in der Konkurrenzgesellschaft verloren gegangenen gemeinschaftlichen Strukturen zu dienen.²³ Der Eintritt und die Eingebundenheit in eine Massenbewegung, die durch eine bestimmte Ideologie zusammengehalten wird, gilt als Ersatzbefriedigung für unerfüllte soziale Bedürfnisse; sie erfüllen damit einen nicht leicht zu ersetzenden Zweck im psychischen Haushalt der Individuen. Offensichtlich bewertet Hannah Arendt die Funktion eines Feindbildes höher als die inhaltliche Bestimmung, wer der Feind zu sein hat. Wichtig ist, dass es überhaupt ein Feindbild gibt, gegen das man sich absetzen kann. Meinte Antisemitismus noch zu Beginn die Vorurteile gegen eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe, schloss dann die Verachtung der gesamten Emanzipation, des Fortschritts und der republikanischen Verfasstheit eines Staates ein, ist in ihm jetzt die Zerstörung des Individuums beschlossen. Es handelt sich nun um ein starres Denksystem, das kategorisch ein- und ausschließt. Wer mit der Ideologie gemeint ist, wird letztlich zweitrangig. Solange man zur „Herrenrasse“ gehört, wird die Bestimmung, wer der Feind zu sein hat, irrelevant.

Arendt begreift den zur Ideologie geronnenen Antisemitismus nur noch rein funktional. Wie bereits für die Anfänge des gesellschaftlichen Antisemitismus gezeigt, geht die Aufladung antijüdischer Meinungen und Denksysteme einher mit dem sukzessiven Verlust der Erfahrung. Die Zerstörung der Erfahrungsfähigkeit findet Arendt in der voll entfalteten Massengesellschaft. Hier zeigen sich endgültig die destruktiven Tendenzen des gesellschaftlichen Antisemitismus. Die Menschen, „die sich auf ihre Erfahrungen nicht mehr verlassen wollen“,²⁴ lassen sich nun von der Ideologie leiten, aber nicht – und hier wird deutlich, wie sehr bei Arendt die Ideologie an inhaltlicher Substanz verloren hat –, weil der ideologische Gehalt überzeuge, sondern weil sie auf das Denken verzichten können. Antisemitismus in seiner totalitären Form meint damit die Zerstörung jedes lebendigen und eigenständigen Denkens und der auf dem moralischen und politischen Gebiet für Arendt unersetzbaren Urteilskraft. Denn das menschliche Vermögen, urteilen zu können, schließt auch immer

23 Arendt, *Elemente*, S. 498 f., S. 550 ff.

24 *Ebenda*, S. 720.

mit ein, durch Erfahrung seinen Standpunkt in der Welt irritieren zu lassen und damit verändern zu können. Das ideologische Deduzieren jedoch macht potenzielle Veränderungen der Gedanken unmöglich. Die Starrheit und Uner-schütterlichkeit der „geistigen Überreste“ des Menschen wird Arendt später bei Adolf Eichmann wiederentdecken.

Arendt arbeitet drei spezifisch totalitäre Elemente des ideologischen Den-kens heraus: Ideologien erheben erstens den Anspruch, wahre Aussagen über die Zukunft treffen zu können, ja, mehr noch, Zukünftiges zu prophezeien. Das bedeutet, dass sie die Welt nicht nur nach einem festen Wahrnehmungs-raster deuten, sondern sie wollen definitive Voraussagen treffen. Sie schaffen sich ihre eigene Welt in ihrem eigenen Sinne und lassen sich weder durch Er-fahrung noch durch die Wirklichkeit erschüttern. Ideologisches Denken hat sich von der Wirklichkeit und Erfahrung freigesprochen und lässt kein eigenes Urteil mehr zu. Es ist darauf ausgerichtet, Zukünftiges zu antizipieren.

Zweitens verfolgt ideologisches „Argumentieren“ eine stringente, durch nichts zu durchbrechende Logik. Ideologie fasst Hannah Arendt ganz wörtlich als die „Logik einer Idee“.²⁵ Das gesamte ideologische Gebäude beruht auf einer fiktiven Prämisse, von der alles mit absoluter Folgerichtigkeit abgeleitet wird. Dieses deduzierende Schlussfolgern lässt keine Widersprüche zu, es ist unabänderlich und damit gegen die Wirklichkeit gerichtet.

Ideologien emanzipieren sich dadurch drittens von aller Erfahrung. Sie sind durch keine äußeren Einflüsse zu erschüttern. Die Entkopplung von Ideologie und Erfahrung korrespondiert bei Arendt mit dem Grundgefühl der Verlassenheit moderner Menschen. In diesem Gefühl liege bereits die reale Spaltung zwischen Individuum und der sie umgebenden Welt beschlossen. Zwischen dem lebendigen, und das heißt bei Arendt auch immer wieder sich widerspre-chendem, inkohärentem Denken und der Realität, die Denken immer neu in-spiriert, schiebt sich das ideologische Deduzieren. Am Ende von Arendts Aus-einandersetzung mit dem Phänomen des modernen Antisemitismus bleibt von der zunächst mit Ressentiments gegen eine besondere Gruppe durchsetzten Ideologie nichts weiter bestehen als eine erstarrte Denkform.

Mit Hilfe des Wesens der totalen Herrschaft, dem Terror, wird, und das ist für Arendt das absolut Neue dieser Herrschaftsform, die ideologische Behaup-tung in Realität übersetzt. Das Gerede vom „jüdischen Untermenschen“ set-zen die Nationalsozialisten in den Gaskammern der Todeslager um. Der Prozess des zunehmenden Verlustes jeglicher Bezüge zwischen realer Situation der

25 Hannah Arendt, Denktagebuch. 1950–1973, Band 1, München 2002, S. 93.

verhassten Minderheit und antisemitischer Ideologie kehrt sich nun gewissermaßen um, weil die antisemitische Lüge zur neuen Wirklichkeit wird. Jetzt strukturiert nicht mehr die Erfahrung und Wirklichkeit das Denken, sondern umgekehrt, die ideologische Behauptung bestimmt nun die Realität. Dabei ist es Arendts Analyse zufolge nicht der antisemitische Wahn, sondern der Größenwahn, ganze Gesellschaften nach einem vorgefassten Modell ausrichten zu können, der dem Vernichtungsprojekt zu Grunde liege. Zu meinen, die Welt verändern und sie der eigenen Kontrolle unterwerfen zu können, schildert Arendt als das herausragende Kennzeichen einer totalitären Mentalität: „Nothing is as it appears to be and everything can become what I make it.“²⁶

Ideologie übernimmt die Funktion, Opfer wie Täter auf ihre Rolle im Vernichtungsprozess vorzubereiten, sie präpariert die Menschen.²⁷ Die nationalsozialistische Ideologie beruht auf der nicht hinterfragten Annahme, es gebe ein Gesetz der Natur, nach dem niedere „Rassen“ dem Untergang geweiht seien und die „Herrenrasse“ überleben werde. Sie lege fest, an welchen Menschen das Naturgesetz als nächstes exekutiert werde und wer der Vollstrecker sein soll. Der Antisemitismus wird inhaltlich unspezifischer, wird in gewissem Sinne unabhängig von den konkreten Juden, auch wenn er sich konkret gegen sie richtet. Und so ist für Arendt auch nicht die Vernichtung der europäischen Juden das Spezifikum totaler Herrschaft, sondern dass überhaupt vernichtet wird. Im Nationalsozialismus sei die gesamte Gesellschaft auf ein Projekt ausgerichtet, auf das Ziel, „die Menschen dem Gesetz des Mahlstroms gemäß zu organisieren – und das heißt allein Vernichtung“.²⁸ Hier zeigt sich die endgültige Entleerung des Antisemitismusbegriffs, denn als spezifische Ideologie, als Ideologie, die etwas Besonderes meint, hat er seine Funktion verloren. Er wäre dem auf Perpetuierung angelegten Vernichtungsprozess entgegengesetzt, weil er seine Begrenzung bedeuten würde. In diesen Ideologiebegriff ist bereits die „vollendete Sinnlosigkeit“²⁹ einer Bewegung eingeschrieben, die nur um ihrer selbst willen aufrechterhalten wird.

Entscheidend am Antisemitismus der totalen Herrschaft ist seine Umsetzung in die Wirklichkeit. Die Welt wird nun gemäß ideologischen Vorhersagen zugeordnet. Die Lüge vom „jüdischen Untermenschen“ wird in Realität übersetzt.

26 Hannah Arendt Archiv Oldenburg, Courses, University of California, Ideologies, seminar, 46.6.

27 Hannah Arendt, Ideologie und Terror, in: Klaus Piper (Hrsg.), Offener Horizont. Festschrift für Karl Jaspers, München 1953, S. 242–247.

28 Hannah Arendt, Das deutsche Problem, in: dies., Zur Zeit, S. 30.

29 Siehe Hannah Arendt, Die vollendete Sinnlosigkeit, in: dies., Nach Auschwitz, S. 7–30.

Innerhalb dieser universell gewordenen Lüge hat Eichmann Beschäftigung gefunden. Eichmann, so ist Arendt überzeugt, hat nicht aus antisemitischen Motiven heraus seine Taten begangen, sie geht sogar so weit zu sagen, dass er persönlich nie etwas gegen Juden gehabt habe.³⁰ Warum kann trotzdem davon gesprochen werden, dass man in der Beschreibung Eichmanns die radikalisierte Form des Arendtschen Antisemitismusbegriffs finden kann?

Ideologie der Sachlichkeit

In *Eichmann in Jerusalem* untersucht Hannah Arendt die historisch unbekannte, vollkommen neuartige Beziehung zwischen einem Täter und seinen Verbrechen. Auffallend und für viele erschreckend war Eichmanns offenkundige Durchschnittlichkeit, die das „namenlose Entsetzen“ angesichts seiner Taten konterkarierte.³¹ Arendt drückt mit ihrem „Bericht“³² die Fassungslosigkeit aus, die viele Menschen im Gerichtssaal unmittelbar empfunden haben müssen, als sich der klaffende Abgrund zwischen der Persönlichkeit des Täters und der Grausamkeit der begangenen Verbrechen auftat.

Vor dem Jerusalemer Gericht grenzt sich Eichmann von überzeugten und fanatisch agierenden Antisemiten wie dem Herausgeber des *Stürmer* Julius Streicher ab und setzt diesem Typus seine eigene „Sachlichkeit“ entgegen. Typen wie Streicher gelten ihm als „unrealistische [...] Narren“ oder „Gefühlsdusel“;³³ sie haben in seinen Augen einzig das nationalsozialistische Projekt gefährdet, da sie sich durch ihren persönlichen Hass über die Sache gestellt haben.

30 Arendt, Eichmann, S. 57.

31 Ebenda, S. 83.

32 So charakterisiert Arendt selbst ihr Eichmann-Porträt durch den Untertitel des Buches: Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Auf die nach Erscheinen des Buches erfolgenden heftigen Angriffe gegen ihre Person versucht Arendt, sich mit einem schlichten „This was only a report“ zur Wehr zu setzen. Auf diesen Satz folgt ein Gedankenstrich und dann: „which is partly true“, quasi ein Eingeständnis Arendts, dass doch mehr in dem Bericht verhandelt wird als das „Faktische“. Siehe Arendt in einem Brief an Arthur Hertzberg am 8. 4. 1966. Hannah Arendt Archiv Oldenburg, Eichmann Case Correspondence, Jewish organizations, 47.5; vgl. auch: Notizen zu einem Vortrag am 30. 10. 1963 vor jüdischen Studierenden: „The book I wrote was a report, the report of a Trial. It was not theoretical in any way and it has no message one way or another.“ Hannah Arendt Archiv Oldenburg, Private replies to Jewish critics, 1963, 49.5. Ebenso: Hannah Arendt Archiv Oldenburg, Eichmann lecture, 1964.

33 Arendt, Eichmann., S. 100.

Eichmann zufolge kann eine derartige Einstellung nur im Chaos enden. Dagegen bestehe sein Ideal, von dem allein er sich eine „politische Lösung“³⁴ verspreche, in der Distanz zu „vulgären Emotionen“,³⁵ die jede genaue und gründliche Arbeit verhindere. Eichmanns abfällige Bemerkungen über die hasserfüllten Antisemiten korrelieren mit Hitlers Forderung nach einem „Antisemitismus der Vernunft“,³⁶ der notwendig sei, um die „Endlösung“ durchzuführen und den alten emotionalisierten Antisemitismus abzulösen. Eichmann ist qua seiner Tätigkeit in die universell gewordene Lüge des Antisemitismus aufs tiefste verstrickt, und trotzdem behauptet er, kein Antisemit gewesen zu sein. Die Umsetzung der antisemitischen Wahnidee ist sein alltägliches Geschäft, die terroristische Umsetzung der Lüge ist für ihn zum Alltag geworden. Die Lüge bei Eichmann meint auch die Verdrehung der Realität durch die „Erfindung“ einer Tarnsprache, die Verbrechen euphemistisch umschreibt und so das Grauen vor ihnen vernebelt. Anders als in *Elemente und Ursprünge* versteht Arendt unter dem Begriff „Lüge“ in *Eichmann in Jerusalem* allerdings nicht mehr die ideologische Lüge, d. h. die Behauptung der Ungleichheit der „Rassen“. Lüge umschreibt hier vielmehr den Prozess einer Verschleierung von Wirklichkeit, den Versuch, mit Hilfe unterschiedlicher Strategien das Faktische nicht wahrnehmen zu müssen. So verschleiern Begriffe wie „Endlösung“ oder „Verschickung in den Osten“ die brutale Faktizität der Massenvernichtung. Dabei betont Arendt, dass die begrifflichen Umschreibungen der Deportationen und des Massenmordes für das Gewissen derjenigen, die die Vernichtungspolitik vorantrieben, unterstützten und akzeptierten, die Funktion übernahmen, die Verbrechen aus den überlieferten abendländisch-christlichen Moralvorstellungen auszugliedern: „Im Endeffekt sollte dieses System von Sprachregelungen die Vernichtungsexperten nicht etwa blind machen für die Natur ihrer Tätigkeit, wohl aber verhindern, daß sie sie mit ihren alten, ‚normalen‘ Vorstellungen von Mord und Lüge gleichsetzten.“³⁷ Die (Amts-)Sprache schiebt sich vor die konkrete Tat und nimmt dieser das unmittelbare Entsetzen. Die Verdrehung der Wirklichkeit durch eine bürokratisierte Sprache ist ein Aspekt der Ideologie Eichmanns, die mit „Ideologie der Sachlichkeit“ bezeichnet werden kann. In erster Linie wird sie durch Eichmanns verwaltungstechnisch verkümmerten Bezug zur Welt hervorgebracht. Sein Denken, seine Aktivitäten gehen ganz in

34 Aussage Eichmann, zitiert nach: ebenda, S. 112.

35 Ebenda, S. 58.

36 Claussen, Grenzen der Aufklärung, S. 49.

37 Arendt, Eichmann, S. 119; siehe auch S. 143.

den planenden, organisierenden, verwaltenden und kontrollierenden Tätigkeiten auf. Eichmann geht es nicht darum, die konkrete Gruppe der Juden zu vernichten, sondern das Vernichtungsprojekt verwaltungstechnisch zu organisieren und einen reibungslosen Ablauf zu garantieren. Seine spezifische Tätigkeit dokumentiert einen gänzlich versachlichten Blick auf die Welt. Auch so werde es Arendt zufolge möglich, die Tätigkeit nicht als das erscheinen zu lassen, was sie eigentlich ist: nämlich als Mord. Die Politik der Vernichtung der europäischen Juden wird von Eichmann in administrative Akte übersetzt. Arendt sieht den Angeklagten vollkommen in dieser Verwaltungswelt aufgehen, sie wird zur einzigen Realität, in der er sich bewegt. Ein Außerhalb scheint es für ihn nicht zu geben. Dass für den „Deportationsspezialisten“ Tod und Vernichtung von Menschen als moralisches Problem irrelevant geworden sei, er vielmehr in der Vernichtung einzig „schwindelerregende Organisations- und Verwaltungsaufgaben“³⁸ habe entdecken können, gilt Arendt als das herausragende Kennzeichen der neuen Mentalität, die das Töten in Verwaltungsakten möglich gemacht hat und zur routinierten Normalität werden ließ.

In ihrem früheren Werk hatte Arendt noch die Motivation der Täter in dem unbedingten Willen gesehen, die Bewegung aufrechtzuerhalten und die „Rassegesellschaft“ Wirklichkeit werden zu lassen. Bei Eichmann geht dieser Wille über in einen entleerten Planungs- und Organisationswillen. In ihm sieht Arendt einen Menschen, bei dem die Verwaltungstätigkeit zum Selbstzweck wurde. Eichmanns spezifische Tätigkeit lässt Mord nicht als Mord erscheinen und damit das Verbrechen zur routinierten Arbeit werden. Es ist, als habe Arendt die letzte Konsequenz aus ihrem Antisemitismusbegriff gezogen: das Verschwinden des Besonderen, die totale Entleerung bis hin zur sukzessiven Herausbildung einer technisch-rationalen Mentalität, die auf Verfahrensweisen ausgerichtet ist. Der „neue Verbrechertypus“³⁹ ist der „administrative [...] Massenmörder“,⁴⁰ der „Verwaltungsmörder“.⁴¹

Die Einschätzungen Arendts hinsichtlich der Mentalität des „Verwaltungsmassenmörders“ machen deutlich, dass nun die sukzessive Herstellung einer neuen Wirklichkeit, in der es „Herren- und Untermenschen“ gibt, als Ergebnis eines reflexionslosen Planungs- und Organisationswillens gewertet werden. Hinter dem auf rein Formales ausgerichteten Willen steht nicht mehr die großwahnsinnige Überzeugung, die Welt seinen Vorstellungen gleich machen

38 Ebenda, S. 190.

39 Ebenda, S. 326.

40 Ebenda, S. 321.

41 Ebenda, S. 324.

zu können. Arendts Blick verschiebt sich auf vordergründig viel Banaleres, von einem Antisemitismus, der die nationalsozialistische Bewegung zu etablieren im Stande war, auf eine versachlichte Geisteshaltung. Diese Geisteshaltung lässt sich als die zugespitzte Form des totalitären Antisemitismus verstehen. Bestimmte Arendt noch in den *Elementen und Ursprüngen* die Vernichtung zum Selbstzweck der Bewegung, so geht es bei Eichmann nur noch darum, die Bewegung zu organisieren. Arendts These, dass die Bewegung nur um der Bewegung willen aufrechterhalten werde, kann nochmals zugespitzt werden: In dem „Deportationspezialisten“ sieht sie einen Menschen, bei dem die Verwaltungstätigkeit zum Selbstzweck geworden ist.

Die Bestimmung dieses Verwaltungsdenkens erinnert an grundlegende Aspekte von Arendts Ideologiebegriff. Die Verlassenheit der modernen Massenmenschen, die Arendt als Grunderfahrung beschreibt, drückt sich in ihrem Porträt von Eichmann als einem in bürokratischen Strukturen verhafteten Verwaltungsmassenmörder aus. Alles, was Eichmann umgibt, begegnet ihm in erster Linie als Verwaltungsproblem. In diesem nur über eine technisch-bürokratische Rationalität vermittelten Weltbezug lässt sich Arendts These von der vollkommenen Verlassenheit und Atomisierung des Menschen wiederfinden. Für diesen ist der Verlust der Erfahrungs- und damit auch der Urteilsfähigkeit konstitutiv. Jegliche Form der Reflexion verschwindet in der Logik des ideologischen Deduzierens. Von nichts, weder von Erfahrung noch durch unleugbare Tatsachen, lässt sich diese ausgehöhlte Art des Denkens beirren. Ebenso kann das für Arendts Ideologiebegriff spezifische logische Deduzieren ausgemacht werden. Eichmann beurteilt alles, jede seiner Tätigkeiten, von einem verwaltungstechnischen Standpunkt aus. Dieses durch nichts zu irritierende Schlussfolgern ist jedoch jeglichen Inhaltes beraubt. Es gibt kein „Gesetz der Natur“ mehr, von dem aus das logische Deduzieren beginnt. Die „Ideologie der Sachlichkeit“ hat ihren eigenen Maßstab: den „Willen des Führers“.

Der „Wille des Führers“

Eher nebenbei führt Arendt in *Eichmann in Jerusalem* einen Begriff ein, der als die Quelle von Eichmanns Denk- und Handlungsstrukturen gekennzeichnet werden kann: der „Wille des Führers“.⁴² Einige Male kommt Arendt auf die maßlose Hitlerverehrung Eichmanns zu sprechen, ohne jedoch deren Bedeutung

42 Ebenda, S. 175.

systematisch zu entfalten und den Stellenwert des „Führerwillens“ eindeutig zu bestimmen. Und doch liegt in diesem Begriff ein Kerngedanke ihrer Untersuchung verborgen.

Dieser „Führerwille“, fernab davon, sich autoritär zu vermitteln, hatte das Innere Eichmanns ergriffen. An ihm richtete sich das gesamte Handeln des nationalsozialistischen Funktionsträgers aus. Arendt geht hier der totalitären Transformation überlieferter moralischer Vorstellungen nach, die im Nationalsozialismus dem kompletten Ruin ausgesetzt waren: Denn der Angeklagte beruft sich ausgerechnet auf Kant, auf die Formulierung des kategorischen Imperativs. So war der Angeklagte vor Gericht zur Verwunderung Arendts in der Lage, die von Kant aufgestellte moralphilosophische Regel fast wortwörtlich wiederzugeben. Noch verwunderter stellt Arendt fest, dass Eichmann behauptete, sich ausgerechnet an diese Regel sein Leben lang gehalten zu haben. Von Kants moralischer Richtschnur bleibe allerdings, so Arendt, bei Eichmann lediglich der Wille zurück, nicht nur stur den Vorgaben des Gesetzes zu folgen, sondern sich selbst als Autor dieses Gesetzes zu verstehen. Jedoch, so unterstreicht Arendt, sei die Quelle, aus der sich Eichmanns handlungsanleitenden Gesetze speisen, nicht mehr die praktische Vernunft, wie noch bei Kant, sondern der „Führerwille“, in dem Eichmann die Quelle seines kategorischen Imperativs erblickt habe. Dabei gehorcht er nicht einfach diesem Willen, sondern antizipiert ihn und schreibt ihn in seinen Handlungen immer weiter fort. Indem Eichmann den neuen kategorischen Imperativ als gesetzgeberische Quelle internalisiert hat, ist er selbst Befehlsgeber eines antizipierten Willens geworden. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wie wenig substantiiert die Vorwürfe gegen Arendt sind, die behaupten, sie habe das Bild eines willenlosen, gehorchenden Bürokraten entworfen.

Der „Führerwille“ übernimmt hier eindeutig die Funktion, die Arendt in *Elemente und Ursprünge* noch der Grundprämisse der Ideologie, dem „Gesetz der Natur“, zugewiesen hat. Von ihr wird alles weitere abgeleitet. Der „Führerwille“ ist als Restbestand dessen übrig geblieben, was Arendt als die bereits inhaltlich entleerte Ausrichtung der totalitären Ideologie in *Elemente und Ursprünge* bestimmte. Selbst die allgemeine Bestimmung des Naturgesetzes wird in *Eichmann in Jerusalem* nochmals zugespitzt, und das bedeutet: nochmals ausgehöhlt. Die Entleerung des Antisemitismus- und Ideologiebegriffs erweist sich als dessen Radikalisierung, denn der „Führerwille“ ist potenziell viel umfassender als ein angenommenes Naturgesetz. Er ist theoretisch vollkommen willkürlich, kann sich jederzeit ändern und eine ganz andere Richtung einschlagen. Arendt steigert damit noch einmal ihre These der Substanzlosigkeit eines totalitär gewordenen Antisemitismus.

Mit dem Porträt Eichmanns hat die Entwicklung einer stetigen Aushöhlung der Subjektautonomie der Träger des Antisemitismus ihren Höhepunkt gefunden. Von *Elemente und Ursprünge* zu *Eichmann in Jerusalem* kann folgende Entwicklung gezeigt werden: Zunächst war Antisemitismus nicht mehr als ein Vorurteil, zeigte sich jedoch in seiner ideologischen Aufladung als wachsender Verlust des Differenzierungsvermögens, bis in der totalen Herrschaft Ideologie eine bestimmte Denkform meint. Totalitäre Ideologie impliziert das deduzierende, in sich vollkommen logische, unangreifbare Schlussfolgern, abgeleitet aus einer grundlegenden Annahme. In Arendts Prozessbericht wird zum einen die Ideologie zu einer „versachlichten“ Ideologie und zum anderen der Grund ideologischen Schlussfolgerns ins Außen verlagert: Eichmann leitet seine Ziel- und Idealvorstellungen von einer ihm übergeordneten Person ab. Er selbst ist damit bzw. scheint damit nicht Urheber seiner Handlungen zu sein, sondern der von ihm verehrte „Führer“.

Ging also Arendt in ihrem Werk der fünfziger Jahre noch davon aus, dass die Ideologie in den Menschen selbst verankert war und jene die Konsequenzen aus der Ideologie selbst zogen, so glaubt sie nun, dass die Ideologie Eichmanns eine ihm äußerliche ist, nach der er aber trotzdem sein Handeln ausrichtet. Die Verbindung zwischen Hannah Arendts Ideologiebegriff und dem „Führerwillen“ macht auf eine nochmalige Zuspitzung ihrer Überlegungen zum modernen Antisemitismus aufmerksam: Ideologie ist nicht nur jeglichen Inhalts entleert, sondern sie ist selbst dem Individuum vollkommen entäußert; trotzdem entwirft es begeistert Pläne, um die Deportationen jüdischer Frauen, Männer und Kinder aus ganz Europa zu organisieren. Die Person Eichmann steht somit für den totalen Ich-Verfall, der sich in der antisemitischen Ideologie bereits angekündigt hatte.

Antisemitismus ist bei Arendt mehr als ein bloßes Vorurteil. Ihrem Antisemitismusbegriff ist eine Geschichte des Verfalls sowohl der gesellschaftlichen wie der politischen Sphäre wie auch des Individuums eingeschrieben. Seine stetige Aufladung mit allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Problemen, die mit der Situation von Juden immer weniger zusammenhängen, manifestiert sich dann in der Person Eichmanns, der die „Totalität des moralischen Zusammenbruchs im Herzen Europas in ihrer ganzen furchtbaren Tatsächlichkeit“⁴³ repräsentiert. Der von Arendt fragmenthaft und zerstückelt geschriebenen Geschichte des Antisemitismus ist damit eine Logik inhärent, die

43 Hannah Arendt in einem Fernsehgespräch mit Thilo Koch, in: Arendt, Ich will verstehen, S. 37.

in dem Täter Adolf Eichmann ihre Bestätigung findet. Denn in Arendts Antisemitismusbegriff angelegt ist eine Auflösung des subjektiven Ressentiments gegen Juden, ein sukzessives Verschwinden der Judenfeindschaft, eine stetig abnehmende Bedeutung seiner konkreten inhaltlichen Ausrichtung. Gleichzeitig kumulieren in ihm planende, bevölkerungspolitische Elemente, Vorstellungen und Wunschphantasien über ein neues Ordnungsmodell von Gesellschaft, einer Gesellschaft, in die der Mensch meint, nach seinem Belieben eingreifen zu können. War der Antisemitismus zunächst noch eine Meinung unter vielen, verfolgt Arendt an seiner Geschichte den stetigen Verfall des Differenzierungs- und damit des Urteilsvermögens. Eichmann steht für den Totalverfall des Denkens und des Urteilens, wie er sich zu Beginn des modernen Antisemitismus bereits angekündigt hatte. In der „Banalität des Bösen“ manifestiert sich die moralphilosophische Abrechnung Arendts mit den Pathologien, welche die modernen Gesellschaften hervorgebracht haben und die Arendt mit ihrer Geschichte des Antisemitismus gezeigt hat. Damit manifestiert sich die Radikalisierung des Antisemitismus paradoxerweise gerade in der Banalität der Täter.

Antisemitismus in Frankreich

Im Jahr 2000 kam das Thema Antisemitismus in Frankreich wieder auf die Tagesordnung. Jüdische Verbände, insbesondere der Conseil Représentatif des Institutions juives de France (CRIF), bekundeten öffentlich ihre Besorgnis über die Existenz eines neuen bzw. wiederauflebenden Antisemitismus. Sie versorgten die Presse und die führende politische Elite, die gleichgültig zu sein schien oder sich unfähig zeigte, auf die aktuellen Entwicklungen zu reagieren, mit den entsprechenden Informationen über antisemitische Übergriffe. Die Sorge der französischen Juden wurde zunehmend auch in Israel und den Vereinigten Staaten geteilt. In den folgenden beiden Jahren erhöhten zahlreiche, teilweise durch medienwirksame Skandale oder Polemiken ausgelöste Debatten den Druck auf die politische Führung, die das wahre Ausmaß allerdings erst im Zuge der Präsidentschaftswahl im April 2002 erkannte.

Hat das Phänomen interne Gründe, die in der französischen Gesellschaft liegen, oder wird es durch externe Faktoren bestimmt, etwa den israelisch-palästinensischen Konflikt? Unterscheidet sich die heutige Situation von früheren Entwicklungen in dem Maße, dass der Terminus „Antisemitismus“ durch einen anderen Begriff wie etwa „neue Judenfeindschaft“ ersetzt werden muss? Sind die Trägerschichten in erster Linie Individuen bzw. Migranten-Gruppen? Liegt die Ursache etwa in einem neuen Aufblühen des Islam und des Islamismus und ist es nicht überdies die Frucht einer ideologisch-politischen Begegnung zwischen Linksextremisten, Globalisierungskritikern und dem radikalen Islamismus? Handelt es sich tatsächlich um eine Wiederkehr oder eine neue Form des Antisemitismus? Wird das Phänomen nicht von denjenigen, die es thematisieren, übertrieben? Oder trifft das Gegenteil zu, nämlich gar eine Verharmlosung ...

In den Jahren 2001 und 2002 wurde die Debatte immer weiter durch Medienberichte, Prozesse, Kontroversen und vorschnelle Anklagen angeheizt. Deshalb erschien es mir sinnvoll, eine grundlegende soziologische Untersuchung anzustoßen. Ein Dutzend Soziologen hat zwei Jahre lang geforscht und die Ergebnisse vor kurzem in dem Band „La tentation antisémite. Haine des Juifs

dans la France d'aujourd'hui“ veröffentlicht.¹ Dieser Beitrag wird zunächst die dem Forschungsvorhaben zugrunde liegenden Hypothesen präsentieren sowie die Methode vorstellen, wie die Fragestellungen an Ort und Stelle überprüft wurden, um schließlich im Ergebnis manche Annahmen bestätigen, andere korrigieren oder gar verwerfen zu können.

1. Ghetto-Antisemitismus

Eine erste in der öffentlichen Debatte zentrale Hypothese schreibt den Einwanderern aus der arabisch-muslimischen Kultur eine zentrale Verantwortung für die radikalsten antisemitischen Übergriffe (gegen Juden als Personen, auf jüdische Einrichtungen und gegen Eigentum) wie auch für eine allgemeine antisemitische Grundstimmung zu.

Offizielle Statistiken der Justiz helfen uns nicht weiter, da sie keine Antwort auf diese Frage geben. Nur weniger als 15 % der Straftaten konnten aufgeklärt werden, und nicht einmal daraus lassen sich eindeutige Aussagen treffen. Deshalb sind wir mit einem Team nach Roubaix gefahren, einer Stadt mit großen wirtschaftlichen Problemen. Wir trafen dort in einem Viertel, das für seine hohe Einwandererquote bekannt ist, mit jungen Menschen aus dem Maghreb zusammen. Einige äußerten unverblümt ihren Hass gegen Juden. Dieser scheint vor allem zwei Ursachen zu haben, die beide etwas mit den Identifikationsproblemen der Jugendlichen zu tun haben und möglicherweise in engem Zusammenhang miteinander stehen. Einerseits sprechen einige der jungen Menschen von ihren immensen Schwierigkeiten, die mit ihrem sozialen Ausschluss, mit erlebtem Rassismus, mit allen anderen Arten von Diskriminierung verbunden sind. Sie identifizieren sich mit den Leiden der Palästinenser, für die sie nicht nur den Staat Israel, sondern die Juden im Allgemeinen verantwortlich machen. Daneben gibt es manche, die sich mit dem radikalen Islam identifizieren oder gar mit dem Terrorismus von Bin Laden und seinem Krieg gegen den modernen Westen – den Westen, der sie zurückweist und verachtet. Mitunter stehen „die Juden“ für die Inkarnation dieses Westens.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass es nicht ausreicht, nur empirisch den verbal geäußerten Hass gegenüber den Juden zu konstatieren. Wir konnten feststellen, dass es weniger Raum für Antisemitismus gibt, wenn die sozialen

1 Michael Wieviorka, *La tentation antisémite. Haine des Juifs dans la France d'aujourd'hui*, Paris 2005.

Unterschiede und der besonders im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Polizei erlebte Rassismus von der Politik thematisiert werden. Das gleiche Phänomen lässt sich auch beobachten, wenn die ethnisch und soziokulturelle Herkunft – in diesem Fall die algerische – erkannt wird und Eingang in politische Debatten findet. Das zeigt, dass Antisemitismus sich aus der Ausgrenzung und Nichtanerkennung sowohl der Erinnerungskulturen als auch der Herkunft nährt.

2. Die Frage der Gemeinschaft

Die Frage, ob die Juden selbst durch ihr Verhalten den Hass, der ihnen begegnet, beeinflussen, ist heikel, und zwar deshalb, weil sie riskiert, die Opfer zu Tätern zu machen. Man muss die Frage dennoch stellen. Einerseits, weil die starke jüdische Präsenz in der Öffentlichkeit – sicherlich durch die Haltung einiger der Führungspersonlichkeiten – den Eindruck vermittelt, Juden würden sich teilweise bedingungslos mit der israelischen Politik identifizieren. Wenn sich also jeder Jude ohne die nötige Distanz als Zionist sieht oder eine einseitig pro-israelische Haltung einnimmt, muss es auch legitim sein, Juden aus einer pro-palästinensischen Position heraus kritisieren zu können. Die Presse tendiert dazu, eine solche Haltung noch zu verstärken. Andererseits ist dieser starke Gemeinschaftssinn unter den Juden Frankreichs eine Realität. Nur so glaubt man sich gegen Antisemitismus schützen zu können, wenn die Republik überfordert scheint und mit Gleichgültigkeit reagiert.

Um solche Zusammenhänge näher zu untersuchen, ist mein Recherche-team nach Sarcelles gefahren, einer Stadt, in der eine große jüdische Gemeinde lebt. Die Juden in Sarcelles üben einen beträchtlichen Einfluss auf die örtlichen politischen Kräfte aus. Dies wiederum erlaubt ihnen, sich in ihrer Stadt sicher zu fühlen – es kam dort kaum zu nennenswerten Übergriffen. Der enge Zusammenhalt der Juden ruft jedoch in zweierlei Hinsicht Neid oder Ressentiments hervor: Zum einen erwecken sie den Eindruck, gut zurechtzukommen, wo andere größere ökonomische Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Zudem wird ihnen vor allem vorgeworfen, nicht am multikulturellen lokalen Leben, nicht an der interkulturellen Dynamik der Stadt teilzunehmen. Der Zusammenhalt der jüdischen Bewohner der Stadt erzeugt also zwar keinen antisemitischen Hass, aber doch einen gewissen Neid.

3. Der Islam im eigentlichen Sinne

Ist der Islam eine wichtige Ursache für den Antisemitismus in Frankreich, einem Land, in dem laut Medien fünf Millionen Muslime leben? Um diese Frage zu untersuchen, haben wir Interviews in Gefängnissen durchgeführt, in denen ein beträchtlicher Prozentsatz muslimischer Häftlinge einsitzt – bis zu 70 %. Dieser Ort eignet sich zur Beobachtung besser als etwa Moscheen, da sich die Häftlinge, wenn sie einmal die Erlaubnis zu sprechen haben, viel freier, spontaner und persönlicher äußern.

Entgegen der üblichen Vorstellung sind die Muslime nicht mehrheitlich antisemitisch, und der radikale Islamismus ist eher schwach vertreten. Wir sind jedoch einer Form von Neid gegenüber Juden begegnet, die andere Gründe hat. Die Muslime werfen den Juden vor, von der Gefängnisverwaltung besser behandelt zu werden als sie selbst. Juden haben in der Tat leichter Zugang zu koscherem Fleisch oder erhalten leichter die Erlaubnis, einen Rabbiner zu empfangen als Muslime, denen nur in Ausnahmefällen der Bezug von entsprechendem rituellen Fleisch zugestanden oder das Gespräch mit einem Imam genehmigt wird.

Antijüdische Ressentiments werden also durch das ungerechte Verhalten des Gefängnismanagements gegenüber Muslimen gefördert, wenn sie jüdische Insassen besser behandeln. Dieses Verhalten stellt in einem republikanischen Land wie Frankreich den Staat und die Fähigkeiten seiner Institutionen in Frage, seine Grundsätze hinsichtlich der Gleichheit aller Bürger einzuhalten.

4. Die Krise der öffentlichen Schule

Wird die Ansicht, dass zwischen der Krise des republikanischen Integrationsmodells und dem Anstieg des Antisemitismus eine Verbindung besteht, nicht durch das, was in den Schulen zu beobachten ist, bestärkt? Dies sei als wichtige, wenn nicht gar zentrale These in den Raum gestellt, zumal die Schule eine Einrichtung ist, der in Frankreich große Bedeutung zukommt. Mein Recherche-Team hat daher nicht nur Lehrkräfte, sondern auch Schüler, Leiter der Einrichtungen und die Eltern der Schüler befragt.

Es ist offensichtlich, dass in einigen Klassen und Jugendeinrichtungen – aber keineswegs in allen – der von außen hineingetragene Antisemitismus nicht nur rezipiert, sondern reproduziert wird. Auf der einen Seite nimmt die öffentliche Schule heute Kinder auf, von denen viele Ausländer oder Kinder aus Ein-

wandererfamilien sind, die seit mehr oder weniger langer Zeit in Frankreich leben. Die Kinder „ethnisieren“ die Schule, indem sie sich gegenseitig schnell nach den Kategorien Nationalität, Ethnie, Religion, Kultur oder sogar rassistisch einordnen. Ihren Aufgaben gemäß müsste die öffentliche Schule theoretisch in der Lage sein, die Schüler zu sozialisieren und dafür zu sorgen, dass jeder Schüler sich zu einem eigenständigen Individuum entwickeln kann; in der Realität vermag sie es aber nicht einmal, die kulturelle Zersplitterung aufzuhalten. Im Gegenteil, sie unterstützt sie sogar etwa durch das Verhalten der Lehrer, aber auch durch eingeschränkte Möglichkeiten der Fächerwahl oder durch Defizite in der Organisation. Je mehr die Schule an einheitlichem Format verliert, desto größer ist das Risiko, sowohl rassistischen als auch antisemitischen Äußerungen und Verhaltensmustern zu begegnen, aber eben auch, dass die trennende kulturelle Ethnisierung fortgeführt wird.

Die neue Schülerschaft erwartet, dass die Schule die Erinnerungskultur und die kulturellen Entwicklungen ihres Herkunftslandes berücksichtigt. Dies ist nicht immer einfach, vor allem im Fach Geschichte, das in Frankreich als Königsdisziplin angesehen wird. Lange Zeit beschränkte sich die französische Geschichtsschreibung auf eine ausschließlich nationale Perspektive; dies hat sich zwar geändert, aber noch immer überwiegt die französische Sicht auf die historischen Ereignisse. Die Migranten-Schüler werfen den Bildungseinrichtungen vor, dass ihre eigenen Erinnerungen mehr oder weniger bewusst nicht in angemessenem Maße im Unterricht berücksichtigt werden, obwohl es der Schule doch auch gelang, die Shoah und damit ein wichtiges Moment der jüdischen Geschichte in den Lehrplan zu integrieren. Probleme, Agitation und judenfeindliche Kommentare tauchen seitdem besonders oft im Geschichtsunterricht auf.

Schließlich sind sowohl Lehrkräfte als auch die Verantwortlichen, also die Leiter der Schulen, im Umgang mit antisemitischen Vorfällen überfordert. Sie stehen ihnen in der Regel hilflos gegenüber und reagieren nur selten angemessen. Entweder folgen heftige Sanktionen, und die Hilflosigkeit führt zu Überreaktionen; oder es ist das Gegenteil der Fall, und die Verantwortlichen sehen verharmlosend darüber hinweg, wenn ein jüdischer Schüler angegriffen wird. Bleibt eine Reaktion seitens der Schule oder der Lehrer aus, dringen solche Vorfälle nicht selten nach außen, werden zu gerichtsrelevanten Ereignissen oder werden von den Medien aufgegriffen und skandalisiert. Die Krise der Institution Schule zeigt sich vor allem in der Unfähigkeit, kleinere Vorkommnisse auf einfache Art und Weise zu regeln. Eine der wichtigsten Ursachen für ein solches Unvermögen ist das schlechte postkoloniale Gewissen der Erwachsenen, die zwar die extreme Rechte und deren Antisemitismus zu bekämpfen wissen, es

aber nicht wagen, den Antisemitismus von jungen Migranten anzusprechen. Diese jungen Menschen sind die Nachkommen jener, die das Grauen der Kolonisation, die Ausbeutung in Fabriken, einen ungezügelten Rassismus, manchmal gar Sklaverei oder Sklavenhandel erleben mussten. Sich mit dieser Kolonialgeschichte und den möglichen Verstrickungen auseinander zu setzen, fällt vielen schwer, und daraus resultiert letztlich ein schlechtes Gewissen, das sie handlungsunfähig macht.

5. Die Verbindung zwischen islamischen und progressiven Kräften

Einige Beobachter wie Alain Finkelkraut haben in der öffentlichen Debatte die These von einer Verbindung zwischen dem Islam und den „Progressisten“, d. h. dem Denken der Linksradiكالen, der Globalisierungskritiker und -gegner, zum zentralen Thema gemacht. Dass dies möglich ist, steht zweifellos fest. Es genügt, die Monatsschrift „Le Monde Diplomatique“ zu lesen oder sich die Teilnahme des Predigers Tariq Ramadan am Europäischen Sozialforum im November 2003 in Erinnerung zu rufen, als sich Globalisierungskritiker in Paris trafen. Die Frage ist allerdings, ob der Antisemitismus auf diesem Treffen grundlegend war und inwieweit es dazu diente, solchen Vorurteilen Vorschub zu leisten. Um Antworten auf diese Fragen zu bekommen, begab sich unser Recherche team an verschiedene Universitäten in die Region von Paris.

Das Ergebnis ist eindeutig. Es gibt – bei Lehrenden wie bei Studierenden – ein lebendiges pro-palästinensisches Bewusstsein, das in einigen Fällen in Hass gegen Juden umschlägt, sich jedoch viel öfter auf eine scharfe Kritik an der israelischen Politik beschränkt. Die Schwierigkeit allerdings liegt darin zu erkennen, wo eine solche Kritik in Antisemitismus umschlägt. Dem Verwaltungsrat der Universität Paris VI, einer großen naturwissenschaftlichen Hochschule, ist kaum vorzuwerfen, explizit antisemitisch zu sein, weil er sich entschied, einen wissenschaftlichen Boykott gegen Israel zu unterstützen. Aber man kann fragen, warum sich dieser Boykott ausgerechnet gegen Israel richtete, wenn es doch eine ganze Reihe von Staaten gibt, die sich antidemokratisch verhalten und Gewalt verbreiten, wie z. B. Russland gegenüber Tschetschenien.

Gelegentlich bedienen sich Linksradiكالen und Globalisierungsgegner antisemitischer Stereotype, etwa bei Fotoausstellungen, die sie durch klare antisemitische Äußerungen pro-palästinensisch positionieren. Selbst wenn die Organisatoren einen maghrebinischen Migrationshintergrund haben, sind jedoch keine offensichtlichen Verbindungen mit dem Islamismus, nicht einmal Bezüge

zum Islam, erkennbar. Die These von der islamisch-progressiven Gesinnung korrespondiert nicht mit der Realität, jedenfalls nicht in Frankreich, zumindest wenn es darum geht, darin eine Ursache oder den Ausdruck eines starken Antisemitismus zu erkennen.

6. Im Elsass

Konzentriert man sich in der Analyse des Antisemitismus auf den Linksradikalismus, die Immigration, den Islam oder die Krise der Institutionen, läuft man Gefahr, den klassischen Antisemitismus aus den Augen zu verlieren. Diese Vorurteilmuster entwickelten sich aus dem Antijudaismus der Christen, die die Juden als Gottesmörder beschuldigten. Sie sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, um sich an ein geschlossenes Konzept der Nation und an politische Orientierungen anzulehnen, die damals von der Rechten bestimmt wurden.

Gegenstand unserer Forschung waren nicht die Relikte dieses Antisemitismus in den gut situierten Kreisen, wo er im Allgemeinen als Meinung und hinter verborgener Hand geäußert wird. Unsere Aufmerksamkeit konzentrierte sich aus mehreren Gründen auf das Elsass, jene Region, in der am häufigsten jüdische Gräber geschändet werden, wo eine starke extreme Rechte in Form von zwei Parteien agiert, die Front National und die Alsace d'Abord, und in deren Hauptstadt Straßburg sich die einzige muslimische Partei Frankreichs, die Parti des Musulmans de France (PMF) von Mohamed Latrêche formiert hat.

Im Elsass wies unsere Recherche vor allem in ländlichen Gebieten ein Missverhältnis auf. Dort lebte in der Vergangenheit eine große Anzahl Juden, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg die Gegend verlassen hat. Dennoch trafen wir hier auf einen vorsichtig geäußerten, aber doch tief sitzenden Antisemitismus, auf z. T. hartnäckige Vorurteile und auf Geschichten, die scherzhaft gemeint sein sollten, aber zeigten, wie stark eine antisemitische Alltagskultur noch immer virulent war. Darüber hinaus fiel in den Städten ein tief sitzendes Unbehagen auf, das wir uns vor allem aus der Geschichte erklärten. Das Elsass, an der Grenze zu Deutschland gelegen, war nicht nur Kriegsoffer, sondern auch schuldig. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung sympathisierte, wenn sie nicht gar überzeugte Nationalsozialisten waren, zumindest mit einigen Vorstellungen des NS-Regimes. Das Elsass hat dieses Kapitel seiner Vergangenheit noch nicht aufgearbeitet, was mehr an Polen oder Österreich als an Deutschland denken lässt.

Diese Vergangenheit, die nicht vergeht, erklärt am besten die außergewöhnliche Bedeutung der extremen Rechten in Frankreich, in deren Zirkeln der Anti-

semitismus seinen Platz findet. Schändungen jüdischer Friedhöfe ereignen sich vermutlich genau vor diesem Hintergrund. Allerdings müssen solche Aussagen unter Vorbehalt bleiben, da bisher nur wenige Fälle aufgeklärt werden konnten. Solche Übergriffe sind also offenbar, wie es scheint, nicht die Taten junger Migranten, sondern vielmehr die von Skinheads, Neonazis oder Nationalisten.

Über die besondere Situation im Elsass hinaus zeigte unsere Untersuchung auch, dass es in Frankreich einen klassischen Boden für Hass gegenüber Juden gibt. Dieser findet seinen politischen Ausdruck in der extremen Rechten und seine religiöse Variante im fundamentalistischen Katholizismus, allerdings beschränkt er sich vermutlich nicht allein auf diese Bevölkerungskreise, sondern reicht wohl weit darüber hinaus.

Schlussbetrachtung

Die Ergebnisse der Studie, die hier in Kurzform und nur schematisch zusammengefasst wurden, zeigen ein vielschichtiges Phänomen, das in jeder Berufssparte und jedem sozialen Milieu zu finden ist. Ein einheitliches Schema lässt sich weder von dem Phänomen als solchen noch von seinen Ursachen zeichnen. Dieser Antisemitismus hat viele Facetten. Er besitzt zwar keine Macht, aber er ist virulent, und es zeigt sich, dass die Tabus, die in einer Art gesellschaftlichem Konsens nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs aufgestellt wurden, aufzuweichen beginnen.

Der Antisemitismus entfernt sich von dem, was seine moderne Spielart bis zum Zweiten Weltkrieg ausmachte. Er bedient sich nicht mehr vermeintlich wissenschaftlicher Begründungen oder stützt sich auf die These einer angeblich jüdischen Rasse mit speziellen physischen und genetischen Attributen. Dennoch handelt es sich bei den aktuellen Formen nach wie vor um Antisemitismus. Stereotype wie die unterstellte Unwürdigkeit der Juden, ihre angebliche ökonomische (und heute medienwirksame) Macht, ihr weltweiter Einfluss, ihre Netzwerke und ihre Lobbys usw. stellen weniger eine Neuerung als eine Verstärkung dessen dar, was seit der römischen Antike schon den Hass gegen die Juden ausmachte. Der „globale“, transnationale Charakter des Antisemitismus hat vor allem zwischen den Ländern der arabisch-muslimischen Welt und Frankreich zu einer hasserfüllten Auseinandersetzung geführt, die durch Internet und Satellitenfernsehen verstärkt wird und weiter andauert.

Aus dem Französischen von Annette Schaeffgen

Radio Maryja – eine unheilige Allianz zwischen Kirche und Medien

Die polnischen Bischöfe dürften wieder einmal starr vor Schreck gewesen sein, als neue Hiobsbotschaften über einen Streit zwischen Ex-Präsident Lech Wałęsa und dem katholischen Radio Maryja die Runde machten. Das Schwert Gottes, wie Kritiker den Sender von Pater Tadeusz Rydzyk nennen, hatte Stunden zuvor mit Wałęsa, dem Mitbegründer der Gewerkschaft Solidarność und späteren polnischen Staatspräsidenten, ein Urgestein der polnischen Revolution getroffen. Der Aufstand gegen das kommunistische Regime in Polen sei eine abgekartete Sache mit dem russischen Geheimdienst gewesen, bezichtigte Radio Maryja die Widerständler von damals der Kollaboration mit dem Gegner. Radio Maryja gefährde die politische Demokratie und das Erscheinungsbild der katholischen Kirche in Polen, nahm Lech Wałęsa den Fehdehandschuh auf.

Zu Recht, wie Tadeusz Mazowiecki, katholischer Intellektueller und erster frei gewählter Ministerpräsident des Landes feststellte: „Solche Sendungen mit eigenartigen Darstellungen der wichtigsten Momente in der Geschichte und das ewige Infragestellen von allem, keine Stellungnahme der Moderatoren zu den unklugen Aussagen im Programm, das ist zweifellos gegen die junge Demokratie gerichtet.“¹

Lange haben die polnischen Bischöfe bei der Kritik an Radio Maryja weggehört. Doch inzwischen räumt selbst die Kirchengspitze ein, Pater Rydzyk, der Herr des Senders, sei außer Kontrolle geraten. Die Ohnmacht des polnischen Episkopats gegenüber dem Medienmogul drückte sich in der Einschätzung des Lubliner Bischofs Józef Życiński aus. Der Bischof hatte eine Normenliste für den Umgang der katholischen Kirche mit den Medien gefordert und dabei eingeräumt, dass man ohne eine Kraftprobe mit Pater Rydzyk wohl nicht zum Ziel kommen werde. „Ich befürchte“, sagte Życiński, „es gibt keine wunderbare Methode, sich von dem Schlamm zu befreien. Aber man kann ein Klima schaffen,

1 ARD-Hörfunk-Interview, geführt am 7. 3. 2005 in Warschau. Die in diesem Text zitierten Interviews wurden in einem Beitrag von Thomas Rautenberg in mehreren ARD-Hörfunkstationen ausgestrahlt.

in dem wir entschlossen sagen, das darf man nicht, das sind unchristliche, unmenschliche Methoden. Und es ist für einen Katholiken eine schwere Sünde, Verleumdungen zu verbreiten und nationale Helden zu Verrätern zu machen.“²

Am 10. Februar 1990 begann die widersprüchliche Geschichte des polnischen Kirchensenders Radio Maryja. Im Sanktuarium Jesus Barmherziger Kraków-Łagiewniki traf sich Pater Tadeusz Rydzyk mit Verbündeten, um die Gründung einer religiösen Radiostation in Angriff zu nehmen. Rydzyk war kurz zuvor aus Deutschland nach Polen heimgekehrt, offenbar beseelt von der möglichen Macht der Medien. So sieht es zumindest Priester Adam Boniecki, Chefredakteur der katholischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“: „Die Lektüre der Texte von Pater Rydzyk lässt vermuten, dass in seiner Vision die Angst dominiert. Vielleicht erwiesen sich die persönlichen Erfahrungen aus Deutschland, wo Rydzyk von 1986 bis 1991 Zuflucht gefunden hatte, als traumatisch. Seiner Auffassung nach erlitt die Kirche im Westen eine Niederlage. Alles ist dort eine Gefahr für den Glauben, sogar einige Bischöfe, noch viel mehr die Theologen. Die Hoffnung für die Welt ist Polen und dessen Religiosität. Der Sprecher und Vermittler dieser Religiosität soll natürlich Radio Maryja sein.“³

Im Juni 1991 war es dann so weit: Radio Maryja erhielt im polnischen Toruń und Bydgoszcz die lang ersehnten Sende­frequenzen. Vom ersten Tag an verstand sich das Programm als Bollwerk gegen das Böse und als Vorkämpfer gegen jede Gefahr für Kirche und Vaterland. Sakrale Musik und Gebete stehen im ständigen Wechsel mit den Wortanteilen des Programms, in denen es sehr viel unheiliger zugeht. Der Liberalismus, die Juden, die Europäische Union und dabei vor allem natürlich die Deutschen müssen minutenlange Hasstiraden über sich ergehen lassen. Radio Maryja ist eine 24-Stunden-Mischung aus politischer Manipulation und Gebet.

Innerhalb kurzer Zeit hatte sich das Programm auf dem polnischen Radio­markt fest etabliert. Im Jahr 2002 betrug der Anteil der Radio Maryja-Hörer immerhin schon 3,3 Prozent. Inzwischen wird die Stammhörerschaft auf fünf bis sechs Millionen Hörer geschätzt, von denen ein Großteil vor allem in Amerika lebt, wo Radio Maryja über Satellit zu empfangen ist. Der polnische Kirchenjournalist Mikołaj Lizut erklärt den Erfolg des Programms: „Das Phänomen besteht darin, dass Pater Rydzyk um sich die Menschen mit Angst vor der Gesellschaft scharte. Einerseits gibt es in Polen eine ziemlich starke Strömung

2 Radio Zet, Sendung „Gast bei Radio Zet“, am 7. 3. 2005.

3 Priester Adam Boniecki, Eine vergeudete Chance, in: Tygodnik Powszechny vom 29. 9. 2002.

des traditionellen, volkstümlichen Katholizismus. Andererseits sind es all die Menschen, die in der neuen Realität keinen Erfolg haben, die sich nicht zu rechtfinden können. Das heißt, das sind enttäuschte Leute.“⁴ Eine Auffassung, die auch von Katarzyna Pokorna-Ignatowicz vom polnischen Institut für Journalismus und gesellschaftliche Kommunikation an der Jagiellonen Universität bestätigt wird. „In Polen hat man in der Zeit der Transformation eine enorme Zahl von Menschen einfach außer Acht gelassen. Menschen, die sich in der neuen Realität nicht wohl fühlen. Aus verschiedenen Gründen. Weil sie zum Beispiel ihre Umwelt nicht verstehen, weil sie die Änderungen nicht akzeptieren wollen, nicht nur die Transformation, sondern einfach die Weiterentwicklung insgesamt. Kein Medium hat diese Menschen für sich gefunden, hat an sie bei der Programmgestaltung gedacht. Sie fühlten sich also in diesem Lande abgehoben, und plötzlich hat Pater Rydzyk sie gefunden. Und er hat ihnen gesagt, dass sie Recht haben, wenn sie sich in ihrer neuen Welt nicht wohl fühlen. Sie haben Recht und nicht der Rest der Welt. Es gäbe kein Problem, wenn Radio Maryja diesen Menschen irgendwie zu helfen versuchte, sich an die Welt, in der sie leben, anzupassen. Rydzyks Idee ist dagegen umgekehrt. Das, was es gibt, wird negiert, und man beharrt auf der Position, dass früher alles besser war. Und alle Änderungen, die stattfinden, sind schlecht an sich.“⁵

Auch den Zahlen nach sind die statistischen Durchschnittshörer von Radio Maryja die Verlierer des gesellschaftlichen Wandels in Polen. Über 54 Jahre alt, schlecht ausgebildet, früher meist in der Landwirtschaft beschäftigt, ohne Interesse an Kultur oder Wissenschaft, dafür absolut streng im Glauben – so wird der durchschnittliche Radio-Maryja-Stammhörer charakterisiert. Mit diesen Menschen hat sich Pater Rydzyk in den vergangenen 15 Jahren sein eigenes Reich mit einem eigenen Volk innerhalb der katholischen Kirche Polens geschaffen. Auf Radio Maryja bekommen diese Hörer eine Stimme, allerdings immer nach dem gleichen Ritual: „Radio Maryja, wir hören!“, wird der Gesprächspartner von den Moderatoren begrüßt. „Gelobt sei Jesus Christus und die Jungfrau Maria“, antworten die Hörer. Worauf die Moderatoren wiederum „Jetzt und in alle Ewigkeit“ erwidern.

Was nach dieser Begrüßung auf dem Sender passiert, ist einzig und allein dem Anrufer überlassen. Sei es, dass er nur sein Herz ausschütten will, sei es, dass er wieder die Juden für sein eigenes Schicksal verantwortlich macht. „Ich werde in Polen als Polin diskriminiert. Juden, Zigeuner, ich habe die Gelegen-

4 Mikołaj Lizut im ARD-Hörfunk-Interview am 20. 12. 2001 in Warschau.

5 Katarzyna Pokorna-Ignatowicz im ARD-Hörfunk-Interview am 14. 3. 2003 in Kraków.

heit, das zu beobachten. Sie leben besser als wir. Polen regieren doch keine Polen, sondern Juden. In meinem eigenen Lande lebt es sich sehr schlecht. Ich werde im eigenen Lande diskriminiert. So viel wollte ich sagen. Grüß Gott. Ich grüße alle Polen.“⁶

Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz kritisiert in ihrem dritten Bericht zur Situation in Polen ausdrücklich das Programm von Radio Maryja als rassistisch und antisemitisch: „Es gibt auch bestimmte Medien, die antisemitische Aussagen verbreiten, wie beispielsweise Radio Maryja. Gegründet durch einen katholischen Priester und sehr bekannt für seine intoleranten, scharf antisemitischen Sendungen, setzt es seine Tätigkeit fort trotz der Schelte, die durch die katholische Kirchenführung erteilt wurde.“⁷

Radio Maryja reagierte auf seine eigene Art und Weise auf die europäische Kritik. Der Sender ließ seine Hörerinnen und Hörer zu Wort kommen:

Marcin: Wenn es solchen Antisemitismus gibt in Polen, stellen Sie sich vor, es gibt einen Sejmarschall, leider schon einen ehemaligen Marschall, Borowski [...] Berman [Anspielung auf dessen jüdische Abstammung].

Moderator: Lassen wir das jetzt [...]. Schauen wir auf die Geschichte, denn es gibt manchmal negative Erfahrungen, aber es gibt keinen Hass, wie hier angedeutet wird.

Marcin: Es geht hier nicht um Hass. Sie greifen doch von allen Seiten an, in Polen und im Ausland. Die Polen seien Schweine und andere Verleumdungen richten sie gegen uns [...].

Moderator: [...] Wir wollen doch zeigen, dass wir ruhig über die Sache sprechen können.

Marcin: Wenn mich jemand Pole nennt, bin ich nicht beleidigt. Aber warum ändern sie ihre Nachnamen, wie Chamäleone?

Moderator: Man muss das so sehen: Jemand will hier die Teilung, den Konflikt, möchte, dass das, was beschrieben wird, tatsächlich geschieht.

Marcin: Jude ist Jude mit Rückgrat und Schluss.

Krzysztof: Das ist ein soziologischer Mechanismus. Sie müssen einen Feind haben, denn sonst, ohne Land und ohne Staat Jahrtausende lang, hätten sie sich als Nation nicht halten können. Bis zu einem Grad können wir das als Polen nachvollziehen.

6 Halina aus Gliwice in der Sendung „Nachtgespräche“ am 16. 6. 2005 in Radio Maryja.

7 Aus der polnischen Fassung des 3. Berichtes der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz vom 17. Dezember 2004, veröffentlicht am 14. April 2005, S. 30, übersetzt.

Moderator: Vielleicht wollen sie uns irgendwie brandmarken?

Jerzy: Ja, vielleicht wollen sie einfach wissen, was wir denken. [...] Jetzt sollen wir zur Rede gestellt werden.“⁸

Der polnische Episkopat reagiert, wenn überhaupt, äußerst zurückhaltend auf die politischen Provokationen von Radio Maryja. Zwar stellte der Metropolitan von Gdańsk, Bischof Tadeusz Gocłowski, kürzlich fest: „Dieser Sender identifiziert sich mit einer bestimmten politischen Richtung, was der seelsorglichen Verfassung über die Kirche in der gegenwärtigen Welt widerspricht.“⁹ Aber Radio Maryja an die kürzere Leine zu legen, das vermochte der gesamte Episkopat nicht. „Es hat sich nach einigen Jahren erwiesen, dass es kein Radio des polnischen Episkopats ist, sondern dass es allein Pater Rydzyks Radio ist. Pater Rydzyk erinnert ständig daran, dass der Redemptoristenorden der Besitzer der Konzession sei und dass der Episkopat ihm nicht vorschreiben dürfe, was er zu tun habe. Das ist selbstverständlich nur der formale Gesichtspunkt, denn aus dem Blickwinkel der Kirche gilt doch die hierarchische Ordnung, und eines der Probleme von Radio Maryja besteht darin, dass Pater Rydzyk die Gehorsamkeit gegenüber der Kirchenmacht abgelehnt hat. Eigentlich hat er in den Kategorien der Gehorsamkeit in der Kirche eine Art Abspaltung vollzogen. Und Ungehorsam gegenüber der Kirchenmacht ist eine sehr ernste Sache.“¹⁰

Bereits 1995 hatte Radio-Maryja-Chef Rydzyk die Geduld des polnischen Episkopats heftig strapaziert. Der Kirchensender griff damals aktiv in den laufenden Präsidentschaftswahlkampf ein. Der damalige Kandidat der Freiheitsunion Jacek Kuroń, ein enger Weggefährte auch von Solidarność-Führer Lech Wałęsa, wurde von Rydzyk schwerer stalinistischer Verbrechen beschuldigt. Rydzyk bezeichnete außerdem die damalige Präsidentschaftskandidatin Hanna Gronkiewicz-Waltz in seinem Programm nur als „diese Frau“, für die man nicht stimmen sollte, da sie Jüdin und Freimaurerin sei.

Wenig später geriet Pater Rydzyk selbst in eine handfeste Schwarzgeld-affäre. 217 000,- DM waren damals gestohlen worden, Geld, dessen Herkunft Pater Rydzyk nicht erklären konnte. Die Ermittlungen des polnischen Finanzministeriums konterkarierte der für Radio Maryja verantwortliche Redemptoristenorden mit der Feststellung, der Sender sei kein Wirtschaftsunternehmen, und laut Artikel 55 des Gesetzes über die Staat-Kirche-Beziehungen würden Einkommen aus nichtwirtschaftlicher Tätigkeit kirchlicher Rechtspersonen nicht

8 Aus der Sendung „Nachtgespräche“ am 16. 6. 2005 in Radio Maryja.

9 Polnischer Rundfunk, 1. Programm, Sendung „Signale des Tages“ am 25. 2. 2005.

10 Katarzyna Pokorna-Ignatowicz im ARD-Hörfunk-Interview am 14. 3. 2003 in Kraków.

besteuert. Der polnische Staat knickte ein, Pater Rydzyk brauchte seine Finanzierungsquellen nicht offen zu legen. Bis heute liegt die Finanzierung des kirchlichen Medienimperiums, zu dem neben Radio Maryja inzwischen auch der TV-Kanal „TRWAM“, eine Medien-Hochschule, ein Verlag sowie die Tageszeitung „Nasz Dziennik“ gehören, im Dunkeln.

1997 sah sich der Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Jozef Glemp, in einem Brief an den Redemptoristenorden gezwungen, Radio Maryja in die Schranken zu weisen: „Die Kirche soll vermeiden, feindliche Gefühle zu wecken. [...] Wenn es um das Gute geht, ist das Prinzip ‚Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns‘ kein Prinzip des Evangeliums. [...] Es wäre nicht gut, wenn aus den Prämissen des Evangeliums eine Knute geflochten wird, um die Gegner zu peitschen. Dann verschließt man den Missionsweg, um die Umherirrenden wieder zu gewinnen. Laute Kampfmethoden, die Radio Maryja in einigen Sendungen nutzt, wären vielleicht nicht der Aufmerksamkeit wert, wenn es nicht die Missachtung der Autoritäten und der allgemeinen Regeln gäbe. [...] Pater Rydzyk darf trotz der Popularität und Unterstützung großer Massen nicht für sich Privilegien fordern und über dem Recht stehen. [...] Ich selbst war gedemütigt, mit welchem Hochmut er über den Innenminister gesprochen hat. Hochmut ist nicht in Christus’ Sinne.“¹¹

Auf das Programm von Radio Maryja hatte die Intervention des polnischen Kirchenoberhauptes offenbar keinerlei Einfluss. Nationalistische Hetze und antisemitische Ausfälle sind auch heute keine Seltenheit auf dem Sender. Die katholische Kirche geht dabei den Weg des geringsten Widerstandes. Statt Klarheit in der Sache zu schaffen, weicht sie auf die Formel aus, Radio Maryja sei nicht der offizielle Sender der katholischen Kirche: „Alle Fragen, die nicht mit der Wahrheit übereinstimmen, können nicht als die Stellungnahme der katholischen Kirche anerkannt werden. Wir müssen das 8. Gebot – lege kein falsches Zeugnis gegenüber deinem Nächsten ab – nicht vorschreiben. [...]. Die Bischöfe brauchen sich nicht zu versammeln, um zu sagen, dieses Gebot gilt weiterhin. [...] Es bleibt die Frage, wie die Konferenz des Episkopats das betrachten soll, was in den Sendungen von Radio Maryja ist. Das ist das Eigentum des Redemptoristenordens. Sie haben eigene Rechte. [...] Es ist nicht so, dass die Bischöfe sagen, wer jetzt der Direktor sein wird. Es gibt ein Statut und das muss befolgt werden. Das ist nicht so einfach, wie man denken könnte.“¹²

11 Brief des Primas der katholischen Kirche an den Redemptoristenorden vom 25. 11. 1997.

12 Priester Józef Kloch, Pressesprecher des Episkopats, im 1. Programm des Polnischen Hörfunks am 24. 2. 2005.

Die staatliche Aufsichtsbehörde für Rundfunk und Fernsehen in Polen hatte das Programm von Radio Maryja nach den Vorwürfen eines latenten Antisemitismus bereits im Jahr 2003 unter Beobachtung gestellt. Auf den anschließenden Hinweis des Gremiums, noch immer würden über Radio Maryja nationalistische und vor allem antisemitische Inhalte verbreitet, reagierte Pater Zdzisław Klafka vom Redemptoristenorden jedoch mit Ablehnung: „Wir können nicht ausschließen, dass einige Telefonaussagen der Hörer Zeichen einer gewissen Provokation gegenüber dem katholischen Sender tragen können. [...] Die im Monitoring aufgezeichneten Aussagen der Hörer kann man jedoch nicht als antisemitisch einordnen. [...] Probleme, die aufgrund der Beziehungen zu den Personen jüdischer Abstammung entstehen, sind ein Problem nicht nur unserer Gesellschaft, sondern auch anderer Gesellschaften.“¹³

Für politisches Aufsehen sorgte Senderchef Pater Rydzyk auch im März 2005, als er den in Uruguay lebenden polnischen Millionär Jan Kobylański als Sponsor von Radio Maryja ehrte. „Die ‚Medaille für ein treues und leuchtendes Vorbild des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe, für die Liebe zu Polen und den Polen, zum polnischen Boden und der Kultur, für die für die Nation sprechenden Worte und Taten‘ hat im Namen von Jan Kobylański dessen Sohn Walter entgegengenommen“, schrieb dazu die „Gazeta Wyborcza“.¹⁴

Doch der im Exil lebende Förderer von Radio Maryja steht seit Jahren im Verdacht, polnische Juden während des Zeiten Weltkriegs an die Nationalsozialisten ausgeliefert zu haben. In einer Presseerklärung des Polnischen Instituts für Nationales Gedenken IPN über neue Aktenfunde heißt es unter Bezugnahme auf den Chef der Ermittlungsabteilung, Witold Kulesza: „Sie weisen darauf hin, dass Kobylański Juden denunzierte, was ein Grund für den Antrag auf Auslieferung des Geschäftsmannes durch Uruguay sein könnte. Kulesza teilte mit, es lägen Zeugenaussagen vor, die ‚Hinweise geben, die keinen Zweifel zulassen, dass Janusz Kobylański eine jüdische Familie denunziert hat, von der er das Versprechen hatte, für gefälschte Dokumente, die dem jüdischen Ehepaar das Überleben in Warschau ermöglichen sollten, mit goldenen Münzen bezahlt zu werden‘. Kulesza erklärte, im Bericht an das Justizministerium werde IPN juristisch begründen, warum das Denunzieren der Juden mit dem Bewusstsein, dass dies eine Auslieferung in den Tod bedeutete, eine Beteiligung am Völkermord ist, der wiederum nicht verjährt.“¹⁵

13 Rzeczpospolita vom 25. 9. 2003.

14 Gazeta Wyborcza vom 26. 4. 2005.

15 IPN-Presseschau vom 24. 3. 2005.

Unmittelbar vor der Ehrung Kobylański durch den Direktor von Radio Maryja, Pater Rydzyk, war in der „Gazeta Wyborcza“ noch ein weiterer Artikel erschienen: „Jan Kobylański, Millionär aus Uruguay und Sponsor von Pater Rydzyk, hat das Zeugnis des Internationalen Roten Kreuzes, dass er Häftling in den Konzentrationslagern war, gefälscht. Wir sind an das Original und an die Fälschung gekommen. Die Dokumente haben das gleiche Datum, Signaturnummer, identische Unterschriften und Stempel. Geändert wurden der Vorname und das Geburtsdatum. Sind Jan und Janusz Kobylański ein und dieselbe Person? Es sieht so aus, dass das nicht der Fall ist. In den Überresten der Häftlingslisten des Lagers Gusen gibt es Janusz Kobylański, Medizinstudent, geboren im Jahre 1919. Der Millionär aus Uruguay ist vier Jahre später zur Welt gekommen, und in keiner Biografie hat er ein medizinisches Studium erwähnt.“¹⁶

Tadeusz Rydzyk wertete die Vorwürfe gegen seinen Sponsoren als einen Angriff auf Radio Maryja: „Dieser neueste Angriff auf Jan Kobylański ist nicht gegen Herrn Kobylański gerichtet, sondern das ist ein Angriff auf das Radio. Ich will mich im Moment nicht dazu äußern. Einen Menschen, der große Verdienste hat, greifen sie an, sie verbreiten Lügen über ihn.“¹⁷

Unter dem Strich bleibt also die Frage, warum der polnische Episkopat die notwendige Kraftprobe mit Radio Maryja vermeiden will. Für die Medienwissenschaftlerin Katarzyna Pokorna-Ignatowicz liegt das vor allem an den widersprüchlichen Interessen innerhalb der katholischen Kirche selbst: „Ich denke, das ergibt sich daraus, dass der Episkopat nicht die offene Spaltung der polnischen Kirche riskieren will. Die eindeutige Entscheidung: Sind wir die offizielle Kirche, in der wir die Führung des Episkopats anerkennen, oder sind wir die Kirche von Pater Rydzyk? Eine offene Konfrontation würde dazu führen, dass sich eine große Zahl von Menschen aus der Kirche verdrängt und vertrieben fühlen würde. Es gibt nur die Chance, dass die Menschen einsehen, was da passiert. Außerdem muss man sagen, auch wenn es unangenehm ist, dass es doch vor allem ältere Menschen sind. Damit sich ein Medium aber entwickeln und fortbestehen kann, muss es den Zulauf junger Menschen haben. Und wenn es den nicht gibt, wird die Erscheinung auf natürliche Weise schrumpfen. Und wahrscheinlich rechnet man genau darauf.“¹⁸

16 Gazeta Wyborcza vom 24. 3. 2005, in: IPN-Presseschau vom 24. 3. 2005.

17 PAP vom 23. 3. 2005, in: IPN-Presseschau vom 24. 3. 2005.

18 Katarzyna Pokorna-Ignatowicz im ARD-Hörfunk-Interview am 14. 3. 2003 in Kraków.

„Linguistische Wende“ und „kultureller Code“ in der Geschichtsschreibung zum modernen Antisemitismus

Die „neue“ Kulturgeschichte hat seit den späten 1960er-Jahren die historische Forschung nachhaltig und dauerhaft verändert. Sinn und Sinnstiftung sind damit als ein zentrales Thema in die Geschichtswissenschaft zurückgekehrt.¹ Innerhalb der dadurch ausgelösten Debatten hat jedoch bislang ein Problem nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die ihm eigentlich gebührt, zumal dann, wenn man seine zentrale Stellung für das Wirklichkeitsverständnis der Kulturgeschichte und deren Schlüsselbegriffe „Sinn“ und „Sinnstiftung“ bedenkt. Gemeint ist die so genannte linguistische Wende, der „linguistic turn“. Dieser Terminus hat sich als Sammelbezeichnung für all diejenigen Ansätze und Theorien eingebürgert, die auf eine fundamentale, dem herkömmlichen Wirklichkeitsverständnis der Historiker widersprechende Neubestimmung des Verhältnisses von Sprache und Wirklichkeit zielen.² Er sollte auch weiterhin verwendet werden, obwohl es zutreffend ist, dass dafür weniger die Fachdisziplin der Linguistik als vielmehr zeichentheoretische und sprachphilosophische Überlegungen Pate gestanden haben.³

Es ist das Ziel dieses Textes, einige der mit dem „linguistic turn“ verbundenen theoretischen Optionen und Erkenntnischancen zu demonstrieren. Dabei kann es nicht darum gehen, die theoretischen und forschungspraktischen Probleme und Divergenzen unter den Tisch zu kehren, im Gegenteil: Im Folgenden wird besonderes Augenmerk gerade auf die verschiedenen Wege gelegt, mit denen man diese „Wende“ vollziehen kann. Vor allem am Beispiel der Forschungen zum deutschen Antisemitismus sollen verschiedene Versuche analysiert

1 Vgl. z. B. Ute Daniel, *Kompendium Kulturgeschichte. Theorien, Praxis, Schlüsselwörter*, Frankfurt a. M. 2001.

2 Als Überblick vgl. John E. Toews, *Linguistic Turn and Discourse Analysis in History*, in: *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences*, Amsterdam 2001, Bd. 13, S. 8916–8922.

3 Jürgen Trabant, *Zur Einführung: Vom linguistic turn der Geschichte zum historical turn der Linguistik*, in: ders. (Hrsg.), *Sprache der Geschichte*, München 2005, S. IX.

werden, Sprache als realitätsprägende Kraft in der Genese der modernen Judenfeindschaft ernst zu nehmen. Zuvor sind allerdings die Hindernisse für eine angemessene Rezeption des „linguistic turn“ anzudeuten. Eines besteht darin, dass seine Fragestellung und die dafür eintretenden Theoretiker voreilig mit dem theoretischen Programm der „Postmoderne“ identifiziert werden.⁴ Darunter lassen sich diejenigen Ansätze subsumieren, welche das definitive Ende aller „Meistererzählungen“ (Jean-François Lyotard) postulieren, die die Entwicklung und Selbstbeschreibung der modernen Gesellschaft bis an das Ende des 20. Jahrhunderts getragen haben. An die Stelle der Einheit der Moderne und der sie tragenden Prozesse wie Industrialisierung etc. tritt in der postmodernen Theorie die Vorstellung eines unverbundenen Nebeneinanders von pluralen Geschichten.⁵ Die postmodernen Ansätze haben bei vielen Historikern heftige Gegenwehr ausgelöst, da sie etwas angreifen, das als eine unverzichtbare Referenz der geschichtswissenschaftlichen Arbeit gelten konnte: die Herausbildung des Kollektivsingulars „die Geschichte“ im späten 18. Jahrhundert und die damit verbundene Vorstellung der Einheit der Geschichte und der Gesellschaft. Mit der Aufgabe dieser Einheit gehe demnach nicht nur die Einheit des Gegenstandes der Historiografie verloren, sondern zugleich auch eine Voraussetzung für die objektive oder objektivierbare „Wahrheit“ geschichtswissenschaftlicher Aussagen.⁶

Gerade das Beispiel des Antisemitismus vermag dies anschaulich zu machen. In ihrer Darstellung über die Holocaust-Leugner in Westeuropa und den USA hat Deborah Lipstadt die Behauptung aufgestellt, dass das Vordringen des Dekonstruktivismus und der postmodernen Theorien seit den 1970er-Jahren eine der historischen Voraussetzungen gewesen sei, die die gleichzeitig extrem ansteigende Zahl der Leugner des Völkermordes an den europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg begünstigt und ein Klima für die positive Rezeption ihrer antisemitischen Lügen geschaffen habe. Mit dem Verzicht auf ein „objektives“ Kriterium der Wahrheit habe der Dekonstruktivismus eine angemessene Bekämpfung des Antisemitismus und der Holocaust-Leugner erschwert.⁷ Richard J. Evans

4 Peter Schöttler, Wer hat Angst vor dem linguistic turn?, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997) 1, S. 142 f.

5 Als ein für die angelsächsische Debatte symptomatisches Beispiel vgl. Keith Jenkins, *Re-Thinking History*, London/New York 2003.

6 Vgl. exemplarisch Lucian Hölscher, *Neue Annalistik. Umriss einer Theorie der Geschichte*, Göttingen 2003.

7 Deborah Lipstadt, *Denying the Holocaust. The Growing Assault on Truth and Memory*, London 1994, S. 18 f.

hat diese Behauptung aufgegriffen und zu einem grundlegenden Argument seiner „Verteidigung“ – so die aufschlussreiche Wortwahl – der Historie gegen den Postmodernismus gemacht. Dieser habe demnach sogar die Ausbreitung der Holocaust-Leugner durch das von ihm geschaffene „intellektuelle Klima“ „begünstigt“.⁸ Diese ohne jeden Beleg daherkommende Behauptung ist nicht nur deshalb absurd, weil das politisch durchgehend linksliberale intellektuelle Engagement von namhaften „postmodernen“ Sprachtheoretikern wie Jacques Derrida und Hans-Ulrich Gumbrecht sich weitgehend in einem akademischen Elfenbeinturm vollzogen hat, der mit den geistigen Verirrungen und kriminellen Machenschaften des „lunatic fringe“ der Holocaust-Leugner nun wirklich keinerlei Berührungspunkte aufweist.

Sie ist auch deshalb nicht stichhaltig, weil – so die hier vertretene These – gerade mit dem „linguistic turn“ und dem Dekonstruktivismus die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, Antisemitismus auf der Ebene der Wissenschaft wirklich substanziell zu kritisieren. Der dazu üblicherweise beschrittene Weg besteht darin, die von Antisemiten vorgebrachten „Belege“ – tatsächlich muss man von Scheinbelegen sprechen – für die angebliche „Macht“ des „internationalen“ Judentums oder für die von diesem angeblich „manipulierte“ Übertreibung der von den Nationalsozialisten durchgeführten Vernichtung der europäischen Juden zu kritisieren. Diese Kritik stützt sich dabei auf die ohne jeden Zweifel vorhandene materielle und schriftliche Evidenz über die Realität des Holocaust und konfrontiert diese mit den Lügen und Verzerrungen der antisemitischen Holocaust-Leugner.⁹ Eine andere, bislang noch nicht genutzte Möglichkeit besteht jedoch darin, die Sinnstruktur dieser und anderer antisemitischer Texte und Reden zu untersuchen. Diesem Ansatz zufolge können die dort angeführten Scheinbelege ihre Rolle als „Beweis“ erst dadurch erfüllen, dass sie im Rahmen einer spezifischen Sinnstruktur vorgebracht werden. Um dies zu erkennen, bedarf es einer Technik der Textlektüre, die die typischen Verweisungen, binären Unterscheidungen und Gegenbegriffe, mit denen Antisemiten die Welt beurteilen und in ihren Reden und Schriften ihre eigene „Realität“ konstruieren, von außen beobachtet und damit als Konstruktion kenntlich macht. Und eine solche Technik hat die von Jacques Derrida entwickelte Theorie der Dekonstruktion sowie die von Niklas Luhmann als Pa-

8 Richard J. Evans, *Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis*, Frankfurt a. M./New York 1998 (Engl. 1997 als „In Defence of History“), S. 212–243, bes. S. 229.

9 Dies ist die Vorgehensweise bei Lipstadt, *Denying*.

rallele dazu gesehene Form der „Beobachtung zweiter Ordnung“ zur Verfügung gestellt.¹⁰

I.

Der „linguistic turn“ greift zunächst einmal Ergebnisse der modernen Zeichentheorie seit Ferdinand de Saussure auf. Saussure hatte die gängige Vorstellung widerlegt, dass sprachliche Zeichen als Widerspiegelung einer vorgängig vorhandenen äußeren Realität zu verstehen seien. Das Zeichen wurde von Saussure vielmehr als eine Differenz des Bezeichneten (Signifikat) und des Bezeichnenden (Signifikant) bestimmt. Die Verbindung zwischen diesen beiden Seiten erweist sich dabei als arbiträr und beliebig.¹¹ Die führenden Vertreter des französischen Poststrukturalismus haben Ende der 1960er-Jahre daraus den über Saussure hinausgehenden Schluss gezogen, dass sich die Signifikanten, also das, was die Zeichen und Wörter „bedeuten“, generell nicht mehr unter Verweis auf einen außersprachlichen Referenten bestimmen lassen. Die Bedeutungen der Zeichen ergäben sich vielmehr, so hat es insbesondere Jacques Derrida formuliert, nur noch in ihrer Relation zu und in ihrem Verweis auf andere Signifikanten. „Realität“ ergebe sich demnach nicht mehr durch Verweis auf materielle Referenten, auf Signifikate. Sie sei vielmehr das kommunikative Ergebnis der Differenzen und Verweisungen zwischen den Signifikanten. Diese Position leugnet nicht, dass es in der Welt außerhalb des Bewusstseins Wiesen mit blauen Blumen gibt. Aber sie behauptet, dass man sich in der sprachlichen Artikulation dieser Objekte niemals außerhalb der Ketten bewegen kann, die aus den Verweisungen zwischen den Signifikanten konstituiert werden. Die „blaue Blume“ mag auf eine bestimmte Kornblume auf einer bestimmten Wiese verweisen. Aber selbst dann kann man diesen Terminus nicht verwenden, ohne den Verweis auf Schlüsseltexte der deutschen Romantik aufzurufen, auf den „Heinrich von Ofterdingen“ von Novalis etwa und auf die blaue Blume als Synonym für die romantische Sehnsucht nach dem Unendlichen. Und deshalb bewegt sich die sprachliche Artikulation der Welt nicht im Verweis von der „Sache“ (blaue Blume oder Kornblume) auf das „Wort“ („blaue Blume“) und

10 Jonathan Culler, *Dekonstruktion. Derrida und die poststrukturalistische Literaturtheorie*, Reinbek 1988, Kapitel 2; Niklas Luhmann, *Deconstruction as Second-Order Observing*, in: *New Literary History* 24 (1993), S. 763–782.

11 Eine knappe Erläuterung bei Daniel, *Kompendium*, S. 123–129.

wieder zurück, sondern im Verweis von dem „Wort“ (Signifikanten) auf andere Signifikanten. Sprache bildet damit Realität nicht nur ab, sondern ist auf fundamentale Weise an ihrer Konstruktion beteiligt.¹²

Bereits an dieser Stelle ist erkennbar, warum es fragwürdig ist, wenn die von Reinhart Koselleck entwickelte Begriffsgeschichte als eine spezifische „deutsche“ Variante des „linguistic turn“ bezeichnet wird.¹³ Dies ist nur dann plausibel, wenn jede Form der Beschäftigung mit dem Wechselverhältnis von Sprache und Geschichte als eine Umsetzung des „linguistic turn“ verstanden wird. Das aber impliziert eine inflationäre Verwendung dieses Terminus. In seiner Einleitung zu den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ hat Koselleck unmissverständlich bemerkt, worin die Differenzen bestehen: „Das vorwaltende Interesse an der Geschichtlichkeit der behandelten Grundbegriffe unterscheidet die [in diesem Lexikon] verwendete Methode von Ansätzen der modernen Sprachwissenschaft, speziell der strukturalistischen Linguistik. [...] Die Beziehung vom „Wort“ zur „Sache“ wird behandelt, der Begriff wird in seiner politisch-sozialen, nicht in seiner linguistischen Funktion thematisiert. Gleichwohl werden sprachwissenschaftliche Zugriffe verwendet.“¹⁴

Mit diesen Worten wird eine dreifache Feststellung getroffen. Erstens geht die Begriffsgeschichte weiterhin von einer eindeutigen Beziehung zwischen Wort und Sache aus und ignoriert damit, trotz ihrer verbalen Berufung auf „sprachwissenschaftliche“ Methoden, den Kenntnisstand der modernen Zeichentheorie und die damit geschaffene Problemlage. Zweitens wird ein Gegensatz zwischen einem historischen und einem strukturalistischen Zugriff auf die Sprache konstruiert. Dies entsprach dem Anfang der 1970er-Jahre ebenso verbreiteten wie in der Sache unzutreffenden Vorurteil von dem „unhistorischen“ französischen Strukturalismus. Und drittens wird ein weiterer Gegensatz zwischen einer linguistischen und einer politisch-sozialen Funktion von Begriffen konstruiert und damit ein Gegensatz, den die Diskursgeschichte gerade vermeiden möchte, um sprachtheoretische Einsichten überhaupt für die Gesellschaftsanalyse fruchtbar machen

- 12 Für eine Schilderung dieses Befundes und seiner Konsequenzen vgl. Philipp Sarasin, *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, in: ders., *Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse*, Frankfurt a. M. 2003, S. 31 ff.
- 13 Melvin Richter, *A German Version of the „Linguistic Turn“*. Reinhart Koselleck and the History of Political and Social Concepts (Begriffsgeschichte), in: Dario Castiglione (Hrsg.), *The History of Political Thought in National Context*, Cambridge 2001, S. 58–79.
- 14 Reinhart Koselleck, *Einleitung*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XXI.

zu können. Denn aus ihrer Sicht sind Sprachformen wie „Metonymie und Metapher“ eben „keine Gedankenformen, die einer ursprünglichen, konstitutiven Buchstäblichkeit sozialer Verhältnisse einen zweiten Sinn hinzufügen“. Sie sind vielmehr selbst Teil des Geländes, „auf dem das Soziale konstituiert wird“.¹⁵

Deshalb haben sich die meisten Forschungen, die umfassende Konsequenzen aus dem von Saussure bis Derrida geschaffenen Diskussionsstand ziehen wollten, bislang vor allem an die Diskurstheorie angelehnt. Generell lassen sich Diskurse als Aussagesysteme bezeichnen, in denen bestimmte Formationsregeln für die Anordnung von sprachlichen Aussagen und die Umschreibung einer Position sorgen, von der aus ein legitimer Sprecher konzipiert werden kann. Ein vielfach diskutiertes Kernproblem dieser Konzeption war der hermetische, selbstbezügliche Charakter von Diskursen, die gewissermaßen als ein automatisches, völlig autonom agierendes Subjekt fungierten. Demgegenüber hat die Kritik stets die Frage aufgeworfen, worin denn das „Andere“ oder das „Äußere“ des Diskurses zu suchen sei, ohne dass es darauf eine befriedigende Antwort gegeben hätte.¹⁶ Dieses Problem hat zu einer Weiterentwicklung der Diskursanalyse über Foucault hinaus geführt, die vor allem mit dem Namen von Ernesto Laclau verbunden ist. In dieser Konzeption wird unter einem Diskurs ein Versuch verstanden, im Medium des Sinns vor dem Hintergrund einer ungeordneten Komplexität von möglichen Sinnartikulationen Festlegungen zu schaffen. Diskurse sind in dieser Perspektive „Ensembles von signifizierenden Differenzen, die zu Differenzsystemen zusammen geschlossen sind“. Eine solche Stabilisierung oder Fixierung von Sinnformen durch aufeinander verweisende Zeichenketten wirft jedoch gerade die Frage nach der Grenze auf, die zwischen einem solchen Sinnsystem und seiner Umwelt gezogen wird. Damit wird der Bezug auf das Äußere des Diskurses geradezu konstitutiv für diese Konzeption und die Sicherstellung dieser Grenzziehung ein eminentes theoretisches Problem.¹⁷ Die Virulenz dieses Problems wird sofort erkennbar, wenn wir an die Unabschließbarkeit des differenziellen Charakters von Sinn erinnern, wie er sich aus dem Charakter des Zeichens ergibt. Der Sinn des Signifikanten lässt sich eben nicht an ein bestimmtes Signifikat anpflocken, um dort

15 Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien 2000, S. 147.

16 Toews, *Linguistic Turn*, S. 8919 f.; Sarasin, *Geschichtswissenschaft*, S. 51.

17 Stäheli, *Sinnzusammenbrüche*, S. 54; Sarasin, *Geschichtswissenschaft*, S. 46–55; Laclau/Mouffe, *Hegemonie*, S. 127–187.

einen festen Haltepunkt zu finden, sondern existiert stets nur in der Verweisung auf andere Signifikanten.

Jeder Diskurs benötigt jedoch einen „point of reference“, der dieses permanente Weggleiten der Signifikanten zum Stoppen bringt und damit eine Fixierung von stabilen Sinnhorizonten und auch die Generierung von Identität für eine diskursive Formation ermöglicht. Für diese Funktion hat Ernesto Laclau den Begriff des „leeren Signifikanten“ eingeführt, also eines Signifikanten, der von jeder konkreten empirischen Bestimmtheit gereinigt worden ist und gerade deshalb als Haltepunkt eines Diskurses fungieren kann. Erst dieser leere Signifikant ermöglicht demnach die Abgrenzung des Diskurses von seinem Außen, indem es die für jeden Diskurs typischen Differenzen tendenziell auslöscht und stattdessen eine Repräsentation der Einheit des Diskurses ermöglicht.¹⁸

Die Arbeiten von Ernesto Laclau lassen sich als ein Beispiel dafür verstehen, wie die unabdingbaren Konsequenzen aus dem „linguistic turn“ in der Sprachwissenschaft für gesellschaftstheoretisch interessierte historische Forschungen fruchtbar gemacht werden können. Das von Laclau entwickelte Interesse an der Außenseite von Diskursen trifft sich dabei mit einer zentralen Fragestellung der von Niklas Luhmann entwickelten soziologischen Kommunikationstheorie. Denn auch diese fragt, als Systemtheorie, nach der konstitutiven Bedeutung, die die Differenz zwischen dem System und der es umgebenden Umwelt für die Stabilität des Ersteren hat. Allerdings hat Luhmann keine Sprachtheorie im engeren Sinne entwickelt. Denn Sprache war für ihn kein System, sondern eher ein Nichtsystem, genauer gesagt ein Medium. Der Begriff des Mediums ist dabei in Differenz zum Begriff der Form definiert und bezeichnet Elemente, die in einer Form fest miteinander gekoppelt werden können. Als eine so verstandene feste Koppelung von losen Elementen ermöglicht Sprache einen für die Theoriearchitektur der Systemtheorie entscheidenden Schritt, nämlich zwischen Systembildungen im Bereich des Bewusstseins auf der einen und sozialer Systeme auf der anderen Seite zu unterscheiden. Bewusstseinssysteme verknüpfen Gedanken miteinander und verwenden dazu Sprache, soziale Systeme basieren hingegen auf der Verknüpfung von Kommunikationen, und auch dafür wird Sprache verwendet. Der Begriff und das Konzept der Kommunikation treten also bei Luhmann an die Stelle einer Sprachtheorie.¹⁹

18 Ernesto Laclau, *Why do Empty Signifiers matter to Politics?*, in: Jeffrey Weeks (Hrsg.), *The Lesser Evil and the Greater Good*, London 1994, S. 167–178; vgl. Stäheli, *Sinnzusammenbrüche*, S. 59.

19 Vgl. v. a. Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1997, S. 190–412.

Hier genügt es, ganz knapp auf einige der für unser Argument bedeutsamen Übereinstimmungen zwischen dieser soziologischen Kommunikationstheorie und der postmarxistischen Diskurstheorie von Ernesto Laclau hinzuweisen.²⁰ Beide gehen von einer differenztheoretischen Anlage aus, die auf externe ontologische Referenzen verzichtet. Gesellschaft ist ein Zusammenhang der Sinnartikulation durch die Differenzen zwischen Signifikanten, und die Einheit dieses Zusammenhangs lässt sich nur negativ durch die Grenzziehung gegenüber einem Äußeren bzw. einer Umwelt bestimmen. Beide Positionen stimmen ferner in der Ansicht überein, dass die Generierung und das Verstehen von Sinn nicht auf ein „Subjekt“ zurückgeführt werden kann, das als stabiler Referenzpunkt eines hermeneutischen Aktes der Lektüre fungiert. Da ein Subjekt als Referenzpunkt für die Stabilisierung von Sinn durch Verstehen ausscheidet, rücken die rekursive Wiederholbarkeit von Kommunikationsakten und damit die Regeln der kommunikativen Generierung von Sinnformen in das Zentrum des theoretischen Interesses. Damit verbindet sich die Hypothese, dass soziale Ordnungsbildung durch Kommunikation nur dann gelingen kann, wenn sich bestimmte Verwendungsweisen von Signifikanten durch ihren wiederholten Gebrauch als Symbol, im Ritual oder durch den Gebrauch von Codes stabilisieren lassen. Dies knüpft an Probleme an, die in anderen Kulturtheorien unter Begriffen wie „Symbol“ oder „Ritual“ geführt werden. Sie versieht diese allerdings, unter dem neuen Rubrum der „Iterabilität“ oder Wiederholbarkeit von Kommunikation, mit einem veränderten theoretischen Hintergrund und einer begrifflichen Präzisierung.²¹

II.

Die hier nur sehr verkürzt dargestellten Optionen werden klarer, wenn man sie an einem konkreten historischen Beispiel erläutert, der Erforschung der Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Diese stand seit den späten 1960er-Jahren zunächst noch ganz im Zeichen des sozialgeschichtlichen Paradigmas. In seiner Studie über „Große Depression und Bismarckzeit“ hatte Hans Rosenberg 1967 den Rahmen vorgegeben, den viele spätere Arbeiten – wie

20 Stäheli, Sinnzusammenbrüche, S. 93–160.

21 Ebenda, S. 161–183; vgl. Rudolf Schlögl u. a. (Hrsg.), Die Wirklichkeit der Symbole. Grundlagen der Kommunikation in historischen und gegenwärtigen Gesellschaften, Konstanz 2004.

etwa die von Reinhard Rürup, Shulamit Volkov, Norbert Kampe – dann ausgefüllt und präzisiert haben. Zur Debatte standen hier die sozialpsychologischen Funktionen, die der moderne Antisemitismus für bestimmte Sozialgruppen wie etwa die Handwerker, Kleinhändler oder Studenten im Zeichen des Kontextes der ökonomischen Krise im deutschen Kaiserreich nach 1871 erfüllte. Der Antisemitismus bot eine Deutung an, die das reale Steigen der Zahl jüdischer Studenten oder die zunehmende ökonomische Dominanz der Warenhäuser von jüdischen Besitzern mit der vermeintlichen Benachteiligung oder Chancenverschlechterung der nichtjüdischen, „deutschen“ Studenten und Kleinhändler verknüpfte. Indem sie die vermeintliche Benachteiligung der christlichen Deutschen auf die reale Präsenz der Juden in bestimmten sozialen Positionen projizierte, erlaubte es die antisemitische Ideologie den Verlierern der Modernisierung, ihre soziale Position in den Strukturen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschreiben. Und diese Strukturen wurden in der Sicht des sozialhistorischen Ansatzes als real und gegeben und damit als kontextuelle Voraussetzung des Antisemitismus verstanden.²²

Mit diesem Ansatz hat die in Tel Aviv lehrende Historikerin Shulamit Volkov 1978 in einem Epoche machenden Aufsatz über den „Antisemitismus als kultureller Code“ gebrochen.²³ Dieser Text hat bis heute nichts von seiner Frische und Originalität verloren und ist ausgezeichnet geeignet, als Ausgangspunkt für unsere Erörterung der praktischen Implikationen des „linguistic turn“ zu dienen. Er ist zugleich ein bemerkenswertes Beispiel dafür, dass ein Historiker nach langjähriger Beschäftigung mit einem Gegenstand einen selbstkritischen paradigmatischen Bruch mit seinen bisherigen Konzeptionen vollzieht. Der Kernsatz des Textes hielt fest: „Der Antisemitismus war keine direkte Reaktion auf reale Umstände.“ Anstatt weiter die kausale Warum-Frage nach den Ursachen und Motiven antisemitischer Einstellungen zu verfolgen und diese

- 22 Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, Berlin 1967; Reinhard Rürup, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft*, Göttingen 1975; Shulamit Volkov, *Zur sozialen und politischen Funktion des Antisemitismus: Handwerker im späten 19. Jahrhundert* (1974), in: dies., *Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays*, München 2000, S. 37–53; Norbert Kampe, *Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1988.
- 23 Shulamit Volkov, *Antisemitism as a Cultural Code. Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany*, in: *Yearbook of the Leo Baeck Institute* 23 (1978), S. 25–45; in deutscher Übersetzung: *Antisemitismus als kultureller Code*, in: dies., *Antisemitismus*, S. 13–36. Ich zitiere im Folgenden nach dieser Fassung.

auf die so genannte objektive, das heißt außersprachliche Realität zu beziehen, sollte man nach Volkov künftig eher nach dem „Wie“ fragen und damit nach der „Dynamik“ der kulturellen Prozesse, die zur Formierung und Verbreitung der antisemitischen Weltanschauung beitrugen.²⁴ Das Ergebnis einer solchen „symbolischen Formulierung“, die dem Antisemitismus eine „zentrale kulturelle Rolle“ in der deutschen Gesellschaft nach 1890 zuwies, umriss Volkov mit der These, der Antisemitismus sei gegen Ende des Jahrhunderts zu einem „kulturellen Code“ geworden. Als solcher habe er die Polarisierung der wilhelminischen Gesellschaft in zwei gegensätzliche „Ideengruppen“ bzw. „Lager“ getragen und vorangetrieben, zu deren Bezeichnung die Begriffe „Antisemitismus“ und „Emanzipation“ gedient hätten.²⁵

Im Anschluss an diese Thesen führte Volkov aus, wie Wilhelm Marr, Heinrich Treitschke und andere seit 1879 das „Vokabular“ dieser antisemitischen Kultur geschaffen hatten und welcher Metaphern sie sich dabei bedienten.²⁶ Spätestens hier waren das sprach- und zeichentheoretische Programm des Textes und seine Verknüpfung mit dem Anliegen der kulturellen Wende offenkundig geworden. Ohne großen theoretischen Aufwand – in den Fußnoten fand sich nur eine eher vage Bezugnahme auf die Theorie der symbolischen Formen von Ernst Cassirer – lag ein Forschungsprogramm zur kultur- und sprachtheoretischen Behandlung der Geschichte des Antisemitismus vor, auf das bis heute immer wieder Bezug genommen wird.²⁷ Es schmälert die anhaltende Bedeutung dieses Aufsatzes nicht im Geringsten, wenn hier auf einige aus heutiger Sicht erkennbare Schwächen des Arguments hingewiesen wird. Der Begriff des „Code“ blieb bei Volkov undefiniert. Nur implizit lässt sich erkennen, dass er als „Signum“, also als Zeichen verstanden wurde und die Codierung damit ein Vorgang der „Symbolisierung und Bezeichnung“ von zwei unterschiedlichen Lagern war.²⁸ Diese Identifizierung der Begriffe Zeichen, Symbol und Code erscheint jedoch problematisch. Zunächst einmal ist nicht jedes Zeichen ein Symbol. Es erscheint vielmehr sinnvoll, der griechischen Wortbedeutung von *συνβαλλειν*, also Zusammenwerfen zu folgen und als Symbol nur dasjenige Zeichen zu verstehen, das in der Lage ist, eine Differenz zu überbrücken. Ein Symbol ist ein Erkennungs-

24 Volkov, *Antisemitismus*, S. 23 ff.

25 Ebenda, S. 23.

26 Ebenda, S. 26–33, Zitat S. 31.

27 Ebenda, Anmerkung 50, S. 200; vgl. z. B. Olaf Blaschke, *Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich*, Göttingen 1997, S. 25; Till van Rahden, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925*, Göttingen 2000, S. 118–125.

Zeichen, etwa in Form eines auseinander gebrochenen Stabes, dessen zwei Teile vom Empfänger einer Botschaft wieder zusammengefügt werden können. In diesem Sinne haben beispielsweise die frühen Christen seit dem Konzil von Nicäa 325 ihr Glaubensbekenntnis ein „Symbolon“ genannt, weil sie daran erkennen konnten, dass sie zusammengehörten.²⁹

Aber auch der Begriff „Code“ bezeichnet keineswegs dasselbe wie ein „Zeichen“ oder „Symbol“. Es lohnt sich vielmehr, über die übliche Verwendung von Code als einem Kürzel hinauszugehen und die systemtheoretische Verwendung dieses Begriffs aufzugreifen. Unter einem Code ist demnach „eine Unterscheidung“ zu verstehen, „die an die Stelle eines Sachverhalts (oder Phänomens) tritt und es auf dem Wege der Entfaltung der Unterscheidung ermöglicht, den Sachverhalt zu rekonstruieren“.³⁰ Ein gutes Beispiel dafür ist der Code wahr/falsch, den die Wissenschaft verwendet. Er wird in jeder wissenschaftlichen Kommunikation verwendet und kann gewissermaßen als Kürzel für die spezifisch wissenschaftliche Form des Zugriffs auf die Welt gelten. Die Entfaltung dieses Codes kann aber nur dann erfolgen, wenn man ihn mit konkreten methodischen Programmen und Theorien verbindet und anreichert, die es erlauben, die genaue Funktionsweise wissenschaftlicher Kommunikation zu rekonstruieren und damit zu praktizieren.³¹

Erst nach dieser terminologischen Klärung lässt sich präzise beschreiben, warum der Begriff des „kulturellen Codes“ trotz seiner richtigen Tendenz in Richtung des „linguistic turn“ wohl nur bedingt geeignet ist, die Realität des Antisemitismus im deutschen Kaiserreich um 1900 angemessen zu beschreiben. Volkov zufolge unterschied der Code „Antisemitismus“ und „Emanzipation“.³² Das ist zutreffend für die Seite des Antisemitismus. Denn alle Antisemiten stellten sich explizit gegen die Emanzipation, und zwar nicht nur gegen die Emanzipation der Juden, die seit 1871 im Deutschen Reich Gesetz war, sondern oft auch gegen die der Frauen, weshalb es um 1900 viele Überschneidungen zwischen Antisemitismus und Antifeminismus gab.³³ Was es jedoch nicht gab,

28 Volkov, Code, S. 23.

29 Luhmann, Gesellschaft, S. 235.

30 Dirk Baecker, Wozu Gewerkschaften?, in: Mittelweg 36 (2004), H. 13, S. 10.

31 Niklas Luhmann, „Distinctions directrices“: Über Codierung von Semantiken und Systemen, in: Friedhelm Neidhardt u. a. (Hrsg.), Kultur und Gesellschaft, Opladen 1986, S. 145–161.

32 Volkov, Code, S. 23.

33 Ute Planert, Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität, Göttingen 1998.

war ein Lager der „Emanzipation“, das sich selbst als ein solches verstand oder bezeichnete und sich hinter dem Eintreten für die Emanzipation der Juden versammelte. Bereits Shulamit Volkov selbst hat jedoch einen Hinweis darauf gegeben, dass sich das Konzept des kulturellen Codes ebenfalls – und zwar empirisch zutreffender und theoretisch viel präziser – auf die Verhältnisse im Frankreich der Dritten Republik anwenden lässt.³⁴

Seit der Verhaftung und Verurteilung des jüdischen Hauptmanns Alfred Dreyfus 1894 hatten sich in Frankreich rasch zwei gegensätzliche Lager herausgebildet, die sich selbst als „Dreyfusards“ und „Anti-Dreyfusards“ bezeichneten. Diese Unterscheidung – dieser kulturelle Code also – unterteilte zunächst nur in Kurzform diejenigen, die das Anliegen von Dreyfus und seiner Familie unterstützten, die offenkundig aus antisemitischen Motiven erfolgte und einem Justizskandal gleichkommende Verurteilung aufzuheben. Auf der anderen Seite standen jene, die genau dies – und das andere Lager – bekämpften, weil sie eine Aufhebung der Verurteilung als entscheidende Schwächung der französischen Nation und Armee verstanden. Anhand einer Analyse dieses Codes und der von ihm getragenen Texte, Reden und politischen Gruppierungen lässt sich jedoch ein ganzes System von Identitätszuschreibungen und politischen Orientierungen rekonstruieren, das die französische Nation in zwei Lager spaltete: das säkular-laizistische und republikanische Lager auf der einen und das katholisch-autoritäre und monarchische, antiliberalen und anti-aufklärerische Lager auf der anderen Seite.³⁵

Dreyfus selbst, der jahrelang in der Verbannung auf einer unwirtlichen Insel im Pazifik leben musste, hatte rasch erkannt, dass es bei dieser Unterscheidung nicht um ihn selbst ging, also um die konkrete Person, den Offizier, den Familienvater und den Juden Alfred Dreyfus. In einem Brief an einen prominenten französischen Antisemiten formulierte er: „Dreyfus das Symbol bin ich nicht. Es sind Sie, der diesen Dreyfus geschaffen hat.“³⁶ Genau dieses Symbol „Dreyfus“ war es, das als positiver bzw. negativer Bezugspunkt die beiden Lager zusammenbrachte und es ihnen ermöglichte, ihre ansonsten tief greifen-

34 Volkov, Code, S. 34; vgl. dies., Das geschriebene und das gesprochene Wort. Über Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus, in: dies., Antisemitismus als kultureller Code, S. 65–71.

35 Vgl. Stephen Wilson, Ideology and Experience. Antisemitism in France at the Time of the Dreyfus Affair, London 1982, S. 1–166; Zeev Sternhell, La culture politique de l'antidreyfusisme, in: Michel Denis u. a. (Hrsg.), L'Affaire Dreyfus et l'opinion publique en France et à l'étranger, Rennes 1995, S. 67–76.

36 Zitiert bei Wilson, Ideology, S. 1.

den politischen Differenzen zu überbrücken. Sozialisten, Republikaner und laizistische Intellektuelle wie Emile Zola wurden durch das „Symbolon“ „Dreyfus“ buchstäblich zusammengeworfen. Sie konnten dieses Erkennungszeichen benutzen, um sich dahinter im Kampf für die Dritte Republik zu versammeln.³⁷

Erst unter dieser doppelten Voraussetzung, der Unterscheidung „Dreyfusards / Anti-Dreyfusards“ als Code und der Verwendung von „Dreyfus“ als Symbol für die Maximierung der Kohärenz und Identität der beiden Seiten des Codes lässt sich die Bedeutung verstehen, die sprachliche und bildliche Zeichen – im generellen Verständnis des Begriffs – für die Dynamik der Dreyfus-Affäre und damit für die Dynamik des französischen Antisemitismus seit 1894 hatten. Die neuere Forschung hat dazu insbesondere Bildquellen wie antisemitische Karikaturen, die Illustrationen auf Brettspielen der Anti-Dreyfusards und anderes mehr herangezogen. Mit Hilfe dieser Quellen lässt sich zeigen, dass und wie der antisemitische Diskurs der Anti-Dreyfusards an traditionelle antijüdische Ideologeme wie den „Geld“- oder „Börsenjuden“, an die Unterwanderung des Militärs durch die Juden und an Stereotype über angebliche körperliche Charakteristika der Juden wie die große Nase und die dicken Lippen anknüpfen konnte. Die politische Durchschlagskraft und kommunikative Anschlussfähigkeit dieser Stereotype sorgte dafür, dass die Parolen der Anti-Dreyfusards mit enormer Geschwindigkeit bis in die entlegensten Landstriche und Dörfer des französischen Hexagons vordrangen und dort die antisemitische Mobilisierung vorantrieben.³⁸ Aber hinzu kam, dass das Symbol „Dreyfus“ den diversen Vordenkern der antisemitischen Ideologie und den judenfeindlichen politischen Gruppen und Parlamentsabgeordneten nun etwas bot, was ihnen zuvor gefehlt hatte. „Dreyfus“ fungierte als ein leerer Signifikant, als ein von jeder empirischen Bestimmtheit gereinigtes Symbol und konnte gerade dadurch die Identitätskonstruktion des antirepublikanischen Lagers abschließen. „Dreyfus“ war der Signifikant, das Bezeichnende, der Inbegriff all dessen, woran die französische Nation in der Dritten Republik aus Sicht der Antisemiten zu leiden schien, von der Korruption in den Eliten und der übergroßen Macht des Bankenkapitals

37 Michel Winock, *Les deux France*, in: ders. (Hrsg.), *L'affaire Dreyfus*, Paris 1998, S. 141–152.

38 Vgl. u. a. Nancy Fitch, *Mass Culture, Mass Parliamentary Politics and Modern Anti-Semitism: The Dreyfus Affair in Rural France*, in: *American Historical Review* 97 (1992), S. 55–95; Paula Hyman, *The Dreyfus Affair: The Visual and the Historical*. *Review Article*, in: *Journal of Modern History* 61 (1989), S. 88–109.

bis hin zu mangelnder militärischer Stärke und der angeblich allerorten anzutreffenden Kollaboration mit dem Erzfeind Deutschland.³⁹

Nun war die These vom Antisemitismus als einem „kulturellen Code“ keineswegs der erste Versuch, die Analyse von Sprache für das Verständnis der Dynamik und Funktionsweise antisemitischer Einstellungen fruchtbar zu machen. Der Romanist Victor Klemperer war mit seinen erstmals 1947 publizierten Gedanken zur LTI (*Lingua Tertii Imperii*) vielleicht der Erste, der sich substanziell mit der antisemitischen Sprache beschäftigte. Klemperer hob vor allem die Bedeutung des Adjektivs „jüdisch“ hervor, das sich an verschiedenste Gegenstände anlagern und deshalb die omnipräsente Gefährdung der Deutschen durch „den“ Juden, durch „Juda“ oder gar durch „Alljuda“ suggerieren und beglaubigen konnte.⁴⁰ Seit den 1960er-Jahren wurde dann eine Reihe von Arbeiten vorgelegt, die sich speziell mit den metaphorischen Gehalten der antisemitischen Texte befasst haben. Mit Metaphern aus der Biologie wie dem „Schmarotzer“ transportierten diese Texte die zentrale Botschaft, dass die Deutschen – als das „Wirtsvolk“ der Juden, wie es in Fortschreibung dieser Metapher hieß – von diesen ausgenutzt und bedroht würden und in der Opferrolle im Kern ihrer Existenz bedroht seien.⁴¹

Dem Ansatz der Begriffsgeschichte von Reinhart Koselleck folgte die 1987 erschienene Studie von Dietz Bering.⁴² Darin analysiert der Verfasser, am Beispiel der überlieferten Akten mit Gesuchen um Namensänderung, die Stigmatisierung von Juden aufgrund ihres Namens in der deutschen Gesellschaft von 1812 bis 1933. Das Insistieren von König Friedrich Wilhelm III. und konservativen Beamten auf als „jüdisch“ erkennbaren Namen wird unter anderem daraus abgeleitet, dass die Juden im Zuge ihrer Akkulturation bereits vor 1848 eben nicht mehr an äußeren Merkmalen wie der Kleidung oder an Bart und Schläfenlocken erkennbar waren und der Name deshalb die Bezeichnungsfunktion übernehmen musste. Das mag im Hinblick auf die Motive von Friedrich Wilhelm III.

39 Christian Delporte, *La guerre des caricatures*, in: Winock (Hrsg.), *L'affaire Dreyfus*, S. 203–210; Hyman, *Dreyfus*, S. 97 f., 105 f.; Fitch, *Mass Culture*, S. 81–87.

40 Victor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Leipzig 1975 (1947), S. 183–193, Zitate S. 187 f.

41 Alexander Bein, „Der jüdische Parasit“. Bemerkungen zur Semantik der Judenfrage, in: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte* 13 (1965), S. 121–149; vgl. auch Rainer Erb/Werner Bergmann, *Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860*, Berlin 1989, S. 195–216.

42 Dietz Bering, *Der Name als Stigma. Antisemitismus im deutschen Alltag 1812–1933*, Stuttgart 1987.

zutreffen.⁴³ Aber das Argument unterschätzt doch die den jüdischen Namen genauso wie dem Wort „Jude“ schon immer immanenten Verweisungsketten, die sich daran angelagert hatten, und zwar bereits zu einem Zeitpunkt, an dem man Personen auch noch an ihrer Kleidung und an ihrer Frisur als Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft erkennen konnte. Bering argumentiert ganz im Sinne von Koselleck „onomasiologisch“, also im Kontext einer Lehre vom Namen. Er geht deshalb von der Identität des Signifikats „Jude/jüdische Person“ von 1812 bis 1933 aus und rekonstruiert die Signifikanten, die zu seiner Bezeichnung verwendet wurden. Damit wird jedoch die Vielfalt der antisemitischen Signifikantenketten verfehlt, in deren Spiel der Verweis auf den Namen nur eines und nicht einmal ein unbedingt besonders sichtbares Element war. Danach fragt wiederum die Semiasologie oder Zeichenlehre. Sie untersucht also die Vielfalt der Verweisungen auf verschiedene Signifikate, die mit einem oder mehreren Signifikanten aufgerufen werden können, und ihre zeitliche Veränderung in diachroner Perspektive. Die Semiasologie erschließt die Vielfalt der sprachlichen Bezeichnungen von der Ausdrucksseite des Zeichens her, von dem als beliebig erkannten Signifikanten.

Seit den 1970er-Jahren ist diese semiasologische Fragestellung durch sprachwissenschaftliche Arbeiten verallgemeinert worden, die sich ganz systematisch dem Wortschatz des Antisemitismus gewidmet haben.⁴⁴ Diese Arbeiten setzten auf der Ebene der einzelnen Wörter und Wortbestandteile (Lexeme) an und vermaßen, zuweilen unter Einbeziehung quantitativer Methoden, auf diese Weise systematisch das sprachliche Inventar eines ausgewählten Korpus antisemitischer Texte. Verben (die Juden prahlen, brüsten sich einer Sache, erfrechen sich etc.), Adjektive (eitel, hoffärtig, übermütig etc.) und Substantive (Eitelkeit, Hochmut, Nationalstolz etc.) stellen das Material bereit, mit dem die Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften auf die Juden und deren (negative) Bewertung vollzogen werden kann. Zugleich konnte dieses sprachliche Inventar dazu benutzt werden, an exemplarischen Texten das Argumentations- und Begründungsverfahren herauszuarbeiten, mit dem die Legitimation für die Exklusion der Juden oder für die Rücknahme ihrer Emanzipation sprachlich hergeleitet wurde. In der Arbeit von Nicoline Hortzitz aus dem Jahr 1988, die hier als Beispiel herangezogen werden soll, führte dies an Texten aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhun-

43 Ebenda, S. 74–105, bes. S. 79.

44 Christoph Cobet, *Der Wortschatz des Antisemitismus in der Bismarckzeit*, München 1973; Nicoline Hortzitz, *Früh-Antisemitismus in Deutschland. 1789–1871/82. Strukturelle Untersuchungen zu Wortschatz, Text und Argumentation*, Tübingen 1988.

derts zur Identifikation von vier zentralen „Begründungsverfahren“, die als das „religiöse“, das „wirtschaftliche“, das „völkisch-nationale“ und das „biologisch-anthropologische“ unterschieden werden.⁴⁵ Bereits diese Unterscheidungen, die hier nicht im Detail weiter verfolgt werden sollen, machen deutlich, worin die Grenze dieses methodischen Zugangs zur Sprache des Antisemitismus liegt. Die antijüdischen Texte und ihre Argumentationsmuster werden unter vier Themen subsumiert, die jeweils die Konstruktion eines Geflechts von antisemitischen Stereotypen anleiten. Dabei liegt jedoch allen diesen Texten, wie Nicoline Hartzitz zu Recht notiert hat, ein „Denken in Gegensatzsystemen zugrunde“, bei dem die „Wir-Gruppe“ der Deutschen von der „Feindgruppe“ der Juden unterschieden wird. Und erst vor diesem Hintergrund der dichotomischen Unterscheidung von zwei polaren, sich aversiv gegenüberstehenden Gruppen kann die Herleitung der Exklusion der Juden durch rassische, wirtschaftliche oder andere Argumente überhaupt nur erfolgen. Hartzitz zufolge verweist diese „Polarisation“ jedoch auf die Existenz eines „außerhalb der Sprache liegenden, a priori gegebenen Schwarz-Weiß-Weltbildes“, dessen Deutung sich der „Sprachwissenschaft“ entziehe und Aufgabe „der Psychologen“ sei.⁴⁶

Mit dieser Bemerkung ist die konzeptionelle Grenze eines Ansatzes, der den „linguistic turn“ nur auf der Ebene der Worte und Wortgruppen umzusetzen sucht, überaus deutlich umrissen. Denn die thematische Subsumption anti-jüdischer Argumentationsformen unter Rubriken wie „ökonomischer“, „biologisch-rassistischer“ oder „nationaler“ Antisemitismus bleibt vor der zentralen Aufgabe stehen, die Konstruktion der Unterscheidung von „Wir-Gruppe“ und „Feindgruppe“ selbst als eine sprachlich induzierte Leistung des Textes nachzuweisen und sie nicht auf die Psyche oder das „falsche Bewusstsein“ der Antisemiten und damit in die Kompetenz einer anderen Fachdisziplin abzuschieben. Um diese Aufgabe zu bewältigen, bedarf es allerdings eines über die Untersuchung von Wortgruppen und -feldern hinausgehenden Ansatzes. Denn die Auflistung von Adjektiven und ihren substantivierten Korrelaten erlaubt es zwar, die Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften auf die „Juden“ als Kollektiv nachzuvollziehen sowie die Bewertungen, die an diese Zuschreibung gekoppelt werden. Mit welchen sprachlichen Mitteln jedoch die Zuordnung von Personen und Personengruppen zu den beiden Kollektiven „Wir-Gruppe“ und „Feindgruppe“ vollzogen wurde, lässt sich anhand der Adjektive und der durch sie transportierten Sachfelder und Verweisungsketten eben nicht nachvollziehen.

45 Hartzitz, Früh-Antisemitismus, S. 136–139, 236–273.

46 Ebenda, S. 283 f.

Und im Sinne des „linguistic turn“ ist davon auszugehen, dass auch diese Zuordnung eine auf der Ebene der Sprache und mit sprachlichen Mitteln vollzogene Konstruktion ist, die sich in antisemitischen Texten nachweisen lassen kann und muss, und zwar auch dann, wenn tatsächlich nur manche Personen oder Gruppen besonders dafür konditioniert sind, diese in Texten gespeicherte Konstruktion zum Gegenstand ihres eigenen psychischen Erlebens und ihrer Kommunikation zu machen. „Deutsche“ und „Juden“ sind keine Sozialgruppen oder Kollektive, deren interne Gemeinsamkeiten und Homogenität unmittelbar evident ist. Die kollektive Identität solcher Kollektive wird vielmehr in Texten konstituiert, und um dies zu analysieren, muss man die Ebene der Worte, Wortfelder oder Begriffe verlassen und ganze Sätze oder Satzsequenzen aus Texten analysieren.

Dies erfordert den Übergang von einer Metaphern- und Wortfeldanalyse oder einer Begriffsgeschichte zu einem diskursanalytischen Vorgehen oder zu einer Analyse der historischen Semantik im Sinne der Systemtheorie. Für die Diskursanalyse sei hier exemplarisch auf die Arbeit von Michael Imhof über den Antisemitismus des Berliner Hofpredigers Adolf Stöcker verwiesen, der seit 1879 die Judenfeindschaft zum zentralen Versuch seines Projekts einer „christlich-sozialen“ Partei machte, mit der er die Arbeiterschaft für das konservativ-nationale Lager gewinnen wollte.⁴⁷ Mit Hilfe der Mikroanalyse einer exemplarischen Rede von Stöcker und in Anlehnung an theoretische Ideen von Michel Foucault versucht der Autor, den von Stöcker verwendeten Begriff des „modernen Judentums“ als Schlüssel zu einem angemessenen Verständnis des Textes herauszuarbeiten. Der Begriff „modernes Judentum“ ist für ihn, in Anlehnung an einen Vorschlag von Jürgen Link, ein „Kollektivsymbol“, in dem die polaren Entgegensetzungen zwischen „Deutschen“ oder „Christen“ und „Juden“, die in verschiedenen Spezialdiskursen entwickelt und gespeichert werden, zusammenlaufen. Die Konstruktion dieses Kollektivsymbols und seine Anreicherung mit einer Fülle semantischer Verweisungen und Konnotationen diene im Text zur „Konstruktion eines quasi naturgegebenen Gegensatzes zwischen Juden und Christen“, der, über die Differenz zweier religiöser Gruppen hinaus, zu einem grundsätzlichen „sozialen Antagonismus“ ausgeweitet werde. Indem er das „moderne Judentum“ zum Gegensatz all dessen konstruiere, was christlich (und damit war immer gemeint: deutsch) sei, habe Stöcker „die“ Juden sprachlich aus dem Deutschen Reich ausgeschlossen.⁴⁸

47 Michael Imhof, „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht“. Diskursanalytische Studien zur christlich-sozialen Agitation im deutschen Kaiserreich, Oldenburg 1996.

48 Ebenda, S. 7–38, bes. S. 25 ff., S. 81–86, Zitat S. 85 f.

Mit diesem Vorgehen und dem Begriff des „Kollektivsymbols“ ist die Studie von Imhof also an einen Punkt gelangt, der ein zentrales Erkenntnisinteresse der sprachlichen Konstruktion von Antisemitismus im Sinne des „linguistic turn“ darstellt. An den Texten der Antisemiten selbst ist nachzuvollziehen, mit welchen sprachlichen Mitteln und mit welchen Sprachregeln sie die fugenlose Identifikation tendenziell aller Angehörigen des jüdischen Glaubens und aller getauften Juden zu dem „Judentum“ oder dem Kollektivsingular „der Jude“ vollziehen. Zumindest in der Arbeit von Michael Imhof wird dieser Erkenntnisgewinn jedoch wieder dadurch eingeebnet, dass die sprachlichen Regeln oder Diskurse zur Herstellung der Identität und Wesenhaftigkeit „des“ Judentums mit einer Ausnahme⁴⁹ nicht explizit benannt, sondern wiederum thematisch subsumiert werden. In diesem Sinne unterscheidet Imhof von dem „Überfremdungs- und Bedrohungsdiskurs“, der die von den Juden ausgehende Gefahr für die Identität der Wir-Gruppe der Deutschen umreißt, noch eine speziell auf die „Ökonomie“ bezogene Diskursformation, die die von den Juden ausgehende Bedrohung durch ihre Dominanz in der kapitalistischen Ökonomie, ja durch die Gleichsetzung von Juden und Kapitalismus argumentativ untermauern will. Auf diese Weise werden jedoch nicht unterschiedliche Konstruktionsregeln für die Identität der „Juden“ als Kollektiv analysiert, sondern wird diese Konstruktion wiederum nur unter zwei thematisch verschiedenen Rubriken abgelegt.⁵⁰

Die Kritik an einem solchen Vorgehen bildet gerade den Ausgangspunkt für die Studie des Soziologen Klaus Holz über „Nationalen Antisemitismus“ im späten 19. und 20. Jahrhundert, in der er exemplarische Texte mit Hilfe eines sequenzanalytischen Verfahrens interpretiert. Dieses Verfahren greift methodisch Elemente der strukturalen Hermeneutik auf, die Ulrich Oevermann entwickelt hat. Im Kern bezieht sich diese Analysetechnik aber auf Überlegungen zur Selektivität jeglicher Kommunikation, die in der soziologischen Systemtheorie von Niklas Luhmann entwickelt worden ist. Demnach lässt sich die Sinnstruktur eines Textes dadurch ermitteln, dass die im Fortgang eines Textes ersichtlich werdenden Entscheidungen über Sinnanschlüsse schrittweise rekonstruiert werden und damit herausgearbeitet wird, welche jeweils möglichen Anschlüsse – und damit auch mögliche andere Sinnhorizonte – im Text nicht verfolgt worden sind. Durch dieses bestimmte Lesarten ausschließende Ver-

49 Ebenda, S. 101–104; hier zeigt Imhof, wie Stöcker mit den Personalpronomina „wir“ und „uns“ den Horizont aufspannt, in dem die Wir-Gruppe der christlich-deutschen Nation konstruiert werden soll.

50 Ebenda, S. 92–96, 110 f.

fahren wird zunächst versucht, die Präzisierung und Konkretisierung des Bedeutungshorizontes einzelner Schlüsselwörter im Verlauf des Textes nachzuzeichnen. Aus dieser Konkretisierung des Bedeutungsgehaltes von Schlüsselwörtern und der für den Text spezifischen Selektivität der Anschlüsse zwischen einzelnen Sequenzen versucht Holz, Sinnverarbeitungsregeln antisemitischer Texte herauszuarbeiten. Regeln werden dabei als „wiederholt verwendete Muster der Aktualisierung von Sinn“ verstanden, womit Holz der systemtheoretischen Prämisse folgt, dass das Medium Sinn als die Einheit der Unterscheidung von Aktualität und Potenzialität zu verstehen ist. Jede Operation im Medium Sinn ist eine Selektion aus einem Möglichkeitsraum, und jede solche Auswahl verändert zugleich den Potenzialitätsrahmen für jede folgende Auswahl und legt zugleich gewisse Anschlüsse nahe.⁵¹

Der Gewinn, der mit dieser Form der Textanalyse für die historische Beschreibung des Antisemitismus im Rahmen des „linguistic turn“ verbunden ist, ergibt sich letztlich vor allem aus dem Reichtum an empirischen Analysen, die sie ermöglicht. Klaus Holz ist es mit seiner Interpretation exemplarischer Texte gelungen, die jeweils spezifische Regelstruktur jedes Textes aufzuweisen und gegen konkurrierende Deutungen zu verteidigen, die mit Hilfe hermeneutischer oder diskursanalytischer Methoden erarbeitet worden sind. Zugleich leitet er aus dem von ihm untersuchten Textkorpus den generellen Begriff einer Sinnstruktur des „nationalen Antisemitismus“ ab, der in Texten aus Deutschland, Österreich und Frankreich belegt wird.⁵² Der Ertrag dieses Vorgehens geht über eine Begriffsgeschichte,⁵³ eine Metaphernanalyse und eine nur thematisch subsumierende Diskursanalyse weit hinaus. Denn mit der Regelstruktur werden von Holz gerade diejenigen Regeln erfasst, die in antisemitischen Texten die sprachliche Konstruktion sowohl der national bestimmten „Wir-Gruppe“ als auch „der“ Juden als einer wesenhaft bestimmten Abstammungsgemeinschaft anleiten. Mit der Analyse der Regeln, die diesem dichotomischen Konstrukt zweier konkurrierender Identitäten zu Grunde liegen, geht Holz auch über frühere Theorien des Antisemitismus hinaus, die in diesem primär ein verzerrtes Fremd-

51 Klaus Holz, *Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung*, Hamburg 2001, S. 116–157, Zitat S. 133.

52 Ebenda, S. 165–539.

53 Mit der Begriffsgeschichte von Reinhart Koselleck teilt die Analyse von Klaus Holz allerdings die Beschränkung auf die „gepflegte Semantik“, also auf den Höhenkamm der zumeist von Akademikern verfassten Schlüsseltexte. Aber dieses Manko kann durch Einbeziehung anderer Quellentypen leicht behoben werden und ist letztlich vor allem durch den möglichen Arbeitsaufwand für eine Textanalyse begrenzt.

bild, ein Bündel von Stereotypen über eine Fremdgruppe sehen.⁵⁴ Die Evidenz der Texte zeigt demgegenüber eindringlich, dass Antisemitismus immer auch ein Autostereotyp ist, eine Konstruktion der als wesentlich verstandenen Identität einer als Nation bestimmten Wir-Gruppe. Auf diese Weise ist die Sprachanalyse des Antisemitismus zugleich anschlussfähig für die neuere Nationalismusforschung geworden, in der Fragen der sprachlichen und kulturellen Konstruktion von Nationen eine zentrale Rolle spielen.⁵⁵

Im Rahmen seiner Argumentation hat Klaus Holz wiederholt darauf hingewiesen, dass die in antisemitischen Texten (und dieses Argument gilt ebenfalls für solche aus den Reihen der Holocaustleugner) verwendeten „Scheinbelege“ über die angebliche Macht oder die angeblichen Verdrehungen und Lügen der Juden im Rahmen der Semantik des Antisemitismus, und nur dort analysiert werden sollten und können. Nur dort deshalb, weil die „Scheinbelege“ an dieser Stelle ihre Plausibilität und ihren Sinn erhalten, und dieser deshalb nur auf der Ebene der antisemitischen Texte angemessen dekonstruiert werden kann.⁵⁶ Der „Holocaust“, die systematische Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Regime 1941 bis 1945, war ein Geschehen auf der Ebene der Gesellschaftsstruktur, also der Organisationen und Interaktionen vor allem in Justiz, Wissenschaft und politischem System. Insofern die Faktizität dieses Geschehens historisch gut untersucht und zweifelsfrei erwiesen ist, genügt es, auf diese Fakten zu verweisen, um Holocaustleugnern in der Öffentlichkeit und in der politischen Bildung entgegenzutreten zu können.⁵⁷ Will man aber nachvollziehen, welcher Sinnstruktur die zutiefst menschenverachtenden und zynischen Behauptungen folgen, die die Holocaustleugner verbreiten, dann genügt der Hinweis auf die Faktizität des vergangenen Geschehens auf der

54 Gavin I. Langmuir, *Toward a Definition of Antisemitism*, in: ders., *Toward a Definition of Antisemitism*, Berkeley 1990, S. 311–352.

55 John Breuilly, *Nationalismus als kulturelle Konstruktion. Einige Überlegungen*, in: Jörg Echternkamp/Sven-Oliver Müller (Hrsg.), *Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760–1960*, München 2002, S. 247–269.

56 Holz, *Nationaler Antisemitismus*, S. 66, 69, 75 f.

57 Nur in dieser Hinsicht treffen auch die Metaphern des „Wächters“ und des „Türstehers“ am Reich der Wahrheit zu, mit denen Deborah Lipstadt die Aufgabe der Medien und der Wissenschaftler angesichts der Holocaust-Leugner beschreibt: Lipstadt, *Denying*, S. 180, 222. Das vorhandene Wissen um die Faktizität des Holocaust muss man bewachen, verteidigen und weiter verbreiten. Aber das Wissen um die Sinnhorizonte der antisemitischen Holocaust-Leugner muss man erst kommunikativ erzeugen, und zwar innerhalb der Wissenschaft, mit dem ihr allein zur Verfügung stehenden wahr/falsch-Code.

Ebene der Gesellschaftsstruktur keineswegs. Denn diese Sinnstruktur lässt sich nur auf der Ebene des Textes, also der Semantik nachvollziehen, und dazu bedarf es einer methodisch ausgewiesenen und kontrollierten Interpretation, die die Einsichten des „linguistic turn“ auf reflektierte Weise aufgreift. Und deshalb ist es wohl nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass mit den im Rahmen des „linguistic turn“ diskutierten Verfahren zur Sinnrekonstruktion von Texten die Kritik gerade auch des heutigen, zeitgenössischen Antisemitismus prinzipiell nicht erschwert oder gar behindert worden ist, sondern vielmehr methodisch komplizierter, aber auch substanzieller und genauer durchführbar geworden ist.

Die mit dem „linguistic turn“ für die historische Antisemitismusforschung verbundenen Chancen und Probleme konnten hier nicht auf erschöpfende Weise vorgestellt und diskutiert werden. Aber es sollte deutlich geworden sein, dass die durch die moderne Zeichen- und Sprachtheorie aufgeworfenen Fragen sehr viel größere Aufmerksamkeit verdienen, als ihnen bislang im Rahmen der kulturgeschichtlichen Wende in der Geschichtswissenschaft zugekommen ist. Eine über Foucault hinausgehende und die Anregungen von Ernesto Laclau aufgreifende Diskurstheorie und die Kommunikationstheorie von Niklas Luhmann bieten momentan wohl die besten Ansatzpunkte, um die Anregungen des „linguistic turn“ in der Arbeit des Historikers umzusetzen. Zwischen beiden Theorien gibt es, ungeachtet unterschiedlicher Prämissen, vielfache Berührungspunkte und Überschneidungen.⁵⁸ Aber die Probe auf den Pudding ist immer der Verzehr. Wie die Historiografie zum Antisemitismus zeigt, hat sich seit dem bahnbrechenden Aufsatz von Shulamit Volkov vielfach erwiesen, dass sprachwissenschaftliche Ansätze die Genese und die Dynamik der antisemitischen Weltanschauung in den Texten überzeugender nachzeichnen können, als es der sozialgeschichtliche Verweis auf die sozialen und ökonomischen Kontexte vermag, in denen die Sinnstruktur des Antisemitismus zum Einsatz kommt und bestimmte Funktionen erfüllt. Die Zahl der historischen Arbeiten, in denen sprach- und diskursgeschichtliche Methoden auf überzeugende Weise auf das Thema Antisemitismus angewendet werden, ist immer noch sehr klein. Aber fest steht, dass der Antisemitismus seine sozialen Funktionen nur dann erfüllen kann, wenn er über eine Sinnstruktur verfügt, die diese Leistung plausibel macht und beglaubigt. Und für die angemessene Analyse dieser Sinnstruktur

58 Vgl. Stäheli, Sinnzusammenbrüche; für eine faszinierende diskurstheoretische Analyse und Kritik der Sprache der Systemtheorie vgl. Jürgen Link, Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Opladen/Wiesbaden ²1999, S. 172–184.

sind Methoden unverzichtbar, die die Forderungen des „linguistic turn“ in substantieller Form aufgreifen und dabei zugleich an generelle sozialtheoretische Überlegungen und Modelle anknüpfen.⁵⁹

59 Dies ist ein Manko bei Dietz Bering, Vom kleinen Teil zum großen Ganzen: Etappen der Antisemitismusforschung in der Sprachwissenschaft, in: Werner Bergmann/Mona Körte (Hrsg.), Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, Berlin 2004, S. 375–398, der einige der hier diskutierten Forschungstendenzen erörtert, aber einen Bezug zu gesellschaftstheoretischen Fragen und Modellen leider vermissen lässt. Zugleich sollte klar sein, dass ich die „dichte Beschreibung“ im Anschluss an Clifford Geertz nicht generell für den Königsweg zu einer Analyse der Sinndimension des Antisemitismus halte. So aber offenbar Ulrich Sieg, Auf dem Weg zur „dichten Beschreibung“. Neuere Literatur zur Geschichte des Antisemitismus im Kaiserreich, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 12 (2003), S. 342. Zutreffend ist jedoch, dass kulturanthropologische Ansätze wie etwa die Ritualtheorie von Victor Turner dort weiterhelfen, wo kein schriftlicher bzw. verschriftlichter Text vorliegt, sondern die Sinnhorizonte der Antisemiten aus Handlungsketten rekonstruiert werden müssen.

Immer wieder Friedrich?

Anmerkungen zu dem Schulbuchklassiker von Hans Peter Richter

Nicht zum ersten Mal scheint es geboten, sich kritisch mit einem Jugendbuch auseinander zu setzen, das im Deutschunterricht Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens, aber auch in anderen Bundesländern seit mehreren Jahrzehnten zu den beliebtesten Schullektüren gehört: das Buch „Damals war es Friedrich“ von Hans Peter Richter.¹ Anlass dazu ist die Auswertung vieler Lehrerfortbildungen, die das Buch zum Gegenstand hatten.² Vielfach versuchten nicht

- 1 Hans Peter Richter, *Damals war es Friedrich*, Nürnberg 1961. Die erste Taschenbuchausgabe erschien 1974 im Deutschen Taschenbuch Verlag (dtv). Zitiert wird im Folgenden nach der 48. Auflage von 2002. Fünf der elf meist gelesenen Kinder- und Jugendbücher in der Sekundarstufe I befassen sich mit dem Nationalsozialismus, darunter ist Richters Buch das offensichtlich beliebteste (Clemens Kammler, *Strategien des Erinnerns. Zur „Erziehung nach Auschwitz“ im Literaturunterricht der neunziger Jahre*, in: *Der Deutschunterricht* 49, 1997, S. 58–69, hier S. 58); die Auflage hat die Millionengrenze bereits überschritten. In den Lehrplänen der Grundschulen sowie der weiterführenden Schulen in NRW und Niedersachsen wird das Buch für den Deutsch- und den evangelischen Religionsunterricht empfohlen. Hans Peter Richter wurde 1926 in Köln geboren. Er studierte Psychologie und Soziologie und arbeitete seit 1952 als freier Schriftsteller für Zeitschriften, Verlage, Rundfunk- und Fernsehanstalten und für Wirtschaftsunternehmen. 1973 wurde er Professor für Wirtschaftsmethoden und Soziologie an der Fachhochschule Darmstadt. Er veröffentlichte seit 1958 mehrere Bücher für Kinder, Jugendliche und Erwachsene; zu den bekanntesten gehören neben „Damals war es Friedrich“ die Romane „Wir waren dabei“ (1962) und „Die Zeit der jungen Soldaten“ (1967). „Damals war es Friedrich“ stand 1962 auf der Auswahlliste zum deutschen Jugendliteraturpreis, und 1972 erhielt der Autor den „Mildred Batchelder Award“ der American Library Association. Außerdem wurde Richter mit dem „Goldenen Taschenbuch des Otto-Maier-Verlags“ und dem Sebaldis-Jugendbuchpreis ausgezeichnet. Zweimal erhielt er ein Stipendium der Cité Internationale des Arts Paris. Richter starb im November 1993 in München.
- 2 Einer der Arbeitsschwerpunkte der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal ist die Sammlung, Sichtung und kritische Bewertung von Kinder- und Jugendliteratur zu den Themen Nationalsozialismus und Holocaust.

wenige der Teilnehmer in zuweilen erbitterten Diskussionsbeiträgen, das Buch und seinen Einsatz im Unterricht zu verteidigen. Dass diese Abwehrreaktionen auf die Sorge zurückzuführen sind, eine Jahre, wenn nicht Jahrzehnte lange und für gut befundene Unterrichtspraxis selbstkritisch preisgeben zu müssen, liegt auf der Hand. Offensichtlich haben die Kontroversen über dieses Jugendbuch, ihr Niederschlag in der Forschungsliteratur und in Fachzeitschriften in der Vergangenheit, nur wenig Eingang in den Schul- und Lehralltag gefunden,³ und das, obwohl die Qualität des Geschichtsunterrichts – zu dem der Deutschunterricht mit der Klassenlektüre des „Friedrich“ implizit einen Beitrag leistet – immer wieder und verstärkt in letzter Zeit auch öffentlich diskutiert wird.⁴

Hier soll bewusst nicht auf die Notwendigkeit und die möglichen sinnvollen Formen des „Erinnerns an Auschwitz“ in der Schule eingegangen werden, auch nicht auf Probleme des Lehrplans, auf die Vor- und Nachteile fächerübergreifenden Unterrichts, auf die Auswirkungen einer Überfrachtung des Lehrplans mit dem Thema „Nationalsozialismus“ noch auf die Ergebnisse der zahlreichen Befragungen von Schülerinnen und Schülern über ihre Erfahrungen mit diesem Thema im Unterricht. Alle diese und weitere Aspekte sind ohne Zweifel relevant und zu diskutieren, um die Lernziele des Unterrichtsinhalts „Zeitgeschichte“ zu erreichen.⁵ Sie sind aber dort wertlos und überflüssig, wo ein Buch benutzt wird (vermutlich nicht nur eines),⁶ das aus mehreren Gründen – um es vorsichtig zu formulieren – problematisch ist.

Richters Buch beschreibt anhand einer Freundschaft zwischen dem jüdischen Jungen Friedrich und dem nicht-jüdischen, namenlosen Ich-Erzähler die Ereignisse in einer unbestimmt bleibenden deutschen Stadt in den Jahren

- 3 Malte Dahrendorf/Zohar Shavit (Hrsg.), *Die Darstellung des Dritten Reiches im Kinder- und Jugendbuch*, Frankfurt a. M. 1988; Clemens Kammler, *Strategien des Erinnerns. Zur „Erziehung nach Auschwitz“ im Literaturunterricht der neunziger Jahre*, in: *Der Deutschunterricht* 4 (1997), S. 58–69; Michael Wermke, *Jugendliteratur über den Holocaust*, Göttingen 1999, bes. S. 128–153; Juliane Köster, *Archive der Zukunft. Der Beitrag des Literaturunterrichts zur Auseinandersetzung mit Auschwitz*, Augsburg 2001, S. 171 ff.
- 4 So zuletzt Micha Brumlik, in der *Jüdischen Allgemeinen Zeitung* vom 10. 2. 2005.
- 5 Vgl. hierzu: Wolfgang Meseth/Matthias Prose/ Frank-Olaf Radtke (Hrsg.), *Schule und Nationalsozialismus. Anspruch und Grenzen des Geschichtsunterrichts*, Frankfurt a. M./New York 2004; Micha Brumlik, *Aus Katastrophen lernen? Grundlagen zeitgeschichtlicher Bildung in menschenrechtlicher Absicht*, Berlin/Wien 2004.
- 6 Brigitta Huhnke, *Die Juden sind reich und tragen spitze Hüte*. In gängigen Schulbüchern werden bis heute antisemitische Vorurteile und schlichte Sichtweisen gehegt und gepflegt, in: *Frankfurter Rundschau* vom 14. 12. 2000.

von 1925 bis 1942.⁷ Jede der geschilderten Episoden bildet ein kleines, für sich abgeschlossenes Kapitel, das jeweils, mit einer Ausnahme, mit der entsprechenden Jahreszahl versehen ist – sicherlich in der guten Absicht, eine Chronologie der Ereignisse zu konstruieren und ein Zeit- bzw. historisches Bewusstsein bei den Rezipienten zu erzeugen.⁸ Der Nationalsozialismus wird dabei nicht nur, aber vornehmlich auf das Schicksal der Juden bezogen und aus der Perspektive des gleichaltrigen Ich-Erzählers, eines Angehörigen der „arischen Volksgemeinschaft“ dargestellt.

Antisemitismus aus Philosemitismus

Die israelische Literaturwissenschaftlerin Zohar Shavit hat bereits 1987⁹ – neben anderen Kritikpunkten – konstatiert, dass Richter, ohne es zu beabsichtigen, vor allem alte antisemitische Stereotypen bedient, die sich aus philosemitischen Judenbildern herleiten. Das ist noch nicht einmal ein Paradox, denn jede Verallgemeinerung, auch die „gut gemeinte“, verfälscht und droht bei Bedarf ins Gegenteil umzuschlagen.¹⁰ Dass die jüdische Familie reicher ist, gehört dabei noch zu den offenkundigen Klischees – wobei rätselhaft bleibt, wie Friedrichs Vater, ein Postbeamter, zu solch einem Wohlstand gekommen sein mag („Vorgeschichte“).¹¹

7 Siehe dazu Wermke, *Jugendliteratur*, S. 135, Anm. 62.

8 Nicht immer sind die Jahreszahlen repräsentativ und einleuchtend motiviert. So muss z. B. der jüdische Junge Friedrich die Schule schon 1934 verlassen, obwohl der Ausschluss von Juden von öffentlichen Schulen erst am 15. 11. 1938, eine Woche nach dem Novemberpogrom, per Gesetz verfügt wurde. Weitere Beispiele bei Wermke, *Jugendliteratur*, S. 129.

9 Ihr Vortrag auf der Tagung „Die Darstellung des Nationalsozialismus in der deutschen und israelischen Kinder- und Jugendliteratur“ an der Katholischen Akademie Schwerte, September 1987, abgedruckt in: Dahrendorf/Shavit, *Die Darstellung des Dritten Reiches*, S. 11–42.

10 Zohar Shavit, *Die Darstellung des Nationalsozialismus und des Holocaust in der deutschen und israelischen Kinder- und Jugendliteratur*, in: Dahrendorf/Shavit, *Die Darstellung des Dritten Reiches*, S. 25–29.

11 Der Beruf „Postbeamter“ war für Juden relativ selten und ist daher nicht repräsentativ. Es fragt sich, ob Richter hier die letztlich nie bewiesene These von der gelungenen Integration der deutschen Juden in die Mehrheitsbevölkerung vertreten wollte oder ob er vielmehr die Absicht hatte, eine Polarität zwischen dem noch als „Beamter“ abgesicherten Juden und dem durch die Wirtschaftskrise bereits arbeitslos gewordenen Vater des Ich-Erzählers zu konstruieren, dessen Beruf übrigens nicht angegeben wird.

Der Junge Friedrich Schneider selbst entspricht ebenfalls bekannten Judenbildern: Er ist intelligent, profitiert vom Geld seiner Eltern und von ihrer liberalen Erziehungsauffassung. Friedrich ist, wie seine Eltern, stets freundlich, hilfsbereit, dankbar und anpassungsfähig. Vor allem ihre Freundlichkeit, ihr fortwährendes Lächeln und zahllose Verbeugungen sind obligatorische Attribute dieser jüdischen Familie.

Als die beiden Familien die Einschulung ihrer Söhne auf dem Rummelplatz feiern, zeigt sich Herr Schneider ausgesprochen großzügig, spendabel, heiter und ausgelassen.¹² Von dem Foto, das alle von sich, auf einem Holzpferd sitzend, machen lassen, heißt es sogar, dass darauf Herr Schneider seine Frau „scherzend von hinten“ umarmt. Die Überzahl an Wörtern wie „lachen“ und andere, die die Vitalität und Lebensfreude der jüdischen Familie ausdrücken, wirkt geradezu taktlos angesichts der Not, in der sich die arme und zahlungsunfähige „deutsche“ Familie befindet. Der Wohlstand, die Großzügigkeit und die als leichte Frivolität interpretierbare Körperlichkeit der jüdischen Eheleute wirken beschämend, demütigend und peinlich auf die „deutsche“ Familie, die sich unter Druck gesetzt fühlt. Das latente Ressentiment ist deutlich spürbar: In des Wortes eigentlicher Bedeutung „rücksichtslos“ scheinen die Juden hier die Richtung und das Tempo in ihrem „Vorausmarschieren“ anzugeben.

Positive Charaktereigenschaften – Großzügigkeit, Offenheit, Lebenslust, Zärtlichkeit, Freundlichkeit – können nach Bedarf jederzeit judenfeindlich gewendet werden, so z. B. explizit in den Auslassungen des Großvaters, der im Roman den Typ des konservativen, kaisertreuen und eben auch offenkundig antisemitischen Deutschen repräsentieren soll: „Ich hatte einmal einen Vorgesetzten, Geheimrat Cohn; das war ein Jude. Niemand bei uns mochte ihn. Er lächelte immer, sogar wenn er uns zurechtwies. Wer einen Fehler machte, den bat der Geheimrat katzenfreundlich in sein Arbeitszimmer. Dort erläuterte er alles, was man falsch gemacht hatte, wie bei einem kleinen Schulbuben. Und immer besonders freundlich. [...] Ich mag mich gar nicht gern an den Geheimrat Cohn erinnern. [...] Ich wünsche nicht, dass der Junge mit diesem Judenbuben verkehrt!“¹³

Das Problem der Fiktionalisierung jüdischer Figuren besteht in der Gefahr ihrer Typisierung, besonders dann, wenn sie repräsentativen Anspruch erheben sollen, was der Fall ist, wenn ein Buch wie der „Friedrich“ als Klassenlektüre gelesen wird.¹⁴ Außer der Nachbarsfamilie Schneider gibt es in diesem

12 Hierzu ausführlich Wermke, *Jugendliteratur*, S. 139 f.

13 Ebenda, S. 24 f.

14 Dazu ebenda, S. 128: „Richters Buch ist mit dieser Verbreitung der wichtigste Jugendroman über das Judentum und den Holocaust v. a. innerhalb Deutschlands und dürfte

Roman an jüdischen Personen ausschließlich Ärzte, Rabbiner und einen Kaufmann – abgesehen vom Geheimrat Cohn aus der Geschichte des Großvaters also keine weiteren jüdischen Durchschnittsmenschen, keine gewöhnliche jüdische Gemeinde oder andere jüdische Kinder. Der zweifelhafte „Lernerfolg“ könnte hier in der Annahme bestehen, dass es solche Juden in der Realität nicht gäbe.

Interpretationen jüdischer Geschichte und jüdischen Schicksals: Der Lehrer

Das Kapitel „Der Lehrer“ ist ein besonders anschauliches Beispiel für ein Verfahren, das die existierenden Judenbilder nach Wunsch benutzt, bekräftigt, verteidigt und erklärt.¹⁵ Der Lehrer Neudorf, eine nicht nur in diesem Kapitel positiv besetzte Figur im Romangeschehen,¹⁶ hält seinen Schülern einen kleinen Vortrag zur jüdischen Geschichte, um ihnen den Ausschluss ihres jüdischen Mitschülers Friedrich verständlich zu machen: „Ihr habt in der letzten Zeit viel von Juden gehört, nicht wahr? Heute habe ich einen Grund, zu euch über Juden zu reden.“¹⁷

Der Lehrer beginnt seinen Bericht mit der Zeit Jesu und der Zerstörung des Jerusalemer Tempels, erzählt von den Kreuzzügen, dem Zuzug von Ostjuden im 19. Jahrhundert nach Deutschland und geht dann auch auf die jüdische Religion ein: „In der Thora ist den Juden ihr Schicksal vorhergesagt. Wenn sie die göttlichen Gebote verletzen, werden sie verfolgt werden und müssen fliehen. [...] Man wirft den Juden vor, sie seien verschlagen und hinterlistig! Wie sollten sie es nicht sein? Jemand, der immer fürchten muss gequält und gejagt

für viele deutsche Jugendliche das einzige Buch sein, das sie mit diesem Thema in Berührung gebracht hat. [...] So gibt der ungebrochene Erfolg dieses Buches zugleich ein Bild darüber ab, welche Erinnerungen an den Holocaust und an das Judentum in Deutschland geformt und weitervermittelt werden sollen.“

- 15 Merkwürdigerweise reagieren viele Lehrerinnen und Lehrer trotz der offenkundigen Schwächen gerade dieses Kapitels besonders empfindlich auf Kritik an der Person des Lehrers, sodass der Schluss nahe liegt, dass hier über die Grenzen der Fiktionalität und gegen jedes kritische Bewusstsein eine unnötige Identifikation und ein blindes Inschutznehmen stattfindet.
- 16 So z. B. schenkt der Lehrer Friedrich zur Bar Mitzwa einen Füllfederhalter (S. 101), ein für Friedrich wichtiges und bedeutendes Andenken (S. 151).
- 17 Ebenda, S. 74.

zu werden, muss schon sehr stark in seiner Seele sein, wenn er dabei ein aufrechter Mensch bleiben will. Man behauptet, die Juden seien geldgierig und betrügerisch! Müssen sie das nicht sein? Immer wieder hat man sie beraubt und enteignet, immer wieder mussten sie auf der Flucht alles zurücklassen, was sie besaßen. Sie haben erfahren, dass Geld das einzige Mittel ist, mit dem sie sich notfalls Leben und Unversehrtheit kaufen können. Eines aber müssen selbst die ärgsten Judenfeinde zugeben: Die Juden sind tüchtig! Nur Tüchtige können zweitausend Jahre Verfolgung durchstehen. Indem sie mehr und Besseres leisteten als die Menschen, unter denen sie lebten, errangen sich die Juden immer wieder Ansehen und Geltung. Viele große Gelehrte und Künstler waren und sind Juden.“¹⁸

Der Lehrer dient mit diesen Ausführungen als Identifikationsfigur, Interpret und Sprachrohr des Autors, seine Äußerungen sind ernst zu nehmen und erfahren daher auch kein Korrektiv innerhalb des Romans. Zunächst behauptet er generell eine Wirkmächtigkeit der Thora in die Geschichte bis in die Gegenwart hinein, die vor allem darin liegt, dass das (Fehl)verhalten der Juden Ursache für ihre Bestrafungen ist. Damit verstellt er von vornherein die Sicht auf mögliche andere Verfolgungsgründe. Mit dieser so einfachen wie anmaßenden Erklärung der jüdischen „Opferexistenz“ blendet der Autor die Suche nach z. B. real vorhandenen Tätern – hier: dem nationalsozialistischen Regime und seinen Unterstützern – aus.

Die drastisch antisemitischen Postulate des Lehrervortrags fallen besonders schmerzhaft ins Gewicht. Auch wenn Neudorf sich offensichtlich glaubwürdig und ernsthaft bemüht, für die Juden als Gruppe um Verständnis zu werben, sie zu verteidigen und ihr „So-Sein“ historisch zu erklären, bestätigt und reproduziert er doch ausdrücklich solche Eigenschaften, die ihnen in böser Absicht vorgeworfen werden: Sie seien verschlagen, wurzellos (immer auf der Flucht), hinterlistig (unaufrichtig), geldgierig und betrügerisch.¹⁹ Selbst das Attribut der Tüchtigkeit, die sich am Überleben während einer 2000-jährigen Verfolgungsgeschichte beweisen lasse, kann in antisemitischer Interpretation rasch in die infame Vorstellung des stets anpassungswilligen und -fähigen Juden umschlagen, der durch unheimliche Verwandlungs- und Verleugnungskünste alle Gefahren und Bedrohungen überlebt und geradezu prädestiniert erscheint für Verschwörungs- und Unterwanderungstheorien. Der Gedanke an das obszöne Bild der jedes Gift überlebenden und daher besonders gefährlichen Ratten aus dem NS-Propagandafilm „Der ewige Jude“ von Fritz Hippler,

18 Ebenda, S. 77 f.

19 Vgl. hierzu auch den Kommentar von Juliane Wetzel auf dem Webportal von Lehrer-online: <http://www.lehrer-online.de/dyn/9.asp?url=408362.htm> (10. 5. 2005).

aus dem Ausschnitte in Fernsehdokumentationen und auch im Unterricht gezeigt werden, liegt nicht fern.²⁰

Die Erklärungen des Lehrers sind eine Mischung aus historischen Fakten (Kreuzzüge, Ausschluss der Juden aus Zünften und Gilden) und aus Vermutungen über die jüdische Religion und das Schicksal der Juden (Thora, Kreuzestod). Der Lehrer distanziert sich zwar von den „vielen“, die den Juden die Kreuzigung Jesu noch nicht verzeihen haben²¹ und die „unsinnigsten Dinge (glauben), die über Juden verbreitet werden“, kennt aber nicht – als Zeitgenosse – den Unterschied zwischen dem modernen, im Nationalsozialismus radikalisierten Judenhass und dem alten christlichen Antijudaismus, den NS-Ideologen höchstens noch für ihre Zwecke instrumentalisierten. Die Gründe für die Judenverfolgung verortet er in ferner Vergangenheit bis zur Thora selbst und blendet die für Friedrich gegenwärtige, bedrohliche Situation vollkommen aus. Den Anspruch, eine Antwort auf die Frage zu geben, warum Friedrich die Schule verlassen muss, löst nicht nur der Lehrer nicht ein, sondern könnte auch ein sich daran anschließendes Unterrichtsgespräch nicht erfüllen.

Absolution durch die Opfer: Jüdische Entlastungszeugen

Noch gravierender als die Zeichnung philo- und antisemitischer Stereotypen in Richters Roman oder auch als die sachlich unrichtigen und suggestiven Darstellungen jüdischer Bräuche, auf die hier nicht eingegangen werden soll,²²

20 Diese angebliche Resistenz gegen ihre Verfolgung beweisen Friedrich Schneider und sein Vater im Kapitel „Lampen“ (S. 119–122): Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, reparieren die beiden sonst mittlerweile gänzlich ruinierten Juden alte Lampen: „Mit wenigen Griffen schraubte Friedrich eine Stehlampe auseinander. Sachkundig überprüfte er das Kabel, untersuchte den Anschluss an die Fassung, zog ein Schraubchen an, setzte alles wieder zusammen, schraubte eine neue Birne ein, knipste probenhalber an, nickte zufrieden und stellte das Stück beiseite.“ (S. 120 f.) Warum Richter ausgerechnet diese Tätigkeit erfunden hat, ist nicht ersichtlich.

21 Auch dieser zentrale antijudaistische Vorwurf des Christismordes erfährt keine Korrektur.

22 Vgl. dazu ausführlich Wermke, *Jugendliteratur*, S. 140 ff. Besonders wichtig ist seine Feststellung, dass Richters Beschreibungen jüdischer Bräuche „nicht allein als Illustration jüdischer Glaubenszüge interpretiert und damit aus dem Kontext mit den im Roman dargestellten Judenverfolgungen herausgelöst werden können, sondern vielmehr über ihren illustrierenden Charakter hinaus in einem theologischen Zusammenhang mit der von Richter präsentierten Deutung des Holocaust verstanden werden

fällt die Funktion der jüdischen Figuren als Entlastungszeugen der Judenverfolgung ins Gewicht. Als solche werden nicht nur Herr Schneider und sein Sohn instrumentalisiert. Als der Vater des Ich-Erzählers sich „gezwungen“ sieht, in die NSDAP einzutreten,²³ sucht er das Gespräch mit dem jüdischen Nachbarn, um seine Entscheidung zu begründen, zu erklären und zu rechtfertigen. Das ist nachvollziehbar, nicht aber die Reaktion von Herrn Schneider: „Sie brauchen sich wirklich nicht zu entschuldigen, wirklich nicht! [...] Ich verstehe Sie sehr, sehr gut. Vielleicht – wenn ich nicht Jude wäre – vielleicht hätte ich genauso gehandelt wie Sie. Aber ich bin Jude.“²⁴

Richter riskiert mit dieser Episode, die im Jahr 1936 spielen soll,²⁵ eine gefährliche Verallgemeinerung der nie bewiesenen Behauptung, die deutschen Juden hätten, wenn sie nicht erklärtermaßen das zentrale Ziel der nationalsozialistischen Verfolgung gewesen wären, wie viele der nichtjüdischen Deutschen auch mit dem neuen Regime sympathisiert. Abgesehen von der Monstrosität dieser Hypothese lässt sich an dieser Szene eine entscheidende Kritik am Argumentationsverfahren des Romans festmachen: Die jüdische Figur entschuldigt das moralisch verwerfliche Handeln des „Deutschen“, hier: den Eintritt in die NSDAP.

Herr Schneider, der Jude, ist es, der es ausschließlich dem Zufall zuschreibt, dass er „diesmal“ die Nachteile der Politik zu spüren bekommt, sein Nachbar ihre Vorteile genießen kann. Seine Überlegungen implizieren, dass es genauso gut hätte anders kommen können. Vollkommen realitätsblind ignoriert er, der es besser wissen müsste, die Tatsache, dass in der Regel immer Juden die Leidtragenden fortwährender mehr oder weniger starker Bedrohung in der Ge-

müssen“ (ebenda, S. 142). Es besteht immer ein gewisses Risiko, in Darstellungen des Nationalsozialismus auch die jüdische Religion „unterzubringen“, vgl. Ulrike Schrader, *Durch die Holocaustbrille*, in: *Der Weg vom 27. 7. 2003*; Thomas Lange (Hrsg.), *Judentum und jüdische Geschichte im Schulunterricht nach 1945. Bestandsaufnahmen, Erfahrungen und Analysen aus Deutschland, Österreich, Frankreich und Israel*, Wien/Köln/Weimar 1994. Als Alternative haben die Freunde und Förderer des Leo Baeck-Instituts e. V. Frankfurt am Main folgenden Leitfaden herausgegeben: *Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht. Orientierungshilfe für Lehrplan- und Schulbucharbeit sowie Lehrerbildung und Lehrerfortbildung*, Frankfurt a. M. 2003.

23 Vgl. Christian Jostmann, *Kein Versehen. Ein Gutachten zeigt: Es gab keine unfreiwilligen NSDAP-Mitglieder*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. 10. 2003.

24 S. 85 f.

25 Nach den Berechnungen von Michael Wermke müsste der Parteieintritt allerdings schon vor Ende 1934 erfolgt sein, sodass sich die Frage stellt, warum er zwei Jahre lang geheim gehalten worden ist, vgl. Wermke, *Jugendliteratur*, S. 129.

schichte waren. Im Grunde einmütig verständigen sich aber hier beide, der Jude und der Nazi, auf das Geschichtsmodell eines Rades der Fortuna: Der Zufall bestimmt, wer Glück hat. Der Jude Schneider rechtfertigt den Parteieintritt seines Nachbarn und spricht ihn und mit ihm den Typus des „Durchschnittsdeutschen“, des Mitläufers und Opportunisten, von Schuld und Verantwortung frei.

Auf der Ebene der beiden Jungen gibt es eine vergleichbare Szene: Der jüdische Junge Friedrich ist fasziniert von der Hitlerjugend und besucht heimlich mit seinem Freund eine der Versammlungen: „Ich freue mich so!“, begann Friedrich wieder. „Ich freue mich so! – Aber meinem Vater darfst du es nicht verraten. Er mag nicht, dass ich dorthin gehe. Weißt du, ich habe gesehen, wie ihr mit eurer Fahne durch die Stadt marschiert seid und gesungen habt. Das finde ich so schön. Ich möchte auch gern mitmachen. – Aber Vater erlaubt es nicht! – Ich warte noch etwas, vielleicht ändert er nächstens seine Meinung.“²⁶

Unterwegs zum Heimabend verkleidet sich Friedrich mit einem schwarzen Dreiecktuch und einer Lederschlaufe zum Hitlerjungen: „Ich wollte das Halstuch schon knoten, als Friedrich noch eine Lederschlaufe aus der Hosentasche holte. Es war eine braune Lederschlaufe mit eingepprägtem Hakenkreuz. Eine solche Schlaufe besaß nicht einmal unser Fähnleinführer. [...] Als er sah, wie ich ihn um die Schlaufe beneidete, freute er sich noch mehr. Er warf sich in die Brust, passte seinen Schritt dem meinen an und im Gleichschritt marschierten wir beide durch das alte Festungstor auf den Antrepleplatz.“²⁷

Was dem erwachsenen Vater nicht gelingt, weil er „zufällig“ in dieser historischen Situation als Jude „im Schatten“ steht, versucht der Sohn dennoch: ein Nationalsozialist zu werden wie die große Mehrheit, und zwar möglichst ein noch besserer und leidenschaftlicherer als sein nichtjüdischer Freund. Die Begeisterung fällt erst in sich zusammen, als der offensichtlich Joseph Goebbels nachempfundene Redner der Versammlung Friedrich auffordert, das bekannte Zitat von Heinrich von Treitschke²⁸ zu wiederholen. Friedrich ändert die Parole um: „Die Juden sind – euer Unglück!“ Nachdem sein Freund ihn im Stich gelassen hat, gibt sich Friedrich in vermeintlich stolzer und trotziger Selbstbehauptung

26 S. 43. Siebenmal drückt Friedrich seine Freude und Dankbarkeit aus.

27 S. 44. Eins der zentralen antisemitischen Motive wird hier en passant genannt: der Neid und die angeblich daraus resultierende Freude der Juden darüber, beneidet zu werden – der Triumph der Juden.

28 Heinrich von Treitschke, Ein Wort über unser Judentum (1879), in: Arbeitstexte für den Unterricht: Vorurteile gegen Minderheiten. Antisemitismus, Stuttgart 1999, S. 69.

als Jude zu erkennen. Letztlich aber bestätigt er nur die antisemitische Parole, dass nämlich die Juden ein Unglück für die anderen seien.

Für die Interpretation entscheidend ist hier nicht die Spekulation über die Glaubwürdigkeit dieser Episode (ob also jüdische Jugendliche damals gern „dazu“ gehört hätten oder nicht), sondern vielmehr die Frage nach ihrer Funktion für das dem Roman zugrunde liegenden Geschichtsbild. Denn auch hier folgt der Autor dem durchgängig zu beobachtenden Bedürfnis nach Verständnis für die und der Entlastung der vermeintlich schuldlos verführten (nichtjüdischen) Deutschen.²⁹

Eine Analyse auch der anderen, nicht so im Zentrum stehenden jüdischen Figuren würde ähnliche Resultate erbringen: Sie sind durchweg devot und bleiben auf merkwürdige Weise „unbeschädigt“ trotz der Katastrophen, die sie durchleben. Als Friedrich und sein Freund am Tag des antijüdischen Boykotts am 1. April 1933 die Spuren der Zerstörung sehen, begegnet ihnen der jüdische Arzt Dr. Askenase eher in der Rolle des milden Trösters als in der des geschädigten Opfers. Der jüdische Schreibwarenhändler Abraham Rosenthal, übrigens mit fast schon perfide zu nennenden antijüdischen Klischees charakterisiert, antwortet den beiden Jungen als „Männchen im Keller [...] mit einer stillen Verbeugung“.³⁰ Warum der jüdische Arzt Dr. Levy verlegen lächelt, als er die Mutter des Ich-Erzählers darum bittet, ihm eine Spritze auszukochen, die er „erst heute Nachmittag im Schmutz wieder gefunden“ hat, als „einzige, die ganz geblieben ist“, bleibt rätselhaft.³¹ Es entsteht der Eindruck, als sei den Juden in diesem Roman ihr schreckliches Schicksal peinlich.

Der Roman behauptet mit dieser Figurendarstellung eine Unterwürfigkeit der Juden, die bis heute zum populären Wunschdenken über Juden gehört. Er will damit weniger die viel gestellte Frage beantworten, warum sich die Juden „wie die Schafe zur Schlachtbank“³² hätten führen lassen, denn der Holocaust

29 Die Wahrscheinlichkeit, dass jüdische Jungen trotz ihrer jüdischen Identität fasziniert waren von den zuweilen verlockenden Angeboten der Hitler-Jugend, ist ungleich größer als die des Wunsches erwachsener Juden, in die NSDAP einzutreten. Sie war aber nicht sehr langlebig, zumal Juden ihre eigenen Jugendgruppen hatten und – als Selbsthilfe – neu gründeten.

30 S. 83 f. und 42.

31 S. 115.

32 Das Zitat ist dem biblischen Buch Jeremias 11,19 entlehnt. Arno Lustiger führt in seinem Buch „Zum Kampf auf Leben und Tod!“ Vom Widerstand der Juden 1933–1945, Köln 1994, S. 15 den Beweis, dass diese Formulierung, „die bis heute zur Charakterisierung eines angeblichen passiven und daher verwerflichen Verhaltens der Juden während des Holocaust benutzt wird“, nicht der historischen Realität entspricht, dafür aber die Reihe antijüdischer Vorurteile um ein besonders zynisches verlängert.

interessiert in diesem Roman nur wenig.³³ Vielmehr soll sich erweisen, dass Juden Opfer sind, weil sie sich dazu anbieten (so verhalten sie sich) und weil sie dazu vorgesehen sind (so steht es in der Bibel). Den theoretischen Überbau dieses Modells liefern vor allem die jüdischen Autoritäten des Romans, zwei Rabbiner.

Leiden bis zur Ankunft des Messias: Die Geschichtsdeutungen der Rabbiner

Der erste Rabbiner leitet Friedrichs Bar-Mitzwa-Feier in der Synagoge im Kapitel „Das Fest“. Die Geschichte spielt im Jahr 1938, als Friedrich 13 Jahre alt ist, in einem für die Juden wegen der drastischen Verschärfung der antijüdischen Gesetzgebung und vor allem der Pogromnacht besonders folgenschweren Jahr. Der Rabbiner hält eine kleine Predigt: „Fortan bist du allein vor dem Herrn für dein Tun verantwortlich. Bis heute hat dein Vater diese Verantwortung getragen, aber von heute an stehst du als gleichwertiges Mitglied der Gemeinde unter uns. Bedenke das! Befolge die Gebote des Herrn! Niemand kann dir die Schuld abnehmen, wenn du gegen sie verstößt. In einer schweren Zeit nimmst du eine schwere Pflicht auf dich. Wir sind von Gott ausgewählt, dereinst vom Messias in unsere Heimat zurückgeführt zu werden und das Königtum des Messias aufrichten zu helfen. Aber Gott hat uns auch ein schweres Schicksal auferlegt, bis zu jenem Tage verfolgt und gepeinigt zu werden. Immer wieder müssen wir uns daran erinnern, dass der Herr uns dieses Schicksal bestimmt hat. Wir dürfen und können ihm nicht ausweichen, selbst dann nicht, wenn wir glauben darunter zusammenbrechen zu müssen.“³⁴ Der zweite Rabbiner, der sich bei der Familie Schneider versteckt, ergänzt diese religiöse Interpretation: „Im Himmel wird bestimmt, wer erhöht und wer erniedrigt werden soll! Der Herr, sein Name sei geheiligt, hat uns auserwählt von allen Völkern. Weil wir anders sind, nur weil wir anders sind, deshalb verfolgt und tötet man uns.“³⁵

33 Längst sind mehrere Studien über das Leben der Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft erschienen, die die jüdische Bevölkerung nicht mehr nur auf ihre Rolle als „passives Opfer“ reduzieren, sondern auch ihre Reaktionen und autonomen Entscheidungen in den Blick nehmen, so z. B. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988; Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung*, München 2000.

34 S. 99.

35 S. 139.

Wie in den Ausführungen des Lehrers wird auch hier die jüdische Religion als eine die Zukunft und insbesondere das schwere Schicksal der Juden erklärende und vorbestimmende Macht definiert. So erscheint das Judentum als eine bedrückende, ausweglose und unfreie Lebensform, die Menschen, die ihm angehören, als Gefangene, die ihrer Zukunft als stets Verfolgte (bis zur Ankunft des Messias) nicht entrinnen können. Die Thora, so ist der Predigt zu entnehmen, wirkt als der Heils- bzw. Unheilsplan Gottes ausdrücklich für die Juden als das auserwählte Volk, und jede Notlage ist auf diesen Plan zurückzuführen – vom Anspruch auf Glück, Trost und Frieden ist dabei nicht die Rede.

Anlässlich der Bar Mitzwa-Zeremonie scheint der Rabbiner die gesamte Bürde jüdischer Pflicht auf die Schultern des 13-jährigen zu legen. Das Judentum wird ausschließlich als traurige, düstere, drohende und stets belastende Religion dargestellt, in die das Erklärungsmodell für alle Repressalien eingeschrieben ist.³⁶

Frei von Verantwortung: Noble Gesten und unterlassene Hilfeleistung

Der zweite Rabbiner lebt untergetaucht in der Wohnung der Familie Schneider. Es ist das Jahr 1941, die Verfolgungssituation hat sich erneut zugespitzt.³⁷ Der Rabbiner ist so unvorsichtig, sein Versteck zu verlassen, sodass der Nachbarsjunge ihn sieht. Er erklärt ihm: „Man sucht mich. Hier bei Schneiders habe ich mich versteckt. Nicht für immer! Freunde wollen mir weiterhelfen.“ – Er stellte sich genau vor mich hin und schaute mich an. – „Du weißt, was mir bevorsteht, wenn man mich fängt? Wenn der Einzige, er sei gelobt, mir gnädig ist, der Tod – sonst unsagbare Leiden! Aber nicht nur mir droht dies, sondern ebenso denen, die mich beherbergt und verborgen haben. Ich weiß auch“, fuhr

36 Es kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, Richters durchweg negative Auffassung vom Judentum richtigzustellen. Verwiesen werden soll hier lediglich auf die Thesen von Martin Stör in: *Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift* 3 (1988), S. 62 ff; siehe dazu auch: Bertold Klappert/Helmut Starck, *Umkehr und Erneuerung. Erläuterungen zum Synodalbeschluss der Rheinischen Landessynode 1980 „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“*, Neukirchen-Vluyn 1980; Edna Brocke/Jürgen Seim, *Gottes Augapfel. Beiträge zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden*, Neukirchen-Vluyn 1986.

37 Im Oktober 1941 war ein Auswanderungsverbot für Juden erlassen worden. Zum selben Zeitpunkt begannen die Massendeportationen der Juden aus Deutschland.

der Rabbi fort, „was dir geschehen kann, wenn du uns nicht anzeigst. Es würde schrecklich sein für dich und uns hättest du dann nicht geholfen. Du, du ganz allein musst nun über mein Schicksal entscheiden. Wenn es dir zu schwer wird, die Last zu tragen, so sage es mir, damit wir wenigstens Friedrich und seinen Vater retten. Ich werde dich nicht verfluchen, wenn du mich gehen heißt.“³⁸

Als illustrierendes Beispiel erzählt der Rabbiner im Anschluss die symbolische, in unbestimmter Vorzeit³⁹ spielende Geschichte von Schloime und Gittel, die ihren Sohn Salomon vor einem Pogrom retten, indem sie ihm rechtzeitig zur Flucht verhelfen. Die Selbstlosigkeit der jüdischen Eltern macht sie zu Märtyrern, zu „Gerechten“, die sich den mordenden und vergewaltigenden⁴⁰ Horden des Königs vorausseilend opfern. Richter deutet durch diese blutige Binnenerzählung die im Jahr 1941 fast ausweglose Situation der jüdischen Familien in Deutschland als eine der sich immer wieder, fast regelhaft in der jüdischen Geschichte abspielenden Katastrophen, ausgelöst hier durch die Unzufriedenheit einer kleinen Gruppe gewaltbereiter Fanatiker („deine Krieger“) auf der Suche nach einem Ventil für ihre Aggressionsbereitschaft und Habgier.⁴¹

Dieser Rabbiner bietet sich geradezu an, Schuld, Versäumnisse und moralisch zweifelhafte Entscheidungen von Angehörigen des Mitläuferkollektivs auf sich zu nehmen. Er entbindet den Nachbarsjungen förmlich und ausdrücklich von jeder Geheimhaltung und rät ihm ziemlich deutlich zum Verrat.⁴² Ein solcher Fall wird historisch kaum zu belegen sein – im Gegenteil: In der größten Not gaben und taten die Juden in der Regel verständlicherweise alles, wenn auch oft mit schlechtem Gewissen, um ihre Angehörigen und sich selbst zu retten.

38 S. 136.

39 Dieses Kapitel ist das einzige, das nicht datiert ist.

40 Richter verwendet hier eine zugleich prüde und drastische Formulierung: „das Weib aber stachen sie wütend zu Schanden“ (S. 142).

41 Die Erzählung enthält keine Anschlussstelle dafür, dass sie mit den verzweifelten Versuchen jüdischer Eltern in einen Zusammenhang gebracht werden soll, ihre Kinder, vor allem nach dem Novemberpogrom noch schnell ins sichere Ausland bringen zu lassen, z. B. durch die „Kindertransporte“ nach England, vgl. Rebekka Göpfert, *Der jüdische Kindertransport von Deutschland nach England 1938/39*, Frankfurt a. M./New York 1999.

42 Die Ahndung von Hilfe für Juden war nicht eindeutig geregelt, siehe Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003, S. 40 f.

Das eigentlich interessante Problem der Gewissensentscheidung gerät vor dem Hintergrund der Einladung zur Denunziation zu einem überflüssigen, rein theoretischen Gedankenspiel, denn von einer echten und schweren Gewissensentscheidung ist der Junge längst befreit: „Ich wusste nicht, was ich tun sollte. Der Rabbi war für mich ein fremder Mann. Und meine Mutter und mein Vater? Standen sie mir nicht näher als der Jude? Durfte ich mich und meine Eltern in Gefahr bringen eines fremden Juden wegen? Würde ich mich nie verplappern? Würde ich das Geheimnis ertragen können oder würde ich so darunter leiden wie Herr Schneider?“⁴³

Wenn selbst der jüdische Herr Schneider kaum die Kraft hat, die gefährvolle Situation auszuhalten, kann von dem Nachbarsjungen erst recht weder Solidarität noch Hilfe erwartet werden, zumal er sich plötzlich hier unbeteiligter und fremder gibt, als er ist. Es geht nicht darum zu fragen, ob und wie man damals verfolgten Menschen hat helfen können.⁴⁴ Vielmehr liefert auch diese Textstelle die Entschuldigung für jene, die es gar nicht erst versuchten. Die Einbeziehung der jüdischen Figuren als Entscheidungshelfer und Verantwortungsträger hat die Konsequenz, das eigene Handeln, oder genauer: das eigene moralische Versagen praktisch zu legitimieren. Und das funktioniert in Richters Roman, weil er seine jüdischen Figuren einverstanden sein lässt mit ihrem Schicksal. So argumentiert auch Herr Schneider selbst: „Gott hat uns Juden eine Aufgabe gestellt. Wir müssen sie erfüllen. Immer sind wir verfolgt worden, seit wir unsere Heimat verlassen haben. In der letzten Zeit habe ich viel darüber nachgedacht. Vielleicht gelingt es uns, dem unstillen Wandern ein Ende zu machen, wenn wir nicht mehr fliehen, wenn wir dulden lernen, wenn wir ausharren, wo wir hingestellt sind.“⁴⁵

Ohne in Abrede stellen zu wollen, dass es im nationalsozialistischen Deutschland Menschen gegeben hat, die Verfolgten auf unterschiedliche Weise geholfen haben – und diese Tatsache didaktisch aufzuwerten, erscheint sogar besonders wichtig⁴⁶ –, kommt derartig handelnden Figuren in diesem Roman ausschließ-

43 S. 136 f.

44 Diese Frage führt in eine Sackgasse und taugt, unter didaktischen Gesichtspunkten, nicht für eine Erziehung zu Zivilcourage und moralischer Integrität, vgl. Jan Philipp Reemtsma, „Wie hätte ich mich verhalten?“ und andere nicht nur deutsche Fragen, München 2001, und ders., Die Sehnsucht nach der moralischen Unbedenklichkeitserklärung, in: Süddeutsche Zeitung vom 28. 1. 2000.

45 S. 88 f.

46 Vgl. dazu Ulrike Schrader, Blindenwerkstatt Otto Weidt. Arbeitsmappe für den Unterricht, hrsg. vom Trägerverein Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal e. V., Wuppertal 2004.

lich die Funktion des Alibis zu, wie z. B. der Frau, die demonstrativ am Tag des Boykotts in einem jüdischen Geschäft einkauft.⁴⁷ Denn hier geht es nicht etwa um die Frage, wie moralische Dignität in einer solchen Situation zu bewahren wäre, sondern vielmehr um die Beweisführung, dass solch „mutiges“ Verhalten zu gefährlich war und selbst Juden es nicht wünschten oder auch nur erwarteten.⁴⁸

Das Einverständnis der Juden mit ihrem Los bleibt bis zum Schluss der Katastrophe bestehen, die in diesem Roman konsequenterweise nicht die Deportation oder die Ermordung der Juden sein kann,⁴⁹ sondern Friedrichs Bombentod. Der jüdische Junge, mittlerweile ganz allein, fleht in seiner Panik um Einlass in den Luftschutzkeller, in dem sich schon die Hausbewohner aufhalten. Während der fanatische Nationalsozialist Resch, zugleich Hausmeister und Luftschutzwart, den Zutritt für Friedrich verbieten will, ergreift ein Feldwebel Partei für ihn: „Raus!“ brüllte Herr Resch. ‚Verschwinde! – Du bildest dir doch nicht ein, dass wir dich in unsern Schutzraum lassen!‘ [...] Der Feldwebel erhob sich und ging zur Schleuse. ‚Sind Sie verrückt geworden? Sie können den Jungen doch nicht bei diesem Angriff aus dem Keller jagen!‘ ‚Wissen Sie, was der ist?‘, verteidigte sich Herr Resch. ‚Das ist ein Jude!‘ ‚Na und?‘, fragte der Feldwebel erstaunt. ‚Und wenn es ein rüdiger Hund wäre, lassen wir ihn drin, bis der Angriff vorüber ist!‘ Auch die übrigen Insassen des Luftschutzraumes beteiligten sich nun. ‚Er soll den Jungen drinlassen!‘, tönte es von allen Seiten. ‚Was fällt Ihnen überhaupt ein?‘ schrie Herr Resch den Feldwebel an. ‚Was mischen Sie sich in meine Angelegenheiten?! Wer ist hier Luftschutzwart, Sie oder ich?! Sie haben sich meinen Anordnungen zu fügen, verstanden! Sonst zeige ich Sie an.‘ Unschlüssig stand der Feldwebel und schaute Friedrich lange an. Alle schwiegen. Nur der Lärm von draußen drang herein. Friedrich lehnte noch immer bleich an der Schleuse, er hatte sich wieder beruhigt. ‚Geh, Junge!

47 S. 35.

48 S. 36. Als der Vater des Ich-Erzählers seinem jüdischen Nachbarn „helfen“ will, indem er ihn zur Auswanderung drängt (übrigens zu diesem Zeitpunkt die offizielle Politik des NS-Staates und daher kein besonderes Risiko), ist es der Jude, der diesen Rat nicht annimmt (S. 87 f). Dabei spielt hier weniger eine Rolle, dass in der Tat deutsche Juden lange Zeit verdrängt haben, in welcher gefährlichen Situation sie sich befanden. Für das Kollektiv der Mitläufer kann dieses Verhalten nicht ernstlich ein Entlastungsgrund sein.

49 Selbst in der Zeittafel am Ende des Buches heißt es verhüllend unter dem Datum 4. 10. 1942: „Alle Juden aus deutschen Konzentrationslagern werden nach Auschwitz verlegt.“ Diese Information ist sachlich falsch und missverständlich, aber auch semantisch eine Zumutung.

Geh freiwillig!‘, sagte der Feldwebel leise. ‚Sonst gibt es doch nur Ärger!‘ Wortlos verließ Friedrich den Schutzraum.“⁵⁰

Selbst in höchster Todesnot begehrt Friedrich nicht auf, sondern, im Gegenteil, er gehorcht „freiwillig“. Bis zum schrecklichen Ende also wird das möglicherweise in gut gemeinter Absicht bemühte Klischee des unterwürfigen, sanften und vor allem passiven Opfers beibehalten, und indem es sich selbst in dieser tödlichen Situation „freiwillig“ fügt, entlastet es alle, deren Zivilcourage vor den Drohungen und dem Geschrei des „Obernazis“ zusammengesunken ist.

Mindestens zwei weitere Aspekte in diesem Kapitel sind bedenklich: Mit dem Einsatz eines Feldwebels führt Richter einen Vertreter der deutschen Wehrmacht ein, und zwar als positiv zu bewertende Figur, denn er versucht ja zumindest ansatzweise, Friedrich zu helfen. Die vor allem durch die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ und ihre Neukonzeption seit Mitte der 1990er-Jahre breit diskutierte Legende von der „sauberen Wehrmacht“, die sich am Judenmord nicht beteiligt habe,⁵¹ ist hier also noch ganz lebendig.⁵² Die Idee, dass Friedrich einen Bombentod erleidet und ihn damit dasselbe Schicksal ereilt wie die „deutsche“ Bevölkerung, hebt aufs Neue die Unterschiede zwischen „Opfer“ und „Täter“ bzw. „Mitläufer“ unzulässig verharmlosend auf und besiegelt abschließend die Strategie des Autors, den Juden bereitwillige Akzeptanz der nationalsozialistischen Verfolgung bis hin zu ihrem Tod zu unterstellen und ihnen damit eine Teilverantwortung, sogar Mitschuld an ihr zuzuweisen.⁵³

Alle im Buch auffindbaren Ansätze von Solidarität und Unterstützung werden im Grunde durch das Verhalten der Juden selbst obsolet – echte Gewissenskonflikte entstehen erst gar nicht und Ereignisverläufe können so immer auf das Handeln der Juden selbst zurückgeführt werden.

50 S. 156 f.

51 Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Besucher einer Ausstellung. Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ in Interview und Gespräch, Hamburg 1998, und dass., Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, Hamburg 1999.

52 Die Ordnung in Alibi und Schuldzuweisung in der Polarisierung „hier die saubere Wehrmacht, dort die mörderische SS“ war typisch für die 1960er-Jahre.

53 Damit unterstützt das Buch von Hans Peter Richter ganz aktuell wieder vor allem durch die jüngeren Debatten über die Opfer des SED-Regimes, über „Flucht und Vertreibung der Deutschen“ und über den Bombenkrieg genährte bedenkliche Tendenzen. Vgl. Ernst Piper, Ein einig Volk von Opfern, in: Frankfurter Rundschau vom 7. 2. 2005.

„Damals war es Friedrich“ als zeitgenössischer Interpretationsversuch –
Zwischen Rechtfertigung, symbolischer Zivilcourage
und Versagen der „Deutschen“

Die hier, aber auch bereits in anderen Analysen aufgeführten Mängel des Romans sind zum Teil auch und gerade mit seiner Entstehungszeit zu erklären. Der Autor Hans Peter Richter, geboren 1926, also zur selben Zeit wie die beiden Jungen in seinem Buch, hat als einer der ersten das Thema „Judenverfolgung“ in der deutschen Kinder- und Jugendliteratur behandelt. Seinem Buch „Damals war es Friedrich“ kommt das Verdienst zu, im zeitgeschichtlichen Umfeld des Jerusalemer Eichmann-Prozesses (für die Ausgabe von 1961) und des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (für die überarbeitete Ausgabe von 1969) einen entscheidenden Schritt zur Enttabuisierung des Themas geleistet zu haben. Es hat die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und der Judenverfolgung in der Schule eingeleitet, auch wenn der Roman den Holocaust selbst nicht explizit thematisiert.⁵⁴

In seiner Kontroverse mit Zohar Shavit aus den 1980er-Jahren hatte Malte Dahrendorf noch übersehen, dass „Damals war es Friedrich“ als zeitgeschichtliches Dokument einer letztlich auf Entlastung zielenden Verarbeitung des Nationalsozialismus gelesen werden muss. Denn Richter versucht, die Gruppe der Mitläufer und Opportunisten moralisch zu rechtfertigen und zu entschulden und gleichzeitig den Juden selbst einen Teil der Schuld zuzuweisen. Die Juden sind „schuldig, weil sie den guten Rat, der ihnen gegeben wurde, nicht beherzigt haben, und so haben sie ihr Schicksal selbst zu verantworten“.⁵⁵ Juliane Köster macht darauf aufmerksam, dass die Erwiderung Dahrendorfs auf Shavits Kritik überzeugender hätte sein können, „wenn er nicht gegen die jeweils durchaus berechtigten Einwände argumentierte, um sie zu entkräften, sondern in Anerkennung der genannten Defizite die Gedächtnisperspektive der Täter profilierte und die demokratiepädagogische Leistung der Erzählung würdigte“.⁵⁶

Schuld schreibt Richters Roman ausschließlich den „Antitypen“ zu, den als extrem unsympathisch gezeichneten, fanatischen Nationalsozialisten wie vor allem dem Hausmeister Resch, aber auch z. B. dem Bademeister („Im

54 Norbert Frei, *Deutsche Lernprozesse*, in: Meseth/Proske/Radtke (Hrsg.), *Schule und Nationalsozialismus*, S. 44.

55 Zohar Shavit, in: Dahrendorf/Shavit, *Die Darstellung des Dritten Reiches*, S. 35.

56 Köster, *Archive der Zukunft*, S. 173.

Schwimmbad“). Als fiese, gemeine Typen entsprechen sie dem Idealtyp des „Bösewichts“ und Verbrechers und erleichtern den Angehörigen der „Mitläufergesellschaft“ die Abgrenzung von fanatischen Nationalsozialisten. Letztlich dienen sie so als Alibi der „Volksgemeinschaft“.

Demokratiepädagogischer Absicht entspricht auch Richters (Wunsch-)Vorstellung von Geschichte, in der sich Ereignisse quasi schicksalhaft abspielen und nach dem immer gleichen Muster wiederholen. Von geradezu programmatischer Bedeutung ist dabei das Motto, das Richter seit der überarbeiteten Ausgabe von 1969, also zu Beginn der Studentenunruhen und damit in einer neuen Phase der „Vergangenheitsbewältigung“, seinem Buch vorangestellt hat:

„Damals waren es die Juden ...

Heute sind es dort die Schwarzen, hier die Studenten ...

Morgen werden es vielleicht die Weißen, die Christen oder die Beamten sein ...“

In der kritischen Absicht, die nationalsozialistische Judenverfolgung mit aktuellen Formen von Diskriminierung anderer Minderheiten in Beziehung zu setzen und damit einen Beitrag zur „Demokratiepädagogik“ (Köster) zu leisten, setzt Richter den Holocaust gleich mit den rassistischen Unruhen in den USA und der Studentenbewegung in der Bundesrepublik. Die moralische Intention verkennt, dass diese Opfergruppen nicht willkürlich gegeneinander ausgetauscht werden können, und schon gar nicht die optional für zukünftige Diskriminierungsphasen hinzugezogenen „Weißen“, „Christen“ und „Beamten“. Neben der Tatsache, dass dieses Verfahren den Holocaust als in seiner Dimension einzigartiges Verbrechen verharmlost, ist es so „unhistorisch“ wie das Geschichtsbild, das dem Roman zugrunde liegt. Nach ihm unterliegen alle Menschen unentrinnbar einem vor allem vom Zufall bestimmten Kreislauf. Handlungsspielräume gibt es ebenso wenig wie Menschen, die Konflikte lösen müssen oder Verantwortung für ihr Handeln tragen. Daneben spielen auch andere, vom Menschen nicht beeinflussbare Mächte eine Rolle, wie z. B. der krankhafte Wahn oder die Hysterie, die verantwortlich gemacht werden für die Exzesse und die brutale Zerstörungslust in der „Reichskristallnacht“⁵⁷ oder das angeblich unbarmherzige Diktat der jüdischen Religion: Richter interpretiert die nationalsozialistische Judenverfolgung und damit den Holocaust letztlich als ein innerjüdisches Problem.

Das Kinderbuch „Damals war es Friedrich“ ist ein ausgeprägt typisches Zeitdokument der frühen 1960er-Jahre und kann als Psychogramm des Verarbeitungsprozesses eines durchschnittlichen „jugendlichen Zeitgenossen der

57 Besonders S. 109 ff.

Mitläuferschaft“ des Jahrgangs 1926 gelesen werden.⁵⁸ Es ist eine Interpretation des Nationalsozialismus und auch – in seiner Nicht-Wahrnehmung – des Holocaust, die verständlicherweise nicht dem aktuellen Forschungsstand entsprechen kann, weder dem der Zeitgeschichtsschreibung noch dem der Geschichtsdidaktik. Aber seit 1961 (bzw. für die überarbeitete Fassung seit 1969) hat es sowohl in diesen Fachdisziplinen und interdisziplinär als auch im breiten Diskurs in den Medien, in Politik und durch Gedenkinitiativen aus der Bevölkerung große Fortschritte im Nachdenken über den Nationalsozialismus gegeben.⁵⁹ Im Laufe von nun über 40 Jahren ist die Zahl an wissenschaftlicher und populärer Literatur über Nationalsozialismus, Holocaust und Judentum unübersehbar angewachsen, in den Feuilletons großer Tageszeitungen sind nicht selten z. T. ausgezeichnete Beiträge und Stellungnahmen renommierter Historiker und anderer Fachleute zu lesen und im Fernsehen werden seit langem regelmäßig und oft Dokumentationen und Spielfilme zu diesen Themen gesendet. In der Bundesrepublik sind seit 1980 mehr als 100 NS-Gedenkstätten mit Bildungsprogrammen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entstanden, die auf lokaler und regionaler Ebene die NS-Zeit dokumentieren und ihre Ergebnisse in immer wieder neu erprobten und kritisch überprüften Formen an Jugendliche und Erwachsene vermitteln. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum das Buch „Damals war es Friedrich“ immer noch so viel und offenkundig gern gelesen wird.⁶⁰

- 58 Damit gehört Richter zur „skeptischen Generation“ der um 1925 geborenen ehemaligen Flakhelfer und jungen Frontsoldaten, die sich seit Ende der 1950er-Jahre, über die restaurative Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik empört, vergangenheitskritisch um eine „pragmatische Demokratieaneignung“ bemühte, vgl. Frei, *Deutsche Lernprozesse*, S. 43.
- 59 Spätestens mit dem „Historikerstreit“ setzte Mitte der 1980er-Jahre ein neuer und gesellschaftlich breit geführter Diskurs über die Frage nach dem „Umgang mit der Vergangenheit“ in Deutschland ein, der immer wieder neue Impulse durch die Forschung erhielt. So hat z. B. die „Wehrmachtausstellung“ und ihre Revision die Bedeutung der Verbrechensbeteiligung durch Mitläufer und ihrer Handlungsspielräume beleuchtet. Auch durch den nach der Wende 1989/90 notwendigen Diktaturenvergleich sind neue Erkenntnisse in die breite Öffentlichkeit getragen worden, die z. B. die breite Unterstützung des nationalsozialistischen Regimes durch die nutznießende „Volksgemeinschaft“ akzentuieren.
- 60 „Auch wenn die an dem bald 40 Jahre alten Buch geübte Kritik, die sich nicht zuletzt auf damals kaum oder gar nicht zugängliche Erkenntnisse historischer und auch theologischer Forschung stützt, auf dem Hintergrund dessen, dass Richter einer der ersten gewesen ist, die unter den Bedingungen der frühen 60er Jahre ‚den Mut hatten, den Kindern etwas von der Judenverfolgung im Dritten Reich zu erzählen‘, ungerechtfertigt erscheint, ist dieses unbezweifelbare Verdienst gegebenenfalls kein Grund, dieses Buch trotz aller Einwände nach wie vor für den Schulunterricht geeignet zu halten.“ Wermke, *Jugendliteratur*, S. 135.

Es wäre vermessen, zu unterstellen, dass Lehrerinnen und Lehrer sich nicht informieren wollen oder können. Andere Gründe, die auch in den Lehrerfortbildungen geäußert werden, scheinen näher zu liegen: Dem Buch wird zugute gehalten, dass es leicht verständlich ist, die Kinder bzw. Jugendlichen anspreche und sie dazu anrege, sich an der Lektüre und den Unterrichtsgesprächen zu beteiligen. Unterrichtsmaterial erleichtere die Vorbereitung.⁶¹

Neben diesen eher pragmatischen Vorzügen scheint auch die Idee des Mottos Gefallen zu finden, das die Verfolgung der Juden in einem (vergleichenden) Zusammenhang mit der Diskriminierung anderer Gruppen sieht und damit eine verknüpfende Aktualisierung und Politisierung in demokratiepädagogischer Absicht erzielen will. Ein weiteres Argument betont die Pionierleistung des Buches, durch die sich Kritik von vornherein verbiete. Ohne selbst „Zeitzeugen“ des Nationalsozialismus sein zu können, antizipieren jüngere Lehrerinnen und Lehrer die moralisierende Rede davon, dass, wer „die Zeit“ nicht miterlebt habe, auch nicht darüber urteilen dürfe.⁶² Genau diese Sicht ist typisch für die „Entlastungsliteratur“ der frühen Bundesrepublik.⁶³

Das Verführerische solcher in ehrlich aufklärerischer und demokratiepädagogischer Absicht formulierten „Philosophie“ liegt in der leicht nachvollziehbaren Wahrheit, der Zeitgeist einer Epoche und einer Gesellschaft wirke auf ihre Individuen ein, und in der banalen und moralisierenden Platitude, dass man „aus der Geschichte lernen soll“. Diese Botschaften widersprechen einander aber, wenn jeder Mensch zwar dem „Einfluss unterliegt“, trotzdem aber „wachsam“ sein soll. Lernen, Nachdenken, klarer Sehen und Wachsamsein sind bloße Worthülsen, weil der Text unterschwellig genau das verbietet, was als Kompetenz die Voraussetzung ist für ein historisches Bewusstsein, aus dem heraus Entscheidungen in aktuellen Lebenssituationen, in politischen und gesellschaftlichen Kontexten getroffen werden sollen: Ereignisse der Vergangenheit zu beurteilen und moralisches Versagen zu verurteilen.⁶⁴

61 Vgl. dazu ebenda, S. 132 f. Die wohl bekannteste Unterrichtshilfe, die „Literaturkartei“ aus dem Verlag an der Ruhr, 1993, enthält keinerlei Kritik oder Arbeitsanweisung zum kritischen Umgang mit dem Buch oder Textstellen daraus.

62 Zum Problem der Zeitzeugen vgl. Volkhard Knigge, Unterhaltsamer Schrecken. Nie galt das Wort der Zeitzeugen so viel wie heute. Es gibt in der Erinnerungskultur aber einen Unterschied zwischen Vergangenheitsgerede und Zeugenschaft, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 3. 5. 2005.

63 Hans-Georg Noack, *Die Webers – eine deutsche Familie 1932–1945* (1. Aufl. Baden-Baden 1962), Ravensburg 1999, S. 5.

64 Vgl. Robert Menasse, Patriot Dollfuß, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 12. 2. 2004.

Die Vorzüge, die Richters Roman haben mag, können seine Schwächen nicht aufwiegen. Das zu vermitteln ist mühsam. Der Nachweis, dass das Buch sachliche Fehler enthält, wird z. B. mit der Erklärung erledigt, dass diese im Unterricht schnell zu korrigieren seien. Dass der Holocaust in Richters Buch gar nicht vorkommt, wird meistens nicht problematisiert, sondern als „kindgerecht“ bewertet. Die Vorstellung von Geschichte als ein immer gleiches, sich wiederholendes und von vornherein bestimmtes Schicksal stößt nur selten auf Widerspruch. Der Analyse, dass Richters Darstellung die Realität in mehrerlei Hinsicht verzerrt, und zwar zu Ungunsten der Juden und zur Entlastung der „Mitläufer“ und Opportunisten, wird schlicht mit der Behauptung widersprochen, dass sich der Alltag im Nationalsozialismus so und nicht anders zugetragen habe, wie im Buch geschildert.⁶⁵ Selbst die Analyse, dass Richters Buch antisemitische Stereotype bedient, haben Lehrerinnen und Lehrer schon zu entkräften versucht, indem sie – sozusagen der Gerechtigkeit zuliebe – die Darstellung auch der „schlechten Seiten der Juden“ begrüßten.⁶⁶

Die Resultate einer mittlerweile jahrzehntelangen lebendigen Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus dürfen in der Schule nicht mehr ignoriert werden, die kritischen Diskurse der Geschichtswissenschaft und der Gedenkstättenpädagogik, der Literaturwissenschaft und der Theologie müssen in die Fort- und Weiterbildung Eingang finden, Lehrerinnen und Lehrer müssen sich selbst in ihrem Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit verorten und die Kollegen müssen ihre Vorstellung davon entwickeln, „welche Erinnerung an diese Vergangenheit künftig bewahrt werden soll“.⁶⁷

Gerade vor dem Hintergrund eines „Abschieds von der Zeitgenossenschaft“⁶⁸ und einer Historisierung des Nationalsozialismus ist es an der Zeit, dass auch die jüngeren und jüngsten Forschungsergebnisse zur Zeitgeschichte

65 „Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handle es sich um bloße Meinungen.“ Hannah Arendt, *Besuch in Deutschland (1950)*, Berlin 1993, S. 29.

66 Dass nicht nur in der Kinder- und Jugendliteratur, sondern auch in der deutschen Nachkriegsliteratur, z. B. bei Bruno Apitz, Alfred Andersch, Günter Grass, Gerhard Zwerenz stereotype Judenbilder verwendet werden, stellt Ruth Klüger eindrucksvoll dar. Ruth Klüger, *Gibt es ein „Judenproblem“ in der deutschen Nachkriegsliteratur?*, in: dies., *Katastrophen. Über deutsche Literatur*, München 1997, S. 9–39.

67 Frei, *Deutsche Lernprozesse*, S. 45.

68 Norbert Frei, *Abschied von der Zeitgenossenschaft. Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte*, in: *WerkstattGeschichte 20 (1998)*, S. 69–83.

und zum Umgang mit ihr als Erkenntnisgewinne in den Schulunterricht einfließen und als didaktische Impulse, als Bildungs- und Erziehungsauftrag im Sinn von gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme und politischer Mündigkeit verstanden werden.⁶⁹ Die Lektüre von „Damals war es Friedrich“ würde dies in jedem Fall verhindern.

69 Dazu zählt auch die Kenntnisnahme z. B. von kommentierten Bibliografien wie Ria Prose/Adelheid Schmitz (Hrsg.), *Spuren der Vergangenheit ... Ausgewählte Jugendbücher über Nationalsozialismus und Neonazismus*, Münster 1998, oder der Arbeitsergebnisse und Beratungsangebote der NS-Gedenkstätten (z. B. unter: www.nsgedenkstaetten.de/nrw).

DOKUMENTE

Wir leben inmitten eines kruden Rassismus

Zum Verhältnis von Mehrheit und Minderheit in Bolivien

Vorbemerkung des Übersetzers

Felipe Quispe,¹ genannt *el mallku*,² derzeit Exekutivsekretär des Zentralverbandes der bolivianischen Bauerngewerkschaft Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia (CSUTCB), ist Aimara, und zwar bolivianischer Aimara. Zur Welt kam er 1942 am Ufer des Titicacasees in Ajllata Grande, in einem kleinen Dorf der Provinz Omasuyos des Departments La Paz als letztes von sechs Geschwistern. Vater Gabino Quispe und Mutter Leandra Huanca waren verarmte Bauern.

Die Grundschule beendete Felipe Quispe im unweit gelegenen Santiago de Huata. Von klein an half er den Eltern bei der Landarbeit. Seinen Militärdienst leistete er 1963 bei der Luftwaffe im tropischen Riberalta ab. Danach arbeitete er in Ajaria Chico, wo er 1966 Vicenta Mamani heiratete. Aus der Ehe gingen sieben Kinder hervor, zwei von ihnen starben. Bessere Verdienstmöglichkeiten trieben Quispe in das tropische Tiefland, wo er sich auf Zucker-, Baumwoll- und Reisplantagen verdingte. 1971 begann er sich gewerkschaftlich zu betätigen. Später hielt er sich zwei Jahre in Peru und Guatemala auf. Nach seiner Rückkehr nach Bolivien schloss er sich der Bewegung Movimiento Indio Túpac Katari (MITKA) an. Kurz danach (1988) machte er als Führer der indianistischen und marxistischen politischen Gruppe Ofensiva Roja de Ayllus³ Kataristas auf sich aufmerksam. Aus ihr ging

- 1 Die Skizze stützt sich auf einen am 2. Oktober 2000 im bolivianischen Tageblatt *La Razón* erschienenen Zeitungsartikel und auf das Buch des Anthropologen und Sprachwissenschaftlers Xavier Albó *Pueblos indios en la política* (2002) sowie auf die mündliche Auskunft zweier Berufsgefährten, die kürzlich eng mit Quispe bei der Aufarbeitung der Geschichte seiner Heimatgegend zusammengearbeitet haben: Magdalena Cajías de la Vega und Jhonny Canedo Arze.
- 2 Hohe politische Autorität bei den Aimara.
- 3 Das Wort, hier im Plural verwendet, stammt aus dem Ketschua: Grundeinheit, in die sich eine indianische Andendorfgemeinschaft aufteilt.

Anfang der neunziger Jahre deren bewaffneter Arm, die Ejército Guerrillero Túpac Katari (EGTK) hervor. Aufgrund seiner Aktivitäten in dieser Guerrillaorganisation verbrachte er mehrere Jahre im Gefängnis.

In der Haftanstalt holte der Fünfzigjährige Oberschule und Abitur nach und nahm ein Fernstudium auf. Graduiert wurde er in Geschichte an der Universidad Mayor de San Andrés in La Paz. Er trägt sich seit Jahren mit dem Gedanken, Jura zu studieren, wobei ihn besonders Agrarrechtsfragen interessieren.

Seit der Jahrhundertwende tut er sich besonders durch die Organisation flächendeckender regionaler Straßenblockaden hervor, die besonders die Einwohner von La Paz aufgrund der damit verbundenen Unterbrechung der Lebensmittelzufuhr das Fürchten gelehrt haben. Dabei beruft er sich gerne auf die legendäre Belagerung von La Paz durch Túpac Katari im Jahre 1781.⁴ Sein erklärtes politisches Ziel ist die Macht- bzw. Regierungsübernahme durch die Aimara. Im Jahr 2000 gründete er die Partei Movimiento Indio Pachakuti (MIP), die seit den Präsidentschaftswahlen 2002 mit sechs Abgeordneten im Parlament vertreten ist (er selbst verzichtete später auf sein Mandat).

Zu Quispes Schriften gehören u.a. das 1988 anonym erschienene Buch *Túpak Katari vive y vuelve, carajo* (Túpac Katari lebt und kehrt zurück, verdammt!) und, 1999 veröffentlicht, *El indio en escena* (Der Auftritt des Indios).

Am 2. März 2005 hielt Prof. Dr. Wolfgang Benz an der Universidad Mayor de San Andrés (La Paz) einen Vortrag mit dem Thema „Rassismus und Diskriminierung in Europa“. Nach ihm referierte Felipe Quispe über Rassismus und Diskriminierung in Bolivien. Bei der Gelegenheit bot Prof. Benz Herrn Quispe an, eine schriftliche Version seines freien Vortrags (der nicht mitgeschnitten wurde) zu veröffentlichen. Der vorliegende Text wurde Ende April 2005 verfasst und entspricht nicht (ganz) seinem Vortrag, in dem er zum Beispiel wiederholt unterstrich, dass das Wort Rassismus im Aimara nicht vorkomme und die Rassendiskriminierung weder in vor- noch nachspanischer Zeit von seinem Volk betrieben worden sei. Es handelt sich dabei um eine (unveröffentlichte) magnetische Vorlage auf Diskette. Sie wurde von Hans Huber Abendroth vom Spanischen ins Deutsche übertragen und erscheint zuerst in deutscher Sprache. Der Übersetzer hat sich bemüht, den ungenierten Sprachstil des Autors, dessen Muttersprache das Aimara ist, möglichst unangetastet wiederzugeben. Ferner hat er, teilweise mit Felipe Quispe zusammen, einige missverständliche Stellen in der Originalvorlage verbessert. Sämtliche Fußnoten wurden vom Übersetzer hinzugefügt.

Hans Huber Abendroth

4 Vgl. die Fußnote im Text von Quispe.

Als Folge der spanischen Invasion von 1492 sind die Dienstherrn (*patrones*) hierzulande immerzu *blancoides*.⁵ Immer sind es Weiße und Mestizen und nie ist es ein Schwarzer oder ein Indio; sie sind es, die uns, der großen indianischen Masse, das Blut aussaugen. Daher kommt es, dass wir uns die Frage stellen, was wir verbrochen haben, dass wir aufgrund unserer Rasse diskriminiert und zu den härtesten Arbeiten bestimmt werden: Der Indio ist einfacher Bergmann, ist derjenige, der, den Ameisen gleich, Tag und Nacht im Untertagebau arbeitet und nie Geschäftsführer sein oder an der Spitze eines Unternehmens sitzen darf, aus dem einfachen Grunde, dass er nicht weiß ist.

Der Indio bestellt das Land, schafft von frühmorgens bis spätabends, hütet sein Feld wie seinen Augapfel, all dies, um die Städte mit Lebensmitteln zu versorgen, sodass auf den Tafeln des Weißen dessen köstliche Speisen nicht fehlen und seine ordinären Frauen mit vollen Backen essen können. Auf dem Lande sieht man keinen Weißen arbeiten. Und wenn man einen antrifft, so handelt es sich um einen weißen Dienstherrn, der ist Viehzüchter und Großgrundbesitzer.

In der Stadt arbeitet der Indio hart und ausdauernd. Weil er dunkelhäutig ist, muss er mit Erde und Schlamm beschmutzt sein. Deshalb stampft er Lehmziegel und Ziegelsteine, mischt er Zement, rührt er den Stuck bei der Errichtung der unbezahlbaren Villen in den exotischen, aristokratischen Stadtvierteln, damit die Weißen froh und glücklich leben, während der Bauarbeiter in einer primitiven Hütte haust und niemals Villen noch Wohnungen besitzen wird; hier sieht man den Rassismus.

Ab drei Uhr morgens kehrt der Indio beiderlei Geschlechts Straßen und Hauptstraßen aus dem einzigen Grunde, die weiß-mestizische Stadt sauber zu halten, mit dem Ziel, dass keine Krankheiten wie die Cholera und andere übertragbare Krankheiten entstehen. Den Unbilden der Witterung ausgesetzt, pflegt der Indio die Grünanlagen und Boulevards, damit der Weiße sich daran ergötzt, sich mit seinen tollen Weibern im Widerschein der städtischen Nacht küssend und umarmend. Nie werden Sie einen sich mit solch einer Arbeit abplagenden Weißen sehen, nie wird er sich bei der Parkpflege dreckig machen; wenn einer irgendwo dort tätig wäre, so käme dies einer völligen Verrücktheit gleich.

5 In Bolivien ist dieser Begriff relativ gängig und hat abwertende Bedeutung. Mit ihm werden Personen bezeichnet, die weiß sind oder als Weiße durchgehen wollen. Hauptsächlich wird der Begriff von Leuten benutzt, die nicht zu der sozialen Schicht der Weißen gehören.

Der Indio hebt den Boden aus, baut Straßen nur mit Schaufel und Spitzhacke bewaffnet, arbeitet ohne weitere Hilfen, baut Autobahnen, Flughäfen und Busbahnhöfe, usw. Der Indio pflastert, asphaltiert städtische Straßen und Hauptstraßen, damit der Weiße und der Mestize sie mit ihren neuesten Automodellen befahren können. Auf den Straßen von La Paz werden Sie nie einem Weißen mit Spaten und Hacke begegnen, nicht einmal zufällig.

Der Indio, ob Frau oder Mann, ist Lasttier, wir werden kaum höher als unsere Lamas eingestuft, womöglich werden wir als lebende Werkzeuge des Weißen betrachtet; ein Blick auf die Wochenmärkte, auf die besseren Wohngenden genügt. Nie sieht man dort einen Weißen oder Mestizen schwere Lasten auf seinen Schultern tragen, auch nicht auf den Flughäfen, Busbahnhöfen, noch sonst wo.

Die indianische Frau ist Dienstmagd, und wenn sie auch [neuerdings im Gesetz]⁶ rücksichtsvollerweise als Hausangestellte bezeichnet wird, so dient sie nach wie vor dem weißen Herrn, entfernt und reinigt die Nachttöpfe in seinem Haus; so kommt es, dass die indianische Frau die verschiedensten Arbeiten im Haushalt verrichtet und übermäßig ausgebeutet wird. Kurzum, sie kocht die köstlichen Gerichte für die ganze Familie, fegt den Hof, das Trottoir, usw., reinigt die Klosetts, wäscht die Wäsche bis zur Erschöpfung; sie sorgt sich um den Säugling des Weißen. Später, wenn dieser herangewachsen ist, muss sie ihn zur Schule bringen, ihn in den Stadtparks und *Plazas* spielen lassen, etc. Die weiße Frau gebiert nur, und das nicht einmal richtig, ihre Kinder werden mit Kaiserschnitt entbunden. Sodann macht sie sich nicht mit dem Kot ihres Kindes schmutzig – ihre feinen Hände und ihre angemalten und langen Fingernägel –, das indianische Mädchen ist diejenige Person, die ihm die vollgeschissenen Windeln wechselt, es liebevoll badet und sich aufopfert bis zum Verlust der eigenen blühenden Jugend, inmitten eines unglücklichen unterwürfigen Lebens. Oft werden sie zu Opfern sexueller Vergewaltigung seitens ihrer Dienstherrn, denn noch maßen sich die Weißen das Recht der ersten Nacht an. Hat im so genannten Bolivien der Indio auf dem Lande weiße Hausmägde oder stehen ihm weiß-mestizische Arbeiter zur Verfügung? Nein, nie würden diese so tief fallen.

Ist dies kein Rassismus? Warum kann der Indio, ob Mann oder Frau, ein ganzes Leben lang unterwürfig sein? Ist es vielleicht so, dass wir unfähig sind, dass wir einen Minderwertigkeitskomplex haben? Die indianische Frau, die

6 In eckige Klammern gesetzter Text sind Einfügungen oder Erläuterungen des Übersetzers.

kulturelle Gewohnheiten von der Mestizin oder der weißen Frau angenommen hat, ist [meistens] *qhatira* (Marktfrau). Sie arbeitet vom Morgengrauen bis zum Einbruch der Dunkelheit, ihre Beschäftigung ist es, Güter des täglichen Bedarfs und andere Waren zu verkaufen. Aus dem simplen Grunde, dass diese Verkäuferinnen (und Verkäufer) Indios sind, kennen sie keine Sozialversicherung, das heißt, sie werden vom bolivianischen Staat nicht mitberücksichtigt. Ist dies etwa kein Rassismus?

Der Indio stammt von den *Amautas* (Weisen) ab, sodass es fähige Handwerker unter uns gibt, die die materiellen Bedürfnisse des Weißen befriedigen. Gleichzeitig widmet der Indio sich den schönen Künsten, produziert Gemälde, Skulpturen, Musik, führt Volkstänze auf wie etwa bei der *Fiesta del Gran Poder*,⁷ dem Karneval von Oruro, er tanzt sehr schön zum Genuss von Weißen und Gringos. Wenn auch der Weiße oder der Mestize dabei mitmacht, so tanzt er nur die *Danza de los caporales*,⁸ immer will er den Boss markieren oder den Chef, und nie wird er einen autochthonen, alteingesessenen Tanz vorführen; dies ist ein weiterer Ausdruck des Rassismus.

Der Indio ist uniformierter, doch niedrigrangiger Polizist, dem System treu. Er ist es, der mit gewissenhafter Pflichterfüllung die Banken, Einkaufszentren, Wechselstuben, Botschaften, Hochhäuser und die Villen der hohen Tiere unter den Regierenden bewacht. Die Beschreibung ist keine Unwahrheit: Es genügt ein Blick auf die Straßen der Innenstädte, der gewöhnlichen und fürstlichen Wohngegenden, wo Sie eine winzige, grün angestrichene Holzbude, einer Hundehütte nicht unähnlich, bemerken werden. Sie ist vorgesehen für den olivgrün angezogenen Indio. Um die Hüfte trägt er eine Handfeuerwaffe (Kaliber: 9 mm) oder einen 38er Revolver, oder aber er ist mit einem automatischen Gewehr ausgerüstet. Nur weil dieser Indio ein zimtfarbenes Gesicht hat, hält er sich die Nächte durch wach und beschützt eifrig die Habe des weißen Bourgeois. Unterdessen macht sich der weiße Reiche in seiner Villa ein schönes Leben.

In Kriegszeiten ist der Indio als Frontsoldat in den vordersten Reihen Kanonenfutter, in Friedenszeiten stehen wir ebenfalls an der Front als Hausbedienstete der weißen Offiziere: müssen Wasser holen, um Innenhöfe sauber zu wischen, Autos und Wäsche zu waschen. Das heißt, unter dem Vorwand „Militärdienst

7 Eigentlich: *Fiesta de Jesús del Gran Poder* (Fest des Jesus der großen Macht). Gemeint ist ein alljährlich im Juni in La Paz stattfindender pagan-religiöser Festumzug zu Ehren Jesu Christi.

8 Caporal: wörtlich Anführer, Viehaufseher, Korporal. Volkstanz, bei dem vornehmlich die im kolonialen Bolivien in Minen und auf subtropischen Haciendas tätigen Arbeitsaufseher schwarzafrikanischen Ursprungs dargestellt werden.

für das Vaterland“ ist man Mädchen für alles. Bei den Streitkräften ist der Rassismus allgegenwärtig, und er ist dort lebendiger denn je, deshalb kennt man keinen Major Condori, keinen Oberst Mamani, keinen General Quispe.⁹ Die Herkunft der Offiziere bzw. der Vorgesetzten bestätigt, dass das Offizierskorps im Wesentlichen aus Soldaten europäischen Ursprungs besteht. Seine Mitglieder müssen hier in unserem Lande und Territorium geboren worden sein, es macht nichts, ob sie Gringos, Deutsche wie [die Präsidenten] Germán Busch oder Hugo Banzer, Araber, Spanier sind, Hauptsache es handelt sich dabei um Weiße und basta! Dies sind die alltäglich im so genannten Bolivien beobachtbaren extremsten Ausdrucksformen des Rassismus.

Diese Ausdrucksformen vererben sich seit dem Einfall der Spanier von Generation zu Generation und ziehen sich bis in die Gegenwart hinein. Nichtsdestotrotz ist die Mehrheit der Soldaten indianischer Herkunft, und diese erhalten eine strenge militärische Ausbildung. Vom einfachen Soldaten bis zum Unteroffizier handelt es sich also im Großen und Ganzen um Soldaten indianischen Ursprungs, wiederum aus dem einfachen Grunde, dass sie Nachfahren der alten Einwohner des ehemaligen Tahuantinsuyo [Inkareiches] sind. In Wirklichkeit handelt es sich bei ihnen um ein lebendes und bewaffnetes Instrument, um im Namen Boliviens die Interessen der trans- bzw. multinationalen Unternehmen und des Imperialismus zu verteidigen.

Der Indio ist Kraftfahrer, müht sich Tag und Nacht in Großlastern und Überlandbussen auf langen Strecken ab, er ist Taxi-, Bus-, Minibusfahrer, Traktorist. Sie werden keinen Weißen erleben, der solch aufopfernde Arbeit auf sich nimmt, denn man muss in Betracht ziehen, dass der Weiße immer – in diesem Falle – der Transportunternehmer ist. In Bolivien ist der Arbeiter, der dem weißen Dienstherrn seine Arbeitskraft verkauft, eine Person indianischer Herkunft, dies sticht hervor. Es ist nicht wie in Europa, wo sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter ein Gringo ist, dort liegt Klassenkampf vor.

Im Lande des Kollasuyo¹⁰ existiert also keine reine Rasse, die menschlichen Rassen sind hier das Ergebnis einer langen Geschichte, die mit der Ankunft der Spanier beginnt, sie ist so lang, dass sie sich in der Zeit verliert.

Hautfarbe, Form und Farbe der Augen, Haartyp und -farbe haben keinen absoluten wissenschaftlichen Wert, folglich gibt es weder überlegene noch unterlegene Rassen, allesamt sind sie der Größe, des Heroismus, der Zivilisation

9 Drei gängige vorspanische Familiennamen aus dem Andenraum.

10 Eines von vier Teilgebieten des Tahuantinsuyo, das teils die heutigen Länder Bolivien, Peru, Chile und Argentinien umfasst.

und der Kultur fähig. Die Spanier und Kreolen haben sich mit den Indios vermischt, dabei die „abgeleitete Rasse“¹¹ der weiß-mestizischen Kreolen erzeugend. Anfänglich verwüsteten die Spanier die indianischen Dörfer und Gegenden. Sie hielten die Indios für nicht verstandesmäßige Wesen, abseits des Menschens stehend, bar allen Gesetzes und aller Moral und Religion.

Der Unterschied, der am meisten ins Auge springt, ist die Hautfarbe, die Idee eines weißen Sklaven ist unzulässig.

Der Rassismus ist eine ehrenwerte Doktrin, bei den indianischen Aufmärschen heutzutage werden wir „nur“ als Vandalen bezeichnet.

Der Rassenkampf geht dem Klassenkampf voran, oder dieser gesellt sich jenem zu.

Weißer Rassismus heißt, der Weiße gewinnt immer, und immer verliert der Schwarze, weil es keinen schwarzen Gott gibt. Und stets muss es ein weißer Gott sein und der Papst ein Gringo, wie Benedikt XVI., das Papsttum will die Farbe nicht wechseln. Wir haben keinen anderen Ausweg, als den weißen Gott nicht zu verehren, sondern den Gott unserer eigenen Kaneelhaufarbe [Kaneel: hochwertige Zimtsorte].

Diese Einschätzungen sind weder romantisch noch absurd, ich zeige, dass selbst die politischen Parteien heute eine schonungslose Rassendiskriminierung gegenüber dem Indio betreiben:

Chef der Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR) ist Jaime Paz Zamora

Chef der Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) ist Gonzalo Sánchez de Lozada

Chef der Acción Democrática Nacionalista (ADN) ist Mauro Bertero Gutiérrez

Chef der Nueva Fuerza Republicana (NFR) ist Manfred Reyes Villa

Chef der Unidad Nacional (UN) ist Samuel Doria Medina.¹²

Der in Parteien organisierte Indio ist in der Basis aktiv, er ist derjenige, der in Zeiten des Wahlkampfes etwa die Häuserwände mit politischen Parolen bemalt. Wo es jedoch um nationale oder internationale Kongresse geht, wo Luxusreisen anstehen und reichlich Dollar winken, dort finden sich die unanständigen weiß-mestizischen¹³ MIR-, MNR- und NFR-Mitglieder ein und die

11 Im Text: sub-raza; Anführungszeichen des Übersetzters.

12 Keiner dieser politischen Führer ist indianischer Herkunft.

13 Im Originaltext: „el cholaje blanco-mestizo“ (sehr abwertendes Begriffspaar, „unanständig“ mit eingeschlossen).

weiße, revolutionslose trotzkistische¹⁴ Elite. Hier haben wir es also mit einer eklatanten Diskriminierung zu tun: Der in einer Partei politisch aktive Indio pinselt lediglich die Straßenwände an und ist bei den politischen Massenkundgebungen der Parteien dabei.

Der Indio stellt keineswegs eine ethnische Minderheit dar. Der Indio ist eine Nation, Kultur, Rasse.

Das weiß-mestizische *Cholaje*¹⁵ ist eine Hand voll Leute, die ethnische Minderheit, und dennoch unterdrückt sie die Mehrheit.

Seit der Verblutung des Indios Túpac Katari¹⁶ werden wir Indios gehasst wie die Pest.

Von Simón Bolívar bis Carlos Mesa sind alle Staatspräsidenten Weiße gewesen, bis dato ist noch kein Indio als Präsident durch den Regierungspalast gewandert.

Sowohl in der evangelischen als auch in der katholischen Kirche sind alle Pastoren, Kardinäle und Monsignori Gringos, sind Ausländer wie zum Beispiel Jesús Juárez, Sebastian Obermeier. Der Gläubige hingegen ist meist ein Indio, der schluchzt, barfuß und zerlumpt.

Rektoren, Dekane und Fachbereichsleiter sind allesamt Weiße. Wenn auch Angestellte indianischer Herkunft an den Hochschulen tätig sind, so handelt es sich nur um simple Dozenten, von dort unten gelangen sie nicht an die Spitze.

14 Der Verfasser bezieht sich hier etwa auf den Chef des Partido Obrero Revolucionario (POR), Guillermo Lora, und auf andere (weiße) Trotzkisten.

15 Vgl. Anm. 13.

16 Dieser indianische Führer wurde 1781 von den Spaniern gevierteilt, nachdem er im kolonialen Bolivien einen Volksaufstand (Indios, Mestizen und Kreolen) organisierte und unter anderem die Stadt La Paz lange Zeit belagerte, wobei Tausende (nicht nur) ihrer spanischen und kreolischen Einwohner umkamen.

Die Autorinnen und Autoren

WOLFGANG BENZ, geb. 1941, nach dem Studium der Geschichte, Kunstgeschichte, Politischen Wissenschaft Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, seit 1990 Professor an der Technischen Universität Berlin, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, Geschwister Scholl Preis 1992, Gastprofessuren u. a. in Australien und Mexiko, zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, darunter *Die Juden in Deutschland 1933–1945* (München 1996⁴), *Geschichte des Dritten Reiches* (München 2000), *Der Holocaust* (München 2001⁵), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer* (München 2003), *Was ist Antisemitismus?* (München 2004).

WERNER BERGMANN, Dr. phil., Soziologe, Professor am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. *Forschungsschwerpunkte*: Soziologie und Geschichte des Antisemitismus und angrenzender Gebiete wie Rassismus und Rechtsextremismus; Formen kollektiver Gewalt (Pogrome, Genozid). Jüngste Veröffentlichungen: *Antisemitismusforschung in den Wissenschaften* (hrsg. zusammen mit Mona Körte, 2004); *Communicating Anti-Semitism. Are the Boundaries of the Speakable Shifting?* in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* (zusammen mit Wilhelm Heitmeyer, 2005); *Die Europäisierung des Holocaust und die Wirkung auf antisemitische Einstellungen*, in: *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 2005.

REINER BURGER, 1969 in Konstanz geboren, studierte Journalistik, Geschichte, Politik und Kunstgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt und der Drake University in Des Moines/Iowa. 1999 Promotion mit einer Arbeit über Theodor Heuss, Publikationen u. a. 2001: „Von Goebbels Gnaden. Jüdisches Nachrichtenblatt 1938–1943“. 1998 Eintritt in die Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Seit 1. Oktober 2001 politischer Korrespondent der F. A. Z. mit Sitz in Dresden. Lehrbeauftragter der Universität Eichstätt und der TU Dresden.

JOANNA DIDUSZKO-KUŚMIRSKA ist Mitarbeiterin im ARD-Hörfunkstudio Warschau.

RAINER ERB, Dr. habil., Soziologe, Arbeits- und Forschungsgebiete: Antisemitismus und Rechtsextremismus. Zahlreiche Veröffentlichungen zu diesen Themen.

SASCHA GEBAUER, geb. 1977, Studium der Geschichte und Theologie in Bielefeld und Berlin, 2004 Erstes theologisches Examen (Dipl. theol.), derzeit Mitarbeiter am Seminar für Altes Testament der Theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität zu Berlin. Projekt „Sammlung historischer Palästinabilder“.

ANDRÉ W. M. GERRITS, geb. 1958, Dr. phil., studierte Geschichte und Slawistik in Amsterdam, Dozent am Institut für osteuropäische Studien an der Universität Amsterdam. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte und Politik Osteuropas, zuletzt: *Political Democracy and Ethnic Diversity in Modern European History* (Hrsg.; 2005).

THOMAS GRUMKE, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Referent bei der Abteilung Verfassungsschutz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf und Lehrbeauftragter der Heinrich-Heine-Universität im Fach Politikwissenschaft. Zu seinen Buchveröffentlichungen zählen: *Rechtsextremismus in den USA* (2001); *Handbuch Rechtsradikalismus* (hrsg. zusammen mit Bernd Wagner; 2002); *Globalisierter Rechtsextremismus?* (hrsg. zusammen mit Thomas Greven; 2005).

JOHANNES HEIL, geb. 1961, Studium der Geschichte, Kunstgeschichte und Theologie in Frankfurt am Main, Judaistikstudien in Frankfurt am Main, Tel Aviv und Haifa, Promotion 1994 in Frankfurt am Main, 1995–2001 Assistent am Zentrum für Antisemitismusforschung, 2003 Habilitation an der Technischen Universität Berlin, nach Forschungsaufenthalten an der University of Wisconsin Madison und der University of Notre Dame, Indiana, seit Sommersemester 2005 Inhaber des Ignatz Bubis-Lehrstuhls für Religion und Geschichte des europäischen Judentums an der Hochschule für Jüdische Studien in Heidelberg. Zahlreiche Publikationen zum Thema christliche Theologie und Judentum sowie zur Judenfeindschaft.

CHRISTHARD HOFFMANN, geb. 1952, Dr. phil., Professor für moderne europäische Geschichte an der Universität Bergen (Norwegen); von 1983–1994 Stipendiat, Projektmitarbeiter und Wissenschaftlicher Assistent am Zentrum

für Antisemitismusforschung. Veröffentlichungen zur Antisemitismusforschung, zur deutsch-jüdischen Geschichte und zur Migrations- und Minoritätengeschichte, zuletzt: *Preserving the Legacy of German Jewry: A History of the Leo Baeck Institute, 1955–2005* (Hrsg.; 2005).

ANDREAS KLÄRNER, geb. 1970, Dipl.-Soziologe. Studium der Soziologie, Psychologie und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Diplomarbeit über die Kampagne der CDU/CSU gegen die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts. Von 2001 bis 2005 Stipendiat und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung (Arbeitsbereich Nation und Gesellschaft). Zurzeit Promotion mit einer Feldforschungsstudie über Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Mitbetreiber der „Mailingliste Rechtsextremismusforschung“ (<http://www.rechtsextremismusforschung.de>). Vorträge und Veröffentlichungen zu Rechtsextremismus und Antisemitismus, u. a. „Moderner Rechtsextremismus in Deutschland“ (Hrsg., zusammen mit Michael Kohlstruck; erscheint 2006).

BEATE KOSMALA, Dr. phil., 1997 bis 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, seit Juni 2005 an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Publikationen zu Problemen der deutsch-polnischen sowie jüdisch-polnischen Beziehungen, u. a.: *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül* (Hrsg., Berlin 2000). Mitarbeit als Team Leader im internationalen Forschungsprojekt *Nazi-Occupation in Europe: The Impact of National-Socialist and Fascist Rule in Europe, 1938–1950* (European Science Foundation Programme).

INGO LOOSE, geb. 1971, Studium der Slawistik und Geschichte in Hamburg, Berlin, Warschau und Moskau, seit 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin, Promotion 2005 zur Geschichte deutscher Kreditinstitute in Polen 1939–1945. Forschungen zur Geschichte des Nationalsozialismus sowie zur ostmittel-europäischen Zeitgeschichte. Jüngste Publikationen: Berliner Wissenschaftler im „Osteinsatz“ 1939–1945. Akademische Mobilität zwischen Berliner Universität und Reichsuniversität Posen, in: Christoph Jahr (Hrsg.), *Die Berliner Universität in der NS-Zeit*, Bd. 1. Stuttgart 2005; 1968. Antisemitische Feindbilder und Krisenbewußtsein in Polen, in: Silke Satjukow/Rainer Gries (Hrsg.), *Unsere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004.

THOMAS RAUTENBERG ist ARD-Hörfunkkorrespondent in Warschau

ULRIKE SCHRADER, geb. 1960, Ausbildung zur Buchhändlerin in Wuppertal, Studium der Germanistik, Latinistik und Allgemeinen Literaturwissenschaft an der Gesamthochschule-Wuppertal, 1991 Promotion mit einer Arbeit über „Die Gestalt Hiobs in der deutschen Literatur seit der frühen Aufklärung“. Seit 1994 Leiterin der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal. Zahlreiche Publikationen und Handreichungen für den Unterricht zur Gedenkstättenpädagogik, zur jüdischen Geschichte und zum Nationalsozialismus in Wuppertal.

JULIA SCHULZE WESSEL, Dr. phil. geb. 1971, Studium der Sozialwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Hannah Arendt Archivs Oldenburg (bis 2001), Promotion über den Antisemitismus- und Ideologiebegriff Hannah Arendts, lehrt und arbeitet am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Dresden. Veröffentlichungen u. a. zum Nachkriegsantisemitismus (1998) und zu Arendt und Adorno (2003).

RICHARD STÖSS, geb. 1944, Dr. habil., 1978 Promotion, 1984 Habilitation, 1971–1976 Wissenschaftlicher Assistent am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FUB, von 1976–1996 wissenschaftlicher Angestellter an der FU Berlin in verschiedenen Projekten, seit 1996 Mitglied des Fachbereichs Politische Wissenschaft (inzwischen: Politik- und Sozialwissenschaften) der FU Berlin, Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums – Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie, 2004 Ernennung zum außerplanmäßigen Professor, Forschungsgebiete: Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Rechtsextremismus, Politische Einstellungen, Wahlverhalten, Konfliktstruktur der deutschen Gesellschaft; zahlreiche Veröffentlichungen.

JULIANE WETZEL, geb. 1957, Dr. phil., Historikerin, von 1987 bis 1991 Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte in München, seit 1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin/Angestellte am Zentrum für Antisemitismusforschung. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themen Juden unter nationalsozialistischer Verfolgung, jüdische Nachkriegsgeschichte, Rechtsextremismus und aktuelle Formen des Antisemitismus, zuletzt: Der schwierige Umgang mit einem Phänomen – Die EU und der Antisemitismus, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, 2005.

PETER WIDMANN, geb. 1968, Dr. phil., Wissenschaftlicher Assistent am Zentrum für Antisemitismusforschung und Lehrbeauftragter im Fachgebiet Politikwissenschaft der Technischen Universität Berlin, studierte nach einer Ausbildung zum Rundfunkredakteur Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und promovierte über kommunale Minderheitenpolitik im Nachkriegsdeutschland. Veröffentlichungen zu Sinti und Roma, zur Migrationspolitik und zur politischen Rolle der Medien.

MICHEL WIEVIORKA, geb. 1946, Soziologe, Professor an der École des Hautes Études en Sciences Sociales (Paris) und Direktor des Centre d'Analyse et d'Intervention Sociologiques (CADIS). Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter: *The Arena of Racism* (1994), *Kulturelle Differenzen und kollektive Identitäten* (2003), *The Making of Terrorism* (Neuaufgabe 2004), *La tentation antisémite, Haine des Juifs dans la France d'aujourd'hui* (2005).

BENJAMIN ZIEMANN, Dr. phil., Promotion 1996 an der Universität Bielefeld, 1996–2004 wissenschaftlicher Assistent an der Ruhr-Universität Bochum, 2003/2004 Humboldt-Fellow an der University of York, England; derzeit Lecturer in Modern History, University of Sheffield, Department of History. Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte des deutschen Militärs und der beiden Weltkriege, zur Geschichte der katholischen Kirche im 20. Jahrhundert und zu theoretischen Fragen der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte

